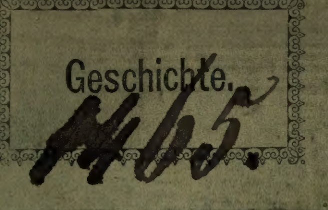

Geschichte.
1465

20/4 871.

GEBUNDEN BEI
G. RAUTTER
WIEN
I. BÄCKERSTRASSE 20



Presented to the
LIBRARY *of the*
UNIVERSITY OF TORONTO
by
Rutherford Library,
University of Alberta



ZUR GESCHICHTE

DES

RASTADTER CONGRESSES.

URKUNDLICHE BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN POLITIK OESTERREICHS WÄHREND DER KRIEGE GEGEN DIE FRANZÖSISCHE REVOLUTION.

OCTOBER 1797 — JUNI 1799.

VON

ALFRED RITTER VON VIVENOT.

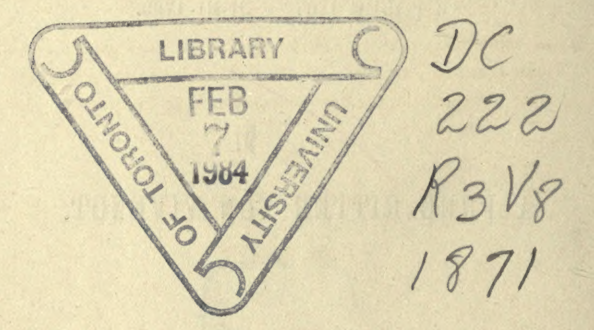


WIEN, 1871.

WILHELM BRAUMÜLLER

K. K. HOF- UND UNIVERSITÄTSBUCHHÄNDLER.

Patriam prodere nefas; scelus contra, quum possis, nolle illustrare.


LIBRARY
FEB 7 1984
UNIVERSITY OF TORONTO
DC
222
R3V8
1871

DEM ANDENKEN

MEINES UNVERGESSLICHEN BRUDERS

RUDOLF RITTER VON VIVENOT

K. K. TRUCHSESS, DOCTOR DER MEDICIN UND CHIRURGIE, PROFESSOR DER KLIMATOLOGIE AN DER WIENER HOCHSCHULE, MITGLIED VIELER GELEHRTEN GESELLSCHAFTEN ETC. ETC.

GEWIDMET.

Vorwort.

Sanctus amor patriae dat animum.

Dem Denkmal französischer „Gloire," der „Correspondance inédite de Napoléon Ier", ein Denkmal deutscher Beharrlichkeit aus der Zeit der französischen Revolutionskriege entgegenzustellen, war der Gedanke, der mich seit acht Jahren unablässig beschäftigte und zu dessen Verwirklichung ich weder Mühe noch Opfer scheute. Ich behielt dabei hauptsächlich die Periode vaterländischer Geschichte im Auge, welche die Ereignisse von der Thronbesteigung des letzten deutschen Kaisers (1792) bis zum Frieden von Luneville (1801) in sich fasst, weil dieser Friede den eigentlichen Schlussstein in der Geschichte des Zerfalles des deutschen Reiches bildet, die spätere formelle Entsagung Franz' II. auf die deutsche Kaiserkrone aber nur eine nothwendige Folge jenes Friedens war, dem das fallende Kaiserthum nach acht Jahren ehrenvoller Kämpfe widerstrebend zuzustimmen sich gezwungen sah.

Die Herausgabe eines solchen Quellenwerkes konnte selbstverständlich nicht als buchhändlerisch lucratives Unternehmen betrachtet werden; daher war es meine Hauptsorge, bedeutendere Kräfte und Mittel, als sie dem Einzelnen zu Gebote stehen, in das Interesse zu ziehen. — Die Geschichts-Wissenschaft ist hier zunächst den jeweiligen Leitern des österreichischen Generalstabes, den Herren FML. Grafen Huyn, Freiherrn von Nuppenau und General Gallina, nicht minder dem Herrn Reichs-Kriegsminister FML. Freiherrn v. Kuhn zu Dank verpflichtet, welche die Wichtigkeit dieses Gedankens erkannten und zur Realisirung eines patriotischen Unternehmens einerseits den Verfasser der nachhaltigsten Unterstützung der kaiserlichen Regierung ver-

sicherten, anderseits ihm auch bedeutende Geldmittel für die Drucklegung zur Verfügung stellten. Gleichzeitig liess der Herr Reichskanzler Graf von Beust an alle k. und k. Gesandtschaften und Missionen durch Circulare die Aufforderung ergehen, dieses Unternehmen durch Ergänzungen aus den in den österreichischen Gesandtschaftsarchiven erliegenden reichhaltigen Schätzen zu unterstützen.*)

Wenn es nun einerseits der Liberalität der kaiserlichen Regierung, der ich hiemit meinen geziemenden Dank abstatte, zuzuschreiben ist, dass meine Arbeiten sich rascherer Fortschritte erfreuen, als es unter beengenderen Verhältnissen möglich wäre, so fühle ich mich anderseits auch verpflichtet, die warme Unterstützung meiner sehr geehrten Freunde, des Herrn Staatsarchiv-Directors Hofrath Alfred Ritter von Arneth, und des Herrn k. k. Regierungsrathes Andreas von Meiller, nicht minder auch die archivalische Hilfsarbeit der Herren k. Räthe und Archivare Josef Fiedler, Paul Wocher und

*) Das hier erwähnte mehrbändige Werk, dessen erster Theil bereits unter der Presse ist, wird die ganze politische Correspondenz der österreichischen Staatskanzlei mit allen k. und k. Ministern und die gesammte militärische Correspondenz des letzten deutschen Kaisers mit seinen Feldherren vom Jahr 1792 bis 1801 nach dem urkundlichen Material der beiden grossen kaiserlichen Archive und jener der Gesandtschaften zu Constantinopel, London, St. Petersburg, Madrid, Lissabon, Berlin, Florenz und Neapel umfassen. Hierdurch wird die Lücke ausgefüllt werden, welche die Correspondance de Napoléon I. und Miliutin's mehrbändiges russisches Werk offen gelassen haben, und auf deren Bestehen ich bereits im Vorwort einer älteren Publication (Thugut, Clerfayt und Wurmser) hingewiesen habe. — Gleichzeitig mit diesem Hauptwerk und gewissermassen zur Ergänzung desselben werde ich im buchhändlerischen Wege unter dem Titel: „Vertrauliche Briefe des österreichischen Ministers Freiherrn von Thugut, 1792—1818“ über Tausend in verschiedenen Staats- und Privat-Archiven seit mehreren Jahren gesammelte Privatbriefe dieses hervorragenden Staatsmannes veröffentlichen, — eine Publication, welche sehr wichtige Beiträge zur Geschichte der bezeichneten Periode liefern, zur Aufklärung des Zusammenhanges vieler Vorgänge dienen und eine richtigere Beurtheilung der politischen Verhältnisse Europa's für jene Zeit ermöglichen wird.

des k. k. Hauptmanns im Kriegs-Archiv Gustav von Gömöry gebührend hervorzuheben, unter deren Mitwirkung es mir gelungen ist, meine Forschungen mit dem besten Erfolge fortzusetzen und ein Materiale aufzuspeichern, das jetzt schon weit über 20.000 Nummern zählt.

Ein so weit greifendes Unternehmen, wie das hier in wenigen Worten angezeigte, bedarf aber, um zur vollen Reife zu gelangen, längerer Zeit; und da ich mit der Drucklegung der österreichischen Quellen über die ersten Jahre der französischen Revolution kaum begonnen habe, so lag die Befürchtung nahe, dass inzwischen die Legion der bekannten, Oesterreich feindlich gesinnten Schriftsteller, spätere Perioden in ihrem Sinne ausbeutend, die öffentliche Meinung irre führen könnten, und dass die in Deutschland durch sie eingebürgerte Geschichtsverfälschung den Vorsprung, welchen sie gegen Oesterreich allenfalls, wenn auch nur vorübergehend, gewonnen, rücksichtslos ausnützen werde. Dass diese Befürchtung begründet ist, beweisen die gegen Herrn Hermann Hüffer*) und mich von Herrn von Sybel gerichteten, was ihren historischen Werth betrifft, freilich sehr unbedeutenden, aber dafür in um so anmassenderen Ausdrücken verfassten Schriften,**) in welchen, abgesehen von einer Unzahl historischer Irrthümer, in der diesem Historiker eigenthümlichen didaktisch-kategorischen Weise fort

*) In den beiden Werken: 1) Oesterreich und Preussen im Revolutionskrieg etc. 2) Politik der deutschen Mächte etc., liefert Hüffer die wichtigsten und interessantesten Aufschlüsse über die Präliminarien von Leoben und den Frieden von Campo Formio; auch lässt er der österreichischen Politik und meinen historischen Forschungen, in so weit sie sich mit den seinigen im Einklang befinden, Gerechtigkeit widerfahren, was genügt hat, um ihm von Herrn von Sybel die Anklage auf Felonie gegen Preussen zuzuziehen.

**) 1) Oesterreich und Deutschland im Revolutionskriege, Ergänzungsheft, Düsseldorf 1868; 2) der unveränderte Wiederabdruck der von Hüffer bereits in den meisten Punkten als gänzlich haltlos überwiesenen Kritik „Oesterreich und Preussen im Revolutionskrieg“ in den „Kleinen historischen Schriften“ (München 1869), und 3) die jüngste Abhandlung in seiner historischen Zeitschrift (Jahrgang 1870) „Polens

und fort mutatis mutandis erklärt wird, dass die österreichische Politik für das deutsche Reich nicht das allergeringste Interesse empfand; dass Thugut mit Frankreich immer abschloss, sobald er ein gewisses Maass territorialer Abrundungen für Oesterreich gewonnen hatte; dass während des Rastadter Congresses der deutsche Kaiser an Frankreich keine anderen Forderungen als die Legationen oder die Lombardei für Oesterreich zu stellen wusste und nur deshalb zu keiner Einigung mit Frankreich kam,

---

Untergang und der Revolutionskrieg." — Nach allen vorausgegangenen Publicationen durfte man hoffen, dass Herr von Sybel in seinem Urtheil über Oesterreich und die Politik des letzten deutschen Kaiser's, wenn nicht wohlwollenderen, so doch gerechteren Anschauungen zugänglich geworden sei. Diese Hoffnung erwies sich als eitel. In dem soeben herausgegebenen IV. Band seiner Geschichte der Revolutionszeit ist der alte Standpunkt mit aller Zähigkeit festgehalten. S. 142 findet seine Auffassung der Anstrengungen Oesterreichs während der Revolutionskriege folgendermassen Ausdruck: „Der Kaiser erscheint dem Reiche, dessen Oberhaupt er damals dem Namen nach noch ist, thatsächlich fremd. Er will sich der Beschützung desselben weiter unterziehen, wenn England und Russland es wünschen, ihm dabei helfen, ihn dafür belohnen. Das Reich überhaupt wird hier genau so angesehen, wie Belgien seit dem Mai 1794, über welches, wie wir sahen, Thugut fort und fort erklärte, der Besitz desselben sei dem Kaiser eine Last, mit der er sich nur aus Gefälligkeit für die Seemächte und gegen deren Subsidien befassen könne. Es war in beiden Fällen der Standpunkt der souveränen österreichischen Monarchie, welche dem heiligen römischen Reiche deutscher Nation genau so weit Unterstützung gab, als dies im eigenen Staatsinteresse lag, im Uebrigen aber für jedes reichspatriotische Opfer baare Bezahlung forderte."

Und der Verfasser dieser Stelle beruft sich auf die Acten des österreichischen Archives und singt dabei der Liberalität, mit welcher ihm — dem ausgesprochenen Gegner — deren Benützung erlaubt wurde, Lobeshymnen! Dass der preussische Historiker Sybel in seinem Buch die Segnungen von Königgräz preist, kann man ihm vergeben; aber wenn ein deutscher Geschichtschreiber, auch nur nach der alleroberflächlichsten Benützung des Wiener Archives, dennoch wieder alle alten, von Hüffer und durch meine Publicationen längst widerlegten Irrthümer über den Petersburger Vertrag von 1795, über Carletti etc. neuerdings aufwärmt, so ist das unerhört! Auf Seite 326 dieses neuen Bandes findet man für den November 1796 wörtlich folgende Stelle: „Wenn also Frankreich der österreichischen Monarchie Baiern gönnte,

weil das Directorium dieses Begehren abschlug. — Von diesem Standpunkte ausgehend, betrachtet Herr v. Sybel den zweiten grossen Krieg, der 1799 zum Ausbruch kam, nicht als einen deutschen Reichs-, sondern als einen für österreichisches Particular-Interesse entbrannten Cabinetskrieg. Um durch Blosstellung dieser historischen Falsa die ungeheure Anklage, die hier gegen die deutsche Politik Oesterreichs erhoben wird, so schnell wie möglich von unsern Schultern zu wälzen, entschloss ich mich, aus dem druckreifen Band meines vorbemeldeten Quellenwerkes einige Hundert auf den Rastadter Congress und die zweite Coalition von 1799 Bezug nehmende, bisher ganz unbekannte Staatsdepeschen Thuguts, ohne welche die Geschichte dieses Congresses und der österreischischen Politik gar nicht geschrieben werden kann, zu veröffentlichen. Sie werden hier vollinhaltlich in einem eigenen Band, der sich ausschliesslich mit dem Rastadter Congresse beschäftigt, der Weltliteratur mit einem Appell an die Gerechtigkeit, übergeben.

Was nun die Geschichte des Rastadter Congresses und seines unfruchtbaren Wirkens betrifft, so haben bereits mehrere historische Arbeiten den Versuch unternom-

---

hatte, wie wir sehen, der kaiserliche Minister (Thugut) geringe Neigung, der Republik den Besitz des linken Rheinufers noch länger streitig zu machen; es war dieselbe Gesinnung, welche 1795 aus Carletti's Erzählung in Paris geredet und welche jetzt, nicht etwa als flüchtige Gesprächswendung, sondern als Richtschnur für Malmesbury's Unterhandlung hervortrat." — Es ist eine Eigenthümlichkeit dieses preuss. Historikers, dass er die Oesterreich günstigen Arbeiten nur dann citirt, wenn er aus irgend einer Stelle einen Tadel gegen Oesterreich ableiten zu können glaubt. So macht er dem Freiherrn v. Thugut darüber einen Vorwurf, dass er den Engländern die geheimen Weisungen der kaiserl. Regierung an Allvintzy nicht mitgetheilt hat, die ich in meinem Werke „Thugut etc." S. 511 veröffentlicht habe, — als ob der österreichische Minister verpflichtet gewesen wäre, einem so unzuverlässigen Verbündeten wie England, der zur selben Zeit in Lille ohne Oesterreich unterhandelte, österreichische Staatsgeheimnisse anzuvertrauen!

men, den Schleier von den Thatsachen zu lüften. Nebst den ziemlich oberflächlich gehaltenen Egger'schen Aufzeichnungen*) sind insbesondere zwei Werke, ein älteres und ein neueres, von nicht gewöhnlicher Bedeutung zu nennen. Beide verdienen um so grössere Beachtung, als sie in der einschlägigen Literatur und selbst in den neuesten Auflagen von Häusser's „deutscher Geschichte" gar nicht erwähnt werden.**) Das ältere, sehr gewissenhaft gearbeitete Werk entstammt der Feder des damals kaum dreissigjährigen Haller, der als Historiker und Staatsmann die Verhältnisse seiner Zeit mit klarem Blicke überschaute.***) Sein umfangreiches Quellenwerk enthält nahezu alle kaiserlichen Erlässe, Noten der Reichskanzlei und der kaiserlichen Plenipotenz im Urtext oder in extenso, auf welche sich die hier publicirten Expeditionen der Staatskanzlei beziehen, und mit welchen diese letztern im politischen System vollkommen übereinstimmen, weshalb der von Gegnern triumphirend geltend gemachte Vorwurf, dass die Politik der Reichskanzlei, d. i. die deutsche Kaiser-Politik, mit jener der Staatskanzlei, d. i. der österreichischen Staats-Politik, nicht Eines Sinnes

---

*) Briefe über die Auflösung des Rastadter Congresses und den Gesandtenmord etc." von Freiherrn v. Egger, k. dänischer Legationsrath. Zwei Bände. (Braunschweig 1809.)

**) Heinrich von Treitschke hat zur vierten Auflage von Häusser's deutscher Geschichte ein Vorwort geschrieben, in welchem er sagt: „Der alte Streit über die Friedensschlüsse von Basel und Campo Formio ist soeben lebhafter denn je erneuert worden; Sybel's deutsche (sic!) Geschichtsauffassung steht den österreichischen Darstellungen Hüffer's und Vivenot's gegenüber." Dem Hrn. v. Treitschke „scheint es nicht zweifelhaft, welcher Theil in diesem Kampfe schliesslich das Feld behaupten wird," denn, so sagt er mit Bezug auf Häusser's Buch, „die gehässigen Tadler, welche sich an dem Buche vergriffen, haben nur Einzelnheiten berichtigt oder ergänzt, nicht die Grundanschauung des Werkes zu erschüttern vermocht."

***) Carl Ludwig von Haller, Enkel des berühmten Dichters, war zu Bern am 1. August 1768 geboren und starb zu Solothurn am 20. Mai 1854. Sein sechsbändiges Werk heisst: „Geheime Geschichte der Rastadter Friedensverhandlungen in Verbindung mit den Staatshändeln dieser Zeit. Von einem Schweizer." Germanien 1799.

gewesen sei, von selbst hinfällig wird.*) Wenn auch in nebensächlichen Dingen und in Personalfragen sich die Interessen der beiden Ministerien kreuzen konnten, so bleibt doch erwiesen, dass in allen grossen politischen Principienfragen, wenigstens für den gewissenhaften Forscher, keine Divergenz der Anschauungen erkennbar ist.

Die zweite jener Publicationen ist eine historische Abhandlung des holländischen Rechtsgelehrten van Dyk**), bei welcher nur zu bedauern ist, dass sich der Verfasser einestheils nicht streng an das ältere glaubwürdige Urkundenwerk Haller's hielt, anderntheils, dass er die Wirkungen des Baseler Friedens nicht im geringsten in Betracht zog und daher dem österreichischen Cabinet selbst jene Gerechtigkeit verweigert, die der objectiv denkende zeitgenössische Schweizer Historiker demselben durchgehends zollt.***) Von neueren Gelehrten beschäftigt sich Herr Professor Carl Mendelssohn-Bartholdy in Freiburg mit der urkundlichen Darstellung der Geschichte des Congresses nach den Reichsacten des grossen Wiener Archives; ihm verdankt auch die Literatur über den Gesandtenmord einige schätzenswerthe Bereicherungen.†)

Das vorliegende Werk, welches gleich meinen früheren Publicationen einen neuen urkundlichen und — wie ich hoffen darf, — nicht unwichtigen Beitrag zur Geschichte der deutschen Politik des österreichischen Kaiserhauses liefert, habe ich in zwei Theile getheilt. In der ersten Abtheilung habe ich die Ereignisse des Jahres 1798 in übersichtlicher Darstellung zu gruppiren versucht. Dem entsprechend behandeln die acht Kapitel,

---

*) Ich habe diesen Umstand in meinem Werk über den Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen selbst hervorgehoben, und Hr. v. Sybel hat aus dieser meiner gewissenhaften Bemerkung für seine Zwecke Kapital zu schlagen versucht.

**) Précis des négociations du congrès de Rastadt 1798. (Utrecht 1856.)

***) So findet sich z. B. auf S. 45 die Stelle: L'empire abandonné et trahi par son chef, exposé aux attaques de la France etc.

†) Siehe Seite XXXI—XLVII—CXXIII des vorliegenden Buches.

nach durchwegs neuem Material, den Gang der Unterhandlungen zu Rastadt, den Gesandten-Mord, den Wiener-Volksauflauf gegen die französische Tricolore, die österreichisch-englische Allianz, die Ereignisse in der Schweiz, und jene in Italien bis zur Errichtung der parthenopäischen Republik. Der zweite Theil dagegen besteht ausschliesslich aus den denkwürdigen Staatsschriften und eigenen historischen, in deutscher und französischer Sprache geschriebenen Abhandlungen der österreichischen Minister, deren Veröffentlichung die deutsche Politik Oesterreichs zur verdienten Ehre bringen wird.

Die Ereignisse, die in den letzten Decennien vor den Augen unserer Zeitgenossen vorüberzogen, werden dieser antiken österreichischen Ehre Nichts anhaben können, wenn auch die Gefühle, welche in der Zusammengehörigkeit Oesterreichs mit Deutschland wurzeln, seit dem Prager Frieden keine Befriedigung gefunden haben. Und so kann der Verfasser dem Gange, welchen die Dinge seit jener Zeit in Deutschland genommen haben, keine rückwirkende Kraft zuerkennen für die Widerlegung historischer Thatsachen, aus denen er, und mit ihm gewiss viele Gesinnungsgenossen, in besserer Erkenntniss deutscher Vergangenheit ihre festgewurzelte Ueberzeugung für Oesterreichs berechtigte Stellung in Deutschland kräftigen werden.

Dieses Buch war im Manuscript vollendet und der Urkundentheil bereits gedruckt, als die grossen welthistorischen Ereignisse sich entwickelten, denen das im Jahre 1866 mit Hilfe der Wälschen und Gallier aus Deutschland gewiesene Oesterreich in lautloser Spannung gegenüber steht.

Wien am 13. October 1870, am 77. Jahrestag der Erstürmung der Weissenburger Linien durch die Oesterreicher.

Alfred v. Vivenot.

1. Capitel.

Einleitung. Politische Lage Oesterreichs.

Freiherr von Thugut, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Oesterreichs, hatte bis zum letzten Augenblick seinem Kaiser den Abschluss des Friedens von Campo Formio widerrathen. Trotz der unglücklichen Lage, in welche die österreichische Monarchie gerathen war, zog dieser scharfblickende und von einem heiligen Eifer für Oesterreich's Macht und Ehre erfüllte Staatsmann den Wiederausbruch der Feindseligkeiten der Schmach aufgedrungener Bedingungen vor, die das Gebäude seiner seit Beginn des grossen Krieges gegen die französische Revolution standhaft befolgten Politik so mächtig erschütterten.

Nach siebenmonatlichen Verhandlungen, in denen wiederholt der Krieg näher gerückt schien als der Friede, unterzeichnete der mit grossen Vollmachten ausgerüstete Graf Ludwig Cobenzl zu Passariano mit dem General Bonaparte am 17. November 1797 den unter dem Namen des Friedens von Campo Formio berühmt gewordenen Vertrag. Zur Ordnung der Angelegenheiten des deutschen Reichs, welches damals, wie in unsern Tagen der deutsche Bund, als Pivot für das politische Gleichgewicht der europäischen Mächte galt, wurde ein Congress nach Rastadt einberufen. Die Bedingungen dieses Friedens liefen in allen Hauptpunkten der bisher von Oesterreich befolgten Politik diametral zuwieder. Die drückendsten Stipulationen, die

sich auf den Abzug der österreichischen Truppen aus den Reichsfestungen bezogen und Anfangs December desselben Jahres in Rastadt zwischen Bonaparte und den österreichischen Unterhändlern endgültig festgesetzt wurden, waren nicht den österreichischen Diplomaten, sondern einem österreichischen General, dem Grafen Merveldt, zu verdanken, der die Zustimmung zu dieser, die österreichische Fahnenehre schwer schädigenden Verpflichtung zu Gunsten Frankreichs seinen diplomatischen Collegen in Passariano förmlich abgenöthigt hatte. *)

Unter dem Eindruck der erschütternden Nachricht von dem ungünstigen Friedensabschlusse, schreibt Thugut am 22. October an einen seiner Freunde: „Es ist der am 17. unterzeichnete definitive Friedensvertrag, welchen ich die Ehre habe E. E. beifolgend zu übermitteln, einen sehr unglücklichen Frieden, der durch seine Schmach Epoche machen wird in den Jahrbüchern österreichischer Geschichte, wenn nicht etwa binnen Kurzem, wie sehr zu befürchten steht, die österreichischen Jahrbücher gänzlich verschwunden sein werden. Es wären allerdings nur zu viel Bemerkungen über die verschiedenen Artikel zu machen; auch habe ich sie nur rasch durchflogen; allein wir werden ja noch Zeit genug finden, sie reiflich zu prüfen und bitterlich zu beweinen; übrigens muss der Graf von Cobenzl demnächst ankommen, und er wird über verschiedene Dinge, die mein armer Kopf, zur Zeit von den heftigsten Schmerzen eingenommen, noch kaum begreifen kann, entsprechende Erläuterungen geben können."

---

*) Thugut an Colloredo, Dec. 1797 . . . . article arraché par l'importunité de Merveldt à la faiblesse de ses collègues, et où ce général, quoique éclairé au moyen de sa correspondance journalière par toutes les lumières militaires de Mr. le maréchal de Lacy, n'a pas senti ou n'a pas voulu sentir que, militairement parlant, c'était nous livrer pieds et poings liés à la merci de la perfidie française que de consentir à un autre mode d'évacuation pour l'Allemagne et l'Italie que celui qui a constamment fait l'objet de toutes les instructions données d'ici d'une évacuation graduelle et à pas égaux.... (Aus der unedirten Correspondenz Thugut's, welche ich demnächst veröffentlichen werde.)

Und am selben Tag schreibt dieser Minister noch einmal in tiefer und sichtbarer Erregung: „Ich werde die Ankunft S. M. in Wien übermorgen Abends erwarten, und wenn S. M. die Gnade haben würden, mir die Cobenzl'schen Papiere zurückzuschicken, so werde ich bis dahin sie etwas besser studirt und geprüft haben, da ich sie bisher nur sehr oberflächlich lesen konnte und nicht im Stande war, mir auch nur eine Idee über den Zusammenhang der Dinge zu machen. Vorläufig habe ich allerdings schon genug gesehen, um davon das Fieber zu bekommen. Was aber meine Verzweiflung erhöht, ist die schändliche Herabwürdigung unserer Wiener, die schon beim blossen Namen „Friede" im Taumel der Freude sind, ohne dass auch nur Einem die guten oder schlechten Bedingungen dieses Friedens nahe giengen. Niemanden geht die Ehre der Monarchie zu Herzen; auch nicht, was aus dieser Monarchie von heute in zehn Jahren geworden sein wird, wenn man nur für den Augenblick in die Redouten laufen und ruhig „Backhändel" essen kann. Wie ist es mit solchen Gesinnungen nur möglich, der Energie eines Bonaparte Stand zu halten, der allen Zufällen kühn die Stirne bietet?! Der Friede, der Friede! Aber wo ist er? Ich sehe in diesem Vertrag keine Gewissheit desselben, wenn mich eine allzurasche Durchsicht nicht getäuscht hat. Ich finde keine Sicherheit für uns, und die in der Luft schwebende zweifelhafte Ausführung wird vielleicht den zweiten Theil der Präliminarien bilden." *)

Diese patriotischen Herzensergüsse bedürfen keines weiteren Commentars und erklären die ganze Situation. Stürmische Ministerraths-Sitzungen fanden noch nach dem Frieden statt. Thugut verlangte die Annulirung des unseligen Vertrages. Die Gegner des Staatsmannes überstimmten den Minister des Aeussern. Allen Vernunftgründen, mit denen die

---

*) Diese beiden Briefe aus der vorerwähnten Correspondenz habe ich im April 1869 der k. Akademie der Wissenschaften in Wien vorgelegt, und sie finden sich im XLII. Band des Archives der Akademie im Original in meinem Aufsatz: „Thugut und sein politisches System" abgedruckt.

Staatskanzlei für Fortsetzung und Wiederaufnahme des Kampfes in die Schranken trat, setzte man achselzuckend die Unmöglichkeit entgegen, mit demoralisirten Truppen und ohne Geld Krieg zu führen. Dass aber der „sublime conseil de guerre," wie Thugut mit Vorliebe den Hofkriegsrath nennt, und das Finanzdirectorium die Pflicht hatten, durch eine vernünftige Kräftigung des Armeegeistes einerseits und eine bessere innere Wirthschaft und Sparsamkeit anderseits die Wehrkraft der österreichischen Monarchie zu heben, das wollten diese hohen Stellen, die mit Thugut im ewigen Hader lagen, nicht einsehen. Die geschlagenen und zum grösseren Theile unfähigen Generale hatten zudem gar nicht mehr den Willen, ihre allzu kostbaren Individualitäten den Strapazen eines etwa in Aussicht stehenden Winterfeldzuges auszusetzen. Und so wurde die antike Ehre des Hauses Oesterreich, das Interesse des deutschen Kaisers aufgeopfert den Vergnügungen der Residenz, Bällen, Redouten und — wie Thugut sehr bezeichnend sagt, — dem „Backhändelessen!" Wo so schnöde Gesinnung den Sieg über Staatsweisheit und wahre Diplomatie erfocht, gab es allerdings keine Hoffnung mehr auf bessere Zeiten. Selbst die Geduld eines Heiligen hätte da nicht ausgereicht, und Thugut besass diese Geduld nicht. Sein kummerkrankes Herz schwoll über vor Wehmuth und heiligem Zorn in Verachtung des ganzen Geschlechtes, das damals die Vorzimmer der Hofburg kriechend und jammernd erfüllte. So kam es im kaiserlichen Palast zu einer Scene, nach welcher die vor Schrecken kreideweissen, bein-schlotternden Theilnehmer, insbesondere der Leiter des Hofkriegsrathes und jener des Finanzdirectoriums, dem stolzen Minister scheu aus dem Wege giengen, weil er in Gegenwart des Kaisers um Enthebung von seiner Stelle gebeten und im Ministerrath die Dinge so ernst und bitter mit dem rechten Namen bezeichnet hatte.

Schon am 1. Jänner 1798 hatte er an seinen Minister-Collegen geschrieben: „Was mich betrifft, so bleibt mir nur noch übrig, von der Gnade Seiner Majestät, die mir huldvoll versprochene Erlaubniss zu erbitten, mich von den Geschäften zurückzuziehen Ganz abgesehen von meinen persönlichen

Verhältnissen, glaube ich mich als guter und treuer Diener zu diesem Schritte sogar gezwungen. Ich erblicke in dem gegenwärtigen Geschäftsgang keinen Weg mehr zum Heil; vielleicht findet ein Anderer jene Hilfsquellen, welche ich mit meiner geringen Begabung nicht zu entdecken vermag. Man muss es zum wenigsten versuchen, und ich halte es für meine Pflicht, meinen Platz einem aufgeklärteren oder glücklicheren Staatsmann zu räumen, dessen allfällige Erfolge ich gewiss von ganzem Herzen begrüssen werde.".

Da war nicht mehr zu helfen! Von allen Seiten befehdet, ja diesmal sogar von seinem Freund, dem Cabinetsminister Grafen Franz von Colloredo-Walsee, verlassen, überreichte Thugut im März 1798 seine Bitte um Entlassung als Minister des Aeussern und hatte sich, bezeichnend genug für die Grösse seines staatsmännischen Geistes, die Verwaltung der an Oesterreich gefallenen neuen italienischen Provinzen und ein erst neu zu erschaffendes Marine-Ministerium ausbedungen.

Diese Veränderung im Ministerium, nach welcher ein gleich ausgezeichneter und bedeutender österreichischer Staatsmann Graf Ludwig Cobenzl als Vice-Staatskanzler die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Oesterreichs übernehmen sollte, kam aber nicht zu Stand. Die Gefahr eines neuen Kriegsausbruches trat allzu augenscheinlich in den Vordergrund, und da mussten alle missgünstigen Stimmen gegen die bisher von der Staatskanzlei befolgte Politik plötzlich verstummen. Der Ernst der Lage erforderte Männer von Thugut's Schlag und keine andern; hiezu trat noch der besondere Zufall, dass gerade im Moment des beabsichtigten Rücktrittes dieses Ministers in Wien die bekannte Emeute gegen Bernadotte ausbrach, auf die im dritten Capitel noch zurückgekommen wird.

Nach dem Frieden von Campo Formio war die äussere Lage Oesterreichs folgende: Die Monarchie hatte endlich den längst von allen deutschen Reichsständen gehegten, am Re-

gensburger Reichstag in stürmischen Sitzungen vom Kaiser um jeden Preis begehrten Frieden abgeschlossen und den ihr von den Reichsständen in unzweideutiger Weise ausgesprochenen Wunsch, den burgundischen Kreis abzutreten, erfüllt. Man bezifferte damals Flächengehalt, Einwohnerzahl und Einkünfte des österreichischen Verlustes wie folgt:

	□Meilen	Einwohner	Revenuen fl.
1. die Niederlande	469	1,926.000	5,000.000 *)
2. die vom deutschen Reich als Reichslehen längst verläugnete österreichische Lombardie nebst der Grafschaft Mantua	215	1,524.223	5,000.000
3. Vorderösterreich oder Breisgau	59	150.000	300.000 **)
Endlich			
4. die Grafschaft Falkenstein .	$2^1/_2$	4.300	68.000
Der Gesammmtverlust Oesterreichs bestand somit in:	$779^1/_2$	3,330.023	10,668.000
Dagegen erhielt dieses Reich aus französischen Händen die von Bonaparte unterjochte und ihrer Schätze gänzlich beraubte Republik Venedig	865	3,050.000	10,800.000
und in geheimen Artikeln die Zusage auf Grenzerweiterungen in Baiern und Salzburg.			

Wenn man diese Daten vergleicht, so ergibt sich allerdings, dass mit der Anwartschaft auf die Wiedererlangung des

*) Die Angaben weichen sehr in der Schätzung des Flächeninhaltes ab. In der „Allg. Zeitung“ vom 7. Febr. 1799 wird der Verlust mit 533 □Meilen und 1,200,000 Einwohnern berechnet.

**) Nach anderer Schätzung: 93—460.000—600.000.

Breisgau, welches das Haus Modena, eine österreichische Secundogenitur, erhalten sollte, Oesterreich 155½ □Meilen und 432.000 fl. Einkünfte mehr gewann, als es verlor, und hiedurch im Grund genommen durch das Aufgeben der entfernten, ohne Preussens Mithilfe fast unmöglich zurück zu erobernden Niederlande seine Macht mehr consolidirt hatte als vordem. Rechnet man nun noch die Perspective hinzu, welche sich mit der Vergrösserung Oesterreichs durch den baierischen Kreis und Salzburg darbot, so muss man allerdings gestehen, dass der Graf Ludwig Cobenzl sich mit einigem Scheine von Recht diesen Friedensabschluss als ein Verdienst anrechnen durfte. Nach der Absicht jener preussischen Staatsmänner, die im Jahr 1795 den Baseler Frieden abgeschlossen hatten, sollte Oesterreich aus dem verderblichen Kampf mit grossem Länderverlust ohne Aequivalent heraustreten. Diese Rechnung erwies sich nun als falsch. Dem Anscheine nach hatte Oesterreich durch seinen Frieden an Macht, Länderbestand und Consistenz sogar gewonnen. Was aber an österreichischer Ehre verloren gieng durch die, wenn auch im Geheimen stipulirte Verletzung der Integrität und der Verfassung des Reiches, durch das zum grösseren Theil aufgeopferte linke Rheinufer, durch die schmähliche Abhängigkeit, in welche sich die österreichischen Unterhändler, durch die leichthin zugestandene Räumung der deutschen Festungen, Frankreich gegenüber begaben, — das Alles scheint, Thugut ausgenommen, diejenigen, die diesen Frieden abschlossen, nicht sonderlich berührt zu haben.

Auch das scheinen die österreichischen Unterhändler nicht mit gebührendem Ernst in den Bereich ihrer Erwägung gezogen zu haben, dass der österreichische Gewinn in keinem Verhältniss zu demjenigen stand, den Frankreich aus dem Frieden zog. Ausser den österreichischen Niederlanden verlor das deutsche Reich*) durch den Friedensvertrag:

*) Nach Traiteur: „Der deutschen Reichsstände Verlust auf dem linken Rheinufer.“ Mannheim 1799.

	□Meilen	Einwohner	jährliche Einkünfte
nahezu an	886 1/4	1,994.899	14,751.650 fl.
mithin mit dem österreichischen Verlust von	779 1/2	3,330.523	10,668.000 fl.
der doch auch als Verlust des Reiches berechnet werden muss, wenn man ihn auch als solchen damals eben so wenig wie in unsern Tagen gelten liess, im Ganzen	1665 3/4	5,325.422	25,419.650 fl.

woraus sich denn für Frankreich ein nahezu doppelter Gewinn an Land, Volk und Einkommen herausstellt, der sogar das Drei- oder Vierfache dieser approximativen Schätzung übersteigt, wenn man Holland, das übrige Italien und die Schweiz hinzurechnet, die den glücklichen Eroberern als reife Frucht und herrenlose Güter in den Schoos fielen.

Die politische Lage, welche Oesterreich zum Abschluss seines Friedens mit Frankreich gedrängt hatte, schildert Hermann Hüffer so beredt und trefflich, dass im Allgemeinen nur darauf verwiesen werden kann.*) „Nicht freiwillig," so sagt dieser Historiker, „nicht leichtfertig hatte der Kaiser das Reich seinem Schicksale preisgegeben, sondern nachdem Oesterreich durch eine lange Folge meist unglücklicher Feldzüge auf's äusserste erschöpft, von Russland verlassen, von Deutschland unzureichend unterstützt, auf eine glückliche Wendung durch die Waffen nicht mehr rechnen durfte. Hätten die übrigen deutschen Staaten nur die Hälfte von dem, was der Kaiser that, für das Reich thun wollen, man darf glauben, dass kein Franzose über den Rhein gekommen wäre . . . . Es ist auf's bitterste getadelt worden, dass die deutsche Festung, von kaiserlichen Truppen geräumt und dem Schutze wenig brauchbarer Reichscontingente überlassen, den Franzosen so gut wie ausgeliefert wurde. Das Ereigniss ist traurig und schmachvoll genug; nur sollte man nicht vergessen, was vorher geschehen war, um die Stadt für Deutschland zu erhalten,

*) Oesterreich und Preussen gegenüber der französischen Revolution. Bonn, 1868. S. 475 u. s. w.

wie schwer der Kaiser den Entschluss sich abringen liess, der dem deutschen Norden mehr als zwei Jahre früher so leicht geworden war. Neuere Geschichtschreiber haben nicht versäumt, die „fieberhafte Lüsternheit“ Thugut's nach dem venetianischen Raube hervorzuheben. Aber es handelte sich nicht blos um einen Raub, sondern zugleich um Beseitigung der unmittelbar dringendsten Gefahren. . . . .“

„Wollte man in den Briefen Thugut's und der österreichischen Gesandten wenige Stellen unterdrücken, so könnten sie selbst vor den patriotischen Anforderungen unserer Zeit die Probe bestehen. So wie ich sie mittheilte, und ich glaube nicht, dass ein charakteristischer Ausdruck übergangen wurde, beweisen sie gerade das, was man erwarten musste. Wir finden Staatsmänner, die sich vor Allem als österreichische Minister fühlten, die Interessen Deutschlands keineswegs gering, aber doch die Interessen Oesterreichs noch höher achteten, die in Italien wie in Deutschland am liebsten Jeden bei seinem alten Besitz gelassen hätten, aber, da dies unmöglich wurde, nicht anstanden, so viel für sich zu nehmen, als zu bekommen war. Jeder Schmälerung des Reichsgebietes, jeder Veränderung der Reichsverfassung setzten sie sich entgegen, und es ist gar kein Grund für die Annahme, dies sei nur zum Schein geschehen, um den Preis der Nachgiebigkeit zu steigern. . . . .“

„Was der Reichstag mit Recht dem Kaiser zum Vorwurf hätte machen können, ist die Geneigtheit, gegen bedeutende Vortheile in Italien auch die rheinischen Gebiete aufzugeben, welche von den Franzosen noch nicht unbedingt in Anspruch genommen wurden; wie denn Cobenzl in der Sitzung des 7. Octobers den gesammten Rest des linken Ufers anbietet, um dafür die Legationen zu erhalten. Hier liegt in der That einer der Fälle vor, in welchen die österreichischen Interessen den deutschen, oder genauer: ein grosses Interesse Oesterreichs nach der italienischen Seite einem kleineren nach der deutschen Seite vorgezogen wurde. Neben diesem Anerbieten, das übrigens nicht den geringsten Einfluss auf den Gang der Verhandlungen geäussert hat, darf man aber nicht vergessen, dass der österreichische Bevollmächtigte sich stets bereit erklärte,

gegen Rückgabe des linken Rheinufers in Italien bedeutende Opfer zu bringen, dass er verschiedene Anträge, freilich geringer als die Legationen, aber doch erheblich genug, für den Rest des linken Rheinufers zurückwies. Erfreulich ist das Schauspiel dieser Verhandlungen gewiss nicht, und eben so wenig kann man die Personen, die darin thätig waren, als musterhaft hinstellen. Betrachtet man sie jedoch unter dem Einfluss der Zeit, in welcher sie lebten, unter den schwierigen Verhältnissen, mit denen sie zu kämpfen hatten, so kann ich in ein unbedingtes Verdammungsurtheil noch weniger einstimmen; es scheint mir, dass sie auf unsere Achtung und Theilnahme wohl einiges Anrecht besitzen."

Diesem wahrheitsgetreuen Bilde, das für die Objectivität seines Verfassers volles Zeugniss ablegt, habe ich nur wenige Erläuterungen hinzuzufügen, die für das Verständniss der Sachlage, unter deren Druck der Friede unterzeichnet und der Rastadter Congress einberufen wurde, von Bedeutung sind.

(Die deutschen Verbündeten. Spanien und Italien.) Von allen Alliirten, mit denen Oesterreich sich zum grossen Krieg im Jahre 1792 verbunden hatte, blieb während eines sechsjährigen Kampfes keiner seinen Pflichten treu. Vor dem Reichsverrath hatten die Mehrzahl der deutschen Reichsstände von jeher nicht zurückgeschreckt. Mit dem endlich wenigstens offen eingestandenen Abfall Preussens von der Sache des Reichs zu Basel war das Band jener deutschen Zusammengehörigkeit in unheilbarster Weise zerrissen, das dem Ausland gegenüber unserem Vaterland vielleicht noch zum Siege verholfen hätte. Das zu Basel gegebene Beispiel wirkte ansteckend. Seit dem Rücktritt des Herzogs von Sachsen-Teschen vom Reichs-General-Commando*) gab es thatsächlich keine Reichsarmee mehr. Durch den Baseler Frieden war das deutsche Reich zu einem blossen politischen Begriff herabgesunken; es gab nur süddeutsche oder norddeutsche, jeweilig unter österreichischem

---

*) Siehe des Verfassers: Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen als Reichs-Feldmarschall. 2 Bände in 3 Abtheilungen. Die beiden letztern unter dem Titel: Zur Geschichte des Baseler Friedens.

oder preussischem Einflusse stehende Reichsstände. Längst hatten sich von der grossen Coalition Toscana, Spanien, Piemont Rom und Neapel losgelöst. Die italienischen Staaten, mit Ausnahme Venedigs, hatten Alles gethan, um 1796—97 die österreichische Kriegführung in Italien zu erschweren und die Vorschritte der österreichischen Waffen zu hemmen.

(Russland.) Was die europäischen Hauptmächte betrifft, so hatte der Tod der Kaiserin Katharina, im November 1796, die engen Beziehungen Oesterreichs zu Russland nicht nur gelockert, sondern geradezu gelöst. In Petersburg begann eine wahrhaft tolle Wirthschaft. Die russische Politik, die sich einst durch hohe Ziele und feste Leitung ausgezeichnet hatte, wurde eben so beschränkt als schwankend und nur von den Launen eines nahezu verrückten und zugleich boshaften Despoten abhängig, der in seiner unbezähmbaren Leidenschaftlichkeit Freunden und Feinden gleich gefährlich wurde.

(England.) Ebenso unzuverlässig wie die russische hatte sich für Oesterreich auch Englands Bundesgenossenschaft erwiesen. An geeigneter Stelle werden die im Jahr 1798 mit England geführten Verhandlungen ausführlich besprochen. *) Was den vorangegangenen Krieg betrifft, so bestand die ergiebigste Hilfe, die diese Seemacht zu gewähren vermochte, in Geld und in Schiffen. Während der Kriegsdauer hatte England allerdings einige Anlehen mit Oesterreich abgeschlossen. Der Vortheil den das letztere jedoch aus diesen Anlehen zu ziehen vermocht hätte, wurde vollends paralysirt durch die hohen Zinsen, und die Unregelmässigkeit im Eingang der Vorschüsse, welche das ohnehin schwerfällige österreichische Finanzdirectorium beständig zu sehr kostspieligen Geldoperationen zwangen. Im bedenklichsten Augenblick des ganzen Feldzuges, als der Feind nur mehr wenige Tagemärsche von Wien stand, stellte England sogar alle Zahlungen plötzlich ein und trug hiedurch nicht wenig zum raschen Abschluss der Präliminarien von Leoben bei.

---

*) Das Nähere in Capitel 6: „Die österreichisch-englische Subsidienfabel.“

Eben so ungenügend erwies sich die maritime Hilfe des brittischen Reiches. Die vielgerühmte englische Politik charakterisirt sich für den Alliirten eher als alles Andere denn als Ausfluss grosser staatsmännischer Ideen; ja man darf sie ohne Uebertreibung als eine in kleinlicher Weise lediglich auf den eigenen nächsten Vortheil berechnete Krämerpolitik bezeichnen. Zudem fehlte in London so sehr alles Verständniss für das mit Oesterreich gemeinsame Interesse, dass das brittische Ministerium es gar nicht der Mühe werth fand, seine weiter tragenden politischen Entschliessungen mit seinem Verbündeten zu vereinbaren.

Schon in den ersten Feldzügen hatte die englische Staatsleitung für das allgemeine europäische Interesse kein Verständniss bewiesen. Die schwachmüthige Vertheidigung Toulon's (1792), die nutzlose Belagerung Dünkirchens (1793) und die eben so zaghafte Unterstützung der Niederlande und Hollands (1794—95), die Rolle, welche man den König Georg als Hannövrischen Kurfürsten in Regensburg spielen liess, liefern hiefür überzeugende Beweise. Im weiteren Verlaufe des Krieges schien es die englische Politik sogar darauf abgesehen zu haben, die Interessen Oesterreichs vollends der englischen Convenienz aufzuopfern. Einseitig unterhandelten Yarmouth, Malmesbury und Hammond im preussischen Hauptquartier, in Berlin (1792—93), im Haag (1794) und in Lille (1796), und das österreichische Cabinet wurde immer erst dann von diesen Vorgängen verständigt, wenn die Unterhandlungen am Scheitern waren. Und so sind denn auch die Vorwürfe, welche Thugut im März 1793 in einer sehr bemerkenswerthen Staatsdepesche gegen England erhebt *), durchaus berechtigter Natur. Thugut beschuldigt in trockenen Worten die englische Regierung, dass sie den Franzosen im Jahre 1796 durch die Räumung Corsica's (statt diese Insel als Compensationsobject besetzt zu halten), durch das Absegeln der ganzen englischen Flotte aus dem mittelländischen Meere und durch die englischen Rathschläge, welche Neapel zu einem Separat-Friedens-Abschluss mit Frankreich bewogen, die rasche Eroberung Italiens ermöglichte.

---

*) Siehe Urkundentheil des vorliegenden Werkes S. 145. Nr. XXXIV.

In Deutschland hatte, wie schon erwähnt, Englands König als Kurfürst von Hannover am Reichstag und in allen inneren Fragen sich eng an Preussen angeschlossen und somit wesentlich dazu beigetragen, das deutsche Reich in jene unglückselige Lage zu versetzen, in welche wir es im Jahre 1798 hilflos in einen Abgrund gestürzt sehen, den die österreichischen Staatsmänner längst vorausgesehen und längst vorhergesagt hatten.

Es war der kurzsichtigste Egoismus, der das englische Ministerium dazu bewog, gegenüber dem Parlament die Interessen der Verbündeten der Erhaltung ihrer Minister-Portefeuilles oder augenblicklichen Vortheilen aufzuopfern.

Gewohnt, Holland, Neapel, Toscana, Portugal und Spanien Gesetze zu dictiren, betrachtete England unser Vaterland nicht als eine gleichberechtigte, sondern als eine von englischer Willkür abhängige untergeordnete Macht, und dieses Verhältniss tritt aus dem Verlauf der während des Rastadter Congresses von Seite Oesterreichs mit England gepflogenen Unterhandlungen noch klarer zu Tag. Stellt man neben dies trostlose Bild jenes gleich trostlose, welches die österreichische Monarchie in ihrem Innern bot, beachtet man z. B. die schweren Gebrechen der österreichischen Staatsverwaltung, den leeren Staatsschatz, die jämmerliche Militärwirthschaft, die der Erzherzog Karl mit dem besten Willen von der Welt nicht zu ändern vermochte, die Vorliebe für knechtische Mittelmässigkeit, den dadurch sehr begreiflichen Mangel an fähigen höheren Offizieren und begabten Köpfen in entscheidenden Stellen, — ein Mangel, der sich in allen Verwaltungszweigen dieses Reiches während der Dauer des ganzen Revolutionskrieges bemerklich macht, so begreift man, wenn man auch die nächst entscheidenden Motive nicht billigen kann, dass der von den redlichsten Gesinnungen für das Beste seiner Völker erfüllte letzte deutsche Kaiser schwankend wurde in seinem Festhalten an dem begabtesten Mann seines Ministeriums und sich mehr und mehr den politischen Gegnern Thugut's zuneigte, die schon im April und später wieder im November 1797 den Frieden um jeden Preis geschlossen wissen wollten und zur Schlichtung

der europäischen Wirren sich grosse Dinge von der Wirksamkeit des Rastadter Congresses versprachen.

---

2. Capitel.
Beginn des Congresses.

Der Rastadter Congress bot der Welt während seiner fünfzehnmonatlichen Dauer das Schauspiel einer Vereinigung einflussreicher Staatsmänner, wie sie Europa seit mehr denn einem Jahrhundert nicht gesehen hatte. Dieser Congress hat die Aufmerksamkeit aller Regierungen durch die Wichtigkeit der dort zur Entscheidung gebrachten Fragen auf sich gelenkt; er erwarb sich überdies eine traurige Berühmtheit durch die blutige That, welche ihn beschloss. Die Resultate der Unterhandlungen entsprachen jedoch nicht den Hoffnungen, die man von der Vereinigung so bedeutender Diplomaten erwarten durfte; nichts desto weniger hat dieser Congress die Basis festgestellt, auf welcher zwischen dem Reich und Frankreich der Friede einige Jahre später zu Luneville verhandelt und endgiltig abgeschlossen wurde. Der Rastadter Congress hat die, seit dem Baseler Frieden in ihren Grundlagen erschütterte Reichsconstitution, welche bis dahin als das Pivot des europäischen Gleichgewichtes galt, vollends zerstört; er hat die Säcularisationen im grössten Maasstab genehmigt, den Rheinbund und den Ausschluss Oesterreichs aus Deutschland vorbereitet. — Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, gehört dieser Congress zu den wichtigsten und für Deutschland verhängnissvollsten Ereignissen, welche der Geschichtschreiber im vergangenen Jahrhundert zu verzeichnen hat. Die Politik, welche die verschiedenen deutschen Mächte auf diesem Congresse befolgten, wird noch bis in unsere Tage hinein als Maasstab gelten können für die Ziele ihrer Vergangenheit — für die Ehrlichkeit oder Eigennützigkeit ihrer späteren Bestrebungen zu Gunsten oder Ungunsten unseres deutschen Vaterlandes.

In der ersten, diesem Buche als Urkundentheil angefügten Abtheilung der deutschen Staatsdepeschen Thugut's, die der

Staatskanzlei-Referent Daiser*) entworfen hat, finden die Verhandlungen am Congress und zum Theil auch die mit Berlin ihre entsprechende Erläuterung.

*) Carl Reichsfreiherr Daiser von Sylbach war ein vertrauter Freund und der meistbeschäftigte Mitarbeiter an der deutschen Politik Thugut's. Mit Ausnahme einiger Daten in den Hormayr'schen Lebensbildern ist bis jetzt Nichts von ihm bekannt. Das Geschlecht ist mit seinem Sohn, der längere Zeit in Brasilien österreichischer Gesandter war, ausgestorben, und es mangeln die erforderlichen Anhaltspunkte um auch nur in kurzen Zügen seinen Lebenslauf festzustellen. Seine politischen Expeditionen, seine grösseren Arbeiten im praktischen Staatsdienst lagen mir jedoch alle vor, und sie haben mir die höchste Achtung für den Verfasser eingeflösst. Ein Tiroler von Geburt begann Daiser noch unter Maria Theresia seine diplomatische Laufbahn in der Reichskanzlei. Im Jahre 1792 ernannte ihn Kaunitz zum Staatskanzlei-Referenten. In dieser einflussreichen Stelle erhielt er sich wärend der Revolutionskriege unter den Nachfolgern des Fürsten Staatskanzlers bis zu seinem Tode. So lange Thugut dem Ministerium des Aeussern vorstand, arbeitete der berühmte Geschichtsschreiber Johannes v. Müller unter Daiser's Leitung in der Staatskanzlei. Wenn hier vorübergehend bemerkt wird, dass der an Geist und Gemüth unvergleichliche Peter Anton Freiherr v. Frank die Expeditionen der Reichskanzlei als Reichsreferendar besorgte, so geschieht dies nur, um den geistigen Connex, welcher zwischen diesen drei bedeutenden deutschen Staatsmännern herrschte, zu betonen und gleichzeitig festzustellen, dass die auf das deutsche Reich Bezug habende Politik Oesterreichs bis zum Frieden von Luneville hauptsächlich in den Händen dieser Männer ruhte, deren Ehrlichkeit und deutsch-patriotische Gesinnung selbst ein Hormayr anerkennen musste. Was Dialektik, Kenntnisse und schriftstellerische Begabung betrifft, so gebührt unter ihnen dem Freiherrn v. Daiser der Vorrang, da seine Staatsschriften nach Form, Gedanken und Inhalt weit über den zwar wohldurchdachten und gelehrten, aber schwerfälligen Abhandlungen stehen, die Frank und Müller zu Verfassern hatten. Dieses Verhältniss wird beim Studium der betreffenden Acten augenfällig. Insbesondere fiel mir auf, dass Thugut sehr oft die unklare Satzbildung und den Wortschwall in den vom Historiker Müller oder von anderen Referenten verfassten politischen Expeditionen zu verbessern sich veranlasst fand, dagegen die bessernde Hand nur in den seltensten Fällen an den Daiser'schen Entwürfen zu erproben in die Lage kam, somit die Unterfertigung der von Daiser vorgelegten

Im zweiten Theile, welcher die in französischer Sprache abgefassten Rescripte Thugut's und Cobenzl's enthält, lernen

---

Expeditionen fast immer nach vollinhaltlicher Approbation des Ministers erfolgte.

Ebensowenig wie die mustergiltigen Thugut'schen Depeschen in französischer Sprache, sind die Abhandlungen Daiser's diplomatischer Jargon der Neuzeit. Die hier publicirten Depeschen sind vollendete resumirende Historie. Als solche betrachtet, bietet die vorliegende Depeschen-Sammlung den Umriss zu einer getreuen Darstellung jener grossen geschichtlichen Ereignisse und einen Schlüssel zur richtigen Erkenntniss der Begebenheiten, die sich vor, während und nach dem Rastadter Congress in Deutschland zugetragen haben.

Nach dem Rücktritt Thugut's aus dem Staatsdienst im Jahre 1801 verblieb Daiser auch unter dem Grafen Ludwig Cobenzl in seiner Stellung. Allein die 10 letzten Jahre furchtbarster Aufregung und der Luneviller Friedensabschluss hatten seinen Organismus derart erschüttert, dass er nur mehr auf Kosten seiner eigenen Tage den Anstrengungen seines Amtes obliegen konnte. Luneville hat im wahren Sinn des Wortes diesem wackern deutschen Staatsmanne den Todesstoss gegeben und wenige Monde nach dem Friedensschluss raffte ihn am 2. Juli 1802 der Tod dahin.

Der Vice-Staatskanzler Graf L. Cobenzl schreibt über den Todesfall Daiser's an den Grafen Colloredo am 2. Juli 1802:

„Je dois malheureusement annoncer à V. E. la mort de notre bon Baron Daiser qui a succombé hier à sa maladie. C'est avec cette nouvelle qu'on m'a reçu ce matin, lorsque je suis descendu de voiture, et quoique je devais m'y attendre, je n'en ai pas été moins affecté. J'aimais personnellement ce digne homme, zélé serviteur de S. M. et que nous aurons de la peine à remplacer. Je n'ai pas besoin de réclamer les bontés de V. E. pour sa veuve et son fils; je connais votre excellent coeur et sais, combien vous aimez que les bons serviteurs de S. M. soient traités comme ils le méritent. J'ose donc espérer, Mr. le comte, que vous daignerez approuver le Vortrag que j'ai l'honneur de vous envoyer ci-joint, et qu'après que vous l'aurez signé vous voudrez bien le présenter à S. M.

„Ainsi que j'ai eu l'honneur de le dire à V. E., je crois qu'il ne faut pas se presser de remplacer Daiser, pour être sûr de le remplacer bien. Il s'est déjà présenté plusieurs sujets, mais jusqu'ici rien que j'aie osé vous proposer."

Dies sind die wenigen Daten, die ich über das Leben dieses Staatsmannes zusammenzustellen vermochte, der in zweiter Linie eine sehr wichtige politische Rolle während der Revolutionskriege

wir einerseits Oesterreichs Verhältniss zu Preussen, anderseits dessen Verhältniss zu Russland, um das sich die politische Lage Europa's damals krystallisirte, eingehend kennen. Diese Staatsschriften enthalten in ihrem Zusammenhange die Geschichte des Rastadter Congresses so vollständig, wie sie nur immer geschrieben werden könnte, und sie scheinen berufen, das bisherige Urtheil über die österreichische Politik jener Zeit in einer für Oesterreich durchaus ehrenvollen Weise zu berichtigen. In dem Folgenden werde ich mich daher auf eine allgemein gehaltene Skizze der Vorgänge am Congress beschränken und nur da in nähere Erläuterungen eingehen, wo die Documente selbst einer solchen bedürfen.

Den Abschluss der Präliminarien von Leoben hatte der Kaiser dem Reichstag zu Regensburg sofort mit dem Bedeuten angezeigt, dass das Princip der Reichsintegrität seinem Friedensvertrage als Basis gedient habe. Am 18. Juni 1797 folgte das Commissions-Decret, in welchem die Friedensartikel, mit Ausschluss der geheimen, dem deutschen Reiche mitgetheilt wurden. Die Reichs-Deputation, welche mit Frankreich verhandeln sollte, war auf Andrängen des Reiches und unter der Einwirkung des Baseler Friedens am 21. August 1795 ernannt worden. Am 1. November 1797 berief sie der Kaiser nach Rastadt mit dem Bedeuten, dass der Graf von Metternich-Winneburg (Vater des spätern Fürsten-Staatskanzlers) als kaiserlicher Plenipotentiarius sich bereits auf dem Weg zum Orte des Congresses befinde. Dasselbe Commissions-Decret betonte, dass an den Congress die Aufgabe herantrete, die Reichs-Integrität neu zu begründen. Die Reichsverfassung bestimmte, dass die als Deputation ernannten Stände durch Minister, die den Namen „Subdelegirte" trugen, zu vertreten seien. Diese Subdelegirten waren: Für Oesterreich Graf Lehrbach, und für den

---

mit Ehren ausgefüllt hat, und dem es, wie so vielen seiner Vorgänger und Nachfolger in der österreichischen Staatskanzlei, vorbehalten war, als deutscher Referent ein höheres Märtyrerthum zu verbringen.

König von Ungarn und Böhmen Graf Ludwig Cobenzl, der später, zu wichtigen Missionen verwendet, seine Vertretung dem Ersteren überliess. Kur-Mainz sandte seinen Staatsminister Freiherrn von Albini, der seit dem Baseler Frieden die erzkanzler'sche Politik eine sehr zweideutige Rolle spielen liess *) und als Protokollführer und Reichs-Directorial-Minister einen grossen Einfluss auf die Congress-Mitglieder ausübte. Für Sachsen war der Graf von Löben, der am 22. Februar 1799 durch Graf Hohenthal ersetzt wurde, ernannt; für Baiern zuerst Graf Preyssing, dann am 16. Februar 1798 Graf Morawitzky, endlich dessen Ersatzmann Freiherr von Rechberg und Rothenlöwen; für Würzburg Graf Stadion; für Bremen und Braunschweig Herr von Reden; für den Landgrafen von Hessen-Darmstadt Staatsminister Freiherr von Gazert; für den Markgrafen von Baden Freiherr von Edelsheim; für Augsburg die Herrn Pflummern und Schmidt; für Frankfurt die Herren Günderode und Schweizer.

Frankreich übertrug seine Vollmachten dem General Bonaparte, der jedoch nur vom 20. November bis 1. December als Bevollmächtigter fungirte; ferner an Treilhard und Bonnier d'Arco, mit denen Malmesbury in Lille wegen ihrer raffinirten Grobheit nicht fertig geworden war. Herr von Rosenstil, ein im französischen Ministerium des Aeussern verwendeter, der deutschen Sprache und Verfassung kundiger Diplomat, fungirte als Secretär. Jean de Bry und Roberjot erschienen erst später.

Der 20. Artikel des Friedens von Campo Formio hatte die unbetheiligten Mächte vom Congresse ausgeschlossen. Nichts desto weniger sandte Schweden, als Garant des Westphälischen Friedens, den Grafen Fersen. Dieser wurde, als Frankreich dagegen Einsprache erhob, durch den Herrn von Bildt für Schwedisch-Pommern ersetzt. Der Autokrat Paul I., wollte durchaus den Congress in Leipzig tagen sehen; weil er seinen Willen nicht erfüllt sah, sandte er keinen Vertreter nach Rastadt, obgleich er für Holstein-Gottorp dazu eben so berechtigt war wie Dänemark.

---

*) Siehe Herzog Albrecht von Sachsen Teschen. Band II a. a. O.

Es bedarf der wiederholten Erinnerung, dass die Reichs-Friedens-Deputation unter den deprimirenden Eindrücken des Baseler Friedens schon im Jahre 1795 erwählt wurde. Graf Lehrbach, der kaiserliche Concommissär Freiherr von Hügel und der österreichische Comitialgesandte von Fahnenberg hatten sich damals alle erdenkliche Mühe gegeben, Kurbrandenburg und dessen Anhang, wegen seines Abfalls von der Sache des Reiches, aus der Deputation auszuschliessen. Dennoch erschienen in Rastadt als preussische Abgesandte Graf Görtz, die Freiherren von Jacobi und von Dohm, und da man dem Freiherrn von Rosenkranz, dem dänischen Gesandten, als Reichsstand die Aufnahme nicht verweigert hatte, so konnte man sie um so weniger dem mächtigen Preussen versagen.

Abgesehen von diesen officiellen Theilnehmern, sah man eine nach Hunderten zählende Versammlung von Staatsmännern, reichsständischen Ministern und Gelehrten nach dem neuen diplomatischen Mekka als betheiligte oder unbetheiligte Beobachter pilgern. Mehrere Reichsfürsten, Grafen und die deutsche Ritterschaft, letztere durch die Blüte ihrer Mitglieder, unter denen der treffliche Hans von Gagern hervorragt, vertraten ihr Interesse persönlich.

Die Geschäftsführung am Congress war die am Reichstag übliche. Der kaiserliche Plenipotentiarius präsidirte; Kurmainz führte das Protokoll durch seinen Legations-Secretär Freiherrn von Münch-Bellinghausen und berief die Deputation für jede Sitzung ein. Die Eröffnung des Congresses fand am 9., die erste Conferenz am 16. December 1797 statt. Die Franzosen verwarfen in der Sitzung vom 16. die Vollmachten der Deputation, weil dieselben auf der Integrität des Reiches beruhten. Dies konnte einen Fingerzeig abgeben für das, was kommen sollte. Allein das unüberlegte Drängen nach Frieden um jeden Preis war so vorherrschend geworden, dass die Deputation ohne allzulanges Besinnen in einem Gutachten sich unbegränzte Vollmachten vindicirte und deren Bestätigung vom Kaiser verlangte. Am 15. Jänner 1798 kam die kaiserliche Genehmigung.

Am 7. December hatte der Graf Lehrbach der Reichsdeputation angezeigt, dass der Kaiser in Folge des Friedens sich in die Nothwendigkeit versetzt sehe, seine Truppen mit Ausnahme seines als Reichsstand schuldigen Contingentes in die Erblande zurückzuziehen. „Hoffentlich", fügte Lehrbach mit bitterem, aber gerechtem Hohne hinzu, „werde dadurch den dringenden, wiederholt und von allen Seiten, selbst in Rastadt geäusserten Wünschen wegen Zurückziehung dieser Truppen ein Genüge geschehen." *)

Und in der That zog der kaiserliche Gouverneur von Mainz, der wackere FML. Freiherr von Neu, mit den österreichischen Truppen, welche diese Festung seit 1793 opfermuthig vertheidigt hatten, und dem össterreichischen Feldgeschütz am 1. December ab. Es ist unwahr, dass die Wälle der Festung von allem schweren Geschütz entblösst wurden. — Wenn Kur-Mainz, so wie Kur-Trier in Ehrenbreitstein gethan hat, die Festung wirklich vertheidigen wollte, so hätte es hiezu noch immer Mittel genug besessen und volle 20 Tage Zeit, die Garnison durch andere Reichs-Contingente zu verstärken.

Das österreichische Reichs-Contingent concentrirte sich hinter dem Lech unter FML. von Staader, dem sogenannten Interims-Commandanten der Reichs-Armee. Kurz nach Abzug der Oesterreicher rückten die Franzosen gegen Mainz vor. Ihr General Hatry, der „Festungseroberer", nannte seine Armee „armée de Mayence", besetzte am 16. Jänner Oppenheim, den Rhein, die Mainspitze und schloss die Festung ein. Am selben Tag erklärten die französischen Bevollmächtigten, dass ihre Truppen Winterquartiere in Mainz nehmen würden. Derselbe Vorgang wiederholte sich nach dem Abzug der kleinen Heldenschaar aus der Festung, vor Ehrenbreitstein, nur mit dem Unterschiede, dass dort der Kurfürst sein Interesse

---

*) Hüffer, Oesterreich und Preussen im Revolutionskrieg. S. 483. (Bonn 1868). Dieses bereits erwähnte Buch und die durch Hrn. v. Sybel provocirte Erläuterungsschrift Hüffers: „Die Politik der deutschen Mächte im Revolutionskriege" (Münster 1869) geben die wichtigsten Aufschlüsse über die Verhandlungen zu Leoben und Campo Formio.

mit jenem Oesterreichs in Uebereinstimmung gebracht hatte, und Oesterreicher als kurtrier'sches Reichs-Contingent zurückblieben, welche unter dem als kurtrier'scher General fungirenden tapfern Faber, dem nachherigen österreichischen FZM., jahrelangen Widerstand leisteten, während die feige Mainzer Regierung gar keinen ernsten Versuch zur Vertheidigung wagte, sondern die im guten Stand befindliche Festung am 28. December 1797, d. i. 12 Tage nach Abzug der Oesterreicher, den Franzosen übergab. Fast zur selben Zeit nahmen die Franzosen die Rheinschanze bei Mannheim mit offener Gewalt weg, — „pour presser la lenteur des affaires de Rastadt," sagte ihr General Oudinot. *)

Nachdem am 14. Jänner 1798 die Vollmachten gegenseitig ausgetauscht waren, stellten die Franzosen ihre ersten Anträge. Sie giengen ohne Umschweife direct auf das Ziel los, und verlangten als Entschädigung für einen Krieg, welchen der „ungerechte Angriff" des deutschen Reiches herbeigeführt hatte, das ganze linke Rheinufer. — Ernstlichen Widerstand hatten sie nur von Oesterreich zu besorgen, welches allerdings in den geheimen Artikeln der Abtretung eines grossen Theils des linken Rheinufers zugestimmt, aber diese Zustimmung an Bedingungen geknüpft hatte, die, gleich der Einverleibung des baierischen Kreises und der Rückgabe der preussischen Gebietstheile, einerseits schwer zu erfüllen, anderseits für Frankreich sehr lästig waren. Von der preussischen Partei im Reiche hatten die Franzosen Nichts zu besorgen. Preussen hatte ihnen mittels doppelter Verträge (im April 1795 und im August 1796) das Ziel ihrer Wünsche längst zugesichert. Oesterreich war durch die Consequenzen, welche der Friede von Campo Formio nach sich gezogen hatte, seines Einflusses im Reiche so gut wie beraubt. Die wenigen wohldenkenden Stände fühlten sich entmuthigt und glaubten sich sowohl von Preussen als nun auch von Oesterreich und dem deutschen Kaiser verlassen und verrathen. Unter so günstigen Auspicien schritten die Franzosen daran, ihr Ziel trotz dem voraussichtlich zähen

---

*) Siehe S. 9 im Urkundentheil des vorliegenden Buches.

Widerstande Oesterreichs zu erreichen. Dem 1. Antrag folgte der 2., und am 20. Jänner erklärten die französischen Bevollmächtigten, dass die französische Republik die Reichs-Stände, welche durch Abtretung des linken Rheinufers Verluste erlitten hätten, entschädigen wolle und werde. — Der Begriff Entschädigung war damals bereits so gut wie identisch mit dem der Säcularisation, d. i. der Beraubung der Schwachen und der geistlichen Staaten zu Gunsten der Starken. Denn, dass Frankreich die linksrheinischen Stände nicht auf eigene, sondern nur auf Kosten des deutschen Reiches entschädigen werde, war bereits allerseits als selbstverständlich angenommen. Die Reichs-Deputation erwiederte in gewohnten Reichstags-Phrasen. Von Ablehnung der französischen Propositionen war keine Rede. In kriechendem, winselndem Ton appellirte sie an das Gerechtigkeits-Gefühl und an die Grossmuth der französischen Nation und meinte sehr naiv, dass der Besitz des linken Rheinufers unmöglich den Wünschen der Franzosen entsprechen könne, da diese Länder in Zukunft der Macht Frankreichs wenig Stärke verleihen würden. Zudem hätten ja die Präliminarien von Leoben die Reichsintegrität zugesichert. Am 28. erfolgte die Gegenantwort, in welcher die Franzosen die unüberlegte Phrase, dass die abzutretenden Länder die Macht Frankreichs nicht erhöhen könnten, zu ihren Gunsten auszubeuten suchten, „da es ja hiedurch klar am Tage liege, wie mässig und gerecht ihre Forderungen wären.“ Schon am 3. Februar erklärten die französischen Bevollmächtigten, dass Frankreich sehr weit davon entfernt sei, die Reichsintegrität als Basis der Verhandlungen anzuerkennen, worauf am 9. Februar die Reichsdeputation in demüthigem Tone um Bekanntgabe der Gegenleistungen bat, welche man von Frankreich für die Abtretung des linken Rheinufers zu erwarten habe.

Die Franzosen wichen dieser Frage aus und erklärten am 10., dass vor Allem das Princip der Abtretung anerkannt werden müsse; gleichzeitig wurden die Domänen der Stände des linken Rheinufers zu französischen Staatsgütern erklärt.

Die Antwort der Deputation am 16. lautete ebenso zer-

knirscht wie die vorhergegangenen. Das Reich, so hiess es, begreife allerdings die Nothwendigkeit, den Frieden durch Opfer zu erkaufen, aber die hohe Gerechtigkeitsliebe und Weisheit der französischen Nation werde sich vielleicht mit der Abtretung der Hälfte der am linken Rheinufer gelegenen Länder begnügen. Am 18. stellte das verrätherisch gesinnte Baden ungescheut den Antrag, man möge doch um des „lieben Friedens willen“ so rasch als möglich das ganze linke Rheinufer abtreten, da man ja die Heftigkeit gesehen habe, mit welcher die französischen Minister den Antrag auf Abtretung der Hälfte der Länder entgegen genommen hätten. Diese letzteren antworteten am 20. kräftig und wiesen darauf hin, dass sich bereits alle linksrheinischen Stände für den Anschluss an Frankreich erklärt hätten. Einige Stände erschracken über die Wendung der Dinge in Rastadt so gewaltig, dass sie sich in flehentlichen Ausdrücken nach Wien um Hilfe wandten. Einer der ersten dieser Supplicanten war der Kurfürst von Köln, der mit kläglicher Schilderung der Lage des Reiches in den Kaiser drang und sich nun post festum in trostlose Betrachtungen über die in der Folge höchst nachtheilige, von Frankreich geforderte Friedensbasis ergoss. Diese guten Gedanken kamen zu spät.*) Schon am 3. März erklärte sich die Reichs-

*) Thugut berichtet über die der Reichskanzlei eingeschickte Supplik des Kurfürsten am 27. Februar 1798 an den Kaiser:

„Mit dem gehorsamst zurückfolgenden Vortrag wird von dem Reichsvicekanzler ein Schreiben des Kurfürsten von Köln an E. M. in Ur- und Abschrift vorgelegt, ohne über dessen weitläufigen Inhalt eine Bemerkung zu machen oder eine Meinung, wie solches zu beantworten sein dürfte, zu eröffnen.“

„Dieses Schreiben enthält übrigens von Anfang bis zum Ende nichts anderes als eine klägliche Schilderung der leider nur zu bekannten Lage des Reichs, Betrachtungen über den Umfang und die politischen Folgen der von Frankreich geforderten Reichsfriedens-Basis, und will dadurch gezeigt werden, wie in manchem Betracht es das Interesse Euer Majestät erfordere, sich der Erhaltung des Reichs ferner nachdrücklichst anzunehmen, wie E. M. dies bisher rühmlichst gethan haben. Die bestimmte Bitte gehet sodann dahin, dass E. M. durch die nachdrücklichsten Erklärungen an das französische Gouvernement über Allerhöchst Ihrer für das Reich tragende

Deputation bereit, Frankreich die Hälfte des linken Rheinufers bedingungslos abzutreten, einen Theil der andern Hälfte aber nur unter 18 Bedingungen, auf die Frankreich, seiner Verfassung nach, weder eingehen konnte noch wollte. Die französischen Bevollmächtigten beantworteten sonach auch diese Zumuthung schon am 4. März mit der kategorischen Frage: „ob das Reich die Forderungen Frankreichs bewilligen wolle oder nicht“?

Das wirkte. — Im gewohnten Jammerton antwortete die Deputation am 11; sie nahm die Basis unter dem Vorbehalt an, dass 1. die französischen Truppen allsogleich das rechte Rheinufer räumen sollten, 2. Frankreich an das Reich keine weitere Forderungen mehr erhebe, 3. die in der Note vom 3. März bekannt gegebenen Bedingungen berücksichtigt würden.

Schon am 15. erfolgte die erste und einzige im verbindlichen Tone gehaltene Antwort der französischen Bevollmächtigten in dieser für Deutschlands Ehre so überaus traurigen Unterhandlung. Ohne des Vorbehaltes Erwähnung zu thun, unter welchen die Deputationen ihre Forderungen angenommen hatten, erklärten die Franzosen, dass sie mit Befriedigung endlich wahrgenommen hätten, dass man die von

väterliche Gesinnungen den Reichsfriedens-Unterhandlungen eine günstigere Wendung verschaffen und dadurch das geschreckte Publicum auf eine Art beruhigen wollen, der es in dem gegenwärtigen Zeitpunkt so sehr bedürfe.“

„Da nun das Schreiben des H. Kurfürsten von Köln weder neüe Thatsachen, weder neue Betrachtungen, noch weniger aber Vorschläge von ausgiebigen Mitteln, die böse Lage des deutschen Reichs zu bessern, sondern lediglich eine Aufforderung zu demjenigen enthält, was E. M. selbst in vollem Maass bis zur Stunde Allerhöchst-Ihrer reichsoberhauptlichen Pflichten, noch mehr aber Allerhöchst-Ihrer eigenen Neigung für das gegen das Erzhaus grösstentheils sehr undankbare Reich angemessen erachtet haben, so ist zwar dies Schreiben ein Beweis des Eifers des H. Kurfürsten für das Interesse des Reichs und sein eigenes, für E. M. aber im Ganzen nicht schmeichelhaft.“

„Es scheint daher das Maass der Rücksicht vollkommen erfüllt zu sein, wenn E. M. dasselbe ganz im Allgemeinen beantworten, und

Frankreich gewünschte Friedensbasis bedingungslos angenommen habe. In der Note der Deputation vom 3. erwähnten sie nebenbei fänden sich einige berücksichtigungswerthe Wünsche der Deutschen, die bei Feststellung der zweiten Friedensbasis, „die Entschädigungsfrage der linksrheinischen Stände betreffend“, geordnet werden könnten. Die Reichsdeputation versuchte am 15. März die französischen Bevollmächtigten zu einer deutlicheren Erklärung hierüber zu bewegen. Allein diese wichen der Antwort aus und erklärten am 27. März, dass vorerst das Princip der Entschädigung als solches festgestellt werden müsse; auch beschworen sie die Deutschen, wie in der Fabel der Wolf das Schaf, im Namen der „Humanität“, nicht länger dem Friedenswerke hindernd in den Weg zu treten. Auch diesem Wunsche willfahrte die Reichsdeputation, indem sie am 4. die Entschädigung der linksrheinischen weltlichen Stände auf Kosten der rechtsrheinischen durch Säcularisation decretirte. — Oesterreich und Würzburg waren die einzigen Stände, die sich diesem Beschlusse kräftig widersetzten. Der kaiserliche Plenipotentiarius versagte demselben seine Zustimmung, das Votum der Reichs-

---

ich muss, wenn Allerhöchstdieselben diese meine Meinung des Allerhöchsten Beifalls würdigen, dem Ermessen E. M. in tiefster Unterwürfigkeit anheim stellen, ob Allerhöchstdieselbe den reichsvicekanzlerischen Vortrag etwa folgendermaassen zu verbescheiden geruhen wollen: „Auf dies Schreiben haben Sie mir eine Antwort beiläufig folgenden Inhalts vorzulegen: Die Lage des Reichs sei allerdings sehr traurig, und mir falle sie am schmerzlichsten, nachdem ich, um das Reich in eine bessere zu versetzen, mit langer Anstrengung meiner ganzen Hausmacht beinahe allein das Aeusserste gethan habe. Diese Lage sei die lang vorgesagte Folge der unpatriotischen Speculationen mächtiger Reichsstände und des schwachen Zusammenhangs der Gutgesinnten. Indessen könne sich der Kurfürst beruhigt halten, dass, gleichwie ich durch grosse Aufopferungen meines Hausinteresses die Möglichkeit eines allgemeinen Reichsfriedens und einer die Reichsverfassung nicht ganz aus dem Grunde zerstörenden Basis allein bewirkt habe, ebenso ich auch noch dermal nichts, was in meinen Kräften stehet, unversucht lassen werde, das dem gesammten Reich und besonders den geistlichen Reichsständen drohende Unglück so gut als immer möglich zu lindern, und zu diesem Ende

Deputation mittels einfachen Begleitschreibens an die französischen Bevollmächtigten geleitend. *)

Mittlerweile hatten fast alle geistlichen Staaten, die sich in ihrer Existenz bedroht sahen, nach dem Beispiel des Kurfürsten von Köln ihre Blicke nach Wien gewandt. Mit seiner unerbittlichen Logik sagt aber Thugut am 20. März 1798 dem Kaiser: „In den Vorstellungen des kurmainzischen Coadjutors wegen Unterstützung der geistlichen Reichsstände in Schwaben, welche E. M. von dem Reichsvicekanzler mit dem gehorsamst zurückfolgenden Vortrag vom 18. dies vorgelegt werden, wird so wie in andern reichsständischen Vorstellungen nur immer von der Gerechtigkeit und Billigkeit, die geistlichen Reichs-Stände in ihrer Existenz zu erhalten, gesprochen, und man bemühet sich sehr überflüssig, die Aufmerksamkeit E. M. auf einen Gegenstand zu erregen, den Niemand im Reich lebhafter und Niemand thätiger als E. M. selbst beherziget."

„Nicht nur umgehet man mit Stillschweigen die wahren noch fortwirkenden Ursachen der gegenwärtigen oft vorgesagten Verlegenheit des Reiches, sondern in allen den wortreichen Vorstellungen der Reichsstände, in den Aeusserungen der Deputirten zu Rastadt und selbst in den Noten und Vorträgen des Reichsvicekanzlers wird nicht mit einem Wort von wirksamen Gegenmitteln, die Plane der innern und äussern mächtigen Feinde des Reichs zu vereiteln, Erwähnung gemacht."

---

mich bestreben werde, um, wenn nun auch von Seite des Reichs des Friedens wegen Aufopferungen unvermeidlich sein sollten, solche zu mässigen und sonst im Ganzen die Reichs-Verfassung und Besitzungen der Reichsstände in ihrer Integrität zu erhalten, welche Bemühungen aber vorzüglich durch die engste Vereinigung aller katholischen Reichsstände unterstützt werden müssen."

Der Kaiser resolvirte auf diesen Vortrag: „Der Vortrag des Reichshofvicekanzlers hat die von Ihnen hier entworfene Erledigung erhalten. Franz."

*) Ueber den Beginn des Congresses bis Anfang April: Siehe die Documente I. und II. S. 1 und 12 im Urkundentheil des vorliegenden Werkes.

„Alles beschränket sich auf Discussionen von Recht und Billigkeit, worüber kein vernünftiger Zweifel obwaltet; anstatt aber die Mittel zur allenfälligen Gegenwehr vorzubereiten, kommen solche nirgendwo in Anregung, sondern, sowie man den Allerhöchsten Hof allein mit der Last des Krieges beladen liess, so sollen nun E. M. ganz allein den Reichs-Friedensunterhandlungen Nachdruck geben."

„Diese Lage des Reichs ist so allgemein bekannt, dass Jedermann wohl von sich selbst beurtheilen kann, in wie fern es möglich sein dürfte, die geistlichen Reichsstände zum Theil zu retten; dass aber keine politischen Verhältnisse, von denen am Ende des Vortrags des Reichsvicekanzlers Meldung gemacht wird, E. M. hindern, zur Abwendung dieses Uebels Alles beizutragen, hierüber sollte wohl kein Zweifel vermuthet werden."

„Nach diesen Betrachtungen muss ich dem Allerhöchsten Ermessen ehrfurchtsvoll anheimstellen, ob etwa E. M. folgende allgemeine Verbescheidung bei dieser Gelegenheit zu ertheilen Allergnädigst geruhen wollen:

„Das Promemoria des Baron Dalberg ist meiner Plenipotenz zu der meinen sattsam bekannten Gesinnungen angemessenen Bedachtnehmung zuzustellen. Auf diese und ähnliche Vorstellungen ist aber den Reichsständen oder ihren Ministern nach dem Sinn meiner Entschliessung auf die Vorstellungen des Kurfürsten von Köln zu antworten und dabei auch noch zu bemerken, dass ich mit dem besten Willen das Reichsbeste gegen offenbare Gewalt nur nach dem Maass der mir anvertrauten Macht mit Nachdruck besorgen könne, und dass, wenn nach meinen reichsväterlichen Ermahnungen und nach meinem Beispiele sämmtliche Reichsstände ihr vollzähliges Contingent im Felde stehen hätten, die Reichsfriedens-Unterhandlungen einen bessern Ausschlag würden genommen haben, als dermal zu erwarten stehet." *)

---

*) Der Kaiser resolvirte: „Ich genehmige Ihr Einrathen und ertheile auf diesen Vortrag des Reichsvicekanzlers die hier entworfene Verbescheidung. Franz."

3. Capitel.

Die französische Tricolore in Wien.

Noch waren seit den Klagen Thugut's über die erbärmliche Stimmung in Wien keine drei Monate verflossen, als ein seltsames Ereigniss in der alten Kaiserstadt dieselben widerlegen zu wollen schien. Weit davon entfernt, den Kleinmuth der höheren Stände nachzuahmen, deren Stimmung auch für die Regierungskreise maassgebend war, theilte das Volk die muthvolle Gesinnung des ersten Ministers. Das Ereigniss, welches hier besprochen wird, war durch das Aufstecken der dreifarbigen Freiheitsfahne am Palaste des französischen Botschafters Bernadotte veranlasst.

Der übermüthige französische General, welchen Bonaparte, wie die Staatskanzlei-Depesche*) sagt: „mit seltener Eilfertigkeit“ nach Wien als Gesandten bestimmt hatte, glaubte nach Abschluss eines Friedens, wie jener von Campo Formio, in die Hauptstadt eines ohnmächtigen Reiches gekommen zu sein, das sich soeben die härtesten Bedingungen hatte gefallen lassen müssen. In diesem Vorurtheile befangen, trat er mit all der Rücksichtlosigkeit auf, welche damals unter den Geschäftsmännern und Generalen der französischen Republik zum guten Ton gehörte.

„Alles, was in andern geordneten Staaten ehrwürdig und heilig war“, sagt die Staatsschrift, „gilt Bernadotte und seiner Umgebung nur als Zielscheibe für ihren frechen Spott.“ Daher musste es auch nur als „insolenter Uebermuth und Anmassung“ betrachtet werden, als der französische Gesandte plötzlich, ohne irgend eine besondere Veranlassung, am 13. April 1798 nach 7 Uhr Abends vom Altan seiner Wohnung in der Wallnerstrasse eine 4 Ellen lange Tricolore aushängte, auf welcher mit Gold gestickt die Worte „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ zu lesen waren.

---

*) Siehe Urkundentheil, Document III. S. 14.

Das österreichische Volk war aber weit davon entfernt, die Franzosen um ihre sogenannte Freiheit zu beneiden. Wenn auch vom Kriege hart mitgenommen, war die Bevölkerung gerade damals zufriedener und glücklicher als je früher. Mit einer schwärmerischen Liebe zum Herrscherhaus paarten die Deutschen in Oesterreich alle stolzen Erinnerungen einer vielhundertjährigen Vergangenheit.

Für den Grad der Opferwilligkeit, dessen man in Wien fähig war, zeugt der Landsturm und das freiwillige Aufgebot vom Jahre 1797. — Das Ausstecken einer Fahne galt den Wienern damals als Alarmzeichen; zudem hatten es die Franzosen verstanden, in einen solchen Act noch einen viel weitergehenden Sinn zu legen, der dem Volk durchaus nicht entgieng. „Arborer le drapeau tricolore de la république“ hiess fast soviel, als eine eroberte Stadt in Besitz nehmen, über sie die Hoheitsrechte der französischen Republik aussprechen.

In diesem Sinne und als eine dem deutschen Kaiser zugefügte Unbill nahm die Bürgerschaft Wiens den leichtsinnigen Streich der französischen Gesandtschaft. Im Nu war die Wallnerstrasse, als Schauplatz dieser Handlung, und die angrenzenden engen Gassen mit einer Volksmenge erfüllt, die in drohendem Ton die Abnahme der Fahne begehrte. Als ihr Verlangen unerfüllt blieb, Bernadotte und seine Umgebung sogar soweit giengen, das Volk mit gezücktem Säbel zu bedrohen, da gerieth die Menge in hellen Zorn, und mit dem für die Volksstimmung bezeichnenden Rufe: „Es lebe der Kaiser!“ stürmte sie den Palast des französischen Gesandten, der mit genauer Noth ihrer Wuth entgieng. Ein kühner Schlosser bestieg den Altan; die stolze Tricolore, vor welcher ganz Europa zitterte, wurde herabgerissen, im Triumph durch die Strassen bis zur kaiserlichen Burg geschleift und dort in Fetzen zerrissen der Hauptwache als Huldigung für den Kaiser übergeben. Die wackere Bürgerschaar zeigte sich übrigens so gemässigt, dass sie sich mit diesem Racheact begnügte. Obgleich der Palast des Botschafters thatsächlich gestürmt war, obwohl Bernadotte und seine Leute auf die Eindringenden

gefeuert hatten, geschah dennoch kein weiterer Unfug, und, was noch mehr sagen will, keinem Franzosen widerfuhr das geringste Leid. Erst spät in der Nacht, als Grenadiere und Cavallerie heranrückten, zerstreute sich die Menge unter Absingung patriotischer Lieder.

Obgleich nun der französische Gesandte die Veranlassung zu dem ganzen Tumult selbst gegeben hatte, verlangte er doch in drohenden Worten Genugthuung*), ja noch mehr, er begehrte seine Pässe und verliess Wien ohne sie abzuwarten. Sonach schien ein neuer Kriegsfall den Rastadter Congress sofort nach seiner Eröffnung wieder auflösen zu wollen.

Der österreichischen Regierung kam der ganze Zwischenfall höchst ungelegen. Ganz abgesehen davon, dass sie sich militärisch und finanziell unfähig fühlte, schon so bald in die kriegerische Arena neuerdings einzutreten, waren eben die früher erwähnten Unterhandlungen über den Rücktritt Thugut's im vollsten Gang.

Der Vorfall mit Bernadotte schien in unzweideutigster Weise die kriegerische Politik Thugut's zu rechtfertigen und dürfte eben damit auch die Stellung des zurücktretenden Ministers von Neuem befestigt haben, denn kurz darauf sehen wir ihn abermals die Leitung der österreichischen Politik übernehmen. Sein präsumtiver Ersatzmann, der Graf Ludwig Cobenzl, eilte nach Rastadt und von dort zu den gehaltlosen und resultatlos gebliebenen Unterhandlungen von Selz, wo er zwar officielle Entschuldigungen in der Sache Bernadotte's vorbrachte, aber gleichzeitig auf der gewissenhaften Erfüllung der Bedingnisse des Friedens von Campo Formio und auf Grenzregulirungen in Italien bestand.

Die österreichische Politik war, in Anbetracht der militärischen Desorganisation des Reiches, den Ereignissen in Italien und der Schweiz, die in den nächsten Capiteln eingehende

---

*) Die vom 13. April 1798 datirten 3 Noten des französischen Gesandten an Thugut und die von Thugut verfasste Antwort des Cabinets-Ministers Grafen Colloredo: Siehe „Geheime Geschichte der Rastadter Friedens-Unterhandlungen" B. V. S. 185—191.

Besprechung finden, zwar als aufmerksamer Beobachter, aber ohne sich Frankreich gegenüber mit Nachdruck zu äussern, gefolgt; wie sollte sie nun wegen einer Fahne zum Kriege rüsten? Deshalb richtete Thugut noch am Tage des Ereignisses selbst ein beschwichtigendes Schreiben an Talleyrand, worauf dieser eine directe Antwort gab, die Thugut zu einer zweiten Entgegnung veranlasste. Auch Bonaparte verhandelte über denselben Gegenstand mit Cobenzl.*) Aus dem letzteren Schriftstücke wie den Antworten der österreichischen Minister geht hervor, dass es den Franzosen ebenso wenig wie den Oesterreichern im gegebenen Augenblick um den Ausbruch des Krieges zu thun war. Der Fahnenvorfall kam beiden Theilen im höchsten Grade ungelegen. Bonaparte und Talleyrand waren vollauf mit ihren orientalischen Plänen beschäftigt; Ersterer im Begriffe, sich mit auserlesenen Truppen zur egyptischen Expedition einzuschiffen. Die französische Regierung nahm auch deswegen die Entschuldigungen Oesterreichs zu Selz in zuvorkommender Weise entgegen. Fast ausschliesslich auf diese Angelegenheit bezog sich die Unterhandlung, zu welcher Frankreich den Ex-Directeur François de Neufchâteau sandte, der vom 30. Mai bis 7. Juli mit Cobenzl 18 Conferenzen hielt, wie Cobenzl bezeichnend klagte, „um sich zweck- und ziellos wegen einer Fahne herumzustreiten." In Rastadt witterten die klugen Herren natürlich ganz andere Dinge, und spätere Geschichtschreiber unterschoben Oesterreich die Absicht, sich in Selz auf Kosten Deutschlands über den Rastadter Congress hinweg mit Frankreich zu verständigen. Allein, Alles was Häusser's Deutsche Geschichte und andere Oesterreich abgeneigte Autoren Geheimnissvolles über diese Unterhandlungen zu berichten wissen, entbehrt jeder thatsächlichen Begründung. **)

---

*) Siehe: Correspondance inéditée de Napoléon I. — B. 4. S. 84, die Antwort Cobenzls hierauf und die bis jetzt ungedruckten Schreiben Talleyrand's und Thugut's im Urkundentheil, Documente XXXVI S. 156 und LXVII. S. 182.

**) Ueber die Selzer Unterhandlungen, siehe den interessanten Aufsatz des Hrn. Prof. Carl Mendelssohn Bartholdy in Sybels Historischer Zeitschrift, Jahrgang 1870. XXIII. Band.

Während die betheiligten Regierungen mit kühlem Bedacht die Klippe zu umschiffen suchten, schlugen in manchen patriotischen Herzen die Wogen der Erregung um so mächtiger empor. Es erliegen über diesen Gegenstand im österreichischen Staats-Archiv mehrere Privatbriefe, unter andern auch einige des Fürsten Heinrich XIV. von Reuss, eines sonst ganz leidenschafts los urtheilenden Diplomaten, welche dieser Stimmung Ausdruck geben. Der österreichische Gesandte schrieb an seinen Freund Dietrichstein nach Petersburg: „Ich erwarte mit Sehnsucht Nachricht und Verhaltungsbefehle von unserem Hofe seit dem Ereigniss in Wien, bei dem sich unser braves, treues Volk zum unendlichen Trost jedes redlichen Mannes so vortrefflich und so wohlgesinnt gezeigt hat. Aber, empört sich nicht jeder Tropfen Blut in jeglicher ehrlichen Brust über das heillose Betragen dieses ruchlosen Jakobiner-Scheusals? O möchte doch die Rache Gottes erwachen und diese Höllenbrut zerknirschen, und der guten Sache endlich die Oberhand gewinnen lassen! Dies nur lasse mich der Himmel erleben, dann will ich mich gern zu unsern Vätern schlafen legen." *)

4. Capitel.

Die Ereignisse in der Schweiz.

Den kaum abgeschlossenen Friedensvertrag mit Oesterreich hatte das Directorium noch zu Ende des Jahres 1797 mit einem Angriff auf Rom und der Unterjochung Italiens **) auf das Gröblichste verletzt. Unbekümmert um den eben tagenden Congress, der die europäischen Verhältnisse in ein friedliches Geleise bringen sollte, versuchte Frankreich fast gleichzeitig die Unterjochung der Schweiz.

Die geographische Lage dieses von Frankreich, Italien und Deutschland eingeschlossenen Landes machte seinen Besitz

*) dd. Berlin 24. April 1798.

**) Siehe Capitel 7.

für alle betheiligten Mächte äusserst wünschenswerth, da derselbe den französischen Armeen neue Etappenwege eröffnete, um in Italien und Deutschland einzudringen und sich im Herzen Europas festzusetzen.

Die in vielen Cantonen längst vorhandene Unzufriedenheit mit der bestehenden Regierungsform sollte durch Emissäre zur hellen Flamme der inneren Revolution entzündet, und so Veranlassung zur Einmischung Frankreichs geschaffen werden. Ueberdies bot sich hier der französischen Raubgier reiche Beute, denn eine wohlfeile Selbstregierung hatte in einzelnen Cantonen grosse Schätze angehäuft.

Auf eine kräftige Militär-Organisation der Eidgenossenschaft war man seit Langem nicht mehr bedacht gewesen. Das Defensivsystem der ehemaligen Vororte, welches sich auf eine gut organisirte Armee gestützt hatte, war längst aufgegeben. Die freien Schweizer zogen als Soldknechte in das Ausland, und in der Heimath befehdeten sich die einzelnen Cantonalregierungen nach wie vor. Die schwerfällige Regierungsmaschine eines Föderativstaates, dessen einzelne Theile unabhängige Republiken spielten, ersetzte die Politik der alten Vororte. Nur die kleinen innern Cantone hatten die Reinheit ihrer alterthümlichen demokratischen Principien erhalten; in den meisten andern Cantonen aber galten die Privilegien der Städte, der Patrizier, des Klerus und der Zünfte, — ein Zustand, der Hand in Hand mit der Unterdrückung der untern Stände und der Landleute gieng. So waren Bern, Freiburg, Solothurn und Luzern Oligarchien geworden, in denen eine kleine Anzahl von Patriziern und adeligen Familien die Herrschaft an sich gerissen hatten und alle Aemter unter ihre Mitglieder vertheilten. Unzufriedenheit herrschte in allen andern Ständen.

In diesen Zündstoff fiel plötzlich der Zunder der französischen Revolution, und es war vorauszusehen, dass der Brand eine vortreffliche Nahrung finden werde. Unter dem Eindrucke dieser Ueberzeugung stand die altconservative, aristokratisch-feudale Partei rathlos da und wehrte mit Aengstlichkeit jedem Anlass, der nur dem Schatten des Verdachtes Raum geben konnte, als ob die Eidgenossenschaft mit ihren Sympathien einer

der sich befehdenden grossen Mächte näher stünde als der andern. Entwaffnung und ohnmächtige Neutralität galt als Losungswort in den Cantonen. Diese Schwäche reizte die Begierde des Directoriums, in den Besitz der wichtigen Alpenpässe zu gelangen und sich so die Operationsbasis für ihre zukünftigen Feldzüge zu sichern, die voraussichtlich in Schwaben und in Oberitalien geführt werden mussten. Schon im Jahr 1792 hatten die Bewohner des Bisthums Basel eine besondere Republik proclamirt; 1793 hatte Frankreich Pruntrut an sich gerissen. Das Veltlin, Chiavenna und Bormio schlossen sich 1797 der cisalpinischen Republik an, und im December schritt Frankreich durch die Besetzung der Thäler von Moutier und Saint Imiers, als angeblich dem Baseler Erzbisthum zugehörig, zur Thätlichkeit. Die Einwohner der Waadtländer, so lautete die Drohung der französischenRegierung, hätten die Garantie der französischen Republik zur Wiederherstellung ihrer Rechte angerufen, und die Regierungen von Bern und Freiburg sollten persönlich der französischen Republik gegenüber für die individuelle Sicherheit und das Eigenthum aller Schweizer haften, die sich an Frankreich um Hilfe gewendet hatten. Am 29. December 1797 anerkannte die Baseler Regierung den Bürger Mengaud als Geschäftsträger der französischen Republik. In Aarau raffte sich die Cantonalregierung auf und versuchte eine Gegendemonstration, indem sie am 2. Jänner 1798 auf der allgemeinen Tagsatzung die schon um die Mitte des 17. Jahrhunderts gewünschte Erneuerung der „ewigen Bünde“ in Vorschlag brachte. Dieser Gedanke kam jetzt zu spät. Schon am 5. beauftragte das Directorium seinen Geschäftsträger, von der Berner Regierung eine kategorische Antwort auf die Frage zu fordern, ob es wahr sei, dass sie Truppenansammlungen gegen Frankreich angeordnet habe. Als diese Drohung bekannt wurde, griffen die Schweizer Unzufriedenen, der französischen Unterstützung sicher, zu den Waffen. Das Landvolk von Basel verbrannte die Schlösser der Landvögte und trieb unter der Devise „allgemeine Gleichheit“ den in Revolutionszeiten gewöhnlichen Unfug. Am 21. wurde unter Glockengeläute und Kanonendonner auf dem Münsterplatze zu Basel der Freiheitsbaum aufgepflanzt. Lausanne, Morsee (Morges), Aubonne und andere

Städte folgten diesem Signal. Längst zum Einmarsch auf der Grenze aufgestellt stand die aus Italien im Rückmarsch begriffene Division Massena. In Lausanne wurde das alte Berner Wappen auf offenem Markte verbrannt; dies war der günstige Augenblick, welchen die Franzosen rasch ergriffen, und ihr Einmarsch erfolgte; gleichzeitig wurde in Lausanne auf dem Hause, in welchem sich der Reunionsausschuss versammelt hatte, die grüne Fahne mit der Inschrift „Lemanische Republik" aufgezogen.

Der französische General Menard, der in Abwesenheit Massena's commandirte, schickte seinen Adjutanten Autier nach Yverdun in das Hauptquartier des Schweizer Obersten Wyss mit der Erklärung: „wofern er nicht sogleich seine im nördlichen Theil des Waadtlandes zusammengezogenen Truppen entlasse und dieses bereits für unabhängig erklärte Land räume, werde er ihn an der Spitze seiner Division dazu zwingen." Dieser Auftrag wurde nicht erfüllt, da Autier unverrichteter Dinge zurückkehren musste, als seine Begleitung von einem Berner Truppenposten in Thierrens an seiner Seite getödtet worden war. Diesen Zwischenfall beutete das Directorium als Veranlassung zur Intervention aus. — Die Franzosen wurden als Befreier aufgenommen und fanden an der Seite einer sich überall rasch bildenden Miliz leichtes Spiel. Wie auf ein gegebenes Signal erklärten sich die im Unterthanenverband gehaltenen unteren Klassen der 13 Cantone für frei. In Aarau, Solothurn und Zürich versuchten die Cantonalregierungen einzuschreiten und zur „Sicherstellung der alten helvetischen Gränzen" aufzubrechen, während in Basel bereits unter französischem Protectorat an dem Entwurfe einer neuen Schweizerconstitution gearbeitet wurde, — ein Beispiel, das Luzern und die übrigen Cantone bald nachahmten.

Nur Bern widerstand einige Zeit und raffte sich zu energischen Schritten auf. Die französischen Truppen rückten aber rasch gegen die Stadt vor. General Brune suchte Unterhandlungen mit der Cantonalregierung anzuknüpfen, die jedoch für den Augenblick resultatlos blieben. Nun wagten es die Berner, den stillschweigend angenommenen Waffenstillstand zu kün-

digen, wonach der französische General Schauenberg die Berner Truppen am 2. März unterhalb Solothurn bei dem Dorfe Langenau angriff und ihnen 200 Gefangene und 4 Kanonen abnahm. In Folge dieses Gefechtes ergab sich Solothurn. Am selben Tage fiel Freiburg in die Hände des Generals Pignon. Die Berner Truppen wurden unter grossen Verlusten von Position zu Position zurückgetrieben, und am 5. März ergab sich die Hauptstadt des Cantons mit ihren reichen Schätzen. Das Schicksal der Schweiz war entschieden, der Sturz der Oligarchie besiegelt. Nun begann die staatliche Umwälzung, welche die ehemalige Eidgenossenschaft vollends in die Abhängigkeit Frankreichs brachte. Mühlhausen und Genf wurden ohne weiters der französischen Republik einverleibt.

So war denn das allzuleichte Spiel im Flug gewonnen. Den Franzosen kam ihre Eroberung so unerwartet, dass sie für den Augenblick gar nicht wussten, was sie daraus machen sollten. Brune proclamirte am 16. März eine „Rhodanische Republik," die aus dem Waadtland, Freiburg, Murten, dem Oberland von Wallis und den italienischen Landvogteien bestand. Am 19. März erklärte er von Bern aus die 12 Cantone: Basel, Aargau, Baden, Schaffhausen, Zürich, Thurgau, St. Gallen, Appenzell, Sargans, Luzern, Bern und Solothurn zur „helvetischen Republik", welcher sich die lebensunfähige rhodanische Republik wieder anschloss. — Kurz nach dieser provisorischen Organisirung übergab Brune den Oberbefehl an General Schauenberg, um sich nach Italien zu begeben. Die Abreise dieses wohldenkenden und humanen Generals gab das Signal zu jener namenlosen systematischen Plünderung und Bedrückung der Schweiz, deren sich sein Nachfolger und der berüchtigte Armeecommissär Rapinat schuldig machten. Am 8. April wurde den Patriziern oder Mitgliedern der ehemaligen Regierungen von Bern, Freiburg, Solothurn, Luzern und Zürich, der Capitel zu Luzern und der Abteien St. Urban und Einsiedeln eine Kriegssteuer von 16 Millionen auferlegt und unerbittlich eingetrieben. Geiseln wurden ausgehoben, und Gräuel aller Art liessen die Schweizer nur zu rasch erkennen, dass sich ihre

angeblichen Befreier zu ihren Unterdrückern umgewandelt hatten.

Durch dieses unkluge Vorgehen beraubte sich die französische Regierung ihres besten Bundesgenossen, des enthusiastischen Vertrauens, mit dem man ihr entgegen gekommen war. In den kleinen Cantonen Schwyz, Zug, Glarus, Appenzell, Unterwalden (welche den neugeschaffenen Cantonen St. Gallen und Sargans einverleibt werden sollten) und in den italienischen Landvogteien gährte es gewaltig. Graubünden wandte sich um Abhilfe an den Kaiser und verlangte dringend österreichischen Schutz. Bald loderte der Aufstand gegen die Franzosen in hellen Flammen empor. Zug gieng mit dem Beispiel voran, und am 30. April hatten die Eroberer bei Rapperswyl und Richterswyl harte Gefechte zu bestehen, bevor sie diese Stadt besetzen konnten. Am 2. Mai griffen die Schweizer bei Küssnacht und Schindeleggi neuerdings an; obgleich mit Verlust zurückgeworfen, setzten sie den Gebirgskrieg fort. Am 17. Mai bestand der französische General Lorges gegen die Walliser einen harten Kampf, doch unterwarf er noch im selben Monat das obere Wallis. Bis zu Ende des Jahres 1798 und bis zum Einmarsch der Oesterreicher gährte der Aufstand in den Bergen, und die Franzosen mussten wiederholte Anstrengungen machen um sich festzuzetzen. Ein bedeutendes Gefecht hatten sie noch am 9. September bei Stanz am Luzernersee zu bestehen, als sie zum zweitenmal in die Cantone Schwyz und Zug vordrangen.*)

Dieser Vorgänge ungeachtet war es den Franzosen darum zu thun, vor den Augen der Welt als völkerbefreiende Friedensstifter dazustehen, und Talleyrand besiegelte mit den Schweizer Bevollmächtigten Zeltner und Jenner in Paris am 19. August 1798 durch einen sogenannten Offensiv- und Defensiv-Friedensvertrag den Bund, welchen Frankreich mit der helvetischen Republik abzuschliessen für gut fand.

---

*) Ueber das Blutbad bei Stanz sagte ein Redner im englischen Parlament: „das Blut der Einwohner von Stanz habe den Brand ihrer Häuser gelöscht.“

Während die Schweiz in diesem Vertrag einen Theil ihres Gebietes an Frankreich abtrat, bestimmten geheime Artikel, dass Frankreich der Schweiz das österreichische Frickthal (welches Oesterreich am Congress so standhaft vertheidigte), das österreichische Vorarlberg, Engadin und andere Theile von Tirol als Entschädigung zuerkenne.

Oesterreich hatte sich während des Congresses Enthaltsamkeit auferlegt und sah die längste Zeit den Uebergriffen der Franzosen in der Schweiz nur beobachtend zu. Erst im October, als die Franzosen Miene machten, auch in Graubünden einzurücken, und ihre Vorposten bis nach Disentis schoben, entschloss man sich in Wien, den Bitten der Schweizer Gehör zu geben. FML. Graf Bellegarde erhielt den Auftrag, mit seinem Corps im Bündnerland feste Stellung zu nehmen. Bellegarde war persönlich am 19. October in Chur und ordnete den Vormarsch der Oesterreicher unter dem verdienten General Auffenberg für den 20. an, wofür die Bündner Republik dem Kaiser mittels eigenen Schreibens dankte und die Unterstellung ihrer Miliz unter Auffenbergs Commando verlangte.*) Der weitere Verlauf dieses Einmarsches und die kriegerischen Begebenheiten, die sich an denselben schlossen, gehören nicht in den Rahmen dieser historischen Skizze. Lehrreich und für die Ehrlichkeit der österreichischen Politik auch in dieser Frage bezeichnend sind die Punctationen,**) welche in der Staatskanzlei über den Einmarsch der k. k. Truppen in der Republik Graubünden für Bellegarde entworfen wurden und also lauten:

„1. Die Einrückung der k. k. Truppen in das Gebiet der Republik Graubünden hat nicht eher, sondern nur alsdann zu geschehen, sobald die rechtmässige bündnerische Re-

---

*) Thugut an den Kaiser, 12. November 1798. (St. A.)

**) Diese Punctationen datiren von Wien, 7. October 1798, und es ist ihnen folgende Note Thugut's vom selben Datum angefügt: „Der Punctation über die Einrückung der k. k. Truppen in das Gebiet der bündnerischen Republik kömmt noch beizusetzen,

gierung entweder durch Abschickung einer förmlichen Deputation, oder durch schriftliches Ansuchen solche anverlangt haben wird.

2. Die Anzahl der Truppen ist nach demjenigen abzumessen, was nach Erwägung und Untersuchung der Localitäten zur sichern Occupirung und Bedeckung des Landes, sowohl gegen die schweizerische Gränze, als auch besonders gegen Valtelin für erforderlich befunden werden wird, um auf den Fall eines unvorgesehenen Angriffs von diesen Seiten wenigstens in solange sicher gestellt zu sein und sich behaupten zu können, bis aus Tirol - Vorarlberg die nöthige Verstärkung herbeigezogen werden könnte.

3. Bei dieser Besetzung des bündnerischen Landes wird aber der bündnerischen Regierung begreiflich zu machen sein, dass zur Landesvertheidigung auch das Landvolk verwendet und zu diesem Ende organisirt werden müsse, besonders in der rauhen Winterszeit, um die k. k. Truppen durch Strapazen nicht allzusehr zu ermatten oder gar einen Theil derselben zu Grund zu richten; und ist hiebei zur Regel zu nehmen, dass die eigentliche Bestimmung der k. k. Truppen ist, dem Landvolke zur Unterstützung zu dienen.

4. Das k. k. Commando hat in seinen Dispositionen im Lande selbst sich hauptsächlich nach Anhandgebung der bündnerischen Regierung zu benehmen und seine Unterstützung eintreten zu lassen, besonders in Fällen, wo es um Verfügungen gegen allenfalls unruhige Ortschaften im Lande selbst, oder um Anhaltung und Arretirung, auch Exequirung ruhestörender Personen zu thun ist, zu welchem Ende dann das Commando der k. k. Truppen immer eine schriftliche Requisition der bündnerischen Regierung anzuverlangen hat.

5. Die Mannschaft ist zu der allerstrengsten Disciplin anzuhalten, um Excesse aller Art zu verhindern; inzwischen

---

dass, wenn über kurz oder lang der Einmarsch der k. k. Truppen erfolgen sollte, allsogleich der bevollmächtigte Minister in Rastadt, Herr Graf Lehrbach, hievon zu benachrichtigen wäre, welcher dann auch inzwischen mit den auf diesen Fall angemessenen Weisungen wird versehen werden.“ (St. A.)

hofft man, dass, obwohl von dem Bündnerland wegen seiner Armuth Geldvorschüsse auf keine Art zu erwarten sind, doch die bündnerische Regierung sich selbst überzeugen, und ihr begreiflich zu machen sein werde, dass Billigkeit und die allseitige Convenienz erfordern, nach Vermögen des Landes etwa an Naturalien zur Erquickung als auch zur Gemächlichkeit der Truppen gutwillig beizutragen und überhaupt zur Subsistenz derselben alle von ihr abhangende Unterstützung zu leisten.

6. Obschon die Truppen Sr. Majestät an allen Orten und Enden des eigentlichen Bündnerlandes und der dermalig wirklich angehörigen Orte zur Beschützung und Vertheidigung gegen alle Angriffe verwendet werden können, so haben jedoch dieselben von Betretung des eigentlichen schweizerischen Gebietes, nämlich jenes der dreizehn Cantone, sich sorgfältig zu enthalten; inzwischen aber alle gegen die Schweiz und besonders Valtelin gelegene Pässe und Zugänge nicht allein wohl zu untersuchen und solche zu sichern, vorzüglich alle jene im Bündnerischen befindlichen Positionen bestens zu occupiren, welche nach Zeit und Umständen uns den Eingang in die kleinen Schweizercantone und zuförderst auch in das Valtelin erleichtern könnten.

7. Der k. k. General, welcher das in das Gebiet der drei Bünde einrückende Corps commandiren wird, hat gleich bei dem Einmarsch eine ganz einfache, nach dem hiebei anliegenden Formular abgefasste Proclamation*) zu erlassen und allenthalben kund zu machen.

8. Bei besonderen Vorfallenheiten, vorzüglich bei solchen, welche politische Gegenstände betreffen, und hauptsächlich wo mit der bündnerischen Regierung ein Einverständniss und Uebereinkunft zu pflegen ist, hat das k. k. Militär-Commando sich auch mit dem in Chur residirenden k. k. Geschäftsträger, Freiherrn von Cronthal, vertraulich einzuvernehmen.

---

*) Proclamation. „Nachdem die gesetzmässig und nach althergebrachter Ordnung verordneten und bevollmächtigten Häupter und Räthe einer löblichen Republik gemeiner drei Bünde in Hohenrhätien an Se. kaiserl. köngl. Apost. Majestät, in Kraft uralter ewiger Bünd-

9. Sollte sich ereignen, dass bevor oder in dem Augenblicke, als die k. k. Truppen in das Bündnerland von einer Seite einmarschiren, auch die Franzosen von einer andern Seite einrücken, so haben die k. k. Truppen sich dadurch in ihrem Marsche nicht aufzuhalten und demungeachtet bedacht zu sein, so viel zu occupiren, als ohne bedeutende Thätlichkeit mit den französischen Truppen zu veranlassen möglich sein wird, und sodann ihre Positionen auch im Angesichte derselben dergestalt standhaft zu behaupten, dass, wenn die Franzosen dieselben mit Gewalt aus solchen zu vertreiben unternehmen sollten, auch mit Gewalt Widerstand geleistet und sich mit aller Kraft vertheidigt werden kann; nur hätte man nach abgetriebener Gewalt in der nämlichen Position stehen zu bleiben und in eine andere bequemere und vortheilhaftere nur dann vorzurücken, wenn die Franzosen sich aus solcher würden zurückgezogen haben.

10. Wenn jemals der Fall eintreten sollte, dass die Franzosen unversehends mit Macht in Graubünden eindrängen, wodurch Schrecken verbreitet würde, und solche Kleinmüthig-

---

nisse und Erbvereinigung, um Allerhöchst Dero Unterstützung für die Erhaltung ihrer vaterländischen Verfassung, Freiheit und Ruhe das tractatenmässige Ansuchen haben ergehen lassen: Als haben Se. kaiserl. köngl. Apost. Majestät, in Erwägung der bestehenden, theuer beschwornen Verbindlichkeiten uns den allergnädigsten Auftrag ertheilt, mit unserm unterhabenden Truppen-Corps in die Bündnerischen Lande blos in der Absicht einzurücken, um, der an Se. Majestät ergangenen Anrufung gemäss, die Rhätische Republik bei ihrer Unabhängigkeit und Integrität, die nach alten Gesetzen geordnete Verfassung und Obrigkeit bei Ansehen und Würde, und jeden der hergebrachten Ordnung anhänglichen Bündner bei Ehre, Leib und Gut und in dem ruhigen Genusse angestammter Freiheiten und Rechte zu behaupten.

Demnach verkündet der Commandirende allen und jeden Bürgern, Communen, Hochgerichten und Bünden in ganz Hohenrhätien den Einmarsch kaiserl. königl. Truppen als durchaus freundschaftlich, friedsam, schützend und auf keinen andern Zweck gerichtet, als in vollkommener Einverständniss und nach eigener Anhandgebung der ordentlich bestellten gegenwärtigen Regierung für die Erhaltung der gesetzlichen Ordnung, Verfassung und Ruhe sich zu verwenden."

keit bei den regierenden Häuptern der rhätischen Republik entstünde, dass sie sich nicht mehr getraueten, weder schriftlich noch auch durch Abschickung Deputirter mündlich die k. k. Truppen um Unterstützung anzugehen und zum Einrücken einzuladen, so wäre bei diesem Umstande auch auf Requisition blos einzelner Bünde, Gerichte oder Gemeinden die Occupirung dienlicher Orten vorzunehmen, so wie es sich anbei von selbst versteht, dass im oberen Bunde die Se. Majestät eigenthümliche Herrschaft Razins (Räzüns), und in Folge dessen alle jene Punkte, die von Tirol aus bis dahin zur Bedeckung derselben von allen Seiten in militärischer Hinsicht wichtig scheinen, ohne weiters aus dem Grund der Vorsicht und Selbstvertheidigung occupirt werden könnten, und dass es ebenfalls keine Requisition bedürfe, jene Ortschaften zu besetzen, wo Se. k. k. Majestät lehensherrliche Gerechtsame auszuüben haben, worüber der k. k. Commandirende von den Oberämtern Bregenz und Vorarlberg die genauere Kenntniss sich zu verschaffen hätte. Nur wäre unter den obbemerkten Umständen noch mehr Vorsicht nöthig, dass die k. k. Truppen in guter Verbindung bleiben, und noch mehr zusammenhängende, sich wechselseitig unterstüzende, anbei zu weiteren Occupirungen bequeme Positionen gewählt würden, weil bei dem Einrücken ohne Requisition des ganzen Bundes sich auf das Landvolk noch weniger würde zu verlassen, auch gegen den Factionsgeist im Lande man mehr Vorsichten zu nehmen im Falle sein würde.

Nach den soeben eingegangenen neuesten Nachrichten sollen die Franzosen erklärt haben, nicht in Graubünden einrücken zu wollen, und soll im Lande schon bekannt sein, dass sie diesen Gedanken dermal aufgegeben haben. Diese Ausstreuung mag gegründet, und dies wirklich die Gesinnung der Franzosen oder nur Täuschung sein, so wird dadurch doch ungewiss, ob nun dermal gleich die rhätische Regierung wegen Einrückung der k. k. Truppen das Ansinnen machen wird. In diesem Falle, wo von den Bündnern das Einrücken der Franzosen dermal nicht sollte besorgt werden, ist auch eine Einladung zum Vorrücken mit den k. k. Truppen unserer

Seits bisher nicht zu betreiben, sondern es wäre die eigene Entschliessung der rhätischen Regierung ruhig abzuwarten, jedoch zum voraus alle jene Anstalten, Anordnungen und Vorbereitungen vorzukehren, welche nöthig sind, um bei schnell möglicher Aenderung der Umstände und Gesinnungen auf das erste Verlangen in Bünden um desto fertiger einzumarschiren und die zur Bedeckung des Landes sowohl als zum Vorrücken dienlichsten Positionen zu nehmen."

Wie nur allzuleicht ersichtlich, hängen die Ereignisse in der Schweiz mit der Ursache der Erfolglosigkeit des Rastadter Congresses innig zusammen. Ein europäischer Friedenscongress, während dessen sich eine betheiligte Macht solche Gewaltmassregeln wie Frankreich erlaubte, konnte, ganz abgesehen von dem ungelöschten Zündstoff in ganz Europa und den gleichzeitigen Vorgängen in Italien und am Rhein, unmöglich zum Frieden führen. —

Wie kann aber nach all diesen Vorgängen ein preussischer Historiker, Herr von Sybel behaupten, dass Oesterreich in den Krieg von 1799 zog, nicht der Reichsgränzen und seiner von allen Seiten gefährdeten Machtstellung wegen, sondern weil Frankreich ihm die Legationen in Italien verwehrte?*)

---

5. Capitel.

Fortgang des Congresses.

„Der Congress zu Rastadt gleicht einem grossen Jahrmarkt, wo mit reichsständischen Besitzungen Tausch und Handel getrieben wird. Die Deputirten, deren Höfe Lust haben Acquisitionen zu machen, sind in der grössten Bewegung; es wird discutirt und gestritten, was dies und jenes trägt? was zur Arrondirung bequem gelegen? was es nicht ist? Jeder bringt den Franzosen Ausarbeitungen, Anschläge, Evaluationen, Uebersichten von Berichtigungstabellen. Dies Benehmen ist nicht nur auffallend, sondern es ent-

*) Siehe Urkundentheil S. 95.

steht dadurch Animosität und Verwirrung, und es ist schmerzlich für die wenigen Gutgesinnten anzusehen, wie die deutschen Reichsstände an dem Untergang ihres Vaterlandes arbeiten!“ *) Diese Worte sind in mehrere Werke übergegangen, obgleich man bisher nicht wusste, dass sie einer Thugut'schen Staatsdepesche angehören. Und in der That, der Vergleich war mehr als treffend. Die Franzosen und die Preussen hintergiengen die Deutschen und übten einen Gewaltstreich um den andern aus. Oesterreich dagegen versuchte möglichst lange die Franzosen in der Täuschung zu erhalten, dass es den grossen politischen Betrug nicht wahrnehme, welchen Frankreich an Deutschland und Oesterreich begehen wollte. Mittlerweile giengen alle Bestrebungen des österreichischen Cabinets dahin, Preussen zur Theilnahme an einer neuen Coalition zu bewegen, um im gegebenen Augenblick vollständig gerüstet mit England, Russland und Neapel vereint loszuschlagen. Das ist in wenigen Worten die Politik, welche Oesterreich am Rastadter Congress befolgte.

Schon die geringe Auswahl einiger diesem Buche beigegebener Staatsdepeschen Thugut's nach London, Berlin und Petersburg eröffnet einen tiefen Einblick in die wahre Gesinnung des kaiserlichen Cabinets. Wir wissen jetzt, dass Oesterreich fest entschlossen war, die Zertrümmerung Deutschlands noch in der zwölften Stunde zu verhindern. Mit diesen urkundlichen Belegen lässt sich beweisen, dass Oesterreich um den Preis der Erhaltung der deutschen Unabhängigkeit und Constitution geneigt war, seine Entschädigungen für einen sechsjährigen, mit namenlosen Opfern geführten deutschen Krieg in Italien zu suchen; ja noch mehr: Oesterreich wollte sich anheischig machen, um nur Preussen für die deutsche Sache zu gewinnen und die Säcularisationen hintanzuhalten, auf alle und selbst die berechtigtsten Erwerbungen in Deutschland zu verzichten, nicht minder auf die Durchführung der geheimen Bedingungen des Friedens von Campo Formio. Als Gegenleistung forderte es von Preussen Nichts weiter, als dass dieser Staat auf der unheilvollen Bahn absichtlicher Zertrümmerung des deutschen Staatskörpers innehalte!

*) Urkundentheil S. 89.

Mit Stolz, wenn auch mit bitterem Kummer, darf der deutsch-österreichische Geschichtschreiber auf diese unglückliche Zeit fruchtloser Anstrengungen seines Vaterlandes zurückblicken. Unbefangene Historiker werden dem fallenden deutschen Kaiserthum das Zeugniss nicht versagen können, dass es seinem unvermeidlichen Ende entgegenschritt, ohne der Würde und Ehre das Geringste zu vergeben.

Die vom 24. April 1798 datirende „Punctatio loco Instructionis" *) für den österreichischen Gesandten in Berlin beweist, was für Deutschland zu Ende des vergangenen Jahrhunderts noch immer erreicht werden konnte. „Es ist," so sagt Thugut, „noch vollkommen in der Macht der beiden Höfe, durch eine aufrichtige Vereinigung über Grundsätze und Benehmen das Unglück für das Reich noch sehr zu lindern und der von Frankreich allen monarchischen Staaten drohenden Gefahr durch zweckmässige Vereinigung Gränzen zu setzen."

In dieser höchst merkwürdigen Instruction entwickelt das kaiserliche Cabinet seine Gedanken, wie die deutschen Verhältnisse zu ordnen wären. Der einzige Gedanke, der alle diese Schriften durchweht, gipfelt in dem Wunsch, den Ruin des Reiches abzuwenden. Wer vermag es heute noch zu läugnen, dass in den acht Punkten **), die Oesterreich aufstellt, und mit denen es die deutsche Constitution und die Integrität des Reiches zum wenigsten am rechten Rheinufer zu wahren versuchte, noch immer der Keim zur Rettung des Reiches vor seinem gänzlichen Untergang enthalten war?

Allein nur zu bald musste sich der österreichische Gesandte von der Fruchtlosigkeit aller Versuche, das preussische Cabinet umzustimmen, überzeugen. Derselbe nicht officielle Briefwechsel des österreichischen Gesandten in Berlin, dessen ich bei früherer Gelegenheit erwähnte, enthält auch da wieder sehr bemerkenswerthe Aufschlüsse. Während seiner Unterhandlungen mit dem preussischen Cabinet schreibt Reuss an seinen Freund Dietrichstein nach St. Petersburg:***)

---

*) Urkundentheil S. 21 und Anhang S. 317.

**) Siehe S. 28, 29, 30.

***) dd. Berlin, 31. Mai 1798 (St. A.)

„Es ist jetzt unendlich wichtiger als jemals für Europa und für unsern Hof, dass Se. kaiserlich russische Majestät seinen wohlthätigen Schutz eintreten lasse, da leider meine Hoffnungen in Hinsicht auf den hiesigen täglich mehr schwinden. Ist's wirklich Furcht vor Frankreich und vor einem neuen Krieg (welches immer eine gewaltig irregeleitete Ansicht verräth)? oder ist's Abneigung gegen uns? vielleicht noch etwas Schlimmeres — das das hiesige Cabinet abhält, das einzige Mittel zu ergreifen, mit Europa sich selbst vom Untergange zu retten? — worüber ich mich nicht auszusprechen wage, — so ist das, was daraus entsteht, ganz gleich betrüblich. Wenn in den ersten Conferenzen wegen der deutschen Angelegenheiten die habsüchtig neidische und insidiose Politik des hiesigen Cabinets sich wieder auf eine Weise hervorgethan hat, die das kälteste Blut — geschweige also meines — zum Kochen bringen muss, die mich an der Confection dieses Geschäftes fast verzweifeln macht, — was können wir vom Zustandebringen einer aufrichtigen Verbindung hoffen, ohne welche Frankreich in kurzer Zeit mit ganz Europa machen wird, was es will? Und was dies sei, das leuchtet selbst Preussen ein; es scheint aber zu glauben, dass mit dem Temporisiren es sich vom Untergange retten werde. — Wie viel weniger haben wir zu hoffen, wenn Sieyes Alles aufbieten wird, den hiesigen Hof von uns noch mehr abzuziehen? Wenn ich Dir beschreiben könnte, wie es mir zu Muthe ist, du würdest mich bedauern . . . . . . Jetzt ist ein Stillstand in den Conferenzen, weil ich über die hiesige unerwartete Proposition, dass man zwar für Preussen entsagt, aber für das Haus Oranien fordert und für Modena Alles abschlägt, Bericht erstatten und Befehle einholen musste. Schliesse aus diesem, was uns weiter bevorsteht. Gram und Unruhe und Missmuth verbittern mir jeden Augenblick und untergraben mein bischen Gesundheit durchaus."

Eine andere Stelle der vertraulichen Ergüsse dieses Diplomaten lautet: *)

„Du hast mir Glück gewünscht zu meiner Arbeit; Segen brauche ich mehr als ich sagen kann: aber Ruhm?! O! lieber

---

*) Heinrich der XIV. von Reuss an Dietrichstein. Berlin, den 16. Juni 1798. (St. A.)

Alter, der ist hier nicht zu erwerben. Hilft mir Fürst Repnin Nicht heraus (der mir übrigens alles Vertrauen und alle Wohlgewogenheit bezeigt, die ich nur wünschen kann), so kann mir Nichts als Gram für mich und Schaden für unsern Hof werden. Ich bin tief gebeugt und zu Boden gedrückt von allen Hindernissen, die man mir hier in den Weg legt, und von Abneigung, Neid und schändlichem Misstrauen gegen unsern Hof, der so bieder, so grossmüthig zu Werke geht. Ich habe wahrlich nicht die nöthige Zeit, Dich, lieber Bruder, von dem Gang der Geschäfte zu unterrichten, so gern ich es thäte; der Fürst Gross-Kanzler wird es gewiss thun. Alles, was davon zu sagen ist, ist, dass man von uns alle möglichen Opfer verlangt und, anstatt mitzuwirken, nur Vortheile begehrt." —

Es war umsonst! — Die fruchtlosen Bemühungen des österreichischen Gesandten in Berlin fallen mit den ebenso fruchtlosen Versuchen des österreichischen Cabinets, den in Rastadt tagenden Congress für das Interesse des Reiches zu erwärmen, zusammen. Die im vorliegenden Buche mitgetheilten Urkunden ergänzen und bestätigen die bereits bekannten Daten, deren Wiederholung dem Leser erspart wird, weil der Verfasser mit dieser Studie nicht eine vollständige Geschichte des Congresses beabsichtigt, die überdies in einem bereits angekündigten Werke*) versprochen ist, sondern ihm hauptsächlich daran liegt, einen wichtigen Beitrag, ohne welchen die Geschichte des Rastadter Congresses nicht geschrieben werden kann, ehethunlichst zu veröffentlichen. Was den Gang der Verhandlungen des Congresses betrifft, so ist demjenigen, was in den Thugut'schen Staatsdepeschen steht, ohnehin Nichts mehr zuzufügen. Dem österreichischen Cabinet schien es längst entschieden, dass für Deutschland in Rastadt Nichts zu erreichen sei. Für den Krieg unterhandelten die Russen Repnin und Panin in Berlin;**) um den Kriegsfall vorzubereiten, wurde Graf Ludwig Cobenzl mit sehr ausgedehnten Vollmachten und einer merkwürdigen Instruction***) nach St. Petersburg

*) Von Herrn Professor Carl Mendelssohn Bartholdy in Freiburg.

**) Ueber die Berliner Unterhandlung siehe Urkundentheil, Anhang S. 346, 359 und 368.

***) Urkundentheil S. 203, 217, 218, 219, 223, 225.

geschickt. Krieg war die einzige vernünftige Lösung des Dilemmas für Oesterreich, wie nicht minder für Deutschland. Krieg, — den deutschen Krieg bis auf das Messer mit Frankreich, predigte Thugut den tauben Ohren der Deutschen!

Durch andere Motive als in Oesterreich herbeigeführt, erfüllte eine ähnliche Sehnsucht nach Krieg, mit dem gleichzeitigen Wunsch der Verzögerung seines Ausbruches, das französische Directorium. Durch Preussen und verrätherische Reichsstände von allen Schritten Oesterreichs genau unterrichtet, sah Frankreich die Unmöglichkeit ein, Deutschland zu unterjochen, ohne Oesterreich vorerst vollends niedergeworfen zu haben. Aber durch die ägyptische Expedition und durch andere kostspielige Unternehmungen gehemmt, fürchtete das Directorium Nichts mehr, als dass sich Oesterreich noch vor dem Kriegsausbruch erholen und kräftigen könnte. Daher sah die französische Regierung der im Entstehen begriffenen Coalition nicht ohne Bangen entgegen. Noch waren die russischen Truppen und die englischen Schiffe weit. Zwar hatte Frankreich an Preussen und seinem Anhang vortreffliche dienstbare Freunde; aber für die grossen Unternehmungen, wie die Eroberung Aegyptens, konnte ein zu früher Ausbruch der Feindseligkeiten in Deutschland allzu bedenkliche Folgen nach sich ziehen. Es galt also den günstigen Augenblick abzuwarten. Das Directorium hoffte entweder am Congress durch eine Majorität der Reichs-Deputation den Friedensschluss im Sinne Frankreichs, was mit vollständigster Ohnmacht und Entwaffnung des deutschen Reiches gleichbedeutend war, durchzusetzen, oder den deutschen Kaiser und Oesterreich beim Reich in's Unrecht zu bringen und den Krieg zu beginnen, ohne der Friedensstörung beschuldigt werden zu dürfen. In diesem Sinne belehrt, handelten die französischen Bevollmächtigten am Congress, zu dessen Verhandlungen wir hiermit zurückkehren.

Am 3. Mai erhoben die Franzosen eine ganze Reihe neuer Forderungen, unter welchen der Anspruch auf alle Rheininseln, die Freiheit der Schifffahrt auf allen deutschen Flüssen, der Besitz aller deutschen Befestigungen, von Kehl, Castel bei Mainz und Ehren-

breitstein, des Brückenkopfes bei Hüningen mit einigen tausend Klaftern am rechten Rheinufer, und die Uebertragung aller Staatsschulden vom linken auf das rechte Rheinufer die anspruchvollsten waren. Obgleich die Reichsdeputation am 24. Mai diese Forderungen ablehnte, beharrten die französischen Bevollmächtigten Bonnier und Jean Debry (Treilhard war mittlerweile in das Directorium berufen und durch Letzteren ersetzt) auf ihren Forderungen in einer Note vom 22. Juni. Die kaiserliche Plenipotenz erbat sich Verhaltungsbefehle aus Wien, worüber sich Graf Cobenzl, als provisorischer Leiter des Ministeriums, in einem Vortrag an den Kaiser *) wie folgt vernehmen liess:

„In dem gehorsamst zurückfolgenden Vortrag des Reichsvicekanzlers vom 4. dies wird die letztere Note der französischen Bevollmächtigten in Rastadt vom 22. v. M. sehr gründlich analysirt, und um Verhaltungsbefehle gebeten, wie die kaiserliche Plenipotenz ferner anzuweisen wäre.

„Da nun in der Zwischenzeit, vorzüglich durch die Bemühungen der k. k. Minister in Rastadt, von der Reichsdeputation bereits schon unterm 6. dieses der Schluss fast einstimmig gefasst worden ist, in die Forderungen der Franzosen in Bezug auf das rechte Rheinufer durchaus nicht einzugehen, so war es einerseits der Zeit nach nicht möglich, anderseits aber auch nicht mehr nöthig, die kaiserliche Plenipotenz mit neuen Weisungen zu versehen.

„Ob nun die Franzosen durch die bezeigte Beharrlichkeit der Reichsdeputation in ihren Forderungen nachgiebiger, oder aber in ihrer Rückäusserung drohender, und dadurch die Deputation in ihrer bisherigen — durch unsere Ermahnungen gewissermassen erzwungenen Festigkeit wankend gemacht werden dürften, stehet zu erwarten.

„In der Voraussetzung aber, dass selbst in dem Falle, wo die Mehrheit der Reichsdeputation in Ansehung der Forderungen der Franzosen auf dem rechten Rheinufer eine auch nur einigermassen wesentliche Nachgiebigkeit bezeigen sollten, Euer Majestät nicht

---

*) dd. Wien 20. Juli 1798. (St. A.) Alle diese Vorträge sind Entwürfe Daiser's.

gesinnt sein dürften, durch den österreichischen subdelegirten Minister zu so einem Schluss beistimmen zu lassen, würde es dann darauf ankommen, von dem nach ordentlichen staatsrechtlichen Begriffen Euer Majestät als Reichsoberhaupt zustehenden Vorrecht, einem Deputationsschluss die Allerhöchste Ratification zu versagen, Gebrauch zu machen und es gleichwohl darauf ankommen zu lassen, ob sohin die preussische und protestantische Partei Euer Majestät dies Vorrecht bei der Reichsdeputation öffentlich bestreiten, dadurch eine Scission zwischen dem Reichsoberhaupt und Ständen veranlassen wollen, oder etwa gar die Reichsdeputation durch Preussen dürfte verleitet werden, ein von Euer Majestät als Reichsoberhaupt nicht begnehmigtes Conclusum durch den mainzischen Directorialdeputirten an die französischen Deputirten gelangen zu lassen.

„Indessen scheint es nicht dringend nothwendig, und dürfte vielmehr in mehrerem Betracht auch nicht angemessen sein, vor der Hand der kaiserlichen Plenipotenz die Weisung hierüber schon dermal zu ertheilen, und könnte die weitere Rückäusserung der Franzosen hierüber um so mehr noch abgewartet werden, als sodann die Gesinnungen der Reichsstände so wie andere Umstände, nach welchen die reichsoberhauptliche endliche Entschliessung zu fassen sein dürfte, sich näher entwickeln werden.

„Damit jedoch die kaiserliche Plenipotenz sich nicht in der geringsten Verlegenheit finde, wie sich dieselbe auf den möglichen Fall, dass die Mehrheit der Reichsdeputation zur Nachgiebigkeit sich sollte stimmen lassen, zu benehmen hätte, könnte der vorliegende Vortrag des Reichsvicekanzlers nach dem Allerhöchsten Gutfinden etwa mit folgender Allerhöchsten Resolution erledigt werden: „Die gründliche Erläuterung der letzten französischen „Note dient Mir zu guter Nachricht, und wird nun nach schon erfolgter ablehnender Antwort der Reichsdeputation die weitere „Rückäusserung der Franzosen abzuwarten sein; auf den Fall „jedoch, dass am Ende die Mehrheit der Reichsdeputation auf „was immer für eine Art zu einer wesentlichen weitern Nach„giebigkeit über diesen Punkt sich sollte verleiten lassen und ein „den bisher geäusserten Grundsätzen nicht angemessenes Conclu-

„sum fassen sollte, ist Meiner Plenipotenz zu ihrer stillen Wissen-„schaft die vorläufige Weisung zu geben, sodann zu erklären, „dass dieselbe: ob und in welcher Art sie dies Conclusum den „französischen Bevollmächtigten zuzustellen hätte, Befehle einzu-„holen sich in dem Falle sehe.“ “ *)

Mitte Mai kam der dritte Bevollmächtigte an, Namens Roberjot, ein ehemaliger Priester und Minister Frankreichs bei der batavischen Republik, der vor seinen Collegen den Vorzug anständiger und diplomatischer Formen besass.

Dem Benehmen der französischen Bevollmächtigten während dieser Verhandlungen muss man die Bezeichnung einer studirten Impertinenz geben. Sie affectirten eine Rücksichtslosigkeit und Rohheit, die zu den üblichen Formen der gesammten europäischen Diplomatie im schneidendsten Gegensatz stand. Sie verhöhnten die deutschen Bevollmächtigten, und ihr Benehmen wurde um so unerträglicher und anmaassender, je gefügiger und zuvorkommender sich die Reichsdeputation ihnen gegenüber erwies.

In ihrer Note vom 19. Juli erhoben sie neuerdings ausgedehnte Forderungen und verlangten zum Ueberfluss noch das österreichische Frickthal. Thugut äussert sich hierüber wie folgt: **)

„Der gehorsamst zurückfolgende Vortrag des Reichsvicekanzlers vom 11. dieses enthält eine umständliche und genaue Zergliederung der französischen Note vom 19. Juli über die Forderungen auf dem rechten Rheinufer und anbei ganz gegründete Bemerkungen, besonders über den grossen Umfang des Renunciationsartikels in Ansehung der Reichslehen und Reichsgerechtsame in Italien, jedoch ohne einen Antrag, was nun anzugehen sein dürfte, um einerseits den französischen unbescheidensten Forderungen, anderseits aber der unbesonnenen Nachgiebigkeit des grössten Theils der Reichsstände Schranken zu setzen.

*) Der Kaiser resolvirte: „Nach Ihrem von mir genehmigten Einrathen hat dieser Vortrag des Reichsvicekanzlers die hier entworfene Resolution erhalten. Franz.“

**) In einem Vortrag an den Kaiser dd. Wien, 24. August 1798.

„Da nun Alles dieses der tiefsten Einsicht Euer Majestät von selbst nicht entgehet, und eben in Hinsicht auf die traurigen Folgen einer so unbegränzten Nachgiebigkeit der deutschen Reichsstände Euer Majestät schon lang vorhin durch die nachdrücklichsten Vorstellungen aller Orten haben entgegen arbeiten lassen, so scheint dieser Vortrag eigentlich blos zur Nachricht zu dienen; Euer Majestät dürfte jedoch hierauf etwa zum Ueberfluss noch Folgendes Allerhöchst zu entschliessen geruhen: „Die „sehr genaue und richtige Erläuterung der französischen Note „vom 19. Juli dient Mir zu guter Nachricht; auch finde Ich Ihre „Bemerkungen über den Umfang der französischen Forderungen „und deren traurige Folgen allerdings sehr gegründet. Sie kön„nen daher solche Meiner Plenipotenz zu dem Ende mittheilen, „dass Sie mit Meinem österreichischen Bevollmächtigten in ver„trauliche Ueberlegung nehme, wie hievon zu Erzielung mehrerer „Standhaftigkeit bei der Reichsdeputation und andern bedeutenden „reichsständischen Ministern Gebrauch zu machen sein dürfte, „um wenigstens Meiner Seits Nichts unversucht zu lassen, was „zu Rettung des Reichs noch beitragen könnte.“ “ *)

Am 7. August hatte ein von der kaiserlichen Plenipotenz nicht ratificirtes Conclusum der Subdelegirten die französischen Forderungen, die sich auf Schleifung der Festung Ehrenbreitstein bezogen, angenommen,**) dafür aber die Gegenforderung der Aufhebung

*) Der Kaiser resolvirte: „Nach diesem von Mir genehmigten Entwurfe ist der Vortrag des Reichsvicekanzlers erledigt worden. — Franz.“

**) Thugut unterbreitete hierüber unterm 24. August 1798 dem Kaiser einen Vortrag, der also lautet:

„Mit dem gehorsamst zurückfolgenden Vortrag hat der Reichsvicekanzler Euer Majestät die Punkte des letzten Conclusums der Reichsdeputation über die französischen Forderungen auf dem rechten Rheinufer ohne weitere Bemerkungen vorgelegt, und da Euer Majestät Plenipotentiarius den erhaltenen Weisungen gemäss diesen Schluss wegen der im 3. Artikel enthaltenen Schleifung der Festung Ehrenbreitstein nicht begnehmiget, sondern sich vorläufig angefragt hat, so erbittet sich der Reichsvicekanzler die Allerhöchsten Befehle, mit was für Weisungen nun Graf Metternich zu versehen wäre.

der Blokade und der Zurückgabe von Kehl, Castel und der Petersau bei Mainz aufgestellt. In ihrer Antwort vom 1. September fanden

---

„Die Weisung an die kaiserliche Plenipotenz auf den Fall, dass die Reichsdeputation über die französische Note vom 19. Juli in wesentliche Nachgiebigkeiten eingehen sollte, den Schluss weder zu begnehmigen noch zu verwerfen, sondern gleichsam aus sich selbst anzufragen, hatte zur Absicht, nach den abwechselnden Umständen und möglichen Ereignissen zu Fassung mehr entscheidender Entschliessungen Zeit zu gewinnen und den Grad der Möglichkeit, durch Standhaftigkeit die Lage des Reichs zu bessern, näher bestimmen zu können.

„Nun ist aber in der Zwischenzeit Euer Majestät sowohl aus den Unterhandlungen in Berlin als aus den Aeusserungen der preussischen Minister in Rastadt Allergnädigst bekannt, dass der preussische Hof zu einer gemeinschaftlichen nachdrücklichen Sprache gegen die Forderungen der Franzosen auf dem rechten Rheinufer nicht zu bringen, und dass vielmehr die preussischen Minister in dem vorliegenden Fall die Schleifung der Festung Ehrenbreitstein theils als eine unbedeutende Sache, theils aber als eine unumgänglich nöthige Nachgiebigkeit der Reichsstände zu Rastadt gesprächsweise vorstellen.

„Desgleichen geruhten Euer Majestät aus den Berichten des Grafen v. Lehrbach und den eingeschickten diesfälligen Protokollen zu ersehen, dass nicht nur ausser Oesterreich und Kursachsen kein Deputirter gegen diese Schleifung gestimmt hat, sondern die meisten Deputirten in ihrer Abstimmung den Gegenstand beinahe als ganz unbedeutend dargestellt und im Ganzen eine sehr zaghafte, gar keine Standhaftigkeit versprechende Sprache geführt haben.

„Bei dieser Lage der Umstände und reichsständischen Gesinnungen erachten Euer Majestät von selbst erlauchtest, das hierbei eintretende kaiserliche Veto könne keine andere Wirkung haben, als dass, wenn die Deputirten darauf Rücksicht nähmen, die Reichsfriedensunterhandlungen abgebrochen würden; wenn sie aber auf ihrem Conclusum beharrten, die reichsoberhauptliche Autorität nicht nur hintangesetzt, sondern ganz unwirksam gemacht, hiemit eine Scission zwischen Kaiser und Reich veranlasst würde.

„In dieser Hinsicht wäre es dann allerdings erwünschlicher gewesen, wenn die Reichshofkanzlei nach den von der Staatskanzlei öfters gemachten Bemerkungen dem Begnehmigungsrecht der kaiserlichen Plenipotenz keine so grosse Wichtigkeit hätte beilegen und, ohne solche zu Anfragen zu veranlassen, derselben hätte überlassen wollen, die Deputationsschlüsse, wo durch Vorstellungen keine Abänderung war, mit stillschweigender Begnehmigung den französischen Bevollmächtigten zuzustellen und das förmliche kaiserliche Ratifica-

es die französischen Bevollmächtigten für gut, ohne der Gegenforderungen nur zu erwähnen, die Schleifung von Ehrenbreitstein

---

tionsrecht auf jenen Fall sich offen zu behalten, wenn das ganze Operatum der Reichsdeputation dem unter seinem Oberhaupt versammelten Reich vorgelegt werden muss, wo es Euer Majestät als Reichsoberhaupt eben so unbenommen bleibet, den Reichsfriedensschluss nicht zu begnehmigen, als andere Reichsstände per majora etwas Anderes beschliessen können.

„Um nun einerseits zu verhindern, dass nicht Euer Majestät für den schnellen Abbruch der Reichsfriedens-Unterhandlungen verantwortlich werden, oder die Reichsstände getrennt von ihrem Reichsoberhaupt auf eine oder die andere Art die Unterhandlungen mit Frankreich fortsetzen, dürfte dienlich sein, dem Reichsvicekanzler sowohl für diesen Fall als künftige Fälle zur stillen Anweisung der kaiserlichen Plenipotenz etwa Folgendes zu erkennen zu geben: „„Bei der immer „mehr sichtbaren Gleichgültigkeit der mächtigern Reichsstände für „das allgemeine Beste des Reichs, bei der zunehmenden Muthlosigkeit „und dem Abgang der Zusammensicht der übrigen Reichsstände würde „Meine Plenipotenz durch Verweigerung ihres Beitrittes dermal blos „den plötzlichen Abbruch der Reichsfriedensunterhandlungen oder aber „eine förmliche Trennung zwischen Haupt und Gliedern veranlassen „können. Es will sich also in Erwartung anderer Ereignisse von Seite „Meiner Plenipotenz bei Beförderung der Deputationsschlüsse an die „französischen Bevollmächtigten dergestalt zu benehmen sein, dass „einerseits diese Unterhandlungen durch dieselben nicht aufgehalten, „anderseits aber Mir als Reichsoberhaupt die Macht offen behal„ten wird, Mein Ratificationsrecht, wann das ganze Operatum der „Deputation an das Reich gelanget, wirksam eintreten zu lassen, — zu „welchem Ende dann in dem vorliegenden Fall wie in allen andern „Mein Plenipotentiarius sich das Ansehen zu geben hat, lediglich nach „seiner allgemeinen Instruction und nicht nach besondern ausdrück„lichen und speciellen Weisungen zu handeln. Weil nun aber der„selbe das letztere Deputations-Conclusum auf eine solche Art an die „französischen Bevollmächtigten hat gelangen lassen, die eine weitere „Erklärung seiner Seits nach eingeholten Weisungen nöthig macht, „so ist derselbe anzuweisen, sowohl mit den Reichsdeputirten als auch „mit den königlich preussischen Ministern vertrauliche Rücksprache „über das Bedenkliche bei der Schleifung der Festung Ehrenbreitstein „zu pflegen, und erst, wenn die Erstern nicht zur Abänderung des „Conclusi, und die Letztern zu keiner öffentlichen und kategori„schen Protestation gegen diese Schleifung sollten zu bewegen sein, „hätte er zu erklären: um den Gang des Geschäfts nicht auf-

als eine abgemachte Sache zu betrachten, und verlangten von der Deputation in hochfahrendem drohendem Ton eine kategorische Antwort auf die Frage: „ob die Deputation den passiven Widerstand gegen die französischen Forderungen endlich fallen lassen werde oder nicht?“ Das hiess so viel, als Frankreich werde die Verhandlungen, falls man sich seinem Willen nicht bequeme, durch den Bruch des Congresses zum Abschluss bringen. Mit gewohnter Unterthänigkeit antwortete die Deputation am 11. September und wagte nicht einmal darauf zu bestehen, dass sie die Schleifung der Festung Ehrenbreitstein nur unter gewissen Bedingungen zugestanden habe; gleichzeitig trat sie die Petersau und die Inseln vor Mainz demüthigst ab. Am 14. folgte dieser Feigheit die zutreffende Strafe auf dem Fusse in einer ironisch gehaltenen und gleichmässig hochfahrenden Note der französischen Bevollmächtigten. Sie wiederholten, dass es die französische Nation freue, die „friedliche Gesinnung der Deputation wahrzunehmen, und

---

„zuhalten, wolle er gleichwohl auf sich nehmen, das „Conclusum, wie es ist, im Allerhöchsten Namen zu be„gnehmigen. Auf die nämliche Art hat sich Meine Plenipotenz in „dem weitern Gang der Unterhandlungen, und wenn, wie zu besor„gen, die Reichsdeputirten noch weitere Nachgiebigkeit äussern soll„ten, zu benehmen und nach erschöpften Vorstellungen für sich und „in Kraft der aufhabenden allgemeinen Vollmacht die Conclusa der „Mehrheit, wie solche nur immer ausfallen mögen, einstweilen zu be„gnehmigen; und Ich muss Mir gleichwohl dermal blos stillschwei„gend vorbehalten, dann erst Mein Ratificationsrecht entscheidend „eintreten zu lassen, wenn das in Rastadt ganz abgeschlossene Ge„schäft seiner Zeit an die Reichsversammlung gelangen wird, wo sich „sodann näher entwickeln wird, ob die gesammten Reichsstände wirk„lich von den nämlichen Gesinnungen eingenommen sind, welche bis„her die Mehrheit der Reichsdeputation geäussert hat. Von den Wei„sungen in diesem Sinn hat jedoch Graf Metternich ausser Meinem „österreichischen Bevollmächtigten durchaus Niemand eine Eröffnung „zu machen, sondern solche sich lediglich zur ganz geheimen Direc„tion dienen zu lassen.““ — Jedoch muss ich Alles dem allerweisesten Ermessen Euer Majestät ehrfurchtsvoll anheimstellen.“

Hierauf resolvirte der Kaiser: „Diesen zur Erledigung des Vortrags des Reichsvicekanzlers Mir vorgelegten Resolutions-Entwurf habe Ich durchgehends genehmigt. Franz.“ (St. A.)

dass sie sich also nicht getäuscht hätten, als sie sich von allem Anfang an der Zustimmung der Deputation zur bedingungslosen Schleifung der Festungswerke von Ehrenbreitstein sicher hielten". In einzelnen unwesentlichen Dingen, wie die Schleifung der Befestigungen von Kehl und Castel, gaben sie nach; in der Hauptsache aber, in der Eigenthumsfrage des Territoriums, auf welchem diese Festungswerke aufgeführt waren, hielten sie fest und schlossen mit dem Ausdruck der Hoffnung, „dass die Deputation es vor Frankreich und Deutschland nicht auf sich nehmen werde, in irgend einer Weise den Bruch des Congresses herbeizuführen."

Am 3. October folgte dieser versteckten Drohung eine zweite in Gestalt einer Note, in welcher alle Streitpunkte wieder aufgefrischt und ein neuer über den Elsflether Zoll und die freie Flussschifffahrt erhoben wurde. Als die Deputation gewohntermaassen am 14. eine Aufhellung und Analysirung dieser Streitpunkte versuchte, erfolgte am 28. eine barsche Zurechtweisung von Seite der Franzosen, in deren Note die Stelle vorkam, dass die Bevollmächtigten nicht ohne Staunen eine so „zweideutige" Antwort gelesen hätten, und dass sie von gegründeten Zweifeln an der Redlichkeit der friedlichen Absichten der deutschen Reichsdeputation erfüllt werden müssten. „Die französische Republik," so schrieben sie pathetisch, „will nicht den Krieg, aber sie fürchtet ihn nicht. Sie will Frieden schliessen. Die Deputation will aber nur immer von Frieden sprechen. Die Grossmuth der französischen Regierung ist über alles Maass hinausgegangen, aber sie hat nun ihr Ende erreicht."*)

Die Wirkung, welche die Franzosen durch diese unbedachtsame Sommation erzielten, entsprach jedoch durchaus nicht ihren Erwartungen. Sowohl der Reichsvicekanzler als Thugut waren darüber einig, bei Abbruch des Congresses das Reich aller eingegangenen Verbindlichkeiten wieder ledig zu erklären. Thugut schreibt hierüber an den Kaiser: **)

---

*) La république française ne veut point la guerre, mais elle ne la craint point. Elle veut conclure la paix; la députation ne veut-elle qu'en parler toujours? La générosité du gouvernement français est allée au-delà de toutes les espérances; on ne doit pas s'attendre à de nouvelles concessions de sa part.

**) dd. Wien 15. November 1798. (St. A.)

„In dem gehorsamst zurückfolgenden Vortrag des Reichsvicekanzlers, mit welchem Euer Majestät die letzte sehr grobe und gebieterische französische Note vom 28. vorigen Monats vorgelegt wird, ist zugleich der Antrag enthalten, dass, auf den Fall diese Reichsfriedensunterhandlungen von Frankreich abgebrochen werden sollten, die Reichsdeputation in einer förmlichen Note sich von aller Verbindlichkeit wegen der während dieser Unterhandlungen gemachten Abtretungen und Zusicherungen förmlich loszusagen hätte.

„Dieser Antrag ist nicht nur in der Natur der Sache gegründet, und verstünde sich von selbst, dass, wenn von einem Theil Unterhandlungen abgebrochen werden, es dann von dem andern Theil abhängt, ob und unter welchen Bedingungen derselbe die Unterhandlungen wieder reassumiren wolle, sondern es ist auch den Umständen ganz angemessen, und in mehrerlei Euer Majestät allertiefsten Einsicht nicht entgehenden Betrachtungen nöthig, dass in so einem Falle die Reichsdeputation sich von den übereilt und unvorsichtig eingegangenen Verbindlichkeiten auf eine solche Art loszähle, die hierüber sowohl den Franzosen als andern mit ihnen einverstandenen Reichsständen keinen Zweifel überlässt, dass an die gemachten Concessionen das Reich hinfüran nicht gebunden sein könnte.

„Euer Majestät dürften demnach auf diesen Vortrag etwa folgende Allerhöchste Entschliessung zu erlassen geruhen: „„Ich „begnehmige vollkommen Ihren sehr vorsichtigen Antrag, und „ist allsogleich zu diesem Ende Mein Plenipotentiarius mit bestimmten Weisungen zu versehen, demselben aber anbei nachdrücklich aufzugeben, dass er solche noch für sich geheim behalte und vorläufig einzig mit meinem österreichischen Bevollmächtigten in vertrauliche Ueberlegung nehme, wie bei Entstehung des vorausgesetzten Falles die Sache allsobald bei der „Reichsdeputation einzuleiten und sohin in Vollzug zu setzen „sein wolle.““ *)

Lehrbach's und der kaiserlichen Minister lebhafte Ermunterungen brachten endlich die Majorität der Subdelegirten dazu,

---

*) Der Kaiser resolvirte: „Dieser Vortrag des Reichsvicekanzlers hat nach Ihrem Einrathen die hier entworfene Erledigung erhalten. Franz.“

am 6. November in würdigem Tone der frechen Sprache der Franzosen entgegen zu treten und die Vorwürfe der Zweideutigkeit und der Sehnsucht nach einem Bruche der Verhandlungen mit Berufung auf das Völkerrecht gegen die französischen Bevollmächtigten zurückzuschleudern.

Es ist nicht die Aufgabe dieser Blätter, den ganzen Hader, der sich nun in Note und Gegennote erhob, ausführlich zu schildern. Da die Sprache der Franzosen immer unhöflicher wurde, so gewannen endlich die deutschen Deputirten jenen Ernst und jene Festigkeit wieder, die sie nie hätten verlieren sollen. Am 6. December entlarvten sich die französischen Bevollmächtigten, indem sie plötzlich auf ihre Note vom 3. October zurückgriffen und dieselbe nicht nur als das Ultimatum ihrer Regierung hinstellten, sondern die Erklärung beifügten, dass, wenn ihnen binnen sechs Tagen keine befriedigende Antwort gegeben würde, ihre Vollmachten und — der Congress zu Ende wären, der bereits ein Jahr gedauert habe. Diese Drohung erschreckte die Menge der Verräther, die sich deutscher Seits in Rastadt zusammengefunden hatten, und am 7. December wurde der Reichsdeputation von einer grossen Anzahl Fürsten und Reichsständen ein Memorandum überreicht, in welchem im Namen Gesammt-Deutschlands die dringende Bitte um Annahme des französischen Ultimatums ausgesprochen wurde. — In der stürmischen Sitzung vom 9. December, die lebhaft an ähnliche Vorgänge am Reichstag zu Regensburg in den Jahren 1795 und 1796 erinnerte, und in welcher sich die drei österreichischen Minister förmlich überschrien sahen, sanctionirte die Reichsdeputation mit vollendeter Majorität gegen die vereinten Stimmen von Oesterreich, Sachsen und Bremen diese entsetzliche Schmach unseres Vaterlandes. Thugut sagt hierüber: *)

„Da in den von dem Reichsvicekanzler mit dem gehorsamst zurückfolgenden Vortrag Euer Majestät vorgelegten Berichten des Grafen von Metternich besonders die grossen Nachtheile bei den Emigrations- und Renunciationspunkten erhoben werden, so

*) In einem Vortrag an den Kaiser dd. Wien, den 18. December 1798. (St. A.)

ist dem österreichischen Bevollmächtigten zu Rastadt, Grafen von Lehrbach, wiederholt aufgegeben worden, diesfalls und auch in keinem andern Punkt einer Nachgiebigkeit Statt zu geben und die Reichsstände nun in dem Maasse zur Standhaftigkeit zu ermahnen, als die Umstände für die gute Sache von andern Seiten eine günstigere Wendung zu nehmen schienen. Hiebei musste sich sowohl die kaiserliche Plenipotenz als der österreichische Subdelegirte dermal beschränken, um dergleichen unangenehmen und auch bisher bedenklichen Alternativen auszuweichen, nämlich dem Allerhöchsten Hof den Vorwurf des Unterbruchs der Reichsfriedens-Unterhandlungen zu ziehen, oder aber Veranlassung zu geben, dass die Deputation mit gänzlicher Hintansetzung der kaiserlichen Plenipotenz mit den französischen Bevollmächtigten die Unterhandlungen fortsetze.

„Nun hat sich aber in der Zwischenzeit ergeben, dass die französischen Bevollmächtigten durch die Schwachheit, Unentschlossenheit, eitle Furchtsamkeit des einen Theils der Reichsdeputation, und durch die habsüchtigen Absichten des andern veranlasst, in ihrer Note vom 6. dieses ein Ultimatum vorgelegt und zu dessen Annahme den kurzen Termin von sechs Tagen gesetzt haben, ganz überzeugt, dass, wenn man den Deputirten keine Zeit zur Anfrage lasse, das Resultat ihrer Entschliessungen sichere Nachgiebigkeit sein würde. Diesen Endzweck haben die Franzosen auch erreicht, und hat sich die Deputation nicht nur den gesetzten Termin gefallen lassen, sondern alle Deputirten, mit Ausnahme Kursachsens, Oesterreichs und Bremens, haben das höchst verderbliche französische Ultimatum angenommen.

„Diesem nach scheint der Fall eingetreten zu sein, wo Euer Majestät als Reichsoberhaupt eine entscheidende Sprache zu führen nicht dürften umgehen können, besonders da die Lage der übrigen Umstände günstiger scheint, und mehrere der bisherigen gegründeten Anstände weniger Rücksicht zu verdienen scheinen.

„Um jedoch ganz ordnungsmässig, gesetzlich und mit aller Vorsicht vorzugehen, dürften Euer Majestät bei Erledigung des vorliegenden Vortrags von dem Reichsvicekanzler ein umständliches Gutachten über die nun zu ergreifenden Maassnehmungen etwa mit folgender allerunmaassgebigst entworfenen Resolution

anzuverlangen, Allerhöchst für gut finden. „*Nach dem Sinn dieses* „*Vortrags hat sowohl Meine Plenipotenz als Mein österreichischer* „*Bevollmächtigter den Reichsdeputirten, wie nun der Erfolg beweist,* „*ganz fruchtlose Vorstellungen gemacht.* Da *nun aber* nach den „neuesten Nachrichten die Reichsdeputation sich nicht nur einen „unanständig kurzen Termin von den französischen Bevollmäch- „tigten zur wichtigsten Entschliessung hat setzen lassen, sondern „das französische Ultimatum von der Mehrheit der Deputation „angenommen worden ist, so sehe Ich Mich im Falle, durch ent- „scheidende Entschliessungen ins Mittel zu treten, und haben Sie „Mir daher anhand zu geben, was für Maassnehmungen von Mir „als Reichsoberhaupt, ohne andere Rücksichten als jene auf Meine „Reichsoberhauptliche Pflicht und Würde und das Beste des ge- „sammten Reichs, unter diesen sattsam bekannten Umständen zu „ergreifen sein wollen, um solchen Nachtheil, so viel von Mir „abhängt, abzuhalten.“ “ *)

Am 12. December wurde die Reichsdeputation durch eine anständiger gehaltene Note der Franzosen für ihre Nachgiebigkeit belohnt; die Franzosen priesen die Weisheit und die aufgeklärte Humanität der Reichsdeputation, und nach dieser wohlverdienten Belobung erklärten sie sich bereit, nachdem nun die erste Friedensbasis endlich zum Abschluss gekommen sei, über die Anwendung der zweiten Basis, d. h. über die Entschädigungen durch die Säcularisationen in Verhandlungen treten zu wollen.

Mit einem Dankvotum für die Grossmuth Frankreichs, mit welchem sich die lächerlichen Subdelegirten von Baden und Darmstadt unsterblich gemacht haben, endete der Monat December des Jahres 1798 und damit auch die Verhandlungen des Rastadter Congresses. Zwar dauerte die Diplomatenversammlung noch bis in den Monat April 1799, aber man kam nicht mehr zu geregelten Verhandlungen über die zweite Friedensbasis, da in-

---

*) Der Kaiser resolvirte: „Diesen Vortrag des Reichshofvicekanzlers habe Ich nach Ihrem Einrathen nach der hier entworfenen Resolution, jedoch mit Hinweglassung der unterstrichenen Anfangs-Stelle, erledigt. Franz.“ — Die unterstrichene Stelle ist in Cursivschrift ersichtlich gemacht.

zwischen die allerernstesten Weltbegebenheiten durch den Ausbruch des Krieges dieser Komödie ein trauriges Ende bereiteten.

---

6. Capitel.

Die österreichisch-englische Subsidienfabel.

In früheren Abschnitten wurde bereits auf die eigenthümliche Rolle hingewiesen, die England als Schürer des Krieges spielte. Bevor in der Schilderung der Ereignisse weiter fortgeschritten wird, dürfte es daher von Interesse sein, die Unterhandlungen, die Oesterreich während des Congresses mit England pflog, etwas eingehender zu betrachten.

Ein flüchtiger Blick auf die vorangegangene Periode der ersten Coalition genügt, um sich zu überzeugen, in einem wie beschränkten Kreislauf sich die englische Politik bis zum Abschluss der Präliminarien von Leoben bewegte. Es scheint, als ob in jener gewaltigen Zeit England mit Oesterreich nicht Fragen grosser europäischer Politik, sondern nur Wuchergeschäfte mit dem Versuche der Uebervortheilung des bedrängten Gläubigers zu verhandeln gehabt habe.

Seit 1796 hatte England das österreichische Finanz-Directorium mit der Hoffnung auf Abschluss eines neuen Anlehens hingehalten. Die ohnehin äusserst schwerfällige österreichische Finanzverwaltung wurde hiedurch zu den unglücklichsten Geldoperationen gezwungen. Was überhaupt österreichische Finanzoperationen heissen, weiss Jeder, der einen Blick in diese Geheimnisse gethan. Finanz- und Militärwirthschaft hielten immer gleichen Schritt, d. h. das Finanz-Directorium und der Hofkriegsrath schienen immer gleichmässig bestrebt, den Leitern der österreichischen Politik mit leeren Cassen hindernd zur Seite zu stehen.

Auf Andrängen Thugut's hatte das englische Ministerium im Jahr 1796 einige Vorschüsse flüssig gemacht und im Princip die Forderungen eines neuen Anlehens in London in der Höhe von 3,600,000 Pfund Sterling anerkannt. Von dieser Summe

sollten aber einige bereits vorgestreckte, desgleichen die noch zu leistenden laufenden Vorschüsse in Abzug gebracht werden.

Diese Vorschüsse liefen aber an den Verfallsterminen so unregelmässig ein, dass noch zur Zeit des Abschlusses der Präliminarien von Leoben England damit im beiläufigen Betrag von 600.000 Pfund Sterling im Rückstande war. Nach Thugut hatten in der Staats-Conferenz, welche der Annahme der Präliminarien von Leoben vorausgegangen war, nebst der militärischen Impotenz, insbesondere die Klagen des Finanz-Directoriums der standhaften Politik, welche die Staatskanzlei befolgt wissen wollte, den Todesstoss gegeben. Eine Depesche an Cobenzl sagt es trocken heraus, „dass die englische Knickerei die Präliminarien zum grösseren Theil verschuldet habe.“ *)

Kurz vor Abschluss der Präliminarien war der österreichische Gesandte in London, Graf Starhemberg, mit dem englischen Ministerium übereingekommen, das Anlehen auf der Basis von 3,500,000 Pfund Sterling zu unterzeichnen.**) Unterm 2. Mai 1797 meldete der Gesandte diesen Stand der Dinge nach Wien, mit dem Beifügen, dass er die Zustimmung seiner Regierung erwarten werde, da ihn diese nur zum Abschluss eines Anlehens von drei Millionen Pfund Sterling bevollmächtigt habe, — eine Zusicherung, die ihn aber nicht hinderte, wieder unterm 16. Mai an Thugut zu berichten, dass das englische Ministerium so lebhaft in ihn gedrungen sei, dass er, ohne die ausstehende Antwort abzuwarten, mit England eine Anlehens-Convention von 1,620,000 Pfund Sterling abgeschlossen habe. Diese Summe, so meinte Starhemberg, aequivalire allen Vorschüssen, welche von England seit Anbeginn des französischen Krieges an Oesterreich abgegeben

*) Thugut an Cobenzl. Vienne, le 2 août 1798. . . . . Les avances promises furent si mal payées à leurs échances respectives, qu'il nous en était dû 600 mille livres sterlings à l'époque des préliminaires de Leoben, et que l'embarras extrême, dans lequel avait jeté nos finances la non-entrée de fonds, sur lesquels nous avions cru pouvoir compter avec certitude, fût une des causes qui de préférence ont nécessité la signature des préliminaires à Leoben. (St. A.)

**) Grenville an Starhemberg dd. London 14. Mai 1797. (St. A.)

worden seien. Dass Oesterreich an dieser Vorschusssumme eine Gegenforderung von 600,000 Pfund Sterling für Verpflegung englischer Soldtruppen und für das an England überlassene Condé'sche Corps zu stellen hatte, scheint das englische Ministerium dem österreichischen Gesandten verschwiegen zu haben. Die von Graf Starhemberg dem Lord Grenville gegebene mündliche Erklärung, dass er diesen Vertrag nur sub spe rati abschliesse, blieb in der gleich darauf thatsächlich von diesem Gesandten unterzeichneten Convention unberücksichtigt. Unter dem deprimirenden Eindruck, den die Nachricht vom Abschluss der Friedens-Präliminarien in London hervorbrachte, drang nämlich Grenville immer ernster in den Gesandten, und dieser unterzeichnete endlich ohne jene Formel und trieb die österreichische Gutmüthigkeit so weit, dass er es dem Banquier des englischen Ministeriums, Mr. Boyd, und dem englischen Unterstaatssecretär Canning überliess, die einzelnen Posten und Bedingungen des Anlehens festzustellen und etwaige an Oesterreich bezahlte Vorschüsse zu specificiren, wodurch später Rechnungen entstanden, die durchwegs von denjenigen verschieden waren, welche Starhemberg in der Mai-Convention beglichen zu haben glaubte. Erst nach dieser Wendung erkannte Starhemberg die ihm gelegte Falle. Denn nun erklärte das englische Ministerium: „Nachdem Oesterreich mit Frankreich in Friedensunterhandlungen getreten sei, könne von dem grossen Anlehen zur Fortsetzung des Krieges keine Rede mehr sein.“ War schon dieses ganze Vorgehen eines grossen Staates und des bisherigen Allianzverhältnisses unwürdig, so waren es die Bedingungen, die man an einige neue Geldvorschüsse knüpfte, noch viel mehr. Derselbe Vorgang, welcher bei dem Anlehen von 1794 eingehalten und damals schon von Thugut entschieden missbilligt worden war, wurde neuerdings beliebt. Das österreichische Anlehen sollte in ein erst neu zu schaffendes, vom Parlaments-Votum abhängiges englisches Staatsanlehen einbezogen, und hiedurch dem österreichischen Anlehen auch noch ein Theil des Zinsenverlustes dieser den englischen Staatsschatz belastenden Operation aufgebürdet werden. Englische dreiprocentige Obligationen, auf 100 Pfund Sterling lautend, sollte Oesterreich vollgültig annehmen, obgleich für dieselben thatsächlich

beim Umtausch nur der Curswerth von 44 Pfund Sterling bares Geld zu erlangen war. Und dazu sollte österreichischer Seits die Verpflichtung eingegangen werden, diese selben Obligationen wieder successive an England zurückzuerstatten. Nach dieser Speculation eröffnete sich für Oesterreich die Perspective, bei Verbesserung des von den Kriegsvorgängen abhängigen Börsencurses oder beim etwaigen Friedensschluss für Summen, die Oesterreich nie erhalten hatte, nebst den laufenden an England zu zahlenden Zinsen von 6 Procent, auch noch diese englischen Obligationen, wenn nicht al pari, doch vielleicht um 70 oder 75 Pfund Sterling theuerer zurückzukaufen, als es dieselben zur Zeit der momentanen Geldentwerthung übernommen hatte.

Thugut, der sich um das Finanzwesen Oesterreichs ebenso ernst wie um das Kriegswesen bekümmerte, wollte selbstverständlich eine solche, so zu sagen von der Gedankenlosigkeit des österreichischen Gesandten erschlichene Convention gar nicht gelten lassen, und der Kaiser verweigerte auf sein Einrathen dem Vertrag kurzweg die Ratification. Zur Rechtfertigung dieser Ablehnung machte man österreichischer Seits geltend, dass das Anlehen gesetzmässig an das englische Parlament gebracht werden müsse, wodurch Oesterreich nutzloser Weise gegenüber Frankreich, mit dem man um Frieden unterhandle, in eine zweideutige Lage gebracht werde.

Die Engländer begegneten den österreichischen Einwürfen mit der Ausflucht, dass zur Zeit des Abschlusses der Mai-Convention durch Starhemberg die dreiprocentigen Obligationen allerdings tief im Werthe gesunken waren, aber nicht durch die Schuld des englischen, sondern des die Präliminarien unterzeichnenden Wiener Cabinets, worauf Thugut mit Recht erwiderte: „War es etwa Delicatesse, oder war es nicht vielmehr beispiellose Krämerhabsucht, die das englische Cabinet im Augenblicke, als die Präliminarien von Leoben bekannt wurden, dazu bewog, dem Grafen Starhemberg eine die österreichischen Finanzen so mächtig schädigende Convention vorzulegen?" *)

*) Thugut an Cobenzl. Vienne, le 26 novembre 1798. „. . . n'était-ce pas manquer à tout principe de délicatesse? n'était ce pas se

Was hatte England zu befürchten, wenn es wenigstens die erste härteste Zeit der allgemeinen Entwerthung der Effecten, welche die Friedenspräliminarien nothwendig hervorrufen mussten, vorübergehen liess? Dieselben dreiprocentigen Obligationen, um die sich das ganze Geschäft drehte, standen im November 1798 wieder auf 75 Procent, mithin um 20 bis 25 Procent besser als unter dem Eindrucke der militärischen und politischen Niederlage des Verbündeten. Thugut hatte somit durch die Nichtratification der Mai-Convention den österreichischen Finanzen 3 bis 400.000 Pfund Sterling gerettet, welche durch den voreiligen Abschluss der Convention den englischen Wucherern als Aufgeld vom Anbeginn der Unterhandlungen an preisgegeben waren. Um das Verhältniss vollends unerträglich zu machen, maassten sich die englischen Geschäftsmänner Oesterreich gegenüber einen so hochfahrenden Ton an, dass sich ihr Betragen sehr wenig von dem französischen unterschied. Dagegen insinuirte Eden fortwährend in Wien, man möge nur ratificiren und das nothwendig gewordene Geldopfer auf sich nehmen; auf das pünktliche Bezahlen der Schuld lege England gar kein Gewicht; worauf Thugut mit Heftigkeit erwiderte, dass selbst ein Verschwender, der den Wucherern preisgegeben sei, sich schwerlich zu so grossen Opfern entschliessen würde.*)

Während der siebenmonatlichen Verhandlungen, die sich bis zum Abschlusse des Friedens von Campo Formio hinschleppten, war ein Wiederaufflammen des Krieges mehr als einmal zu besorgen, weshalb an eine Rückzahlung der an England schuldigen Vorschüsse österreichischer Seits gar nicht gedacht werden konnte. — Die Armee wurde während der Zeit, welche zwischen den Präliminarien und dem definitiven Friedensabschluss

---

livrer indécemment à l'impulsion d'une avidité sordide ou d'un ressentiment déplacé de la convention de Leoben, que d'employer toutes sortes de stratagèmes, pour engager Mr. le comte de Starhemberg à signer précipitamment un emprunt au moment même où la baisse des effets, que la nouvelle inattendue de nos préliminaires devait inévitablement produire à la bourse, ne pouvait qu'en rendre les conditions funestes?" (St. A.)

*) Un sacrifice auquel un fils de famille, réduit aux usuriers, aurait de la peine à se soumettre dans ses besoins les plus urgents.

verfloss, auf vollem Kriegsstand gehalten und lebte, wie gebräuchlich, von der Hand zum Mund. Der ganze Credit des Reiches schien in Frage gestellt, sobald man eine neue Last von 16 Millionen Gulden und die fast unerschwinglichen Interessen, welche Oesterreich an England abzahlen sollte, der Oeffentlichkeit bekannt gab. Um also einen Ausweg zu finden und zugleich den englischen Wünschen entgegenzukommen, anerkannte Thugut die Validität der österreichischen Schuld mit Vorbehalt der Ratification unter bessern Zeitumständen.

Wie äusserst betrübt es mit den österreichischen Finanzen zu Anfang des Jahres 1798 aussah, lässt sich aus einem Vortrag Thuguts an den Kaiser*) über die Finanzoperation mit einem niederländischen Armeelieferanten, Arnold Pann, entnehmen, in welchem der Minister über „die äusserst beklemmte und bedenkliche Lage, in der sich das hiesige Finanz- und Creditwesen befindet," Folgendes sagt: „Nicht nur das constante Erforderniss der Staatsausgaben ist unbedeckt, auch die künftige Aufrechthaltung und Inhaltung des Staatscredits ist um so mehr gefährdet, als der ganze Zuwachs neuer Schulden noch unbekannt ist; auf der andern Seite sind die Weltumstände so kritisch und der Zeitpunkt einer soliden Aussicht auf fortan dauerhafte allgemeine Ruhe noch so entfernt, dass keineswegs schon vorhergesehen werden kann, wann und in wiefern man auf die Cessirung und Einstellung aller ausserordentlichen Ausgaben Rechnung machen dürfe, ... und ich glaube den Umständen und der Gefahr, in die sowohl der Staatscredit als die erbländischen Staatsgläubiger bei einer zu grossen Anhäufung der Creditpapiere und jährlichen Zinsen gerathen dürften, angemessen, dass man in Ansehung der ausländischen Forderungen und Zahlungen diejenigen Suspensions- und Dilationsmittel nicht ausser Acht lasse, wozu die hiesigen Finanzen sich durch die Zeitumstände .... für berechtigt halten können."

---

*) dd. 28. Jänner 1798. (St. A.)

Die Entwicklung, welche der Rastadter Congress nahm, und die Verhandlungen, die Oesterreich zur Fortsetzung des Krieges mit Russland, Preussen und Neapel pflog, waren der englischen Diplomatie kein Geheimniss. In einer Zeit, in welcher Alles zum Kriege rüstete, und England mehr als jeder andere Continental-Staat zum Kriege drängte, war man in Wien zu glauben berechtigt, dass die englischen Staatsmänner die ungeheure Schwierigkeit der Lage Oesterreichs zu würdigen wüssten. Allein es fand das Gegentheil statt: nicht nur während der Verhandlungen zu Campo Formio, sondern auch während des Congresses präsentirte England Tag für Tag seinen Schein mit der Beharrlichkeit Shylock's, und Thugut wusste sich, um der heftigen Zudringlichkeit des englischen Gesandten, welche jede politische Discussion erschwerte, los zu werden, keinen Rath mehr, als den Kaiser zu bitten, das ganze Anlehensgeschäft der Staatskanzlei abzunehmen und die ferneren Verhandlungen dem Finanzminister Grafen Saurau zu übergeben.*)

---

*) Thugut berichtet hierüber unterm 4. März 1798 an den Kaiser: „Obschon dem englischen Hof zu wiederholtenmalen die Beweggründe nachdrücklichst vorgestellt worden sind, aus welchen die Unbilligkeit des Verlangens, dass der Allerhöchste Hof die von dem Grafen Starhemberg im Monat Mai v. J. geschlossene Darleihens-Convention ratificire, überzeugend erhellet, so lässt ersterer Hof nicht ab, sein Begehren hierwegen bei jeder Gelegenheit zu erneuern. Ja die Vorstellungen des Chevaliers Eden werden darüber täglich lebhafter und arten endlich in eine Art von heftiger Zudringlichkeit aus, welche mit ihm die politische Geschäftspflege über andere Gegenstände sehr beschwerlich macht und einen widrigen Einfluss auf selbe besorgen lässt.

„Da nun einerseits die dermaligen Weltumstände erwünschlich machen, dass die Erkaltung des englischen Hofes gegen den Allerhöchsten Hof nicht in schädliche Gesinnungen ausarte, anderseits aber die Beklemmung der Finanzen ausser Stand setzt, dem Verlangen des englischen Hofes, sowohl wegen erwähnter Ratification, als wegen einer fördersamsten Zahlung der aus dem vorigen englischen Darleihen verfallenden Zinsen, in diesem Augenblicke Genüge zu leisten, es sei denn, dass man sich von Seite der englischen Finanzen zu einiger erleichternden Vorstreckungsaushilfe verstehen wolle: so scheint das schicklichste Mittel zu sein, um die nachthei-

Als im August 1798 das österreichische Cabinet bereits fest zum Krieg entschlossen war und unter dieser Voraussetzung die finanzielle Hilfe Englands neuerdings in Anspruch nehmen wollte, wurde ihm mit trockenem Hochmuth erwidert: dass England ohne die sofortige Ratification der bis dahin in Schwebe gehaltenen Starhemberg'schen Convention in gar keine Verhandlungen über den bevorstehenden Krieg mit Oesterreich treten werde. Unmöglich konnte sich das österreichische Cabinet ähnlichen Zumuthungen unterwerfen, und Thugut bemerkte, er wäre der Letzte, der die Hände dazu böte, den mühsam erhaltenen österreichischen Credit einestheils zu untergraben und anderntheils die Monarchie vollends in die Abhängigkeit Englands zu bringen, das für die geringste pecuniäre Hilfe noch dazu immer unannehmbare, für die Kurzsichtigkeit des vielgerühmten englischen Ministeriums höchst bezeichnende Clauseln anhänge.

Um allen Weiterungen ein Ziel zu setzen, erklärte sich endlich Thugut bereit, nachzugeben, wenn englischer Seits auf die Basis des Geschäftes, wie sich dieselbe im Schreiben Grenvilles vom 14. Mai 1797 vorgezeichnet finde, zurückgegriffen werde. Thugut forderte den Abschluss des im Princip anerkannten Anlehens von 3 Millionen und 5 — 600.000 Pfund Sterling. Von diesem Anlehen sollte die unratificirte Summe des Starhemberg'schen Anlehens in der beiläufigen Höhe von 1,620.000 Pfund

---

ligen Collisionen dieser sich kreuzenden politischen und Finanzverhältnisse möglichst zu vermeiden, dass der ganze diesfällige Darleihens- und Finanzgegenstand mit dem englischen Hofe durch E. M. Finanzminister unmittelbar behandelt werde, dergestalt, dass sowohl Graf Starhemberg die in dieses Geschäft einschlagenden Weisungen von demselben empfange, als auch Chevalier Eden meines Orts hierüber an ihn verwiesen werde: worüber ich mir demnach die Allerhöchste Begnehmigung in Unterthänigkeit erbitte."

Der Kaiser resolvirte diesen Vortrag wie folgt: „Ich genehmige hiemit, dass nach Ihrem gemachten Antrag dieser ganze Anlehens- und Finanzgegenstand Meinem Finanzminister Grafen Saurau zur unmittelbaren Behandlung übergeben werde, welchem Sie hiefolglich die vollständige Weisung dieses Geschäftes zu geben haben. Franz." (St. A.)

und alle Vorschüsse, die an Oesterreich bezahlt worden waren, successive in Abzug gebracht, jedoch die Summe, welche Oesterreich auf englische Requisitionsscheine hin abgegeben hatte, dem österreichischen Guthaben hinzugefügt werden. Die Interessen des ganzen Anlehens sollten sich nicht höher stellen als jene, die in England für Staatsanlehen der brittischen Regierung gezahlt würden. Dem Parlamente sollte erst bei Wiederausbruch der Feindseligkeiten von dem Vertrag Mittheilung gemacht, 5 bis 600.000 Pfund Sterling an Oesterreich zur Kriegsausrüstung gegen Abzug im Anlehen allsogleich baar ausbezahlt werden. Thugut wünschte in geheimen Artikeln festgesetzt, dass, falls ein für England und Oesterreich ehrenvoller Friede mit Frankreich durch österreichische Waffen erkämpft würde, der König dem Parlament als einen Act der Dankbarkeit anempfehlen solle, Oesterreich seine ganze Schuld zu erlassen und sie zur englischen Staatsschuld zu erklären. „Der deutsche Kaiser," so sagt Thugut, „wünscht ein anständiges Anlehen und keine Subsidien, und zwar aus folgenden Gründen: 1. weil das englische Ministerium öffentlich erklärt hat, dass ein Subsidienfond für die Alliirten gegründet sei, und dieser Fond durch das österreichische Anlehen nicht alterirt werden soll, und somit England Russland gegenüber keinen Grund hat, auf die Ueberbürdung dieses Fonds durch Oesterreich zu verweisen; 2. können Subsidien immer nach Belieben und nach der Convenienz Englands eingestellt werden und bringen Oesterreich in eine Abhängigkeit von England, welcher sich der Kaiser nie unterwerfen wird." *)

Endlich wünschte Thugut das Anlehensgeschäft durch eine geheime Convention gekrönt, in welcher sich die drei Höfe von England, Russland und Oesterreich gegenseitig verpflichteten, in keinen Separatfrieden einzugehen. Wider Erwarten beharrte aber das englische Cabinet auf seinem Standpunkt und verlangte unbedingte Ratification des Starhemberg'schen Anlehens vor jeder weiteren Unterhandlung, was Thugut zu

*) . . . . nous constituerait vis-à-vis de l'Angleterre dans un état de dépendance, auquel S. M. est résolue de ne pas se soumettre. (Thugut an Starhemberg, d. d. Vienne ce 2 août 1798.)

der mit nicht minderer Bestimmtheit abgegebenen Erklärung bewog, dass Oesterreich die englischen Forderungen niemals zugestehen werde. *) Während England solchergestalt dem österreichischen Cabinet jede finanzielle Hilfleistung abschlug, versuchte es vor dem Abschluss der in St. Petersburg projectirten Tripelallianz die Verbündeten zum unüberlegten Bruch mit Frankreich zu bewegen; **) obgleich Thugut wiederholt erklärte, dass Oesterreich, durch die vergangenen Kriege gewitzigt, Nichts einseitig unternehmen könne und werde, ohne dass die Frage ausgiebiger und bedeutender Geldunterstützung durch Anlehen vorerst sicher gestellt sei. ***)

Bis zu diesem wenig erfreulichen Punkt waren die Verhandlungen mit England gediehen, als sich im August 1798 die ersten russischen Hilfstruppen gegen die österreichische Grenze bewegten, während die Verhandlungen am Rastadter Congresse fast so gut als abgebrochen waren, und das Directorium sich entschlossen zeigte, die Feindseligkeiten gegen das Reich und Oesterreich von Neuem zu beginnen.

Ende September verschärfte das englische Cabinet die Spannung, indem es in Wien durch Eden die bestimmte Erklärung abgab, dass in Anbetracht der grossen Kosten, die dem englischen Staatsschatz durch die an Russland zu zahlenden Subsidien

---

*) Thugut an Starhemberg. Vienne, ce 2 août 1798. Votre Excellence connaît intimement la loyauté des sentiments de notre auguste maître, mais la demande pleine de morgue de l'Angleterre de nous jeter aveuglément dans ses bras à discrétion et avant de connaître les bases de notre nouvelle union, cette demande est trop incompatible avec la dignité de S. M., pour que jamais elle pût être admise." (St. A.)

**) Thugut an Cobenzl. — Vienne, ce 19 août 1798. Nous sommes toujours dans l'attente des réponses de l'Angleterre qui continue à traîner ses arrangements avec nous dans la vue aussi subtile sans doute que peu généreuse, que dans l'intervalle une rupture formelle entre nous et les Français nous mettrait absolument dans sa dépendance." (St. A.)

***) Thugut an Starhemberg. Vienne, ce 19 août 1798. . . . . sans des secours et des facilités pécuniaires assez considérables nous sommes totalement hors d'état de faire la guerre . . . (St. A.)

erwüchsen, und im ferneren Betracht, dass England ein Corps von 20.000 Schweizern errichten wolle, um in der Schweiz eine Contre-Revolution einzuleiten, es dem englischen Staatsschatz ganz unmöglich sei, der kaiserlichen Regierung eine Geldaushilfe für den kommenden Feldzug zu versprechen.

Die superkluge englische Politik gieng in ihrem beispiellosen Egoismus und Verkennen der gefahrvollen Lage der Dinge noch weiter. Selbst die an Russland zu bezahlenden Subsidien wollte sie nur unter der Bedingung zahlen, dass Oesterreich die mehr erwähnte Starhemberg'sche Convention ratificire. Diese Forderung liess Grenville mit Bedacht dem Kaiser Paul mittheilen, um durch Russland auf Thugut einzuwirken und den erregbaren Czaren im ungegründeten Wahn zu erhalten, dass Oesterreich die Action Russlands durch Vorenthaltung dieser Ratification hindern wolle. Dies Alles war noch nicht genug. Um dem englischen Benehmen die Krone aufzusetzen, insinuirte Eden im Auftrage seiner Regierung dem österreichischen Minister sogar die Absurdität, Oesterreich möge für sich die bedeutenden Kriegskosten in der Weise vermindern, dass die kriegsgeübten österreichischen Truppen um jene Anzahl reducirt würden, die durch die russischen Subsidientruppen und das in der Schweiz erst zu errichtende englische Subsidiencorps von der Coalition in das Feld geführt werden sollte. „Es ist überflüssig," sagt Thugut, „sich bei der Analyse eines so erbärmlichen Raisonnements aufzuhalten." *)

Diese diplomatischen Winkelzüge mussten das Misstrauen des österreichischen Cabinets gegen das englische rege erhalten, und wirklich glaubte Thugut, dass England unter der Hand mit Frankreich um einen Separatfrieden unterhandle, — ein Gedanke, zu welchem er sich durch die Vergangenheit berechtigt hielt. Waren ja noch nicht zwei Jahre verflossen, als sich das englische Cabinet gegen den Separatfrieden Neapels öffentlich erklärt hatte, während der neapolitanische Hof die authentischen Beweise vorlegte, dass England insgeheim in St. Elmo zum Abfall von der österreichischen Allianz gedrängt hatte, um hiedurch die unüberlegte Zurückberufung der englischen Flotte aus dem mittelländischen

*) Thugut an Cobenzl. Vienne, ce 30 septembre 1798. (St. A.)

Meere dem mit Recht hierüber erzürnten englischen Parlament plausibel zu machen.

„Man wird es nie genug beklagen können,“ sagt Thugut im Spätjahr 1798,*) „dass in einem Augenblick, in welchem einige günstige Umstände gegründete Hoffnung erwecken, die Sicherheit Europas durch die vereinigten Kräfte wohlmeinender Mächte zu begründen, unmöglich vorherzusehende Schwierigkeiten ein so heilsames und grossherziges Beginnen zu vereiteln im Begriffe stehen. Allein, was die Nachwelt noch schwerer begreifen wird, ist, dass diese Schwierigkeiten das ausschliessliche Werk Englands sind, und dass England sich nicht scheut, die Sicherheit aller legitimen Staaten durch die vorangestellte Prätention zu compromittiren, uns dazu zu zwingen, einer advocatenmässigen Spitzfindigkeit wegen die schwachen Reste unseres, durch eine lange Reihe unglücklicher Kriege (die wir für die allgemeine Sache unternommen haben) abgenützten Credits aufzuopfern, — eines Credits, der unsere einzige Reserve bleibt, um der Auflösung der Armee vorzubeugen und uns in den Stand zu setzen, den Angriffen des Feindes zu widerstehen.“

So unbefriedigend standen noch kurz vor Ausbruch des neuen Krieges der zweiten Coalition gegen Frankreich, und als der Rastadter Congress schon seinem Ende entgegen eilte, die politischen Verhältnisse zwischen Oesterreich und England. In einer älteren Publication**) habe ich schon auf das Hämische und Ungerechte jener Angriffe deutscher Geschichtschreibung hingewiesen, welche die Standhaftigkeit der deutschen Politik Oesterreichs auf englisches Gold zurückführt. Die eingehende Schilderung dieses Anlehensverhältnisses wird das schwere Unrecht dieser Anklage noch deutlicher aufdecken und der deutschen Nation zum wenigsten die Befriedigung gewähren, in ihren Geschichtsbüchern mit so vielen andern Fabeln auch die englische „Subsidienfabel“, welche die Ehre des letzten deutschen Kaisers beflecken sollte, zu tilgen.

*) An Cobenzl, Vienne, ce 30 septembre 1798. (St. A.)

**) Siehe Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen. Bd. II. S. 333.

7. Capitel.

Die Ereignisse in Italien bis zur Errichtung der parthenopäischen Republik.

(December 1797 — Jänner 1799.)

Bevor wir den Blick nach Rastadt zurückwenden, ist noch die mit der Schweizerfrage gleichzeitig entfesselte italienische ins Auge zu fassen. Ihr Hervortreten bot dem Congress von Anbeginn an wenig tröstliche Aussichten für sein Gedeihen, und ihr Abschluss wurde die eigentliche Veranlassung zu seiner Auflösung. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, verdienen die Ereignisse in Italien eine eingehendere Beleuchtung. Die Entwicklung der Dinge zu Ende des Jahres 1797 und 1798 in Rom und Neapel hängt genau mit dem Stillstand der diplomatischen Action zusammen, welche in den Wintermonaten der genannten Jahre sich in Rastadt fühlbar machte.

Der Friede von Campo Formio hatte trotz des Umsturzes der bisherigen Verhältnisse den Besitzstand in Italien scheinbar beim Alten gelassen. Toscana, der um die Legationen verkleinerte Kirchenstaat, das Königreich beider Sicilien, das Herzogthum Parma und der Thron von Piemont schienen nach dem gewaltigen Ringkampf auf den italienischen Schlachtfeldern ihren Bestand gerettet zu haben. Bekanntlich hatte Oesterreich von dem Gebiet der Republik Venedig und ihres dalmatinischen Appendix Besitz ergriffen, während Frankreich aus der Lombardie, Mantua und andern angränzenden Theilen die cisalpinische, und aus dem Gebiet von Genua die ligurische Republik schuf.

Mit der Unabhängigkeit dieser Staaten nach Aussen und Innen war es aber vorbei. Ihre Civil-Administration und ihre Heeresmacht unterstanden französischen Commissären und Generalen, die trotz der piemontesischen oder toscanischen Regierung schalteten und walteten, wie sie es eben für gut fanden. Nur Neapel hatte sich durch vorsichtige Lossagung von Oesterreich, als das

Glück gegen die deutschen Waffen entschied, noch im Jahre 1796 die Unabhängigkeit gerettet. Dieser Staat war sonach der einzige, der noch allenfalls in politische Berechnung gezogen werden durfte. Mit ihm allein stand das österreichische Cabinet nach dem Frieden von Campo Formio in diplomatischer Unterhandlung.

Im Jänner*) 1798 schrieb Thugut an Gallo, dass der Kaiser unerschütterlich auf dem Standpunkte einer Allianz mit dem Königreiche beider Sicilien beharre; er werde mit der grössten Aufmerksamkeit darüber wachen, dass in Italien keine anderen als die durch den letzten Friedensvertrag sanctionirten Veränderungen von Seiten Frankreichs vorgenommen würden.

Die Gesandtschaften und Missionen, die das Directorium an die europäischen Höfe schickte, verfolgte damals ein seltener Unstern, welchen die Rücksichtslosigkeit der zu den Missionen Auserwählten nicht zu bannen befähigt war. Die Tödtung des französischen Generals Duphot in Rom und die Ereignisse, welche dem Einmarsche der Franzosen vorausgiengen, sind zu bekannt, als dass sie hier mehr als einer blossen Erwähnung bedürften. Duphot fiel, wie Bernadotte in Wien beinahe gefallen wäre, und wie Roberjot und Bonnier später bei Rastadt fielen, als Opfer eigener Unvorsichtigkeit.

Nach diesem Ereigniss war vorauszusehen, dass die Franzosen die günstige Gelegenheit ergreifen würden, um der päpstlichen Regierung ein Ende zu machen. Thugut liess deshalb allsogleich durch Cobenzl in Rastadt erklären, das Wiener Cabinet werde nicht zugeben, dass cisalpinische Umtriebe die Erhaltung der päpstlichen Gewalt und des heiligen Stuhles in Frage stellten. Die Franzosen dagegen erkannten die Schwierigkeit der Situation, in welche Oesterreich gerathen war, und schritten unbekümmert um diesen Protest gegen Rom vor, während sich Oesterreich in die Unmöglichkeit versetzt sah, seinen Worten Nachdruck zu verleihen.

---

*) Die Kanzleiabschrift des Entwurfes der Depesche im Staatsarchiv trägt kein anderes Datum als „Vienne, ce . . Janvier 1798.“

„Es ist," so schrieb Thugut an Gallo, als die ersten Nachrichten der Vorfälle in Rom zu seiner Kenntniss gelangten, „von der grössten Wichtigkeit und von gegenseitigem Interesse, aus der Erfahrung der jüngsten Vergangenheit Nutzen zu ziehen, da der Abgang an Einheit und die Divergenz der politischen Anschauungen, statt die Kräfte der Alliirten durch ihre Coalition zu vermehren, alle Wirkungen derselben geschwächt haben, indem sie Ereignisse hervorriefen, die eines Tages die Nachwelt in Erstaunen versetzen werden, und an deren unheilvollen Nachwehen Europa noch lange zu leiden haben wird." *) Doch diese Worte schienen wie alle anderen für Neapel in den Wind gesprochen: es versagte allen Schritten Oesterreichs seine Mitwirkung und sah in der eitlen Hoffnung, mit Befriedigung die weltliche Regierung des Papstes umgestürzt, von Frankreich mit einem Theil des Raubes abgefunden zu werden.

Umsonst bot der schwerbedrängte Pius VI. dem Directorium alle nur denkbare Satisfaction für einen Vorfall an, an welchem er und seine Regierung nicht die geringste Schuld trugen. Berthier brach am 28. Jänner von Ancona mit auserlesenen Truppen gegen Rom auf. Der entmuthigte Papst unterhandelte mit ihm durch Vermittlung des spanischen Gesandten. Er erbot sich zur Zahlung von 31 Millionen Lire Kriegscontribution; die Franzosen nahmen das Geld und setzten ihren Marsch fort. Am 10. Februar besetzten sie widerstandslos die Engelsburg und das Capitol. Unter dem officiellen Schutz der französischen Tricolore wurde nun am Fusse der Bildsäule Marc Aurels auf dem Campo Vaccino die römische Republik ausgerufen.

Als der heilige Vater die Grösse der Gefahr erkannte, gewann er seinen Muth wieder. Er hatte es verschmäht, wie ein Feigling nach Neapel zu entfliehen; von allen Cardinälen verlas-

---

*) Il est de la plus haute importance, ainsi que d'un intérêt réciproque de profiter de l'expérience de ces derniers temps, où le défaut d'ensemble et la divergence des vues, loin d'augmenter la masse des forces des alliés par leur coalition, n'ont fait qu'en affaiblir les effets, en amenant des événements qui étonneront un jour la postérité, et dont l'Europe ressentira longtemps les funestes suites (St. A.)

sen, erwartete er allein die Ankunft der Franzosen, allein, den päpstlichen Thron wieder zu besteigen, war ihm nicht beschieden. Als französischer Staatsgefangener am 20. Februar nach Siena, später nach Florenz und Grenoble geschleppt, wurde der lebensmüde Greis in Valence, nach schweren Leiden, im zweiundachzigsten Jahre seines Lebens und im fünfundzwanzigsten seines Pontificates, durch den Tod aus den Händen seiner Peiniger befreit.

Im März 1798 unterzeichneten römische Bevollmächtigte einen Vertrag, der den Kirchenstaat unter dem Namen der römischen Republik in die vollständigste Abhängigkeit Frankreichs brachte. Das war das Ende der Träume der römischen Republikaner. Aehnlich wie der neugeschaffenen römischen Schattenrepublik ergieng es der cisalpinischen, die ihre Geburt den grossen Mächten notificiren wollte, indem sie mit grossem Pomp einen Gesandten, Namens Marescalchi, an den deutschen Kaiser absandte. Thugut liess diesen Gesandten gar nicht das Weichbild der alten Kaiserstadt betreten; er erklärte den Wortlaut des Friedens von Campo Formio durch den Allianzvertrag Cisalpiniens mit Frankreich und durch die jüngsten Ereignisse in Rom verletzt. Der Kaiser, so lautete Thugut's Antwort auf Marescalchi's Notifications-Schreiben, anerkenne in Italien, mit Ausnahme Neapels, keine unabhängige Macht mehr, da sämmtliche italienische Staaten zu französischen Satrapien herabgedrückt wären.

Die römische Revolution und deren Folgen hatten dem neapolitanischen Hof die Augen über die Gefahren, die ihm drohten, endlich geöffnet. Aber statt eine vernünftige Militär-Reorganisation anzustreben und sich auf den grossen Kampf vorzubereiten, begnügte man sich mit der eitlen Hoffnung, ohne eigene Anstrengung die Gefahren der Zukunft beschwören zu können. Es lag im Geist der Weiberregierung in St. Elmo, schwachmüthig die Hände in den Schoos zu legen, aber bei Russland und Oesterreich auf das Eifrigste die Kriegsflamme zu schüren, von Frankreich päpstliche Gebietstheile zu erbetteln und gleichzeitig Missverständnisse bei den coalirten Höfen zu erregen. Immer bestrebt, alle an-

dern Mächte als verpflichtet darzustellen, sich selbst aber jeder Verpflichtung zu entziehen, weigerte sich Neapel, einen durch den neapolitanischen Botschafter mit Thugut in Wien ausgearbeiteten und vom Kaiser am 19. Mai 1798 ratificirten Allianzvertrag mit Oesterreich zu bestätigen, weil darin der casus föderis als für Neapel eintretend erklärt werden sollte, wenn die Franzosen gegen das deutsche Reich feindlich vorgehen würden. Thugut war der Meinung, dass der in Deutschland begonnene Krieg unmittelbar jenen in Italien nach sich zu ziehen hätte; während Neapel für den Kriegsfall den Zeitpunkt abwarten wollte, bis die Franzosen gegen das Königreich beider Sicilien feindlich vorgehen würden. „Und doch," sagt Thugut, „ist unser Vorschlag das einzige Mittel, um uns beim Beginn des Krieges einige Vortheile zu sichern; sonst würden die Franzosen uns auf unserer schwächsten Seite in Deutschland angreifen, und es sollte uns nicht einmal erlaubt sein, aus unserer gegenwärtigen Präponderanz in Italien gegen Frankreich Nutzen zu ziehen, da wir dort, allenfalls Neapel zu lieb, mit gekreuzten Armen abwarten müssten, bis die Franzosen, hinreichend verstärkt, nach ihrem eigenen Ermessen den Zeitpunkt bestimmen würden, um uns auch in Italien anzugreifen und niederzurennen. Und wie sollten wir dann die bevorstehende Zerschmetterung des Königreichs beider Sicilien verhindern können?" *)

Erst im Juli 1798, als die Gefahr immer drohender wurde, fand sich die neapolitanische Staatsweisheit bewogen, den Allianzvertrag mit Oesterreich unter der von Thugut allsogleich angenommenen Bedingung zu unterzeichnen, dass der casus foederis für die beiden Cabinete auch dann eintrete, wenn Frankreich etwa gegen Neapel deshalb feindlich vorgehe, weil diese Regierung so unklug war, mittels öffentlicher Proclamationen den englischen Kriegsschiffen freie Einfahrt in alle sicilianische Häfen zu gewähren.

Thugut's Besorgnisse wegen unüberlegten Beginnes der Feindseligkeiten in Süditalien waren nur allzu gegründet. Die

*) Thugut an Dietrichstein. „— Vienne, ce 17 juillet 1798 .... Et comment alors pourrions-nous empêcher le roi des deux Siciles d'être écrasé? (St. A.)

Engländer hofften, wie in Capitel sechs gezeigt wurde, ohne hiefür Geldopfer bringen zu müssen, durch den Losbruch in Neapel das deutsche Reich und Oesterreich in den Krieg hineinzutreiben. Es waren englische Agenten, und insbesondere Nelson, — er hatte nach dem Sieg von Abukir (1. August 1798) die englische Flotte, um Havarien auszubessern, nach Neapel gebracht, — welche die dort mit Leidenschaft gefassten Entschlüsse der thatsächlich regierenden Königin nährten.

So kam es, dass man sich in Neapel den Engländern zu lieb seit August mit dem Gedanken trug, den Franzosen zuvorzukommen. Statt ruhig die Entwicklung der Dinge am Rastadter Friedenscongresse und den Zeitpunkt der Vereinigung aller Kräfte der grossen Allianzmächte zu einem grossen Schlage, insbesondere aber die russischen Hilfstruppen abzuwarten, entschloss sich Neapel, mit unorganisirter Militärmacht den Anstoss zum zweiten grossen Kriege gegen Frankreich zu geben. — Am 24. November 1798 rückten die neapolitanischen Truppen ohne Kriegserklärung in das römische Gebiet ein. Gleichzeitig besetzte Nelson mit 5 bis 6.000 Neapolitanern Livorno. Wie zu erwarten stand, ergriffen die hievon allsogleich unterrichteten und gut vorbereiteten Franzosen die günstige Gelegenheit, um sich Piemonts, somit eines zweifelhaften Alliirten, zu entledigen. Sie erklärten, ohne jemals einen Beweis hiefür erbracht zu haben, Piemont habe sich mit Neapel und Oesterreich verbündet. Die sardinische Armee wurde rasch entwaffnet, Carl Emanuel IV. abgesetzt und am 9. December zu Unterzeichnung eines schimpflichen Vertrages gezwungen, in welchem er auf Piemont für immerwährende Zeiten zu Gunsten Frankreichs Verzicht leisten musste. In wenigen Tagen war ganz Piemont besetzt und republikanisirt.

Mit eben so rascher Ueberlegung und Sicherheit wie gegen Sardinien giengen die Franzosen gegen Neapel vor. Allerdings hatte ihnen dieser Hof durch seine zwecklosen Prahlereien und herausfordernden Handlungen den Kampf sehr erleichtert. In unkluger Weise hatten zudem englische und italienische Journale längst schon die bevorstehende Schilderhebung Neapels ausposaunt; ja Lord Grenville hatte sogar im Londoner Parlament davon öffentlich gesprochen. Es lag also durchaus nichts Auffallendes

darin, dass der Rath der Alten und der Fünfhundert in Paris die Kriegserklärung gegen Neapel und Sardinien erst am 7. und 8. December zum Beschluss erhob, während Joubert schon am 10. die Unterwerfung Piemonts thatsächlich vollbracht hatte. Verursachte die Unterjochung dieses Königreichs so wenig Schwierigkeit, so konnten die Franzosen wenig Ernstliches vom neapolitanischen Hofe besorgen. Neapel hatte sich selbst in die allerungünstigste Position gebracht. In Folge seines voreiligen Losschlagens ohne Abrede und rechtzeitige Verständigung mit Oesterreich blieb es auf die eigenen Kräfte allein angewiesen; denn das noch nicht hinlänglich gerüstete Oesterreich wollte begreiflicher Weise die Ankunft der Russen und die gute Jahreszeit abwarten, um mit seinen Verbündeten vereint von allen Seiten zugleich den Feldzug zu eröffnen.

Die einzige Verabredung, die Neapel mit Oesterreich genommen hatte, bezog sich auf einen General, dessen Name mit den peinlichsten Erinnerungen für die österreichische Waffenehre verknüpft ist. Mack war der auserwählte neapolitanische Heerführer. Seine eigenhändigen Aufzeichnungen dienen der nachfolgenden Skizze zur Grundlage. — Ende August hatte der neapolitanische Hof das Ansuchen um Ueberlassung dieses Generals an den Kaiser gestellt. Es ist hier nicht der Ort, in eine umfassende Biographie Mack's einzugehen, obgleich er sie verdient, wäre es auch nur, weil in ihm das Prototyp jener beschränkten österreichischen Generalsweisheit erblickt werden kann, welche, durchdrungen von der Unfehlbarkeit ihrer strategischen Kunst, die Veranlassung zu den allerverkehrtesten Feldzügen gegeben hat. Eine kurze Charakteristik des neapolitanischen Heerführers scheint mir aber hier um so mehr am Platz, als sie durchaus auf selbständiger archivalischer Forschung aus bis jetzt unbekanntem Material beruht.

Carl Mack Freiherr von Leiberich war von bürgerlicher Abkunft, die ihm allerdings nur zur Ehre gereicht haben würde,

hätte er den geistigen Adel Thugut's besessen. Doch da ihm dieser gänzlich fremd war, gefiel er sich in der dünkelvollen Parvenu-Rolle, die er als ein Günstling des FM. Lacy von dem Augenblick an, als er sich im Türkenkrieg das Theresienkreuz erworben hatte, zu spielen verstand. Er galt in den neunziger Jahren für den genialsten österreichischen General. Er verstand Alles und wandelte immer in den Wolken. Keine Aufgabe schien ihm zu schwer und zu gross, um sie nicht im ersten Anlauf zu vollbringen, und das Wort „von Grund aus reorganisiren" führte er stets im Munde. Aber sieht man den Dingen auf den Grund, so nimmt man leicht wahr, dass ihm tiefdringende, schöpferische Gedanken fehlten: dass seine Aenderungen nie wesentlicher Natur waren, sondern lediglich im Verkleistern bestehender Uebel oder in Popularitätshascherei bestanden. Als er z. B. den Generalstab reorganisiren wollte, so gab er den Röcken andere Farbe und Knöpfe, statt ihren Trägern andere Köpfe. Die Artillerie erhielt andere Hosen, die Cavallerie eine neue Gattung Steigbügel, die Infanterie neue Kamaschen „Mack'scher Erfindung"; und das nannten er und seine Partisane „von Grund aus reorganisirt." Mit dem Hofkriegsrath hat er sich nie verfeindet. Die unehrliche Wirthschaft, die überlebte Taktik, Strategie und Verpflegung, die Recrutirungsmisère liess er unberührt, obgleich er als Generalstabschef recht gut erkannt haben musste, wo die Wurzel aller Uebel lag. Zwar sann er auf Ersparungen für den Staatsschatz, machte sie aber mit seiner Manie, das ganze Reich nach allen Seiten hin zu befestigen, wieder illusorisch. Selbständige Charaktere, bedeutende Männer konnte er in seiner Nähe nicht ertragen. In seinen vielen Memoiren liest man Nichts von Hebung der Intelligenz, von rascher Beförderung verdienter, wenn auch jüngerer Officiere, sondern da er glücklich in jungen Jahren der allgemeinen Schablone entrückt war, schwärmte er für Anciennität! Es giebt wohl keinen Zweig der damaligen Armeeverwaltung, über den er sich nicht die Finger wund geschrieben hat. Aber eben so rasch, wie er jeden Gegenstand ergriff, so rasch liess er ihn bei der ersten Schwierigkeit, die sich ihm entgegen stellte, wieder fallen, weil ihm der feste Charakter fehlte.

Gleichwohl war Mack nicht ohne Begabung und militärische Routine. Er verstand genug von seinem Handwerk, um fehlerfreie Pläne zu schraffiren, Lagerplätze auszusuchen, Marschrouten zu entwerfen und eine Unzahl zum Theil ganz gut geschriebener Memoiren über die politische und militärische Lage des Reiches zu verfassen. Auch ein gewisser Unternehmungsgeist war ihm eigen. Nur verlor er in allen Dingen allzuleicht die Kaltblütigkeit. Die geringste Zufälligkeit machte ihn sehr oft in einem Grade nervös, dass er unfähig war, vernünftige Entschlüsse zu fassen. Einer solchen Nervosität soll die Ulmer Katastrophe vornemlich entsprungen sein. — Schlimmer aber als alle diese Eigenschaften war seine Unzuverlässigkeit, sein Eigennutz, eine Art von Geriebenheit, die der Falschheit ziemlich nahe kam, und seine Sucht, statt sich der österreichischen Staatspolitik unterzuordnen, eigene, „Mack'sche Politik" zu treiben, — ein Fehler, der vielen der österreichischen Generale jener Zeit anklebt und insbesondere denjenigen eigen war, die nicht zu schlagen verstanden. So hören wir von 1794—95 von Clerfayt die beständige Klage, dass er die Zielpunkte der österreichischen Politik nicht kenne und deshalb Nichts unternehmen dürfe, während der thatkräftige Wurmser, unbekümmert um diese, auch ihm unbekannten Ziele, dem Feind kräftig auf den Leib zu gehen sucht und selbst nach der Niederlage nicht wie ein Feigling um den Frieden jammert, sondern wie ein Held sich aufrichtet zu neuem Kampf.*)

Die Mack'sche Kriegführung und Intrigue im Bund mit seinem Freund und Lehrer Lacy hatten 1793—94 den Verlust der Niederlande vorbereitet. Loudon hatte noch in seiner letzten Zeit in Mack nur einen bösen Dämon entdeckt. Thugut hatte ihn längst durchschaut und hielt ihn deshalb von allen Geschäften fern, was hinwieder den Feinden Thugut's Veranlassung bot, das Genie und die Talente Mack's über alles Maass und Gebühr zu erheben. In den ersten Tagen des April 1797 bewies sich Mack muthig und verständig. Der Kaiser hatte da-

---

*) Siehe hierüber des Verfassers: Thugut, Clerfayt und Wurmser. (Wien 1869.)

mals die vor Wien zusammengezogenen Streitkräfte und den Wiener Landsturm in seine Hand gelegt. Allein kaum war er wieder zu activem Einflusse gelangt und als Generalstabschef verwendet, so gieng auch schon das Intriguiren von Neuem los, und Thugut war im August 1798 herzlich froh, dass die Königin von Neapel gerade diesen General zu ihrem Feldherrn erkor.

Auf Aeusserlichkeiten legte Mack den grössten Werth. Es charakterisirt die Anschauung des Mannes, wenn er vor seiner Abreise nach Neapel vom Kaiser, mit Berufung auf frühere Verdienste, das Commandeurkreuz des Theresienordens verlangt, „weil in Neapel sehr wohl bekannt wäre, dass viele Generale von meinem Range und selbst Generalmajore in E. M. Armee den Commandeurorden besitzen, welches natürlicherweise bei den dortigen Generalen und Officieren die Betrachtung: warum ist denn dieser höhere Ordensgrad nicht auch ihm zu Theil geworden? erzeugen, und das mir so nöthige Zutrauen in manchen Gemüthern schwächen würde.“ *)

Die Rolle, die Mack in Neapel spielen sollte, war nicht leicht. Auch muss in diesem concreten Fall anerkannt werden, dass er unter Verhältnissen zu wirken berufen wurde, die er unmöglich beherrschen konnte, und dass der österreichische General für den Misserfolg in Neapel nicht verantwortlich gemacht werden kann, obgleich ihn Thugut nach seinen Antecedentien dafür verantwortlich zu machen sich berechtigt glaubte.

Ueber den seinem Detail nach ziemlich unbekannten neapolitanischen Feldzug finden sich im Wiener Staatsarchiv zwei interessante, eigenhändige Aufzeichnungen Mack's vor, welche dieser General im Juni 1799 an Thugut eingesendet hat. Da sie fast ein halbes Jahr später und während der Gefangenschaft des Generals in Frankreich geschrieben wurden, so sind sie wohlüberlegt. Ohne die Mängel seiner Darstellung zu verkennen, halte ich sie für das Beste, was ich überhaupt unter den nach Hunderten zählenden Schriftstücken Mack's gelesen habe. Und so ist es nur billig, wenn hier die Rechtfertigung seiner Thaten den eigenen Worten des von Thu-

---

*) Mack an den Kaiser. 9. September 1798. (St. A.)

gut des neapolitanischen Schiffbruches wegen schwer Angeklagten überlassen wird.

„Ich kam," so schreibt Mack an Thugut,*) „zu Caserta am 9. October an und fand beide königliche Majestäten und den Minister Acton im höchsten Grade aufgebracht über die Geschichte mit Belmonte Pignatelli. Sie klagten darüber hauptsächlich Gallo und Baptiste an und giengen so weit, die Lauterkeit dieser beiden Personen im höchsten Grade zu bezweifeln, — so weit, dass sie mir unverholen sagten, beide würden es mit dem Verlust ihrer Plätze bezahlen. Ich that alles Mögliche, um das Gegentheil zu beweisen, und glaube nicht wenig zu der Sinnesänderung über Gallo beigetragen zu haben; aber alle Hoffnungen, welche ich bei meiner Abreise von Wien auf seinen Einfluss gegründet hatte, waren im ersten Augenblick vereitelt: er hatte nicht den geringsten, und weit entfernt, mit ihm gemeine Sache machen zu können, musste ich, um ihn nicht mehrerem Verdachte auszusetzen, ihn gänzlich vermeiden, — besonders da mir gleich bei der ersten Audienz sehr bestimmt bedeutet worden war, mich ja gewiss an Niemanden als Acton und Ihre Majestäten selbst zu halten, sowie man mir auch gleich bedeutete und mein Ehrenwort forderte, ja gewiss an Niemanden, als an Se. Majestät den Kaiser, und nicht anders als durch die Hände Ihro Majestät der Königin nach Wien zu schreiben, mit der bestimmten Erklärung, dass ich nicht zu schreiben vermögend sein würde, ohne dass es bekannt werden müsste, und dass alsdann alles gegenseitige Vertrauen verloren sein würde.

„Eben bei der ersten Audienz wurde mir auch bestimmt eröffnet, dass kein anderes Rettungsmittel mehr übrig sei, als dem Feind zuvorzukommen; dass 40.000 Mann in einer engen Cantonnirung in Bereitschaft wären, und dass, wenn man noch länger gezaudert hätte, mich von Wien abzuschicken, Se. M. der König allein, spätestens in 8 Tagen mit der Armee vorgerückt sein wür-

---

*) „Erläuterungen über meine Ankunft und meinen Aufenthalt zu Caserta bis zu der Kriegserklärung." Dijon, den 30. Juni 1799. (St. A.)

den. — Gleich ein Paar Tage nach meiner Ankunft wurden einige der nächst liegenden Regimenter Infanterie und Cavallerie von alten und neuerrichteten zusammengezogen, welche Se. M. vor mir manövriren machten. Ich fand sie gut genug, um ihre Schuldigkeit gut thun zu können, und Se. M. sowohl als Acton versicherten mich, dass alle übrigen zum Ausmarsch bestimmten Regimenter eben so gut, — manche noch weit besser wären.

„Ich suchte den Entschluss, alsogleich vorzurücken, auf alle mögliche Weise durch die Vorstellung der Nothwendigkeit zu verzögern, dass ich mir einige der wichtigeren Grenzgegenden bekannt machen, einige Instructionen für die Generäle ausarbeiten, etwas reitende Artillerie errichten lassen müsste etc., und hiedurch hoffte ich die Zeit bis zu Einlangung einer entscheidenden Antwort von Wien zu gewinnen.

„Mittlerweile bestärkten sich die Besorglichkeiten immer mehr und mehr. Täglich sprach man mir von neuen, unzweifelhaften Nachrichten, dass das Directorium, aus Rache über die Aufnahme der Nelson'schen Flotte im Hafen von Syrakus, den Untergang des Königs decretirt und vor Allem die Halbbrigaden im Römischen durch die ersten in Italien ankommenden Conscribirten zu ergänzen befohlen habe. Bald darauf erschien ein vom französischen Minister dictirtes Decret des römischen Consulats, mit der äussersten Thätigkeit und Beschleunigung sechs neue römische Bataillons und zwei Cavallerieregimenter zu errichten. Alle Vertrauten aus dem Römischen flehten unablässig, dass man doch endlich kommen möchte, weil sonst aller guter Wille, welcher noch in den meisten Provinzen für die Neapolitaner herrscht, gänzlich verschwinden müsste. Man hatte immer noch grosse Besorgnisse wegen der Jacobinerclubs zu Neapel und in einigen andern Städten des Königreichs, welche durch La Combe St. Michel neues Leben bekamen, und was die Treue der Armee betrifft, so sprachen mir zwar Ihro Majestät der König und Acton, stets dafür gut, aber oft sagte mir Ihro Maj. die Königin, dass sie das Gegentheil glaubten und nur zu sehr überzeugt wären, dass es auch in den meisten Regimentern spuke, — ein Uebel, welches ich weder untersuchen und noch weniger heilen

konnte, dessen Vergrösserung aber mit jedem Tage immer mehr und mehr zu besorgen war.

„Durch die Bereisung des linken Theils der Grenze (des wichtigsten für die Hauptstadt) und durch sichere Nachrichten, welche ich mir von dem rechten Theile verschaffte, hatte ich übrigens die unglückliche Ueberzeugung erlangt, dass keine Vertheidigung dieser äusserst ausgedehnten und ganz offenen Grenze möglich sei, — dass man sich auf viele Punkte vertheilen, mithin dem Feinde die Möglichkeit lassen müsste, seine ganze Macht gegen einen derselben zu verwenden, und dass er mit weit geringerer Zahl sehr leicht und sehr bald den Weg nach Neapel finden könnte, so bald, dass sogar für die Sicherheit der königlichen Familie und für die Rettung der Kostbarkeiten der Krone wenig Hoffnung übrig bleiben würde. Eben diese traurige Ueberzeugung machte auch alle Hoffnung verschwinden, dass man durch die k. k. Armee in rechter Zeit gerettet werden könnte, weil drei bis vier Wochen verfliessen konnten, bis ein Courrier zu Wasser bis Triest, von da nach Wien und von Wien an die italienische Armee gelangt wäre, während welcher Zeit der grosse Schlag auf Neapel längst ausgeführt sein konnte, um so mehr, da gar nicht zu zweifeln war, dass das französische Directorium sich von aller Kriegserklärung dispensiren und die Negociationen zu Rastadt noch, insolange als es zu seinen Absichten nöthig war, verzögern würde.

„Das tiefe Gefühl dieser und mehrerer andern Ueberzeugungen, welche über die Absichten der Franzosen und über die Unfehlbarkeit ihres Erfolgs keinen Zweifel liessen, — das tiefe Gefühl der ungeheuren Verantwortlichkeit, welcher ich mich aussetzen würde, wenn ich einem Entschluss entgegenarbeitete, welcher aus so unwidersprechlichen Gründen und so fest gefasst war, dass ihre Majestäten mir öfters betheuerten, sie wollten lieber ihr Königreich mit rühmlicher Entschlossenheit verlieren, als länger ein Marterleben fortsetzen, welches sie täglich einem elenden und entehrenden Untergang näher führte, — das tiefe Gefühl der Wahrheit, welches in folgenden, von Ihro Maj. der Königin oft wiederholten Worten lag: — „Glauben Sie mir, wir müssen der Sache den Schwung geben; der Kaiser ist durch seine Verhältnisse mit

dem deutschen Reich zu sehr gebunden; er muss die Kriegserklärung erwarten; diese geschieht nicht eher, als bis man uns aufgespeist hat, — nicht eher, als bis man sich in die beste Verfassung, sowohl durch Completirung der Armeen, als auch in den neuen Republiken, besonders in der Schweiz, gesetzt haben wird; gehen wir zu Grunde, so kann es den grossen Mächten keinen so grossen Unterschied machen, weil der Feind immer etwas von seiner Macht verwenden muss, um sich in diesem schmalen Küstenlande und über ein sehr schwer zu beherrschendes Volk zu behaupten; diese grossen Mächte werden, können uns nicht verlassen, werden die Kriegserklärung nur umsomehr zu beschleunigen suchen und brauchen, um Neapel wieder zu nehmen, nur einige Mittel mehr aufzubieten. Retten wir uns, so ist es für die allgemeine Sache nur um so besser, da der Ausbruch dieses so unvermeidlichen und nothwendigen Krieges dadurch ebenfalls beschleuniget werden wird, und jeder Tag Beschleunigung dem Feinde nicht anders als nachtheilig sein kann." — Das tiefe Gefühl der Gewissheit endlich, dass man weit eher hoffen könne, mit Truppen, welche den Krieg kaum dem Namen nach kennen, etwas zu erwirken, wenn sie gegen einen noch nicht vorbereiteten und an Zahl weit schwächern Feind geführt werden, als wenn sie einen angreifenden, an Zahl mehr angewachsenen Feind auf mehreren Punkten stehenden Fusses erwarten müssten, — alle diese Gefühle und Ueberzeugungen bestärkten mich, ich gestehe es, so sehr über die Nothwendigkeit des längst gefassten Entschlusses, dem Feinde zuvorzukommen und seinen, in einigen wenigen Wochen sicher bevorstehenden Angriff nicht zu erwarten, dass ich, auch ohne andere neu hinzukommende Ursachen, niemals gewagt haben würde, mich zu widersetzen oder nur länger zu zögern, als es mit dem Zeitpunkt, bis zu welchem der Feind in bessere Verfassung gelangen konnte, vereinbarlich war. —

„Als aber nunmehr auch noch die bedenklichsten Nachrichten der augenscheinlichsten Gefahren von dem grossherzoglich toskanischen Hofe einlangten, und die beweglichsten Ersuchungen, solche abzuwenden, und besonders als zu Ende Octobers die Einrückung k. k. Truppen in Graubündten (welche jederzeit als das Signal des Krieges betrachtet worden war) sich unzweifelhaft

bestätigte, so glaubte ich mich umsomehr verpflichtet, nunmehr die Zusammenziehung der Truppen zu beschleunigen und die Hauptarmee ohnverweilt in einem Lager bei St. Germano zu versammeln, dort die neuformirten Truppen unter den Augen Sr. M. des Königs noch etwas mehr zu perfectionniren, die alten und neuen aber in einigen Kriegsbewegungen zu üben, und sodann längstens um den 20. November die allgemeine Vorrückung zu bewirken.

„Mittlerweile konnte ich zuversichtlich hoffen, dass auf die bereits mit halbem October von Caserta abgesendeten Depeschen annoch Antwort einlangen würde. Aber von einer zur andern Zeit wurde sie vergeblich erwartet, und man musste nunmehr besorgen, dass der hin- und herreisende Courrier verunglückt oder durch ungünstigen Wind sehr verspätet worden sein müsse. Alle Nachrichten über die gefährlichen Absichten des Feindes und über ihren nahen Ausbruch bestätigten sich mit jedem Tage mehr und mehr, so dass die Nothwendigkeit, ihnen zuvorzukommen, immer dringender wurde. Da indessen die Zurückkunft des Principe Belmonte-Pignatelli stets erwartet wurde, so machte ich die auf den 20. November angesetzt gewesene Vorrückung über die Grenze annoch bis 24. verschieben, weil es möglich war, dass vielleicht durch ihn einige Depeschen einlangen dürften. Wirklich kamen diese noch am 23. Vormittags durch den mit Belmonte angelangten Major Frey, und wäre es möglich gewesen, Gegenbefehle an die verschiedenen Colonnen zu bringen, da ich die Vorsicht gebraucht hatte, die Vorrückung der entferntesten Colonne auf einen Tag später hinauszusetzen. Als mir aber Acton mit dem Ausdruck des lebhaftesten Vergnügens eröffnete: „On nous fait écrire de Vienne: Dépêchez-vous! dépêchez-vous!“ — als ich in einem von Baptiste zu gleicher Zeit an mich eingelangten Particularschreiben die eigenen Worte fand: „à l'arrivée de cette lettre, mon général, on en sera venu aux mains entre les Autrichiens et les Français, les deux armées étant entrées presque dans le même temps dans les Grisons. Voici donc le moment, où vous allez cueillir de nouveaux lauriers. Qu'ils sont précieux! puisqu'-ils seront le gage de succès que les hon-

nêtes gens et tous ceux qui aiment l'ordre auront remporté sur les jacobins et les anarchistes," — da blieb mir nunmehr nicht der geringste Zweifel mehr übrig, dass unsere Vorrückung nicht den Absichten des Allerhöchsten k. k. Hofes vollkommen angemessen sein sollte, und ich glaubte mir Glück wünschen zu dürfen, solche in vollem Maasse erreicht zu haben.

„Was übrigens die Art der Kriegserklärung des k. neapolitanischen Hofes betrifft, so war solche ebenfalls schon vor meiner Ankunft längst beschlossen. Ich nahm einigemal die Freiheit, Bedenklichkeiten darüber zu äussern, machte den Vorschlag einer entscheidenden Sprache mit La Combe St. Michel, oder der Absendung eines Courriers nach Paris und des Begehrens einer bestimmten Erklärung bis zu einem kurzen Termin, — führte das Beispiel Preussens in einem ähnlichen Falle des Jahres 1756 an etc. Man schien es manchmal einen Augenblick gut zu finden, blieb aber nicht minder bei dem ersten Entschluss."

Nachdem in dieser Skizze der politische Hintergrund für das militärische Bild gezeichnet ist, gehe ich mit Benützung der eigenen ausführlichen Aufzeichnungen des Generals zur Schilderung des Feldzuges selbst über. *)

Die zur Einrückung in den Kirchenstaat bestimmte Armee bestand aus

62 Bataillons und

38 Escadrons, welche zusammen, mit Inbegriff der Artillerie, beiläufig

38.000 Mann ausrückenden Standes betrugen, da die Bataillons nur 4 Compagnien (à 150 Köpfe) stark waren.

Die Armee schien dem General Mack gut organisirt, unterrichtet und geübt genug, um ihre Schuldigkeit thun zu können,

---

*) „Kurze Geschichte des in seinen militärischen Gräueln einzigen Feldzuges der neapolitanischen Armee." Mack an Thugut. Dijon, den 30. Juni 1799. (St. A.)

wenn sie diese thun wollte. Sie hatte eine zahlreiche, gute und hinreichend geübte Artillerie. Wegen ihrer Verpflegung waren die besten Anstalten getroffen, so dass kein Mangel zu befürchten war. Leider entsprach die Ausführung den Dispositionen nicht.

Den Plan, den Mack entworfen hatte, schildert er selbst wie folgt:

„Die 1. Colonne. Rechter Hand, von 12 Bataillons, 6 Escadrons, sollte längs der adriatischen Meeresküste gegen Macerata vorrücken und sich dieses wichtigen Postens bemeistern;

die 2. Colonne von 3 Bataillons, 2 Escadrons, war bestimmt, von Introdocco gegen Terni, und

die 3. Colonne, ebenfalls von 3 Bataillons, 2 Escadrons, von Tagliacozzo gegen Magliano vorzurücken. Beide hatten die Bestimmung, die von Città Castellana über Terni führende Hauptstrasse unsicher zu machen und den Feind zum desto frühern Abzug von Rom zu veranlassen, wärend als

die 4. Colonne, nämlich die Hauptarmee, von 32 Bataillons, 24 Escadrons, unter höchsteigenem Commando Sr. Maj. des Königs, über Valmontone nach Frascati, — und endlich

die 5. Colonne, linker Hand, von 12 Bataillons, 4 Escadrons, von Fondi über Terracina und Velletri nach Albano vorrücken, längs dem Fuss der zurückgelegten Gebirge ihre Vereinigung suchen und sodann gemeinschaftlich die Räumung der Hauptstadt zu erwirken trachten würden.“

Das Complicirte dieses ganzen Planes ist augenfällig. Es ist dieselbe Zersplitterung der Kräfte, wie wir sie schon 1793 und 94 als Mack'sche Kriegführung in den Niederlanden kennen gelernt haben. Der neapolitanische Feldzugsplan ist, was auch Mack immerhin dagegen einwenden mochte, die Schlacht von Tourcoing in zweiter Auflage.

Nach der Abreise Berthier's hatte Championnet den Oberbefehl der französischen Streitkräfte im Römischen übernommen. Seine Armee bestand aus 15.000 Mann, deren Reserven und Artillerieparks in Ancona standen. Von diesem Platz nördlich bis zum Tronto war der linke Flügel (2 — 3000 Mann) unter Duhesme in Fermo Ascoli und im Littorale stationirt. Lemoine befehligte das Centrum (2—3000 Mann) bei Terni und

Rieti, während Macdonald mit dem rechten Flügel, bestehend aus den Brigaden Moriz Mathieu, Kellermann junior und Kniaszewitz (Polen), Rom und die neapolitanischen Grenzpunkte besetzt hielt. Nach dieser Zersplitterung der schwachen, ihm zur Disposition stehenden Kräfte lässt sich schliessen, dass Championnet den Ausbruch der Feindseligkeiten im Süden noch gar nicht erwartet hatte. Unmöglich hätte er sonst kurz vor Ausbruch des Feldzuges eine so sorglose Stellung innehaben können, — eine Stellung, die einem begabten Gegner es leicht ermöglichte, bei rascher Vorrückung die schwachen französischen Detachements in partiellen Gefechten zu schlagen und seine ganze Armee zu zertrümmern.

Die Neapolitaner bezifferten die von Championnet befehligte französische Streitmacht auf 20.000 Mann; sie bestand aber thatsächlich nur aus 10.000 Franzosen und 5000 Polen. Erst im Lauf des Feldzuges ergänzte Championnet seine Armee auf 25.000 Mann.

Am 24. November überschritten die 2., 3., 4. und 5. Colonne die Grenze; die 1. Colonne hatte den Befehl, einen Tag später nachzurücken. Die Hauptarmee hatte ungeachtet besserer Versicherungen auf einer äusserst beschwerlichen Strasse, welche durch fortwährende Regengüsse beinahe ungangbar geworden war, vorzurücken. Auf dieser Strasse finden sich nach Mack's Aufzeichnungen militärische Stellungen, in welchen einige wenige kriegsgeübte Bataillons leicht die Vorrückung aufhalten und die Neapolitaner durch Hunger zum Rückzug zwingen konnten, weil es unmöglich gewesen wäre, der Armee Lebensmittel zuzuführen. Sonach war es von der höchsten Wichtigkeit, diese Strecken rasch zu hinterlegen und, um in den Besitz der kürzesten guterhaltenen Strasse durch die pontinischen Sümpfe zu gelangen, die Vereinigung mit der 5. Colonne zu bewirken.

Aller äusseren Beschwerlichkeiten ungeachtet gelang dies glücklich. Die Raschheit der Vorrückung und die mit leichten Truppen ausgeführten Demonstrationen, welche die Flanken des Feindes beunruhigten, liessen diesem keine Zeit zum Sammeln. Schon am 27. November gelangte die neapolitanische Armee mit einer starken Vorhut und einiger Artillerie nach Frascati

und erzielte die Verbindung mit der an diesem Tage ebenfalls zu Albano angelangten Avantgarde der 5. Colonne.

Die Franzosen fühlten sich nicht stark genug zur Gegenoffensive: sie zogen sich von beiden Strassen nach Rom zurück und räumten die Hauptstadt am folgenden Tage; Championnet erwartete in fester Stellung, seine Flügel auf Ancona und Cività Castellana gestützt, die Verstärkungen, die ihm Joubert aus Piemont zuführen sollte, und den Angriff des Feindes.

Die neapolitanischen Truppen hatten die ersten Märsche guten Muthes und mit vieler Geduld zurückgelegt und schienen freudig bewegt, als sie Rom in der Ferne erblickten.

„Aber," so klagt Mack, „noch hatten keine Kugeln vor den Ohren der Feigen gepfiffen, und den Verräthern hatte sich noch keine Gelegenheit, ihr Spiel zu treiben, dargeboten, denn der Feind hatte niemals ihre Annäherung erwartet. Wegen Ermüdung der Truppen, wegen Herbeischaffung einer grossen Zahl von Schuhen, welche der Infanterie durch die unbeschreiblich üblen Strassen und unaufhörlichen Regen nothwendig geworden waren, wegen Herbeiziehung der zurückgebliebenen Artillerie und Munition und wegen Mangel an Verpflegung konnte die Armee nur in mehreren Abtheilungen nach und nach durch Rom gezogen und von da auf den beiden Strassen gegen Cività Castellana vorgeschoben werden, auf welchen der Feind seinen Rückzug genommen hatte. Während als diese Vorrückung von Frascati gegen Rom geschah, lief der erste fatale Rapport ein, dass die zweite, gegen Terni vorgerückte kleine Colonne sich vor dieser Stadt auf eine dumme und elende Weise von weit minderer Zahl mit ihrer ganzen Artillerie habe abfangen, die dritte kleine Colonne aber, bestimmt gegen Magliano vorzurücken, durch eine äusserst unbedeutende französische Truppe zu Rieti habe anheften lassen, so dass der General Metsch mit 3 Bataillons und 4 Escadrons und dem Auftrag, die 3 Bataillons und 2 Escadrons der 3. Colonne an sich zu ziehen, von der Armee in jene Gegend detachirt werden musste, um die dortige Communicationsstrasse zu beunruhigen und das linke Ufer der Tiber oberhalb Rom frei zu halten." — Der französische General, der am 27. November bei Terni die Neapolitaner so kräftig bedient hatte, war der tapfere

Lemoine. Inzwischen stiessen die Neapolitaner auch auf der Nordseite und am Kamm des Appenins auf die Franzosen. Ihr rechter Flügel besetzte Ascoli, aber nachdem sich die zerstreuten französischen Abtheilungen rasch bei Fermo concentrirt hatten, gelang es ihnen, zum Angriff überzugehen und das linke Ufer des Tronto siegreich zu behaupten. Zwar wurden Lemoine's Vorposten bis Rieti zurückgedrängt, aber der französische General Rusca wies die vordringenden Neapolitaner mit blutigen Köpfen zurück. Bis über den Velino zurückgeworfen, verlor am 30. November die dritte Colonne ihr sämmtliches Geschütz und 2000 Mann.

Mittlerweile war der bereits überall in seinen Truppen geschlagene König mit Mack in Rom eingezogen, hatte dort eine provisorische Regierung errichtet und den Papst zurückgerufen. Die allmälige Vorrückung der Neapolitaner vor Rom dauerte bis zum 2. December. Nun erfuhr man erst, dass der Feind mit seiner Hauptmacht Stellung auf der alten, von Rom nach Civitá Castellana an der Tiber führenden Strasse bei Rignano genommen hatte; während ein kleineres Corps an der neuen, links von jener in beträchtlicher Entfernung laufenden und durch ein sehr beschwerliches Gebirg getrennten Strasse bei Monte Rossi aufgestellt war.

Die neapolitanische Armee, die nach Abzug der Truppen, welche unter dem General Metsch detachirt und als Garnison in Rom zurückgelassen worden waren, noch aus 24 Bataillons und 14 Escadrons bestand, wurde auf der alten Strasse bei Castelnuovo, die 5. Colonne aber von 12 Bataillons und 4 der besten und stärksten Escadrons auf der neuen bei Baccano versammelt.

Diese letztere Colonne bestimmte Mack dazu, den Feind von Civitá Castellana und von beiden Ufern der Tiber zu verdrängen; sie sollte dann auf der Strasse über Viterbo in das Grossherzogthum Toscana einrücken, wohin bereits durch den Admiral Nelson eine Colonne von 7 Bataillons nach Livorno verschifft worden war.

Die Disposition für den 4. December stellte fest, dass „diese Colonne, welche sich Monte Rossi's bemeistert, weiter gegen Nepi vorrücken, sich dieses Städtchens bemächtigen und sodann mit ihrer Hauptstärke durch einen Seitenmarsch nach links dem bei Civitá Castellana stehenden, oder dahin zurückgezogenen Feind

in die Flanke zu kommen trachten solle, während die Hauptarmee ihrer Seits auf der alten Strasse über Ricano gegen Cività Castellana vorrücken werde. Insoferne die Hauptarmee den Feind nach Cività Castellana bis über den, mehrere Stunden aufwärts und bis an die Tiber abwärts dieser Stadt in einem engen Thale fliessenden, durch unübersteigliche Felsenufer eingeschlossenen Ricano-Bach zurück drängte, erfüllte sie ihre Aufgabe; aber die diesseits Cività Castellana durch den Ravin führende Strasse konnte nicht passirt werden, weil das Ufer, von Natur äusserst beschwerlich, durch die, von einem mit Geschützen stark besetzten Castell beherrschte Stadt gedeckt war, so dass es erforderlich schien, den Uebergang über den Bach und die Thalschlucht bis zum folgenden Tage aufzuschieben."

„Aber in der Nacht," berichtet Mack weiter, „langte die schreckliche Nachricht ein, dass die auf der neuen Strasse vorgerückte Colonne gänzlich und mit dem Verluste ihrer ganzen Artillerie geschlagen, zum Theil niedergemacht und gefangen und zum Theil auf der toscanischen Strasse nach Viterbo zurückgeworfen worden sei. Der Commandant (General Colli), welcher mit einer kleinen Colonne den schwach besetzten Posten Nepi anzugreifen und zu nehmen beordert war, während als die Hauptcolonne sich links abwendete, liess sich auf elende Weise werfen und zerstreuen und die nämliche feindliche Truppe gegen die Hauptcolonne marschiren, welche, plötzlich und unerwartet im Rücken angegriffen, gleich in panischen Schrecken gerieth. Höchst unglücklicherweise wurde der brave commandirende General derselben, Chevalier de Saxe, welcher sich alle erdenkliche Mühe gab, die Ordnung wiederherzustellen, gleich anfangs tödtlich verwundet. Und so war nunmehr dieses beträchtliche Corps, dessen Verderben eine, nicht 1000 Köpfe betragende feindliche Truppe bewirkt hatte, zum Theile ganz — und zum Theil auf geraume Zeit verloren, die nach Rom führende neue Strasse aber gänzlich dem Feinde offen, so dass augenblicklich ein Corps von 5 Bataillons und 6 Escadrons unter dem General Damas*) durch

*) Graf Roger Damas, der beste und tapferste General der neapolitanischen Armee, ein französischer Emigrant.

die Gebirge links dahin detachirt, für den Augenblick alle Offensive aufgegeben, und mit der — bis auf 19 Bataillons und 8 Escadrons — zusammen kaum 7000 Mann stark herabgesunkenen Hauptarmee nur diesseits des Ravin, gegenüber von Cività Castellana sich festzusetzen getrachtet werden musste."

Die Franzosen verdankten ihren Erfolg der Umsicht und Energie des Generals Macdonald, der ihren rechten Flügel befehligte. Die Gefahr, welche diese an sich bedenkliche Wendung der Dinge dem complicirten Plan des Feldzuges der Neapolitaner bereitete, vermehrte sich an diesem für die ganze Vorrückung verhängnissvollen 4. December durch die Nachricht, dass auch die längs der Küste vorgerückte Colonne von 12 Bataillons und 6 Escadrons gänzlich aufgerieben, ihrer ganzen Artillerie verlustig geworden und in der unbeschreiblichsten Verwirrung in das Innere des Landes zurückgeworfen worden sei. Diese Niederlage war das Werk des von General Duhesme commandirten, kaum 5000 Mann zählenden linken Flügels der französischen Armee.

So waren denn gleich zu Anfang des Feldzuges 28 Bataillons, mithin die Hälfte der Infanterie und Artillerie verloren, und „die schändliche Conduite der Truppen," klagt Mack, „war beinahe noch schmerzlicher als ihr Verlust selbst, da man nur zu sehr besorgen musste, dass die Uebrigen wohl schwerlich viel besser thun würden. Wenn man in einer so unglücklichen Lage durch einen kühnen Versuch kaum mehr unglücklicher werden kann, so wird vielleicht Kühnheit zum Gesetze. Aus dieser Betrachtung fasste ich den Entschluss, mit dem Haupttheil der vor Cività Castellana stehenden Truppen plötzlich die Tiber zu passiren, solche auf die von Rom über Cantalupo nach Terni führende Hauptstrasse zu werfen, — gegen Terni vorzurücken und in Verbindung mit dem zu Calvi stehenden Corps des Generals Metsch den Feind im Rücken anzugreifen, während als der General Damas, welcher inzwischen die Trümmer der geschlagenen und zerstreuten Colonne des Chevalier de Saxe an sich zu ziehen beschäftigt war, zu gleicher Zeit von Monte Rossi wieder gegen Cività Castellana und so weiter über Borghetto an die vom Feind besetzte Brücke der Tiber vorrücken, — mithin solchen in seiner Front angreifen oder wenigstens beschäftigen würde. Eine allgemeine Zusammen-

ziehung der Truppen und ein vereinigter Angriff derselben war in diesem sehr gebirgigen Lande, wo sich ausser den wenigen Hauptstrassen kein Fahrweg fand, gleich unthunlich und gefährlich, da man allenthalben turnirt zu werden besorgen musste, viele Truppen aber auf einer und der nemlichen Strasse auch nicht verwenden konnte."

Eben so gefährlich war der Uebergang über die Tiber, weil nur wenige und unzureichende Ueberfuhren vorhanden waren, und die ganze Artillerie nach Rom zurück instradirt werden musste, um von dort über Correse aufwärts, mithin auf einem Umweg von 3 bis 4 Märschen zu der übersetzten Colonne zu gelangen. Indessen überschritt Mack dennoch glücklich diesen Fluss mit 14 Bataillons und 10 Escadrons, welche am 8. December zu Cantalupo anlangten; auch gelang es ihm, sich mit der über Rom herbeigezogenen Artillerie zu vereinen. Die noch übrigen 5 Bataillons und 2 Escadrons liess er unter dem General Burkhard in einer Position nächst dem Ravin von Cività Castellana zurück.

Am folgenden Tag musste den zu Cantalupo angelangten, sehr erschöpften Truppen Rasttag gewährt werden. Am 10. sollten sie bis halben Wegs von Terni vorrücken, am 11. ein neuer Angriff durch diese Colonne und durch jene der Generale Damas und Metsch bewirkt werden.

„Am 9. Morgens," erzählt Mack weiter, „recognoscirte ich, durch den General der Avantgarde, Prinzen von Hessen-Philippsthal, begleitet, auf der von Cantalupo nach Terni führenden Strasse bis 10 italienische Meilen vorwärts, suchte und fand eine Position, welche ich folgenden Tages beziehen und heute noch mit der Avantgarde besetzen lassen wollte. Als ich Nachmittags in das Lager vor Cantalupo zurückkehrte und eben mit den Marschanstalten der Avantgarde beschäftigt war, kamen Flüchtlinge von dem links im Gebirge liegenden Posten Calvi, welche versicherten, dass der General Metsch angegriffen und dass Alles verloren sei. Ich liess allsogleich die zum Marsche schon vorbereitete Avantgarde unter dem Prinzen von Philippsthal dahin abrücken, in der Hoffnung, dass General Metsch seinen Posten behauptet haben würde, da er mir noch Tags zuvor einen sehr

beruhigenden Rapport über seine Lage geschrieben hatte und von meiner Ankunft in Cantalupo unterrichtet war, mithin sichere Hoffnung auf Unterstützung hatte. Aber der in der Nacht gegen Calvi angelangte Prinz von Philippsthal erhielt bald die traurige Nachricht, dass General Metsch sich nach einem kurzen Widerstande mit seinem ganzen Corps kriegsgefangen ergeben habe, und der Feind bereits zu Calvi festgesetzt sei.*) Dieser Streich war im eigentlichsten Verstande tödtlich. Mit einem kaum 5000 Mann starken Corps hatte ich nunmehr den Feind zu Calvi in geringer Entfernung auf meiner linken Flanke; die Strasse von Terni herwärts war ihm ohnehin offen, und auf jener, welche von Terni nach Rieti führt, hatte er bereits Truppen, um meinen Rücken zu bedrohen, vorgeschoben und Rieti besetzt. Er hatte Verstärkungen von Ancona an sich gezogen und war bereits in der vollkommensten Ueberzeugung, dass er, wo er wolle, sich nur zeigen dürfe, um seine elenden Gegner wegzuschaffen. Durch den Besitz von Calvi konnte er die kürzeste Gebirgscommunication mit dem bei Cività Castellana zurückgebliebenen schwachen Corps leichtlich stören, die Tiber passiren und solches im Rücken angreifen. General Damas hatte nur 5 nicht ruinirt gewesene Bataillons, alle anderen waren Ueberbleibsel von bereits geschlagenen und zerstreut gewesenen Truppen. Die geringste Verzögerung konnte also einen gänzlichen Untergang nach sich ziehen, und nur durch einen allgemeinen schleunigsten Rückzug konnte man hoffen, sich durch Rom und durch die weite Ebene bis an das Gebirge von Albano und Frascati zu retten, sei es, um sich da wieder zu setzen, oder den weiteren Rückzug zu veranlassen. Die untrüglichste Ueberzeugung, dass mit einer allen Begriff übersteigenden Feigheit auch die schwärzeste Verrätherei alles bisherige Unglück hervorgebracht habe, forderte dies um so dringender, und hiezu kam noch ein unbeschreibliches Elend mit der Verpflegung, welches einerseits durch die Treulosigkeit und Lauigkeit in dem Vollzug der Anstalten entstand, anderseits durch die ewigen

---

*) „Die Bataillons waren durch Krankheiten, Desertion und Defection bis unter 300 Mann, — die Cavallerie aber durch gedrückte Pferde beinahe um die Hälfte herabgesunken.“ (Anmerkung Mack’s).

falschen Alarme, durch Verräther im Rücken der Armee verbreitet, um die im Anzug befindlichen Transporte zurückzuscheuchen."

Mack ordnete nun unverweilt den allgemeinen und schleunigen Rückzug an und gab hiezu folgende Disposition: „Alle drei Colonnen, die erste von der Strasse von Cantalupo, die zweite unter dem General Burkhard auf der alten Strasse von Civitá Castellana, und die dritte unter dem General Damas auf der neuen Strasse herbeikommend, sollten in der Nacht vom 12. auf den 13. durch Rom ziehen, und die erste und dritte Albano, die zweite Frascati zu erreichen trachten. Dem Commandanten zu Rom war befohlen, an der Brücke der Tiber (Ponte Molle) für die Burkhard'sche und Damas'sche Colonne, an dem Thore Salara aber für die von Cantelupo kommende die nöthigen Wegweiser, um sie durch die Stadt und durch die betreffenden Thore auf ihre Strassen zu führen, bereit halten zu lassen, seinen eigenen Abzug mit der Garnison aber dann zu nehmen, wenn die Burkhard'sche und Damas'sche Colonne Ponte Molle und die Stadt passirt haben. Ich gelangte", berichtet der General weiter, „mit der ersten Colonne Nachts um 11 Uhr vor das Thor Salara, welches ich offen und wo ich Wegweiser finden sollte. Es war geschlossen; alles mässige Rufen war vergeblich, und offenen Lärm zu schlagen war nicht rathsam. Diese Colonne musste also in stockfinsterer Nacht, im unaufhörlichen stärksten Regen und auf einem elenden Wege, wo die Infanterie oft bis an die Knie im Koth und Wasser watete, die Stadt umgehen, gelangte aber dennoch glücklich bald nach angebrochenem Tage gegen Albano. Nun sah man eine andere Colonne auf der nämlichen Strasse herbeikommen und zweifelte nicht, dass es jene des Generals Damas sein würde. Sie war es nicht. Bald erkannte man an ihrer Spitze den Commandanten von Rom und machte die schreckliche Entdeckung, dass er Rom verlassen habe, ohne den Durchzug des Generals Damas zu erwarten, — er, welcher den obangeführten bestimmtesten Befehl gehabt und dennoch, als sich die Ankunft des Generals Damas verspätete, nicht einmal nöthig gefunden hatte, nur bei mir um Verhaltungsbefehle anfragen zu lassen, ob er schon aus der ihm im Ganzen mitge-

theilten Disposition sicher wusste, dass ich zu jeder Stunde der Nacht entweder auf der Strasse von Carese gegen Rom, oder auf jener von Rom gegen Albano zu finden sein würde. Grösser und gröber lässt sich doch gewiss kein Fehler mehr von einem Manne denken, welcher viele Jahre den Soldatenrock durch alle Grade getragen und endlich jenen des Generals erlangt hatte. Die Colonne, welche ich selbst geführt hatte, war 16 Stunden lang in der entsetzlichsten Witterung auf dem Marsche gewesen; jene der Garnison von Rom hatte von gestern Abends in dieser Stadt unter dem Gewehr gestanden und nunmehr auch schon 6 Stunden marschirt. Der Feind konnte bereits zu Rom angelangt sein, oder jeden Augenblick dahin kommen. Aus der Verspätung des Generals Damas war sicher zu besorgen, dass zwei wegen seines Rückzugs expedirte Befehle*) ihm nicht in rechter Zeit oder gar nicht zugekommen sein müssten. Wie konnte man wagen, etwas von Truppen oder alle wieder nach Rom abzuschicken, ohne sich der augenscheinlichsten Gefahr auszusetzen, dort eingeschlossen zu werden? Und wie sollte man die Colonne des Generals Damas mit diesen Truppen suchen, wenn sie die Befehle nicht erhalten hatte, da sie zwei Märsche von Rom vorwärts gewesen war? Es war also Nichts zu thun, als ängstlich zu harren, ob Damas kommen würde, und indessen geheime Wege zu versuchen, auf welchen man ihm Nachricht geben oder von ihm erlangen könnte. Diese brachten endlich, dass er vermuthlich am 15. Abends seinen Marsch durch Rom versuchen würde, und daher wurde Nachmittags eine zu diesem Ende immer noch vorwärts von Albano bereit gehaltene Colonne von 4 Bataillons und 2 Escadrons nach Rom abgeschickt, um den Durchzug des Generals Damas

---

*) „Diese beiden Befehle waren dem zu Rom mit einigen Officiers des Generalstabs befindlichen Generalquartiermeister zugeschickt und ihm ihre schleunigste und sicherste Bestellung auf das Nachdrücklichste anempfohlen worden. Er expedirte sie einen nach dem andern durch Officiers. Jeder hätte zu Fusse den Weg in 12 bis 15 Stunden zurücklegen können; aber der Eine hatte, wie es sich nach der Hand offenbarte, 46 Stunden, der Andere 42 zu Pferde damit zugebracht, oder vielmehr den grössten Theil dieser Zeit seiner sanften Ruhe gewidmet.“ (Anmerkung Mack's.)

auf alle thunliche Weise zu erleichtern; aber als sie sich gegen Rom näherte, kam ihr eine feindliche Truppe entgegen; sie that, wie alle andern bisher gethan hatten, wurde zerstreut und gegen Albano zurückgeworfen, ihr wackerer General Diego Pignatelli aber, beschäftigt seine Truppen stehen zu machen, verwundet und gefangen."

Bald darauf erfuhr Mack, dass General Damas auf seiner Vorrückung gegen Rom angegriffen, nach einem harten Gefecht zurückgedrängt und selbst verwundet worden war. Seine Colonne, bei welcher sich die Hälfte aller noch übriggebliebenen Infanterie und mit ihr die meiste und beste Cavallerie befand, war somit abgeschnitten und auf lange Zeit ausser Gefecht gebracht. Mack hoffte, dass sie sich nach Cività Vecchia zurückziehen werde, da dem General Damas in der Disposition für eventuellen Rückzug gesagt worden war, dass er die Ueberbleibsel der ehemaligen Colonne des Generals Saxe, welche sich nicht mit ihm vereinigen könnten, dahin weisen solle. Diese Weisung vollführte Damas in glänzender Art; von der Armee abgeschnitten, sah er von allen Seiten sein schwaches Corps umringt. Nachdem er unter steten Kämpfen viele Leute verloren hatte, brach er sich nach Cività Vecchia Bahn. Dort organisirte er den Landsturm, welcher diese Stadt 3 Monate lang gegen die Franzosen vertheidigte. Von hier marschirte er auf Orbitello und schiffte die Ueberreste seines Corps ein, um in Neapel zu landen. Es war dies die einzige schöne Waffenthat der neapolitanischen Truppen in diesem Feldzug.

Nach diesen Ereignissen musste der Feldzugsplan als vollkommen gescheitert betrachtet werden. Mack disponirte die bei Albano und Velletri stehenden 15 Bataillons und 12 Escadrons, so wie die unter dem General Burkhard bei Frascati aufgestellten 5 Bataillons und 2 Escadrons (beiläufig 6000 Mann) nach Capua zurück. Mit den schwachen Ueberresten der neapolitanischen Armee zwei weit von einander entfernte Grenzpunkte, über welche die von Capua sich vereinigenden Hauptstrassen aus dem Römischen führten, vertheidigen zu können, schien undenkbar.

Der König sah sich gleich nach dem tödtlichen Streich bei Calvi bemüssigt, von Rom nach Neapel zurückzueilen, und überliess dem österreichischen General den Oberbefehl. Zwar sandte er ihm seinen Kriegsminister in die pontinischen Sümpfe entgegen, um Feststellungen wegen der nöthigen Vertheidigungsanstalten Neapel's zu treffen. Aber der neapolitanische Minister kam nur bis Terracina und fand nicht für gut, sich weiter vorzuwagen oder den Oberbefehlshaber in Terracina zu erwarten, obgleich die Strasse bis zu Mack vollkommen frei und sicher war. Mack sagt: „Dieser Mann eilte nach Neapel zurück und machte, um seine Fehler zu entschuldigen, ein schreckliches Gemälde von neuen Unglücksfällen, durch welche Alles verloren, und ich selbst mit einigen Ueberbleibseln mich nach Abruzzo zu flüchten bemüssiget worden sei. Nur einen Augenblick vorher hatten S. M. durch den an sie abgeschickten General Acton Berichte von mir erhalten, welche die Unwahrheit seiner Angebungen klar bewiesen und S. M. zu gerechter Strafe reizten. War es Feigheit oder verrätherischer Wille, welche diesen Mann zu einem so schändlichen Betragen brachten, kann ich nicht entscheiden; sicher ist es aber, dass er über seine Grundsätze von Vielen beargwohnt wurde, und dass selbst Ihro Majestät die Königin mir ein paarmal ihre Besorgniss darüber zu erkennen gegeben hatten."

Mittlerweile und während die demoralisirten neapolitanischen Truppen ihren Rückzug gegen Capua fortsetzten, rückten die Franzosen stetig vor. Bei dem Passe zwischen Fondi und Itri," berichtet Mack weiter, „liess ich 2 Bataillons mit dem Auftrag zurück, sich, wenn der Feind die Gebirge zu beiden Seiten gewinnen sollte, in die Festung Gaëta zurückzuziehen. Mit dem Gouverneur dieses Platzes, welcher auf der Landseite sehr respectable Festungswerke hat und seine Communication zu Meer nicht verlieren konnte, hatte ich eine Unterredung, bei der ich ihm bewies, dass der Feind den Vorsatz, einen Platz zu belagern, welchen er nicht einschliessen kann, niemals fassen werde; dass er solchen, wenn sich ihm auch nur etliche Hundert Köpfe und einige Kanonen entgegensetzten, durch einen coup de main nicht nehmen, und dass also von einem Abzug aus Gaëta niemals Frage sein könne, so lang man sich bei Capua zu

behaupten vermögend ist; für den Fall aber, dass man auch hier unglücklich sein und hiedurch zugleich die Hauptstadt verlieren sollte, hätte er alle Fahrzeuge der Gegend und die schon in Gaëta vorhandenen in Beschlag zu nehmen, um sich sodann gegen Salerno zurückziehen zu können, — eine Instruction, welche ich ihm auch schriftlich eben so bestimmt hinterliess.

„Am 22. December langte ich zu Capua an und eilte folgenden Tages nach Neapel, in der beruhigenden Hoffnung, S. M. dort zu finden und Verhaltungsbefehle einzuholen. Aber die bedenkliche Stimmung der Hauptstadt und ein wirklich ausgebrochener tumultuoser Auftritt hatte bereits die Einbarkirung der königlichen Familie nothwendig gemacht. Sie befanden sich jedoch noch auf der Rhede, und ich hatte noch einen Augenblick das Glück und den Schmerz, mich Allerhöchstdenselben zu Füssen zu legen.

„Bei meiner Zurückkunft nach Neapel ersuchte ich vor Allem den Vicaire Général, schleunigste Anstalten wegen Abholung der Damas'schen Colonne nach Cività Vecchia zu treffen; aber alle Hoffnung wurde mir gänzlich abgesprochen, weil bis zum letzten Matrosen und Fahrzeuge Alles zu der königlichen Familie und ihrem Gefolge verwendet sein sollte. Als ich unaussprechlich bestürzt über diese Erklärung den Vicaire Général verlassen hatte, fand ich in seinem Vorzimmer den Schiffscapitain Grafen Thurn, welcher mir aus dem Türkenkriege sehr wohl bekannt war. Ich beschwor ihn, mir Mittel anzuzeigen, wie man die Truppen von Cività Vecchia herbeiziehen könnte. Er versicherte mich, dass noch eine grosse Zahl von Particulärschiffen vorhanden, und wenn man diese Leute gut zahle, die Sache leicht möglich zu machen sei. Auf der Stelle kehrte ich mit ihm zu dem Vicaire Général zurück; er gab Alles an die Hand, und ich nahm nun die beruhigende Versicherung mit, dass man die äusserste Betriebsamkeit auf diese so wichtige Sache legen würde. Wenn diese Colonne bald herbeigeschafft werden konnte, so zeigte sich die Möglichkeit, sich bei Capua zu behaupten, und wenn, wie es Admiral Nelson zugesichert hatte, auch jene von Livorno bald darauf folgen sollte, so wurde es wahrscheinlich, dass man dereinst vielleicht wieder in glücklichere Umstände gelangen könnte,

besonders da der bei Sulmona in dem wichtigen Pass von Popoli mit ein Paar Tausend Mann postirte Generallieutenant Gambs nunmehr die Hoffnung hatte, bald 9 Bataillons und 2 Cavallerieregimenter von der gleich bei Eröffnung des Feldzuges längs der Küste zerstäubten Colonne an sich zu ziehen, welche mittlerweile zu Pescara wieder in brauchbaren Stand gesetzt worden war, so dass die durch Abruzzo vordringende feindliche Colonne nicht so leicht ihre Vereinigung erlangen, mithin bei Capua für den rechten Flügel der Position wenig zu befürchten sein würde, — Hoffnungen, welche freilich und nur zu sehr von der Besorgniss begleitet waren, dass an der äussersten Immoralität dieser Truppen auch fernerhin alle Vernunftschlüsse und Probabilitäten scheitern würden."

Capua war nichts weniger als eine Festung; alle Aussenwerke waren rasirt, absichtlich ruinirt und verwahrlost; der niedrige Hauptwall war schwach und schadhaft. An Allem, was zu einer Vertheidigung gehörte, selbst an den Aufzugsbrücken, litt die Festung Mangel. Auf dem rechten Ufer des Volturno fehlte die ergänzende Befestigung, und die Stadt konnte von jener Seite leicht beschossen und in Brand gesteckt werden.

„Es war also", sagt Mack, „vor Allem nöthig, auf diesem Ufer ein verschanztes Lager vorwärts der Brücke anzulegen und hiedurch den Feind entfernt zu halten. Durch das unaufhörliche Regenwetter war der Volturnofluss sehr angeschwollen und weit von Capua aufwärts ohne Fahrzeuge nirgends praktikabel. Die Beruhigung, welche dieser Vortheil gewährte, wurde aber bald, nemlich schon am 29. December, auf die schrecklichste Weise verbittert, da der Rapport einlief, dass das bei Popoli postirte Corps in dem Augenblick, als die obangeführten 2 Cavallerieregimenter sich bereits mit demselben vereinigt hatten, und die von Pescara herkommenden 9 Bataillons nur noch wenige Stunden entfernt waren, geschlagen und zurückgeworfen, mithin dieser höchstwichtige Pass verloren, und die Gegenden rechts von Capua aufwärts gänzlich entblösst, die 9 Bataillons aber abgeschnitten worden seien."

Dieser neue Schlag erfolgte in einem Augenblicke, wo die für die Colonne von Cività Vecchia bestimmten Fahrzeuge un-

günstiger Winde wegen noch auf der Rhede vor Neapel lagen. Von dem bei Popoli gestandenen schwachen Corps war mehr als die Hälfte verloren gegangen. Der Feind war nunmehr Meister der Gegend von Isernia längs dem linken Ufer des Volturno. — Es lag nun in der Macht Championnet's, von dort herabzurücken, den etwa drei deutsche Meilen oberhalb Capua's in den Volturno mündenden Calore-Bach, welcher leicht zu durchwaten ist, zu passiren und auf dieser Seite oder über Benevent die bezogene Stellung der Neapolitaner am linken Ufer des Volturno zu umgehen, da sie nur von Capua bis zu der Scafa von Cajazzo reichte und durch kaum 11 sehr herabgekommene Bataillons in der Stärke von 2.500 Mann und etwa 800 Pferden vertheidigt war.

In Capua selbst befanden sich für die Besetzung des verschanzten Lagers nicht mehr als 5000 Mann Neapolitaner — hierunter nur 3 kampftaugliche Bataillons, während der Rest aus Compagnien bestand, formirt aus den in das Innere Zurückgelaufenen aller möglichen Regimenter und aus einigen Depotcompagnien, deren Mannschaft kaum das Gewehr zu tragen wusste.

In Neapel herrschte die trostloseste Verwirrung. Der König wollte einen rühmlichen Entschluss fassen und sich an die Spitze seiner im Aufstand begriffenen Calabresen stellen. Aber es gelang seinen Höflingen, der Königin und den Engländern (letztere hatten vor der Katastrophe am meisten nach kriegerischen Lorbeern gelechzt) diesen Entschluss zu ändern. In der Nacht vom 31. Dec. 1798 zum 1. Januar 1799 schiffte sich Ferdinand IV. auf Nelsons Admiralschiff ein, um mit seinen Schätzen nach der Insel Sicilien zu entfliehen. 17 Millionen Ducaten und die Antiquitäten aus Portici wurden verfrachtet. Nelson zerstörte alle neapolitanischen Kriegsschiffe, die er nicht ins Schlepptau nehmen konnte. Die königliche Familie segelte am 2. Januar ab und erreichte Palermo nach einem furchtbaren Sturme, der einem der Königssöhne das Leben kostete.

Zum Vicekönig und Gouverneur der Provinz Neapel hatte der König den Prinzen Pignatelli ernannt und den General Mack als Oberbefehlshaber über alle seine Truppen neuerdings bestätigt. Der Oberbefehlshaber hatte inzwischen, wie es immer bei Führern geschieht, die ihren Truppen nicht das Beispiel durch-

greifender Energie und Kaltblütigkeit geben, das Vertrauen von Armee und Land verloren. Das ominöse: „Morte ai tedeschi!" schrieen ihm die Lazzaroni zu, als er sie bewaffnen wollte. Alle Befehle, die er gab, wurden missachtet und verspottet; alle Vorschläge, die er zur Verbesserung der Lage dem Prinzen Pignatelli anempfahl, als undurchführbar zurückgewiesen. Nur als er selbst das Wort „Waffenstillstand" fallen liess, griff die provisorische Regierung mit beiden Händen nach diesem Hoffnungsanker.

„Mit der Landesbewaffnung," so klagt Mack in seinem Memoire, „gieng es wie gewöhnlich: Jeder wollte nur seinen Herd vertheidigen, und kaum war man vermögend, eine kleine unbedeutende Zahl an den Volturno unterhalb Capua zu schaffen, wo von Truppen, ausser einigen Cavalleriepatrouillen, gar Nichts hinzugeben möglich war. Ich eröffnete also dem Gouvernement, dass es im Stillen unverweilt auf seine Sicherheit fürdenken und Alles, was von wichtigem Werthe, besonders aber die militärische Hauptcassa, nach Salerno zurückschaffen möchte. Man erklärte mir aber auf die bestimmteste Weise, dass an einen solchen Schritt gar nicht zu denken sei; dass der Verlust der Hauptstadt den gänzlichen Untergang nach sich ziehen, jede Hilfsquelle versiegen, bei einem Rückzug hinter Neapel die gänzliche Defection und Desertion aller Soldaten zu besorgen und von den Calabresen Nichts zu hoffen sein würde. Man hielt einen Waffenstillstand für das einzige Rettungsmittel und forderte, dass ich dem Feind den Antrag machen sollte. Ich erklärte, dass ich, blos für mich, solchen nicht machen könnte und würde; man beschloss also, dass ich solchen im Namen des Gouvernements begehren sollte. Ich that es; die Antwort war, wie es leicht zu vermuthen, dass die Räumung von Capua und Neapel die erste Bedingniss sein müsste; jedoch hatte man dem abgeschickt gewesenen Generaladjutanten Pignatelli zugesichert, die Feindseligkeiten 36 Stunden lang aufzuschieben und nähere Erklärung zu erwarten. Ungeachtet die Vorrückung des Feindes auf der Strasse über Ceprano und St. Germano durch fortdauernde üble Witterung, auf jener von Terracina aber durch die Hindernisse, welche ihm das in dem Passe zwischen Fondi und Itri zurückgelassene kleine Corps durch

etliche Tage verursachte, nur langsam erfolgte, so war doch das kleine verschanzte Lager um diesen Zeitpunkt, nemlich bis zum 2. Jänner, noch kaum auf einen Nothvertheidigungsstand gelangt. Mangel an Arbeitern, die Dersertion derer, welche man mit Mühe aufgebracht und wieder aufgebracht hatte, immerwährendes Regenwetter, endlich eine heftige, von bedenklichen Symptomen begleitete Krankheit,*) in welche ich plötzlich verfallen, und wodurch ich etliche Tage das Zimmer zu hüten gezwungen worden war, hatten diese nachtheilige Verzögerung veranlasst." **)

Am 3. Jänner gegen 11 Uhr Vormittags rückten die Franzosen gegen das verschanzte Lager vor, obgleich der dem Generaladjutanten Pignatelli zugesicherte Aufschub der Feindseligkeiten erst Abends zu Ende gieng. Mack befahl den Generälen Gambs und Acton, in das verschanzte Lager zu eilen und nachzusehen, ob die neapolitanischen Truppen die Verschanzungen richtig besetzt und sich in Vertheidigungsstand gesetzt hätten. Als sich Mack vom Vollzug seiner Befehle überzeugen wollte und den linken Flügel des Lagers besichtigte, erfuhr er, dass alle Verschanzungen dieses Flügels bei Ankunft der beiden Generäle unbesetzt waren, und die hinter denselben gelagerten Truppen sich zerstreut und verlaufen hatten.

„Als ich auf den rechten Flügel der Verschanzungen kam, wo die Hauptstrasse herführt, kamen alle Cavallerievorposten in grösster Unordnung zurück; gleich hinter ihnen folgte ein feindlicher Adjutant und brachte mir ein Aufforderungsschreiben vom General Macdonald. Ich antwortete, dass ich ihn erwarte, setzte in jede Verschanzung zwei meiner verlässlichsten Adjutanten oder Officiers vom Generalstab, machte sie auf Ehre und Leben für die gute Vertheidigung verantwortlich und liess den Truppen er-

*) Ein Vergiftungsversuch an Mack, den er der Umsturzpartei zuschrieb.

**) „In der auf den Nachmittag, wo ich gleich nach Tisch in diese heftige Krankheit verfiel, folgenden Nacht desertirte ein Officier des Generalstabs, welcher in meiner Canzlei angestellt war, und stahl die in derselben auf geheime Ausgaben befindliche kleine Casse mit 4500 Ducati in Golde; man erfuhr nach der Hand, dass er öfters schon im Römischen nächtliche Ritte gemacht habe, ohne jemals verschickt gewesen zu sein." (Anmerkung Mack's.)

klären, dass alle Flüchtlinge durch Kartätschen vom Walle des Platzes empfangen werden würden. Der Feind rückte gleich darauf vorwärts, zog seine Hauptstärke rechts gegen den linken Flügel des verschanzten Lagers und näherte sich einigemal so sehr, als ob er solches stürmen wollte, wurde aber jederzeit gut empfangen und nahm nunmehr nach einigem Verluste und mit einem verwundeten General den Abzug. Unbegreiflich war mir diese Erscheinung des Feindes; seine Stärke war viel zu beträchtlich für eine Recognoscirung, auch hatten sich seine Truppen viel zu nahe an die Verschanzungen gedrängt. Für einen wirklichen Angriff aber war es zu wenig, besonders da er fast keine Artillerie mit sich hatte. Ein Mann, welcher viele Jahre vorzüglich ein Gegenstand der Gnade und Wohlthätigkeit Ihrer Majestäten gewesen und mir von Allerhöchstdenselben besonders empfohlen worden war, der Oberst Principe Moliterno Pignatelli, hatte die Inspection der Vorposten und jene des verschanzten Lagers. Die Degarnirung des linken Flügels der Verschanzungen war sein Fehler, und überhaupt war sein Betragen an diesem Tage bei der Erscheinung des Feindes und bis zu seinem Rückzuge im höchsten Grade tadelhaft gewesen. Indessen war ich weit entfernt, Argwohn über seine Treue zu schöpfen, und machte ihm darüber nur gütliche Ausstellungen. Am folgenden Tage verlangte er von mir auf einige Stunden Urlaub nach Neapel. Ich gab ihn; er kam zu der versprochenen Zeit zurück, aber nur einige Stunden nachher wurde ich unterrichtet, dass Moliterno sich zu Neapel als den Retter von Capua habe empfangen lassen, dass er sich dem Volke auf einem Balcon gezeigt, und dass er sehr nachtheilige Gerüchte über mich und meinen Generalstab verbreitet habe. Auch dies setzte ich blos auf Rechnung seines Ehrgeizes; als mir aber am folgenden Tage gemeldet wurde, dass Moliterno mit einem französischen Officier, welcher bei den Vorposten ein sehr unbedeutendes Schreiben an mich abgegeben hatte und die Antwort darauf erwartete, in Gesellschaft eines Officiers von der Artillerie und eines andern, mir zu eben dieser Zeit vom Gouvernement als unsicher angezeigten Officiers, eine lange Unterredung gehabt habe, da glaubte ich nunmehr Verdacht schöpfen zu müssen,

suspendirte und entfernte ihn aus Capua.*) Ein neuer, mit der überspanntesten Besorgniss von Unglück kaum vorzusehender Schlag erfolgte gleich den Tag nach der Zurückweisung des Feindes von Capua durch die Nachricht der Uebergabe von Gaëta. Durch 40 Jahre hatten S. M. den Gouverneur dieses Platzes mit Wohlthaten gemästet, und der Undankbare übergab ihn auf ein drohendes Aufforderungsschreiben des Generals Rey, welcher mit einigen Hundert Polaken vor der Festung figurirte und einige Haubitzgranaten hineingeworfen hatte.**) Dieser General hatte zu gleicher Zeit ein Aufforderungsschreiben an den Bischof mitgeschickt. Der Gouverneur war schwach genug, ihm es zu übergeben, ihn in seinen Kriegsrath zu ziehen, und in diesem religiösen Kriegsrathe wurde auch gleich die Uebergabe beschlossen und für den Herrn Gouverneur die Bedingniss gesetzt, während der ganzen Dauer des Krieges nicht gegen die Franzosen zu dienen."

„Nun hatte der Feind die von Terracina herkommende Hauptstrasse vollkommen frei, während als er, da Gaëta nur eine kleine Stunde von derselben entfernt ist, immer bemüssigt gewesen wäre, einige Truppen zur Beobachtung des Platzes zurückzulassen, besonders weil die Garnison leicht zu Wasser verstärkt werden konnte. Er erlangte zugleich eine beträchtliche Artillerie, die er unverweilt gegen Capua vorzuschaffen vermögend war. Die Schiffe für die Colonne des Generals Damas waren kaum erst von Neapel abgeschickt worden, und ihre Zurückkunft nur nach vielen Tagen anzuhoffen. Von Sulmona herwärts rückte der Feind immer näher, und der gegen Benevento abgeschickte Generallieutenant Gambs hatte, nebst 600 Mann Infanterie und einigen Hundert Pferden von seinem vorigen Corps, nur 3

*) „Zweimal nämlich, vor und nach dem Zeitpunkte, wo der Feind vor dem verschanzten Lager erschien, hatte der infame Moliterno Conferenzen mit verkleideten französischen Generalen, wo er bei der ersten versprach, den linken Flügel der Verschanzungen zu degarniren. Einer dieser Generale selbst hat es mir auf meiner Reise durch die französische Armee umständlich erzählt." (Anm. Mack's.)

**) „Aus dem eigenen Munde des Generals Rey habe ich nach der Hand erfahren, dass er nur 500 Polaken vor Gaëta und eine einzige Haubitzgranate übrig hatte, als er die Aufforderung schickte." (Anmerkung Mack's.)

schwache Bataillons, deren ihm eines aus Neapel und zwei aus der Position diesseits des Volturno zugeschickt worden waren, in Allem aber nicht 2000 Mann und die blosse Hoffnung, dass die 9 Bataillons, welche bei Popoli von ihm abgeschnitten worden, nach und nach durch die Gebirge herbeikommen und ihn verstärken würden, wozu aber auch erst noch Zeit erforderlich war.

„Diese neu verschlimmerte Lage bewog mich zu wiederholten dringenden Vorstellungen bei dem Gouvernement, dass man doch für den Fall des Feldzuges hinter Neapel, welcher jeden Augenblick zu besorgen wäre, endlich die nöthigen schleunigsten Vorkehrungen treffen möchte. Man blieb unabweichlich bei der ersten, über diesen Gegenstand gemachten Erklärung. Ich schlug sodann vor, ein verschanztes Lager zu Capo di Chino bei Neapel, wo sich alle Strassen vereinigen, für die Truppen errichten zu lassen, von den vertrautesten Bürgern und Lazzaronis aber zur Besetzung der gebirgigen und sehr durchschnittenen Gegend, welche von Capo di Chino links bis Pozzuoli an das Meer hinläuft, eine Zahl von 15 bis 20.000 zu bewaffnen, solche gut zu zahlen und zu nähren, überhaupt aber alle dienlichen Mittel, wodurch man sich ihrer Treue und ihres guten Willens versichern kann, anzuwenden. Man fand diesen Vorschlag für eben so unausführbar als gefährlich und beschloss, Deputirte an den feindlichen General abzuschicken, um seine nähere und eigentliche Erklärung wegen eines Waffenstillstandes zu vernehmen und wo möglich durch Geld die Erhaltung der Hauptstadt zu erkaufen."

Am 4. war Championnet vor Capua mit seiner Hauptmacht angelangt; am 6. schickte die neapolitanische Regierung während des Gefechtes Unterhändler an ihn ab, die der französische General aber mit der Antwort zurückschickte, „dass sie ohne Vollmacht nicht mehr kommen und vor Allem Neapel mit sich bringen sollten."

Das Gouvernement schickte sie mit neuen Vollmachten in das französische Hauptquartier, und Mack gab ihnen drei verschiedene Entwürfe zu militärischen Demarcationslinien mit, von denen der dritte die Abtretung von Capua enthielt. Championnet's Ultimatum wies aber die neapolitanische Armee nach Salerno und hinter den Ofantofluss zurück und forderte eine beträchtliche Summe Geldes.

„Mittlerweile“, so berichtet Mack, „hatte der Feind die gegen Cajazzo liegenden Jerusalemgebirge und dieses unweit dem rechten Ufer des Volturno liegende Städtchen selbst besetzt und suchte in dieser Gegend die Vereinigung mit seiner in Abruzzo gestandenen, längs dem linken Ufer herabrückenden Colonne zu erlangen. Da ich mir bei der Scafa bei Cajazzo immer noch den Besitz der beiden Ufer erhalten hatte, so liess ich in der Nacht vom 6. auf den 7. Cajazzo angreifen. Es wurde wieder genommen, und ein dort befindlicher General tödtlich verwundet, auch am 8. in dieser Gegend ein feindliches Bataillon durch Cavallerie übel zugerichtet und zum Theil gefangen. Eben zu dieser Zeit kam Nachricht, dass die Colonne des Generals Damas zwischen ein Paar Tagen sicher eintreffen würde. Ich zweifelte nicht, dass nunmehr auch schon die oft angeführten, bei Popoli abgeschnittenen 9 Bataillons ganz oder zum Theil in der Gegend von Benevento wieder in Vorschein kommen müssten, schöpfte neuerdings Hoffnung und liess am 9. die rechts, etwas rückwärts von Capua, jenseits dem Volturno liegenden Jerusalemgebirge angreifen, um gleich bei Eintreffung der Truppen des Generals Damas in zwei Colonnen, nemlich von Capua vorwärts auf der Hauptstrasse, und rechts von dieser vorwärts von Jerusalem, auf der in unbeträchtlicher Entfernung fortlaufenden Gebirgskette gegen den Feind vorzurücken, um das endliche Schicksal zu entscheiden, während als der General Gambs, verstärkt durch jene 9 Bataillons, seinerseits ebenfalls gegen die auf dem linken Ufer des Volturno herabrückende Colonne sich in Bewegung setzen würde, sei es, um solche anzugreifen oder zu beschäftigen.

„Das Gebirge von Jerusalem wurde zwar genommen, aber gleich darauf wieder verloren; indessen hätte dies nicht so viel zu bedeuten gehabt, da es bei ankommender Verstärkung wieder hätte genommen werden können. Aber weit unglücklicher war die Nachricht, dass die Damas'sche Colonne durch nachtheilige Winde aufgehalten worden, und dass ihre Ankunft sich wohl noch mehrere Tage verzögern könne; weit unglücklicher noch als diese endlich war jene, dass von den zu dem Corps des Generals Gambs erwarteten 9 Bataillons nur die Officiers von allen Graden Schwall auf Schwall zu Neapel ankamen; dass diese Unwürdigen

alle ihre Soldaten in den Gebirgen zurückgelassen und nur ihre theueren Personen nicht vor dem Feinde, denn es verfolgte sie keiner, sondern vor den Beschwerlichkeiten, welchen sie der langsamere Marsch mit ihren Truppen ausgesetzt hätte, zu retten beflissen gewesen waren, — eine Begebenheit, die doch gewiss beweist, dass ein grausames Verhängniss das Maass der Gräuel und des daraus entstehenden Unglücks ganz voll zu machen beschlossen hatte.

„So verzweifelt war die Lage, als das obangeführte Ultimatum des feindlichen Generals anlangte, und als seine längs dem linken Ufer des Volturno herabrückende Colonne mit ihren Vorposten schon an dem Titerno-Bach stand, in einem Marsch an dem Calore, und in zwei leicht nach Benevento gelangen konnte.*) Am 10. Abends wohnte ich einer darüber bei dem Vicaire Général abgehaltenen Conferenz bei, machte nochmals den seither einigemal auf die dringendste und inständigste Weise wiederholten Antrag eines verschanzten Lagers bei Neapel, fand aber ebensowenig als zuvor Gehör, und es ward beschlossen, dem feindlichen General als Ultimatum zu schreiben, dass von der Abtretung von Neapel keine Frage sein könne, dass man ihm aber noch eine Strecke vorwärts Capua bis an die Lagni Regi (einem Kanal zwischen Capua und Aversa) einräumen und sich übrigens in andern Bedingnissen bereitwillig finden lassen würde. Die Deputirten begaben sich am 11. Vormittags nach Capua und erwarteten die Antwort des feindlichen Generals. Ich glaubte nicht, dass er solche empfangen, und noch weniger, dass er ihre Bedingnisse annehmen würde. Diese waren in Absicht der militärischen Linie, deren letzte Bestimmung mir vom Gouvernement überlassen worden war, dass die Lagni Regi bis zu der von Caserta über diesen Canal führenden Strasse, sodann Maddalone und St. Agata bis zum Einfluss des Calore-Bachs in den Volturno, der Calore-Bach, Benevento, der Lombardo-Bach und endlich der Ofantofluss bis an das Meer die Grenze machen sollten; hiedurch blieb man noch im Besitz von Acerra, mithin eines Punktes

*) „Der Volturno war zu dieser Zeit schon wieder an vielen Orten, der Calore fast allenthalben zu durchwaten.“ (Anm. Mack's.)

jenseits der Lagni Regi und zugleich von dem Passe der Forche Caudine zwischen Acerra und Benevento. Die Deputirten wurden angenommen und kamen Abends spät mit dem abgeschlossenen Vertrag zurück, hatten aber, weil es der feindliche General durchaus forderte, auch noch Acerra und die von da nach Benevento führende Strasse abtreten zu müssen geglaubt." *)

Der Waffenstillstand wurde in Calvi vor Capua am 11. Jänner 1799 einerseits von Championnet, anderseits vom Principe Miliano und dem Duca de Gesso, als Abgesandten des Vicekönigs, unterzeichnet und enthielt unter 10 Artikeln die folgenden bemerkenswerthen:

Nach Artikel I. sollte Capua mit allem Geschütz und Munition des verschanzten Lagers am 11. Jänner übergeben werden.

Art. II. und III. bestimmten die bereits erwähnte Demarcationslinie.

Art. V. erklärte die Häfen des Königreichs beider Sicilien für neutral.

Art. VIII. forderte 10 Millionen Livres Kriegsentschädigung zu Gunsten Frankreichs.

Art. X. bestimmte im Falle der Nichtratification dreitägige Kündigung des Waffenstillstandes.

„Bei gutem Geiste und Willen der Soldaten und des Landes," sagt Mack am Schlusse seines Memoires, „besonders der Stadt Neapel, hätte dieser Waffenstillstand, wenn er auch nur 3 Wochen dauerte, vortheilhaft werden, und es hätte sich in dieser Zeit der Ruhe eine brauchbare Armee von 30.000 Mann formiren können; denn die zu Capua, am Volturno und bei Benevento gestandenen Truppen betrugen noch bei 10.000 Mann; andere 10.000 wurden ehester Tage von Livorno und Cività Vecchia erwartet, und an schon bei den Reservebataillons vorhandenen Rekruten, sowie durch Aufsammlung der Zerstreuten und Versprengten, hätten leichtlich annoch 10.000 aufgebracht werden können. Der Feind war nicht stärker als etwa 15.000 Mann und hatte bei der ihm

---

*) „Der feindliche General gewährte den Waffenstillstand, wie es sich bald darauf erklärte, weil ihm die Bauern seine Brücke auf dem Garigliano zerstört und ihm überhaupt auf seiner Communicationsstrasse vielen Nachtheil zugefügt hatten." (Anm. Mack's.)

abgeneigten Stimmung des Landvolks wenig Sicherheit für seinen Rücken; aber die Ränke der Verräther vereitelten Alles und vollendeten nunmehr bald ihr infames Spiel. Am 12. Morgens sollten die Truppen aus Capua abziehen und hatten Befehl, nach Aversa zu marschiren. Mit Tagesanbruch desertirte der Officier des Thores von Neapel mit seiner ganzen Wache, und hinter ihm mehr als die Hälfte der Garnison. Von 5000 Mann kamen nicht mehr als 2200 nach Aversa; die Desertirten bestanden nicht blos aus Soldaten, sondern auch aus einer verhältnissmässigen Zahl von Ober- und Unterofficiers. Bei den meisten hinter dem Volturno gestandenen Truppen, welche diesen Tag und den folgenden in Cantonnirung rückwärts gezogen wurden, gieng es nicht viel besser. Ich begab mich am 12. mit dem Hauptquartier nach Aversa, und da Jeder, welcher aus Neapel kam, mir die dort über mich öffentlich herrschenden abscheulichen Gerüchte und Beschuldigungen erzählte, so entsagte ich dem Commando in einem Schreiben an den Vicaire Générale und in einem andern an S. M. den König und schlug den Generallieutenant Duca di Salandra dazu vor. So unangenehm diese Gerüchte für mich persönlich waren, so hoffte ich dennoch, dass es dabei bleiben würde, und besorgte noch Nichts von Allem, was nach der Hand erfolgte. Ich blieb am 13. und 14. zu Aversa und arbeitete mit dem Generalquartiermeister an der Dislocation der annoch vorhandenen und der von Livorno und Cività Vecchia erwarteten Truppen. Am 14. Abends schrieb mir der Vicaire Général, dass ich ihm folgenden Tages einige Truppen nach Neapel schicken möchte, ohne mir eine besondere Besorgniss deswegen zu eröffnen. Ich hatte bereits nach dem Antrag der neuen Dislocation Befehl gegeben, dass einige der besten Bataillons und ein Cavallerieregiment mit dem General Dillon am 15. Morgens dahin abrücken sollten. Noch war mir von einem Aufstande zu Neapel Nichts zugekommen, als ich am 15. Vormittags von Aversa nach Casoria abreiste, wohin nach der neuen Dislocation das Hauptquartier verlegt wurde. *) Als ich aber gegen Mittag dort anlangte, erfuhr ich,

*) „Nicht aus Besorgniss, sondern blos um einen etwas kürzern Weg zu machen, hatte ich auf Anrathen des mit mir von Aversa ab-

dass in der vorhergehenden Nacht und diesen Morgen die Lazzaroni zu Neapel alle Truppen entwaffnet hätten, und dass Moliterno an ihrer Spitze sei. Bald darauf machte mir der General Dillon den Rapport, dass er mit den Truppen, welche er nach Neapel hatte bringen sollen, nicht weiter als bis gegen Capo di Chino (eine Vorstadt von Neapel) habe gelangen können, — dass die Lazzaroni sich schon der Forts von Neapel bemeistert, einen grossen Theil der soeben angelangten und debarkirten Truppen von Livorno und Cività Vecchia entwaffnet hätten, und dass der Aufruhr sich schon rückwärts von Neapel in die Cantonnirungsquartiere verbreite. Nun folgte ein schlimmer Rapport um den andern; Jeder bestätigte, dass man allenthalben laut über mich und meine deutschen Officiers Rache rufe; ich hatte im Hauptquartiere Nichts als eine kleine Wache und ein Detachement von 40 bis 50 berittenen königlichen Jägern, welche kaum zureichend waren, die Einwohner des Orts im Zaum zu halten. Die Bauern der Gegend umgaben schon einen Theil des Ortes, und nur der Weg rückwärts gegen Caserta war noch frei; ich zog mich einige Stunden nach eingegangener Nacht zu dem dort befindlichen Generallieutenant Duca di Salandra zurück und erhielt auch hier während der Nacht die bedenklichsten Nachrichten. Da mein Untergang nichts nützen konnte, — da der Schuldlose in einem solchen Fall nicht nur das Recht, sondern vielleicht die

---

fahrenden Generalquartiermeisters, einen bei trockener Zeit practicabeln Seitenweg eingeschlagen, welchen die bereits vorausgegangenen Adjutanten und meine Bagage genommen hatten. Die grosse Strasse von Aversa bis Casoria führt über Capo di Chino, wo man, wie ich zu Casoria erfuhr, schon jeden Wagen untersuchte und laut davon sprach, dass man mich und meine deutschen Officiers haben müsse. Ohne diesen Zufall wären ich und der mit mir befindliche Graf Dietrichstein, da wir ganz ohne alle Bedeckung waren, ohne Zweifel verloren gewesen. Die Lazzaroni und Bauern riefen allenthalben: Evviva nostro Rè Fernando! Evviva San Gennaro! Evviva nostra santa religione! — Dies und der Krieg, den sie den Franzosen selbst machten, bewies, dass sie blos durch Moliterno und seinen Anhang irregeführt und betrogen waren, und dass mit so gesinnten Leuten die von mir so oft vorgeschlagene Vertheidigung von Neapel nicht ganz unmöglich gewesen wäre." (Anmerkung Mack's.)

Pflicht hat, für seine Erhaltung zu sorgen, wenn es mit den Grundsätzen der Ehre vereinbarlich ist, — da es sich nicht blos um meine Person, sondern um etliche sehr geschickte und verdiente Männer handelte, die für ihre treuen Dienste und für den Jammer aller Art, welchen sie mit mir getheilt hatten, einen bessern Lohn verdienten, so fasste ich endlich am 16. Morgens um 4 Uhr den in mancher Betrachtung so schweren Entschluss, zum General Championnet zu schicken, und erwartete nunmehr durch 5 Stunden mit meinen treuen Unglücksgefährten diese entscheidende Antwort, fest entschlossen, uns unserm unglücklichen Schicksale zu überlassen, wenn man uns entehrende Bedingnisse setzen wollte. Wie edel die Antwort des Generals Championnet und sein ganzes nachheriges Betragen war, ist aus der Geschichte meiner Gefangenschaft bekannt. *) Der elende Verläumder, welcher ihn bald darauf selbst anklagte, hat ohne Zweifel auch unser gegenwärtiges Unglück gemacht. In dem französischen Hauptquartier zu Caserta erfuhr ich am folgenden Tage, dass der würdige Generallieutenant Salandra, welcher mich bis zu den französischen Vorposten begleitet hatte, einige Stunden darauf, als er von Caggiano mit dem Generalquartiermeister Parisi ausgefahren war, durch einen Schwarm Bauern angefallen, verwundet und blos durch das Zurufen seines Bedienten, dass es nicht Mack, sondern Salandra wäre, noch gerettet worden sei. Ich muss noch einen Augenblick auf die schreckliche militärische Geschichte zurückkommen und darüber anführen, dass für Jeden, welcher die Treue und Tapferkeit der Officiers als die Seele einer Armee betrachtet, der Aufschluss leicht in der allzusehr bestätigten Gewissheit zu finden sein werde, dass die Officiers ein Sechstel aus Verräthern, vier Sechstel aus feigen Memmen und nur ein Sechstel aus Männern von Ehre und Rechtschaffenheit bestand. Die Verräther schrien gleich bei jedem Anblick des Feindes ihr: Fuggi, fuggi! siamo traditi! Die Feigen flohen, und die kleine Zahl der Rechtschaffenen war das unglückliche Opfer von Beiden."

---

*) Championnet gab ihm Pässe nach Oesterreich; er wurde aber in Bologna auf Befehl des Directoriums verhaftet und nach Dijon internirt, von wo er im August 1800 nach Oesterreich entwich, als ihm die Franzosen keine Aufmerksamkeit mehr schenkten.

So weit unser Gewährsmann, der über diese Begebenheiten sichere Aufschlüsse zu geben in der Lage war. Mit Mack's Gefangenschaft endet die Geschichte der unrühmlichen militärischen Vertheidigung Neapels.

An den Gefechten, welche die Franzosen noch zu bestehen hatten, nahmen neapolitanischer Seits keine regulären Truppen mehr Theil. Die Bevölkerung, insbesondere die patriotisch gesinnten Lazzaroni, ergriffen die ihnen früher von der Regierung zu ihrer Vertheidigung vorenthaltenen Waffen. — Pignatelli, welcher mit der Convention am 16. Jänner nach Palermo abgesegelt war, wurde von seinem König gar nicht empfangen, sondern verhaftet und als Staatsgefangener nach Girgenti gebracht.

Am 17. Jänner rief das Volk in Neapel den Principe Moliterno zum General-Capitän aus; dieser versuchte neue Unterhandlungen mit Championnet. Der französische General erklärte jedoch den Waffenstillstand gebrochen, weil bewaffnete Banden der Lazzaroni die Franzosen bei Melito, Capo di Chino und Arpaja angegriffen hatten. — Moliterno rief nun selbst die Franzosen am 22. nach Neapel und übergab ihnen am 23. das königliche Schloss von San Elmo. Furchtbar war das Gemetzel, dessen sich die Franzosen in den Strassen des schönen Neapels schuldig machten. Zwar deckten 1000 Franzosen die Wahlstadt, aber man zählte auch gleichzeitig 10.000 Leichen der unglücklichen Lazzaroni. — Als Championnet endlich in der Stadt festen Fuss gefasst hatte, stellte er an die Spitze einer provisorischen Regierung den Principe di Moliterno, der sich bereit erklärte, die unerschwinglichen Contributionen einzutreiben. Fast gleichzeitig proclamirten die Franzosen die parthenopäische Republik.

So endete nach nicht ganz 3 Monaten dieser, was die Feigheit der neapolitanischen Armee und die Kühnheit der Franzosen betrifft, allerdings, um mit Mack's eigenen Worten zu sprechen, „in seinen militärischen Gräueln einzig dastehende Feldzug." Er war bereits verloren, als ihn der schlechtberathene neapolitanische Hof in so unvorbereiteter Weise begann.

Der Misserfolg in Italien warf einen trüben Schatten auf die kommenden Ereignisse, und Thugut prophezeite nur allzurichtig, als er sagte, dass durch das einseitige Vorgehen Neapels

der kommende Feldzug weit schwieriger und in seinen Resultaten zweifelhafter geworden sei. „Es ist“, so klagt dieser Staatsmann, „betrübend, befürchten zu müssen, dass die geringe Einheit in den Entwürfen und politischen Plänen neuerdings die Anstrengungen einer zweiten Coalition vereiteln werde, trotz der Uebermacht der Gesammtkräfte der Verbündeten über einen Feind, dessen einzige Stärke in der Uneinigkeit der Alliirten liegt.“ *)

---

8. Capitel.

Tragisches Ende des Congresses. — Schluss.

Als Graf Ludwig Cobenzl nach Petersburg zurück geeilt war, fand er den Czaren, welcher die längste Zeit von einer kriegerischen Action zu Gunsten Oesterreichs und des deutschen Reiches Nichts hatte wissen wollen, in Feuer und Flammen für den Krieg. Graf Franz Dietrichstein hatte dem österreichischen Botschafter auf das Beste vorgearbeitet. Der günstige Moment wurde rasch benutzt, und kurz nach Ankunft des österreichischen Vicestaatskanzlers liess der Kaiser von Russland seine Truppen marschiren, — freilich vorerst nur ganz langsam und in der geringen Stärke von 16.000 Mann, als sogenannte Allianztruppen. Aber es war doch ein welthistorischer, Oesterreichs Hoffnungen neu belebender Moment, als Russland endlich auf den Kampfplatz eintrat und der Vertrag vom 5. Jänner 1795 seiner Erfüllung näher gerückt schien. Im November 1798 standen die Russen in Brünn, wo sie der deutsche Kaiser persönlich begrüsste. **)

---

*) Thugut an Cobenzl. „Vienne, ce 28. déc. 1798. Il est affligeant d'avoir à craindre, que le peu d'ensemble dans les projets et les vues ne rende encore inutiles les efforts d'une seconde coalition, malgré la prépondérance considérable des moyens des alliés sur un ennemi dont leur divergence seule fait la force. (St. A.)

**) Siehe Urkundentheil, Seite 259 –269.

Im Jänner 1799 verlangte der Czar von Oesterreich die Auflösung des Congresses,*) — ein Ansinnen, dem Thugut, mit Bezug auf das die Auflösung des Rastadter Congresses bestimmende Commissionsdecret, mit folgenden, an den Kaiser gerichteten Worten entsprach: **)

„Nachdem zwischen der Reichshofkanzlei und dieser Hof- und Staatskanzlei das vorläufige Einverständniss getroffen worden ist, dass unter gegenwärtigen Umständen das Allerhöchste Ansehen und die reichsoberhauptliche Würde nicht erlauben dürften, den kaiserlichen Plenipotentiarius zu Rastadt noch länger zu belassen, hat die Reichshofkanzlei mit dem gehorsamst zurückfolgenden Vortrag ein Commissionsdecret Euer Majestät vorgelegt, welches die kaiserliche Plenipotenz der Reichsfriedensdeputation zu übergeben hätte.

„In dieser Erklärung sind die vielen Ursachen auf eine ganz überzeugende Art aufgeführt, welche Euer Majestät als Reichsoberhaupt berechtigen, Allerhöchstihren Repräsentanten, ohne einen Reichsschluss hierüber abzuwarten, von dem unsichern Ort des fruchtlosen Congresses abzurufen. Und weil es dann in der reichsoberhauptlichen Macht nicht steht, eine von dem gesammten Reich angeordnete Deputation aufzulösen, so ist in dieser Erklärung sehr vorsichtig eine Wendung genommen worden, wodurch dieser Congress durch die Umstände von selbst als aufgelöst erscheint, indem durch Anführung einer Reihe von Thatsachen dargethan wird, dass der Krieg gegen das Reich de facto seinen Anfang genommen habe. Diese in der Erklärung gewählte Wendung gab dann auch die Veranlassung, eine Art von Protestation und reichsoberhauptlicher Desapprobation Alles desjenigen anzubringen, was die Mehrheit der Deputirten bisher eingegangen hat und von der kaiserlichen Plenipotenz unter andern Umständen und gewissen Voraussetzungen salva ratificatione Caesaris et Imperii begnehmigt worden ist.

„Da nun nach meinem allergeringsten Dafürhalten dies Commissionsdecret die Allerhöchste Begnehmigung durchaus ver-

*) Siehe Urkundentheil, Seite 90—114.

**) Thugut an den Kaiser dd. Wien, 30. März 1799. (St. A.) Siehe auch Urkundentheil, Seite 289.

dienen dürfte, so habe dem allerweisesten Ermessen Euer Majestät anheimzustellen, ob Allerhöchstdieselben diesen Vortrag etwa mit folgender Allerhöchster Resolution zu erledigen geruhen wollen:

„Ich begnehmige vollkommen dies Einrathen und das in „jeder Rücksicht sehr angemessen verfasste Commissionsdecret. „Es ist daher dasselbe meinem Plenipotentiarius auf das schleu„nigste zuzusenden und von ihm sodann alsbald der Reichsdepu„tation zu übergeben.“ *)

Demzufolge überreichte der Graf Metternich am 8. April der Reichsdeputation die hierauf bezügliche Note und kündigte officiell die Auflösung des Congresses an.

Jedermann sah die Dinge so weit gediehen, dass ohne gänzliche Vernichtung des einen kämpfenden Theils eine dauernde staatliche Ordnung in Europa unmöglich herzustellen schien. Nur die Abgesandten der deutschen Reichsstände erharrten noch immer von der Grossmuth Frankreichs die Belohnung ihrer verrätherischen Feigheit, und die Mehrzahl derselben zeigte selbst noch nach der Abreise der kaiserlichen Plenipotenz nicht übel Lust, mit Ausschluss des deutschen Kaisers unter preussischer Oberleitung mit Frankreich weiter zu verhandeln.

Wiederholt wurde erwähnt, dass sich die französischen Bevollmächtigten am Ort des Congresses mit beispiellosem Uebermuth geberdeten. Wenn sie sich dem befreundeten Preussen gegenüber solche Insulten erlauben durften, wie diejenige, die sie der Wittwe des Baseler Friedenskönigs**) erwiesen, so kann man sich unmöglich über ihr Benehmen gegen die reichsständischen und österreichischen Gesandten und gegen die kaiserliche Plenipotenz verwundern.

Dieses Benehmen entsprach den gleichzeitigen Gewaltthaten ihrer Regierung, die, wie bereits erwähnt, während des tagenden Congresses den deutschen Truppen Mainz, den

---

*) Der Kaiser resolvirte: „Nach Ihrem Einrathen erhält dieser Vortrag des Reichshofvicekanzlers unter Einem die hier entworfene Erledigung. Franz.“

**) Siehe Urkundentheil, Seite 67.

Mannheimer Brückenkopf und Ehrenbreitstein entrissen und in Italien und der Schweiz die bestehende Ordnung der Dinge vollends umwarfen.

Und während so gewaltige Dinge vor sich giengen, stritt man sich in Rastadt noch immer um den Elsfleetherzoll und die Büderichsinsel!

„Eure Frechheit kann man nur mit Kanonenkugeln beantworten," — diese Worte soll der östereichische Gesandte, Graf Lehrbach, in einer der letzten Sitzungen des Congresses den Franzosen ins Gesicht geschleudert haben. Man durfte glauben, dass die aufgeklärten preussischen Staatsmänner die Gefahr, in welche sie sich begeben hatten, in ihrer vollen Grösse erkennen würden. Dem war aber nicht so. Haugwitz gieng mit Panin genau so um, wie er einst mit Malmesbury im Haag umgegangen war. Die Warnungen Oesterreichs*) verhallten, und während England und Russland mit Oesterreich wenigstens im Principe sich über die Fortsetzung des Krieges geeinigt hatten, zerschlugen sich die Berliner Unterhandlungen kurz vor Ausbruch des Krieges für immer.

Für Oesterreich, das militärisch ungenügend vorbereitet und von seinen Verbündeten in den grossen Krieg ohne feste Abmachungen hineingedrängt war, entbrannte nun der gewaltige Ringkampf von 1799. Die Franzosen warfen endlich die scheinheilige Maske völkerbeglückender Staatstheorien ab und zeigten sich als das, für was sie Oesterreich immer gehalten hatte, als die Unterdrücker der Nachbarländer und freche Welteroberer, wogegen sich Oesterreich zum Hort der deutschen Unabhängigkeit und Freiheit erklärte. Der Kampf begann glücklich für die deutschen Waffen bei Ostrach und Stockach (21. und 25. März), und Magnano (5. April); bis nach Rastadt streiften die österreichischen Vortruppen, deren Commandant den noch zögernden Diplomaten binnen 24 Stunden die Stadt zu verlassen anbefahl. So hatte denn die Gewalt der Waffen endlich den zaudernden Congress zum Abschluss gebracht: doch sollte die Comödie, welche während der tiefsten Erniedrigung Deutschlands in Gestalt dieses Congresses aufgeführt worden war, ihres tragischen Abschlusses

---

*) Siehe Urkundentheil, Seite 302—305.

nicht entbehren. Nach der drohenden Wendung, welche die Ereignisse genommen hatten, und nachdem sie endlich die Fruchtlosigkeit eines etwaigen Widerstandes und ihrer Bemühungen, ohne Oesterreich den Congress fortzusetzen, erkannten, versuchten die französischen Bevollmächtigten, nach Selz abzureisen; sie wurden aber in der Nacht des 28. April von österreichischen Székler-Hussaren fast vor den Thoren Rastadts überfallen, Bonnier und Roberjot ermordet, die Gesandtschaft ihrer Papiere und Werthsachen beraubt.

Es gibt Ereignisse, über welche, nachdem sie kaum bekannt geworden, die öffentliche Meinung mit ihrem Urtheil fertig ist. Diese erwartet nicht erst die Feststellung des Sachverhaltes durch richterliche Untersuchung; ob mit Recht oder Unrecht, sie judicirt und glaubt in ihrem Urtheil nicht fehl zu gehen. Zu diesen durch das allgemeine Gefühl rasch abgeurtheilten Thaten ist der Rastadter Gesandtenmord nicht zu zählen. Starke Indicien verdächtigten Oesterreich. Zwei die österreichische Vorhut commandirende Officiere, der Oberst von Barbaczy, der Rittmeister Burkhardt und die betheiligte Mannschaft wurden sogar gleich nach der That gefänglich eingezogen und somit die Theilnahme der Székler an der Unthat festgestellt. Allein die zugesagte eclatante Genugthuung und Untersuchung des begangenen Verbrechens, die dem deutschen Reiche von seinem Reichsoberhaupte in feierlichster Weise als eine „Nationalangelegenheit“ versprochen wurde, unterblieb. Die Untersuchungsacten, die Aufschluss über die Urheber und die Motive des Mordes geben könnten, sind allen Forschern, die sich mit dem fraglichen Gegenstande beschäftigten, unauffindbar geblieben. Nach einem Brief des Grafen Cobenzl*) hat es sogar den Anschein, als ob der ganze Untersuchungsact oder zum wenigsten die wichtigsten auf den Fall bezüglichen Acten auf seine Veranlassung im Jahre 1804 vertilgt worden wären, was dann für weitere Verdächtigungen dienen könnte. — Es war nicht anders zu erwarten, als dass die Leidenschaft der französischen Republikaner, die ihre

*) Siehe Urkundentheil, Anhang, Seite 371.

Vertreter völkerrechtswidrig hingemordet sahen, und leider nicht weniger die Feindseligkeit der preussischen Partei in Deutschland sich begierig jener Verdachtsgründe bemächtigen würde, um der Politik des Kaiserhofes das Brandmal eines unerhörten Verbrechens gegen das Recht der Nationen aufzudrücken. Reichlich ward diese Erwartung erfüllt. Aber demungeachtet blieb unter den Zeitgenossen wie unter den Späterlebenden das Gefühl des non liquet vorherrschend. Denn, dem Hasse und der Verläumdungssucht der Parteien stand die tiefe Ueberzeugung aller Unbefangenen entgegen, dass es unmöglich sei, eine That, wie diesen frevelhaften und nutzlosen Mord, mit dem allgemein bekannten Charakter der Politik Oesterreichs in Einklang zu bringen. Wer war in Wien oder im Hauptquartier, zu dem man sich der kaltblütigen Ertheilung eines Mordbefehls hätte versehen können? Thugut und Lehrbach! haben die Gegner gesagt. Aber wenn gleich der Schreiber dieser Zeilen erklären muss, dass er für die Genesis einer That, die ein historisches Räthsel zu bleiben bestimmt scheint, auch in Oesterreichs seither geheimgehaltenen Archiven keine sicheren Erklärungsgründe gefunden hat, so ist doch gerade die völlige Schuldlosigkeit Thuguts und Lehrbachs an dem Rastädter Verbrechen durch seine Forschungen zu einer apodictischen Gewissheit geworden.

Die nachfolgenden Actenstücke werden, was diesen dunkeln Punkt betrifft, für sich selbst sprechen. Auch in der künstlichsten Sprache des Schuldigen pflegt der Psychologe Spuren des Schuldbewusstseins zu entdecken; die Depeschen Thuguts aber, wie seine Vorträge an den Kaiser, dürften jede solche Prüfung, und wäre sie auch noch so argwöhnisch, aushalten.

Neue Aufschlüsse über Veranlassung und Motiv des Gesandtenmordes sind sonach in den Urkunden dieser Sammlung nicht zu finden. Aber sie enthalten den klaren Beweis, wenn ein solcher überhaupt nöthig war, dass die österreichische Politik mit dieser Unthat Nichts zu schaffen hatte. Thugut und Lehrbach sind nicht die intellectuellen Urheber eines Verbrechens, dessen sie auch dann nicht fähig gewesen wären, wenn dieser Mord ihnen, nicht ihren Gegnern, gelegen gekommen wäre. Es bleibt nur die Vermuthung übrig, dass die That im Felde geplant und ausgeführt

wurde, weil in einigen Kreisen der Armee sich eine gefährliche Neigung zu gewaltthätigen Repressalien gegen die Jacobiner ausgebildet hatte, eine Neigung, welche durch immer neue Willkührthaten des Feindes zuletzt bis zu wilder Leidenschaft sich steigerte.

War dies der Ursprung des Gesandtenmordes, so erklärt, wenn auch nicht entschuldigt sich zugleich einigermassen der spätere Rückfall in die altösterreichischen Vertuschungsgewohnheiten, denen wir übrigens sicherlich nicht das Wort reden wollen.

Mit der öffentlichen Meinung von 1799 lässt sich nicht darüber hadern, dass sie es war, die gleich nach der That gegen die österreichische Regierung Partei ergriff, obgleich sich der Gang, welchen die Politik des letzten deutschen Kaisers in jener Sturm- und Drangepoche befolgt hatte, seit 1792 deutlich und nicht zur Unehre Oesterreichs unterscheiden liess von dem Gang, den die anderen deutschen Cabinete in den Revolutionskriegen befolgt hatten. Wir wissen heute, dass die öffentliche Meinung damals im Solde Frankreichs und Preussens stand, und dass der Indifferentismus Englands für Oesterreich nur noch von jenem Russland's übertroffen wurde. Bei so gedüngtem Boden fand Oesterreichs Ehre in Europa nur wenige öffentliche Vertheidiger. Lange danach, als sich die erregten Leidenschaften bereits zu besänftigen anfiengen, waren es die deutschen Historiker, die, ohne im geringsten in die Tiefe des Gegenstandes einzudringen, im Rastadter Attentat eine bequeme Handhabe gefunden zu haben vermeinten, um Hass und Verachtung gegen Oesterreich in Deutschland bis in unsere Tage anzufachen. Diese beschämende Wahrnehmung müsste befremden, wüsste man nicht, mit wie unverantwortlichem Leichtsinn seit einer Reihe von Jahren in den deutschen Geschichtsbüchern Alles, was Oesterreich moralisch schädigen konnte, mit Wohlbehagen verzeichnet wurde. So kam es denn, dass die bedeutendsten Historiker, sogar Schlosser — und natürlich in erster Linie Ludwig Häusser, Springer, Wolfgang Menzel u. A., gerade über die That vom 29. April, über deren Motive und Urheber sie selbst nichts Positives erfahren hatten, sich beeilten, definitiv abzuurtheilen, während dieselbe historische Schule bei weit wichtigeren und unendlich traurigeren Ereignissen, wie z. B.

bei der politischen Ermordung der deutschen Nation im Jahre 1795, ziemlich kalt blieb, — so zwar, dass das Nationalverbrechen des Baseler Friedens neben dieser Rastadter Episode in jenen Geschichtsbüchern schier nur als ein untergeordnetes Ereigniss Beachtung findet.

Für Oesterreichs Rechtfertigung erhoben sich auch in späteren Zeiten nur ungenügende Stimmen.*)

---

*) Inzwischen hat eine Reihe neuer und zum Theil interessanter Veröffentlichungen diese traurige Schlussepisode in den Vordergrund gestellt, obgleich die That die Beachtung durchaus nicht verdient, welche man ihr insbesondere in den gegen Oesterreich gerichteten Schriften zu geben versucht. Es erschienen namentlich folgende Schriften: „Der Rastadter Gesandtenmord" von Dr. Carl Mendelssohn-Bartholdy (Heidelberg, 1869), „Der R. Gesandtenmord" von Freih. v. Reichlin-Meldegg; ferner eine ziemlich unbedeutende Schrift von Zandt; dann der Wiederabdruck einer alten Schrift: „Authentischer Bericht etc.", in Carlsruhe; endlich eine französische Uebersetzung der Veröffentlichung Mendelssohn's, nebst einer Entgegnung des Letzteren auf die Zandt'sche „Anekdotensammlung". Mendelssohn hat das grosse Verdienst, der erste deutsche Historiker zu sein, der den Muth gehabt hat, der bisherigen Geschichtschreibung, insoweit sie Oesterreich in dieser Frage verdächtigte, entschieden entgegenzutreten. Dieses Verdienst zu beeinträchtigen, wird den gegnerischen Schriften, von denen nur die Reichlin'sche einige Bedeutung besitzt, kaum gelingen. Dem Urtheil des Herrn Prof. Mendelssohn, welches die Emigranten ausschliesslich für die That verantwortlich macht, kann ich mich jedoch nicht anschliessen, da auch nach dem hier Veröffentlichten die selbständige Thäterschaft der Székler-Hussaren ausser allem Zweifel steht. Ueber Mendelssohn, dessen Geschichte des Rastadter Congresses wir mit grossen Erwartungen entgegensehen, sagt die North british Review: „Professor Mendelssohn is distinguished from other writers of the Heidelberg school by the tone in which he speaks of Austria. Several of his works on the diplomatic history of this century have caused the policy of the court of Vienna to appear in a more favourable light; and he has just attempted to clear up one of the darkest transactions with which it has ever been connected ..... It is possible, that Professor Mendelssohn may be able to produce the missing evidence in the volume of documentary matter which he is about to publish. The question would be settled by the production of the report of the inquiry. The very incompleteness of this vindication

Je länger Oesterreich schwieg, desto zuversichtlicher wurden seine Feinde. Die absurdesten und entehrendsten Anschuldigungen wurden von den Kathedern deutscher Universitäten herab mit Vorliebe gepredigt. Es ist im Allgemeinen nicht zu läugnen, dass gerade die französische Revolutionsgeschichte dem Scharfsinn und der Combinationsgabe eine sehr bequeme Handhabe bot. So war es z. B. für Herrn v. Sybel höchst bequem, den Rückzug aus der Champagne und den Baseler Frieden dadurch zu rechtfertigen, dass er Oesterreich polnischer und Reichsfeldzugs-Intriguen beschuldigte; im Jahre 1793 und 1794 wuchsen diese Intriguen zu zweideutigen Unterhandlungen mit Robespierre an, zur freiwilligen und perfiden Räumung der österreichischen Niederlande, um Baiern zu erschwindeln; im Jahre 1795 kam wieder die Intrigue Carletti, der Verkauf der österreichischen Streitkräfte an England hinzu; im Jahre 1796 und 1797 schwoll das Schuldregister immer höher, bis zur Preisgebung der Reichsinteressen und des ganzen linken Rheinufers. Einer Regierung, die so viel verbrochen, konnte natürlich auch der letzte Schritt zum Raubmord im Jahre 1799 nicht allzu schwer gefallen sein! Man wird zugeben müssen, dass kaum ein belastenderer Vorwurf ausgesprochen werden konnte als dieser, und es war nur eine weitere Consequenz, dass man nach älteren Werken, zu denen die Denkwürdigkeiten der Herrn v. Lang und Hormayr ihr Contingent lieferten, wie es auch schon im Jahre 1799 geschah, den Kaiser Franz II. kurzweg zum Despoten stempelte und in die Kategorie der Neros und Sullas stellte. — Leider wurde es erst in unserer Zeit in immer weiteren Kreisen klar, wie unendlich viel Oesterreich sich selbst geschadet hat durch sein passives Verhalten gegenüber energischen und geistreichen Feinden. Mit den Schätzen der österreichischen Archive war es aber leicht, die Spitze aller Anklagen gegen die leichtfertigen Gegner zu kehren. So wurden Punkt für Punkt die gegnerischen Deductionen widerlegt, wobei wenige, kräftige Schläge genügen konnten, um die kleindeutsche historische Schule bis in ihre Fundamente zu erschüttern, und es mussten hiedurch

---

should be a powerful appeal to the Austrian Government to make known its secret information. (No. CI. October 1869.)

alle Verläumdungen und Erdichtungen von 1792 bis zum Frieden von Luneville in ihr Nichts zusammensinken. Die Mordthat von 1799 blieb das letzte Refugium, hinter welches sich die Gegner Oesterreichs noch verschanzen konnten.

Was nun die Gründe betrifft, welche die kaiserliche Politik zu dieser Missethat bewogen haben sollten, so schob man Oesterreich dabei namentlich die Absicht unter, die geheimen Artikel des Friedens von Campo Formio und compromittirende Papiere über die „pfalz-zweibrückenschen“ reichsverrätherischen Unterhandlungen zu erbeuten. Im Jahre 1795, als preussische und pfälzische Minister, die Salabert, Hompesch, Hardenberg und Oberndorff Düsseldorff und Mannheim, die Pfalz und das Reich verrathen hatten, wussten die österreichischen Feldherren, was ihre Pflicht, — sie nahmen kurzweg die pfalzbaierischen und zweibrücken'schen Minister in Verhaft. Im Jahre 1799 konnten sie noch mit weit besserem Recht ebenso verfahren, — wenn sie gewollt hätten. Aber zu welchem Zweck? Die Gesinnungen der zweibrückenschen Agnaten und ihre enge Verbindung mit Preussen war der österreichischen Regierung längst nichts Neues mehr. Man wusste genau, was man von dieser Seite zu erwarten hatte. Im Sieg gegen Frankreich lag auch die Entscheidung des Streites mit Zweibrücken, und was die geheimen Artikel des Friedens von Campo Formio betrifft, so wurden sie schon im Jahre 1797 durch die Indiscretion Paul's I. das Gemeingut aller europäischen Cabinete. Während des ganzen Zeitraumes, vom Abschluss der Präliminarien bis zum Ausbruch des neuen Krieges, warb Oesterreich unausgesetzt, um eine neue Tripelallianz gegen Frankreich zu Stande zu bringen. Die österreichische Regierung erklärte ihren Vertrag bei allen Cabineten für einen Nothvertrag; ja noch mehr, in officieller Weise erklärte sie an England und Russland, dass sie den Frieden von Campo Formio, dem treulosen Frankreich gegenüber, nicht halten könne, nicht halten wolle, nicht halten werde.

Frankreich nämlich hatte selbst, auf Preussens Freundschaft gestützt, die Friedensacte von Campo Formio in den wichtigsten Punkten unerfüllt gelassen und, wie zum Hohn, dem preussischen Cabinet den Inhalt der mit Oesterreich geschlossenen geheimen

Stipulationen mitgetheilt. Es ist sonach klar, dass die Absicht, das Geheimniss von Stipulationen zu wahren, die im Pariser Reichsarchiv und nicht in Rastadt aufbewahrt wurden, unmöglich für ein Motiv gelten kann, welches zur Ermordung der Gesandten geführt hat. Zudem erlosch mit dem Leben der Bonnier, Roberjot und Jean Debry kein Princip: ihre Köpfe waren nicht der Kopf Karls I. oder Ludwigs XVI., mit welchen ganze Systeme enthauptet wurden.

Nach diesen Betrachtungen, zu welchen die Wichtigkeit des Gegenstandes nöthigten, kehre ich zum Reinhistorischen zurück.

In Wien war man durch das Odium der Mitschuld, welches Oesterreich in so unerwarteter Weise aufgebürdet wurde, auf das allerschmerzlichste betroffen. In sichtbarster Bestürzung schrieb Thugut gleich nach der ersten Nachricht hierüber an seinen Minister-Collegen:

„Ich werde mich kommenden Dienstag Sr. Majestät zu der von Höchstderoselben bestimmten Stunde zu Füssen legen. Das Rastadter Ereigniss ist ein in jedem Anbetracht verhängnissvolles, welches dem Directorium und allen Uebelgesinnten zum schönen Vorwand dienen wird, um gegen uns zu declamiren und uns die extravagantesten Abscheulichkeiten aufzubürden. Denn, allem Anschein nach waren es ja unsere Hussaren, welche die französischen Gesandten, mit denen man durch so lange Zeit unterhandelte, niedergemetzelt haben. Im Allgemeinen begreife ich gar nicht, wie der Erzherzog es auf sich nehmen konnte, Rastadt zu besetzen und die noch daselbst versammelten Gesandten zu beunruhigen, — es wäre denn, er hätte darüber irgend welchen mir unbekannt gebliebenen Befehl Seiner Majestät gehabt. Die Sache selbst, d. h. die Besetzung von Rastadt, steht in mancherlei Betracht sogar im Widerspruch mit dem Zusammenhang unseres ganzen politischen Benehmens, — und das ist auch wieder einer der schönen Streiche des Fassbender! Sei dem, wie ihm wolle: es wird wichtig sein, die Untersuchung dessen, was sich dort zuge-

tragen hat, öffentlich und in einer authentischen Weise zu betreiben, um uns durch eine eclatante Bestrafung derjenigen, die schuldig befunden werden, vor den Augen von ganz Europa zu rechtfertigen. Seine königl. Hoheit müsste demnach ungesäumt dahin verständigt werden, dass Höchstdieselbe vorläufig alle Jene verhaftet und gefänglich einzieht, auf welche auch nur der allergeringste Verdacht von Theilnahme oder Nachlässigkeit fällt, — ohne ihr Urtheil zu präjudiciren, weil ihr Process in allen Formen Rechtens und mit aller nur denkbaren Publicität betrieben werden muss. Vielleicht könnte Seine Majestät dieses Geschäft Lehrbach zuweisen. "*)

Man hat sich mit Recht darüber verwundert, dass die österreichische Regierung nach der Hand lieber den Schein der Schuld fast ein Jahrhundert lang auf ihren Schultern ruhen liess, statt die Urheber der Missethat öffentlich und, wie Thugut es allsogleich verlangte, zur Verantwortung zu ziehen. Thugut's Schuld war es nicht, dass diese Untersuchung unterblieb. Nebst dem vorerwähnten Brief und den Vorträgen dieses Ministers an den Kaiser, welche vollständig genügen, die Schuldlosigkeit der kaiserlichen Politik an dem Verbrechen sicher zu stellen, war gerade Thugut der Urheber des Gedankens, die ganze Angelegenheit mit Publicität zu behandeln und mittels besonderen Decrets an die Reichsversammlung zu bringen.**)

„Was für gräuliche Lästerungen", so berichtet dieser Minister an den Kaiser,***) „gegen den Allerhöchsten Hof wegen des unglücklichen Vorfalls mit den französischen Bevollmächtigten zu Rastadt in französischen öffentlichen Blättern ausgestreut und in verschiedenen deutschen verbreitet worden sind, ist Euer Majestät nicht unbekannt. Da nun bei der zügellosesten Animosität der Franzosen und Schmähsucht der übelgesinnten Reichsstände zu besorgen sein will, dass, auf was immer für eine Art bei der

---

*) Siehe Urkundentheil, Seite 311.

**) Siehe Urkundentheil, Seite 119.

***) dd. Wien, 27. Mai 1799. Der Entwurf ist von Daiser, die Thugut-schen Zusätze sind in Cursivschrift ersichtlich gemacht.

Untersuchung der Sache man sich benehmen wird, neue Verläumdungen, Einwendungen und Kritiken zu erwarten sein dürften, so scheint mir, es erfordere die Vorsicht, diesem Allem so viel möglich vorzubeugen, und ich wäre daher der allerunmaassgeblichsten Meinung, dass in dieser Hinsicht Euer Majestät für dienlich erachten könnten, die Reichsversammlung in einem kaiserlichen Commissionsdecret aufzufordern, Euer Majestät freimüthig anhandzugeben, was bei diesem Vorfall und bei der Untersuchung desselben zu beobachten wäre, um der Sache vollkommen auf den Grund zu sehen und anbei sowohl Euer Majestät als das gesammte Reich gegen Vorwürfe der Connivenz oder Unregelmässigkeit in der Procedur sicher zu stellen. Auf den Fall, dass Euer Majestät diese Betrachtung des Allerhöchsten Beifalls würdigen sollten, nehme ich mir die ehrerbietigste Freiheit, einen Entwurf eines zu diesem Ende an den Reichsvicekanzler zu erlassenden Handbillets in tiefster Unterwürfigkeit hiemit vorzulegen und anbei noch ehrfurchtsvoll zu bemerken, dass die Erlassung dieses Commissionsdecrets um so mehr zu beschleunigen sein dürfte, als auch schon über Verzögerung der Untersuchung selbst hämische Bemerkungen von Uebelgesinnten theils in öffentlichen Blättern, theils unter der Hand zu vernehmen sind." *)

Das von Thugut dem Kaiser für den Reichsvicekanzler vorgelegte Schreiben lautet: **)

„Lieber Fürst Colloredo! Wegen des sehr bedauerlichen Vorfalls mit den französischen Bevollmächtigten bei Rastadt ist Ihnen Meine Gesinnung bekannt, dass der Hergang der Sache mit der strengsten Unparteilichkeit untersucht werden soll, um sohin die *Schuldigen* ***) ohne Rücksicht zur exemplarischen Strafe ziehen zu lassen. Da nun aber aus der infamen Art, wie in den

---

*) Der Kaiser resolvirte: „Ich begnehmige vollkommen Ihr Einrathen und erlasse unter Einem das in der Anlage entworfene Schreiben an den Reichsvicekanzler. Franz."

**) Dieses vom 28. Mai datirte Handbillet, zu welchem hier die erläuternden Daten über seinen Ursprung und die Verfasser geliefert werden, wurde zuerst von Mendelssohn veröffentlicht. Siehe: Der Rastadter Gesandtenmord. S. 54.

***) Im Daiser'schen Entwurf von Thugut verbessert statt: Thäter.

öffentlichen Blättern der Franzosen und leider auch ihrer deutschen Anhänger mit den gröbsten verläumderischen Erdichtungen derzeit schon die Sache vorgestellt wird, sich erwarten lässt, dass, wie immer die Untersuchung geführt, und wie immer sich hiebei Meiner Seits benommen wird, die Bosheit der Franzosen aus der Form derselben neuen Stoff zu verläumderischen Anschuldigungen entnehmen dürfte, so ist der Bedacht darauf zu richten, dermal gleich *und ohne weitern Zeitverlust* allen boshaften Einwendungen, welche gegen Mein Verfahren in dieser Sache gemacht werden könnten, zu begegnen und solche Einleitungen zu treffen, *dass bei dem gesammten Reiche und der ganzen unparteiischen Welt* keinerlei gegründeter Vorwurf *oder Argwohn* auf Mir erliegen bleiben könne. In dieser Hinsicht finde Ich daher angemessen, dass Sie Mir *unverweilt**) ein Commissionsdecret über diesen Vorfall vorlegen, in welchem der Reichsversammlung von diesem traurigen Ereigniss ganz kurz und mit Umgehung der auf Untersuchung noch beruhenden Umstände Nachricht ertheilt, Meine innige Betrübniss hierüber ausgedrückt, und Mein *wahrer* Abscheu über diese Gräuelthat lebhaft zu erkennen gegeben, anbei aber erklärt wird, dass in dieser Sache, wo Ich und das gesammte Reich sich so höchst unangenehm compromittirt finden, Meine *ernstliche* Absicht sei, den Hergang auf das genaueste und unparteilichste mit aller rechtlichen Strenge untersuchen zu lassen; da aber nach den vermessenen Urtheilen, welche über die Veranlassung dieser allerdings verabscheuungswürdigen That in französischen und leider auch deutschen Blättern mit empörender Frechheit gewagt worden sind, zu besorgen sei, dass die Bosheit etwa auch aus der Form der rechtlichen Procedur Stoff zu neuen verläumderischen Anschuldigungen entnehmen dürfte, so ergehe an die versammelten Reichsstände Mein Ansinnen, dies wichtige Ereigniss zum Gegenstand der Berathschlagung zu nehmen und in einem Gutachten Mir bald möglichst und freimüthig anhandzugeben, was bei der Untersuchung in jeder Rücksicht zu beobachten sein wolle, um der Sache vollkommen auf den Grund zu sehen und sohin die unparteiische Welt zu überzeugen, dass

*) Statt: ehestens.

wegen dieser auf Reichsboden, an französischen Bevollmächtigten zum Reichsfriedenscongress verübten Missethat weder Mir noch dem gesammten Reich einige Connivenz vorgeworfen werden könne, sondern hiebei so verfahren worden sei, wie es die Grösse des Verbrechens und die *strengste* Gerechtigkeit erfordern." *)

Die „gräulichen Lästerungen gegen den Allerhöchsten Hof," über die Thugut klagt, flossen aus preussischer Quelle. Gleich nach der That waren es die Preussen Dohm, Görz und Lang, **) welche die österreichische Regierung direct der That beschuldigten, und diese Diplomaten können als die thätigsten Verbreiter der schweren Anklage im Reich bezeichnet werden. Auch die Franzosen, insbesondere der den Mörderhänden durch einen glücklichen Zufall entronnene Debry, schienen ursprünglich geneigt, die österreichische Politik direct zu beschuldigen; ***) allein schon zwei Jahre nach der That sieht man selbst die Franzosen jede Beschuldigung gegen Oesterreich

---

*) Auch über das Hofdecret liess sich Thugut folgendermaassen vernehmen: „Der von dem Reichsvicekanzler Euer Majestät vorgelegte Entwurf eines Hofdecrets an die Reichsversammlung über den Vorfall mit den französischen Bevollmächtigten in Rastadt scheint der zu erkennen gegebenen Allerhöchsten Gesinnung wohl angemessen und ganz zweckmässig verfasst zu sein, daher Euer Majestät den gehorsamst zurückfolgenden Vortrag mit Allerhöchstem Placet zu erledigen geruhen dürften." Worauf der Kaiser resolvirte: „Der Vortrag des Reichsvicekanzlers hat mit Placet die Erledigung erhalten. Franz."

**) Siehe Urkundentheil, Seite 122 bis 128.

***) Im österreichischen Kriegsarchiv finden sich folgende, diesen Gegenstand betreffende Druckschriften: 1) Narré fidèle du forfait commis à Rastadt d'après les ordres de l'Autriche par le régiment des hussards Autrichiens dit Székler contre la légation française au congrès de paix etc. 2) Massacre des ministres plénipotentiaires de la république française au congrès de Rastadt par les Autrichiens. 3) Ein (in 1569 Exemplaren in Strassburg gedrucktes) Manifest: „Im Namen des Vollziehungs-Directoriums über den Mord der französischen Bevollmächtigten" etc. 4) „Die Centralverwaltung des Niederrhein-Departements an ihre Mitbürger." 5) „Die deutsche Nation an die französischen Heere über das Manifest, welches nach der Ermordung Roberjot's und Bonnier's von dem Directorium der französischen Republik erlassen wurde." Im Mai 1799. — Letzteres ist eine Vertheidigungsschrift für Oesterreich.

fallen lassen, und zu Luneville, als in einer Conferenz die Rede auf Berufung eines neuen Congresses kam, der die Zustände Deutschlands ordnen sollte, erinnerte sich Joseph Bonaparte dabei des Rastadter Attentates und klagte in seinem Uebereifer England der Missethat an.*)

Oesterreichischer Seits, und als man noch keinen Maasstab gefunden hatte, um sich die Dinge zurechtzulegen, schien man geneigt, die französischen Emigranten der That zu bezichtigen; **) doch erweist sich heute auch dieser Verdacht als jeder Begründung entbehrend, denn alle und auch meine Nachforschungen stimmen darin überein, dass die That von wirklichen österreichischen Székler-Hussaren begangen wurde.

Weder das Directorium, noch die Emigranten, noch England noch Oesterreich konnten aus irgend einem politischen Motiv höherer Bedeutung an dem Leben oder Sterben eines Jean Debry, Bonnier oder Roberjot Interesse nehmen, — sondern die österreichischen Székler-Hussaren übten an den französischen Gesandten einen Act militärischer Lynchjustiz aus, für welchen Niemand verantwortlich gemacht werden kann als die Thäter. Ob diese einen bestimmten Auftrag erfüllten oder theilweise überschritten, der ihnen vielleicht von Seite einflussreicher Personen des Hauptquartiers ohne Wissen des Erzherzogs Generalissimus***) gegeben wurde, liesse sich nur aus den Untersuchungsacten nachweisen, die nicht vorhanden sind.

Aus dem Mitgetheilten ist ersichtlich, dass Thugut in der ersten Aufwallung geneigt war, den bei der Reichsarmee als Secretär für die Reichsgeschäfte fungirenden kurtrier'schen Hofrath

---

*) Ich verdanke diese schätzbare Notiz der Güte meines gelehrten Freundes, des Herrn Professors Hermann Hüffer. Der Bericht Cobenzl's an Colloredo datirt aus Luneville vom 27. Jänner 1801. Die bezügliche Stelle lautet: Il (Joseph Bonaparte) fit mention en termes très insultants du malheureux événement qui mit fin aux jours de Roberjot et Bonnier, sans aller cependant jusqu'à nous en accuser, mais ayant l'absurdité de l'imputer à l'Angleterre.

**) Siehe Urkundentheil, Seite 127.

***) Siehe Urkundentheil, den Bericht an den Erzherzog und den Erlass der Generaladjutantur XIX und XX, Seite 117 u. 119.

Fassbender mit der That in Zusammenhang zu bringen. Was sonst von diesem übelberüchtigten Manne bekannt ist, scheint dem gerade nicht sonderlich zu widersprechen. Er hatte sich das Vertrauen des Erzherzogs erschlichen, und durch seine Hetzereien gegen Thugut hat er 1799 die Entzweiung des Letzteren mit dem Erzherzog herbeigeführt. *)

Nach diesen Aufhellungen verliert das Attentat vom 28. April 1799 gänzlich die ihm bisher unterschobene Bedeutung und schrumpft zu einer Handlung zusammen, wie die Weltgeschichte deren unzählige verzeichnet, und das genügt vollständig zur Ehren-

*) Sein Verhältniss zu Thugut blieb von da an kein gutes. Als der Erzherzog das Armeecommando im März 1800 niederlegte, und Graf Lehrbach Armee-Minister wurde, verlangte Thugut die Versetzung Fassbenders in die unschädliche Stelle eines Kanzlei-Directors der Principalcommission. Thugut nennt bei dieser Gelegenheit Fassbender „den kurtrier'schen Professor, der ausser einem guten, obwohl sehr weitschweifigen declamatorischen Style und vieler publicistischer Theorie unmöglich praktische Kenntnisse von den eigentlichen wirklichen Verhältnissen des k. Hofes gegen die Reichsstände in die Geschäftshandlung der Reichskriegskanzlei bringen konnte.“ „Er habe“, klagt Thugut, „in der Eigenschaft eines blossen Secretärs die Reichskriegsgeschäfte allein beinahe nach Gutfinden, gegen seine eigentliche Bestimmung, zufälliger Weise dirigirt . . . . Ohne die Geschicklichkeit des Fassbender im geringsten in Abrede zu stellen und ohne in dasjenige einzugehen, was E. M. über die Gebrechen seiner Geschäftsleitung von dem Grafen von Lehrbach sowohl schriftlich als mündlich vorgestellt worden ist, will ich anführen, dass es als ein Uebelstand und bedenkliche Sache angesehen werden konnte, einem Fremden, der bisher nicht in Pflichten des Allerhöchsten Hofes stand, der Vater und Bruder, und zwar ersteren, einen Mann von verdächtigen Gesinnungen, in einem Lande hat, das unter französischer Gewalt stehet, geheime Geschäfte in dem Hauptquartier gleichsam ausschlüssig anzuvertrauen, und dass nun dermal, wo E. M. zu Leitung der sämmtlichen politischen Geschäfte bei der Armee einen Minister bevollmächtiget haben, derjenige, welcher bisher diese Geschäfte dort dirigiret hat, anbei auch noch von eitlem und lebhaftem Charakter zu sein scheint, in die Subalternität sich hart fügen würde, und immer zu besorgen wäre, dass er durch seine Anhänger im Reich und in der Armee und schlaue Einleitungen und Wendungen einem dirigirenden Minister die Geschäftsbehandlung zu erschweren wohl aufgelegt sein dürfte.“ (Thugut an den Kaiser, dd. 27. April 1800).

rettung der österreichischen Politik. Wenn nun auch die Diplomatie von aller Schuld freigesprochen werden muss, bleibt doch, wie wir gesehen haben, das österreichische Militär immerhin schwer compromittirt. Die österreichischen Acten beweisen, dass vom Armeecommando im Allgemeinen der Befehl gegeben war, sämmtliche französische Courriere und alle Briefschaften und Depeschen der französischen Gesandtschaft aufzuheben; auch war den Vorposten-Commandanten insbesondere aufgetragen, die Strasse von Rastadt nach Selz zu beaufsichtigen. Die militärischen Maassregeln scheinen zwar hinlänglich begründet: sie wurden zu einer Zeit gefasst, als der Krieg auf der ganzen Linie heiss entbrannt war, ja bereits zwei Hauptschlachten geschlagen waren, und das Blut von tausend wackeren Reichsvertheidigern seit Monaten auf den deutsch-italienischen Gefilden in Strömen floss. Die Ermordung Duphot's in Rom, die Episode mit Bernadotte in Wien und die Auszüge aus den Schreiben des Fürsten Reuss, eines Mannes von gutmüthigem Naturel, haben uns hinlänglich über die erregte Stimmung belehrt, die damals in patriotischen Kreisen die Gemüther gegen Frankreich bewegte.*) Vergleicht man mit dieser Stimmung das Benehmen jener Székler-Hussaren, die wenige Wochen vor dem Rastadter Attentat am 13. April in Schaffhausen den Schweizer Stadtcommandanten Obersten Schwarz, den sie irrthümlicher Weise für einen französischen Offizier hielten, niedersäbelten, als er ihnen entgegen ritt, um sie freundschaftlichst zu begrüssen,**) — zieht man ferner in Betracht, dass wenige Tage zuvor die Franzosen den Székler-Hussaren-Major Lovász, einen österreichischen Parlamentär, widerrechtlich gefangen genommen hatten, und dass bei den österreichischen Vorposten Gerüchte von seiner Ermordung durch die Franzosen Verbreitung und Glauben fanden, — erwägt man endlich die

*) Nach einem Briefe Fichte's an Reinhold vom 22. Mai 1799 hat Alles in Weimar über den Gesandtenmord gejubelt, und S. und G. (d. i. Schiller und Göthe) haben ausgerufen: „So ist's Recht, diese Hunde muss man todtschlagen!“ War dies die Stimmung der grossen Dichter- und Gelehrtencolonie, wie kann man dann gegen die Székler des Jahres 1799 noch irgend Vorwürfe erheben?

**) Siehe: Reichlin-Meldegg, Gesandtenmord, Seite 36.

in Folge der völkerrechtswidrigen Handlungen der Franzosen tief erbitterte Stimmung einer an sich schon rohen Soldateska, die, wie auch aus dem Generalbefehl des Erzherzogs Generalissimus vom 20. März deutlich hervorgeht,*) das ganze Militär ergriffen

*) Siehe: Geheime Geschichte des Rastadter Congresses, Bd. 5 Abth. 2, Seite 104. Generalbefehl des Erzherzogs Carl vom 20. März 1799. „Die feindlichen Absichten, über welche schon das erste Vorrücken der französischen Truppen keinen Zweifel mehr übrig liessen, entwickelten sich seitdem alltäglich mehr und mehr, und endlich geht das in das hellste Licht über, was man französischer Seits mit der angekündigten Besitznahme militärischer Stellungen bis zum Zeitpunkte der vollendeten Zusammenziehung sämmtlicher Truppen zu verschleiern suchte. — Gegen Graubündten und das Vorarlbergische eröffnete Massena schon unterm 6. von der Schweiz aus die feindlichen Angriffe; er machte selbst mit einem Ueberfalle den Anfang; keine Kriegs- oder sonstige Erklärung gieng voraus. Den 15. rückte ein feindliches Corps gegen Stockach vor, griff unsern dort aufgestellten Aviso-Posten an und drängte denselben zurück. — Ein Gleiches wurde gegen den Posten Klosterwald und Zosnegg unternommen. — Zu gleicher Zeit, nämlich den 16., liess General Tarreau gegen den diesseitigen Posten in Salmannsweiler Kanonen aufführen und bemeisterte sich desselben mit Cavallerie- und Infanterie-Detachements, und auf gleiche Art wurde der diesseitige Posten in Ueberlingen angegriffen. Die Posten des Generalmajors von Piazek wurden bis nach Ravensburg zurückgedrückt; sogar wurde eine der von demselben ausgestellten Vedetten hinterlistiger Weise verwundet. — Der Major Lovász machte dem französischen Commandanten von diesem Vorgang unterm 20. die Anzeige; da der Major aber deswegen an den General Tarreau verwiesen wurde, so begehrte jener, mittelst eines Trompeters, mit ihm hierüber eine Unterredung zu pflegen. Als der Major sich ihm näherte, so nahm der französische General denselben mit seinem Detachement gefangen, — eine Handlung, die bis jetzt noch in keinem Kriege erhört worden, und welche das Kriegsrecht sogar selbst mitten im Laufe der heftigsten Schlachten als höchst unerlaubt erklärt. —

„Nach einer jetzt mir zukommenden Meldung rückte die französische Armee auf meine Avantgarde vor, überwältigte einige Detachements derselben und dringt bis Hosskirchen und Kloster Siessen vor.

„Einer Reihe von solchen Offensivhandlungen folgt auf dem Fusse das in der Anlage beigedruckte Schreiben des französischen en Chef Commandirenden. Dasselbe ist von einem solchen Inhalt,

haben musste, so leiten uns diese einfachen Ueberlegungen in fast überzeugender Weise auf die wahren Ursachen eines in solchen Zeiten und bei solcher Stimmung der Gemüther nicht nur sehr leicht möglichen, sondern sogar schwer zu vermeidenden Soldaten-Excesses. Als solchen betrachten ihn die österreichischen Quellen kurz nach geschehener That,*) und bis nicht eine andere Schlussfolgerung, auf die bisher unauffindbaren Untersuchungsacten gegründet, ihre bessere Berechtigung erweist, wird unsere Darstellung als die natürlichste Erklärung der Thatsachen erscheinen.

Die That vom 28. April trat sehr bald unter dem Eindruck der Kriegsereignisse zurück, die ganz Europa erschütterten. Von den Küsten Bataviens, vom deutschen Meer bis an den Golf von Neapel brandeten die Fluten des furchtbaren Kampfes.

---

dass es nur mit Kanonen beantwortet werden kann und darf, — und die jetzt nur beispielsweise aufgezählten feindseligen Handlungen, welche man sich seit dem 6. laufenden Monats bis heute in täglich verstärktem Maasstabe von allen Seiten her gegen die meinen Oberbefehlen unterstehenden Truppen erlaubte, sind von der Natur, dass dermalen schlechterdings Nichts anders übrig bleibt, als das Hinterlistige in der Art zu rächen und den Insulten, deren die Kriegsgeschichte keine ähnlichen aufweiset, so zu begegnen, wie es die beleidigte Ehre der meinem Commando unterstehenden Truppen dringend fordert. Alle unseligen Folgen, welche für die leidende Menschheit aus diesem neuen Kampfe entstehen dürften, sollen Jene vor der Welt verantworten, welche beinahe in dem nämlichen Augenblicke, wo sie friedfertige Zusicherungen wiederholten, die diesseitigen Truppen in ihren ruhigen Stellungen feindlich angegriffen und selbst durch Ueberfälle den höchsten Grad von Feindseligkeit ausübten, — und all' dieses zum Theil aus Ursachen, welche auf keine Art zu rechtfertigen, auch selbst mit dem gesunden Menschenverstande contrastiren, — zum Theil unter Vorwänden, welchen die Geschichte unserer Tage durch die Darlegung des Gegentheils von dem, was vorgegeben wird, laut widerspricht."

*) Siehe Urkundentheil, Seite 119—124.

An den tosenden Strömen der lombardischen Gefilde wurde noch Einmal um den Besitz Italiens blutig gestritten; in der Schweiz, in den Alpenpässen, auf Gletschern und in Gebirgsschluchten, in welchen sonst nur Gemsen und Adler hausen, wurden Schlachten geliefert, — dort entschied sich das Schicksal des deutschen Reiches.*) Der letzte deutsche Kaiser, von Thugut treu und gut berathen, erschloss noch Einmal alle Hilfsquellen seiner tief erschöpften Erblande, um mit österreichischem Blut Deutschland von seinem gänzlichen Untergang zu erretten, seinem Thron und seinen Reichen die Unabhängigkeit und Freiheit, seinem Hause die Krone Carls des Grossen zu bewahren, wie sie ihm die Vorsehung anvertraut hatte.

Allein — seit Anbeginn der Revolutionskriege hatten die deutschen Fürsten abwechselnd die Sache des Reiches und ihres constitutionellen Oberhauptes verrathen. Nicht Oesterreich, sondern die deutschen Fürsten hatten es dahin gebracht, dass Napoleon in Passariano**) das deutsche Reich eine „schändliche Metze“ schmähen konnte, an der jeder ungestraft Gewalt üben dürfe! Unerschütterlich im heroischen Kampfe gegen Uebermacht und Verrath, war es der österreichische Kaiseradler allein, unter dessen Fittigen für das Interesse der deutschen Gesammtheit von Anbeginn des Krieges bis 1799 gekämpft wurde, bis er endlich, bei Marengo und Hohenlinden zu Tod getroffen, in Luneville, sterbend zusammenbrach. Noch im Jahre 1799 sprach man trotz der grossen militärischen Niederlagen, welche die österreichischen Waffen in den vergangenen Feldzügen getroffen hatten, dort, wo es noch einen Funken deutscher Vaterlandsliebe gab, mit Stolz, ja mit Begeisterung von den österreichischen Soldaten. Im Schwarzwald, in Schwaben, in Luxemburg, im Rheinlande und in Franken hob sich die Brust desjenigen

*) Ueber die Ursachen des Missgeschickes der verbündeten Waffen siehe des Verfassers „Korssakoff und die Betheiligung der Russen an der Schlacht bei Zürich 1799.“ (Wien. 1869.)

**) Siehe in Hüffer's „Oesterreich und Preussen etc.“ das ganze hochinteressante dritte Buch.

höher, der sich „kaiserlich" oder „österreichisch" gesinnt nennen durfte! — Wenn sich einst die Gegensätze versöhnt haben werden, die heute noch in der Erregung politischer Leidenschaften die Parteien erfüllen, wird sich in Deutschland endlich die Erkenntniss Bahn brechen, dass niemals eine Politik des Sieges würdiger war, als die von Thugut geleitete, die der preussische Historiker v. Sybel spöttisch „die Thugut-grossdeutsche" zu nennen wagt. Dieser grossdeutschen Idee, — der Idee der innigen, unauflöslichen Verkettung Oesterreichs mit Deutschland, welche das Herz unserer Vorfahren nicht minder wie das unsere bewegte, blieb Thugut treu, als in den Niederlanden, in Italien und am Rhein längst Alles verloren schien, — ihr blieb er treu in den Augenblicken des Schreckens, die den Präliminarien von Leoben vorhergiengen; als in Folge des Abfalls aller verbündeten Mächte von der gemeinsamen Sache, durch das militärische Missgeschick bedingt, das Können dem Wollen nicht mehr entsprach. Und als diese Politik sich endlich zum Frieden von Campo Formio gezwungen sah, den der vom Fieberfrost geschüttelte und innerlich gebrochene Minister einen auf ewige Zeiten schmachvollen Frieden nannte, „qui par son ignominie fera époque dans les fastes de l'Autriche!" — da sehen wir sogleich nach dem unglücklichen Tag, an welchem dem letzten deutschen Kaiser die Ratification jenes unheilvollen Vertrages abgenöthigt wurde, seinen ersten Minister eifrigst bemüht, die Einleitung zur Wiederaufnahme des grossen Kampfes zu treffen, der nach der Auflösung des Rastadter Congresses ausbrach. Die Coalition, die noch im Jahr 1799 unter günstigeren Sternen das deutsche Reich von seinem Untergang zu retten vermocht hätte, war ausschliesslich das Werk und das Verdienst dieser heute von Seite preussischer Hofhistoriographen verhöhnten „grossdeutschen" Politik. Der deutschen Nation aber wäre ihre traurigste Demüthigung, die Zerrissenheit und politische Ohnmacht nahezu eines ganzen Jahrhunderts erspart geblieben, wenn der Sieg dieser Politik und ihren Waffen treu geblieben, — wenn dem Genie eines Thugut das Genie eines Eugen von Savoyen zur Seite gestanden wäre. Was auch heute die deutschen Waffen Glänzendes ohne Oesterreich vollbringen, mit Oesterreich in treuer Bundes-

genossenschaft vereint hätten sie vor 70 Jahren schon dasselbe vollbracht. Ein trauriges Geschick beschied den deutsch-österreichischen Fahnen ein anderes Schicksal. Zwar hat das Glück die kaiserlichen Waffen nie zu übermässig gesegnet, aber der deutsche Geschichtschreiber darf es mit Befriedigung verzeichnen, dass Oesterreich keinen Antheil hat an der politischen Schuld, unter der das alte deutsche Reich zusammenbrach.

ERSTE ABTHEILUNG.

I.

THUGUT AN STARHEMBERG, DIETRICHSTEIN UND REUSS.

Wien, den 28. März 1798.

„Seit dem Baseler Frieden haben wir an den reichsständischen und ebenso an den grossen alliirten Höfen unaufhörlich vorgestellt, dass durch die preussische — in ihrer Grundlage unabänderliche Uebereinkunft mit Frankreich eine dem deutschen Reiche höchst nachtheilige Friedensbasis festgesetzt worden sei, deren verderbliche Folgen wir allein, ohne die nachdrücklichste Unterstützung und zweckmässige Verwendungen unserer Alliirten, auch durch die äusserste Anstrengung aller unserer Kräfte und auch durch die grössten Aufopferungen unseres eigenen Interesses nicht zu verhindern im Stande sein würden. Was für ein Zusammenfluss widriger Umstände uns in der äussersten Verlassenheit und nach fehlgeschlagenen Bemühungen zur gänzlichen Rettung des Reichs bei dem uns abgenöthigten Frieden zu Campo-Formio am Ende gezwungen hat, die Bedingnisse einzugehen, zur Erzielung des allgemeinen Reichsfriedens unsere Truppen aus dem Reich grösstentheils zurück- und aus den Reichsfestungen ganz herauszuziehen, ist bereits sattsam bekannt und bedarf hier keiner Wiederholung.

Die Reichsfriedens-Deputation und alle unparteiisch urtheilenden Reichsstände haben seitdem sich vollkommen

überzeugt, dass wir uns zu Campo-Formio, so viel nur immer in unserer Macht stand, verwendet haben, dass nach dem, was man uns dort französischer Seits feierlich zugesagt hat, das Unglück des Reichs erträglich würde gewesen sein; dass wir die Abtretung des ganzen linken Rheinufers nicht stipulirt — und überhaupt durch unsere eingegangenen Verbindlichkeiten dem Reich in Nichts vorgegriffen, sondern zu seiner freien Entscheidung dergestalt Alles offen behalten haben, dass in dem Falle, wo das gesammte Reich die von Frankreich zu erwartenden Friedensbedingnisse zu hart finden und wieder zu kriegerischen Maassnehmungen schreiten sollte, wir, unseres Friedens mit Frankreich ungeachtet, uns die Stellung unseres Contingentes ausdrücklich ausbedungen haben; wie denn auch dies österreichische Contingent in der Vollzähligkeit nach dem Quintuplum, so wie es während dieses Krieges nur einige Reichsstände gestellt haben, wirklich im Felde stehet und weit den grössten Theil der ganzen Reichsarmee ausmacht. Von diesem unserm Benehmen sind die Reichsstände um so mehr überzeugt, als sie nun durch unmittelbare Unterhandlung zu Rastadt mit den Franzosen lebhaft fühlen, wie hart mit diesem Feind zu tractiren ist, und dass nur durch unsere vorausgeschickten ansehnlichen Aufopferungen die vom Reich so unzeitig, ungestüm und beinahe drohend verlangte Eröffnung eines Reichsfriedens-Congresses möglich gemacht worden ist.

Nach unserem Frieden zu Campo-Formio blieb also noch die gegründete Hoffnung, einen grossen Theil des linken Rheinufers und das Uebrige des Reichs von gefährlicher Zerstücklung zu retten und die Reichsconstitution im Ganzen in ihrer Integrität zu erhalten, wenn die Reichsstände in Erwägung der unmässigen Forderungen, welche die Franzosen laut genug vorangekündet hatten, sich aufrichtig ohne Nebenabsichten hätten vereinigen wollen.

Diese Vereinigung der Stände aber wäre nicht blos möglich, sondern ganz sicher zu erwarten gewesen, wenn Preussen sich für die Erhaltung der Integrität des Reichs in dem vorbemerkten Sinn hätte erklären wollen, indem alsdann die mächtigen Reichsstände Kursachsen, Kurbraunschweig, Baden, Württemberg und Hessen-Kassel diesem Beispiele hätten folgen, folglich das Reich dadurch und durch Vereinigung seiner Kräfte in einen imposanten Wehrstand sich hätte versetzen müssen, und so die Friedensunterhandlung, wie es die gesunde Politik, die Lage der Umstände und die unmässigen Forderungen des Feindes allerdings nöthig machten, mit diesen Vorbereitungen der Gegenwehr würde angefangen haben. Weit entfernt aber, dass der preussische Hof auch nur einigermassen zu erkennen gegeben, wenigstens in dem äussersten Fall sich der Reichsstände thätig annehmen zu wollen, gaben die preussischen Minister im Reich Alles für verloren, sagten, es sei nun Alles zu spät, vergrösserten die Uebermacht der Franzosen, und um unseren ganz entgegengesetzten Vorstellungen und Ermahnungen alle Wirksamkeit zu nehmen, behaupteten sie öffentlich, das Schicksal des Reichs sei durch unsere Tractate mit Frankreich unabänderlich entschieden, der Reichscongress sei eine blosse Formalität, und Preussen müsse nun einzig darauf sehen, dass die österreichischen Vergrösserungs-Pläne auf Unkosten des Reichs vereitelt würden, zu welchem Ende dann Preussen trachten müsse, dass auch die für sich und andere Reichsstände eingegangenen Tractate aufrechterhalten und in Erfüllung gesetzt würden. Diese Aeusserungen waren mehr als hinlänglich, die unter preussischem Schutz auf Erweiterung ihrer Besitzungen speculirenden Reichsstände zu bewegen, sich noch fester an Frankreich und Preussen anzuschliessen und die übrigen zaghaften, unentschlossenen und leichtgläubigen Reichsstände in

eine gänzliche Abspannung zu versetzen, folglich die Trennung der Reichsstände, welche so sehr zum Vortheil des Feindes während des Reichskrieges gewirkt hat, auch für die Reichsfriedens-Unterhandlung zu unterhalten. Man überliess sich daher sorglos von einer Seite der Hoffnung, und von der andern dem Schicksal. Nicht nur war an keine Unterstützung der Reichsarmee mit Geld oder Truppen mehr zu gedenken, sondern selbst unser starkes Reichscontingent von etlichen und dreissig Tausend Mann wurde auf preussische Vorspiegelungen als unnütz, und sohin von den Reichsständen als lästig angesehen, so dass wir, um dem beinahe allgemeinen Verlangen genug zu thun, dasselbe beinahe ganz in die Erblande hätten zurückziehen sollen.

Unter solchen Umständen schritt denn das Reich zu den Friedensunterhandlungen zu Rastadt und stellte sich, wie dies immer die preussische Absicht war, ganz wehrlos der französischen übermüthigen Willkühr dar, und mit unserm besten Willen, uns für das Reich mit allem Nachdruck zu verwenden, fanden wir alle Gutgesinnten nicht nur mit Muthlosigkeit, sondern auch noch mit Misstrauen eingenommen, — die preussische Partei aber fest unter sich zur Durchsetzung ihrer Absichten vereiniget, und ist daher leicht zu erachten, wie wenig es uns bisher gelingen konnte, das dem Reich bereitete und bereits erfolgte Unglück zu lindern, da wir einerseits bei der insultanten Hartnäckigkeit der Franzosen, andererseits bei den mit Preussen vereinigten protestantischen Reichsständen, die Alles, was wir einleiten wollten, eilfertig an die Franzosen verriethen, unübersteigliche Hindernisse gefunden haben.

Wie sich Preussen bis zur Stunde bei den Reichsfriedens-Unterhandlungen benommen, und dass selbst Hannover den Leitungen der preussischen Minister Schritt

für Schritt gefolgt ist, beweiset der ganze Gang dieses Geschäftes, und werden alle unparteiischen Berichte einstimmig bestätigen. Da es zu weitläufig wäre, hier Alles umständlich anzuführen, so müssen wir uns bei einigen actenmässigen Bemerkungen beschränken, aus welchen sattsam erhellet, dass die preussischen Minister nicht nur für das Reich Nichts gethan, sondern mit ihren Anhängern die französischen Absichten durchzusetzen treulich sich bearbeitet haben.

Bonaparte und die zwei andern französischen Bevollmächtigten gaben gleich deutlich zu erkennen, dass sie die Ankunft der preussischen Minister mit Ungeduld erwarten; erklärten sohin vorläufig, dass Frankreich vor allem Mainz haben müsse, sonst könne nicht zu den Unterhandlungen geschritten werden. Eben so freimüthig äusserten sie sich über das Schicksal der geistlichen Fürsten und machten kein Geheimniss daraus, dass Frankreich auf der Execution der Separatfrieden, in welchen bekanntlich die Mitwirkung zur Abtretung des ganzen linken Rheinufers mit der Säcularisation als Basis willkührlicher Entschädigung festgesetzt worden ist, durchaus bestehen würde.

Die preussischen Gesandten fanden hierin eine ganz natürliche Folge der französischen Uebermacht und suchten die Reichsstände auf alle Art vorzubereiten, sich in ein, wie sie vorgaben, unvermeidliches Schicksal zu ergeben.

Nach der Abreise des Bonaparte, der in dem Bewusstsein dessen, was wir in Ansehung des Reichs während unserer eigenen Unterhandlung geäussert haben, etwas an sich halten musste, hatten die preussischen Minister freies Spiel, und es war leicht, mit dem ihnen ganz ergebenen französischen Bevollmächtigten Treilhard, einer Creatur des geschwornen Reichsfeindes Rewbel, Allem

dem, was wir mit Bonaparte abgeschlossen hatten, nicht nur eine gehässige, sondern in der Anwendung ganz widrige Wendung zu geben, wie dies gleich in Ansehung der Festung Mainz der Fall war, deren förmliche Uebergabe man uns zumuthen wollte, da wir doch blos den Abzug unserer Truppen zugesagt haben, Alles übrige aber dem Kurfürsten und dem gesammten Reich anheimgestellt sein sollte.

Als wir sohin uns durchaus weigerten, Mainz an die Franzosen zu übergeben, liessen die Franzosen Truppen vorrücken; wir sprachen dagegen; Preussen gab nicht ein Zeichen der Missbilligung; auch dann, als die Franzosen selbst Ehrenbreitstein zu bedrohen schienen, und Kur-Trier sein Unvermögen erklärte, seine Truppen dort länger zu unterhalten, machte Preussen nicht den geringsten Antrag, diesen Platz zu besetzen oder zu einem Geldbeitrag das gesammte Reich zu bestimmen; man hatte sogar die Unverschämtheit, da von Rettung des Reichs die Rede war, auf Privatfrieden sich zu beziehen, durch die man sich zur Verweigerung aller Hilfe verbindlich gemacht hat. Graf Görz sagte dem hessen-darmstädtischen Deputirten deutlich: „das Hauptwesen müsse dermal sein, die deutschen Erbstaaten zu unterstützen und zu erheben; der Reichstag müsse unbeschränkte Vollmacht geben; die Sachen können durch keinen Krieg mehr gutgemacht werden.“ Dabei suchte er den k. k. Bevollmächtigten, welche ihrer Weisung gemäss den preussischen Ministern immer so rücksichtlich begegneten, dass sie an ihrer Bereitwilligkeit zum gemeinsamen Besten sich mit ihnen einzuverstehen nicht zweifeln konnten, bei allen Gesandten durch die gröbsten Verläumdungen alles Vertrauen zu benehmen; indessen Baron Jacobi bei diesen ganz mässige Gesinnungen äusserte und so weit gieng ihnen zu sagen: „le roi d'à présent (Friedr. Wilh. III.) et nous, nous

avons de la résipiscence"; dadurch wollte man uns also zu Vertraulichkeiten locken, um sohin Alles an die Franzosen zu verrathen. Eben diese heuchlerische Sprache führten die preussischen Minister bei den Deputirten der geistlichen Fürsten; weil aber ihre Handlungsart schon zu sehr am Tage lag, sagte der kurmainzische Gesandte ihnen in das Gesicht: „Ihr Preussen sprecht immer über die jetzige traurige Lage und tadelt; ist es Euer Ernst, wahrhaft zu helfen? Worte geben Nichts aus, die That ist nöthig. Der preussische Hof hat den Kurfürsten hineingeführt, Hilfe und Vertretung versprochen; wo ist sie nun? Oesterreich declarirt, dass, wenn Alles im Reich bliebe, wie es ist, sei es ihm recht, und verlange Nichts. Oesterreich habe auch den Grundsatz, wer Nichts verliert, kann Nichts verlangen und soll Nichts bekommen. Denkt Preussen auch so? Declarirt Euch auch, dass Ihr Nichts wollt!" Der hierüber betroffene Graf Görz antwortete Nichts anderes als: „die Sache sei nun zu weit gekommen," worauf Baron Albini erwiederte: „Auf diese Art muss die Festung Mainz fallen; alsdann wird aber auch Preussen wie andere seine Sentenz erhalten." Diese Unterredung ist in Rastadt allgemein bekannt.

Da wir auf diese Art die traurige Gewissheit hatten, dass Preussen zur Rettung von Mainz, mithin auch der ihm untergebene mächtige Anhang, durchaus Nichts thun, nicht einmal etwas Nachdrückliches vorstellen wolle, riethen endlich auch wir dem mainzischen Hof, der offenbaren Gewalt nachzugeben und der, ohne einen offenbaren Krieg nun nicht zu rettenden Festung Mainz wegen nicht das Land der feindlichen Verheerung preiszugeben. Von nun aber war Alles bei der Deputation überzeugt, dass Preussen nicht zu helfen, sondern das Reich zu theilen gekommen sei. Nachdem einmal die wichtigste und einzige Grenzfestung von dieser Seite in Frankreichs Händen war, so

war wohl nicht mehr zu zweifeln, dass sohin das innere Land ebenfalls werde in Anspruch genommen werden; und die preussischen Minister übernahmen wieder die Rolle, die Reichsstände auf die weiteren französischen Propositionen vorzubereiten. Graf Görz vertraute daher dem kurmainzischen Gesandten: „Treilhard habe rund erklärt, Frankreich bestehe auf der Acquisition des ganzen linken Rheinufers, und die Entschädigungen für die Reichsstände müssten auf dem rechten gesucht werden.“ — Zu diesem Ende und um die Reichsstände vollends desto sicherer der französischen Willkühr überliefern zu können, rieth er ihm an, die Deputation zu vermögen, die preussische Vermittlung anzusuchen; dieser antwortete aber hierauf im vorigen Tone: „dass er vorerst wissen müsse, ob Preussen mit der That helfen wolle; sonst würde man besonders Mainz noch unglücklicher machen und bei Frankreich unnützes Misstrauen erregen.

Endlich kamen am 17. Jänner die französischen Bevollmächtigten zu der von den preussischen Ministern schon angekündigten ersten Proposition und verlangten zur Kriegsentschädigung das ganze linke Rheinufer als unveränderliche Basis des Friedens. Die Reichsdeputation antwortete durch Vorstellungen über die Ungerechtigkeit dieser Forderung; Oesterreich unterstützte dieselben; Preussen aber tadelte diese Sprache, indessen die französischen Bevollmächtigten selbst nicht umhin konnten zu bekennen, dass der Kaiser in doppelter Eigenschaft seine Pflicht erfüllen müsse. Auf die neuerlichen Vorwürfe der kurmainzischen Deputirten, dass Preussen nicht helfe, die Demarcationsarmee stehe müssig da und nähre sich doch auf Kosten des Reichs, antwortete Gr. Görz kaltblütig: „wegen der Stipulationen des Baseler Friedens könne man sich diesfalls nicht entgegen setzen.“

Auf die französische Inhäsivantwort erneuerte die Deputation fruchtlos ihre Vorstellung; denn die Franzosen erklärten in den stärksten Ausdrücken, dass man die Deputation für alle Folgen des verweigerten Beitrittes zur vorgelegten Basis verantwortlich mache.

Inzwischen nahmen die Franzosen die Rheinschanze bei Mannheim mit offener Gewalt weg, „pour pousser la lenteur des affaires de Rastadt“, wie General Oudinot sagte. Die Preussen äusserten hierüber nicht Ein Wort, und als wir den französischen Bevollmächtigten dagegen nachträgliche Vorstellungen machten, antworteten sie uns: „Was wir allein für einen Beruf hätten, uns so sehr des Reichs, und was für eine Ursache, uns der gegen uns so hitzig arbeitenden Pfälzer anzunehmen?“

Die Preussen begnügten sich übrigens nicht, in Paris und Rastadt nach ihrem System zu arbeiten. Sie wollten auch schon zeitlich bei der Reichsversammlung, wohin ihr Friedenswerk zur Ratification kommen muss, Alles nach ihrer Absicht vorbereiten. Sie suchten daher die eifrige Geschäftigkeit der k. k. Gesandtschaft zu benutzen, um zwischen ihr und der Deputation Uneinigkeit zu unterhalten; um aber die Verwirrung unter den Reichsständen auf den höchsten Grad zu bringen, ermunterten sie die Franzosen, den ehemaligen Agenten in der Schweiz, Bacher, als Privatmann nach Regensburg abzuschicken. Graf Görz gab ihm sogar ein Schreiben an den württembergischen Reichstags-Gesandten Freiherrn von Seckendorff mit, damit er ihn dort präsentire und leite. Bacher begab sich auch dahin und wurde nicht nur gut aufgenommen, sondern die preussischen Anhänger brachten es gleich so weit, dass er fast förmlich als Gesandter anerkannt wurde.

Die Reichsdeputation bemühte sich nun umsonst, die Franzosen zu bewegen, sich vor Allem auch über den

Punkt der Entschädigung zu äussern; unterm 11. Hornung gaben sie die abschneidende Antwort: „La cession de ce qui est au-delà du Rhin, voilà la base; l'indemnité sur la rive droite, voilà la conséquence; les évaluations, le mode et l'application viennent ensuite." Um das Reich endlich zur Einwilligung zu bestimmen, ängstigten die Franzosen die Reichsstände nicht blos mit dem Vorrücken der Truppen, sondern auch mit Volksaufwiegelung in Schwaben. Die preussischen Minister malten dies Alles ins Schwarze und machten Alles vollends ganz muthlos.

Die Deputation entschloss sich Anfangs, die Hälfte der Besitzung auf dem linken Rheinufer, und endlich zwei Drittheil anzubieten. Die preussischen Minister hetzten die Reichsstände auf, von uns zu fordern, dass wir in der Deputation vorausstimmen sollen, — in der bösen Absicht, um unsere allfällige Nachgiebigkeit als die Wirkung unserer vorgeblichen geheimen Stipulation gehässig darzustellen, oder aber, bei bezeigter Standhaftigkeit, uns für alle widrigen Folgen bei dem Reich verantwortlich zu machen. Wir fanden aber den Weg, wie unsere Aeusserungen in dem Protokoll beweisen, die Deputation zu überzeugen, dass wir durchaus keine Nebenabsichten haben, der Deputation unsere Meinung nicht aufdringen wollen und durch keine Art Verbindlichkeit gehindert sind, aufrichtig das zu wollen, was die Reichsstände in dieser Lage dem allgemeinen Besten angemessen erachten denn als die Deputation auf ein Drittheil stimmte, liessen wir uns nur durch das Bitten der Deputirten bewegen, auf eine diesem gleich kommende militärische Linie anzutragen.

Die Franzosen machten uns über dieses Benehmen die heftigsten Vorwürfe, und wir haben Spuren, dass sie durch die preussischen Insinuationen, — nämlich: „wir gründen Hoffnungen auf eine neue Coalition der Mächte, auf

Gegenrevolutionen in Italien und auf den vermeinten Widerstand der Schweizer“ gar sehr aufgebracht worden sind.

Indessen erklärte Treilhard im drohendsten Tone: „Sans toute la rive gauche la guerre recommence demain.“ Die preussischen Minister wiederholten diese Worte an allen Orten; sie machten sich besonders an den kurmainzischen Baron Albini, der ihnen anfangs so stark als vormals antwortete, und als ihn hierauf Graf Görz fragte: „Will dann der Kaiser seine Truppen vorrücken lassen?“ erwiederte Baron Albini: „Warum der Kaiser allein? Warum nicht Preussen, die Hannoveraner, die Sachsen etc.? Rückt vor! alsdann wird der Kaiser sehen, was er thun kann.“

Diese Standhaftigkeit des kurmainzischen Deputirten, welche den preussischen Drohungen diesfalls widerstand, ist jedoch am Ende durch täuschende Versprechungen auf einmal und plötzlich wankend gemacht worden. Die preussischen Minister versicherten den Baron Albini, für die Existenz des Kurfürsten werde vollkommen gesorgt werden. Als er dadurch aufmerksamer wurde, schickten sie den Treilhard selbst zu ihm, der ihn so zu beruhigen wusste, dass er gleich an seinen Herrn, an den Reichstag und allenthalben hin schrieb: „dem Kurfürstenthum Mainz sei nun seine ganze Existenz gesichert“, und so beförderte er dann den Schluss der Deputation vom 9. März, worin das linke Rheinufer zwar unter gewissen Voraussetzungen, aber, nach dem Sinne des Ausdruckes, auf eine unbedingte Art ganz abgetreten wurde. Oesterreich allein stimmte nicht bei, wie dies aus den Protokollen am Tag lieget, sondern bezog sich lediglich auf seine vorige Aeusserung, wo auf eine militärische Linie angetragen wurde, wodurch Vieles von dem Pfälzischen, die preussischen Besitzungen und unter Andern das ganze Kurfürstenthum Köln wäre gerettet worden.

So betrugen sich bis zur Stunde die preussischen Minister bei den Reichsfriedens-Unterhandlungen. Wie sie nun bei den wichtigen Punkten der Indemnität unsere reine Absicht, das Unglück des Reiches zu lindern und seine Verfassung zu sichern, unterstützen werden, stehet zu erwarten.

In der Note vom 14. d. nahmen die französischen Bevollmächtigten die Abtretung des linken Rheinufers utiliter an, umgiengen alle mit der Abtretung verbundenen Anträge der Reichsdeputation und schlugen unbestimmt die Säcularisation als Basis der Entschädigungen vor, worüber dann, als einen Triumph über das gemeinsame Vaterland, die Preussen ihre Freude nicht verbergen konnten." *)

II.

THUGUT AN DIESELBEN.

Wien, den 4. April 1798.

„Kaum war die französische Note, mit der die Entschädigungsbasis proponirt ist, bekannt, so fiengen die kön. preussischen Minister gleich wieder thätigst sich bei den

---

*) Seit Jahren wollte kein deutscher Geschichtschreiber auf Seite der deutschen Mächte auch nur die geringste Spur von Vaterlandsliebe, Pflichtgefühl und Redlichkeit entdecken. „Nirgends," so klagte man bisher „für das deutsche Volk, für das Schicksal der deutschen Nachwelt und unseres ehrwürdigen Reiches, nirgends eine Spur von Mitgefühl!" Der kleindeutsche Historiker L. Häusser glaubte sich daher zu dem Ausruf berechtigt: „Allenthalben nur betrogene Betrüger, vom Kaiser an bis zu den kleinen süddeutschen Reichsständen herab! Keiner hat Ursache, den Andern um seines geringen Patriotismus willen vor der Nachwelt anzuklagen!"

Reichsdeputirten zu bearbeiten an, dass die Deputation doch keinen Anstand nehmen und nicht zögern möchte, die von Frankreich vorgelegte Basis der Entschädigung gleichfalls unbedingt anzunehmen. Zwischen den kön. preussischen Ministern und den kursächsischen Deputirten und mit dem bremischen, welche diese Basis höchst ungerecht fanden und über eine solche Zumuthung die Sprache erhoben, kam es zu lebhafter Erörterung, und diese zwei Deputirten äusserten bei verschiedenen Gelegenheiten ganz freimüthig: „Es sei ganz unbegreiflich, dass man wegen dem wenig bedeutenden preussischen Land, das Preussen durchaus und zu seiner besseren Convenienz an Frankreich abgeben wolle, Deutschland ganz verwirren, die Besitzungen verändern und einige Stände des Ihrigen ganz berauben, hiemit die Reichsverfassung zu Grunde gerichtet sehen solle.“

Während nun die kön. preussischen Minister durch mancherlei täuschende Vorstellungen die Reichsstände zur unvorsichtigen und unbedingten Einwilligung in einen so viel umfassenden wichtigen Punkt zu bewegen sich angelegen sein lassen, führen die französischen Bevollmächtigten nicht nur wieder die nämliche drohende Sprache, sondern sie machen alle Anstalten, wie im offenbaren Krieg, die auf der rechten Seite gelegene Festung Ehrenbreitstein wegzunehmen oder durch Abschneidung aller Zufuhr zur Uebergabe zu nöthigen. Diese Festung ist wirklich schon so eng als bei einer wirklichen Belagerung eingeschlossen; nicht das Geringste wird von den Franzosen gestattet in die Festung zu bringen. Dem Commandanten ist sogar das Ansuchen von dem französischen Divisions-Commandanten Hardy abgeschlagen, von seiner Situation dem Reichs-Generalcommando Nachricht zu ertheilen, und er hat dies, wie zur Zeit einer wirklichen Belagerung, nur auf einem Nebenweg bewerk-

stelligen können. Die Reichsdeputation führt über dies Verfahren mitten im Waffenstillstand bittere Klagen; die kaiserliche Plenipotenz machte officielle Vorstellungen, die k. k. Minister unterstützten solche nachdrücklich; die französischen Minister geben hierüber gar keine schriftliche Antwort, lehnen in mündlichen Aeusserungen dies als einen sie nicht berührenden militärischen Gegenstand von sich ab, und die königlich preussischen Minister nehmen an dieser so grossen Verlegenheit des gesammten Reichs nicht den geringsten Antheil und geben nicht mit einem Wort ihre Missbilligung zu erkennen."

III.

THUGUT AN DIESELBEN.

Wien, den 15. April 1798.

„Die unvermuthete und nicht zu erwartende Aussteckung der dreifarbigen französischen Freiheitsfahne an der Wohnung des französischen Botschafters hat in der Nacht vom 13. dieses einen Volksauflauf verursacht, der, ohne die besondere Gutmüthigkeit des hiesigen Volkes und ohne die sohin gleich getroffenen militärischen Anstalten, für die Sicherheit der Stadt von den traurigsten Folgen und der Anfang von den grössten Unordnungen hätte werden können. Der französische Botschafter Bernadotte, der bekanntermassen mit seiner unangesagten Ankunft uns hier so schnell überrascht hat, dass über die wohl vorzusehenden Inconvenienzen bei einer solchen Gesandtschaft nicht die geringste Uebereinkunft getroffen werden konnte, gab sich Anfangs das Ansehen, als wenn er sich in Allem den

hiesigen Gebräuchen nach Art anderer Gesandtschaften fügen wolle; da er selbst aber weder für seinen Posten die nöthige Bildung noch die erforderlichen Kenntnisse hatte, anbei aber ganz von dem rohen, wilden Uebermuth der dermaligen französischen Kriegsleute eingenommen war, liess er sich ganz von den fanatischen, kecken, ausgelassenen jungen Leuten leiten, die unter verschiedenem Charakter ihm beigegeben waren. Diese Leute, und in manchen Gelegenheiten auch er selbst, spotteten unter sich und vor ihrer hier angenommenen deutschen Dienerschaft über Alles, was bei uns und anderen wohlgeordneten Staaten ausser Frankreich ehrwürdig und heilig ist, und konnten sich selbst an öffentlichen Orten, z. B. im Schauspiel, Geringschätzung für das, was das Volk ehrt und liebt, zu erkennen zu geben nicht enthalten, wodurch sie sich denn gar bald den Unwillen der hiesigen Einwohner aller Klassen zugezogen haben. Das Gouvernement traf alle mögliche Vorsehung, liess unter der Hand die nöthigen Warnungen ergehen, um allen Unannehmlichkeiten und aller Veranlassung hiezu auszuweichen. Die französische Botschaft konnte nicht anders als über das Betragen des Hofes gegen sie sich beloben, und dass sie bei dem Volk wegen ihres unerträglichen Stolzes und Verachtungsbezeigung gegen alle hiesigen Gewohnheiten verhasst wurde, war ganz die Folge ihres insolenten Betragens. Demungeachtet fieng diese Botschaft bald an, bei der geringsten selbst gegebenen Veranlassung über Abgang von Rücksichten in den geringfügigsten Dingen Beschwerde zu führen, und die Regierung that immer weit mehr, als man vernünftiger Weise fordern konnte, sie zufriedenzustellen. Dadurch liessen sich aber diese Leute nicht besänftigen; sie milderten in Nichts ihren Ton, sie fiengen vielmehr an, vor verschiedenen Personen von dem nahen unvermeidlichen Umsturz aller Religionen und

aller monarchischen Staaten zu sprechen. Unbedachtsame Reden von hiesigen Missvergnügten, deren es in allen Staaten gibt, mögen vielleicht in dieser Botschaft den Wahn bestärkt haben, dass eine französische Botschaft hier etwas wagen und auf Unterstützung der Missvergnügten rechnen könne. Sei es nun diese Vorstellung oder blos insolenter Uebermuth, oder aber die nun der Aufklärung nahe Absicht, einen Vorwand zu einem neuen Bruch mit diesem Hof zu suchen: die französische Botschaft ging in ihrer Anmassung so weit, ohne die hiesige Regierung im Geringsten zu präveniren, den 13. dieses, nach 7 Uhr Abends, eine militärische dreifarbige Fahne an einer fast vier Ellen langen dreifarbigen Stange vom Altane ihrer Wohnung (des gemietheten 1. Stockes des ehemaligen Fürst Carl Liechtensteinischen Palastes) *) tief in die Strasse hinein auszuhängen. Anfangs blieb das Volk nur im Vorbeigehen stehen; um 8 Uhr wurde der Polizei gemeldet, dass sich dort viel Volk sammle und zu murren anfange. Polizeicommissäre und Polizeiwachen suchten gleich das Volk abzuhalten, der Haufen war aber schon auf Tausende angewachsen; es eilten einige Cavallerie-Piquette herbei, die aber nicht mehr durchdringen konnten. Der Platzobrist stellte dem Botschafter bittlich vor, diesen Abend und bis mit dem Gouvernement diesfalls Unterhandlung würde gepflogen sein, die Fahne einzuziehen; mit der wenigen Mannschaft könne in einer Gasse mit engen Zugängen der so dichte Haufen nicht zerstreut werden; bis die Truppen aus den Vorstädten anrücken, vergehe eine Stunde, und in dieser könne viel Unheil entstehen, für das man ihn verantwortlich mache. Er fand aber nicht nur kein Gehör, sondern ein französischer Adjutant (nach andern der Botschafter selbst) wagte sich

*) In der jetzigen Wallner-Strasse, Geymüller'sches Haus, Nr. 8.

unter das Thor, schimpfte und drohte, legte die Hand an den Säbel. Hierauf erst gerieth das nur murrende Volk in Wuth, rief: „Es lebe der Kaiser!“ und fieng an Steine in die Fenster zu werfen. Die Thore des Palastes mussten nun geschlossen werden, und dann wagte sich Einer aus dem Volk, auf die Altane hinauf zu steigen, riss die Fahne ab, trug sie, von einem dichten Haufen begleitet, in die kaiserliche Burg, wo solche, zwar halb zerrissen und verbrannt, ohne Widerstand auf der Hauptwache abgegeben wurde. In der Wuth begnügte sich aber das Volk damit nicht; es hatte bereits schon die Thore erbrochen, als die Cavallerie und Grenadiere, nur halb gekleidet, anrückten und gleich die Stiegen und das Haus so gut vertheidigten, dass nicht Ein Mann die Zimmer des Botschafters betreten konnte, und es ist hiebei noch anzumerken, dass, ungeachtet von den Leuten des Botschafters auf das in das Haus dringende Volk gefeuert wurde, von diesem weder ein Schuss geschah, noch Jemand von den Leuten des Botschafters weder mit einem Schwertstreich noch mit einem Schlag verletzt worden ist, und um 11 Uhr Abends waren alle Anstalten getroffen, das zu vielen Tausenden in allen Gassen versammelte Volk von weiteren Unternehmungen abzuhalten.

Der französische Botschafter, den man noch in der Nacht durch mehrere Beschickungen zu beruhigen gesucht, und der nicht misskennen konnte, dass von Seite der Regierung in einem so unvermutheten Fall zu seiner persönlichen Sicherheit alles Mögliche geschehen ist, forderte auf die trotzigste Art eine unbestimmte, hiemit unbegränzte Zusicherung einer eclatanten Satisfaction wegen eines muthwillig sich zugezogenen Volksinsults. Als man sich aber auf Zusicherungen dieser Art nicht gleich einliess und, wie er vernünftiger Weise erwarten konnte, die Sache auf die nöthige Untersuchung aussetzen musste, kündigte

er seine Abreise an, die auch heute erfolgt ist, und die Regierung traf militärische Anstalten, dass er nicht blos sicher, sondern auf anständige Art, mit einer ansehnlichen Escorte versehen abreisen konnte. Die ganze unparteiische Welt wird sich aus dieser in der strengsten Wahrheit gegründeten Darstellung des Hergangs der Sache, den gewiss keiner der hier anwesenden ehrliebenden fremden Gesandten in Zweifel stellen kann, von selbst überzeugen, dass der hiesige Hof keine Genugthuung zu leisten hat, sondern solche zu fordern und zu erwarten berechtiget ist. Nebstdem dass diese sich aufgedrungene Botschaft uns nicht einmal Zeit gelassen hat, über zu besorgende derlei Anstände sich einzuverstehen, so hat sie durch ihr ganzes höhnisches, spöttisches, stolzes Betragen Alles gegen sich aufgebracht und solche Reden ungescheut geführt, welche nicht blos die einem souveränen Staat schuldige Rücksicht, sondern selbst die Gastfreiheit verletzten. Die französische Nation hat bekanntlich die Wappen abgeschafft, spottet über jene anderer Nationen; wollte sie nun diese Symbole durch eine Fahne ersetzen, so hätte man sich hierüber erklären, vorläufig einverstehen sollen, um das Volk auf diese neue Erscheinung vorzubereiten. Nach dem hiesigen Gebrauch ist eine ausgesteckte Fahne ein Alarmzeichen, das bei Feuersbrünsten auf den Thürmen ausgesteckt wird. Nach den allgemeinen Begriffen des Kriegsrechts aber und nach allgemein angenommener Gewohnheit pflegt eine militärische fremde Fahne nur in eroberten Städten ausgesteckt zu werden, und selbst nach der jetzigen französischen Redensart heisst: „Faire flotter et arborer le drapeau tricolore“ Nichts anderes als seine Herrschaft ausbreiten. In diesem angenommenen Sinn nahm auch das hiesige, schon vorhin durch grossprecherische, drohende Reden alarmirte Volk dies nun gewöhnliche Freiheits- und Aufruhrssignal, und musste es um so mehr

so ansehen, als durchaus behauptet wird, die Worte „Freiheit und Gleichheit“ seien in deutscher Sprache auf der Fahne zu lesen gewesen. Der ausschweifende Eifer, von dem es sich hinreissen liess, und den Se. Majestät in der gleich erfolgten Proclamation*) nachdrücklichst geahndet haben, hatte demnach blos seine Treue und Anhänglichkeit zu seinem Fürsten zum Grund; es glaubte seinen Landesherrn beschimpft und sich zum Aufstand unter der

---

*) Se. Maj. der Kaiser haben seit dem Antritt Ihrer Regierung mit innigem Wohlgefallen die mannigfaltigen Beweise an Treue und Ergebenheit aufgenommen, welche die guten Bürger der hiesigen Residenzstadt in so vielerlei Gelegenheiten an Tag geleget haben: diese Beweise waren seinem landesväterlichen Herzen um so theuerer, als sie immer mit Liebe zur Ordnung, anständiger Bescheidenheit und einem folgsamen, ruhigen Betragen vergesellschaftet waren.

Zum ersten Mal mussten Se. Maj. gestern mit sehr grossem Missfallen vernehmen, dass einige Bewohner dieser Residenzstadt von dem rühmlichen Pfade der gesetzlichen Ordnung abgewichen sind und, durch einen unzeitigen Eifer hingerissen, ungeachtet aller Ermahnungen und Zureden, allerlei sträfliche Ausschweifungen in der Behausung des franz. Botschafters verübet und die öffentliche Ruhe gestöret haben.

Se. Maj. gewärtigen, dass von dieser Stunde an jeder gutdenkende Bürger weder mittel- oder unmittelbar an einer tumultuarischen Handlung Theil nehmen, auf irgend eine Art eine fernere Zusammenrottung begünstigen, vielmehr Alles beitragen werde, um Ruhe und Ordnung auf das Schleunigste und Wirksamste herzustellen.

Sollte Jemand dieser Erwartung nicht entsprechen, so würden Allerhöchstdieselben in die unangenehme Nothwendigkeit gesetzt werden, einen solchen Störer der Ruhe seiner Mitbürger nach der ganzen Strenge des Gesetzes bestrafen zu lassen.

Wien, den 14. April 1798.

Gf. von Pergen,
Staats- und Polizeiminister.

Fahne französischer Freiheit aufgefordert. — Die französische Botschaft hat also vorsätzlich oder unvorsichtig einen solchen Volksauflauf, der sich gegen sie gekehrt hat, veranlasst, von dem wir in diesem Jahrhundert hier kein Beispiel haben; und wäre das Volk nicht so gutmüthig, wäre nicht weit der grösste Theil so herzlich gutgesinnt, so hätte durch einen so plötzlichen Vorfall bei anbrechender Nacht diese ganze Stadt in die grösste Gefahr versetzt werden können". *)

---

*) In Baiern erschienen in den 90er Jahren und insbesondere beim Regierungswechsel nach Carl Theodor's Tod zu Anfang des neuen Jahrhunderts eine ganze Flut von Schmähschriften gegen Oesterreich, welche die abgeschmacktesten Lügen und Beschuldigungen enthielten. Eine dieser verschollenen Schriften, betitelt: „Wird Krieg oder Frieden? (Freimüthig untersucht und beantwortet von einem Staatsmanne 1801)" erwähnt bei Schilderung der vermeintlichen österr. Verbrechen, sonderbarer Weise aber ohne des Mordes der Gesandten zu gedenken, mit Entrüstung der Affaire Bernadotte und sagt: „Der Vorfall mit Bernadotte in Wien, wenn auch Bernadotte nicht der taugliche Mann zu einer solchen Sendung war, verrieth doch einen Widerwillen gegen jedes freundliche Anschliessen an die vorigen Feinde. Wozu sonst die Neckereien, welche Bernadotte während seines Aufenthaltes erfuhr, das Brandmal aufgedrückt jedem Fremden, der mit ihm und seinem Gefolge in dem mindesten Verkehr gestanden hatte und nach seiner Entfernung von der Polizei sogleich ununtersucht aus der Stadt verbannt ward? Ist der Charakter jedes fränkischen Bürgers von Gewicht, wie man vorgibt, durchaus unverträglich mit der Ruhe und Ordnung eines andern polizirten Staates, warum geschehen dergleichen Vorfälle nicht in Berlin, Stockholm, Kassel, statt dass er in Wien in den ersten Tagen nach Bernadottes Ankunft vorauszusehen und durch verdoppelte Aufmerksamkeit zu verhüten war u. s. w." In einer Anmerkung heisst es dann: „Der Hofkriegsrath Vice-Präsident G. d. C. Graf Tige wohnte Bernadotte gegenüber, sah durch das Fenster die dreifarbige Fahne auf dem Tische liegen, wusste, dass Bernadotte wegen der Hochzeit eines seiner Leute sich dem Taumel des Festes zu sehr überliess, und traf nicht die mindeste Anstalt, dem vorauszu-

THUGUT AN REUSS.*)

Wien, den 24. April 1798.

Euer hochfürstlichen Gnaden ist bereits bekannt, was für ein unvermuthetes Ereigniss die Expedition der weiteren Weisungen und Vollmachten zu den unter kaiserlich russischer Mediation nun in Berlin zu pflegenden Unterhandlungen zwischen uns und dem königlich preussischen Hof in etwas verzögert hat; diese Verzögerung kann jedoch dem vorgesetzten Endzweck und der eigentlichen Absicht der zu treffenden Uebereinkunft nicht nachtheilig sein, da solche, um das zu verhindern, was nur von der Reichsdeputation durch die Mehrheit zum fast unersetzlichen Schaden des Reichs und zum Vortheil Frankreichs eingegangen worden ist, weit früher hätte getroffen werden sollen, übrigens aber es dermal noch vollkommen in der Macht beider Höfe zu stehen scheint, durch eine aufrichtige Vereinigung über Grundsätze und Benehmen das Unglück für das Reich noch sehr zu lindern und der von Frankreich allen monarchischen Staaten drohenden Gefahr durch zweckmässige Vereinigung Gränzen zu setzen.

---

sehenden Auftritt durch Anzeige oder vertrauliche Warnung an Bernadotte zuvor zu kommen.[a]

Vielleicht verdanken wir dieser obscuren Schrift die ganz ungegründete Häusser'sche Bemerkung, die übrigens jedenfalls beweist, wie selbst in den unschuldigsten Dingen „die Deutsche Geschichte" gegen Oesterreich voreingenommen ist. Häusser verdächtigt wie gewöhnlich Thugut und die Wiener Polizei, und sagt B. II. S. 182: „Die Fahne war herabgerissen und das Haus beschädigt und manche Ausschweifung verübt, bis das „langsame" militärische Einschreiten gegen Morgen dem Tumult ein Ende machte... Bernadotte forderte von Thugut rasches Einschreiten der Polizei, die sich denn allerdings nicht beeilte die Ruhe herzustellen."

*) Punctatio loco Instructionis.

In der Anlage erhalten nun Euer etc. die nöthige Vollmacht, um mit den von des Königs in Preussen Majestät zu diesem Geschäft gleichfalls bevollmächtigten Ministern, und mit Zuziehung des inzwischen hiezu von dem russischen Hof ebenfalls bevollmächtigten Ministers Herrn Grafen von Panin, über Alles, was bei dem Reichsfrieden das Interesse beider Höfe berühren kann, und was zur Rettung des Reichs von denenselben gemeinschaftlich noch vorgekehrt werden könnte, in Unterhandlungen einzugehen, über alle festgesetzten Punkte eine Convention zu entwerfen und auch solche unter Vorbehalt der allerhöchsten Ratification zu unterzeichnen.

Aus dem, was Euer etc. über den bisherigen Gang des Reichsfriedensgeschäfts, über unsere Verhandlungen mit Preussen und über die Allerhöchsten Gesinnungen in Ansehung des Reichs mitgetheilt worden ist, haben Euer etc. bereits den nöthigen Unterricht und die allgemeinen Grundsätze entnommen, welche Hochderoselben nun zum Leitfaden Ihres Benehmens zu dienen hätten; und eben so sind Euer etc. auch vollkommen von den bisher uns erklärten oder nach den Umständen zu vermuthenden königlich preussischen Absichten unterrichtet, auf deren Vereinigung mit jenen des Allerhöchsten Hofes es nun zum allgemeinen Besten bei den bevorstehenden Unterhandlungen vorzüglich anzukommen hätte.

Dass Se. k. k. Majestät nach dem Wunsch des Königs in Preussen vorzüglich Berlin zum Unterhandlungsort bestimmen liessen, dies wollen Euer etc. nicht blos als eine freundschaftliche Rücksicht, sondern als einen Beweis geltend machen, was für ein unbegränztes Vertrauen des Kaisers Majestät in die Gesinnungen des Königs setzen, da Allerhöchst dieselben vorzüglich unter den Augen des Königs dies Geschäft unterhandeln lassen und

eben in dieser Art sich hievon einen gedeihlichen Ausschlag versprechen.

Sowohl dieser Umstand, als die aufgerufene kaiserlich russische Mediation bei Behandlung der Differenzen beider Höfe, muss des Königs in Preussen Majestät vollkommen überzeugen, dass es unsererseits bei diesem Geschäft auf keine hinterlistige, rückhaltige Verzögerung, auf keine Ueberraschung, am wenigsten aber auf Uebervortheilung abgesehen sei, indem Euer etc. in Hochdero lang geprüfte Redlichkeit der preussische Hof selbst Vertrauen setzt, unter den Augen des Königs handeln werden, der Minister eines beiden Theilen gleich freundschaftlich ergebenen Hofes Zeuge unseres ganzen Benehmens und, wie es der Erfolg geben wird, der redlichen, uneigennützigen und grossmüthigen Gesinnungen des Kaisers sein wird.

Aus der Art, wie sich der kaiserlich russische Hot bei Annahme der ihm von beiden Höfen übertragenen Mediation geäussert hat, ist mit allem Grunde zu erwarten, dass der onehin für sich sehr edel denkende Graf Panin angewiesen sein wird, unter beständiger Rücksicht auf die Lage der Dinge im Reich und der von Frankreich beabsichtigten und vorbereiteten Verwirrung und allgemeinen Staaten-Auflösung sich mit der grössten Unparteilichkeit zu bemühen, ein billiges und dauerhaftes Einverständniss zwischen beiden Höfen zu bewirken und einen wie den andern Hof gegen absichtliche oder zufällige Uebervortheilungen durch seine conciliatorischen Vorschläge sicher zu stellen. Da aber nach eben diesen Aeusserungen des russischen Hofes derselbe lebhaft von der Wahrheit und Billigkeit unserer Grundsätze und von unserer äussersten Mässigung in unseren gerechtesten Forderungen überzeugt ist, so kann sich der zwischen Euer etc. und dem preussischen Bevollmächtigten als Mediateur gesetzte

Herr Graf von Panin nicht compromittiren, wenn er nach seinen vielfältig erprobten Gesinnungen unser so billiges als mässiges Interesse zu Gemüth nimmt und in solchen Fällen, wo Hinterlist, Gewinnsucht oder Eigensinn des einen oder andern preussischen Ministers uns Nachtheil drohet, die Gegenbearbeitungen Euer etc. nachdrücklichst unterstützet und dadurch ein solides Einverständniss zwischen beiden Höfen bewirket, das nur insoweit von Dauer und in Hinsicht auf das Allgemeine von Nutzen sein kann, als es auf Billigkeit und wechselseitigem Vortheil in einem richtigen Verhältniss gegründet ist.

Ueber den bisherigen Gang des Rastadter Friedensgeschäftes und das Benehmen der königlich preussischen Minister bei demselben sind Euer etc. bereits actenmässige Bemerkungen mitgetheilt worden, und ich habe hiebei nur noch nachzutragen, dass, gleichwie die königlich preussischen Minister sich eifrigst bearbeitet haben, die Reichsdeputirten zu vermögen, in die Abtretung des ganzen linken Rhein-Ufers unbedingt einzugehen, so dieselben auch nun ihrer Seits Alles beigetragen haben, dass von der Reichsdeputation in die von Frankreich vorgelegte zweite Friedensbasis, nämlich in den unbeschränkt aufgestellten Grundsatz der Säcularisationen zu Leistung der Entschädigungen, eingewilliget worden ist.

Diesemnach hätte es bei dem Reichsfriedens-Geschäft blos noch auf die Anwendung der einen und der andern Basis anzukommen, wobei dann durch ein einverständliches Benehmen des k. k. und königlich preussischen Hofes um so leichter für die Sicherheit und das Beste des Reichs kann gesorgt werden, als von Seite Oesterreichs an den obbemerkten beiden Deputationsschlüssen kein Theil genommen, sondern sich diesfalls zu weiteren Massnehmungen Alles offen behalten worden ist.

Nachdem nun die Reichsdeputation in die unbedingte Abtretung des ganzen linken Rheinufers und in die französische Indemnisationsbasis durch Säcularisationen — das Eine und das Andere ohne österreichische Theilnahme — eingegangen ist, so scheint, um eine gänzliche Umkehrung und Zerstörung des Reichs, welche eine willkührliche Anwendung und Ausdehnung dieser doppelten Basis zur unausbleiblichen Folge haben müsste, zu verhindern, das einzige Rettungsmittel für Deutschland zu erübrigen, dass die zwei grossen deutschen Höfe über Grundsätze der Mässigung in Forderung der Entschädigungen übereinkommen, um Frankreich dadurch abzuhalten und die Veranlassung zu benehmen, durch willkührliche Disposition mit reichsständischem Gut auf dem rechten Rheinufer Reichsstände durch blendenden augenblicklichen Vortheil auf seine Seite zu ziehen, durch lästige Bedingnisse von sich abhängig zu machen und so nach revolutionirter linken Seite des Rheins sich auf der rechten Seite des Rheins den Weg zu bahnen, seine weiteren zerstörenden Entwürfe leichter auszuführen, oder doch dort zum Ruin Deutschlands einen übermächtigen Einfluss zu behaupten und so durch eine fürchterliche Ausdehnung seiner Macht nach Zeit und Umständen auf diese oder eine andere Art allen übrigen europäischen Mächten Gesetze vorzuschreiben.

In dieser Hinsicht und einzig zu Erreichung dieser für alle andere Staaten heilsamen Absicht haben sich Se. k. k. Majestät grossmüthig entschlossen, obschon als der weit grösst beschädigte Theil, mit dem Beispiel der Mässigung *in dem Falle* vorzugehen, wenn des Königs in Preussen Majestät sich ebenfalls entschliessen wollen, nach der Lage der Dinge mögliche, aber zum allgemeinen Untergang gereichende Vortheile aufzuopfern, und so allen denjenigen Reichsständen, die auf Unkosten ihrer

Mitstände Entschädigungen wegen des durch das Schicksal des Krieges erlittenen Schadens, oder gar bei dem und durch das allgemeine Unglück Vergrösserungen suchen wollen, die Nothwendigkeit aufzulegen, diesem von den grössten Mächten Deutschlands gegebenen Beispiel zu folgen.

So sehr die Absicht Sr. Majestät ist, bei diesen Unterhandlungen zu vermeiden, in Vorwürfe über das Vergangene einzugehen und daher alle unangenehmen Rückerinnerungen an den durch das preussische allianzwidrige und höchst feindselige Benehmen zu umgehen, so werden Euer etc. doch nicht umhin können, um zu zeigen, wie sehr wir in jedem Betracht der grösstbeschädigte Theil sind, Erwähnung zu machen, wie sehr das Verhältniss zwischen uns und Preussen während und durch diesen gemeinschaftlich übernommenen Krieg alterirt worden sei.

Nach den Bedingnissen, unter welchen beide Mächte in diesen, gleich in seiner Entstehung als weit ausgehend zu betrachtenden Krieg eingegangen sind, hätte Gewinn und Nachtheil unter beiden Mächten gleich sein, und die Gefahren und Lasten wie die Vortheile billig im gleichen Verhältniss getheilt werden sollen. Nun hat Preussen seit dem Anfang dieses Krieges durch Acquisitionen in Polen einen Zuwachs seiner Macht von drei Millionen Unterthanen gewonnen; was uns nachhin in Polen zufiel, und mit Inbegriff dessen, was wir nach geschlossenem Frieden von den vorher durch die Franzosen verwüsteten und beinahe ganz ausgeplünderten Provinzen erhalten haben, beträgt im Ganzen nicht die nämliche Masse von Bevölkerung. Hingegen verlieren wir ohne Entschädigung beiläufig drei Millionen Unterthanen in den Niederlanden und 12—15hunderttausend in dem Mailändischen und Mantuanischen, so dass, wenn man nun dasjenige, was

Preussen und Oesterreich während dieses Krieges acquiriret haben, gegeneinander vergleicht, sich offenbar zeigt dass in diesem Verhältniss der österreichische Populationsstand gegen jenen von Preussen um vier Millionen Seelen sich vermindert findet. Der einzige Verlust, den Preussen, und diesen nur freiwillig durch die ungezwungene Ueberlassung seiner überrheinischen Provinzen, erleiden soll, kann höchstens auf 90.000 Seelen gerechnet werden. Wenn man nun unsern grossen Verlust an Land und Leuten gegen jenen unbeträchtlichen von Preussen vergleichet, und anbei noch in Anschlag bringet, dass gleich Anfangs weit die grösste Last des Krieges auf uns gelegen ist, wie lang wir sohin allein in dem Krieg ausgeharret haben, wie sehr die österreichischen Provinzen durch Recrutirungen entvölkert worden, wie viel Millionen Geldes ausser Landes gegangen und, wie ein so grosser Theil der österreichischen Staaten durch feindliche Einfälle verheeret worden ist, so muss man allerdings erstaunen, wie der preussische Hof dem Haus Oesterreich den Antrag machen konnte, seiner Seits auf alle Entschädigungen Verzicht zu thun, hingegen aber zuzugeben und von Seite Preussens noch als eine Mässigung anzusehen, dass dieser Hof für seinen willkührlichen Verlust, oder besser: für ein seiner Convenienz wegen hingegebenes Land von 90.000 Seelen sich nicht blos im Reich auf Unkosten anderer Reichsstände eine seiner Convenienz angemessene, den Verlust selbst weit übersteigende Entschädigung nehme, sondern hiemit auch noch die Bedingniss verbinde, dass der Prinz von Oranien für den Platz, den er in Holland verloren hat, auf Unkosten des Reichs entschädiget werde.

Solche Propositionen und solche Gesinnungen für uns waren allerdings nicht sehr einladend, uns mit dem preussischen Hof über das wechselseitige Interesse in Unterhandlungen einzulassen; allein Se. k. k. Majestät, in Er-

wägung der grossen Gefahr, in der sich Deutschland und Europa durch die französische Uebermacht versetzt sieht, haben Ihrer Weisheit und Sorgfalt für die Erhaltung der allgemeinen Sicherheit und Ruhe nicht angemessen finden können, die noch wenige übrige Zeit mit Erörterungen über ihr besonderes Interesse zu verlieren und unter Umständen, wo die Erhaltung aller geordneten Staaten ein gutes Einverständniss unter benachbarten mächtigen Monarchen dringend erfordert, über Erreichung noch so gerechter Entschädigungen, oder über in Hinsicht auf grössere Staaten-Verhältnisse unbedeutende Vortheile zu zanken.

Se. k. k. Majestät haben daher dem königl. preussischen Hof über seine geäusserten Besorgnisse, wegen bei uns vermutheter Vergrösserungs-Entwürfe, nicht nur die grösste Beruhigung gegeben, sondern auch Ihre Gesinnungen bereits dahin geäussert, dass der königlich preussische Hof sich überzeugt finden kann, Se. k. k. Majestät wollen sich die grösstmögliche Aufopferung nicht blos Ihrer Convenienz, sondern Ihrer gerechten Forderungen gefallen lassen, wenn dies zum sicheren Mittel dienen kann, beide Höfe zur Rettung des Reichs vor gänzlichem Untergang und des übrigen Europa's vor weitern Gefahren dauerhaft und fest zu vereinigen.

Aus dem, was Se. k. k. Majestät über diese Ihre grossmüthigen Gesinnungen theils unmittelbar theils mittelbar des Königs in Preussen Majestät eröffnen liessen, ergeben sich folgende Resultate, die als unserer Seits aufgestellte Grundsätze zu Hochdero Leitung betrachtet sein wollen, nämlich:

1. Wenn es nicht möglich ist, dem Reich einen Theil auf dem linken Rheinufer zu erhalten, sich doch vereint zu widersetzen, dass die Franzosen nach dem Reichsfrieden auf dem rechten Ufer nicht den geringsten Platz

behaupten, und zu diesem Ende von nun die dienlichsten Maassnehmungen zu verabreden.

2. Dass die alte Reichsconstitution in ihrem ganzen Umfang in allen jenen Ländern erhalten werde, welche nach dem Frieden dem Reich verbleiben, und dass der Stand der Besitzungen so wenig als immer möglich in diesem Theil des Reiches alterirt werde.

3. Wäre auf die Erhaltung der drei geistlichen Kurfürsten bei ihrer der Kurwürde angemessenen Existenz im Reich der Bedacht zu nehmen.

4. Dass auf Entschädigungen ganz Verzicht zu thun, nicht nur dem Beispiel bei andern Reichsfrieden, sondern auch dermal vorzüglich den Umständen und der Wohlfahrt des Reichs das Angemessenste wäre. Dass aber im entgegengesetzten Fall bei wirklicher Entschädigungsleistung unter geistlichen und weltlichen Reichständen keinem Unterschied Statt gegeben werde, da alle Reichsstände auf den societätsmässigen Schutz gleiches Recht haben, und eben so kaiserliche Majestät nach Ihrer Pflicht Allen insgesammt gleiche Unterstützung schuldig sind.

5. Dass, wenn Saecularisationen zu Gunsten weltlicher Fürsten nöthig werden sollten, solche nur in einem ganz unvermeidlichen Fall, und insoweit es die Herstellung der Ruhe im Reich unumgänglich erfordert, Statt haben sollen.

6. Bei allfälligen Entschädigungen oder sonstigen Vortheilen für Oesterreich und Preussen soll auf billiges Verhältniss zwischen beiden Mächten nach dem Stand der Sachen vor diesem Krieg gesehen werden.

7. Bei unserer Uebereinkunft mit Preussen soll Alles nach der Absicht geleitet werden, durch alle thunlichen Mittel den Abschluss des Friedens zu Rastadt zu beschleunigen, um sohin im Stande zu sein, über die Mittel sich einzuverstehen, den grossen und allgemeinen Gefahren zu begegnen, von denen ganz Europa durch das bisher un-

aufhaltsam fortschreitende französische Revolutionssystem bedrohet wird, und hiemit Frankreich abzuhalten, sich eine Ausdehnung zu geben, der in der Folge Nichts würde widerstehen können.

8. Zu diesem Ende man suchen müsste zu verhindern, dass Frankreich durch den Reichsfrieden nicht eine immerwährende Veranlassung erhält, in die deutschen Reichsangelegenheiten Einfluss zu nehmen, welches ganz unvermeidlich erfolgen müsste, wenn den deutschen Reichsständen durch französische Unterstützung Entschädigungen auf Unkosten ihrer Mitstände zu suchen und zu nehmen, dagegen aber dem Reich verderbliche Bedingungen sich aufladen zu lassen, durch welche sie gleichsam ganz aus der thätigen Verbindung mit dem Reich gerissen würden, gestattet werden wollte.

Der Eingang, den diese Grundsätze und die wichtigen Betrachtungen, mit denen sie begleitet waren, bei des Königs in Preussen Majestät gefunden haben, gaben den beiderseitigen Ministern in Rastadt die Veranlassung, unter sich über die Art einer zwischen dem k. k. und königlich preussischen Hof zu treffenden Uebereinkunft zu Beförderung des allgemeinen Reichs-Bestens sich zu verabreden, und sie haben das Resultat hievon in den zwei Euer etc. bereits mitgetheilten Aperçus an ihre beiderseitigen Höfe einbegleitet.

Ob nun schon diese Aufsätze, wobei die beiderseitigen Minister, wenigstens jene Sr. k. k. Majestät, mit keiner Vollmacht und mit keinen andern Weisungen als jenen, ihrer Seits das gute Einvernehmen mit den königlich preussischen Ministern zu befördern, versehen waren, nur als eine Privatarbeit der Minister umsomehr zu betrachten sind, als nachhin die dortigen königlich preussischen Minister selbst in Hinsicht auf die angetragene Entschädigung von Preussen und in andern Punkten hievon selbst

wieder abgegangen sind und Aenderungen vorgeschlagen haben, hiemit bei den bevorstehenden Unterhandlungen in Berlin ohne grosse Abänderungen nicht zum Grunde genommen werden könnten, so gibt doch die auch hieraus abzunehmende Mässigung des königlich preussischen Hofes in seinen Forderungen, noch mehr aber die bereits sattsam bekannte Bereitwilligkeit Sr. Majestät, zu Gründung eines guten Einverständnisses sich allenfalls so grosse Opfer gefallen zu lassen, einige gegründete Hoffnung, dass nun die gewünschte billige Uebereinkunft zu Berlin zu Stande kommen dürfte. Diesemnach hätten die zwei in Rastadt verfassten Aperçus einstweilen auf sich zu beruhen, und ohne was darin enthalten ist zu verwerfen oder anzunehmen, wollen Euer etc. in den Conferenzen Anfangs folgende Proposition machen:

„Da es einmal, wie man die Sachen im Reich habe werden lassen, keine Entschädigung für die Reichsstände, welche auf dem linken Rheinufer verlieren, zu erhalten möglich sei, als auf Unkosten anderer unmächtiger Mitstände, dies aber eine neue Art zu entschädigen sein würde, die lediglich auf das so verhasste Convenienzrecht und Recht des Stärkern sich gründen lasse, so sei der sehnlichste Wunsch Sr. k. k. Majestät, nicht in die politische Nothwendigkeit versetzt zu werden, von diesem äussersten Entschädigungsmittel Gebrauch zu machen. Allerhöchstdieselben wären daher vielmehr geneigt, auf alle Entschädigung auf Unkosten des deutschen Reichs gänzlich Verzicht zu leisten, wenn des Königs in Preussen Majestät, in Beherzigung der ohnehin sehr traurigen Lage des deutschen Reichs und anderer höchstbedenklicher Zeitumstände, die nämliche Entschliessung grossmüthig fassen und andere Reichsstände diesem Beispiel zu folgen vermögen, hiemit diesfalls mit Sr. kais. Majestät vollkommen gemeinsame Sache machen wollen. Durch diese

grossmüthige Handlung würden beide Höfe den unverlöschlichen Dank des gesammten Reichs erwerben, die bewunderungsvolle Aufmerksamkeit von ganz Europa auf sich ziehen, die Achtung aller Nationen verdienen und dadurch an bleibendem Ruhm und Vertrauen ohne Gefahr mehr gewinnen, als beide Monarchen auf dem Wege der Entschädigungen sich Vortheile verschaffen könnten. Durch diese Entschliessung wären auf einmal alle jene unübersehlichen Anstände und Unordnungen beseitiget, welche von den Entschädigungen anderer Reichsmitstände zu erwarten sind; und besonders würde Frankreich alle Veranlassung abgeschnitten, sich weiter in die Angelegenheiten des deutschen Reichs einzumengen. Da Oesterreich der soweit grösst beschädigte Theil ist, so würde Preussen den unbeträchtlichen Verlust auf der linken Rheinseite leicht ertragen können, da dasselbe während dieses Krieges bereits einen so grossen Zuwachs an Macht erhalten hat. Oesterreich würde den Herzog von Modena und die Erzherzogin Beatrix für den Verlust so beträchtlicher wirklicher Reichslehen aus eigenen österreichischen Besitzungen entschädigen, und dem königlich preussischen Hof dürfte nicht schwer fallen, dem Statthalter von Holland für den Verlust seines Platzes, den er in einer mit dem Reich in keiner Verbindung stehenden Republik erlitten hat, auf eine oder die andere Art einige Entschädigung zu leisten. Um die drei geistlichen Kurfürsten in dem Verhältniss des erlittenen Verlustes an wirklichen Kurlanden einigermassen zu entschädigen, könnte die Abrede getroffen werden, Bisthümer oder Abteien in eines jeden dieser Kurfürsten erzbischöflichen Diöcese, wie solche erlediget werden, dem betreffenden Kurlande einzuverleiben; anderen Reichsständen aber, welche auf dem linken Rheinufer ihre ganze Existenz verlieren, würden eröffnete Reichslehen seiner Zeit verliehen werden können; die meisten

jedoch müssten gleichwohl nach dem gemeinen Lauf der Dinge und Fügung des Schicksals das erlittene Unglück ertragen, solches auf andern Wegen zu lindern suchen und gleichwohl die in unsern ganz ausserordentlichen Zeiten entstandene ganz neue Idee aufgeben, sich an denjenigen ihrer Mitstände schadlos zu halten, welche nur zufällig dem nämlichen Unglück entgangen sind. Wollten aber die gesammten Reichsstände, ohne Unterschied, den ihrer ganzen Existenz auf der linken Rheinseite durch den Reichsfrieden ganz beraubten Reichsständen eine neue durch verhältnissmässige Beiträge zu gründen sich patriotisch entschliessen, so würde zu dieser societätsmässigen Schadloshaltung Oesterreich ebenfalls und ungeachtet seines eigenen ungeheuren Verlustes gern beiwirken, wenn Se. königliche Majestät von Preussen ebenfalls und im nämlichen Verhältniss beitragen wollen, den des Ihrigen ganz verlustigen Reichsständen einige Existenz zu verschaffen. Diese Art der Entschädigungsleistung wäre allerdings sonderbar und ausserordentlich, aber sie wäre es im guten Sinn, und sie würde allen Völkern Verehrung für die Fürsten des Reichs einflössen.

So angelegen Euer etc. sich werden sein lassen, diese unsere erste Proposition durch die obangezeigten Betrachtungen und andere aus der Natur der Sache sich ergebende zu unterstützen, so wenig scheint doch Hoffnung zu sein, den preussischen Hof hierauf eingehen zu machen, theils weil derselbe mit Frankreich und anderen Reichsständen diesfalls schon zu feste, entgegengesetzte Verbindlichkeiten eingegangen, theils weil von diesem Ministerium nach so vielen Beweisen von Habsucht nicht zu erwarten ist, dass dasselbe die Gelegenheit ganz sollte vorbeigehen lassen, aus unserer und des ganzen Reichs Verlegenheit für sich einen besonderen Vortheil zu ziehen.

Wenn daher Euer etc. die Ueberzeugung haben, dass ein Einverständniss über diese Proposition zwischen uns und Preussen nicht zu erwarten ist, so wollen Euer etc. dann die zweite Proposition dahin stellen:

„In dem Falle, dass also Entschädigungen in dem Reich gesucht und hiemit zu einigen Säcularisationen geschritten werden müsste, welches sich dann allerdings ergeben muss, wenn Preussen auf Entschädigungen wegen seiner überrheinischen Provinzen und für den Statthalter von Holland bestehet, wäre der Antrag Sr. k. k. Majestät folgender:

„Für die an Frankreich überlassenen preussischen Lande am linken Ufer des Rheins müsse das Bisthum Hildesheim als eine sehr reichliche Entschädigung angesehen werden, da das Land schon dermal bei seiner vernachlässigten Cultur gegen 400,000 fl. erträgt und 170,000 Seelen zählet, folglich diese Provinz, in Verbindung mit einem nahe gelegenen grossen Staat, sowohl in Erträgniss als Bevölkerung noch weit höher getrieben werden kann. Se. k. k. Majestät wären bereit, in diese Entschädigung zu willigen und noch weiter auch dahin sich gemeinschaftlich mit des Königs in Preussen Majestät zu verwenden, dass dem Prinzen von Oranien als Entschädigung für seinen Platz in Holland und für das, was das Haus Oranien sonst verliert, das Bisthum Paderborn nach Abgang des dermaligen Bischofs als ein weltliches Fürstenthum überlassen werde. Hiebei verstehe sich aber von selbst, dass im Uebrigen bei allen auf diese Art säcularisirten Bisthümern das Land bei seinem Religionsstand, bei seiner Verfassung und in seiner Verbindung mit dem Reich, wie es vorhin war, erhalten werden muss, und diese in den diesfälligen Stipulationen deutlich auszudrücken sein wird.

„Hingegen erwarten Se. k. k. Majestät, dass auch des Königs in Preussen Majestät für billig anerkennen und hiemit einwilligen werden, dass der Herzog von Modena und die Frau Erzherzogin Beatrix, welche sowohl wegen der Eigenschaft der verlornen Länder als des Ertrages derselben mit dem Statthalter von Holland wohl nicht in gleiche Linie gesetzt werden können, zur Entschädigung Salzburg, Berchtoldsgaden darin begriffen, in der Eigenschaft wie der Herr Herzog seine Reichs-Lehen in Italien besessen hat, erhalten sollen.

„Was sodann Se. k. k. Majestät selbst betrifft, so wird man sich aus folgender Proposition überzeugen, dass Oesterreich im Grunde keine Enschädigung sich ausbedingt, da Se. k. k. Majestät für Alles, was Allerhöchstdieselben für Sich verlangen, den betreffenden Ständen angemessenen Ersatz zu leisten Sich verbindlich machen.

„Se. Majestät verlangen für Sich das Bisthum Passau mit so viel Zurundung von einigen baierischen Ortschaften, als zur nöthigsten Verbindung mit den angränzenden österreichischen Provinzen etwa erforderlich sein dürfte,— sohin die ohnehin der Grafschaft Tirol in seiner Art ganz einverleibten und zu dem Corps der tirolischen Landschaft mitgehörigen Bisthümer Trient und Brixen, welche letztere zusammen nicht über 60,000 fl. eintragen können, mit ihrem kleinen Gebiet aber ohnehin zur tirolischen Landesdefension beitragen, so wie auch dem Landesfürsten von Tirol Steuern entrichten müssen; dann den kleinen District von Baiern zwischen dem Erzbisthum Salzburg, dem Inn, der Salza und Tirol mit Inbegriff der Stadt Wasserburg auf dem rechten Ufer des Inns und einer Zurundung von 3000 Quadrat-Klaftern. — Nebst dem dass im reinen Ertrag das sehr unbeträchtliche immediate Passauer Land kaum auf 50,000 fl. angeschlagen werden kann, der Inn-District aber, der etwa 60,000 Seelen ent-

halten und 50,000 fl. tragen kann, blos allein für die wohlbevölkerte und 70,000 fl. ertragende Grafschaft Falkenstein, dann für das so beträchtliche sogenannte österreichische Frikthal, dessen Abtretung an Frankreich wir wohl nicht werden erwehren können, nichts weniger als eine gar so übermässige Entschädigung sein würde, so wollen jedoch Se. k. k. Majestät dem Kurfürsten von der Pfalz als Ersatz für das Inn-Viertel das ganze Breisgauische Land nebst der sehr beträchtlichen besonderen Landvogtei Ortenau mit allen Gerechtsamen überlassen. Sollte man diesen Ersatz preussischer Seits noch zu gering finden, so sind Euer etc. auch ermächtiget, die beträchtliche Grafschaft Ober- und Nieder-Hochberg, die Landgrafschaft Nellenburg, am Ende auch die Landvogtei in Schwaben, und in dem äussersten Fall auch alle obbenannten Besitzungen für Baiern zum Ersatz anzubieten, auch anbei die Versicherung zu geben, dass die Gesinnung Sr. Majestät sei, den Fürst-Bischof von Passau gleichfalls nicht ohne einigen Ersatz für das uns abzutretende Land zu lassen. — Da wir aber auf diese Art für all unseren Verlust an Land und Leuten und so viele Millionen Kriegsauslagen und Kriegsschaden im Grunde nicht die geringste Entschädigung, sondern lediglich an einer für keinen Nachbar bedenklichen Seite eine mehr zur Erhaltung guter Ordnung an den Gränzen und zur Erleichterung der inneren Landesadministration bequeme, als im politischen Betracht nur einigermassen erhebenswerthe Zurundung gleichsam erkaufen, hiemit im eigentlichen Verstand uns mehr in uns zurückziehen als vergrössern, so erwarten wir nicht nur von dem königlich preussischen Hof seine förmliche Einwilligung in diese unnachtheiligen Besitzveränderungen, sondern dass derselbe auch, um uns doch zum Scheine einigen Ersatz für den erlittenen so mannigfaltigen Kriegsschaden zu verschaffen, oder besser: noch grösseren Nach-

theil von uns abzuwenden, für billig anerkennen und darin uns redlich unterstützen werde, dass jene Forderungen, welche verschiedene Reichsstände wegen der uns gegen Empfangsscheine oder in anderem Wege geleisteten Lieferungen an uns machen können, entweder ganz aufgehoben, oder aber, nach gepflogener Liquidation und Behandlung, von den geistlichen, Reichsständen und geistlichen Gemeinden nach und nach zu tilgen übernommen werden."

Diese unsere Forderung ist nicht nur nach der Natur der Sache in sich billig, da Oesterreich über sein Contingent mit seiner ganzen Hausmacht dem Reich Unterstützung geleistet hat, und gewiss Niemand misskennen kann, dass die Rettung des schwäbischen, baierischen und fränkischen Kreises und Alles dessen, was bei Eröffnung des Reichsfriedens am Rhein von dem Feind unbesetzt geblieben ist, ganz vorzüglich durch die österreichischen Waffen sei bewirkt worden, und dass daher, wenn wir mit diesen Kreisen, und in seiner Art mit dem gesammten Reich nach der Gesellschaftsregel in Berechnungen eingehen wollten, dasjenige, was wir im Ganzen zu fordern, mit dem, was wir im Einzelnen zu ersetzen hätten, sich wohl von selbst ausgleichen dürfte. Dass aber von den geistlichen Stiftern und Gemeinden diese Art Forderungen an uns zur Tilgung zu übernehmen der Antrag gemacht wird, scheint gewissermassen aus der Natur der Sache zu fliessen, da eben den geistlichen Reichsständen von Frankreich die grösste Gefahr droht, und da die grossmüthige Entschliessung Sr. k. k. Majestät, keine Entschädigung auf Kosten der Reichsstände zu fordern, vorzüglich zu ihrem Vortheil gereichet.

In Ansehung dieser unserer Forderungen wollen jedoch Euer etc. nicht ermangeln, den kaiserlich russischen Minister Herrn Grafen von Panin vorläufig zu praeveniren und demselben die positive Versicherung zu ge-

ben, dass bei diesem Antrag keineswegs die Meinung Sr. k. k. Majestät und Absicht sei, dadurch diejenige Versicherung zu vereiteln, welche wegen ähnlicher an uns gestellten herzoglich württembergischen Forderungen Se. Majestät dem verstorbenen, so wie dem dermal regierenden Herrn Herzog, vorzüglich aus Rücksicht für den kaiserlich russischen Hof haben ertheilen lassen, folglich dieser allgemeinen Stipulation ungeachtet Se. k. k. Majestät die dem herzoglich württembergischen Haus gemachten Zusicherungen, nach hergestelltem Reichsfrieden und nach vorläufig gepflogener Liquidation, in redliche Erfüllung zu bringen fest entschlossen seien.

Nach den zwischen uns und Preussen auf diese Art beigelegten Differenzen über das besondere Interesse beider Höfe bei dem Indemnisationspunkt wird dann erforderlich sein, unter Einem durch bestimmte Uebereinkunft festzusetzen, wie für die Existenz und Entschädigung der vorzüglicheren Reichsstände gesorgt werden könnte, damit sohin diesfalls zwischen uns und Preussen keine das Reichsfriedens-Geschäft verzögernde Differenzen entstehen können.

Die Absicht Sr. k. k. Majestät ist hiebei nicht, nach besonderer Meinung einen Reichsstand vor dem anderen zu begünstigen. Eine Vorliebe dieser Art wäre in diesem Fall um so ungerechter, als die Begünstigungen nur auf Schaden eines andern Reichsmitstandes eintreten könnten, der gleiches Recht an die verfassungsmässige Unterstützung hat, und dessen Existenz daher keineswegs willkührlich zur Erhaltung oder gar Convenienz eines andern aufgeopfert werden kann.

Wir glauben das billige Maass der Rücksichten darin zu finden, dass das Schicksal derjenigen, welche in diesem Krieg durchaus ausgeharret und ihre reichsständischen Lande dadurch ganz oder grösstentheils verloren

haben, vorzüglich in Betrachtung kommen müsse; dass aber hiebei, um die Entschädigungen auf Unkosten Anderer so sehr als immer möglich zu beschränken, der Grundsatz anzunehmen sein wolle, dass die beschädigten Reichsstände nur zum Theil auf einige Entschädigung Anspruch machen können, und dass man diesseits nicht gestatten würde, sich diesfalls auf die königlich preussische vollkommene Entschädigung zu berufen, da der Unterschied in der Natur der Sache liegt, dass grosse Staaten, die gegen äussere Feinde den übrigen Reichsständen zum Schutz dienen können, auch mehrere Rücksicht verdienen.

Nach diesem Grundsatz wären wir der Meinung, dass, da Kurmainz ausser der mehr für das gesammte Reich als für den Kurfürsten wichtigen Festung Mainz auf der linken Rheinseite sehr wenig verliert, so dürfte der Kurfürst durch das, was von dem Bischof-Wormsischen Gebiet auf der rechten Seite des Rheines übrig bleibt, hinlänglich entschädiget sein, und könnte sohin das Wormsische, das ohnehin unter den Mainzischen erzbischöflichen Kirchensprengel gehört und eben dermal den Kurfürsten von Mainz zum Bischof hat, mit den übrigen Mainzischen Kurlanden vereiniget werden.

Hingegen verliert der Kurfürst von Trier weit den beträchtlichsten Theil seiner Kurlande, und wir machen daher den Antrag, das fast einzige Bisthum in Deutschland, auf das mit Anstand die Kurwürde nun gegründet werden könnte, das Bisthum Würzburg nämlich nebst dem für sich selbst ohnehin hart bestehenden Bisthum Bamberg, mit den noch übrigen Kurtrierischen Landen nach Abgang der obbemerkten zwei Bischöfe zu vereinigen.

Es ist nicht zu vermuthen, dass der königlich preussische Hof gegen die Entstehung eines Kurfürsten in Franken Bedenken erregen sollte; die Nachbarschaft

dieses Kurfürsten ist für die preussischen Fürstenthümer nicht gefährlicher als die bisherigen Herzöge in Franken, und er hätte als Kurfürst im Geringsten nicht mehr Einfluss, als er in seiner vorigen Eigenschaft hatte.

Der Kurfürst von Köln verliert, wenn die Franzosen das ganze linke Rheinufer behaupten, nebst dem Kurfürstenthum Köln noch als Hoch- und Deutschmeister die ansehnlichsten Ordensballeien am Niederrhein, im Elsass und im burgundischen Kreis, und wir können nicht umgehen zu erwähnen: er leidet den Verlust seiner Kurlande, weil es der königlich preussische Hof nicht seiner Convenienz zu sein findet, seine überrheinischen Provinzen zurückzunehmen.

Um jedoch zu beweisen, dass Se. k. k. Majestät mehr für die Convenienz des Reichs als für Ihren Oheim sorgen, lassen Allerhöchstdieselben den Antrag machen, das Bisthum Münster mit dem Hoch- und Deutschmeisterthum zu vereinigen und die Kurwürde auf das letztere zu gründen, so dass hinfüran das Münsterische ein Hoch- und Deutschmeisterisches Kurland ausmachen würde. Dadurch würde die Entschädigung für ein ganzes Kurfürstenthum erspart, und zugleich für die dauerhafte Existenz eines dritten geistlichen Kurfürsten und des für Deutschland so nützlichen geistlichen Ritterinstituts ohne Jemands geringsten Nachtheil und Belästigung gesorget, und aller Nachtheil fiele eigentlich blos auf den Prinzen des österreichischen Hauses, den dermaligen Kurfürsten von Köln, welcher dermal die Einkünfte seines Kurfürstenthums auf Lebenszeit entbehren müsste.

Was für eine Benennung übrigens die drei geistlichen Kurfürsten sich hinfüran geben werden, nachdem sie sämmtlich ihre uralten, beinahe mit der deutschen Reichsverfassung entstandenen erzbischöflichen Wohnsitze verloren haben, ist eine sie selbst betreffende Sache, worüber sie

unter sich und sohin mit dem kurfürstlichen Collegium Rücksprache pflegen und sich einverstehen können. Da es der feste Entschluss Sr. Majestät ist, die drei geistlichen Kurfürsten bei ihrer Existenz zu erhalten, und dies auf die angetragene Art sehr leicht und ohne merkliche Alteration im Reich geschehen kann, so wird wohl keine Veranlassung sein, auf Errichtung neuer Kuren den Antrag zu machen; wenn er aber gemacht würde, so haben sich Euer etc. solchem standhaft entgegen zu setzen.

Se. k. k. Majestät müssten dies als eine ganz unnöthige und eben darum in diesem Zeitpunkt schädliche Innovation ansehen. Es würde eine vor dem Reich und der denkenden Welt höchst auffallende Sache sein, in dem Augenblick, wo dem Reich die Besitzungen von vier Kurfürsten beinahe ganz entzogen werden, die Anzahl der Kurfürsten zu vermehren und dadurch diese Würde im Reich, im nämlichen Verhältniss aber die fürstliche Würde herabzusetzen. Es ist zu erwarten, dass die königlich preussischen Minister hier einwenden werden, dem Landgrafen von Hessenkassel sei die Kurwürde von Frankreich zugesichert. Hierüber könnte man fragen, was Frankreich für ein Recht hatte, dies zuzusichern? ob man in dem Reichsfrieden diese Anmassung Frankreichs sanctioniren, hiemit Frankreich auch auf dem rechten Ufer des Rheins mit reichsständischen Gütern, Gerechtsamen, geistlichen und weltlichen Würden wolle disponiren lassen? Dieses zu verhindern sei ja ein Hauptgegenstand der vorliegenden Unterhandlungen mit dem königlich preussischen Hof, und eben hierüber wünschen Se. k. k. Majestät mit des Königs in Preussen Majestät sich über gemeinsame Maassnehmungen einzuverstehen, und nur um eine solche heilsame Uebereinkunft zu erleichtern und zu bewirken, lassen sich Allerhöchstdieselben so grosse Opfer gefallen.

Sollte Hessenkassel die Kurwürde erhalten, so würde der Herzog von Württemberg die nämliche Forderung machen, und zwar an und für sich mit grösserm Recht. Der Herzog, und vielleicht noch andere Reichsfürsten, haben vermuthlich von Frankreich die nämliche Zusicherung; sowohl Se. k. k. Majestät als des Königs in Preussen Majestät würden zu Gunsten des Herzogs von Württemberg auf die engen Verbindungen dieses Hauses mit dem, beiden gemeinschaftlich alliirten Hofe des Kaisers von Russland Majestät die Rücksicht zu nehmen nicht umhin können. Se. k. k. Majestät wollen auch nicht bergen, dass Allerhöchstdieselben ihre Unterstützung zu diesem Ende ihrem verstorbenen Schwiegervater zugesagt und in dem Sohn, Allerhöchstihrem Schwager, dies Versprechen zu realisiren aufrichtig mitwirken möchten. Allein, da die Errichtung zweier protestantischer und zweier weltlicher Kuren die unausweichliche Nothwendigkeit nach sich zöge, dass auch zwei geistliche Kuren errichtet werden müssten, so gebe man zu bedenken, dass, nachdem das Reich in seinem grössten Flor mit sieben Kurfürsten, und durch zwei Jahrhunderte mit acht Kurfürsten bestanden ist, die Reichsstände nun durch Errichtung vier neuer Kuren in dem Augenblick der grössten Verlegenheit des Reichs sich vor der Welt das lächerliche Ansehen geben würden, durch Titel und Würden sich über wirklichen Länderverlust und über das Unglück mehrerer Millionen getreuer Unterthanen trösten zu wollen.

Dem Herrn Grafen von Panin, der aus diesen Betrachtungen nach seiner tiefen und grossen Einsicht sich leicht überzeugen wird, dass es von uns nicht darauf abgesehen ist, von dem, was wir diesfalls wegen des Württembergischen Hauses dem russisch kaiserlichen Hofe zugesichert haben, uns im Geringsten loszuzählen, können Euer etc. insbesondere die Versicherung geben, dass wir das gege-

bene Versprechen, diesen Wunsch des Herzogs nach Zeit und Umständen auf alle nur immer thunliche Art zu unterstützen, nicht ausser Acht lassen; nur könnten wir den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht nur nicht geschickt, sondern müssen solchen vielmehr höchst unschicklich finden, indem sehr zur Unzeit die Errichtung von neuen Kuren dem Reich eine ganz andere Gestalt geben würde, anbei auch noch zu erwägen komme, dass, da diese Würde in manchem Betracht mit grösserm Aufwand verbunden sei, es auch darauf ankäme, in Betrachtung zu ziehen, ob unter diesen Umständen dem Herzoge diese Würde dermal convenable sein dürfte, wenn auch nicht unübersteigliche Schwierigkeiten sich darstellten, diesen Wunsch dermal in Erfüllung zu bringen.

Unter den übrigen von Frankreich selbst zu einer Entschädigung angetragenen Reichsständen ist Kurpfalz und der Herzog von Zweibrücken das vorzüglichste Haus, das bei dem Punkt der Entschädigung in Hinsicht auf den erlittenen Verlust besondere Rücksicht verdient. Da aber eben dieses Haus auf die Lage Deutschlands, auf die Unmöglichkeit grosse Entschädigungen aufzufinden, eben so wie die Höfe von Wien und Berlin patriotische Rücksicht nehmen muss, so scheint wohl keine Frage sein zu können, dasselbe ganz oder auch grösstentheils zu entschädigen, besonders da durch die Ueberlassung des ganzen linken Rheinufers nun auch das Herzogthum Jülich, das wir durch die von uns vorgeschlagene Linie retten wollten, verloren gehen soll. Nach unserm Dafürhalten würde das pfälzische Haus durch die noch übrigen baierischen Lande auf dem rechten Ufer des Rheins, allenfalls durch Einverleibung des Bisthums Regensburg, nach den Umständen immer ansehnlich entschädiget sein; wollte aber für Kurpfalz und Zweibrüken auch noch auf die Säcularisirung und Einverleibung des baierischen Bisthums Freisin-

gen angetragen, und dies durchaus durchgesetzt werden, so müssten wir für uns die Herrschaft Werthenfels, welche für Tirol so wichtig ist, ausdrücklich und als „conditio sine qua non“ unserer Einwilligung vorbehalten, wobei aber doch Euer etc. die Versicherung geben können, dass wir dem Hause Pfalz einigen Ersatz, der jedoch der Grossmuth Sr. Majestät anheimgestellt bleiben müsste, zu leisten geneigt wären.

Unter den übrigen zur Entschädigung nach ihrem wirklichen Länderverlust auf der linken Seite des Rheins geeigneten Reichsständen, als da sind: Württemberg Baden, Hessenkassel und Darmstadt, die Fürsten von Nassau, Saarbrück, Salmkyburg, Löwenstein und Wiedrunkel und der Graf von der Leyen, würden wir dem um das ganze Reich so wohlverdienten Haus Hessen-Darmstadt wegen seiner grossen Anstrengung, welche dasselbe bis zum Ende des Krieges zum allgemeinen Besten bewiesen, eine angemessene Entschädigung gern gönnen, und eben so können Euer etc. aus besonderer Rücksicht für den kaiserlich russischen Hof auch mitwirken, dass dem Haus Württemberg für seinen wirklichen Verlust des Fürstenthums Mömpelgard eine anständige, jedoch für die Stände des schwäbischen Kreises nicht zu lästige, und besonders auch der Selbstständigkeit und Verfassung des schwäbischen Kreises nicht nachtheilige Entschädigung bei diesen Unterhandlungen durch Uebereinkunft mit dem königlich preussischen Hof zuerkennet wird.

Da aber die sämmtlichen soeben benannten Reichsstände theils in Privatfrieden und besondere Verhandlungen mit Frankreich eingegangen sind, theils aber an dem einen oder dem andern der königlich preussische Hof ein besonderes Interesse nimmt und mehr oder weniger bestimmt denselben seinen Schutz zugesichert hat, so scheint es sowohl

der Klugheit als auch der Rücksicht, durch die wir zu einem grösseren und gemeinnützigen Endzweck den preussischen Hof in gute Gesinnungen zu versetzen wünschen, viel angemessener, dass wir in Ansehung dieser Reichsstände mit keinen Propositionen hervortreten, sondern die diesfälligen Anträge von Preussen erwarten und uns hiemit vorbehalten, solche nöthigen Falls nach jenen auf Gerechtigkeit und auf das Beste des gesammten Reichs, — welches Se. k. k. Majestät Ihrer Seits keinen Nebenrücksichten und persönlichen Neigungen aufopfern wollen, — gestützten Grundsätzen zu mässigen, die Se. k. k. Majestät bei diesen Unterhandlungen voraussetzen und so beschaffen glauben, dass solche nicht anders als den Beifall des eben so edel denkenden Königs in Preussen erhalten werden.

Als eine im Grunde sich von selbst verstehende Sache wollen wir jedoch nicht unbemerkt lassen, dass für den Unterhalt der auf die angetragene Art zu Gunsten eines weltlichen Reichsstandes säcularisirten Bischöfe oder Prälaten von dem betreffenden Reichsstand anständig und auf Lebenszeit des Säcularisirten gesorgt werden müsse, und dies nöthig scheine in der Convention mit Preussen auszudrücken.

Schliesslich hätten wir unsern Anträgen bei diesen Unterhandlungen noch beizusetzen, dass, nachdem von Frankreich wegen der geistlichen Reichsstände ausser den geistlichen Kurfürsten kein Antrag zur Entschädigung zu erwarten ist, und darunter doch Fürsten begriffen sind, welche, wie der Fürst-Bischof von Lüttich, ganz, und jener von Basel grösstentheils ihre Existenz verlieren, es billig und anständig scheine, dass von dem gesammten Reich für ihre lebenslängliche Unterhaltung einige Sorge übernommen werde, zu welchem Ende der k. k. und der königlich preussische Hof sich vereinigen könnten, sich

gemeinschaftlich zu verwenden, dass dem erstern dieser Fürsten seiner Zeit zu einem andern, auf der rechten Seite des Rheins gelegenen Bisthum verholfen, indessen aber ihm und andern ihres gänzlichen Unterhalts beraubten geistlichen Reichsständen durch Pensionen von geistlichen Stiftern, allenfalls auch durch auf alle Reichsstände in dem societätsmässigen Verhältniss ausgeschriebene Beiträge, eine anständige Subsistenz bis zu ihrer weiteren Versorgung verschafft werden möchte.

In wie weit nun der königlich preussische Hof in diese hier auseinandergesetzten Grundsätze und darauf gebauten Anträge eingehen werde, ist zu erwarten. Euer etc. finden sich indessen, so gut es nach den theils für sich abwechselnden Umständen, theils nach der bisherigen Handlungsart des preussischen Ministeriums, auf dessen Aeusserungen man nie fest vertrauen kann, möglich war, hinlänglich unterrichtet, um die Anträge, welche Preussen allenfalls den unsrigen substituiren wollte, so wie auch die Modalitäten, welche man etwa in Vorschlag bringen könnte, zu beurtheilen und zu bestimmen, in wie weit solche nach den bekannten Gesinnungen Se. k. k. Majestät zum Grunde einer förmlichen Convention gelegt werden können.

Uebrigens vertrauen Se. Majestät vollkommen auf die lang bewährte Klugheit, Einsicht und Erfahrung Euer etc., dass Hochdieselbe in Nichts eingehen werden, was dem Sinn der in mehreren Depeschen enthaltenen und in der gegenwärtigen im Wesentlichen wiederholten Grundsätze nicht angemessen sein dürfte, so wie dann auch, wenn preussischer Seits mit andern Vorschlägen, als die wir dermal hier vermuthen konnten, sollte hervorgegangen werden, Euer Durchlaucht mit den bestimmten Weisungen würden versehen werden.

IV.

THUGUT AN STARHEMBERG, DIETRICHSTEIN UND REUSS.

Note über den weitern Gang der Rastadter Reichsfriedens-Unterhandlungen.

Wien, den 7. Juli 1798.

Um Euer etc. in dem Zusammenhange der Rastadter Reichsfriedens-Unterhandlungen zu halten, ermangle ich nicht weitere Bemerkungen hierüber zum dienlichen Gebrauch Deroselben hier anzuschliessen.

Die Aeusserung der französischen Bevollmächtigten vom 27. März, wo sie der Reichsdeputation den Grundsatz der Säcularisation im Allgemeinen und ohne alle Einschränkung vorgeschrieben haben, machte zwar die Deputirten der geistlichen Reichsstände niedergeschlagen, diejenigen aber, darunter auch die kurmainzischen, welche auf Säcularisation vertröstet worden, und vorzüglich die preussischen Minister mit ihrem Anhang, konnten ihre Freude nicht bergen und munterten Alles auf, in die Säcularisation im weitesten Sinne einzuwilligen, und nur mit grosser Mühe konnte von den österreichischen Bevollmächtigten bewirkt werden, dass einige modificirende Grundsätze in das Deputations-Protokoll kamen, wovon jedoch in das Conclusum per majora sehr wenig aufgenommen wurde. Baden und Bremen vertheidigten unter den Deputirten am Eifrigsten das allgemeine Säcularisationssystem; Kursachsen äusserte sich billig und unterstützte wenigstens in thesi den von Oesterreich aufgestellten Grundsatz, dass, wenn das Reich die auf dem linken Rheinufer ihres Eigenthums beraubten Reichsstände unterstützen soll, nach den Societätsregeln alle Stände ohne Unterschied gleich bei-

tragen müssen, und es die grösste Ungerechtigkeit sein würde, diese Last auf die geistlichen Reichsstände allein zu wälzen. In dem abschriftlich angebogenen Voto vom 4. April hat Oesterreich seine Meinung über diesen Punkt und überhaupt seine patriotischen Gesinnungen mit aller Freimüthigkeit ohne alle Nebenrücksichten auf sich und Andere geäussert und die Reichsdeputation sowie das ganze Reich überzeuget, dass der k. k. Hof die Erhaltung des Reichs nicht nur wünsche, sondern, wenn andere mächtige Reichsstände noch Hoffnung zur Rettung lassen, zu diesem Ende die grössten Opfer sich gefallen zu lassen bereit sei. Diese Aeusserung erhielt allgemeinen Beifall, allein die Reichsdeputation war durch Furcht und eitle Hoffnung verstimmt; man begnügte sich, die österreichische Handlungsart zu bewundern, und sie beschloss dennoch in die Basis der Säcularisation einzuwilligen. Die französischen Bevollmächtigten nehmen diese Einwilligung des Reichs im weitesten Sinne utiliter an und verwerfen anbei noch ausdrücklich und auf eine schnöde Art die von der Reichsdeputation bei dieser Gelegenheit wieder in Erinnerung gebrachten Voraussetzungen und Modificationen bei Abtretung des linken Rheinufers und erklärten förmlich, die Zurückziehung der französischen Truppen könne nur eine Folge des wirklich zur Vollziehung gebrachten Reichsfriedens sein. In eben dieser Note vom 8. April wurde sodann von den Franzosen die dritte Friedensbasis, nämlich die Anwendung der Säcularisations-Grundsätze zur Entschädigung der Reichsstände in Proposition gebracht und hiebei erklärt, das Mittel, den Reichsfrieden zu befördern, bestehe darin, sich nun damit und mit den allgemeinen Grundsätzen zu beschäftigen, nach welchen die Reichsdeputation für das Schicksal der zu säcularisirenden Titularbischöfe zu sorgen gedenke.

Bei den Deliberationen über die Säcularisationsbasis haben wir unsere Vorstellungen nicht nur zu Rastadt, sondern auch zu Berlin nachdrücklichst wiederholt, dass, um das Reich von äusserster Verwirrung und seinem gänzlichen Verderben zu retten, hiemit, um die acquirirenden Reichsstände wie die verlierenden dermal und in der Folge nicht ganz von Frankreich abhängig zu machen, das Sicherste sein würde, auf Entschädigungen ganz Verzicht zu thun, oder doch solche, wenn anders der Friede nicht zu erhalten wäre, auf das Aeusserste zu beschränken; in einem und dem andern Fall würde Oesterreich mit dem Beispiel der Mässigung und Aufopferung vorgehen. Allein mit diesem Antrag fanden wir nirgends wirksamen Eingang; Preussen heuchelte zwar vor uns und den wenigen patriotischen Reichsständen die nämliche mässige Gesinnung, stellte aber den Reichsständen die Sache als unausführbar vor und schreckte Alles damit ab, dass Frankreich auf der genauen Execution seiner Privat-Friedens-Tractate bestehen würde, in welchen bekanntermassen der Grund zu Allem dem, was Frankreich nun fordert, gelegt worden ist. In dieser Absicht und um die Reichsstände zu überzeugen, dass die Basis dieser Separatfrieden Acquisitionen durch Säcularisationen seien, wurden die württembergischen und badischen geheimen Artikel der geschlossenen Conventionen zu Strassburg gedruckt und in Rastadt bekannt gemacht.

Alles, was wir nun erwirken konnten, bestand darin, die Reichsdeputirten etwas bedachtsamer zu machen und sie zu bestimmen, unterm 18. April vorläufig durch eine dilatorische Note von den Franzosen zu fordern, sie möchten sich vor Allem über die Voraussetzungen und Modificationen, die man mit Abtretung des linken Rheinufers verbunden habe, äussern, indem man erst dann sich mit dem Punkt der Entschädigung beschäftigen könne.

Dadurch suchten wir Uebereilung in dem für das Schicksal des Reichs nun entscheidenden Punkt abzuhalten und anbei Zeit zu gewinnen, mit Preussen durch unsere bekannten grossmüthigen Anträge eine für das Reich erspriessliche Uebereinkunft zu treffen. Wie die Sachen aber sich nun gewendet und dermal stehen, liefert den überzeugendsten Beweis, dass der preussische Hof nur zum Schein mit uns in Berlin unterhandeln wollte, in Rastadt aber seine Minister mit den französischen Bevollmächtigten gemeinsame Sachen machen und nach ihren Anträgen negotiiren lässt; es wird sogar von wohlunterrichteten Leuten in Rastadt versichert, dass der preussische Minister Baron Jacobi zur nämlichen Zeit mit den Franzosen an einem Entschädigungsplan arbeitete, als man in Berlin mit uns Unterhandlungen eingeleitet hat, und wir haben auch nicht undeutliche Spuren, dass die preussischen Minister diese in Berlin eröffneten Unterhandlungen, besonders aber die von uns angesuchte kaiserlich russische Mediation zwischen uns und Preussen, den Franzosen wo nicht als verdächtig und gehässig vorgestellt, doch ihre diesfälligen Apprehensionen und Aufsichtigkeit sorgfältig genährt haben.

Wie genau die preussischen Minister mit den französischen Bevollmächtigten verbunden sind, wie sie dieselben in ihren Plänen nicht nur nicht hindern, sondern für sie arbeiten und sich sogar zu vorläufigen präparatorischen Insinuationen gebrauchen lassen, dies beweiset unter andern sehr auffallend, dass Baron Jacobi schon unterm 27. April dem Herrn Grafen v. Lehrbach mit verstellter Vertraulichkeit eröffnet hat, die französischen Bevollmächtigten würden mit dem kursächsischen Deputirten Grafen von Loeben und dem kurmainzischen Baron Albini eine Besprechung haben und ihnen vorläufig ankündigen, dass Frankreich, anstatt wegen des linken Rheinufers Modificationen Statt zu geben, vielmehr verschiedene

Punkte auf dem rechten Rheinufer, besonders aber die Schleifung der Festung Ehrenbreitstein fordern werde. Diese Besprechung ist auch wirklich Tags darauf erfolgt, und ist dabei als ein leidiger neuer Beweis der Verwirrung im Reich zu bemerken, dass der protestantische Minister eines ganz protestantischen Staates diese französischen Forderungen mit grosser Standhaftigkeit für sich als unannehmbar erklärt, der kurmainzische aber sich blos geäussert hat, die Reichsdeputation dürfte dabei Anstände finden, nachhin aber gegen mehrere Deputirte unvorsichtig fallen liess, die Schleifung der Festung Ehrenbreitstein würde wohl nicht zu verhindern sein. Mit diesen neuen, ganz alle Hoffnung der Rettung des Reichs niederschlagenden und für andere Staaten so insultirenden als höchst bedenklichen Propositionen sind dann die französischen Bevollmächtigten in der dem kaiserlichen Plenipotentiarius unterm 4. d. M. zugestellten Note, welche hier abschriftlich nach ihrem ganzen Inhalt beiliegt, öffentlich aufgetreten, woraus folgende bestimmte neue, höchst verderbliche Forderungen zu entnehmen sind *):

1. „Die Schleifung der Festung Ehrenbreitstein," der einzigen noch übrigen Brustwehr Deutschlands gegen Frankreich, nach deren Zerstörung die Franzosen, wenigstens von fünf befestigten Punkten aus, von dem Rhein in ganz Deutschland einbrechen und selbst in Norddeutschland ganz unaufgehalten bis Magdeburg vorrücken können. Die Schleifung dieser Festung kann auch mit Aufwendung der grössten Unkosten so ganz nicht bewerkstelliget werden, dass die Franzosen, wenn sie in das Reich einfallen, diese Bergfestung nicht bald wieder herstellen können; und übernehmen die Franzosen die Demolirung, so wird solche ohnehin nur nach diesem Plan geschehen.

*) Diese Proposition der französischen Bevollmächtigten wurde am 3. Mai der Reichsdeputation übergeben.

2. „Kehl mit seinem Territorium und die Veste Kastel.“ Durch Ueberlassung der erstern an Frankreich wird ganz Schwaben den Franzosen geöffnet, und durch den Besitz der letztern dominiren sie Frankfurt und die ganze Gegend am Main.

3. Durch die Forderung von „fünfzig Morgen Terrain gegenüber der alten Brücke von Hünningen mit dem nöthigen Weg dahin, dann der Herstellung der Commercialbrücken zwischen Alt- und Neu-Breisach“ wollen sich die Franzosen nicht nur den bequemsten Uebergang über den Rhein versichern, sondern auch sich dadurch zum Nachtheil Schwabens wichtige commercielle Vortheile verschaffen.

4. Die Forderung „aller Inseln auf dem Rhein“ ist offenbar eine Besitzausdehnung über das geforderte und von der Reichsdeputation mit Modalitäten accordirte linke Rheinufer, welches im Ganzen so viel als eine ansehnliche Provinz betragen würde und in commercialischer und militärischer Rücksicht für Frankreich von grösster Wichtigkeit ist.

5. „Die Abschaffung aller Zölle auf dem Rhein,“ wodurch die Besitzungen der Reichsstände auf dem rechten Rheinufer noch mehr deteriorirt, in dem nämlichen Verhältniss aber den Reichsständen die Mittel entzogen würden, die Schifffahrt auf der rechten Seite zu unterstützen, wodurch solche gar bald ganz in französische Hände fallen müsste.

6. Die Forderung der „Ausdehnung der freien Schifffahrt auf alle, auch die nicht sich in den Rhein werfenden Flüsse in Deutschland (Inn, Weser, Elbe, Oder) namentlich aber der Donau“ wird auf eine derisorische Art auf die eigene Convenienz des deutschen Reiches gestützet.

7. Durch die Forderung aber, dass „nebst der Entschädigung aller auf dem linken Rheinufer verlierenden

Reichsstände mit Inbegriff der Reichsritterschaft", von deren Gütern Alles eingezogen werden soll, was im weitesten Sinne von Frankreich willkührlich als Domänengut erklärt wird, auch noch „alle Schulden von den an Frankreich abgetretenen Provinzen des linken Rheinufers auf das rechte Ufer übertragen werden sollen", würde Deutschland alle Möglichkeit benommen, sich in der Folge durch Industrie wieder zu erholen; denn nicht nur würden alle geistlichen Güter zu den angetragenen Entschädigungen nicht hinreichen, sondern die Reichsstände, welche Länderentschädigungen erhielten, müssten eine sehr drückende neue Schuldenlast übernehmen.

Ueber diese Forderungen war im Reich gleich Anfangs Alles sehr bestürzt, diese Bestürzung vermehrte sich aber mit dem reifern Nachdenken bis zur allgemeinen Niedergeschlagenheit. Bei jedem Artikel der französischen Note sieht man grössere Gefahren, als Anfangs in die Augen fiel. In keinem Zeitpunkt war die Lage Deutschlands trauriger, erniedrigender; in den Forderungen der Franzosen liegt der Untergang der deutschen Reichsverfassung. Die Reichsstände, welche vom augenblicklichen Interesse nicht gar zu sehr verblendet sind, erkennen dies lebhaft, und wirklich kann Niemand misskennen, dass die Absicht der Franzosen ist, sich von allen Seiten den Eingang in die deutschen Provinzen, und von diesen, wenn es angienge, in alle Monarchien zu öffnen.

V.

THUGUT AN DIESELBEN.

Nachtragsexpedition zur Expedition vom 7. Juli, Wien, 10. Juli 1798.

Ungeachtet die preussischen Minister in Rastadt, indem sie einerseits erklärten, der König könne durchaus

nicht gleichgültig ansehen, dass die Franzosen auf dem rechten Ufer festen Fuss fassen, andererseits aber den ohnehin kleinmüthigen Reichsständen die Folgen einer abschlägigen Antwort auf die weitern französischen Forderungen abschreckend darstellten, die Reichsstände zwischen Furcht und Hoffnung setzten, und ungeachtet der kurmainzische Directorialgesandte, im blinden Vertrauen auf die ihm von den Preussen und Franzosen gegebenen unbestimmten Zusicherungen wegen Erhaltung des Kurfürstenthums Mainz, selbst Modificationen in Vorschlag brachte, unter welchen man in die französischen Forderungen sich einlassen könnte, so haben wir dennoch durch einleuchtende Vorstellungen bewirket, dass in der Note vom 18. Mai d. J. die neuen französischen Forderungen durchaus und standhaft abgeschlagen wurden.

Die Abberufung des Treilhard und seine Berufung in das Directorium gab Frankreich einen natürlichen Vorwand, die Antwort auf diese Note bis auf den 22. Juni zu verzögern, wo solche auf eine den bessern Erwartungen der Reichsstände ganz entgegengesetzte Art erfolgt ist.

Im Eingang wird sich sehr bei der freien Schifffahrt aufgehalten und, um die Sache ins Weite zu spielen, dieser Gegenstand gar an den Reichstag verwiesen, wobei aber zu bemerken, dass, was vorhin nur als Wunsch geäussert wurde, nun dermal positiv verlangt wird. In den wesentlichsten Punkten, wegen Behauptung der Angriffspunkte gegen das Reich auf der rechten Seite des Rheins, wird im Allgemeinen auf die vorige Note sich bezogen, und bei andern Punkten, als wegen des Terrains von Kehl, wegen der fünfzig Joch oder Morgen Landes bei der Hünninger-Brücke, wegen der Reichsritterschaft, dann wegen Uebertragung der Schulden vom linken auf das rechte Rheinufer, werden theils unbedeutende, theils

blos nur scheinbare und illusorische Modificationen gemacht.

Wenn nun die Reichsstände unsern Vorstellungen und unserm Beispiel folgen, so würde die Deputation sich lediglich auf ihre diesfällige erste Note beziehen und ganz kurz die Unmöglichkeit, in diese Forderungen einzugehen, in Vorstellung bringen. Ob wir aber auch diesmal die Majorität für uns haben werden, ist zu erwarten, unfehlbar dürfte dies uns auch dermal gelingen, wenn der preussische Hof nicht blos durch öffentliche scheinbare Gegenerklärungen sich gegen die französischen Forderungen setzet, sondern auch die preussischen Minister mit uns gemeine Sache machen, um den Muth der noch gutgesinnten Reichsstände aufzurichten und die in's Geheim mit den Spoliationsplänen der Franzosen einverstandenen Reichsstände in den pflichtmässigen Schranken zu halten.

VI.

THUGUT AN COBENZL.

Wien, den 19. August 1798.

Euer Exc. erinnern sich aus den Berichten des k. k. Bevollmächtigten in Rastadt, wovon Deroselben noch während Dero Anwesenheit in Wien die Einsicht genommen haben, dass die Franzosen auf die abschlägige Antwort der Reichsdeputation wegen ihrer Forderungen auf dem rechten Rheinufer unterm 19. Juli eine Note übergaben, worin dieselben nicht nur im Wesentlichen auf der ersten Forderung bestehen, in keinem Punkt ganz etwas nachgeben und selbst bei Anerkennung des Rheins oder sogenannten Thalweges des Flusses zur Gränze, unter andern die zu einem Angriffspunkt für Frankreich so gelegene und beträchtlichste Insel Petersau verlangen, über-

dies noch die Forderung machen, dass von dem Reich die Rechte auf das österreichische Frikthal abgetreten werden sollen.

Wegen der ganz unerwarteten Forderung des Frikthales, wobei Frankreich die boshafte Absicht hatte, diesen österreichischen Strich Landes — der gegen 18.000 Seelen enthält, einen Bestandtheil des Breisgaues ausmacht und für diese Provinz in mehrerem Betracht, besonders in Hinsicht auf das Commerz sehr wichtig ist — unter den vom Reich im Allgemeinen auf der linken Rheinseite abgetretenen Ländern zu begreifen und die Entschädigung hiefür mit jenen für die übrigen Reichsstände zu vermischen, hat Herr Graf von Lehrbach, ungeachtet der widrigsten Insinuationen der preussischen Minister, bald die allgemeine Ueberzeugung bei den Reichsständen bewirket, dass über dieses eigentlich österreichische Land das Reich keine Rechte abzutreten habe, dass solches selbst nach den französischen bisher gemachten Forderungen und seiner Lage nach unter den gegen die österreichische Meinung abgetretenen Reichsprovinzen auf dem linken Rheinufer nicht begriffen werden könne, folglich, wenn Frankreich dasselbe in Anspruch nehmen wollte, dies ein Gegenstand besonderer Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Frankreich sein würde.

Hingegen ist es uns nicht gelungen, in Ansehung der eigentlichen Forderungen an das Reich die Reichsdeputation zu bewegen, mit Standhaftigkeit die französischen Propositionen ohne alle Modification oder Nachgiebigkeit abermals zu verwerfen. Der mehrere Theil der Deputation war von der irrigen Vorstellung des kurmainzischen Ministers Baron Albini ganz eingenommen, dass eine ganz abschlägige Antwort bedenkliche Folgen haben könnte, dass die (einzige dem Reich am Rhein noch übrige) Festung Ehrenbreitstein für das Reich von einem solchen

Werth nicht sein könnte, dass man sich deswegen neuen Feindseligkeiten von Frankreich aussetzen sollte; dass man vielmehr erwarten und hoffen könnte, Frankreich würde nach erfolgter Nachgiebigkeit in diesem Punkt von den übrigen Forderungen von selbst abstehen. Alle unsere Vorstellungen von der äussersten Wichtigkeit dieses Platzes, besonders für das nordische Deutschland, und von den auf Erfahrungen gegründeten widrigen Wirkungen der Nachgiebigkeit waren umsoweniger vermögend, die einmal von Furcht und eitlen Erwartungen eingenommenen Reichsdeputirten andern Sinnes zu machen, als die preussischen Minister, — welche seit der Anwesenheit des Sièyes in Berlin mehr als jemals auf alle Art suchen, den französischen Bevollmächtigten sich gefällig zu bezeigen und ihnen im wahren Verstand des Wortes die Cour zu machen, — nicht nur sich hiebei kaltblütig betrugen, von ihren vorigen Declarationen keine weitere Erwähnung machten, sondern durch heuchlerische Beherzigungen des traurigen, wehrlosen Zustandes des Reiches und Erhebung der französischen entschiedenen Uebermacht die kleinmüthigen Reichsdeputirten in ihrer Stimmung zur Nachgiebigkeit bestärkten. Obschon nun vor der wirklichen Abstimmung über diesen Punkt durch die eifrigen Bearbeitungen des kurmainzischen und des bremischen Ministers die Mehrheit für die Schleifung der Festung Ehrenbreitstein schon entschieden war, hat Oesterreich dennoch in der Conferenz das in Abschrift angebogene nachdrückliche Votum dagegen geführt.

In diesem Voto sind die vorigen Abstimmungen aus der gegründeten Ursache wiederholt worden, um den französischen Bevollmächtigten die volle Ueberzeugung zu geben, dass wir in Ansehung Frankreichs dem Sinn unserer Stipulationen von Campo-Formio vollkommen Genüge geleistet, in etwas Weiteres aber uns durchaus nicht

eingelassen haben, folglich Frankreich durch unser loyales Benehmen in das offenbarste Unrecht gesetzet ist. Uebrigens ist in die Zergliederung der von Frankreich vorgelegten Punkte so umständlich eingegangen worden, dass über unsere Meinung und Gesinnungen diesfalls nicht der geringste Zweifel obwalten konnte.

Dadurch konnten wir aber nicht mehr erwirken, als dass in dem nach der verabredeten Mehrheit verfassten Conclusum, wovon Euer Exc. in der Anlage einen Abdruck erhalten, die Schleifung von Ehrenbreitstein als conditio sine qua non, dass nämlich sodann französischer Seits in allen übrigen Punkten würde nachgegeben werden, gesetzt worden ist.

Als sohin dieses Conclusum dem kaiserlichen Plenipotentiarius übergeben wurde, hat derselbe in Gemässheit der ihm ertheilten geheimen Weisung geäussert, dass er diesen Schluss, worin eine so wesentliche Nachgiebigkeit enthalten ist, im kaiserlichen Namen zu begnehmigen nicht auf sich zu nehmen getraue, sondern sich diesfalls anfragen wolle. Hierüber wird nun von der Reichskanzlei kaiserlicher Majestät Vortrag erstattet, und stehet noch zu erwarten, ob Allerhöchstdieselben in diesem Falle das kaiserliche Veto wollen eintreten, oder aber, um einer möglichen Scission zwischen Haupt und Gliedern noch auszuweichen, geschehen lassen wollen, dass die kaiserliche Plenipotenz wie in vorigen ähnlichen Fällen dies Conclusum, ohne sich hierüber in dem einen oder andern Sinn zu äussern, „salva ratificatione Caesaris et Imperii“ an die französischen Bevollmächtigten solle gelangen lassen. Euer Exc. ist auch noch erinnerlich, dass Baron Albini, theils aus selbstsüchtiger Gehässigkeit, theils um bei den Franzosen als ein Beförderer des Geschäftes wohl angesehen zu sein, ein Friedensproject entworfen und in der Deputation, mit Umgehung der kaiserlichen Plenipotenz,

solches in Proposition gestellt hat. Als die Franzosen hievon unterrichtet wurden, erklärten sie dem Baron Albini ins Gesicht, es sei noch nicht Zeit zu einem solchen Project, „que c'était une idée précoce et prématurée“; man würde ein solches Project nicht annehmen, und man verlange, die Deputation solle auf die jüngste französische Note antworten. Jean Debry aber soll noch hie und da geäussert haben: „les vaincus veuillent donner des lois aux vainqueurs et à la république victorieuse“, und als das Project in der Deputation vorkam, entschied man einstimmig, dass zu einer solchen Deliberation die kaiserliche Plenipotenz seiner Zeit die Veranlassung geben müsse. Baron Albini hat also sich auf beiden Seiten, der Reichsdeputation aber von Seite der Franzosen eine Demüthigung zugezogen und dadurch letztere gleichsam noch aufgefordert, bald mit einem Project in ihrem Sinne aufzutreten.

VIII.

THUGUT AN STARHEMBERG, COBENZL UND REUSS.

Wien, den 26. November 1798.

In der nebenliegenden Note erhalten Euer etc. einige Bemerkungen über das Wesentlichste der Rastadter Reichsfriedens-Unterhandlungen, woraus Euer etc. zu ersehen belieben, dass, ungeachtet die traurigen Folgen der ersten übereilten Nachgiebigkeit der Reichsdeputation sich immer einleuchtender entwickeln, und die Preussen als Beförderer dieses Werkes solche auch in ihren eigenen Angelegenheiten allerdings zu empfinden anfangen, die preussischen Minister dort dennoch nicht zu bewegen sind, mit uns aufrichtig gemeinsame Sache zu machen, um wenig-

stens durch eine nachdrückliche und ernste Sprache die Reichsstände zur Standhaftigkeit zu ermuntern und die Franzosen nachgiebiger zu machen, sondern dass sie vielmehr den französischen Uebermuth dadurch immer noch unterhalten, dass sie die Abgeneigtheit ihres Hofes, zu ernstlichen Maassnehmungen zu schreiten, auf das Deutlichste zu erkennen geben, hiemit aber sich vor ganz Deutschland in dem gehässigsten Licht zeigen, von den Franzosen ihrem Hof Geringschätzung zuziehen und sich selbst manchen Demüthigungen aussetzen.

IX.

NOTE

über die Reichsfriedens-Unterhandlungen in Rastadt vom 1. September bis 17. November 1798.

Ungeachtet die k. preussischen Minister öffentlich versichert haben, Frankreich würde sich nach eingewilligter Schleifung von Ehrenbreitstein, Kassel und Kehl nachgiebiger bezeigen, diesfalls ihre Verwendung anrühmten und dadurch viel beigetragen haben, die Mehrheit der Reichsdeputation zu dieser schädlichen Einwilligung zu bestimmen, so erfolgte doch hievon in der französischen Note vom 1. September, mit welcher auf jene der Reichsdeputation am 29. August geantwortet wurde, das gerade Gegentheil. Die Franzosen nahmen darin diese Concessionen als eine ganz natürliche Sache an, übergiengen alle dabei gemachten Bedingnisse und bestunden wieder auf der Forderung der bei Mainz, und zwar auf der rechten Seite des Rheins nach dem Thalweg oder der Halbscheide des Rheins gelegenen wichtigen Petersinsel, als einer für die Festung Mainz nöthigen Appertinenz.

Die preussischen Minister wurden dadurch öffentlich beschämt. Dass es den Preussen mit ihrer vorgegebenen Verwendung für das Reich nicht Ernst war, konnte Jedermann schon daraus abnehmen, dass jeder derselben einzeln und auf verschiedene Art, ebenfalls mit jedem französischen Bevollmächtigten nur einzeln sprach, ungeachtet Letztere laut erklärt hatten, dass sie nicht als officiell ansehen würden, was nur einzeln und nicht an alle drei zugleich gebracht würde. Bei dieser Gelegenheit machte man auch den Preussen von Seite der Reichsdeputation den Vorwurf, dass sie ihrer auch nur zum Schein gemachten Vorstellung immer alle Wirkung benehmen, weil sie ganz unnützer Weise gleich beisetzen, dass ihr Hof gegen Frankreich an Nichts thätig Antheil nehmen werde. Bonnier hat auch den kurmainzischen Deputirten freimüthig gesagt: „les Prussiens aboyent et ne mordent pas les Autrichiens ont tout une autre conduite.“ Auch ist es nun am Tage, dass die preussischen Minister, indem sie den Reichsdeputirten glauben machten, ihre Unterredungen mit den Franzosen haben zum Endzweck, dem Reiche die Petersinsel zu erhalten, dieselben den Antrag machten, dass diese auf die rechte Seite gehörige Insel gegen Dem den Franzosen sollte abgetreten werden, dass die Bütterichsinsel bei Wesel, welche nach dem angenommenen Thalweg und natürlichen Lauf des Flusses auf die linke Seite fiel, Preussen verbleiben sollte.

Unter diesen Umständen liessen sich die Reichsdeputirten verleiten, auch die Petersinsel abzutreten, jedoch auf unsere nachdrückliche Vorstellung unter der Bedingniss, dass die französischen Truppen allsogleich von dem rechten Rheinufer abgezogen, und die bei den vorigen Abtretungen gesetzten Bedingungen von Frankreich anerkannt und erfüllt würden. Auf das diesfällige Conclusum vom 11. September erfolgte gleich unterm 14.

von den durch ihre Anhänger immer von Allem vorunterrichteten Franzosen die Antwort, in welcher sie wieder das Concedirte utiliter annahmen, die Bedingnisse umgiengen, wegen Uebertragung der Schulden vom linken auf das rechte Rheinufer Modificationen mehr zusicherten als zusagten, über den Emigrationspunkt sich zwar in einigem Maasse befriedigend erklärten, aber mit der neuen Forderung auftraten, dass die Territorien der geschleiften Plätze von Kehl und Kastel Frankreich verbleiben sollen.

Mit grosser Mühe konnte man österreichischerseits bewirken, dass die Reichsdeputation in ihrem Conclusum vom 22. September sich auf ihre vorige Aeusserung bezog, ihre Vorstellung erneuerte und auf den gesetzten Bedingungen bestand. Graf Görz wendete ungescheut Alles an, die Reichsdeputirten zu bewegen, dass sie von den gemachten Bedingungen abgehen und die Abtretung ganz unbedingt machen sollten, in der Absicht, auf diese Art bei den Franzosen dann die Bütterichsinsel zu erwirken. Die preussischen Minister scheuten sich auch nicht zu verlangen, anstatt anderer Bedingnisse sollte in dem Conclusum vor Allem auf die Bütterichsinsel der Antrag gerichtet werden. Bremen und andere officiöse Anhänger von Preussen waren hiezu auch schon geneigt. Allein Graf Lehrbach, unterstützt vom Grafen Loeben, machte dagegen Vorstellungen und zeigte einleuchtend, dass man dem allgemeinen Interesse des Reichs das besondere eines Standes nicht vorziehen dürfe, und man vor Allem für das Reich sorgen müsse; es würde dann schon Gelegenheit geben, und man würde auch österreichischerseits nicht ermangeln, sich des preussischen Interesses wegen der Büttericher Insel anzunehmen.

Auf dies Conclusum der Reichsdeputation antworteten die Franzosen mit einer umständlichen und merkwürdigen Note unterm 3. October, welche, da sie als

eine Art von Ultimatum über das bisher Verhandelte angesehen werden kann, in der Anlage hier zur Uebersicht beigeschlossen wird. Das Merkwürdigste in dieser Note ist die neuerliche Erwähnung wegen Abtretung des Frikthals, die Forderung, dass in einer Entfernung von 3000 Klaftern an Kastel und Kehl das Reich keine Festung oder „camps retranchés" haben dürfe, die verlangte Aufhebung des Zolles zu Elsfleeth, wodurch der Herr Bischof von Lübeck wenigstens 36.000 Reichsthaler Einkünfte verlöre, dann die Renuntiation auf alle Reichsgerechtsame und Titel, die auf ehemalige Besitzungen in Italien Bezug haben. In dem ebenfalls abschriftlich angebogenen österreichischen Voto vom 11. October ist diese französische Note ganz umständlich analysirt und die österreichische Meinung über alle Punkte derselben freimüthig geäussert worden, und hat man sich vorzüglich bemüht, den Reichsständen das äusserst Verderbliche wegen Uebernahme der Schulden von dem linken auf das rechte Rheinufer einleuchtend darzustellen. Auch hat sich Oesterreich sehr nachdrücklich der preussischen Forderung wegen der Bütterichsinsel angenommen, obschon die Preussen mit der Reichsdeputation sehr unredlich sich benommen und sich, erst dann an dieselbe gewendet haben, als sie ihre ränkevollen und insidiösen Privatunterhandlungen mit den Franzosen diesfalls ganz unwirksam und durch die erhaltenen schnöden Antworten sich öffentlich beschämt sahen. Jedoch hat man den Preussen österreichischer Seits auf eine Art das Wort gesprochen, dass dadurch auf einer anderen Seite dem Reich kein Nachtheil zugezogen werden konnte.

So sehr nun dies österreichische Votum allgemeinen Beifall erhielt, so ist doch das Conclusum vom 15. October nicht ganz nach demselben ausgefallen: nebst dem, dass in demselben keine so nachdrückliche Sprache geführt

wurde, wie es die Gegenstände erforderten und es auch die Umstände in Etwas begünstigten, so ist auch in dem wichtigen Punkte der Schuldenübernahme viel nachgegeben worden. Das Wesentliche dieses etwas verworren gefassten Conclusum's besteht darin:

1. Bleibt der Thalweg oder die Mitte des Rheins die Gränze, und wird die preussische Forderung wegen der Bütterichsinsel empfohlen. 2. Ist einstimmig gegen die Aufhebung des Elsfleether Zolles auch gegen die französischen Anträge zur Begünstigung der Hansestädte auf Unkosten anderer Reichsstädte gestimmt worden. 3. Ist die Mehrheit gegen die Errichtung neuer sogenannter Commercialbrücken ausgefallen. 4. Nehmen die majora den französischen Vorschlag wegen der „dépendances ecclésiastiques“ an, jedoch mit Verwerfung des Antrages nach dem Ort der Recesse dieser Einkünfte, weil man doch einsah, dass sodann der grösste Theil von den geistlichen oder Kircheneinkünften auf die linke Seite des Rheins gefallen wäre. 5. Werden weitere Vorstellungen wegen der Reichsritterschaft gemacht. 6. Wegen der Schulden gieng die Mehrheit, nach den vorigen Schlüssen, wieder auf Modificationen ein, besonders wegen der während des Krieges von den Landesherrn gemachten Schulden; die eigentlichen Landes- und Commercialschulden aber, und zwar letztere ohne Unterschied, sollen auf den abgetretenen Besitzungen auf dem linken Rheinufer haften bleiben. 7. In Ansehung des Emigrationspunktes bestehen die majora darauf, dass die französischen Emigrations-Grundsätze in den sogenannten Reunionsländern nicht anwendbar sein können; für die Emigrirten aus Lothringen und Elsass begnügte sich die Majorität blos die Amnestie zu reclamiren, welches eben so viel sagen will, als dieselben der französischen Willkühr zu überlassen. 8. Sind ganz unanimiter für den Rückzug der französischen Truppen vom rechten Rheinufer und für

die conventionsmässige Ravitaillirung der Festung Ehrenbreitstein. 9. Erklären sich die majora geneigt, die Abtretung der Reichslehen in Italien, jedoch nur nach dem Frieden von Campo-Formio, seiner Zeit sich gefallen zu lassen; wegen der weitern Renuntiationen aber wird zu erkennen gegeben, dass man von deren eigentlichem Sinn nähere Kenntniss haben müsse. In Ansehung des Frikthales ist wieder erklärt worden, dass dieser Punkt nicht zur Reichsdeputation gehöre. 10. Wegen der Forderung, dass in einer Entfernung von 3000 □ Klafter kein Fort oder camp retranché von Seite des Reichs soll errichtet werden, äusserte sich die Majorität dem französischen Antrag beifällig, jedoch mit der Beschränkung, dass dies nur von der Gegend von Kastel und Kehl zu verstehen sei. Hiebei wäre nun noch zu bemerken, dass es nur von Oesterreich abgehangen hätte, die Preussen wegen der Bütterichsinsel bei der Deputation in grosse Verlegenheit zu setzen. Die meisten Reichsdeputirten waren sehr indigniret, dass die Preussen Anfangs durch Intriguen und Anträge auf Unkosten des gesammten Reichs den Besitz dieser Insel sich versichern wollten und dann erst, als diese fehlschlugen, als sie von den französischen Bevollmächtigten abgewiesen wurden, und diese ihre erste Note nicht einmal nach Paris schicken wollten, an die Reichsdeputation kamen. Man warf ihnen vor, sie hätten selbst beigetragen und angerathen, Alles auf der linken Seite des Rheins abzutreten und den Thalweg oder Mitte des Flusses zur Gränze anzunehmen, welches nun den Franzosen ein sehr scheinbares Recht gebe, die Bütterichsinsel nach dem natürlichen Lauf des Flusses in Anspruch zu nehmen. Sie hätten sich wegen Abtretung der Petersinsel bei Mainz, die doch offenbar auf die rechte Seite des Rheins gehöre, ganz gleichgiltig bezeigt und hiezu am Ende noch gerathen; nun solle die Deputation wegen der

Bütterichsinsel für die Preussen bei den Franzosen einschreiten, da doch vorauszusehen, dass dies die Franzosen nicht zugeben würden, weil sie offenbar auf die linke Seite gehöre und nicht zu erwarten sei, dass die Franzosen den Canal, der nur zur Schonung der Wasserwerke nahe an der Festung Wesel errichtet wurde und keine grossen Schiffe tragen könne, für den Thalweg annehmen würden. Dieser nicht ungegründeten Einwendung der meisten Deputirten ungeachtet, brachte es Oesterreich dahin, dass in dem Reichsdeputations-Conclusum sich der Sache der Preussen nachdrücklich angenommen und diese Forderung aus eben den Gründen als billig vertheidigt wurde, aus welchen die Franzosen die Petersinsel gefordert haben, indem diese für Mainz weniger wichtig, als jene es für Wesel, geachtet werden kann.

So mässig nun die Deputationsantwort auf die französische Note vom 3. October ausgefallen ist, so stellten sich doch die französischen Bevollmächtigten hierüber aufgebracht, und die preussischen Minister wollten schon einen wirklichen Bruch der Unterhandlungen voraussagen, als endlich die Note der Franzosen vom 28. October erschien. Diese Note ist allerdings, wie aus der Anlage zu entnehmen, grob und hochtrabend verfasst; es wird darin mit wenig Worten auf der vorigen Forderung bestanden; die Vorstellungen wegen der Bütterichsinsel werden kurz abgefertigt, und in der besonderen Note wegen des Zurückzuges der Truppen und Ravitaillirung der Festung Ehrenbreitstein wird ganz ausweichend geantwortet; jedoch sind in derselben weder eigentliche Drohungen noch weniger ein peremptorischer Termin zur Entschliessung, wie man erwartete, enthalten, und es hätte ziemlich den Anschein, dass die Franzosen die Sachen in diesem Augenblicke noch nicht auf das Aeusserste treiben, sondern Zeit gewinnen wollen.

Die Reichsstände sind indessen über diese trockene Abweisung ihrer Vorstellungen sehr betroffen, und da sie, von Preussen intimidirt, zu standhaften Massnehmungen sich nicht entschliessen können, in einiger Verlegenheit. Auch die preussischen Minister äussern laut ihren Unwillen und bekennen, dass sie von den Franzosen übel behandelt werden; wenn dem äussern Schein zu trauen ist, so haben auch wirklich diese Minister sich der Begegnung, die ihnen von den französischen Bevollmächtigten widerfährt, nicht zu belȍben. Sie werden kalt und stolz behandelt, und die französischen Bevollmächtigten erlauben sich bei Andern geringschätzige Aeusserungen gegen die Preussen. Wollte man Alles dieses nur für verdecktes, abgeredetes Spiel annehmen, so wäre doch dies Spiel durch das Benehmen gegen die verwittwete Königin von Preussen, als sie zu Rastadt erschien, auf einen hohen Grad der Unanständigkeit getrieben, das nur von der grössten Insolenz sich könnte erlaubt und nur von der niedrigsten Ergebung geduldet werden. Es wollten nämlich die französischen Bevollmächtigten durchaus nicht zugeben und äusserten sich laut dagegen, als in dem Schauspielhause man vor Ankunft der Königin den Vorhang nicht aufziehen und das Spiel nicht anfangen wollte; da dies aber dennoch geschah und die Ankunft der Königin erwartet wurde, so stund Niemand von der ganzen französischen Gesandtschaft beim Eintritt der Königin von seinem Stuhl auf; die Bevollmächtigten und ihr ganzes Gefolge blieben mit gegen die Königin gerichtetem Rücken in der Loge unbeweglich sitzen, indessen das ganze übrige Publicum Ihrer Majestät die schuldige Ehrerbietung erwies.

Indessen so sehr die Preussen in Rastadt sich über die Franzosen beklagen, so sind dies doch nur Worte ohne allen Nachdruck. Auch äussern die preussischen Minister ihren Unwillen über die Franzosen nur bei An-

dern, vor den französischen Bevollmächtigten erscheinen sie immer mit gefälliger Miene und haben beständig den Anschein, sich um ihre Gunst zu bemühen und ihnen den Hof zu machen. Darum vertraut auch Niemand auf ihre noch so heftigen Aeusserungen gegen die Franzosen. Man hält sich zu sehr überzeugt, dass unbegränzte Habsucht die einzige Richtschnur des ganzen politischen Benehmens des preussischen Hofes ist, und wenn seine Minister auch zum Schein einen Schritt für das Reich machen, so verrathen sie gar bald, dass ihre Absicht dabei einzig ist, die Hände im Spiel zu haben, um die ihren Entwürfen günstige Verwirrung zu unterhalten und solche zu vermehren.

Da nun die obenangeführte französische Note so grob und in keinem Punkt nachgiebig verfasst war, so hat sich Oesterreich bemühet den Reichsdeputirten vorzustellen, dass dies nur ein Beweggrund mehr sein müsse, auf der vorigen, ohnehin äusserst nachgiebigen Aeusserung zu beharren. Die Preussen hingegen, ohne eben diesfalls uns gerade entgegen zu arbeiten, suchten die Aufmerksamkeit der Reichsstände von dem eigentlichen Geschäft abzuziehen und wegen des ruhigen Einmarsches der k. k. Truppen in Bünden Apprehensionen entstehen zu machen; und obschon eben dieser Truppeneinmarsch, der auf wiederholtes Anrufen der rechtmässigen bündnerischen Gewalten, ungeachtet der vorhergegangenen französischen heftigsten Drohungen und an den Gränzen gemachten Bewegungen bewirkt worden ist, Jedermann vielmehr beweisen sollte, dass mit Standhaftigkeit allein den übermüthigen französischen Forderungen Schranken gesetzt werden können, so wollten die über diese, zur Sicherheit der vorliegenden Reichskreise nicht weniger als für unsere eigene gereichende Besetzung der Pässe in den drei Bünden viel mehr als die Franzosen selbst betroffenen preussischen Minister dennoch den Leichtgläubigen unter den

Reichsdeputirten vorbilden, dass Oesterreich in der Stille mit Frankreich ganz einverstanden, womit sie aber nicht nur bei Niemand Eingang gefunden, sondern ihre scheelsüchtige und ränkevolle Politik nur noch mehr an Tag gelegt haben.

Die Reichsdeputation hatte allerdings keine Ursache, mit der Antwort auf die in wenig Zeilen gefasste französische Note, auf die man eilf Tage warten liess, schnell zu antworten, wenn man nicht die Beförderung des Reichsfriedens-Geschäfts sich angelegen sein liess und in Betrachtung ziehen musste, dass die dringende Noth erfordere, wegen Ehrenbreitstein die nachdrücklichste Vorstellung zu wiederholen. Oesterreich erklärte sich also zur weitern Deliberation und Abstimmung gleich bereit. Wer hätte sich vorstellen sollen, dass die preussischen Minister von dieser ganz natürlichen österreichischen Bereitwilligkeit den Anlass genommen hätten ungescheut auszusprengen, „weil Oesterreich diese so frühzeitige Abstimmung wolle, müsse es hiebei eine besondere Absicht versteckt haben;“ und Graf Görz behauptete öffentlich, „dies geschehe, damit die Deputation eine starke Antwort gebe und sohin der Krieg erfolge;“ wobei denn die preussischen Minister freilich nicht bedacht haben, dass zwischen dieser ihrer Vermuthung und der vorhin geäusserten — Oesterreich sei in der Stille mit Frankreich einverstanden — ein so auffallender Widerspruch herrsche, dass ihre Behauptungen überhaupt dadurch in das Lächerliche fallen müssen. Ohne sich daher an diese leeren Vorspiegelungen zu kehren, ist von der Reichsdeputation unterm 7. d. abgestimmt worden, und gieng das Conclusum per unanimia dahin: „den Franzosen die Empfindung über die Vorwürfe in ihren Noten, und dass man durchaus auf dem Inhalt der Deputations-Aeusserung vom 15. und 23. October bestehen müsse“, zu erkennen zu geben.

Das nebenliegende österreichische Votum ist mit allem Nachdruck und mit der grössten Freimüthigkeit verfasst. Die übrigen Abstimmungen sind mehr oder weniger stark, aber doch alle übereinstimmend ausgefallen. Das kursächsische Votum war aber diesmal sehr milde, wie überhaupt der Graf Loeben gegen seine eigene Gesinnung etwas nachgiebiger und gegen die Franzosen rücksichtlicher wird. Bremen hat sich diesmal (nur Schade, dass dies etwas zu spät) sehr stark geäussert, und ebenso Baiern. Da die preussischen Minister diesmal die Reichsdeputation so fest und standhaft gesinnt sahen, äusserten sie gegen einige Deputirte, sie hätten ein Rescript vom König erhalten, welches enthielte, dass die Reichsdeputation den Franzosen in Allem sehr stark antworten möchte; als man ihnen aber erwiederte, „ob sie auch die Deputation werkthäthig unterstützen würden?“ schwiegen sie still. Baron Jacobi sagte in dem nämlichen scheinbar aufmunternden Ton dem Grafen von Lehrbach: „Ich hoffe, dass Sie bei der nächsten Berathschlagung was Gutes machen werden,“ auf welches dieser erwiederte: „Ganz sicher, — Preussen müsse aber auch was Gutes machen und thätig mitwirken.“ Als nun hierauf Baron Jacobi die hämische Bemerkung machte: „Die 100.000 Russen, welche kommen, werden es schon machen“, so gab ihm Graf Lehrbach zur Antwort: „Es gehöre nicht hieher, was die Russen thun würden, sondern wie Preussen als vorzüglicher Reichsstand zu handeln hätte.“ Merkwürdig ist hiebei, dass, als der französische Minister Bonnier dem kurmainzischen Deputirten Baron Albini vorstellte, die Reichsdeputation möchte in ihrer Aeusserung mässig sein, die vordern Reichsstände würden sonst Opfer eines neuen Krieges werden, den eine englische Faction in Rastadt erzwingen wollte, fast ohne Veranlassung beisetzte: — „on apprendrait encore les turpitudes prussiennes“ — und nach

erfolgtem Conclusum soll Bonnier dem Baron Albini, wie dieser es dem Grafen von Lehrbach allsogleich vertraulich hinterbracht hat, gesagt haben: „votre dernier conclusum est plein d'injures (so nennen sie die nackte Wahrheit); en attendant, nous continuerons à traiter ensemble; ces Prussiens voudraient bien une rupture pour intriguer et s'agrandir."

Indessen ist das Conclusum wegen der schüchternen Unentschlossenheit des mainzischen Directorialen lang nicht so stark ausgefallen, wie die Stimmen sich äusserten. In Ansehung der österreichischen Abstimmung kömmt noch zu erinnern, dass die preussischen Minister für eine gehässige Anspielung auf sie empfinden wollten, was darin wegen Herabwürdigung des Reichs durch das verschiedene Benehmen im Krieg angeführt wird. Man gab ihnen aber zu verstehen, diese österreichische Bemerkung sei in allgemeinen Ausdrücken, Jeder könne es nehmen, wie er wolle; selbst der bremische Deputirte Baron Rhedern war so billig zu bekennen: „das könne zwar auch auf das hannoversche Benehmen im Krieg gemeint sein, es sei aber die Wahrheit, und daher lasse er es gern fallen"; bei dieser Gelegenheit setzte er auch noch bei: „Hannover müsse mehr für die Demarcationslinie bezahlen, als die fortgesetzte Mitwirkung zum Krieg gekostet hätte oder zu einem neuen Kriege kosten würde."

Auf diese Deputationsschlüsse vom 6. d. M. ist am 9. gleich die französische Antwort mittelst der zwei angebogenen Noten erfolgt, ohne, wie letzthin geschah, sich vorläufig in Paris anzufragen, welches dann beweiset, dass die französischen Bevollmächtigten autorisirt sind, bald die unbändigste derbe Sprache zu führen, bald wieder einzuziehen und den Ton zu mässigen, um sohin das durch Täuschung zu erschleichen, was sich nicht gleich ertrotzen liess. Diese Note ist nun im Ausdrucke etwas mäs-

siger, in der Sache selbst aber nichts weniger als nachgiebig, sondern der Form wegen blos dilatorisch, um Zeit zu gewinnen. Die preussische Forderung wegen der Büderichsinsel wird wieder geradezu von der Hand gewiesen, indem die Franzosen auf dem (hauptsächlich durch preussische Intriguen und Schreckbilder) von der Deputation gegen die österreichischen Vorstellungen eingegangenen Thalweg fest bestehen; und ebenso beharren sie auf der Aufhebung des Elsfleether Zolles und stellen dabei das sonderbare Princip auf, dass, gleichwie die Kurfürsten gewöhnlich von derlei neu errichteten Zöllen befreit sind, so auch die nämliche Befreiung für das französische Commerz Statt haben müsse.

Bei dem Emigrationspunkt wird geflissentlich der schwankende Ausdruck „à la nation allemande“ gebraucht, unter welchem die Franzosen ganz sicher die sogenannten reunirten Banden nicht werden begreifen wollen; dadurch bereiten sie sich dann neue Veranlassung zu Chicanen in der Folge, wozu in dem, was bisher zwischen Frankreich und der Reichsdeputation abgeschlossen worden ist, ohnehin so mannigfaltiger Stoff liegt. Dass die Franzosen so nachdrücklich sich wieder der drei Hansestädte annehmen, hat den Grund darin, dass diese Städte beträchtliche Summen an Frankreich bezahlt haben; ein entfernterer Grund mag aber auch darin liegen, weil wohl bekannt ist, dass Preussen auf Hamburg, Hannover auf Bremen, sowie Hessen-Kassel auf Frankfurt Absichten haben, welches dann die Hansestädte veranlasste, bei dieser Friedensunterhandlung, ihrer Erhaltung wegen, um französische Protection durch Geldaufopferung sich zu verwenden.

In dem Schuldenpunkt geben die Franzosen wegen der Communalschulden zum Schein nur das nach, was sich wohl von selbst verstünde und in keine Frage kom-

men konnte. Durch die Nachgiebigkeit der Reichsdeputation in diesem würde das ganze rechte Rheinufer ruinirt und anbei noch, wegen der verschiedener Auslegung fähigen diesfälligen Stipulationen, in der Folge mit Frankreich in immerwährende Streitigkeiten verwickelt.

Am Ende der französischen Note wird schon des Punktes der Säcularisationen erwähnt, wovon Meldung zu machen verschiedene reichsständische Deputirten die Franzosen aufgemuntert haben sollen.

Bei dieser Note kommt noch besonders zu bemerken, dass des 9. Punktes der französischen Note vom 3. October, die Renuntiationen auf die italienischen Lehen und das Frikthal betreffend, nicht ist ausdrücklich Erwähnung gemacht worden, sondern mittelst des nebenliegenden Nachtrages ausdrücklich ist erinnert worden, welches darum auffallen muss, weil auch die erste Forderung wegen des Frikthales nur in einem Nachtrag zur französischen Note ist auf die Bahn gebracht worden.

Was sodann die französische Note wegen der Festung Ehrenbreitstein betrifft, so wird die Forderung der Ravitaillirung dieser Festung als ein blos militärischer Gegenstand gerade von der Hand gewiesen, und scheint also nicht die geringste Hoffnung, dieselbe auf dem Weg der Unterhandlung von dem äussersten Nothstand zu retten; vielmehr geben die Franzosen ganz deutlich zu erkennen, dass sie sogar auch diese ganz auf dem rechten Rheinufer gelegene Festung unter dem Vorwande der National-Sicherheit dem Reiche durchaus abdringen wollen.

Ueber diese Noten wird nun von der Reichsdeputation deliberirt, und Oesterreich bearbeitet sich zu bewirken, dass nicht im Geringsten weitere Nachgiebigkeit bezeiget wird, wegen Ehrenbreitstein neue Vorstellungen gemacht werden, und die geforderte Aufhebung des Els-

fleether-Zolles neuerlich verworfen und Alles, was zweideutig ist, näher bestimmt werden möchte.

In Ansehung der nun schon in Bewegung gekommenen Säcularisationen könnte man aus folgenden Umständen abnehmen, wie wenig es dem preussischen Ministerium Ernst ist, auf Entschädigungen in dem Reich Verzicht zu thun. Es hat nämlich der preussische Minister Dohm dem darmstädtischen Deputirten anvertraut: sie hätten von ihrem Hof wegen der Indemnität ein Rescript erhalten, nach welchem man ganz irrig daran wäre, wenn man sich einbildete, dass Preussen gegen die Säcularisation sei, wie man dies ausstreuen wolle. Der preussische Hof bestehe fest darauf, dass auf diese Art den weltlichen Fürsten die Entschädigung müsse geleistet werden. Diese Aeusserung erhält noch mehr Wahrscheinlichkeit durch das fortwährende Benehmen in Franken, wo nach den neuerlich gemachten Anzeigen des Fürst-Bischofs von Würzburg die Preussen vor Kurzem einen beträchtlichen District des würzburgischen Territoriums gewaltsam in Besitz genommen haben, worüber dann der Fürst im Begriffe stehet bei dem Reichshofrath seine Beschwerden anzubringen."

X.

THUGUT AN COBENZL.

Wien, den 26. November 1798.

„Da von dem Commandanten zu Ehrenbreitstein die kläglichsten Nachrichten von seiner äussersten Noth einlangen und derselbe sich wirklich in der Lage befindet, aus Abgang der nöthigsten Lebensmittel die Festung an

die Franzosen in wenigen Wochen auf Capitulation ergeben zu müssen, anbei aber die dringlichsten Vorstellungen der Reichsdeputation nicht die geringste Linderung der offenbaren feindseligen Blokade zu erwirken vermögend waren, sondern hierauf blos evasorische und höhnische Antworten erfolgt sind, so haben wir mit dem in der Anlage enthaltenen Schreiben durch den Herrn Grafen von Lehrbach bei den vorzüglicheren Mitgliedern der Reichsdeputation den vertraulichen Antrag machen lassen, wie für die ohnehin conventionsmässige Ravitaillirung dieser Festung etwa durch einen wohleingerichteten Ausfall gesorgt werden könnte, woraus dann das kaiserlich russische Ministerium, wie auch aus unserer abschriftlich angebogenen neuerlichen Vorstellung an den Berliner Hof, ersehen wird, dass, so viel es nach der gegenwärtigen Lage der Umstände möglich ist, wir Alles gethan haben, um zu verhindern, dass diese wichtige Festung nicht in die Hände der Franzosen verfalle, welches allerdings ein grosses Unglück für das gesammte Reich, für die niederrheinischen und niedersächsischen Reichsstände in der Folge aber höchst verderblich sein würde."

XI.

THUGUT AN COBENZL.

Wien, den 10. Jänner 1799.

„In der Anlage erhalten Euer Excellenz Bemerkungen über den weitern Fortgang der Rastadter Friedensunterhandlungen, aus welchen Deroselben mannigfaltigen Stoff entnehmen werden, dem russischen Ministerium darzuthun, dass bei einem solchen Benehmen des preussischen

Hofes sich nicht zu verwundern ist, dass die Mehrheit der Reichsdeputation auf solche Abwege verfallen und, von den Preussen ebenso wie von den Franzosen geschreckt und geängstiget, in die verderblichsten und unbilligsten französischen Forderungen einzugehen sich in der unumgänglichen Nothwendigkeit glauben konnte.“

XII.

THUGUT AN COBENZL, STARHEMBERG UND REUSS.

Note über den Fortgang der Reichsfriedens-Unterhandlung zu Rastadt.

Wien, den 10. Jänner 1799.

Die Sitzung vom 17. September, worin die Reichsdeputation über die französische Note vom 11. September einen Schluss gefasst, ist durch die heftige Bewegung der preussischen Minister wegen der Büderichsinsel sehr stürmisch ausgefallen. Mainz, Baiern, Darmstadt, Baden und die zwei Reichsstädte, welche den Franzosen sich immer gefällig erzeigen wollen, waren in so grosser Verlegenheit, neuerdings auf preussisches Andringen in dem Conclusum der Büderichsinsel Erwähnung zu machen, da die Franzosen schon dreimal, und zwar in ihrer Note vom 21. Brumaire (11. October), mit wahrhaft herabwürdigenden Ausdrücken den diesfälligen Deputationsantrag von der Hand gewiesen haben, weil die preussische Forderung gerade der durch preussisches Andringen angenommenen Gränzbasis des Thalweges offenbar entgegen sei, welches Letztere auch um so mehr Grund hat, als nun durch glaubwürdige Ingenieurs nach genauer Untersuchung erhoben ist, dass jenes Terrain, was die Preussen nun behaupten wollen, nicht die Büderichsinsel ist, indem diese eine Stunde

unter Wesel liegt, sondern ein bei der Stadt Büderich am Abfluss des Rheins entstandenes Erdreich, wo von einer Krümme des Flusses an die andere im Jahre 1786 zur Schonung der Wasserwerke von Wesel ein Kanal gegraben wurde, in der Absicht den Druck des Wassers auf die Werke bei Wesel zu vermindern. Die preussischen Minister mussten dies selbst einsehen, daher getrauten sie sich nicht mehr diesfalls in die Franzosen zu dringen, sondern wollten nun der Deputation die Sache zu verfechten aufladen. Zu diesem Ende wiesen sie den Deputirten ein Rescript ihres Hofes vor, in welchem ihnen aufgetragen wird, aus dem Grunde auf dieser Forderung zu bestehen, weil die Petersinsel diesseits des Thalweges den Franzosen abgetreten worden sei, auch die Büderichsinsel, welche jenseits des Thalweges gelegen, an Preussen gelangen müsse. So inconsequent nun auch dies preussische Begehren war, so hat man in Rücksicht, dass Alles, was von der Besitzung eines Reichsstandes gerettet wird, Gewinn für das ganze Reich geachtet werden muss, dennoch im österreichischen Votum dasselbe wie bisher nachdrücklich unterstützet.

Das Conclusum über den ganzen Inhalt der obbemerkten Note, welches den 20. November den französischen Bevollmächtigten zugestellt worden, ist sowohl in diesem Punkt als in den meisten andern durch die österreichische Bearbeitung, so wie die Lage nun ist, ganz angemessen ausgefallen, und wird darin das preussische Begehren wegen der Büderichsinsel empfohlen, die Aufhebung des Elsfleether Zolles verweigert, allenfalls zur besonderen Uebereinkunft der Interessirten verwiesen. In dem Schuldenpunkt wird Nichts weiter nachgegeben; wegen der Emigranten wird die zweideutige Aeusserung der Franzosen im Allgemeinen auf die deutsche Nation bestimmt angewendet, und dann wegen Ehrenbreitstein neue nach-

drückliche Vorstellung gemacht. Hiebei kann man nicht umgehen anzumerken, dass bei dieser Gelegenheit die preussischen Minister durch lärmende Bewegungen Alles in Verwirrung gesetzt haben, anmit aber auch Jedermann daran erinnert haben, wie äusserst gelassen und ruhig sie sich betrugen, als das ganze linke Rheinufer dem Reich von den Franzosen abgedrungen wurde. Der kursächsische Deputirte Graf Loeben konnte daher sich nicht enthalten, dem österreichischen Bevollmächtigten zu sagen: „Man hätte glauben sollen, die Preussen wären hier um uns zu helfen, und nun verwirren sie Alles, sowohl im Geschäfte als im gesellschaftlichen Umgang".

Auf dieses unterm 21. November gegebene Deputations-Conclusum erfolgte dann gleich unterm 23. die französische Antwort, worin dann wegen der Communalschulden, jedoch „sub conditione sine qua non et resolutiva", nachgegeben wird, und übernehmen diesemnach die Franzosen alle von dem Land consentirten Schulden und auch diejenigen, welche zum Besten des Landes gemacht worden sind, und die Communalschulden bleiben ohne Ausnahme den Gemeinden zur Last; hingegen müssen alle während des Krieges und sonst von den Fürsten und Ständen gemachten Privatschulden auf das rechte Rheinufer, sowie die Indemnitätsleistung verlegt werden. Diese zwei Punkte war die Deputation nach dem kurmainzischen Antrag schon beinahe entschlossen nachzugeben, wenn nicht Oesterreich, besonders in der 70. Session, sich so nachdrücklich dagegen gesetzt hätte. Preussen hat zwar auch gegen diese Schuldenübertragung negotiirt, dies hätte aber bei der Deputation wenig Eindruck gemacht, weil man die interessirte Nebenabsicht wohl einsah und Jedermann weis, dass die Schulden des Herzogs von Zweibrücken meistens Privatschulden sind, und derselbe von Preussen beträchtliche Darlehen erhalten hat. Dann wird in dieser fran-

zösischen Note in Ansehung der Inseln im Rhein das Privateigenthum für jene, die nicht Reichsstände sind, zugegeben, die Büderichsinsel zwar nicht genannt, jedoch die preussische Forderung durch die Wiederholung des Grundsatzes, dass der Thalweg die Gränze sein soll, wieder verworfen; auch in diesem Punkt hätte gleich Anfangs die Deputation nachgegeben, Oesterreich bestand aber immer auf der Reciprocität. Durch diese französische Bestimmung verliert unter den Reichsständen Hessen-Darmstadt das Meiste; die Franzosen trösten aber die Beschädigten mit Indemnitäten. In Ansehung des Elsfleether Zolles wird, so wie es bei der von Frankreich geforderten Abtretung des Frikthales geschehen ist, von dem Reich nur die Erklärung gefordert, ob dasselbe hierauf ein Recht habe, und ob man nachgeben wolle, wenn die Interessenten sich hierüber vereinigen, und wird auch bei diesem Punkt wieder auf Indemnität mit Belästigung des Reichs gedeutet. Die Reichsstadt Bremen hat die Franzosen zur Einmischung dieses zu den Reichsfriedens-Unterhandlungen gar nicht gehörigen Punktes veranlasst. Wegen des Emigrationspunktes bleiben die Franzosen wieder bei ihrer zweideutigen Erklärung stehen und geben nur die schwankende Zusicherung, man würde hiebei billig sein.

Dass entweder die Franzosen auf die preussischen Einschreitungen gar nicht achten, oder überzeugt sind, dass es den Preussen nicht damit Ernst sei, und auf jeden Fall sich versichert halten, dass sie es bei Worten bewenden lassen, hat sich bei diesen Negotiationen sehr deutlich gezeigt, indem die Franzosen auf die preussische Einschreitung wegen des Schuldenwesens, der Büderichsinsel und des Elsfleether Zolles nicht die geringste Rücksicht genommen haben. In Ansehung des letzteren Punktes ist merkwürdig, dass die preussischen Minister noch unterm 16. November zwar diesfalls eine sehr nachdrück-

liche Note übergeben haben, darin aber ganz deutlich erklären, der König von Preussen werde keine Einmischung in die Angelegenheiten des nördlichen Deutschlands durchaus Niemand gestatten, worüber dann alle nachdenkenden Reichsstände sehr alarmirt sind und daraus die Folge ziehen, dass die Absicht sei, die Reichsstände inner der sogenannten Demarcationslinie den Dispositionen des allgemeinen Reichsfriedens ganz zu entziehen, die hieraus etwa folgenden Nachtheile und Lasten ganz auf das südliche Deutschland zu wälzen, um sodann die nordischen Reichsstände nach eigenen Grundsätzen, vermuthlich nach jenen des Baseler Friedens, zu behandeln.

Uebrigens ist bekannt, dass wegen des Elsfleether Zolles Oesterreich zuerst mit Nachdruck sich des Interesses des Hauses Holstein angenommen hat; da die preussischen Minister dies sahen, machten sie dann auch Schritte, um den Schein zu haben, diesfalls etwas gethan zu haben.

Wie schon oben angeführt worden, haben die preussischen Minister wegen ihrer Büderichsinsel bei der Deputation Alles in Verwirrung gebracht und unter den Deputirten solche Uneinigkeit erreget, dass man sich fast über Nichts mehr vernünftig einverstehen konnte, welches dann unter Andern auch die Folge hatte, dass weder auf Ehrenbreitstein, weder auf den Truppenabzug vom rechten Rheinufer, noch auf andere zur Hauptfriedensbasis gehörige, unberichtigte Gegenstände gedacht wurde, und ist sich daher nicht zu wundern, dass immer weniger Festigkeit und Zusammenhang in den Entschliessungen der Reichsdeputation wahrzunehmen war. Da die preussischen Minister ungestüm darauf drangen, dass die Reichsdeputation sich zum viertenmale wegen der Büderichsinsel verwende, diese aber ein Bedenken fand, eines schon dreimal abgeschlagenen Gegenstandes zu erwähnen, so konnte nur mit grosser Mühe es durch österreichische

Mitwirkung dahin gebracht werden, dass bei Verfassung eines Conclusums über die französische Note vom 23. November dieser Gegenstand nochmals in Anregung gebracht wurde.

Dies Conclusum vom 4. December, welches den 6. darauf von der kaiserlichen Plenipotenz den französischen Bevollmächtigten übergeben wurde, ist im Wesentlichen folgenden Inhaltes. Wegen der Büderichsinsel war mit grosser Mühe von der Mehrheit zu erhalten, dass im Conclusum bemerkt wurde, man glaube noch sich diesfalls von den verschiedentlich gemachten Anträgen den gewährigen Erfolg für diesen die Sicherheit der deutschen Gränze mitbetreffenden Gegenstand versprechen zu können; wegen des Elsfleether Zolles wird sich auf die Deputationsnote vom 17. October und die neuerlich übergebenen Holstein-Oldenburgische, Dänisch-Holstein-Glückstadtische und Kurbrandenburgische Protestationen bezogen. Bei dem Emigrationspunkt werden umständlich die Gründe wiederholt, aus welchen die französischen Emigrationsgesetze von 1793, die in Folge einer widerrechtlichen Reunion der in Besitz genommenen deutschen Provinzen erlassen wurden, auf die Reichsangehörigen nicht anwendbar seien; im Uebrigen wird sich auf die Deputationsnote vom 17. October bezogen, und der in der französischen Note vom 11. November gebrauchte unbestimmte Ausdruck „nation allemande" wird wieder auf alle Emigrirte deutscher Nation ausgedeutet, welches aber in der französischen Note vom 27. November widersprochen wurde. Bei dieser Gelegenheit brachte die Deputation in ihrem Conclusum auch in Erinnerung die noch immer nicht erfolgte französische Rückerklärung auf alle jene unterm 17. October vorgeschlagenen Modificationen, welche noch zu erörtern seien. In einer besonderen Note werden dann von der Reichsdeputation die Vorstellungen wegen

Ravitaillirung der Festung Ehrenbreitstein wiederholt. Noch am nämlichen Tage, als diese Deputationsnote den französischen Bevollmächtigten übergeben wurde, nämlich den 6. December, haben die Franzosen darauf geantwortet, und da diese, ein französisches Ultimatum und einen peremptorischen Termin von sechs Tagen zur Entschliessung enthaltende Note merkwürdig ist, wird in der Anlage ein Abdruck hievon beigelegt.

Diese französische Erklärung, welche mit der Drohung begleitet war, dass, wenn die beifällige Final-Entschliessung der Deputation in dem bestimmten Zeitraum nicht erfolge, die französischen Minister ihre Vollmachten für erloschen ansehen müssen, hat bei der Reichsdeputation Alles in Bewegung gesetzt. Man fühlte nun, dass es bei einem schwachen und unzusammenhängenden Benehmen der Reichsdeputirten und Uneinigkeit der Reichsstände dahin kommen müsse, dass die Franzosen sich herausnehmen würden, der Reichsdeputation ohne alle weitere Schonung geradezu Gesetze vorzuschreiben, und man ist allgemein der Meinung, dass die sichtbar gewordene Verwirrung und Uneinigkeit, welche durch das unaufhörliche Tripotiren der preussischen Minister bereits auf den höchsten Grad gestiegen war, die Franzosen veranlasst haben mag, einen so entscheidenden maassgebenden Ton anzunehmen.

Der österreichische Bevollmächtigte, der schon vor geraumer Zeit auf den vorgesehenen Fall eines mit Drohung begleiteten französischen Ultimatums mit der Weisung versehen war, die Reichsdeputirten eben dann noch nachdrücklicher zur Standhaftigkeit zu ermahnen, hat sich gleich bei der ersten Deputations-Besprechung gegen die unerträgliche französische Anmaassung, der Deputation einen Termin, und zwar einen kaum für den eilfertigsten Geschäftsgang bei derselben hinreichenden Termin zu setzen,

sehr nachdrücklich geäussert und vorgestellet, dass, wenn dieser französische Kunstgriff, Termine zu setzen, hingehe, Frankreich sich desselben bei jedem andern noch zu erörternden Gegenstand bedienen würde. Der kurmainzische hat darauf blos mit starken Ausfällen gegen die Reichsstände von Norddeutschland geantwortet und laut gefragt, ob diese mithelfen wollten Deutschland zu vertheidigen? In diesem Falle könnte man noch das Aeusserste wagen, aber ohne Hilfe müsse man sich selbst helfen. Sachsen und Bremen schwiegen still; die übrigen Alle stimmten ein, dass die nordischen Reichsstände ganz Süddeutschland aufopfern. Diese allgemeine Ueberzeugung, dass Preussen nicht nur für sich zur Rettung des südlichen Deutschlands nie thätig mitwirken, sondern auch ganz sichtbar die übrigen nordischen Stände von einiger thätigen Theilnahme an dem Schicksal von Süddeutschland abhalten werde, hat bei den Reichsständen die grösste, den französischen Absichten vollkommen günstige Kleinmüthigkeit um so unfehlbarer bewirken müssen, als anbei die preussischen Minister nicht aufhörten, durch alle nur immer ersinnlichen Vorspiegelungen von Schreckbildern die Verwirrung der Deputirten zu vermehren und ihnen die Verlassenheit des Reichs auf das Lebhafteste vorzumalen.

Um sich der Nachgiebigkeit der Deputation ganz zu versichern und das Schreckfeuer sichtbarer zu machen, mussten die französischen Generale zur nämlichen Zeit, als dies Ultimatum der Deputation übergeben wurde, auf der rechten Rheinseite neuerdings unerschwingliche Contributionen, besonders in den mainzischen, darmstädtischen und nassauischen Ländern fordern, dabei aber insinuiren, dass gleich bei Schliessung des Friedens zu Rastadt dies würde abgeändert werden. Die französischen Minister liessen Nichts unversucht, Alles mit Furcht und Schrecken

einzunehmen, und um ihre Drohung nachdrücklicher zu machen, zeigten sie den Reichsdeputirten die durch den Telegraphen aus Paris erhaltene Weisung vor, nach welcher sie ihre Vollmachten, wenn in der bestimmten Zeit keine befriedigende Antwort erfolge, als erloschen ansehen müssten. Roberjot soll dem Baron Jacobi gesagt haben, dass sie schon „eingepackt" haben; wenigstens machte der Letztere kein Bedenken, dies zu verbreiten. Graf Sickingen, Abgeordneter der schwäbischen Grafen, erhielt von Jean de Bry ein Einladungsbillet, „noch einmal vor seiner Abreise bei ihm zu speisen", und Graf Sickingen, als getreuer Anhänger der Franzosen, musste dies Billet allenthalben vorzeigen. Auch liessen sich die Particular-Abgeordneten der Reichsstände zum drittenmale auffordern, der Deputation ein Promemoria wegen Beförderung des Reichsfriedens zu übergeben, wie sie dies bei Abtretung des linken Rheinufers, dann bei den Deliberationen wegen Schleifung von Ehrenbreitstein und Ueberlassung der Petersinsel gethan haben. Noch den Tag vor der Berathschlagung fuhren die französischen Minister zu allen Deputirten, — Sachsen, Oesterreich und Bremen ausgenommen, — um von ihnen zu verlangen, das französische Ultimatum solle simpliciter ohne alle weitere Bedingung oder Berufung angenommen werden. Diese Besuche wirkten schon so viel, dass auf Veranlassung des kurmainzischen Directorial-Gesandten Baron Albini den 8. December in dem Hause des bairischen Deputirten Grafen Morawitzky eine besondere Besprechung unter den Deputirten gehalten wurde, aus der man Anfangs dem österreichischen Bevollmächtigten ein Geheimniss machen wollte, der aber, als er davon unterrichtet wurde, doch hingieng, um die nachdrücklichsten Vorstellungen gegen die geringste Nachgiebigkeit zu wiederholen; man achtete aber darauf wenig, auch hörte man bei dieser Besprechung Nichts als

eitle Jeremiaden über wirkliche und eingebildete Gefahren des Reichs. — Kursachsen und Bremen giengen in alle Betrachtungen des österreichischen Ministers ein, überzeugten sich von der Nothwendigkeit, in gar Nichts einzugehen und platterdings auf der Verweigerung zu bestehen, weil das Ultimatum von unübersehlichen Folgen sein würde. Der kurmainzische Directorialgesandte erwiederte hierauf: „Das Reich sei von der ganzen Welt verlassen; das österreichische Contingent stehe zwar zum Dienste des Reiches zahlreich bereit, Preussen aber spreche gross und thue Nichts und zwinge noch überdies Sachsen, Hannover und andere Stände zur gleichen Unthätigkeit; sobald Preussen, Sachsen und Hannover erklären, dass sie mit ihren Truppen zu dem österreichischen Contingent stossen und thätig handeln wollen, so sei er festzuhalten entschlossen.“ Durch Erklärungen dieser Art brachte nun Baron Albini sechs Stimmen auf seine Seite, welche in der Conferenz vom 9. December die Mehrheit gemacht und die unbedingte Annahme des französischen Ultimatums beschlossen haben, wie dies aus der angebogenen Note zu ersehen ist, welche die kaiserliche Plenipotenz, um nicht durch eine öffentliche Scission zwischen Kaiser und Reichsständen vollends im Reich Alles in die äusserste Verwirrung zu bringen, besonders da schon längst bei der Reichsdeputation die Entschlossenheit wahrzunehmen war, allenfalls auch ohne Mitwirkung der kaiserlichen Plenipotenz sich mit den französischen Bevollmächtigten einzulassen, „salva ratificatione Caesaris et imperii“, den 11. December übergeben hat. In diesem, ohne Mitwirkung von Sachsen, Oesterreich und Bremen gemachten Conclusum, wogegen die drei oberwähnten Deputirten sogar am Ende förmlich protestirt haben, wird das vorgelegte französische Ultimatum in allen Punkten nach dem Verlangen in den französischen Noten vom 3. October und 6. December angenommen; wegen

der deutschen Emigranten wird sich mit der schwankenden französischen Versicherung begnügt, und was bei den noch nicht ganz bestimmten Punkten annoch zu berichtigen und zu modificiren wäre, soll nach dem französischen Antrag bis zur Redaction des Reichsfriedens-Instruments ausgesetzt bleiben. Nach dieser Entschliessung der Mehrheit ist also keine Rede mehr von der Büdericherinsel, noch von der Verweigerung der Aufhebung des Elsfleether Zolles, und bei diesem Gegenstand soll das Reich nach getroffener Uebereinkunft unter den Interessenten Nichts mehr zu erinnern haben, so dass nun, nach dem deutlichen Inhalt der Note, welche die preussischen Minister wegen des Elsfleether Zolles übergeben haben, und worin gesagt wird, dass Preussen eine Einmischung in die Angelegenheiten des nördlichen Deutschlands durchaus nicht zugeben würde, wirklich der Fall eingetreten wäre, wo Preussen eine ernstliche Sprache führen und thätig handeln sollte, wenn nicht seine stärksten Aeusserungen für leere Worte gelten sollen. Anstatt aber diese ernstliche Sprache eintreten zu lassen, beschränkten sich die preussischen Minister in dem Augenblick, wo die Deputation mit Verfassung ihres Conclusums beschäftigt war, derselben ein Promemoria zu übergeben, worin einzig die Büdericherinsel zur Bedachtnehmung bei der Redaction des Friedens-Instrumentes anempfohlen wird, und worin nicht ein einziges standhaftes Wort enthalten ist, durch welches der ganz gesunkene Muth der Deputirten in dem entscheidenden Augenblick so leicht hätte erhöhet werden können.

Eine solche Mitwirkung erfuhr also das Reich von Preussen in diesem äusserst kritischen Augenblick. Wenn man nun erwäget, dass der kurmainzische Subdelegirte, der hauptsächlich die Geschäfte der Deputation zu leiten hat, mit den französischen Ministern, besonders mit Bon-

nier, in der engsten Verbindung und hiemit an der Spitze der Mitglieder der Deputation stehet, die gleiche Gesinnung hat und wegen seiner Indemnisations-Absichten den Franzosen theils ganz anhängt, theils dieselben doch äusserst schont, auch die zwei Reichsstädte Augsburg und Frankfurt sich beständig so betragen haben, als stünden sie ganz in französischer Abhängigkeit, so ist leicht vorzusehen, dass bei einer solchen Stimmung jede leichte Drohung von Seite der Franzosen auf die Mehrheit der Deputation immer mächtig wirken muss, und dass auch bei anderen Punkten die Deputation sich ganz nach französischer Willkühr dürfte behandeln lassen.

Auf diese, dem französischen Verlangen so ganz entsprechende Deputationsnote vom 10. haben die Franzosen mit der beiliegenden Note vom 12. December allsogleich wieder geantwortet und, wie sich wohl vorzustellen war, die ungeheuren Opfer des deutschen Reichs utiliter angenommen, ohne wegen der Contributionen auf dem rechten Rheinufer, wegen Zurückziehung der Truppen und der Ravitaillirung der Festung Ehrenbreitstein die geringste günstige Zusicherung zu geben, so dass, wenn nun die Reichsdeputation dabei es bewenden liesse, in andere Unterhandlungspunkte einzugehen nicht einmal der so grossen Concessionen zum Grunde liegende Endzweck, Ruhe und Sicherheit auf dem rechten Rheinufer zu erhalten, erreicht würde, sondern die gemachten Aufopferungen ganz umsonst sein und vielmehr nur dazu dienen würden, auch alle willkührliche Dispositionen auf dem rechten Rheinufer durch die da getroffenen gewaltsamen Maassnehmungen durchzusetzen.

Um inzwischen die Festung Ehrenbreitstein zu retten, hat man von Seite Oesterreichs Nichts unversucht gelassen, sich nicht nur zu ernsthaften Maassnehmungen mit-

zuwirken bereit erklärt, sondern auch ganz deutlich zu erkennen gegeben, dass, wenn Oesterreich als Garant der wegen Ravitaillirung dieser Festung geschlossenen Militär-Conventionen von der Reichsdeputation aufgerufen würde, man entschlossen wäre, ernstliche Vorkehrungen zu treffen. Dadurch wurde dann der kurtriersche Deputirte bewogen, der Deputation ein Promemoria zu übergeben, in welchem vorgestellt wurde, dass man nun, da alle bisherigen diplomatischen Versuche, die Festung zu ravitailliren, ohne Erfolg waren, bei kaiserlicher Majestät andere Mittel versuchen möchte. Der kurmainzische Deputirte Baron Albini, und mit ihm auch Graf von Görz, machten gegen dieses Promemoria grosse Einwendungen. Beide machten dem kurtrierschen Deputirten bittere Vorwürfe: es sei jetzt die Zeit nicht zu solchen Anträgen; die Sache gehöre eher an den Reichstag als zur Deputation; man müsse Nichts thun, was den Krieg veranlassen könnte. Ob nun schon Baron Albini einer andern Meinung schien als Graf Görz, so beförderte dies die Sache nicht; vielmehr war dies das Mittel, unsere Absicht, die Reichsdeputation zu ernsthaften Maassnehmungen zu bestimmen, zu vereiteln, indem ein Theil der Reichsstände diesen Dissensus für verstellt hielt, der andere aber unentschlossen blieb, für was er sich bestimmen solle. Mit grosser Mühe brachte man es dahin, dass über das kurtriersche Promemoria vorläufig deliberirt wurde, wodurch aber kein anderer Schluss zu bewirken war, als dass man in dem Falle, wenn Frankreich in einer bestimmten Zeit wegen der Ravitaillirung von Ehrenbreitstein keine günstigere Entschliessung geben sollte, man kaiserliche Majestät ersuchen wolle, wegen dieser Festung das Nöthige vorzukehren.

Jedermann hätte glauben sollen, dass die französische Note vom 12. December lediglich hätte zu Protocoll genommen werden sollen; nun ward solche aber ein Gegen-

stand einer besonderen Deliberation, bei welcher recht lang debattirt wurde, ob die Reichsdeputation den Franzosen wegen des Abzuges einiger Truppen vom rechten Rheinufer (denn mehrere französische Truppen sind von da nach Italien und nach den Niederlanden aus Noth beordert worden) nicht danken solle, und wovon einige, den Franzosen ganz ergebene Deputirte nur mit Mühe und nach nachdrücklichen Vorstellungen des österreichischen Deputirten über die Unschicklichkeit eines solchen Benehmens abzubringen waren.

Uebrigens gleicht zu dieser Zeit der Congress zu Rastadt einem grossen Jahrmarkt, wo mit Reichsständischen Besitzungen, Tausch und Handel getrieben wird. Die Deputirten, deren Höfe Lust haben, Acquisitionen zu machen, sind in der grössten Bewegung; es wird discutirt und gestritten, was dies und jenes trägt? was zur Arrondirung bequem gelegen? was es nicht ist? Jeder bringt den Franzosen Ausarbeitungen, Anschläge, Evaluationen, Uebersichten und Berichtigungstabellen. Dies Benehmen ist nicht nur auffallend, sondern es entsteht dadurch Animosität und Verwirrung, und es ist schmerzlich für die wenigen Gutgesinnten anzusehen, wie die deutschen Reichsstände an dem Untergang ihres Vaterlandes arbeiten.

Indessen nun die Reichsdeputirten mit Nichts als mit Entschädigungsplanen auf Unkosten ihrer Reichsmitstände beschäftigt scheinen, werden sie mit der im Abdruck angebogenen Note der französischen Bevollmächtigten vom 2. Jänner überrascht, worin der Deputation erklärt wird, dass, wenn die Reichsversammlung zu Regensburg sich nicht nachdrücklich dem Einmarsch der russischen Truppen in das Reichsterritorium widersetzt, so werde dieser Einmarsch als eine Verletzung des Waffenstillstandes angesehen und die Reichsfriedens-Unterhandlungen abgebro-

chen werden, und Frankreich und das Reich werden sich auf den Fuss vor den Leobner Präliminarien und vor dem Abschluss des Waffenstillstandes zurückgesetzt finden. Der ungebundene Ton, der sich in dieser Note erlaubt wird, ist übrigens zu auffallend, als dass es nöthig wäre, hierüber eine Bemerkung zu machen. Die auf diese Art überraschten reichsständischen Deputirten sind noch unentschlossen, wie sie sich hierüber äussern oder wie sie die Sache nehmen sollen. So viel war gleich sichtbar, dass diejenigen, die auf grosse Indemnität durch Begünstigung der Franzosen sich Rechnung machen, eben so erfreut wären, wenn russische Truppen vom Reichsboden entfernt könnten gehalten werden, als sie das Verweilen der französischen Truppen auf dem rechten Rheinufer wünschen, in der Hoffnung, dadurch ihre habsüchtigen Absichten unterstützt zu sehen. Anbei zweifelt in Rastadt jetzt schon kein unparteiischer Beurtheiler der Dinge, dass diese französische Erklärung durch die Preussen sei veranlasst worden, oder von denenselben doch als erwünscht und ihren bisherigen Entwürfen entsprechend angesehen werde.

XI.

THUGUT AN REUSS.

Wien, den 19. Jänner 1799.

(Depesche in Ziffern.) Der hiesige russische Botschafter hat unter andern den bestimmten Auftrag erhalten, den Antrag zu machen, dass der Reichsfriedens-Congress zu Rastadt ehestens abgebrochen werden möchte; wobei dem Botschafter auch bemerkt wurde, dass man sich Hoffnung

mache, der preussische Hof dürfte in diesen Antrag ebenfalls eingehen. Wie sehr wir von dem Nachtheil der bisherigen Unterhandlungen überzeugt sind, und wie vielen Nachtheil wir von deren weiterem Fortgang besorgen, haben wir durch unseren Antrag, vor gänzlicher Räumung des rechten Rheinufers von französischen Truppen dort durchaus Nichts weiteres vorzunehmen, sattsam zu erkennen gegeben, und es kann also bei uns die aufrichtigste Bereitwilligkeit in Unterstützung des obbemerkten russischen Antrages ganz sicher vorausgesetzt werden, so dass es nun nur darauf ankömmt, dass Graf Panin den preussischen Hof zur gleichmässigen Mitwirkung bestimme; denn so sehr wir bereit sind, nach der Absicht unseres engsten Alliirten diesen Antrag zu befördern, so müssen wir mit dem preussischen Hof vollkommen gleichen Schritt halten, theils um der Erreichung des Endzweckes sicherer zu sein, theils auch um zu verhindern, dass nicht die übelgesinnten Reichsstände den gehässigen Vorwurf des abgebrochenen Congresses auf uns allein wälzen können und uns für alle Folgen allein verantwortlich machen. Diese Betrachtung belieben Euer etc. sich dergestalt als Grundsatz bei Abmaass Dero diesfälligen Benehmens dienen zu lassen, dass, wenn Graf Panin wegen dieses Antrages bei dem preussischen Hof bestimmte Schritte gemacht haben wird, Sie solche Ihrer Seits unterstützen und die diesfällige Uebereinstimmung der Gesinnungen Seiner k. k. Majestät mit jenen des russischen Kaisers und unsere vollkommene Bereitwilligkeit zur engsten Vereinigung der drei Höfe zu diesfälligen gemeinsamen Maassnehmungen zu erkennen geben.

Uebrigens wollen Euer etc. auf den Fall einer Vereinigung über diesen Punkt versichern, dass es sich von selbst verstünde, dass, sobald der preussische Hof denjenigen Reichsständen, auf welche er Einfluss hat, als da

sind: Hessen-Kassel, Zweibrücken, Württemberg und Baden, würde erklärt haben, „dass er die Fortsetzung der ferneren Reichsfriedens-Unterhandlungen für unnütz und aus der Ursache für schädlich ansehen müsse, weil am Tage liege, dass mit den Franzosen nichts Gründliches dort zu Stande kommen könne," — wir allen jenen Reichsständen, auf die wir was immer für einen Einfluss haben, die nämliche Erklärung unverzüglich und nachdrücklichst thun würden.

XII.

THUGUT AN REUSS.

Wien, den 6. Februar 1799.

Die nun durch eine offenbar feindselige Blokade dem Reich entrissene Festung Ehrenbreitstein ist ein allgemein überzeugender Beweis, dass die Franzosen lediglich nach ihrer Convenienz im weitesten Sinn handeln und ohne Rücksicht auf die von dem Reich des Friedens wegen gemachten Aufopferungen Alles das gegen das Reich unternehmen, wozu sie Kraft haben und was ihres künftigen oder augenblicklichen Vortheils sein kann. Man hat durch den ganzen Gang der Rastadter Friedensunterhandlungen, vorzüglich aber durch das französische Benehmen gegen Ehrenbreitstein, sich zu überzeugen Gelegenheit gehabt, dass die Franzosen Alles, was nur immer ihnen anstehen konnte, gewaltsam gefordert und dem Reich durch Drohungen und wirkliche feindselige Fürgänge abgeschreckt haben; durch die erzwungene Uebergabe von Ehrenbreitstein aber hat das Reich die Warnung erhalten, dass, obschon man den Franzosen bei

diesem unglücklichen Congress ungeheuer viel abgetreten hat, dieselben dennoch sich hiebei zu beschränken nicht gemeint, sondern ganz aufgelegt sind, was ihnen sonst noch conveniren kann, mit offenbarer Gewalt zu nehmen, ohne sich im Geringsten an ihre eigenen feierlichen Versprechungen zu binden, sondern mit Hintansetzung aller Treue und Glaubens, wie es immer die Umstände thunlich machen, ihrer unermesslichen und unersättlichen Verwirrungs- und Habsucht sich unbeschränkt zu überlassen.

Dies, die französische Treulosigkeit in ihrer ganzen Grösse darstellende Ereigniss wäre nun allerdings ein Beweggrund mehr, nach dem Antrag des k. russischen Hofes den bisher schon äusserst verderblichen und bei solchen neuerlich zu erkennen gegebenen feindseligen Gesinnungen der Franzosen mehr als unnützen Rastadter Friedens-Congress abzubrechen. In Beziehung auf mein voriges Schreiben über diesen Gegenstand erhalten daher Euer etc. den Auftrag, zur Unterstützung des kaiserlich russischen Antrages lebhaftest vorzustellen: „Dass dieser gewaltsame Vorgang mit Ehrenbreitstein, wobei die Franzosen sich über alle Rücksichten für das Reich und für die dadurch bedrohten vorzüglichsten Reichsstände hinausgesetzt, auf dem rechten Rheinufer gegen die feierlichen Stipulationen der Unterhandlungen von Rastadt festen Fuss gefasst, von einer Seite bis auf Wesel und von der andern tief ins deutsche Land bis gegen Magdeburg nach Gutfinden vorzudringen und zu verheeren sich wenigstens die erste Möglichkeit verschafft haben, die einleuchtende Ueberzeugung gebe, dass dieser Congress wie bisher zum Vortheil Frankreichs und zum grössten Nachtheil Deutschlands abgesehen sei und ganz natürlich auch so ausschlagen müsse; dass Frankreich keine einzige der Bedingungen und Ermahnungen der bisherigen feierlichen Stipulationen

erfüllet habe, durch die feierlichsten Versprechungen das Reich nur täusche, ohne alle Rücksicht vorgehe, mit drohender Sprache fordere und mehr, als gefordert und eingestanden worden ist, mit offenbarer Gewalt wegzunehmen den Anfang bereits gemacht habe, anbei die Reichsdeputation schnöd behandle und durch diese Behandlung das Reich auf eine entehrende Art in den Augen der Welt herabsetze. Nebst diesem haben diese Reichsfriedens-Unterhandlungen den Nachtheil, dass die Reichsstände mit eitlen Erwartungen erfüllet, über die ihnen drohenden Gefahren eingeschüchtert und von Sicherheits-Maassnehmungen abgehalten werden, welche die Umstände zu ihrer Rettung laut zu fordern scheinen. Auch dienet dieser Congress den Franzosen vortrefflich, um auf die für sie bequemste Art durch die an ihren Gränzen und um ihre Bevollmächtigten in grosser Anzahl versammelten Reichsdeputirten täuschende Ideen auszustreuen, ausgebreitete Notizen von dem innern Zustand des Reichs sich zu verschaffen, durch Erregung der Leidenschaften und Kreuzungen der für sich schon verschiedenen Particularinteressen Misstrauen, Uneinigkeit und Scheelsucht unter den Reichsständen zu unterhalten und zu vervielfältigen, durch immerwährende Demüthigungen das Reich vor sich und vor der Welt herabzusetzen und Schreckbilder von französischer Uebermacht durch Grosssprechereien zu verbreiten, so dass man mit allem Grund behaupten kann, dieser den Reichsständen so grossen und für Manche sehr drückenden Unkosten-Aufwand verursachende Reichsfriedens-Congress solle blos zur Absicht haben, Zeit und Geld unnütz zu verschwenden, den Franzosen das Reich mit seinen innern Gebrechen in seiner ganzen Blösse zu zeigen und ihnen die Gelegenheit zu verschaffen, in den dem Reich härtesten Ausdrücken ihre blos auf die Unentschlossenheit und Kleinmüthigkeit der Reichsstände gegründete Uebermacht fühlen zu

lassen und im Reich, anstatt, wie man sich einbildete, zu unterhandeln, Alles willkührlich anzuordnen.*)

XIII.

THUGUT AN REUSS.

Thugut'sche Ausbesserungen im Daiser'schen Entwurf (in Cursiv-Schrift).

Wien, den 13. Hornung 1719.

Das königlich preussische Ministerium wird bereits unterrichtet sein, dass einige Reichsstände ihren Comitialen in Regensburg den Auftrag ertheilt haben, die Vornahme des *äusserst* unbefugten *und befremdlichen* französischen Ansinnens wegen des russischen Truppenmarsches in der Absicht eilfertig zu betreiben, um nach dem Verlangen der Franzosen gegen diesen Truppenmarsch widrige Aeusserungen anbringen zu können. Nun sind uns sowohl die freundschaftlichen engen Verbindungen des königlich preussischen Hofes mit Russland als auch die patriotische Gesinnung und Sorgfalt, welche Se. k. M.

*) Herr v. Sybel sagt: „Thugut schloss mit Frankreich ab, sobald er ein gewisses Maass territorialer Abrundungen für Oesterreich gewonnen hatte. So war es 1797, und nicht anders zeigte es sich im folgenden Jahr. Als der Reichsfrieden zu Rastadt verhandelt wurde und Frankreich noch einmal seine Forderungen hinsichtlich der Rheingränze steigerte, da trat wieder Cobenzl mit einem französischen Unterhändler zu einer Separat-Conferenz in Seltz zusammen. Auch hier hatte er kein anderes Wort, als die Forderung der Legationen, oder der Lombardie für Oesterreich, und nur weil Frankreich dies Begehren aufs Neue abschlug, gelangte man zu keiner Einigung. Der grosse Krieg der 2. Coalition, der 1799 zum Ausbruche kam, hatte eine Reihe sonstiger Ursachen; soweit aber die hier besprochene Frage darauf einwirkte, ist einfach zu sagen, dass Thugut aufs Neue die Waffen ergriff, nicht weil Frankreich von dem deutschen Reiche das ganze linke Rheinufer begehrte, sondern weil es Oesterreich die päbstlichen Legationen weigerte.“ (!?) (Ergänzungsheft zur Gesch. der Rev. S. 181.)

für das wahre Beste des Reichs hegen, zu sehr bekannt, als dass bei uns nur der geringste Zweifel statthaben könnte, man würde königlich preussischer Seits auf irgend die entfernteste Art diejenigen Reichsstände *begünstigen* oder auch nur Nachsicht gegen die tragen, welche aus Unvorsichtigkeit oder Nebenabsichten die Erörterung des *nach der französischen Absicht* in Deliberation gesetzten Geschäftes *übereilen*, oder gar unternehmen wollten, dem Marsch der kaiserlich russischen Truppen Hindernisse in den Weg zu legen, oder doch so voreilig als unklug dagegen Bedenken entstehen zu machen. In diesem Vertrauen auf die patriotischen Gesinnungen des königlich preussischen Hofes und auf die tiefen Einsichten des königlich preussischen Ministeriums, dem die mehrfältigen bei diesem Geschäft obwaltenden höheren Rücksichten nicht entgehen, erhalten Euer etc. den Auftrag, bei dem königlich preussischen Ministerium die bestimmtesten Weisungen an den königlich preussischen Stimmvertreter bei der Reichsversammlung zu erwirken: nicht nur dermal gegen *alle überschnellte* Vornahme des Geschäftes zu protestiren, sondern auch weiter mit den k. k. Comitialen sich einzuverstehen und gemeinschaftlich sich zu bearbeiten, dass die Reichstags-Gesandten mit allen voreiligen Aeusserungen in der Sache zurückhalten, bis nicht alle mächtigeren Reichshöfe Instructionen erlassen haben, um ihre zu führende Sprache nach der gefahrvollen Lage des Reichs *und nach der dem russischen kaiserlichen Hofe gebührenden Rücksicht und den bei der Sache* eintretenden höheren *Betrachtungen abmessen zu lassen*. Weisungen in diesem Sinne an die königlich preussischen Minister sind um so nöthiger, als hievon die Mitwirkung aller jener vorzüglicheren Höfe abhängt, auf welche Preussen nach Religions- und anderen Verhältnissen entscheidenden Einfluss hat.

XIV.

THUGUT AN REUSS.

Wien, den 16. Hornung 1799.

Nach der Art, wie mehrere Uebelberathene oder von sonst irrigen Vorstellungen und täuschenden Erwartungen eingenommene Reichsstände sich benehmen und durch ihre Gesandten bei der Reichsversammlung sich äussern, ist allerdings zu besorgen, dass bei dieser Gelegenheit eine Scission entstehe, indem die übrigen Reichsstände, und mit diesen das Reichsoberhaupt nach seinen Pflichten, nicht Nachgiebigkeit in einem Falle könne eintreten lassen, wo es um die Existenz des Ganzen zu thun ist. Diese Scission, da sie die Verwirrung in dem Reich auf das Aeusserste bringen, hiemit den feindseligen französischen Absichten ganz vorzüglich dienen würde, zu verhindern, liegt Sr. k. preussischen Majestät nach höchst Dero patriotischer Sorgfalt für die Erhaltung und das Beste des Reichs gewiss ebenso wie Sr. k. k. Majestät am Herzen.

Die Lage des Reichsfriedens-Geschäftes, in welches sich dasselbe nun versetzt findet, ist so beschaffen, dass man, wenn man sich die stärkste Illusion machen wollte, die Aussichten zu einem nur einigermaassen erträglichen Reichsfrieden dermal als verschwunden betrachten muss, von weitern Unterhandlungen zu Rastadt sich nicht das geringste Gedeihliche versprechen, sondern vielmehr bei deren Fortsetzung eine Reihe der unleidentlichsten neuen Forderungen um so sicherer erwarten müsste, als die Franzosen während der Unterhandlung nicht nur sich nun auch des beinahe einzig festen Platzes auf der rechten Rheinseite gewaltsam bemächtiget, hiemit alle Angriffs- und

Vertheidigungspunkte besetzt haben, sondern als Bedingniss der weitern Fortsetzung dieser Unterhandlungen fordern, dass das Reich sogar auf mögliche Aussichten einer im übelsten Falle von einer andern Seite zu erhaltenden Hilfe Verzicht leiste, die hilfreiche Hand gleichsam zurückstosse und so, von eigener und fremder Unterstützung entblösst, sich dem Uebermuth der französischen Unterhändler darstelle. Da nun alle diese Umstände die volle Ueberzeugung geben, dass durch den Weg billiger und freier Unterhandlungen das Reich zu einem anständigen Frieden nicht gelangen kann, so wird das einsichtige königlich preussische Ministerium auch mit uns einstimmig dafür halten, dass es eine an die äusserste Verblendung gränzende Unklugheit sein würde, wenn sich die Mehrheit der Reichsstände bei der Deliberation über das insultante französische Ansinnen vom 27. Jänner hinreissen liesse, einen Schluss zu fassen, wodurch dasselbe nicht nur auf eine ihm sehr nöthige Hilfe Verzicht leistete, sondern sogar noch die Empfindlichkeit eines grossen Hofes, der so warme Theilnahme an der Erhaltung des Reichs bezeiget, durch offenbare Blosstellung seines Ansehens reizen würde, wovon eine gänzliche Gleichgiltigkeit an seinem Schicksal wohl noch die weniger schädliche Wirkung sein dürfte. Nachdem aber die Hilfe und Unterstützung des kaiserlich russischen Hofes vorlängst schon von einigen Reichskreisen und mehreren einzelnen Reichsständen angelegentlich nachgesucht worden ist, nachdem dieser Hof Truppen zur Unterstützung der gemeinsamen mit jener des Reichs verbundenen Sache bereits in Marsch gesetzt hat, so entgehet dem königlich preussischen Ministerium nicht, dass der kaiserlich russische Hof es nicht anders als sehr empfindlich aufnehmen könnte, wenn unter was immer für einer noch so schonenden Wendung und Vorwand die Reichsversammlung den russischen Truppen den Marsch

oder Aufenthalt in dem Reich abschlagen und die von dieser Seite nach den Umständen zu erwartende Hilfe zurückweisen wollte. Um nun durch Vereinigung der Mehrheit der Reichsstände nach Grundsätzen der Klugheit und der wahren allgemeinen Interessen eine verderbliche, in diesem Augenblick mehr als jemals ärgerliche und für die insidiösen Absichten der Franzosen so beförderliche Scission unter den Reichsständen abzuhalten und den Nachtheil, den unvorsichtige oder durch Privatinteresse verblendete Reichsstände durch Beleidigung eines grossen Hofes dem ganzen Reich zuziehen könnten, zu verhindern, so bearbeiten wir uns nachdrücklichst, auf alle dienliche Art jene Reichsstände, die mit uns in nähern Verhältnissen stehen, zu einer Sprache zu bestimmen, die nicht blos sich aller Aeusserungen gegen den russischen Truppenmarsch enthält, sondern der Natur dieser unleidentlichen französischen Forderung und der Würde eines selbstständigen Reichs angemessen ist. Allein ohne die nachdrücklichste Mitwirkung des königlich preussischen Hofes, und ohne dass derselbe den mit ihm näher verbundenen oder in sonstigen Verhältnissen stehenden Reichsständen die nämliche Richtung gibt, könnten wir in diesem Falle um so weniger hoffen, die Mehrheit der Reichsstände dahin zu bringen, als gar viele kleinere Reichsstände, auf die man sonst zählen konnte, von panischem Schrecken eingenommen sind und hierin von einigen Ständen, deren Sprache zu ändern ganz in der Macht des königlich preussischen Hofes stehet, durch mancherlei Vorstellungen unterhalten werden. . . . .

P. S. (In Ziffern.) Die in meinem Hauptschreiben enthaltenen Vorstellungen, welche Euer etc. dem königlich preussischen Ministerium zu machen hiemit den Auftrag erhalten, sollen auch dazu dienen, den Herrn Grafen von Panin zu überzeugen, dass wir Alles anwenden, um das

Reich in Ansehung des russischen Truppenmarsches zu einer den Erwartungen und Absichten des russischen Hofes entsprechenden Entschliessung unserer Seits zu bestimmen, dass aber auch die nachdrücklichste und schleunigste Mitwirkung des preussischen Hofes unumgänglich nöthig ist, um die theils schüchternen, theils von den Franzosen durch Verheissungen verführten Reichsstände zur Einstimmigkeit zu bringen.

XV.

THUGUT AN COBENZL.

Wien, den 27. Hornung 1799.

Als die Note der französischen Bevollmächtigten vom 2. Jänner gegen den Marsch der kaiserlich russischen Truppen in das Reich von der Reichsdeputation der Reichsversammlung übergeben wurde, eilte der kurmainzische Hof, solche sogleich zur Deliberation zu befördern, und der Euer Excellenz bekannte Baron Albini traf zu diesem Ende alle Einleitungen, um sich den Franzosen wohlgefällig zu erweisen. Dessen ungeachtet gelang es uns zu verhindern, dass, ohne in der Sache einen entscheidenden Schluss zu fassen, die Reichsversammlung einstweilen blos die dilatorische Antwort an die Reichsdeputation gelangen liess: dass bis zur Stunde ihr von einem russischen Truppenmarsch weder Anzeige noch Requisition an das Reich bekannt sei, dass man aber die kaiserliche Principal-Commission an der Reichsversammlung ersuchen wolle, hierüber Bericht an kaiserliche Majestät zu erstatten. Hiebei hätten wir nun gewünscht, dass es noch weiters sein Bewenden gehabt hätte, und wir liessen zu diesem Ende es an den nachdrücklichsten Vorstellungen bei den

Reichsständen nicht ermangeln, um sie abzuhalten, eilfertig in die Sache weiter einzugehen, und führten den Ständen besonders zu Gemüthe, dass einer Seits die Lage des Reichs und das drohende, insultante und zum Theil schon feindselige Betragen der Franzosen das Reich in die Nothwendigkeit versetze, auf alle Mittel zu seiner Rettung bedacht zu sein, andererseits aber man sich wohl bedenken müsse, durch eine unschickliche Aeusserung einem grossen Hof, der so viele Theilnahme an der Erhaltung des Reichs an den Tag lege, zu missfallen oder gar ihn zu beleidigen.

Der kurmainzische Hof liess sich aber durch keinerlei Rücksichten abhalten, die Vornahme dieser Sache und deren Beförderung nach dem Wunsche der Franzosen zu beschleunigen, und ertheilte zu diesem Ende seinem Directorial-Minister zu Regensburg die dringendsten, positivsten Weisungen, die Sache in förmliche Proposition zu setzen und einen der französischen Absicht entsprechenden Schluss gegen den russischen Truppenmarsch zu Stand zu bringen, und da der mainzische Minister noch vorzüglich durch die Württembergischen, Badischen und Zweibrückischen Gesandten angeeifert wurde, die laut sich gegen diesen Einmarsch in das Reich erklärten, so wurde den 18. dieses die Sache in Vortrag gebracht und das Protocoll eröffnet, obwohl die wenigsten Gesandten noch mit Instructionen versehen waren.

Aus dem abschriftlich angebogenen Protocoll des kurfürstlichen Collegiums (denn im fürstlichen Collegio, wo in dieser Materie der österreichische Gesandte das Directorium zu führen hatte, wurde nach der von uns getroffenen Verfügung das Protocoll durchaus nicht geöffnet) ersehen Euer Exc.: 1. dass nur Kurmainz und Kurbrandenburg ihre Meinung über die Sache erklärt, die Uebrigen alle aber aus Abgang der Weisungen

sich die Aeusserung noch vorbehalten haben; 2. dass Kurböhmen sogar eine förmliche Protestation gegen die so voreilige Berathschlagung in einer so wichtigen Sache in das Protocoll gegeben, welcher Protestation jedoch ausser Kurbraunschweig Niemand beigetreten ist; und müssen wir in diesem Falle dem sonst ganz widrig und nie in dem Sinne des englischen Cabinets, sondern nach preussischen Grundsätzen handelnden kurhannöverischen Gesandten von Ompteda die Gerechtigkeit leisten, dass er seinen diesfälligen Weisungen sich ganz angemessen benommen habe; 3. entnehmen Euer Exc., dass Kurbrandenburg sich weder für noch gegen den Einmarsch der russischen Truppen in das Reich erklärt, sondern eine Wendung genommen habe, wodurch einerseits zeitverderbende, in Ansehung des höheren Endzweckes aber bedenkliche Neutralitäts-Unterhandlungen eingeleitet werden sollten, im Uebrigen aber Alles auf den Kaiser geschoben werden will, um denselben in einem und dem andern Falle für Alles allein verantwortlich zu machen; und endlich 4., dass Kurmainz unter mehreren, mit der Lage des Reichsfriedens-Geschäftes in offenbarem Widerspruch stehenden Forderungen an kaiserliche Majestät, als da sind Sicherstellung des Ruhestandes im Reich und Beförderung des Reichsfriedens, ausdrücklich die Befreiung des Reichs von fremden Truppen verlangt habe.

Indem wir uns nun bemühten, der Mehrheit der katholischen Reichsstände eine gute Stimmung zu geben, haben wir in Berlin wiederholt, wie aus der Nebenlage zu ersehen ist, die dringliche Vorstellung gemacht, dass dieser Hof die zahlreichen und mächtigen Reichsstände, auf welche er besonderen Einfluss hat, zu einer solchen standhaften Aeusserung vermögen möchte, welche einerseits dem wahren Reichsbesten in dieser gefahrvollen Lage und der unbilligen, insolenten französischen Forde-

rung, hiebei aber den grossen Rücksichten angemessen wäre, welche man für einen mächtigen Hof, wie Russland, zu tragen nicht umgehen darf. Wie weit man es bei dem Berliner Cabinet gebracht und etwa noch bringen könnte, zeiget ziemlich deutlich die bereits erfolgte evasorische und ablehnende kurbrandenburgische Abstimmung, und selbst auch bei den katholischen geistlichen und sonst gut gesinnten Reichsständen herrscht theils so viel Unentschlossenheit und Zaghaftigkeit, und sind sie insgesammt etwas mehr oder weniger von der täuschenden Hoffnung und übelberechneten Möglichkeit eingenommen, dass ein wenigstens leidentlicher Friede zu Stande kommen könnte, dass auch in ihren Abstimmungen ängstlich ausgedrückte Friedenswünsche und Anträge, die auf Erwirkung einer Neutralität hindeuten, fast durchgehends zu erwarten sind. Alle aber — die Einen in guter Meinung, die Andern in der Absicht, den Kaiser für Alles verantwortlich zu machen — dürften die in dieser Sache zu treffenden Verfügungen kaiserlicher Majestät anheimstellen wollen, wovon dann die ganz sichere Folge sein würde, dass, wenn der Kaiser entscheidend durchgreift und sich geradezu gegen das französische Ansinnen erklärt, ein grosser Theil der Reichsstände unter preussischem Schutz sich vereinigen dürfte, in Unterhandlungen über Erweiterung der Demarcationslinie oder partielle Neutralität mit Frankreich einzugehen, wovon die unvermeidliche Wirkung eine gänzliche Verwirrung und die Nothwendigkeit scharf und unrücksichtlich gerade durchgreifender Maassnehmungen auf Seite der zum allgemeinen Besten vereinigten Mächte entstehen würde.

Bisher haben wir nur die Oeffnung des Protocolls in dem Reichsfürsten-Collegio noch verhindert; die Reichsstände fangen aber an darauf zu dringen, — darunter auch geistliche. Ungestüm und zudringlich fordern dies aber

Württemberg, Baden, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt und Zweibrücken, und ist insbesondere in Ansehung des letzteren nach dem Tod des Kurfürsten von der Pfalz nun zu erwarten, ob dieser mit seinen pfalz-baierischen Stimmen das ganze Uebergewicht auf die üble Seite werde legen wollen. Bei dem württembergischen Gesandten dürfte leider der sehr gutgesinnte Baron Bühler, der bereits in Regensburg angekommen ist, so wenig eine Aenderung in seiner bösen Stimmung bewirken, als er mit allen seinen eifrigen Bemühungen in Stuttgardt selbst bessere Entschliessungen und ein angemesseneres System zu etabliren nicht im Stande war.

So eben, als diese Depesche bereits entworfen war, erhalten wir von Regensburg die Nachricht, dass der kurhannöverische Gesandte ein neues Rescript von seinem Ministerium folgenden Inhaltes vorgezeigt habe: „Die französische Regierung sehe wohl ein, dass das deutsche „Reich weder den Einmarsch der russischen Truppen „verlangt habe, noch solchen hindern könne; die französischen Truppen stünden selbst auf deutschem Gebiet, „wie könne man es daher kaiserlichen Auxiliar- „truppen verbieten? Wenn daher die Reichsversammlung „eine dem französischen Gouvernement unangenehme Erklärung geben würde, so würden die Franzosen entweder Hostilitäten anfangen, oder, wenn majora in der Sache „wären, und man sich an den Kaiser wendete, so würden „die Franzosen den übrigen Ständen ihre Protection gönnen oder aufdringen, wodurch ein Theil des Reichs von „Franzosen, der andere von Russland besetzt uud das „Band des Reichs aufgelöst würde; es sei daher das Beste „zuzuwarten, bis Oesterreich und Frankreich den „Gegenstand ins Reine gebracht haben würden, oder „das Reich in Stand komme, eine eigene Beschliessung zu fassen; hiemit habe er, kurbraunschweigischer

„Gesandte, darauf anzutragen, dass man mit der Reichs-„tags-Verhandlung an sich halte, und habe er sich seine „Abstimmung zu reserviren.“

Weit entfernt, dass man sich getraut hätte, wie man es von einem Kurfürsten, der König von England ist, erwarten sollte, geradezu für Abweisung der französischen Forderung und den Einmarsch der russischen Truppen zu stimmen, gibt dieses Rescript unter insidiösen Anträgen nicht nur einige Verlegenheit zu erkennen, sondern ist ganz darnach eingerichtet, die Verlegenheit der übrigen Reichsstände zu vermehren und sie noch zaghafter zu machen. Man schiebt hierinnen nicht nur Alles auf Oesterreich, sondern gibt gleich zu erkennen, dass bei durchgreifenden österreichischen Maassnehmungen man sich auf die Vereinigung anderer Reichsstände mit Frankreich zu erwarten habe, und scheint man auch eine Entschliessung des Reiches dermal blos aus der Ursache hintanhalten zu wollen, weil das Reich dermalen eine eigene Entschliessung zu fassen ausser Stande sei, als wenn man sagen wollte: die Franzosen müssen das Gegengewicht zu einer e i g e n e n Entschliessung verschaffen. Anbei ist aber der angeführte Grundsatz, dass die russischen Truppen kaiserliche Auxiliartruppen seien, deren Anmarsch das Reich nicht verlangt, und wobei Kur-Braunschweig geflissentlich zu erwähnen umgehet, dass mehrere Reichskreise und sehr viele Reichsstände die russische Hilfe vorlängst angerufen haben, darum bedenklich, weil dies beweisen würde, dass denen 45.000 Mann russischer Truppen, für welche England Subsidien leistet, der Einmarsch in das Reich nicht dürfe gestattet werden.

Dies hannöverische Rescript liefert einen neuen Beweis, dass Anfangs zwar das hannöverische Ministerium sich den Anschein gibt, der Leitung und höhern Politik des englischen Cabinets zu folgen, dann aber, wenn es zum

Handeln oder auch nur zu öffentlichen Aeusserungen kömmt, so viele Einstreuungen macht, bei Anderen und durch Andere so viele Anstände erregt, so ränkevolle Wendungen in eitle Formalitäten eingehüllt zu nehmen pflegt, dass nicht nur durch das hannöverische Ministerium nichts Gutes befördert wird, sondern vielmehr die Absicht der Gegenpartei dadurch die grösste Unterstützung erhält, welches dann die oft von uns gemachte Bemerkung bekräftiget, dass Alles, was der König von England im Reich zum gemeinsamen Besten mit Nachdruck zu bewirken die Entschliessung fasset oder thun zu wollen zusichert, durch das entgegenstehende Benehmen des Kurfürsten von Hannover im Reiche wieder vereitelt wird, hiemit schlechterdings man beinahe in keinem Falle darauf zählen könne, dass Hannover mit Wirksamkeit etwas in dem Reich unterstützen werde, was vom englischen Cabinet zugesichert oder gar selbst angegeben und in ersten Antrag gebracht worden ist.

Ich verharre etc.

XVI.

THUGUT AN COBENZL.

Wien, den 10. März 1799.

Aus meinem Schreiben vom 27. vorigen Monats haben Euer Excellenz ersehen, wie angelegentlich wir uns bemühen, die Reichsstände zu vermögen, gegen die französische Forderung in Ansehung des russischen Truppenmarsches sich nachdrücklich zu erklären und eine ihrem wahren Besten in einer so sehr hilfsbedürftigen Lage angemessene Entschliessung zu fassen. Die Vereinigung zu einer so viel möglich gleichförmigen Sprachführung den Reichsständen zu erleichtern und ihnen einerseits den

wahren Gesichtspunkt, unter welchem die Sache darzustellen sein will, anzugeben, andererseits aber, um ihnen keinen Zweifel über unsere eigentlichen Gesinnungen übrig zu lassen, sind mit mehreren hier anwesenden Reichsministern vertrauliche Besprechungen gehalten worden, und ist als ein Resultat derselben ihnen ein Aufsatz, wie bei der Reichsversammlung diesfalls abgestimmt werden könnte, zur Einsendung an ihre Höfe und Verbreitung unter Reichsstände, die man noch als wohldenkend ansehen kann, mitgetheilt worden.

Bis zur Stunde ist jedoch, ausser Salzburg, — und dieser Reichsfürst nur durch die ernstlichsten Vorstellungen, — kein Reichsstand zu bewegen gewesen, nach dem von hier aus an Hand gegebenen, mit aller Mässigung verfassten Aufsatz abzustimmen; so sehr ist Alles vom panischen Schrecken oder von eitlen Hoffnungen, einen Frieden für das Reich zu erhalten, eingenommen.

Kursachsen schien Anfangs entschlossen, mit seiner Abstimmung so lange zu warten, bis Kurböhmen sich würde zum Protocoll geäussert haben; auf preussisches Andringen glaubte jedoch dieser Hof nicht länger mehr zurückhalten zu können und gab ein Votum, das weder der bisher in Rastadt geführten standhaften Sprache dieses Hofes noch unserer Erwartung angemessen erachtet werden kann. Seine kaiserliche Majestät werden darin lediglich ersucht, den von allen Ständen des Reichs so sehnlich gewünschten Ruhestand zu erhalten, dem Reiche volle Beruhigung zu verschaffen und überdies Einleitungen zu treffen, dass die französischen Bedrückungen auf der rechten Rheinseite aufhören und die französischen Truppen sich auf die linke Rheinseite zurückziehen. Dies Votum dürfte nun allerdings ein günstiges Conclusum erschweren, weil gar viele Stimmen sich nach diesem mäch-

tigeren Reichsstand richten werden. Nach diesem kursächsischen Vorgang liess sich auch Kurtrier und Kurköln nicht abhalten, seine Stimme abzugeben, und zwar gar nicht auf eine Art, die man als befriedigend ansehen könnte. Das kurkölnische Votum hat zwar den Gesichtspunkt, unter welchem das unschickliche französische Ansinnen nicht statthaben könnte, wohl und stark bezeichnet, im Ganzen jedoch Alles auf den Kaiser und Oesterreich geworfen. Das Trier'sche Votum aber ist über alle Erwartung schwach und schüchtern ausgefallen.

Auch im fürstlichen Collegium konnten wir die Oeffnung des Protocolls nicht länger hindern; man drang ungestüm darauf, und hiezu gab dann vorzüglich der württembergische Gesandte von Seckendorff, welcher von seinem Herrn den Auftrag erhielt, sich nach Berlin zu verfügen, den plausiblen Vorwand. Dieses Andringens ungeachtet fand es sich doch bei der unterm 1. dieses geschehenen Oeffnung des Protocolls, dass unter 64 Stimmenden kaum 7 mit Weisungen versehen waren, — zum klaren Beweis, dass der preussische Anhang durch Erregung von Furcht und Schrecken bei der Reichsversammlung, wie bei dem Reichsfriedens-Congresse, Alles durchgesetzt und die unmächtigeren Reichsstände, wo nicht zur Beistimmung, doch zum Schweigen nöthiget. Salzburg stimmte ganz auf die von hier aus anhandgegebene Weise. Würzburg hatte das Nämliche zugesichert und stimmte auf eine — dem preussischen Voto ziemlich gleichkommende Art, ganz in dem Ton, um es auf keiner Seite zu verderben, halb ausweichend, halb ablehnend und im Grunde Nichts bedeutend. An diese Abstimmungen dürften sich die meisten Geistlichen anschliessen, unter welchen die Schüchternheit so gross ist, dass viele unter ihnen uns angelegentlich angehen, von ihnen keine starke Sprache gegen Frankreich zu fordern. Hessen-Darmstadt

hingegen sagt in seinem Voto ganz deutlich, man müsse kaiserliche Majestät ersuchen, Alles dem Reichsfrieden Nachtheilige zu entfernen.

Bei dieser Stimmung der meisten Reichsstände war es unnöthig und hätte eher eine widrige Wirkung hervorgebracht, wenn wir mit dem kurböhmischen und österreichischen Votum länger hätten zurückhalten wollen, und wir haben daher die in der Anlage enthaltene sehr nachdrückliche Aeusserung ohne alle andere Schonung, als welche die eigene Würde und der Anstand erfordert, in das Protocoll geben lassen, woraus unter andern Euer etc. entnehmen, dass wir nicht nur den Ton auf eine den neuesten Ereignissen und Vorschritten der Franzosen angemessene Art erhoben, sondern zugleich die einen neuen Bruch mit Frankreich veranlassenden Thatsachen so zusammengestellt haben, dass diese Erklärung am Reichstag zugleich schon für ein Manifest über unsere weiteren künftigen thätigen Gegenmaassnehmungen angesehen werden könnte.

Indessen dies zu Regensburg vorgieng, und weil doch ein nach dem Verlangen der Franzosen und nach den sklavisch dienstfertigen Einleitungen des kurmainzischen Hofes angetragenes Conclusum auf dem Reichstag durch uns aufgehalten wurde, nahm der kurmainzische Gesandte Baron Albini von der Note, welche Frankreich mit der Proclamation wegen des Ueberganges über den Rhein der Reichsdeputation ertheilt hat, und weil darin der Marsch der russisch kaiserlichen Truppen als die Hauptursache dieses Uebergangs angegeben wurde, die Gelegenheit, die Majorität der Reichsdeputirten, ungeachtet unserer „lebhaften" *) Widersetzlichkeit, zu einem Schluss zu bewegen, in welchem die Reichsversammlung dringlich angegangen wird,

---

*) Im Entwurf von Thugut ausgebessert statt „offenbaren".

wie dies Euer etc. aus der weitern Anlage ersehen, die Berathschlagung über diesen Gegenstand zu beschleunigen, damit die schon so weit gekommenen Reichsfriedens-Unterhandlungen fortgesetzt werden können. Um diese Vorstellung an die Reichsversammlung durchzusetzen, gieng Baron Albini von Haus zu Haus und machte jämmerliche Vorstellungen über das Verderbliche eines neuen Krieges, und wie rücksichtlich man die Franzosen behandeln müsse; hätte es von ihm abgehangen, so würde er keinen Anstand genommen haben, auf eine Mission an die französische Generalität anzutragen, um solche bei dem Uebergang über den Rhein zu becomplimentiren; so sehr gab er sich das Ansehen überzeugt zu sein, dass auch durch diesen Schritt die Franzosen nichts Anders wollen, als den von Oesterreich und seinen Alliirten aufgehaltenen Abschluss des Reichsfriedens befördern. In diesen Vorstellungen und Schritten wurde Baron Albini öffentlich und in der Stille von dem preussischen Minister Grafen von Görz mit allem Nachdruck unterstützt, und so ist sich dann nicht zu wundern, dass durch den preussischen Anhang eine Majorität von 5 gegen 4 (denn der kurpfälzische Deputirte konnte aus Abgang einer neuen Vollmacht nicht mitstimmen) zu Stande gebracht worden ist und ein in jedem Betracht unschicklicher und zudringlicher Schluss der Reichsdeputation erfolgt ist.

Euer Exc. belieben durch diesen Hergang der Sachen das kaiserliche russische Ministerium zu überführen, wie nachdrücklich wir uns bemühen, den Reichsständen eine den Umständen angemessene Stimmung zu geben, und derselbe wird sich sohin von selbst überzeugen, dass wir bei unseren Bearbeitungen zum gemeinsamen Endzweck in der Zaghaftigkeit und Verblendung der Reichsstände und in den fortan immer gleich wirkenden widrigen Gesin-

nungen des preussischen Hofes noch immer unübersteigliche Hindernisse finden.

Ich verharre etc.

XVII.

THUGUT AN COBENZL.

Wien, den 22. März 1799.

Meinem Schreiben vom 10. dieses über die Verhandlungen in Rastadt und Regensburg habe ich noch Folgendes nachzutragen:

Unsere nachdrückliche Sprache, welche wir bei der Reichsversammlung führen liessen, und das wirkliche Vordringen des Feindes, hiermit die allen Unbefangenen einleuchtende Ueberzeugung, dass durch Schonung und Nachgiebigkeit die Franzosen zur Mässigung ihrer Forderungen und Aenderung ihrer Entwürfe nicht bestimmt werden können, haben doch bei Kurtrier die Wirkung hervorgebracht, dass dieser Hof sein bereits an seine Gesandten abgeschicktes Votum zurücknahm und in einer Art abstimmen liess, die nun mit unserem Antrag, das französische Ansinnen wegen des Einmarsches russischer Truppen in das Reich von der Hand zu weisen, näher übereinkömmt. Hingegen hat das hannöverische Ministerium, wie Euer Excellenz aus der Anlage ersehen, den Reichstags-Gesandten, Herrn von Ompteda, mit solchen Weisungen zur Abstimmung bestimmt versehen lassen, die nicht nur den Absichten der coalisirten Höfe ganz entgegenstehen, sondern in ihrer ganzen Wendung und wegen der ganz ohne Veranlassung angebrachten Nebenideen als gehässig angesehen werden müssen. Ueber dies Benehmen des hannöverischen Ministeriums Betrachtungen anzustellen, kann ich nach allem dem, was ich Euer Excellenz hierüber öfters bemerkt habe, um so mehr umgehen, als es

in die Augen fällt, dass dieses Ministerium ganz mit dem preussischen Cabinet einverstanden ist, anbei uns aber in Beförderung der guten Sache mehr als Preussen selbst hindert, weil wir, nach unseren Verhältnissen mit dem englischen Hof, es an Vertrauensbezeigung gegen den Kurfürsten von Hannover nicht dürfen ermangeln lassen, und da dieser durch den Mund des englischen Ministeriums, bei jedem auf die gemeinsame Sache der vereinigten Höfe sich beziehenden Geschäfte, seiner Unterstützung uns versichern, seinem hannöverischen Ministerium aber doch freie Gewalt lässt, nach eigenem Gutbefinden zu handeln, dasselbe durch sich selbst und durch die von seiner Partei uns entgegenzuarbeiten und unsere Anträge zu vereiteln um so leichter die Mittel findet, als wir im Vertrauen auf die in London gegebenen Zusicherungen, mit dem hannöverischen Minister unrückhältig zu Werke gehen müssen und es an Vertraulichkeitsbezeigung nicht können ermangeln lassen, ohne uns bei dem englischen Hofe Vorwürfe zuziehen.

Uebrigens ist es uns wenigstens gelungen, ein Conclusum der Reichsversammlung in dieser Sache, das nach allen Umständen unseren Absichten nicht entsprechend ausfallen dürfte, noch aufzuhalten. Die meisten Reichsstände sind aber von der Idee, dass man mit Schonungen und Ergebenheit in die französischen Verfügungen den Reichsfrieden befördern könne, so sehr eingenommen und werden hierin von Preussen so sorgfältig unterhalten, dass wir jedoch in Bälde von der Reichsversammlung, anstatt einer Erklärung gegen die französischen Anmaassungen, eine Vorstellung an kaiserliche Majestät wegen Beförderung des Friedens und Abwendung alles dessen, was den Reichsfrieden hindern könnte (worunter die Abhaltung der russischen Truppen von dem Reich verstanden wird), erwarten müssen.

Die nämliche Stimmung herrscht auch unter der Majorität der Deputirten zu Rastadt, wo der kurmainzische Minister Baron Albini, unterstützt durch die preussische Gesandtschaft, laut prediget, dass man die Reichsfriedens-Unterhandlungen nicht abbrechen, sondern gleichwohl durch Annahme der französischen Propositionen den Reichsfrieden bei den zwischen uns und Frankreich ausgebrochenen Hostilitäten nur um so mehr beschleunigen müsse. Baron Albini äusserte laut, als der österreichische Bevollmächtigte Herr Graf von Lehrbach, nach den von den Franzosen gegen uns angefangenen Feindseligkeiten, Rastadt verliess und sich nach Augsburg begab, dass, wenn auch die kaiserliche Plenipotenz und noch andere Mitglieder den Congress verliessen, man solchen in einer anderen Gestalt fortsetzen müsse, und gab zu diesem Ende zu erkennen, dass man unter den vorliegenden, das ist den schwäbischen, baierischen, fränkischen und oberrheinischen Kreisen, eine Kreisassociation zu errichten hätte, wobei die preussischen Minister die Absicht hegen, dass sodann Preussen das Haupt dieser Verbindung, deren Wirksamkeit gerade gegen unsere Operationen gerichtet sein würde, sein sollte. Dieser Gedanke dürfte nun bei den Uebelgesinnten wie bei den schwachen Reichsständen um so mehr Eingang finden, als die französischen bevollmächtigten Minister auf das ihnen unter der Hand gemachte Ansinnen, sie möchten „die Reichsstände, welche sich bisher gegen Frankreich gut benommen und für den Reichsfrieden gearbeitet haben, als neutral behandeln," geantwortet haben sollen, dass dies nicht möglich sei: die Reichsstände müssten sich in eine Form von Corporationen vereinigen, an welcher sich auch die Reichsstände, welche Separatfrieden schon geschlossen haben, anzuschliessen hätten, wo man sodann mit ihnen unterhandeln könnte. Auch erklären die französischen Bevollmächtigten schon

öffentlich, dass sie in Rastadt verbleiben und die Unterhandlungen mit den Reichsständen fortsetzen würden.

Ich verharre etc.

XVIII.

THUGUT AN COBENZL.

Wien, den 21. April 1799.

Da bei der Reichstagsberathschlagung über das französische Ansinnen wegen des kaiserlich russischen Truppenmarsches es uns nicht möglich war, die Mehrheit der Reichsstände zu vermögen, sich mit unserer Abstimmung zu vereinigen, und wir die Hoffnung aufgeben mussten, die theils von Furcht, theils von den täuschenden Hoffnungen, welche Preussen mit seinem Anhang unterhält, eingenommenen Reichsstände zu einer solchen Sprache zu bestimmen, wodurch die französische Forderung geradezu wäre von der Hand gewiesen worden, so richteten wir unsere Aufmerksamkeit darauf zu verhindern, dass nicht in einem oder dem andern kurfürstlichen oder fürstlichen Voto gegen den russischen Truppenmarsch geradezu protestirt werde, und als wir diesen Endzweck durch die nachdrücklichsten Vorstellungen und hie und da auch durch Erregung von Furcht einmal erreicht hatten, gieng dann unser Bestreben stufenweise dahin, das Reichsgutachten über diesen Punkt so unverfänglich, als nur immer möglich war, zu machen und für kaiserliche Majestät als Reichsoberhaupt den Weg offen zu halten, bei der Ratification dieses Reichsgutachtens sich sodann gegen das unschickliche Verlangen der Franzosen mit allem Nachdruck zu äussern, welches letztere nun um so füglicher geschehen kann, als durch unsere Bearbeitungen der Ab-

schluss über diesen Gegenstand durch drei Monate ist aufgehalten und bis zu dem Zeitpunkt verzögert worden, wo Frankreich die Hostilitäten im Reich wieder angefangen hat, der Krieg gegen das Reich de facto bestehet, folglich alle jene Scheingründe ihre Wirkung verlieren müssen, durch welche Preussen die Reichsstände verleiten wollte, Frankreich nicht nur zu schonen, sondern wegen Erhaltung des Friedens im Reich sich den französischen Forderungen zu fügen.

So lange es nur immer möglich war, haben wir durch den österreichischen Directorialgesandten im Reichsfürstenrath die Schlussfassung, nach dem schon die meisten Reichsstände abgestimmt hatten, unter verschiedenem Vorwand aufgehalten. Als aber auf Anstiften der preussischen, hannöverischen und pfälzischen Stimmführer die Reichstags-Gesandten laut sich zu beschweren anfiengen, dass Oesterreich sein Directorialamt im Fürstenrathe missbrauche und gegen die Jura Statuum die Freiheit der Stimmen gewaltsam stören wolle, mussten wir uns zwar die Schlussfassung auch im fürstlichen Collegium gefallen lassen, doch ist uns gelungen, aus diesem Conclusum Alles hintanzuhalten, was die Ablehnung des russischen Truppenmarsches in das Reich zu merklich bezeichnen konnte, oder das Verlangen, mit Frankreich die Reichsfriedens-Unterhandlungen fortzusetzen, zu stark zu erkennen gegeben hätte.

Auf diese Art ist das fürstliche Conclusum, weil dessen Leitung mehr von uns abhieng, wie Euer Excellenz aus den Anlagen ersehen, günstiger als das kurfürstliche ausgefallen, und zwar so wesentlich verschieden, dass zwischen diesen beiden höheren Collegiis keine Vereinigung statthaben konnte, hiemit kein gemeinschaftliches Reichsgutachten erfolget ist, sondern kaiserliche Majestät blos die verschiedenen Meinungen der reichsständischen

Collegien vorgelegt werden mussten, wodurch dann Allerhöchstdieselben noch mehr freie Hand erhalten, bei der Reichsversammlung auf eine entscheidende Art Ihre Meinung zu äussern.

Die Hauptdifferenzpunkte in diesen Conclusis sind folgende: In dem fürstlichen wird die Entfernung der Franzosen vom rechten Rheinufer als Conditio sine qua non der Verwendung des Reichs gegen den russischen Truppenmarsch aufgestellt; nicht so im kurfürstlichen, wo nur der Wunsch enthalten, kaiserliche Majestät möchten sich wegen des Rückzuges der französischen Truppen verwenden. In dem kurfürstlichen Concluso wird nicht wie im fürstlichen ausdrücklich des Falles erwähnt, wo Selbsterhaltung die Benutzung jeder Hilfe nöthig machen dürfte; auch wird in diesem über das französische Benehmen doch Etwas, in jenem gar Nichts gesagt. Dann will das kurfürstliche Collegium mit den Franzosen durch die Reichsdeputation in Communication treten; das fürstliche überlässt Alles kaiserlicher Majestät.

Ob nun schon, aller unserer Bearbeitungen ungeachtet, die Reichsversammlung sich nicht ganz nach unserm Antrag und keineswegs mit einer der eigenen Würde und Wohlfahrt angemessenen Art über das unanständige französische Ansinnen geäussert hat, so ist dasselbe doch ziemlich erträglich und so ausgefallen, dass man hieraus im Ganzen Nichts anderes als die Verlegenheit furchtsamer, unentschlossener und zum Theil unter gebieterischem preussischen Einfluss stehender Reichsstände abnehmen kann. Diese Verlegenheit und Schüchternheit der Reichsstände würde uns doch nicht schwer gefallen sein zu überwinden, wenn nicht Preussen und Hannover, in der engsten Vereinigung mit Kursachsen und Kurpfalz, uns mit offenbarer Zudringlichkeit entgegengearbeitet hätten; auch musste diese Gegenbearbeitung dermal von so grös-

serer Wirkung sein, als zufällig es sich fügte, dass der erklärteste Widersacher des Allerhöchsten Hofes, der hannöverische Gesandte von Ompteda, beinahe alle protestantischen Vota im Kur- und Fürstenrath willkürlich leitete, indem er in Abwesenheit des Grafen von Hohenthal die sächsische Stimme, und eben so in Abwesenheit des Grafen von Görz die brandenburgischen Stimmen vertrat, hiemit freie Hände hatte, mit allem Ungestüm sich uns entgegenzusetzen.

XIX.

FML. BARON KOSPOTH AN ERZHERZOG CARL.

(Kriegsarchiv.) Rothweil, am 30. April 1799.

In dem beiliegenden Paquet habe ich die Gnade, Euer königlichen Hoheit die mir vom Oberst Barbaczy eingeschickten Rapporte in aller Unterthänigkeit zu unterlegen, aus welchen Höchstdieselben einzusehen geruhen werden, welch eine unglückliche Begebenheit sich mit denen von Rastadt in der Nacht abgereisten französischen Gesandten zugetragen.

Ich erwarte deshalben Euer königlichen Hoheit höchste Befehle, um solche zur Nachverhaltung dem Herrn Obersten Barbaczy geben zu können, wie er sich bei diesen unglücklichen Ereignissen zu benehmen habe.

Das zweite Paquet enthält eine andere Meldung des gedachten Herrn Obersten in Betreff des aufgefangenen Couriers, den ich morgen in das Hauptquartier abschicken werde, dann wegen der drei aufgefangenen Schiffe als Nachtrag.

General Graf Gyulay meldete mir unter dem gestrigen Dato, dass eine starke feindliche Patrouille von Altbreysach nach Burkheim und Rothweil gekommen, und da die Bauern Sturm läuteten und sich versammelten, so wurde diese Patrouille verjagt, wovon 2 Mann und 1 Pferd todtgeschossen worden.

Der Herr General hat zur Deckung vor Streifereien in diese Gegend einen Rittmeister mit 100 Pferden abgeschickt.

Die Landes-Obrigkeit hat bereits den Bauern anbefohlen, mit dem Sturmläuten inne zu halten, worauf sich aber diese äusserten, dass sie auf solche Art umzukommen denen Misshandlungen vorziehen, so sie vom Feinde zu gewärtigen haben.

Eine andere Meldung von einem Officier vom Streifcommando, dann eine Civilnachricht sind übereinstimmend, dass der Feind am 29. Aachern, Rothweil und Burkheim überfallen und in Brand gesteckt habe; deshalben das dortige Landvolk um Hilfe und Unterstützung bittet.

Ferners meldet mir der General Graf Gyulay, dass er Nachrichten erhalten: der Feind wolle in einigen Tagen eine Hauptattaque in der Schweiz unternehmen, zugleich aber bei Hünningen, Altbreysach und Kehl Demonstrationen machen.

Da ich morgen meinen Ritt von hier über Villingen fortsetze, so werde ich Abends wieder in Donaueschingen eintreffen, welches ich Euer königlichen Hoheit hiemit ganz unterthänigst zu melden die Gnade habe.*)

---

*) Praes. im Hauptquartier des Erzherzogs am 1. Mai 1799.

XX.

VON DER GENERAL-ADJUTANTUR DES ERZHERZOGS (OBERST GRAF GRÜNNE?) AN KOSPOTH.

(Kriegsarchiv. Entwurf ohne Unterschrift.) Stockach, am 1. Mai 1799.

Mit äusserstem Missvergnügen haben Seine königliche Hoheit die gewaltthätigen Mordthaten, welche wider alles Völkerrecht an den französischen Gesandten vor Rastadt durch die dortigen Vorposten verübet worden sind, vernommen. Seine königliche Hoheit wollen die Sache auf das Allerstrengste untersuchen und durch eine Commission unter dem Präsidio des Herrn FML. Grafen Spork nach den Kriegsgesetzen behandeln lassen. Der Herr Feldmarschall-Lieutenant werden dahero zuförderst den Herrn Obersten Barbaczy, welcher der französischen Gesandtschaft die Escorte versagt haben soll, und dann den Rittmeister Burkhardt, von dessen Mannschaft die Mordthaten verübt worden sein sollen, nebst allen Thätern, insoweit sie bekannt sind, allsogleich in Verhaft nehmen und unter hinlänglicher Wache nach Villingen abführen lassen, wo die Commission allsogleich ihren Anfang zu nehmen haben wird. Die nöthigen Assessoren werden Euer Hoch- und Wohlgeboren von Ihren unterstehenden Corps hiezu benehmen. Von hieraus wird ein Stabsauditor dahin abgeschickt werden, welcher zugleich die weiteren Instructionen mitbringen wird. Uebrigens hoffen Seine königliche Hoheit, dass in Rastadt Ordnung und Disciplin gehandhabt und persönliche Sicherheit allen Anwesenden ohne Ausnahme verschafft werden wird, wofür der von Euer Hochwohlgeboren dahin zu bestimmen kommende Commandant Seiner königlichen Hoheit haften wird.

XXI.

THUGUT AN DEN KAISER.

(Entwurf von Daiser.) Wien, 13. Mai 1799.

Mit dem gehorsamst zurückfolgenden Vortrag hat der Reichs-Vicekanzler die an ihn von des Herrn Erzherzogs Carl königl. Hoheit und dem kaiserl. Concommissarius erstatteten Berichte über den unglücklichen Vorfall mit den französischen Bevollmächtigten bei ihrer Abreise von Rastadt nebst seinen Bemerkungen und Anträgen vorgelegt. Die Bemerkungen betreffen das Aufsehen, welches eine solche Verletzung des Völkerrechts vor der Welt

und insbesondere in dem Reich erregen müsse, und wie nothwendig es daher sei, hierüber eine unparteiische Untersuchung zu veranlassen. Der besondere Antrag des Reichs-Vicekanzlers aber besteht darin, dass Se. königl. Hoheit den französischen Commandirenden en chef einladen sollten, einige rechtliche Männer von seinem eigenen Generalstab oder von seinen Auditoren abzuordnen, um persönlich der Untersuchung beizuwohnen und sich von deren Rechtlichkeit zu überzeugen. Was nun die Bemerkungen anbelangt, so ist hiebei Nichts zu erinnern; Euer Majestät betrachten von selbst dies höchst unangenehme Ereigniss in dem nemlichen Licht und haben mir bereits die Allerhöchste Gesinnung zu erkennen gegeben, dass die Untersuchung über diesen Vorfall mit der grössten Unparteilichkeit und Publicität geführt und, wer immer sich hiebei etwas zu Schulden kommen liess, zur Strafe gezogen werden soll, und ich habe auch nicht ermangelt, in Gemässheit der Allerhöchsten Absicht allsogleich den Grafen von Lehrbach mit der zur Allerhöchsten Einsicht in Abschrift angebogenen Weisung vorläufig zu versehen.

Hingegen kann ich nicht umhin in Ansehung des Antrages wegen Beiziehung französischer Staabsofficiere oder Auditoren zu dieser Untersuchung in tiefster Unterthänigkeit zu bemerken, dass nebst den mancherlei politischen und militärischen Bedenklichkeiten, welche mit dem Aufenthalte dieser Leute inner unsern Vorposten verbunden wären, der Endzweck dadurch gar nicht erreicht würde, indem gar nicht von den Franzosen zu erwarten ist, dass sie redliche und rechtliche Männer, die eines unparteiischen Urtheils fähig sind, hiezu beordern würden, sondern vielmehr geflissentlich Leute ihrer Art auswählen dürften, um in der Sache Verzögerungen und Verwicklungen zu veranlassen, und die aufgelegt wären, mit Unverschämtheit und Insolenz Alles, was man bei der Untersuchung vorkehrt, zu tadeln und gegen noch so rechtliche Proceduren Einwendungen zu machen. Daher ich dann der Meinung wäre, dass man sich beschränken könnte, seiner Zeit nach geendigter Untersuchung dem französischen Commandirenden en chef die Protokolle mitzutheilen, dermal aber die ganze Aufmerksamkeit darauf zu richten wäre, die Untersuchung mit Publicität, Unparteilichkeit und rechtlicher Ordnung dergestalt zu führen, dass in dem deutschen Reich Niemand dagegen eine billige und vernünftige Einwendung machen kann.

In Voraussetzung, dass Euer Majestät diese Betrachtung des Allerhöchsten Beifalles würdigen sollten, dürften Allerhöchstdieselben geruhen, den Vortrag des Reichs-Vicekanzlers etwa mit folgender Allerhöchsten Resolution zu erledigen:

„Meine Absicht ist, dass dieser Vorfall mit auffallender Unparteilichkeit hiemit mit Publicität nach aller rechtlichen Ordnung untersucht und, wer immer sich hiebei etwas zu Schulden kommen liess, exemplarisch bestraft werde. In Gemässheit dieses Grundsatzes haben Sie dem commandirenden Reichs-Feldmarschall alle jene Bemerkungen anhandzugeben, welche in Hinsicht auf den Endzweck, und um uns gegen alle Vorwürfe einer Connivenz bei der unparteiischen Welt sicher zu stellen, dienen können. Der Antrag, französische General-Stabsofficiere oder Auditoren der Untersuchung beizuziehen, wäre ganz angemessen, wenn man nicht von den Franzosen erwarten müsste, dass sie, anstatt rechtlicher Männer, boshafte und insolente Leute abschicken dürften, die, anstatt für die Wahrheit zu zeugen, ihre Anwesenheit zu Verwicklungen in dem Geschäft und anderer Art missbrauchen würden. Man muss sich daher beschränken, seiner Zeit das Informations- und Inquisitions-Protokoll dem französischen Commandirenden zuzuschicken. In Hinsicht auf Publicität und Unparteilichkeit scheint jedoch dienlich und nöthig, dass durch das Reichs-Generalcommando Jedermann in dortiger Gegend öffentlich aufgerufen werde, was ihm von der Sache als Augenzeuge oder sonst verlässig von dem Vorfall bekannt ist, entweder vor der Commission oder vor seiner Obrigkeit eidlich auszusagen. Auch finde ich nicht unangemessen, dass die kurmainzischen, preussischen und dänischen Minister, welche zur Zeit dieses Ereignisses noch in Rastadt anwesend waren, eingeladen werden, der Untersuchung beizuwohnen, oder doch alle ihnen bekannte Umstände schriftlich der Commission mitzutheilen; sowie es sich von selbst versteht, dass, wenn aus Relationen, die von einem oder dem andern dieser Minister ins Publicum gekommen, nähere Fragestücke zu formiren oder Erläuterungen nöthig wären, diese Minister auf eine anständige Art requirirt werden können, sich hierüber in forma probante zu äussern.“*)

---

*) Die kaiserliche Resolution lautete: „Der Vortrag des Reichs-Vicekanzlers ist nach Ihrem Einrathen erledigt worden. Franz.“

XXII.

THUGUT AN HUDELIST.*)

Wien, den 15. Mai 1799.

Soeben kommt uns ein Stück der deutschen Reichs- und Staatszeitung Nr. 38 vom 10. Mai d. J. zu Gesicht, worin der Vorfall bei Rastadt nicht nur mit einer Gehässigkeit, Bitterkeit und Ungebundenheit, wie dies mitten im Krieg kaum von einem französischen Blatt zu erwarten war, dargestellt wird, sondern mit einer Frechheit, die alle Vorstellung übersteigt, sogar der k. k. Hof als Veranlasser eines Meuchelmordes angegeben wird. Da dies Blatt in Anspach von dem königl. preussischen Rath Lang redigirt wird, so wird es ohne Zweifel in Berlin in mehreren Händen sein, und ich umgehe daher, dasselbe — das einzige Exemplar, das mir zugekommen ist — Euer etc. hier anzuschliessen. Wir berufen uns auf das eigene Gefühl und die Einsicht des königlich preussischen Ministeriums, wie dem k. k. Hof eine solche Begegnung auffallen müsse, und überlassen lediglich dem gerechten Urtheil Seiner königlichen preussischen Majestät, wie eine solche Zügellosigkeit eines Zeitungsschreibers zu ahnden sein wolle. Dahin haben jedoch Euer etc. in ihrer diesfälligen Vorstellung an das königl. preussische Ministerium den bestimmten Antrag zu machen und darauf zu bestehen, dass der Redacteur dieser Zeitung verhalten werde, sowohl diejenigen, von denen er die eingedruckten Briefe aus Rastadt erhalten hat, als die Gesandten, auf die er sich, ohne sie zu nennen, beruft, anzuzeigen, welche öffentlich über die Umstände dieses Vorfalles sich in einer solchen Art geäussert haben sollen, die ihn veranlasste, die Sache so zuversichtlich dreist unter diesem Gesichtspunkt der Welt darzustellen.

---

*) Nach dem, im März 1799, erfolgten Tod des Fürsten Reuss österreichischer Geschäftsträger in Berlin.

XXIII.

THUGUT AN HUDELIST.

Wien, den 15. Mai 1799.

Bei dem glücklich bestehenden, vollkommen guten Einvernehmen zwischen unserem und dem königl. preussichen Hof und bei den freundschaftlichen Gesinnungen beider Monarchen war es sehr schmerzlich zu vernehmen, dass königl. preussische Geschäfts-Männer in dem Reich über den allerdings sehr bedauerlichen und höchst unangenehmen Vorfall mit den französischen Bevollmächtigten bei ihrer Abreise von Rastadt sich auf eine Art und mit einer Bitterkeit geäussert haben sollen, welche die unfreundlichste Absicht, dies Ereigniss zum Nachtheil des k. k. Hofes darzustellen und denselben mit Gehässigkeit zu beladen, zu erkennen gebe. Indem wir nun ganz gern die uns zugekommene Nachricht auf ihrem Werth und Unwerth beruhen lassen, und in diesem Falle wie in andern sehr geneigt sind, über derlei Schwätzereien und unvorsichtige Reden hinauszugehen und hievon keinen Gegenstand zu Beschwerden zu nehmen, so haben Euer etc. sich zu beschränken, von diesem Umstand als von einer Ausstreuung blos gelegenheitlich Erwähnung zu thun.

Da aber den Einsichten des königl. preuss. Hofes von selbst nicht entgeht, wie sehr uns daran gelegen sein muss, einem Vorfall dieser Art, welcher sich an unsern äussersten Vorposten begeben hat, durch authentische Aufklärung aller Umstände auf den Grund zu sehen, so erhalten Euer etc. hiemit den Auftrag, das königl. preussische Ministerium zu ersuchen, den Herrn Grafen von Görz, welcher zur Zeit dieses Ereignisses noch in Rastadt an-

wesend war, in Folge dieser freundschaftlichen Requisition anzuweisen, von dem Hergang der Sache auf Ehre und Gewissen Alles dasjenige zu eröffnen und zur Wissenschaft der bereits angeordneten Untersuchungs-Commission schriftlich mitzutheilen, was ihm hievon selbst bekannt ist, oder er auf andere verlässliche Art in Erfahrung gebracht hat.

XXIV.

THUGUT AN COBENZL.

Wien, den 24. Mai 1799.

Der Reichsfriedens-Congress zu Rastadt hat sich mit einer Katastrophe geendet, die uns in jedem Betracht höchst unangenehm ist, welche aber die Franzosen wo nicht zum Theil veranlasst haben, doch leicht hätten vermeiden können, und die sie nun lediglich dazu benutzen, Aufsehen und Gehässigkeit gegen uns zu erregen, den erschlafften Enthusiasmus der Nation wieder zu erwecken und dadurch die Willkühr und Macht ihrer Gewalthaber zu erweitern.

Unterm 6. (4.?) d. M. erhielten wir die erste Nachricht, dass die französischen Bevollmächtigten bei ihrer Abreise von Rastadt unweit der Stadt angegriffen, Bonnier und Roberjot niedergehauen worden, Jean de Bry aber schwer verwundet in die Stadt zurückgekommen sei.

Da nun dieser Vorfall sich inner den bereits bis dahin ausgedehnten Linien der k. k. Vorposten ergeben hat, so liessen Seine königl. Hoheit der Herr Erzherzog Carl auf der Stelle den dortigen Vorposten-Commandanten mit seinen Leuten in Arrest nehmen, ordneten unter dem Vorsitz des Feldmarschall-Lieutenants Grafen

Spork eine Untersuchungs-Commission an, welches dann auch Seine Majestät mit dem Befehle genehmigt haben, dass die Untersuchung mit Publicität, auffallender Unparteilichkeit und rechtlicher Strenge geführt, und wer immer an dieser That Schuld trägt, exemplarisch gestraft werde, wie Euer Excellenz dies umständlicher aus der abschriftlich angebogenen, hierüber ergangenen allerhöchsten Resolution zu ersehen belieben.

So gross nun auch der Lärmen ist, der über diese allerdings schreiende und grässliche That in öffentlichen Blättern gemacht wird, so sind wir doch zur Stunde noch nicht im Stande, über den eigentlichen Hergang der Sache die wesentlichsten Umstände als verlässlich erhoben anzugeben, und beruht Alles, was hierüber gesagt und geschrieben wird, theils auf Vermuthungen, theils auf willkührlichen Darstellungen, die sich Jeder nach seiner guten oder bösen Stimmung bei der Sache erlaubt, wobei wir aber sehr schmerzlich wahrnehmen müssen, dass die preussischen und pfälzischen Minister im Reich die geschäftigsten sind, die Sache auf die für uns gehässigste Art zu erzählen, und dass der berüchtigte Zeitungsschreiber in Anspach, der köngl. preussische Rath Lang, sich sogar erdreistet hat, den allerhöchsten Hof als den Veranlasser dieser That öffentlich anzuklagen, worüber wir dann in die Nothwendigkeit versetzt wurden, das in der Anlage enthaltene Schreiben an unsern Geschäftsträger in Berlin zu erlassen. Was uns nun aus übereinstimmenden Berichten von der Sache bekannt geworden ist, oder im Ganzen doch auf Untersuchung beruht, bestehet darin: Bei dem Anmarsch unserer Truppen gegen Rastadt, deren Commandant den Befehl von Seiner königl. Hoheit hatte, die persönliche Sicherheit der Gesandtschaften nicht zu verletzen, wurde den französischen Bevollmächtigten durch einen Officier

der Székler-Huszáren angekündiget, in Zeit von 24 Stunden Rastadt zu verlassen, weil man sie von jenem Augenblick an dann blos in Privat-Eigenschaft betrachten könnte, worauf am nämlichen Tag, den 28. v. M., k. k. Huszáren in Rastadt eingerückt sind und die Stadt besetzt haben, welches zu beschleunigen man durch das allgemeine Gerücht veranlasst wurde, dass Bonnier von der Erlaubniss des Directorium's Gebrauch machen wolle, so viel französische Truppen, als er nöthig erachte, nach Rastadt kommen zu lassen. Ungeachtet des regnerischen Wetters und der finstern Nacht liessen sich die französischen Bevollmächtigten selbst durch die Vorstellungen der ihnen zugethanen Personen nicht abhalten, noch am nämlichen späten Abend nach 8 Uhr von Rastadt in mehreren Wagen ohne Escorte abzureisen. Man versichert zwar, sie haben von dem k. k. Officier eine Escorte verlangt, dieser habe aber sich nicht getraut, von seiner wenigen Truppe ohne Befehl bei finsterer stürmischer Nacht Leute zu detachiren, besonders da er in der Gegend mehrere französische Streifpartien vermuthete, in der Meinung war, dass französische Truppen gegen Rastadt in Anzug seien, von der französischen Treulosigkeit mehrere Beispiele, und zwar gleich bei Eröffnung dieses Feldzuges an dem auf Treu und Glauben an die französischen Vorposten angenäherten und sohin ohne weiters gefangen zurückbehaltenen k. k. Major Lovász ein neues vor sich hatte, aber anbei auch für böse Absicht oder doch für Eigensinn halten musste, bei finsterer Nacht durchaus abreisen zu wollen. Kaum eine Viertelstunde vor der Stadt sind diese Reisenden von bewaffneten Leuten angefallen, Bonnier und Roberjot mit Säbelhieben zusammengehauen und, wie man sagt, auch ausgeraubt worden; Jean de Bry aber, der gleichfalls mehrere Wunden hatte, kam den Tag darauf verkleidet

in die Stadt zurück; in der nämlichen Nacht der Abreise aber waren die Wagen mit den Frauen und dem übrigen gesandtschaftlichen Gefolge schon ganz unversehrt zurückgekehrt und sind den andern Tag gegen Strassburg sicher escortirt worden.

Ob nun wirklich székleriscle Huszáren die Thäter waren, ob sie diese That aus Raubsucht oder Irrthum und Missverständniss, oder durch die gewöhnliche Insolenz der Franzosen gereizt unternommen haben, beruht zur Stunde noch auf blossen Vermuthungen; die Wahrheit der Sache muss sich erst aus gerichtlichen Depositionen ergeben, zu welchen alle Augenzeugen des Vorfalls aufgerufen werden. Es sind viele Leute, welche vermuthen, dass als Huszáren verkleidete Räuber, deren es in Schwaben viele gibt, gar wohl die That verübt haben könnten. Diejenigen, welche behaupten, dass immer französisch bei dem Vorfall gesprochen wurde, ziehen französische Emigranten in Verdacht. Alle unparteiischen Leute aber können sich hart überreden lassen, dass unsere Huszáren, ohne gereizt zu sein, sich soweit sollten vergangen haben. Daher wir denn auch ganz ruhig der Entwicklung des Herganges entgegen sehen und fest entschlossen sind, die Sache, wie sie sich immer verhalten mag, seiner Zeit in ihrer wahren Gestalt der Welt vorzulegen.

XXV.

THUGUT AN COBENZL.

Wien, den 13. Juni 1799.

Was für gräuliche Lästerungen gegen den allerhöchsten Hof wegen des unglücklichen Vorfalls mit den französischen Bevollmächtigten zu Rastadt in französi-

schen öffentlichen Blättern ausgestreut und in verschiedenen deutschen verbreitet worden sind, ist Euer Excellenz bereits bekannt, und habe ich Deroselben auch schon bemerkt, wie geschäftig sich die preussischen Minister, besonders aber der Graf Görz, bezeiget haben, uns mit der grössten Gehässigkeit zu beladen. Da wir nun bei der zügellosesten Animosität der Franzosen und den Schmähungen der Uebelgesinnten im Reich besorgen mussten, dass, auf was immer für eine Art von Seite des Allerhöchsten Hofes bei der Untersuchung der Sache man sich benehmen würde, dennoch eben hievon die Veranlassung zu neuen Verleumdungen und Kritiken dürfte genommen werden, so hielten Seine Majestät für dienlich, um diesem Allen, so viel es immer von uns abhängt, vorzubeugen, die gesammte Reichsversammlung aufzufordern, Allerhöchstdenselben freimüthig anhandzugeben, was bei diesem Vorfall und Untersuchung desselben zu beobachten wäre, um der Sache vollkommen auf den Grund zu sehen, hiemit sowohl kaiserliche Majestät als das gesammte Reich gegen Vorwürfe der Connivenz oder Unregelmässigkeit in der Procedur sicher zu stellen. Zu diesem Ende geruhten Seine Majestät das in der Anlage enthaltene Handbillet an den Reichsvicekanzler zu erlassen, und ist in dessen Gemässheit das ebenfalls hier abschriftlich angegebene Commissions-Decret bereits an die Reichsversammlung ergangen, und ich überlasse nun der Einsicht Euer Excellenz, hievon bei dem kaiserl. russischen Ministerium dienlichen Gebrauch zu machen.

Ich verharre etc.

ZWEITE ABTHEILUNG.

XXVI.

THUGUT AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 25 janvier 1798.

En attendant l'expédition d'un courrier, que je me propose de vous dépêcher sous peu, je profite d'un exprès de Mr. le comte de Rasumowsky pour avoir l'honneur de vous entretenir brièvement de la situation générale des affaires relativement à l'exécution du traité de Campo Formio et à la pacification définitive de l'Empire.

En conséquence des arrangements concertés à Rastadt le 1er décembre entre Mr. le comte de la Tour et le général Bonaparte, nos troupes se sont retirées vers l'Inn et la Bohème, après avoir eu soin cependant de garnir les forteresses sur le Rhin de garnisons composées des différents contingents de l'Empire.

Mais l'électeur de Mayence, intimidé par les menaces les plus violentes des Français, s'est décidé à leur faire remettre cette place par le général qui y commandait de sa part, immédiatement après le départ des troupes de S. M.

Du côté de l'Italie les Français ont cherché à y retarder sous différents prétextes l'évacuation des nouvelles acquisitions de S. M.; ils se sont permis à Venise les spoliations les plus inouïes, en détruisant, particulièrement dans l'arsenal, tout ce qu'ils n'ont pas jugé valoir la peine

d'être emporté; enfin, à la suite de représentations renouvelées de notre part, ils ont commencé à se replier de la terre ferme le 9; les troupes de S. M. ont pris possession de Venise le 18, et le 23 l'évacuation des provinces nouvellement acquises à l'Autriche en Italie a dû avoir été terminée.

Le général Bonaparte, parti de Rastadt pour Paris le 2 décembre avec promesse d'un très prompt retour, n'y est cependant pas encore revenu; ses deux collègues Treilhard et Bonnier ont déclaré ne pouvoir entrer en négociation que lorsque la députation de l'Empire se trouverait munie de pouvoirs plus étendus, ceux qu'elle avait se restreignant à la conservation de l'intégrité de l'Empire, la diète de Ratisbonne a cru devoir déférer à cette demande.

Les ministres prussiens Görtz, Jacobi et Dohm s'agitent pour provoquer les princes laïques à la sécularisation générale de tous les biens ecclésiastiques, comme si les possessions des princes ecclésiastiques ne jouissaient pas par la constitution germanique du bénéfice de la même garantie que les propriétés des princes séculiers.

Les ministres prussiens font entendre aussi très clairement: que leur cour ne consentirait jamais à reprendre ses provinces au-delà du Rhin, *parce qu'elles avaient trop souffert par les effets de la guerre*; — comme si la Prusse, en récompense de son abandon aussi précipité que déloyal de la cause commune, avait acquis le droit de réclamer une exemption entière des dégradations et pertes, auxquelles généralement les possessions de toutes les parties belligérantes ont été soumises.

Au total, il est bien difficile de prévoir encore l'issue de la complication actuelle des affaires, et il serait sans doute plus que jamais désirable que S. M. Impériale de toutes les Russies voulût bien concourir par sa puissante

intervention à sauver l'Empire germanique, s'il est encore possible, des effrayants dangers dont il est menacé.

J'ai l'honneur d'être etc.

XXVII.

THUGUT AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 25 janvier 1798.

Je viens de recevoir un courrier de Rastadt, par lequel MMrs. les comtes de Cobenzl et de Lehrbach donnent avis, que les plénipotentiaires français Treilhard et Bonnier ont ouvert la négociation avec la députation de l'Empire par la demande formelle de la cession de toute la rive gauche du Rhin.

Mr. le comte de Cobenzl, dans une conférence particulière avec Treilhard, lui a marqué son juste étonnement d'une pareille prétention, directement opposée à ce qui avait été convenu à Campo Formio; Treilhard, parmi diverses autres excuses futiles, a surtout cherché à faire valoir que la Prusse déclarait ne plus vouloir rentrer dans ses possessions d'au-delà du Rhin, et que par conséquent l'on ne pouvait pas exiger des Français, d'obliger la cour de Berlin par la force à reprendre un pays dont elle offrait de plein gré la cession à la république.

C'est ainsi que la Prusse, non contente de livrer de gaieté de coeur ses propres provinces aux Français, les encourage encore, au moyen de la demande de toute la rive gauche du Rhin, à envahir l'électorat de Cologne, que le traité de Campo Formio avait sauvé, — le tout pour dépouiller ensuite elle-même ses coétats sous le prétexte d'indemnités dûes pour une guerre, dans laquelle elle a trahi la cause de ses alliés.

L'on paraît donc avoir oublié bien vite à Berlin la déclaration formelle, faite à différentes cours, surtout à

celle de Pétersbourg, que la convention du 5 août 1796 n'était qu'éventuelle; qu'au fond l'on ne demandait que la restitution de ses possessions au-delà du Rhin, et que, dès qu'il y aurait possibilité de l'obtenir, l'on renonçait avec plaisir à toute autre prétention.

Pendant qu'ainsi les affaires s'embrouillent de plus en plus en Allemagne, la Suisse est près d'être entièrement bouleversée, Rome est menacée d'une destruction totale, et la contagion de la violence et de l'anarchie gagne partout de la manière la plus effrayante.

Nous aimons à espérer encore que S. M. Impériale de toutes les Russies, ne pouvant voir avec indifférence les terribles événements qui semblent se préparer, daignera s'occuper à les détourner par les moyens que sa haute sagesse lui suggérera.

J'ai l'honneur d'être etc.

XXVIII.

THUGUT AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 25 février 1798.

Pour vous tenir au fil de la suite ultérieure que depuis le 25 du mois passé ont eu les pourparlers ouverts ici par le ministre de la cour de Berlin, je crois ne pouvoir mieux faire que de vous transmettre copie des dernières dépêches que j'ai adressées d'ordre de S. M. à Mr. le prince de Reuss sur cet objet.

Nous nous flattons que toute notre conduite, et particulièrement la lettre écrite directement au roi par l'empereur, convaincront la cour de Pétersbourg du désir constant de S. M., de détourner une partie au moins des malheurs qui menacent l'Empire et de diminuer ses pertes, en sacrifiant même à ce but la juste répugnance que nous devons avoir d'entrer dans un concert quelconque avec

la cour de Berlin, qui jusqu'ici nous a donné tant de preuves de sa mauvaise foi et d'une haine implacable contre l'Autriche.

Il s'en faut de beaucoup que les vues de la Prusse tendent aussi loyalement vers le bien général. D'après tout ce que nous avons appris par des voies authentiques, il ne reste aucun doute que c'est la cour de Berlin par ses instances à Paris, secondées par le landgraf de Hesse-Cassel et les autres princes qui avaient reçu la promesse d'acquisitions aux dépens de leurs coétats pour prix de leur abandon de la cause commune, appuyées de plus auprès du directoire par les intrigues de tous ces clubistes allemands qui s'occupent sans relâche de la démocratisation prochaine de tout l'Empire, — que c'est la cour de Berlin qui elle seule a provoqué et engagé les Français à renouveler à Rastadt la demande de toute la rive gauche du Rhin, contradictoirement à ce qui avait été convenu à Campo Formio à ce sujet.

C'est manifestement la Prusse aussi et ses adhérents qui par leurs instigations portent les Français à ces actes de violence, tel que l'attaque imprévue de la tête de pont de Mannheim, pour combler la consternation et l'avilissement de la députation de l'Empire à Rastadt, pendant que, sans la certitude de voir contenue et comprimée par la Russie la malveillance prussienne, nous sommes hors de toute mesure de nous opposer avec fermeté à ces révoltants attentats, de crainte de donner par là nous-mêmes occasion à un rapprochement plus étroit et à une alliance formelle entre la France et la cour de Berlin.

En attendant l'empereur persiste invariablement dans l'intention de faire les plus grands efforts pour prévenir le bouleversement total de l'Empire et y maintenir l'état des possessions actuel autant que possible. Il conjure son

auguste allié, de vouloir bien appuyer une vue aussi salutaire par les moyens les plus efficaces que sa sagesse lui indiquera. Vous êtes autorisé même de confier au ministère de S. M. Impériale de toutes les Russies, que S. M. est décidée d'avance à se relâcher encore considérablement sur les indemnités bien minces en proportion de ses pertes, que le traité de Campo Formio lui a assurées en Allemagne, supposé que cet exemple éclatant de magnanimité puisse faciliter une définition supportable des affaires et engager la Prusse et ses adhérents à se désister de leurs projets d'usurpation et d'une subversion entière du corps germanique.

Vous voudrez bien, Mr. le comte, demander au ministère de Pétersbourg le plus strict secret sur cette confidence, dont on sentira aisément l'importance pour nous et dont la divulgation prématurée porterait un préjudice irréparable à nos intérêts.

J'ai l'honneur d'être etc.

XXIX.

THUGUT AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 17 février 1798.

Il est indispensable d'insister auprès du ministère russe le secret à garder relativement aux confidences que nous sommes dans le cas de lui faire, d'autant plus qu'il règne depuis quelque temps à Pétersbourg un relâchement bien extraordinaire sur ce point si essentiel entre des cours alliées.

Par des avis authentiques qui nous sont parvenus de Naples nous avons su, que Mr. le duc de Serra-Capriola avait dans le temps mandé à sa cour une grande partie du contenu de la lettre, écrite à Mr. le prince de Besborodko par Mr. le comte de Cobenzl immédiatement après son retour d'Udine. D'un autre côté il est venu à notre connaissance, qu'on a laissé percer fort indiscrète-

ment à Pétersbourg la communication confidentielle que nous y avons faite de la note que Silverstolpe m'avait remise ici, concernant la garantie de la paix de Westphalie, ce qui nous a suscité une tracasserie bien gratuite avec la Suède sans aucun profit pour la Russie.

Je crois déjà avoir eu l'honneur de vous prévenir, Mr. le comte, que, la communication des dépêches respectives adoptée pendant quelque temps entre les deux cours impériales ayant entièrement cessé de la part de Mr. le comte de Rasumowsky depuis l'avénement de S. M. actuellement régnante en Russie, S. M. juge qu'il est à propos que vous suiviez de votre côté le même exemple, en vous restreignant à des explications verbales avec le ministère sur le contenu des dépêches qui vous sont adressées, conformément à l'usage établi entre toutes les autres cours et dont il y a toujours eu plus ou moins d'inconvénients à s'écarter.

Rien n'est plus injuste que les reproches si souvent renouvelés concernant notre paix; vous avez parfaitement prouvé, Mr. le comte, que celui surtout qui se rapporte à la cession des îles du Levant est absolument destitué de tout fondement; en attendant, des ordres ont été donnés de la part de S. M. à Mr. le comte de Cobenzl, d'essayer, si à l'occasion de la définition des affaires à Rastadt il ne serait pas possible d'obtenir quelque changement à cet article dont les suites infiniment préjudiciables ne nous avaient jamais échappé; mais je vous avouerai que je désire plus que je ne l'espère le succès de cette tentative.

Au total c'est l'indifférence incompréhensible de la Russie dans les circonstances les plus critiques, où l'Europe s'est trouvée depuis des siècles, qui est une des causes les plus immédiates de tous les malheurs qui nous consternent pour le présent et nous effraient pour l'avenir; car comment veut-on que nous résistions efficacement

aux prétentions quelconques des Français, lorsque depuis sept ou huit mois déjà nous sommes menacés sans cesse, de voir d'un jour à l'autre la Prusse et tous ses adhérents se réunir formellement contre nous avec la France, sans que la cour de Pétersbourg, malgré tant d'engagements et de traités, fasse des démarches pour l'en empêcher?

Malgré cela nous sentons parfaitement l'importance dont il est de ne pas nous aliéner les esprits à Pétersbourg, mais de chercher à entretenir la Russie dans des dispositions dont, selon les occasions, l'on puisse tirer plus ou moins de parti. Aussi n'est-on rien moins que refroidi ici sur le projet dont il a été question entre Mr. le prince de Besborodko et le comte de Cobenzl; tout ce qu'on peut avoir débité de l'idée d'un mariage en Saxe n'a aucun fondement; mais vous n'ignorez pas, Mr. le comte, qu'on est convenu d'attendre l'époque de la paix. Que la Russie nous aide un peu à terminer cette malheureuse pacification Germanique d'une manière plus ou moins tolérable, et S. M. continuera à suivre avec empressement cet objet si intéressant pour les deux souverains.

Par la négligence de quelques-uns de nos employés civils et militaires le général Bernadotte, en franchissant les frontières sans avoir préalablement demandé ni obtenu des passe-ports, s'est présenté inopinément ici en qualité d'ambassadeur de la république française. Il est aisé à prévoir, combien de désagréments, de tracasseries et d'intrigues de toutes espèces entraînera l'établissement d'une telle mission à Vienne. S. M. se propose d'envoyer à Paris Mr. le baron Degelmann avec le caractère de ministre plénipotentiaire.

L'homme de Mr. Viazzoli est arrivé ici le 13. S. M., en donnant des éloges à votre zèle, m'a ordonné, Mr. le comte, de vous assurer de sa satisfaction particulière des notices intéressantes que vous aviez recueillies dans

vos dépêches. J'aurai soin de vous renvoyer votre exprès le plus tôt que faire se pourra.

J'ai l'honneur d'être etc.

XXX.

THUGUT AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 9 mars 1798.

La copie de ma dépêche d'hier à Mr. le prince de Reuss que j'ai l'honneur de vous envoyer ci-joint avec ses différentes annexes, vous mettra au fait de ce qu'il s'est passé ultérieurement en suite des prétendues ouvertures faites ici par Mr. le comte de Keller.

Il n'échappera pas à vos réflexions, Mr. le comte, combien la conduite de la Prusse envers nous est révoltante. Après toutes les belles protestations d'amitié et de droiture, les propositions de Berlin se réduisent à la promesse que, si l'Autriche malgré ses pertes énormes veut bien renoncer à toute idée d'acquisition en Allemagne, la Prusse et ses adhérents n'useront que modérément du droit qu'ils s'attribuent de s'approprier dans l'Empire ce qu'ils jugeront être de leur convenance.

Je vous ai confié dans ma dernière dépêche que l'empereur ne met de son côté qu'un prix médiocre à toute acquisition aux dépens de l'Empire; mais la dignité de S. M. ne peut qu'être blessée à voir la Prusse prétendre lui faire la loi, en cherchant à consolider elle-même sa puissance et celle de ses adhérents par les dépouilles de ses coétats.

Ce qui est surtout fait pour exciter l'indignation, c'est la bassesse, avec laquelle les plénipotentiaires prussiens à Rastadt s'efforcent à capter la bienveillance des Français, en secondant toutes leurs vues au détriment de l'Empire; je ne serais pas même étonné qu'on ne se prêtât à Berlin à quelque stipulation secrète pour favoriser

l'établissement des Français sur la rive droite du Rhin; c'est ainsi que les ministres d'un jeune prince, dont on assure que les principes sont irréprochables, travaillent eux-mêmes à étendre l'empire de la démocratie, dans un moment où d'ailleurs l'incendie gagne tous les jours de plus en plus et menace d'embraser sous peu toute l'Europe.

L'empereur, sacrifiant toutefois ses justes ressentiments au bien général, est toujours encore disposé à s'entendre avec le roi, pour prévenir que l'Allemagne ne soit désolée par de nouveaux troubles. Mais ayant considéré qu'avec un cabinet, tel que celui de Berlin, il était à peu près impossible de parvenir à aucune conclusion heureuse ou solide sans le concours d'un tiers, dont l'intervention, en inspirant à la Prusse de la modération et quelque pudeur dans ses demandes, assure en même temps l'accomplissement de ce qui aura été convenu, S. M. a cru devoir proposer au roi de réclamer la médiation de la cour de Pétersbourg pour l'aplanissement des différends qui surviendraient entre elle et la Prusse relativement à des vues d'acquisition en Allemagne, et dans la lettre adressée à S. M. Impériale des toutes les Russies, et dont je joins ici l'original et copie, S. M. prie ce souverain de vouloir bien, pour le salut et le repos de l'Allemagne, se charger de cette tâche.

En faisant parvenir cette lettre à S. M. l'empereur de Russie par le canal de Mr. le prince de Besborodko, S. M. s'en rapporte à votre zèle, monsieur le comte, de l'accompagner auprès de ce ministre de toutes les représentations que le sujet et les circonstances offrent en foule.

XXXI.

FRANZ II. AN PAUL I.

Vienne, ce 9 mars 1798.

Monsieur mon frère! Le ministère de V. M. Impériale doit avoir été successivement informé d'après mes ordres

par le comte de Dietrichstein de tout ce qui s'est passé jusqu'ici relativement à de prétendues ouvertures, qui m'ont été faites par la Prusse sur un concert à établir par rapport aux affaires d'Allemagne. Malgré mes justes motifs de défiance à l'égard d'une cour qui en tant d'occasions m'avait prouvé son peu de bonne foi, je n'ai pas hésité d'aller avec un empressement amical au-devant de ses bonnes dispositions apparantes du moment, parce que j'espérais que l'accord entre l'Autriche et la Prusse servirait peut-être à diminuer au moins les sacrifices que la France exige de l'Empire et sauverait en même temps l'Allemagne de nouveaux troubles, dont à la suite de la paix elle paraît menacée par l'exagération des vues d'avidité du cabinet de Berlin. Mon attente n'a pas été remplie; les plénipotentiaires du roi à Rastadt, malgré l'opposition encore subsistante des miens, se sont hâtés de se prononcer pour la cession de toute la rive gauche du Rhin, et pendant que de cette manière ils se prêtaient avec complaisance à étendre aux dépens de l'Allemagne les bornes du régime révolutionnaire, les propositions faites d'un autre côté sur l'objet des indemnités respectives en Allemagne sont d'une injustice si manifeste que j'ai eu lieu de me convaincre plus que jamais que: vu la malveillance incorrigible des intentions de la Prusse à mon égard, aucune négociation entre nous ne saurait guère conduire à des résultats désirables, sans l'intervention d'un souverain tel que V. M. Impériale, dont la haute réputation de loyauté également et d'une impartialité magnanime, en contenant des prétentions outrées dans les bornes de l'équité et de la raison, assurerait en même temps l'exécution de ce qui aurait été stipulé sous ses auspices. J'ai proposé en conséquence au roi de Prusse d'invoquer la médiation de V. M. Impériale pour l'aplanissement des difficultés qui s'éleveraient entre

nous relativement à des vues d'agrandissement dans l'Empire; j'ose prier V. M. Impériale avec instance de ne pas se refuser à cette tâche, si importante pour la tranquillité de l'Allemagne; je défèrerai avec plaisir en toute chose aux avis éclairés de sa justice et de sa haute sagesse. Je ne tiens nullement à des acquisitions considérables à la charge de l'Empire; mais je ne saurais consentir que la Prusse, en abusant des malheurs que j'ai essuyés dans la défense d'une cause bien honorable, ne vise pas à moins qu'à anéantir complètement la puissance de l'Autriche et à se procurer à elle-même une prépondérance très contraire à l'intérêt général, sans considérer que l'union et la bonne intelligence entre les gouvernements monarchiques, cimentées sur des bases justes et d'une convenance réciproque, peuvent seules opposer encore une digue au torrent dévastateur d'un bouleversement total, dont les ravages progressifs s'étendent tous les jours de plus en plus avec une rapidité bien faite pour alarmer toute l'Europe. Plein de confiance dans la généreuse amitié de V. M. Impériale je m'empresse de lui renouveler l'assurance de mon attachement aussi tendre que fidèle, étant avec une haute considération etc.

XXXII.

THUGUT AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 9 mars 1798.

Quelque parti que l'on prenne à Pétersbourg sur la médiation demandée, S. M. a cru utile d'en mettre en avant l'idée, ne fût-ce que dans l'espérance que l'attente des réponses de la Russie retiendrait dans l'intervalle la cour de Berlin de se lier de plus en plus étroitement avec la France et de procéder même peut-être avec elle à la conclusion d'une alliance formelle pour consommer le bouleversement total de l'Allemagne.

Il nous importerait donc infiniment que la Russie se prononçât clairement à Berlin sur la peine qu'elle éprouvait de l'intimité entre la France et la Prusse et sur l'extrême mécontentement qu'elle aurait à voir resserrer de plus en plus les noeuds d'une union si funeste pour le reste de l'Europe. S. M. vous recommande, Mr. le comte, d'employer tous les soins possibles pour obtenir une pareille démarche, et ce léger appui en faveur de nos intérêts semblerait sans doute le moins que nous dussions attendre de l'amitié de notre allié d'après les engagements des traités et d'après tant de promesses.

La situation des affaires générales empire de jour en jour. À Rastadt la faction prussienne s'acharne à favoriser les vues quelconques des Français au préjudice de l'Empire, sous la condition d'envahir librement les possessions de ses propres coétats. Les prétentions des Français n'ont donc point de bornes, et il est à craindre qu'ils ne se portent incessamment à attaquer de vive force les forteresses sur la rive droite du Rhin, ce qui nous jeterait nécessairement dans de très grands embarras: la Suisse, malgré quelques démonstrations de vigueur qu'elle s'est permises, va être bientôt subjuguée; Rome est démocratisée, et le pape en a été renvoyé ignominieusement en Toscane; l'on est dans la consternation à Naples, et l'on y tremble d'éprouver le même sort dans un avenir peu éloigné.

Son Altesse Royale l'archiduc Charles est arrivé ces jours à Vienne pour voir Mme. l'archiduchesse Marie Christine, dont la convalescence est longue. Si les bruits d'un prétendu mariage en Saxe se renouvelaient à cette occasion, vous êtes autorisé à les démentir de la manière la plus formelle, S. M. n'ayant pour son auguste frère d'autres vues que celles qui vous sont connues et qu'il lui sera bien doux de voir réaliser.

J'ai l'honneur d'être etc.

XXXIII.

PAUL I. AN FRANZ II.

Pétersbourg, ce $\frac{16}{27}$ mars 1798.

Monsieur mon frère! L'empressement que je mets à répondre à la lettre que V. M. Impériale a bien voulu m'écrire le 9 de ce mois lui prouvera, combien je suis flatté de la voir rendre une parfaite justice à mes sentiments d'amitié pour elle et à la loyauté qui fait et fera toujours la base de toute ma conduite. Elle peut être pleinement persuadée, que je tiens fort au principe qui peut m'unir le plus étroitement possible avec V. M. Impériale, et que je désire pouvoir nous entendre dans tous les cas possibles avec cette franchise de laquelle dérivent et l'estime personnel et l'amitié. Je croirais superflu dans ce moment de récapituler tout ce qui s'est passé jusqu'à présent entre elle et la cour de Berlin; le caractère du jeune monarque prussien ne laisse pas de doute, qu'un rapprochement sincère et désintéressé ne puisse s'opérer entre elle et le roi de Prusse, en mettant de côté toute prévention et en fermant l'oreille à ceux qui ne désirent qu'à embrouiller les affaires, et V. M. Impériale juge assurément de même. La proposition qu'elle me fait de devenir médiateur entre V. M. Impériale et le roi de Prusse, la lettre qu'elle a écrite à ce sujet à ce souverain, et enfin tout ce qu'elle me dit de flatteur et d'amicale pour moi personnellement à cette occasion me pénètre de reconnaissance. Non seulement j'accepte la proposition de V. M. et, sans attendre que le roi de Prusse fasse les premières démarches auprès de moi, c'est moi qui vole au devant de lui, — oui, c'est moi qui tout le premier viens de charger mon ministre résident à Berlin de faire parvenir à la connaissance du monarque prussien, que je suis tout prêt à prendre sur moi un rôle qui ne me promet que des agréments et une liaison solide entre

nous trois, si toute prévention et l'idée d'envahissement sera entièrement bannie; je lui communique aussi que j'envisage Berlin comme le lieu le plus propre aux négociations, vu que cette ville est presque également éloignée de Vienne et du lieu de ma résidence, et je me flatte que V. M. Impériale sera d'accord avec moi sur cet article; dans ce cas je la prie, et je fais insinuer la même chose au roi de Prusse, de me communiquer en confidence et avec une parfaite sécurité son ultimatum, afin que je puisse diriger la conduite de celui que je chargerai de travailler à cette importante affaire et de terminer cette besogne le plus tôt possible à la satisfaction réciproque des partis intéressés. Cet heureux rapprochement une fois établi, et tous les démêlés terminés, je proposerai tant à elle qu'au roi de Prusse la conclusion d'un traité défensif, en invitant les rois de la Grande-Bretagne et de Danemark d'y accéder qui, j'en suis sûr, ne s'y refuseront pas. C'est ainsi que le rapprochement le plus salutaire s'effectuera — rapprochement qui garantira l'Europe des maux qui la menacent; il sera l'effet de la loyauté, de la franchise et de la pureté des intentions de V. M., et elle aura à se glorifier des suites inappréciables et avantageuses qu'elle aura procurées à nos sujets respectifs. Il ne me reste maintenant qu'à attendre la réponse qu'elle me fera et les ouvertures du roi de Prusse et à l'assurer de l'invariabilité des sentiments d'amitié et de la haute considération avec lesquels je suis, Mr. mon frère, de V. M. Impériale le bon frère, ami et fidèle allié

Paul.

XXXIV.

THUGUT AN STARHEMBERG.

Vienne, ce 17 mars 1798.

Le Sr. Maintz retournant à Londres, je profite de cette occasion pour avoir l'honneur de vous entretenir de

quelques objets, sur lesquels, accablé comme je le suis par la multiplicité du travail, je dois depuis quelque temps réponse à V. E.

Maintz vous rendra compte lui-même de l'accident fâcheux qui a été cause que son voyage a été ébruité presqu'avant son arrivée à Vienne; les différentes dépêches de V. E., depuis celles apportées par ce Sr. Maintz, roulant à peu près toutes sur les mêmes objets, je rassemblerai ici brièvement les observations que leur contenu a donné lieu de faire, ainsi que ce que S. M. m'a chargé de confier à votre prudence et à votre zèle de ses intentions pour l'avenir. J'avouerai d'abord à V. E. que nous ne saurions être d'accord avec votre opinion relativement à l'utilité dont l'alliance de l'Angleterre a été pour nous jusqu'à présent. C'est une vérité incontestable que l'évacuation peu réfléchie de la Corse, la retraite précipitée de l'escadre anglaise de la Méditerranée, les insinuations peu loyales faites à notre insu à la cour de Naples pour la déterminer à une paix particulière, ont seules causé la perte de l'Italie; que d'un autre côté la distinction plus que subtile, au moyen de laquelle le roi, prodigant les trésors de l'Angleterre pour nuire aux Français, a cru pouvoir, en sa qualité d'électeur d'Hannovre, se lier à la Prusse, pour favoriser toutes leurs vues dans l'Empire, a puissamment contribué à reduire l'Allemagne dans la situation déplorable, où elle se trouve et que nous avions depuis longtemps prévue et prédite. Je ne m'étendrai pas ici sur l'égoïsme révoltant qu'a toujours manifesté le ministère britannique, sacrifiant sans cesse toute autre considération à l'intérêt de son existence ministérielle ou à des convenances momentanées de son administration, entamant, rompant des négociations avec la France, se portant aux démarches les plus décisives sans aucun concert préalable avec nous, et regardant l'Autriche comme

une puissance subalterne, attachée au char de la Grande-Bretagne et obligée de suivre aveuglément tous ses mouvements. D'après ces faits impossibles à contredire il est clair que tout le profit, que pendant la guerre nous avons retiré de notre alliance, s'est borné uniquement à un emprunt, qu'on a bien voulu nous procurer en Angleterre sous des conditions vraiment judaïques, et à quelques médiocres avances pécuniaires, fournies avec une irrégularité qui, nous jetant dans les plus grands embarras, nous forçait à recourir sans cesse aux expédients les plus onéreux, jusqu'à ce que la suspension totale des paiements, arrêtés précisément dans le moment le plus critique et le plus décisif pour l'Autriche, nous laissant complètement sans ressource, nous ôta tout moyen de différer plus longtemps à entrer en négociation avec un ennemi, parvenu à peu près au pied des murs de Vienne. Malgré ces torts multipliés du cabinet de St. James envers nous et le préjudice irréparable que nous en avons éprouvé, nous ne perdons pas de vue le principe, auquel souvent l'on ne paraît pas faire assez d'attention à Londres: celui que des rancunes, bien ou mal fondées, ne doivent pas influer sur les déterminations majeures des grandes cours. La propension personnelle de S. M. pour le système d'alliance avec la Grande-Bretagne se joignant à cette considération, nous aimons à nous flatter que l'expérience des funestes effets qu'a produits cette guerre fournira à la cour de Londres de nouveaux motifs pour se convaincre à l'avenir, qu'une réciprocité loyale d'égards pour les convenances mutuelles est le seul et unique moyen de consolider l'union entre de grandes puissances et de la conduire à d'heureux résultats. Dans cette espérance l'empereur vous autorise, Mr. le comte, de déclarer au ministère britannique: que S. M. non seulement continue d'être animée du désir le plus sin-

cère d'entretenir des relations étroites avec la Grande-Bretagne, mais que, si l'on est à Londres dans les mêmes sentiments, S. M. sera toujours disposée à donner à ses rapports avec S. M. britannique toute l'intimité la plus analogue au bien général et aux intérêts respectifs des deux couronnes. V. E. peut en même temps affirmer de la manière la plus positive: qu'il n'existe point d'alliance entre nous et la France, et il n'en sera jamais question, à moins que des procédés injustes de la part de l'Angleterre ne nous laissassent point de choix. Nous serions en général très fondés à nous plaindre de la facilité, avec laquelle d'après vos dépêches l'on semble en Angleterre prêter l'oreille aux insinuations aussi absurdes que calomnieuses, que nos ennemis prennent à tâche d'y faire, et contre lesquelles la connaissance, acquise en tant d'occasions de nos principes, aurait dû justement prémunir le ministère britannique. Il n'est que trop vrai que nous n'avons pu faire confirmer à Campo Formio l'intégrité de l'Empire, dont notre constance avait arraché la promesse dans les préliminaires de Leoben; il est vrai aussi que dans une convention militaire, que MMrs. les comtes de Cobenzl et de Merveldt ont conclue avec Bonaparte à Rastadt le 1er décembre, ils ont été forcés, afin d'obtenir l'évacuation de nos nouvelles acquisitions en Italie, de consentir que nos troupes, après avoir défendu depuis si longtemps seules l'Empire contre les attaques des Français et les funestes effets des intrigues de la Prusse et de ses adhérents, se retirassent derrière le Lech; mais on ne saurait dire pour cela que nous ayons livré Mayence aux Français; car il ne tenait qu'à l'électeur de faire défendre, pendant quelque temps au moins, une place pourvue encore d'une garnison raisonnable et de moyens suffisants de résistance. La tête de pont de Mannheim a été attaquée et emportée par les Français, sans qu'il y

eût certainement ni connivence ni consentement de notre part, et par une violence contraire aux stipulations de Campo Formio; jamais dans le traité de Campo Formio n'a été admise, moins encore assurée aux Français la cession de la totalité de la rive gauche du Rhin. L'électorat de Cologne, les possessions prussiennes au-delà du Rhin, tout le bas Rhin enfin avait été conservé à l'Empire en termes exprès; mais si le cabinet de St. James est bien instruit, il ne doit pas ignorer les abominables machinations que la Prusse et sa faction ont employées pour livrer toute la rive gauche du Rhin à la France, afin de s'en faire un prétexte pour dépouiller, sous le titre de dédommagement, leurs coétats sur la rive droite et bouleverser ainsi toute l'Allemagne. À l'heure qu'il est, toute la députation de Rastadt, le député de Brême au nom du roi d'Angleterre y compris, a déjà accepté la base de la cession de la rive gauche du Rhin; Mr. le comte de Lehrbach député de l'Autriche est le seul, qui n'y ait pas accédé encore; mais comment sauver désormais des gens qui courent avec tant d'opiniâtreté à leur propre ruine? et voilà les fruits de ces longues manoeuvres prussiennes pour diviser et désorganiser l'Empire, auxquelles le ministère d'Hannovre et Ompteda à Ratisbonne ont toujours coopéré avec une ardeur si inconsidérée. Le roi de Prusse a fait entamer ici des pourparlers par son minister Keller, en prétendant de désirer de s'entendre avec nous sur les affaires de l'Allemagne; nous nous étions flattés de trouver dans les ouvertures du roi la droiture et la loyauté qu'on attribue personnellement à ce jeune prince; malheureusement nous n'y avons rencontré que de nouveaux piéges de la politique perfide du comte de Haugwitz: ainsi la négociation n'a fait jusqu'ici aucun progrès, d'autant qu'insistant de notre côté sur la nécessité d'aviser avant tout aux moyens de diminuer les sacrifices de l'Empire et de

réunir nos soins pour lui procurer une paix tolérable, toutes les vues de la Prusse ne tendent qu'à nous faire approuver d'avance les envahissements qu'elle et sa faction méditent aux dépens de leurs coétats. Nous sommes instruits que la Prusse poursuit en même temps avec ardeur ses machinations avec la France, et que Haugwitz ne souhaite au fond que de trouver dans notre conduite quelque argument plausible pour faire illusion à l'inexpérience du jeune roi et pour le porter à s'unir plus étroitement avec la France: ce qui nous met dans la triste nécessité d'user de ménagements tant envers la France qu'envers la Prusse, pour ne pas avoir à nous reprocher un jour, d'avoir facilité l'exécution des projets funestes du comte de Haugwitz et d'avoir occasionné en quelque sorte nous-mêmes la formation de noeuds plus intimes entre la Prusse et la France, qu'on aurait par la suite d'autant plus de peine à rompre. Dans cette complication extrême des circonstances il est impossible de prévoir ni l'issue du congrès de Rastadt, ni le sort réservé à l'Empire; mais quoi qu'il en puisse arriver encore, tout ce qui s'est passé depuis les préliminaires de Leoben ne nous a que trop prouvé, qu'on espèrerait vainement que des paix ou des traités puissent être durables avec une nation féroce, irrévocablement décidée à la subversion de toute l'Europe et marchant rapidement vers ce but, en divisant par ses perfidies les autres puissances et en profitant de leur inaction et aveuglement partiels, pour les subjuguer toutes, les unes après les autres. Le mal se propage de jour en jour de la manière la plus effrayante; une grande et belle partie de l'Europe est déjà la victime des fausses spéculations de sa pusillanimité et de son isolement de la chose publique; le reste est tout près de subir le même sort: nous sommes donc entièrement convaincus qu'il est indispensable de s'occuper sans délai des mesures

les plus propres à empêcher, s'il en est temps encore, la dévastation générale et le renversement de tous les gouvernements légitimes; mais avant de se livrer à une entreprise aussi importante et décisive, il est nécessaire sans doute de s'assurer des moyens de la soutenir avec la vigueur la plus opiniâtre. Nous pensons que des explications intimes et très confidentielles entre deux cours, comptant avec une égale confiance sur leur fidélité et loyauté réciproques, seraient le premier acheminement vers ce grand ouvrage; la question de la possibilité et de la convenance de l'entreprise une fois décidée entre elles, l'on concerterait les démarches à faire à Pétersbourg, à Berlin et auprès des différentes cours, pour animer et rendre plus actives les bonnes dispositions des unes et pour retenir et paralyser la mauvaise volonté des autres. Quant à nous particulièrement, il s'agirait 1° de savoir, quels seraient les moyens et les formes possibles à employer entre les deux cours, pour se rassurer mutuellement, en cas d'une reprise d'armes de notre côté, contre toute crainte d'une défection subite de part ou d'autre; 2° quels seraient les secours pécuniaires, par lesquels l'Angleterre se déterminerait à subvenir aux besoins extrêmes de nos finances, dont le dérangement excessif formerait sans cela un obstacle invincible à notre bonne volonté; il faudrait une somme fournie d'avance, ou pour le moins dès le premier moment de notre explosion, considérable en elle-même, quoique toujours médiocre en comparaison de l'importance de l'objet et de l'effet décisif à en attendre. L'Angleterre doit se rappeler que l'économie bien mal vue, exercée envers nous, fût une des principales causes de tous les désastres de la guerre, en nous entravant sans cesse dans toutes nos opérations; 3° le cabinet britannique serait-il, si le cas y échoit, en volonté et en mesure de continuer la guerre

pendant l'année prochaine de 1799? En attendant nous nous flattons de rendre déjà, même dès à présent, à l'Angleterre des services non indifférents. Notre armée dans les provinces ci-devant vénitiennes de terre ferme vient d'être considérablement augmentée depuis les événements affreux de Rome; l'on rassemble un corps dans le Tirol, également à portée de l'Italie et de la Suisse, et nos mouvements ont commencé à donner aux Français de la jalousie au point que nous apprenons, que différents corps de leurs troupes, qui étaient en marche vers l'intérieur de la France, ont déjà reçu l'ordre de rétrograder.

Il serait de la plus haute importance que l'Angleterre pût envoyer au plus tôt une escadre dans la Méditerranée, sans quoi il n'est que trop à craindre que Naples ne succombe par son découragement à la première attaque. Il est sans doute superflu d'appeler l'attention de V. E. sur la nécessité de convenir préalablement avec Lord Grenville des moyens d'assurer l'observation du plus profond secret relativement à tout ce qui peut concerner ces ouvertures. C'est à Mr. le comte Woronzow seul, dont les excellents sentiments personnels et la probité méritent une grande confiance, que vous pouvez faire les communications que vous jugerez utiles pour faire concourir son zèle auprès du ministère britannique. Je vous dépêcherai sur la fin de la semaine prochaine un courrier du cabinet pour me rapporter vos réponses; je prie V. E. de faire chiffrer, ainsi qu'elle en a sagement usé à l'occasion de l'envoi de Maintz, tout ce qu'elle jugera demander cette précaution.

J'ai etc.

XXXV.

THUGUT AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 5 avril 1798.

Je fais repartir aujourd'hui le Sr. Mercadali, pour continuer de vous tenir au courant de nos négociations avec la cour de Berlin.

J'ai l'honneur en conséquence, Mr. le comte, de vous envoyer ci-joint les copies de mes dernières dépêches à Mr. le prince de Reuss, ensemble avec les diverses pièces y annexées.

Depuis que la cour de Berlin a déclaré d'accepter et de vouloir réclamer elle-même la médiation de la Russie, il eût été peut-être à désirer que le cabinet prussien, au moyen des deux aperçus concertés à Rastadt, n'eût pas été mis de si tôt et si complètement dans le secret de toute l'étendue du noble désintéressement de S. M. Du reste, ces aperçus, combinés par les plénipotentiaires de S. M. d'après des instructions antérieures, et la connaissance particulière des principes de notre extrême modération ne sauraient, en leur qualité de simples projets, être regardés comme obligatoires en aucune manière, ni être admis par S. M. sans de certains changements, pendant que d'un autre côté cette manifestation générale des grands sacrifices, que S. M. incline à faire au salut et à la conservation de l'Empire, ôte à la Prusse tout prétexte de différer d'avantage de réunir ses efforts aux nôtres, pour sauver l'Allemagne et accélérer la paix germanique à des conditions tolérables, et qui au moins ne provoquent point l'entière destruction et dissolution de l'Empire.

Rien, sans doute, n'est plus révoltant que la demande de Bernadotte pour la défense immédiate dans les États de S. M. de tous les ordres de l'ancien régime français

qui, si l'on était forcé d'y accéder, serait infailliblement suivie dans peu par des instances plus indiscrètes encore pour l'expulsion totale de tous les émigrés.

Malheureusement, selon nos avis, l'on ne penche que trop à Berlin à satisfaire les Français sur l'un et l'autre objet et de passer, pour capter leur bienveillance, sur toute autre considération de ce que les souverains doivent à leur dignité, ainsi que de l'inconvenance extrême de permettre à l'arrogante république de se mêler de l'intérieur des autres États.

Il est évident que, dès que les cours de Vienne et de Berlin se seraient trouvées dans le cas de condescendre à de pareilles prétentions, les Français s'en autoriseraient indubitablement pour en faire des conditions essentielles de leur paix future avec l'Angleterre, ainsi que de leur raccommodement avec la cour de Pétersbourg, si tôt ou tard il y avait lieu.

L'empereur Paul Ier ayant annoncé hautement l'appui magnanime, qu'il daigne donner au reste infortuné des princes de la maison de Bourbon et à ceux qui leur sont restés fidèles, c'est à S. M. Impériale de toutes les Russies qu'il appartient surtout de leur sauver la nouvelle persécution dont ils sont menacés. Il est à présumer que des représentations un peu énergiques à Berlin et une déclaration positive de la protection, que la cour de Pétersbourg, à la prière du comte de Lille, veut bien accorder aux ordres de l'ancien régime en France, retiendraient la Prusse et l'engageraient à combiner avec nous une réponse uniforme pour décliner les demandes des républicains.

Rien n'est plus désolant que notre position actuelle: abandonnés de nos alliés et ne pouvant mettre jusqu'ici la moindre confiance dans les sentiments de la Prusse, nous sommes reduits à user des plus grands ménagements

envers la France, de crainte que la cour de Berlin, en conséquence de la marche qu'elle a constamment suivie depuis sa paix de Bâle, ne profite de nos contestations avec la république, et que le comte de Haugwitz ne parvienne peut-être à égarer son jeune maître jusqu'au point de se réunir dans ce moment critique entièrement à la France pour écraser l'Autriche.

Il est temps en conséquence plus que jamais de travailler à l'établissement d'un concert entre les cours de Vienne et de Berlin, mais que l'intervention de la Russie dans les négociations, en assurant l'exécution de ce qu'y aura été stipulé, peut seule rendre possible et solide. Nous ne pouvons donc pas trop insister sur le plus prompt envoi des instructions à Berlin, supposé que cela ne fût pas déjà fait; l'on va préparer ici sans délai celles dont sera muni le prince de Reuss, qui seront rédigées d'après les sentiments connus de la modération de S. M., et que j'aurai soin de vous communiquer à son temps.

Il n'y a plus un seul instant à perdre; sans un accord sincère entre les différentes puissances pour la conservation de leurs gouvernements respectifs toute l'Europe périt, et la Russie seule peut moyenner et consolider un semblable accord: chaque jour étend les ravages d'un bouleversement général, l'on regarde une révolution en Espagne comme très prochaine et immanquable; le roi der Sardaigne sera obligé de descendre de son trône au premier ordre d'un général français; la cour de Naples se croit elle-même très près de sa ruine complète, et l'on fait actuellement un embarquement considérable de troupes à Gènes, qu'on suppose destiné à l'attaque de la Sicile.

La chute progressive de tant de gouvernements agite les peuples et affaiblit leur respect pour leurs souverains, qu'ils regardent comme devant être hors d'état de les

protéger désormais d'une manière efficace, et il n'est que trop vrai qu'à mesure que la masse énorme de la démocratie augmente, les moyens de résistance qui peuvent rester encore aux gouvernements monarchiques diminuent de jour en jour.

D'un autre côté le directoire de Paris poursuit avec un acharnement inouï la consommation de ses projets destructifs de toute l'Europe. L'ambassade française à Vienne est déjà devenue l'entrepôt d'une correspondance très active entre les sujets mécontents des trois cours en Pologne, et leurs dignes confrères, demeurant à Paris et à l'armée de Dombrowsky en Italie: Bernadotte et les personnes attachées à sa mission, comptent hautement sur des explosions prochaines dans tous les coins de l'Europe; l'art et les manoeuvres secrètes qu'on emploie à séduire et à corrompre l'esprit de la multitude sont si multipliées que, si l'on diffère d'y apporter d'un commun accord les plus prompts remèdes, bientôt une catastrophe déplorable enveloppera indubitablement tous les trônes.

J'ai l'honneur d'être etc.

XXXVI.

TALLEYRAND AN THUGUT

Paris, ce 6 floréal (25 avril), an 6 de la république française une et indivisible.

Monsieur! Avant que votre lettre du 15 avril m'eût été remise par Mr. le commandeur de Ruffo, je connaissais déjà toutes les circonstances de l'événement, qui avait eu lieu à Vienne dans la journée du 24 germinal, et qui avait mis le citoyen Bernadotte dans la nécessité de quitter cette ville.

Je ne puis vous rendre tout ce qu'a éprouvé le directoire exécutif, en apprenant que dans le centre de la monarchie autrichienne, sous les yeux même de S. M.

Impériale, un attroupement séditieux avait pu se former autour de la résidence de l'ambassadeur de la république et se porter à des excès, qui pendant plus de cinq heures n'ont point été réprimés.

S'il a été impossible au directoire exécutif de ne pas reconnaître dans cet attentat l'effet des intrigues, de la constante animosité, peut-être de la plus atroce combinaison des cours qui sont encore ennemies de la France, il lui est excessivement douloureux de n'avoir pas reçu, en même temps que la nouvelle d'une telle violation du droit des gens, celle de son châtiment mémorable, de sa complète réparation; et il ne faut pas moins que les assurances, transmises au citoyen Bernadotte de la part de l'Empereur, et la confiance que met le directoire dans la parole de ce prince, pour que malgré cet inconcevable événement son opinion ne soit pas changée sur les intentions de S. M. Impériale.

Il se refuse à croire qu'elle ait eu le moindre pressentiment du délit qui était tramé sous ses yeux. Il est convaincu de la sincère douleur qu'elle en aura ressentie, et loin de concevoir l'idée qu'elle ait été un instant ébranlée par les suggestions perfides, qui l'excitaient à rallumer sur le continent le fléau de la guerre, il reçoit avec confiance les paroles de conciliation portées au nom de l'Empereur comme un gage certain de la disposition, où est S. M. Impériale, de donner à la république française la satisfaction qui lui est due. Il ne doute point qu'elle n'appelle toute la sévérité des loix contre les hommes coupables qui ont outragé, dans la personne de l'ambassadeur français, la république elle-même, et surtout les instigateurs visibles ou secrets d'un tumulte qui, s'il avait rempli leur criminelle espérance, aurait désuni sans retour les deux gouvernements par un de ces attentats qu'aucune satisfaction n'eût pu réparer.

Le directoire reçoit comme un nouveau motif de confiance la nouvelle que vous me donnez, monsieur, du prochain départ de Mr. de Degelmann et de sa mission en France; il ne doute point qu'il ne soit chargé d'apporter la preuve des démarches qui auront été faites pour connaître et punir les auteurs de l'attentat du 24 germinal. S. M. Impériale peut être assurée que son ministre jouira en France de tous les droits, de toute l'inviolabilité qui appartiennent aux agents reconnus des puissances amies, et que, si par une des suppositions, auxquelles il n'est pas permis de croire, son caractère et sa sécurité étaient un instant menacés, l'un et l'autre seraient promptement garantis et vengés par les moyens qui ne cessent point d'être à la disposition du gouvernement.

Empressé de répondre aux sentimens, dont il suppose S. M. Impériale constamment animée, et de dissiper sans aucun délai les germes de discorde et de haine, qu'un pareil événement pourrait faire naître entre les deux États, le directoire a chargé le citoyen Bonaparte de se rendre sur le champ à Rastadt, à l'effet de s'y entendre avec le ministre que S. M. Impériale aura investi de sa confiance et de terminer toutes les difficultés qui auraient pu survenir entre la république française et la maison d'Autriche.

Je pense Mr., que S. M. Impériale trouvera dans cette détermination du directoire, ainsi que dans le choix de son négociateur, l'intention bien évidente d'arrêter dès son principe une mésintelligence, dont les effets terribles pour l'humanité, terribles pour les deux nations, ne seraient un triomphe que pour les ennemis communs qui les auraient provoqués et qui auraient réussi à détruire, presqu'au moment de la conclusion, l'heureux traité de Campo Formio.

Mais s'il arrivait (ce qui est impossible à croire) que les dispositions conciliatrices de la puissance qui a

été outragée ne fussent que froidement accueillies par celle chez qui s'est commis l'outrage, s'il devenait manifeste que votre gouvernement eût conçu l'idée de recommencer la guerre, l'affreuse initiative des nouvelles hostilités et leurs cruelles conséquences retomberaient toutes entières sur le cabinet qui paraîtrait aux yeux des nations avoir approuvé l'attentat qu'il n'aurait ni prévenu, ni puni.

Recevez, Mr., l'assurance de ma haute considération

Talleyrand.

XXXVII.

COBENZL AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 27 avril 1798.

S. M. m'ayant ordonné de faire une course à Vienne, afin de pouvoir rendre compte verbalement à son ministre des affaires étrangères de tout ce que je pouvais encore avoir à ajouter à mes rapports et prendre ses ordres en conséquence, je me trouve de nouveau à même, pour soulager Mr. le baron de Thugut dans ses nombreuses et importantes occupations, de vous transmettre ce dont il me charge pour vous.

Notre chef commun vous a déjà fait connaître par sa lettre du 15 avril la joie qu'avait éprouvée S. M. à la réception de la lettre de S. M. Impériale de toutes les Russies, ainsi que sa satisfaction particulière des marques continuelles de votre zèle pour son service; il ne me reste qu'à vous témoigner la part bien sincère que je prends à la manière dont vous méritez un suffrage aussi flatteur.

J'ai l'honneur de vous envoyer ci-joint en original et en copie la lettre de notre auguste maître à S. M. Impériale de toutes les Russies. En la remettant à la manière accoutumée à Mr. le prince de Besborodko, vous voudrez

bien l'accompagner des observations qui doivent naître de son contenu. S. M. prouve de la manière la plus évidente qu'elle ne met aucune borne ni à sa modération, lorsqu'il s'agit de sauver ses coétats et la constitution de l'Empire germanique, ni à la confiance la plus illimitée dans la justice et l'amitié de S. M. Impériale de toutes les Russies.

Accoutumés, comme nous le sommes, à n'avoir aucun secret pour cet auguste souverain, je suis chargé, Mr. le comte, de vous faire parvenir la copie ci-jointe de l'instruction qui va être envoyée à Mr. le prince de Reuss, afin que vous puissiez faire part de son contenu au ministère de S. M. Impériale; conformément à la lettre que S. M. adresse à son intime allié, cette instruction porte sur les deux bases, adoptées par notre auguste maître, et qui sans doute doivent trancher toute difficulté sur notre rapprochement avec la Prusse. De préférence à tout S. M. désirerait que le roi, satisfait d'avoir acquis par les deux derniers traités de partage plus qu'il n'est revenu à l'Autriche en Pologne qu'en Italie, voulût bien ne pas insister sur un dédommagement de ses possessions transrhénanes que d'ailleurs il n'aurait dépendu que de lui de conserver. Quoiqu'il n'y ait aucune sorte de comparaison entre la valeur de ces possessions et celles des Pays-Bas et de la Lombardie que nous perdons gratuitement, S. M. n'hésite pas de lui donner l'exemple de la plus grande modération, en déclarant que dans le cas, où le roi renoncerait à tout dédommagement pour lui et pour le prince d'Orange, elle ne demanderait aucune extension de ses frontières du côté de l'Allemagne. De tous les résultats de la négociation c'est celui qui serait le plus agréable à notre auguste maître. Il conjure S. M. Impériale de toutes les Russies, d'employer toute sa puissante influence pour y déterminer la cour de Berlin, et il lui

aura autant d'obligation que si elle lui procurait l'acquisition la plus importante: tant il prend d'intérêt au maintien de la constitution germanique et à diminuer les malheurs de ses coétats.

Mais si le roi de Prusse insiste irrévocablement sur des dédommagements, — si par là il oblige l'Autriche d'y insister également pour elle, alors S. M. consentirait que l'évêché de Hildesheim, beaucoup plus considérable en revenu et en population que les possessions transrhénanes de la Prusse et ayant de plus l'avantage de la contiguïté avec ses États, — que cet évêché, dis-je, soit sécularisé et réuni à la monarchie prussienne, que l'évêché de Paderborn, après la mort de l'évêque actuel, serve de dédommagement au prince d'Orange. Dès lors le duc de Modène et Mde. l'archiduchesse Beatrix, ayant des droits bien autrement fondés que ceux du Statthouder, d'être dédommagés en Empire pour la perte de leurs États en Italie, devraient acquérir l'archevêché de Salzbourg, y compris la prévauté de Berchtholdsgaden que le traité de Campo Formio assurait à l'Autriche, — et S. M. ne demanderait pour elle en retour du Frickthal, qu'elle sera probablement dans le cas de céder à la France, et du comté de Falkenstein, qui est compris dans la cession de la rive gauche du Rhin, que l'évêché de Passau avec un très petit arrondissement dans le Haut Palatinat et ce qui reste encore de la Bavière jusqu'à l'Inn, en offrant même de dédommager l'électeur palatin par la possession du Brisgau et d'une partie de ses possessions en Souabe: en sorte qu'au fond elle ne ferait même aucune acquisition, mais se contenterait d'un simple échange qui lui procurerait une frontière plus naturelle d'un côté, trop éloigné de la Prusse pour lui causer le moindre ombrage, et qui doit même lui convenir, si elle est sérieusement intentionnée d'unir ses moyens aux nôtres pour se préserver du danger

commun; elle ne pourrait montrer de la jalousie à cet égard, sans afficher une malveillance qui ne permettrait plus compter sur ses secours pour la défense de la cause commune.

Quant aux évêchés de Trente et de Brixen, ils sont tellement enclavés dans les possessions de S. M. et contribuent à toutes les charges de l'État, qu'on ne peut les considérer comme une acquisition pour la monarchie autrichienne.

Il n'est pas douteux qu'aucun État de l'Empire n'a autant de droit que l'Autriche à des dédommagements des efforts qu'elle a faits pour la défense de ses coétats et des pertes énormes qui en ont résulté pour elle. En dernier résultat S. M. est résolue de s'en remettre entièrement, de ce qui doit former son dédommagement en Allemagne, à la décision et à l'arbitrage de S. M. Impériale de toutes les Russies. Elle ne peut pas sans doute donner une preuve plus convaincante de sa confiance illimitée dans l'amitié, la sagesse et l'équité de son intime allié.

Ce serait bien à tort que la cour de Berlin voudrait faire valoir contre l'arrangement indiqué ci-dessus son principe favori, de porter sur les seuls ecclésiastiques la totalité des pertes de l'Empire, en en préservant tous les princes séculiers. Outre qu'il est de toute justice que la répartition soit égale à cet égard, que l'Autriche en donne le premier exemple au moyen des sacrifices douloureux, auxquels elle se soumet gratuitement, ce que l'on propose n'est pas même une perte pour l'électeur palatin: tout se borne à un simple échange, puisque ce prince sera amplement dédommagé au moyen des possessions de S. M. en Souabe.

Quant aux arrangements à prendre pour les dédommagements des autres États, je me réfère au contenu des instructions destinées à Mr. le prince de Reuss.

S. M. l'empereur de toutes les Russies trouvera sans doute tout ce que nous proposons entièrement analogue aux principes qui sont communs aux deux cours Impériales: ceux du maintien de la constitution dans tout ce qui reste à l'Empire et d'opérer dans l'état actuel des possessions le moins de changement possible.

Il s'entend de soi-même que la base fondamentale d'un rapprochement avec la cour de Berlin doit être l'engagement le plus formel, de ne jamais permettre à la république française d'occuper un point quelconque de la rive droite du Rhin et de s'opposer à tout prix aux prétentions qu'elle voudrait former à cet égard; la conservation de l'Allemagne en dépend. Il est d'autant plus important de se procurer là-dessus toutes les sûretés nécessaires, qu'outre la conduite des Français relativement à la forteresse d'Ehrenbreitstein leurs plénipotentiaires à Rastadt ont déjà mis en avant vis-à-vis de nous le paradoxe inouï, que la totalité de la rive gauche du Rhin ne formait pas même une acquisition pour la France, puisqu'elle en était déjà en possession, et que l'article sept des stipulations secrètes de Campo Formio ne pouvait concerner que les prétentions ultérieures dont on voudrait convenir entre les deux puissances. Ces mêmes plénipotentiaires n'ont laissé échapper aucune occasion de nous exhorter successivement, nous et les ministres de Prusse, d'effectuer que nos cours respectives se mettent le plus tôt possible en possession de ce qui pouvait être de leur convenance, apparemment dans la vue d'en faire autant de leur côté sur la rive droite du Rhin et d'accélérer ainsi l'entière dissolution de l'Empire, — objet qu'ils ont essentiellement à coeur.

Je dois encore observer, Mr. le comte, relativement au duc de Wurttemberg, que l'empereur est très éloigné de vouloir manquer à ce qu'il a promis à son égard.

S. M. Impériale est au contraire toujours disposée à satisfaire pleinement au contenu de la lettre, que Mr. le baron de Thugut a adressée à Mr. le prince de Besborodko en date du 7 novembre 1797; mais il ne serait pas juste que les avantages, auxquels S. M. Impériale consent en faveur du duc son beau-frère par considération pour la cour de Russie, puissent être étendus aux autres états de l'Empire, et après avoir tout sacrifié à leur défense et après la modération, dont S. M. donne aujourd'hui des preuves si éclatantes, le moins qu'on puisse attendre de leur reconnaissance c'est de ne pas demander le paiement des livraisons, que de son côté le roi de Prusse a toujours exigé sans sortir de son inaction. Ce n'est donc qu'après que la paix aura définitivement réglé tout ce qui les concerne, et que les prétentions pécuniaires du duc de Wurttemberg auront été vérifiées et soumises à l'arbitrage de S. M. Impériale de toutes les Russies, qu'elles pourront être acquittées.

Quant à la dignité électorale, S. M. prie son intime allié de considérer, qu'en en faisant mention dans ce moment-ci on fournirait à la France et à la Prusse l'occasion d'y insister également pour ceux, auxquels elles voudraient la procurer; que cette dignité accordée à tant de différents princes, vu ce qu'il faudrait y ajouter encore pour rendre parmi les nouveaux promus le nombre des catholiques égal à celui des protestants, en altérant la constitution, ne serait plus même une élévation pour la maison de Wurttemberg, et qu'il est par conséquent de son intérêt comme de celui des deux cours Impériales, de remettre les arrangements à prendre à cet égard à l'époque, où le duc pourra être seul à en jouir.

Tels sont, Mr. le comte, les différents points dont Mr. le baron de Thugut désire que vous fassiez l'objet de vos conférences avec le ministère de S. M. Impériale

de toutes les Russies. Le zèle et l'habilité, avec lesquels vous avez exécuté jusqu'ici tout ce dont vous avez été chargé, est garant d'avance que vous en tirerez le meilleur parti possible pour le service de notre auguste maître.

J'ai l'honneur d'être etc.

XXXVIII.

FRANZ II. AN PAUL I.

(Entwurf von Cobenzl.) Vienne, ce 27 avril 1798.

Mr. mon frère! Il me serait difficile d'exprimer à V. M. Impériale la satisfaction que m'a fait éprouver la lettre qu'elle a bien voulu m'adresser le 16/27 mars. J'y ai trouvé avec autant de sensibilité que de reconnaissance l'allié fidèle et loyal, auquel de tout temps j'avais voué l'amitié la plus vive et la confiance la plus illimitée, — le monarque vertueux et éclairé qui partage mes sentiments sur les dangers qui menacent l'Europe et sur les progrès inouïs des désorganisateurs de tout ordre social et de tout ce qui a jamais pu servir de frein au crime.

Je n'hésite pas un instant de confier à l'amitié et à la sagesse de V. M. Impériale mon ultimatum.

Il n'échappera pas sans doute à ses lumières que, si un État quelconque de l'Empire a droit à des dédommagements, c'est de préférence à tous l'Autriche qui a entrepris cette guerre pour la défense de l'Allemagne et qui l'a soutenue jusqu'à la dernière extrémité malgré l'abandon presque général de ses coétats.

En comparant mes possessions actuelles avec celles de la monarchie prussienne, il est constant que la totalité de l'acquisition que je viens de faire en Italie, jointe à celle qui a résulté pour moi du partage total de la Pologne, équivaut à peine à ce qui a été assuré à la cour de Berlin par les deux derniers traités de partage,

J'ai dû renoncer en même temps à la possession des Pays-Bas et de la Lombardie, tandis que le roi de Prusse ne perd que ses provinces transrhénanes, qui sont d'une bien mince valeur et dont il lui aurait été aisé d'obtenir la restitution, si ses ministres n'avaient pas travaillé eux-mêmes à en détourner les Français.

V. M. Impériale connaît aussi les stipulations secrètes du traité de Campo Formio et les moyens qui m'y sont assurés d'étendre mes limites actuelles du côté de l'Allemagne. Malgré l'énorme différence entre ce que j'ai perdu et ce que la Prusse a acquis, malgré la convenance pour ma monarchie de ce qui m'était destiné et dont les Français me pressent continuellement de me mettre en possession, je n'hésite pas de déclarer à V. M. Impériale que, si pour sauver l'Empire le roi de Prusse veut faire le léger sacrifice de ses provinces transrhénanes, sans exiger de dédommagement ni pour lui ni pour le prince d'Orange, je suis prêt également de mon côté à renoncer à toute acquisition quelconque aux dépens de mes coétats.

Si, au contraire, un pareil exemple de désintéressement et les exhortations les plus pressantes de V. M. Impériale ne peuvent pas déterminer la cour de Berlin à m'imiter, et qu'en continuant à demander des dédommagements pour elle ou pour le prince d'Orange elle m'oblige à insister également pour moi, mon ultimatum sur ceux que j'aurai à réclamer se reduit à un seul mot: „c'est V. M. Impériale que j'en rends l'arbitre et qui en décidera définitivement.“ Je m'en remets entièrement à ce qui lui sera dicté par son équité et sa sagesse, et je souscris d'avance à ce qu'elle jugera convenable à cet égard.

Tel est le résultat des instructions que je vais envoyer incessamment à mon ministre à Berlin le prince de Reuss, pour ouvrir la négociation aussitôt que celui de

V. M. y sera autorisé. Je me livre avec confiance à l'espoir que donnent les dispositions favorables, dans lesquelles paraît être personnellement le nouveau monarque prussien, et je me flatte que, soutenu dans les bons principes par les exhortations de V. M. et la déférence qu'il lui doit, elles prévaudront sans doute sur la malveillance de ceux qui cherchent à embrouiller les affaires.

La prévoyance éclairée de V. M. Impériale lui a fait concevoir à la suite de ce rapprochement le projet d'un traité défensif entre les trois cours, auquel les rois d'Angleterre et de Danemarc seraient invités d'accéder. Je suis prêt à adopter un système aussi salutaire au soutien des gouvernements monarchiques et à concourir de tout mon pouvoir de concert avec V. M. Impériale à en accélérer l'exécution. Rien n'est plus analogue à mes désirs et à mes principes que ce qui peut resserrer de plus en plus les liens étroits qui m'unissent à elle et lui donner des preuves de ma vive et sincère amitié.

Qu'elle veuille en être bien persuadée, ainsi que de la haute considération, avec laquelle je suis etc.

XXXIX.

COBENZL AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 27 avril 1798.

Dans l'urgence des dangers qui menacent l'Empire germanique et la nécessité de ne pas perdre un moment pour arrêter la marche destructive qu'ont adoptée les Français, nous avons cru devoir proposer à la cour de Berlin de procéder sans délai aux mesures communes, qui pouvaient changer la face des affaires à Rastadt et leur donner une tournure à sauver au moins la constitution de la rive droite du Rhin. Il nous a paru que de petits intérêts, tels que l'acquisition de quelques pouces de terrain en Empire, ne devaient pas entrer en com-

paraison avec les objets dont dépendent peut-être la sûreté, l'existence ultérieure des deux monarchies, et par elles du reste de l'Europe, et qu'outre les preuves de modération que donnait S. M., dès qu'on était convenu des deux parts de se soumettre à l'arbitrage de l'Empereur de toutes les Russies sur ce qui devait faire l'objet des dédommagements de l'Autriche, il ne pouvait plus exister de sujet de méfiance. En effet si l'on rend à Paul Ier la justice qui est dûe à son équité, à son impartialité, à l'étendue de ses lumières, comment craindre que dans une occasion aussi importante cet auguste souverain pourrait démentir ces éminentes qualités dont en toute occasion il a donné les preuves les plus convaincantes? et n'est-ce pas l'outrager que de supposer que sa décision ne serait pas conforme à la plus stricte justice? Nous déclarons que nous ne voulons pour notre dédommagement que ce que S. M. Impériale de toutes les Russies déterminera. Les Prussiens redoutent encore que nous ayons trop. Ils se défient donc de l'arbitre qu'ils semblent n'avoir reconnu qu'à leur corps défendant, ce que n'annoncent que trop le chagrin et l'humeur que m'a témoignés le comte de Goerz à Rastadt, lorsqu'il a été instruit de la détermination de S. M. de recourir à la Russie.

Toutes nos instances ont été inutiles; le roi de Prusse, oū plutôt le comte de Haugwitz, s'obstine à ne pas faire un pas, sans être sûr de ce qu'il aura en Allemagne et de ce que nous devons y acquérir: c'est ce qu'il vient encore de signifier à Mr. le comte de Keller de la manière la plus positive, et c'est ainsi qu'il sacrifie à son avidité et à la défiance la plus déplacée les moments précieux, pendant lesquels le mal empire presque d'heure en heure.

Nous aurions des motifs bien plus fondés de nous défier de l'avidité de la cour de Berlin dont elle donne

sans cesse de nouvelles preuves. L'aperçu soumis à l'approbation des deux cours a été rédigé sur les idées des ministres de Prusse eux-mêmes et particulièrement du baron de Jacobi, quant à ce qui concerne les acquisitions respectives. Ce non obstant dans les observations qui ont été envoyées en réponse à Berlin, ils ont encore ajouté considérablement à leurs prétentions. Outre l'évêché de Hildesheim le comte Haugwitz demandait encore l'acquisition de la ville de Nuremberg et la légalisation des empiètements injustes que la Prusse s'est permis en Franconie, qui ne comprennent pas moins qu'une grande partie de l'évêché d'Eichstädt et des possessions de l'ordre Teutonique et quelque chose des évêchés de Bamberg et de Wurzbourg, ce qui rendrait l'état de force de la cour de Berlin dans une contrée si voisine du centre de la monarchie autrichienne de la plus dangereuse conséquence pour nous. Le cabinet de Potsdam qui s'oppose si fortement à toute acquisition pour nous aux dépens d'un État héréditaire dans une partie qui ne peut lui causer aucun juste sujet d'ombrage, veut donc accaparer pour lui-même une ville libre impériale et porter par là une atteinte formelle à la constitution.

Le comte de Haugwitz propose d'assigner au prince d'Orange pour son dédommagement tout ce qui reste à la rive droite de l'électorat de Trèves, ce qui est très considérable, et non content de cela il demande que les évêchés de Wurzbourg et de Bamberg paient en outre ce qui peut se trouver de dettes sur ces pays. Il serait de la dernière barbarie d'enlever à l'électeur ce qui a échappé à la rapacité française et d'achever de dépouiller un prince, qui par son zèle patriotique et sa fidélité à remplir ses devoirs s'est rendu digne de la protection particulière non seulement de notre auguste maître, mais encore de l'empereur de Russie. S. M. Impériale a toujours

exhorté les princes de l'Empire à persister dans ces sentiments. L'électeur tient si fort à conserver ce qui est encore possible de ses anciens sujets, que sur les bruits qui ont couru des desseins de la Prusse il a envoyé ici son ministre le baron Duminique, pour faire les représentations les plus instantes à S. M. et lui témoigner, qu'aucun dédommagement ne pourrait le consoler de cette perte.

Je dois aux trois ministres de Prusse qui sont à Rastadt la justice d'avouer, qu'ils se sont montrés eux-mêmes honteux de l'insatiable avidité du comte Haugwitz, et qu'ils ont été les premiers à me suggérer de rejeter la plus grande partie de ses nouvelles propositions. Vous jugerez aisément, Mr. le comte, combien peu elles seraient admissibles, — vérité qui ne peut pas échapper à la sagacité de S. M. Impériale de toutes les Russies. Mr. le baron de Thugut croit que vous devez en prévenir le ministère de cet auguste souverain pour le cas où l'on voudrait y revenir à Berlin.

J'ai l'honneur d'être etc.

XL.

COBENZL AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 27 avril 1798.

S. M. a vu avec beaucoup de satisfaction par vos derniers rapports, que S. M. Impériale de toutes les Russies prenait au sort des princes d'Italie et particulièrement du saint père et du roi de Naples, le vif intérêt que doivent inspirer les malheurs qu'ils ont éprouvés ou dont ils sont encore menacés. Les nombreux inconvénients qui en résultent pour l'intérêt général ne peuvent pas échapper aux lumières d'un souverain aussi éclairé. Notre auguste maître partage bien sincèrement ses sen-

timents à cet égard, et il n'a pas tenu à lui de prévenir tout ce qui est arrivé ou d'y apporter du remède.

Vous avez très bien observé, Mr. le comte, au ministère de S. M. Impériale de toutes les Russies que, plus nous serions soutenus du côté de l'Allemagne, plus nous aurions de moyens pour rétablir les affaires en Italie. S. M. est entièrement décidée à faire tous les efforts qui peuvent être en son pouvoir, et elle n'en a été retenue jusqu'ici que par une impossibilité absolue.

Nous recevons dans ce moment-ci la nouvelle, que les Français se renforcent considérablement sur les frontières du royaume de Naples, que tous leurs préparatifs annoncent une invasion très prochaine, qu'ils ont envoyé le général Desaix, un de leurs meilleurs officiers, et qu'en ajoutant à ces moyens ceux que leur offrent encore leurs armements à Gênes et à Toulon, on peut s'attendre à une explosion très prochaine de ce côté-là. Avec de tels moyens toutes les possessions du roi des deux Siciles doivent dans très peu de temps subir la loi destructive du vainqueur.

Si Naples succombe, le grand-duc de Toscane ne peut pas tarder à éprouver le même sort: ces deux États révolutionnés, il en résultera cinq millions de démocrates de plus; Rome et la Suisse, dont la tranquillité a été troublée depuis la paix, en contiennent quatre millions. Voilà donc 9 millions d'hommes subjugués par les Français dont ils disposent arbitrairement; voilà l'équilibre en Italie entièrement renversé au détriment de S. M. et de la bonne cause! Quel fond immense de ressources, de richesses, de moyens pour un gouvernement qui ne connaît que la rapine, qui cherche entretenir le plus de forces possible hors de son sein, et qui ne redoute que la rentrée de ses troupes dans ses foyers! Comment se flatter de résister à une telle masse, si on lui laisse le temps de se consolider? Et ne doit-on pas prévoir la

chute de tous les trônes, pour peu qu'ils tardent encore à se réunir et à agir avec la plus grande énergie?

Si Naples et la Sicile sont entre les mains des Français, ils peuvent disposer des Turcs et dès lors les faire agir à volonté contre l'Autriche et la Russie. S. M. ne peut voir avec indifférence le sort qui menace le roi de Naples et le grand-duc de Toscane. Elle est résolue de les secourir efficacement. Pouvant ainsi prévoir une nouvelle guerre très prochaine en Italie, il serait bien à désirer, que l'on pût en même temps conclure la paix, ou au moins une trêve de longue durée entre l'Empire et la France, afin qu'ayant les mains libres de ce côté l'Autriche puisse porter la grande masse de ses forces en Italie et s'y opposer efficacement aux entreprises inouïes de la France. Cette paix de l'Empire ou du moins cette longue trêve ne serait pas impossible, si l'on pouvait espérer du cabinet prussien, qu'il y travaillât avec énergie et menaçât les Français de prendre part à la guerre en cas de refus de leur part. Si le roi est sérieusement intentionné de sauver l'Empire, il ne doit pas hésiter de prendre ce parti. L'électorat d'Hannovre, resté en paix avec la France malgré la guerre acharnée que soutient le roi d'Angleterre, peut servir d'exemple à cet égard; mais pour déterminer la cour de Berlin au langage et aux démonstrations qui pourraient seuls amener cet ordre de choses, il faut de toute nécessité, que S. M. Impériale de toutes les Russies veuille bien employer le poids de sa puissante influence auprès du roi de Prusse et mettre en usage les moyens les plus efficaces pour le déterminer.

Voilà, Mr. le comte, ce que S. M. vous charge de représenter au ministère de son intime allié et d'appuyer avec tout le zèle dont vous êtes capable et qu'exige l'importance de l'objet.

Mais si la république française s'y refuse obstinément, si les efforts réunis des trois cours ne peuvent pas préserver l'Empire d'une nouvelle guerre, alors notre auguste maître serait dans la nécessité de réclamer les secours efficaces de ses deux alliés. Malgré toutes les pertes qu'il a éprouvées, malgré l'épuisement de ses finances, il veut bien reprendre les armes pour le salut général; mais de deux choses l'une: il faut, qu'on lui procure une sûreté complète du côté de l'Allemagne, pour qu'il puisse porter la grande masse de ses forces en Italie, — ou il faut qu'en se joignant à lui on le mette dans la possibilité de soutenir une lutte qui deviendrait trop inégale, s'il était abandonné par les puissances qui ont un intérêt tout aussi majeur au salut général.

S. M. aurait beaucoup désiré que le pape ne se fût pas obstiné à attendre à Rome l'arrivée des Français; elle était toujours disposée et le serait encore à lui donner un asyle dans ses États, où Sa Sainteté aurait été traitée avec les égards dûs à son éminente dignité; mais malheureusement l'avis contraire a prévalu auprès du saint père. Après tout ce qu'il a éprouvé il n'est que trop à craindre, qu'il succombe bientôt sous le poids de ses malheurs et de son âge avancé. Dans ce cas il deviendrait indispensable pour le maintien de la religion de procéder en lieu sûr à lui élire un successeur, et S. M. s'occuperait sans délai à rassembler des cardinaux et à les mettre à même de former le conclave; mais il serait toujours à craindre que les Français, en faisant élire un nouvel évêque de Rome ou en obligeant l'Espagne à procéder à l'élection d'un sujet qu'ils auraient indiqué, n'occasionnent un schisme, comme un moyen de plus de détruire la religion.

J'ai l'honneur d'être etc.

XLI.

COBENZL AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 27 avril 1798.

Il n'est malheureusement que trop à prévoir d'après le contenu de vos rapports que, quelque soit la tournure que prendront les affaires, on ne pourra jamais espérer de l'empereur de Russie un secours efficace et qu'il fasse marcher un corps de ses troupes contre les Français; il y a même peu de probabilité que le nouveau roi de Prusse, malgré qu'il soit dans des dispositions moins fâcheuses que son prédécesseur, en vienne jusqu'à prendre part à la guerre. En conséquence, dès que vous verrez, Mr. le comte, des difficultés insurmontables à obtenir un corps de troupes russes, S. M. désire que vous vous occupiez sans délai à déterminer au moins le cabinet de Pétersbourg à faire tous les efforts possibles pour entraîner celui de Berlin dans des mesures actives, et si même ce dernier projet ne pouvait pas réussir, qu'au moins la Russie, par l'énergie de son langage et par de sérieuses démonstrations sur les frontières, nous assure une neutralité parfaite de la part de la Prusse. Mais il est essentiel, qu'elle ne soit pas seulement apparente et partielle en faveur des Français, comme elle l'a été jusqu'ici; il faut, pour que nous puissions rentrer dans l'arène avec quelque espoir de succès, que nous ayons une sûreté complète à cet égard. L'éloignement de Pétersbourg et l'urgence des circonstances, qui d'un moment à l'autre peuvent nous mettre dans le cas de prendre un parti sérieux, ont déterminé S. M. de confier à votre zèle et à votre prudence éprouvée cette direction particulière et secrète, afin de régler en conséquence votre conduite et votre langage d'après le plus ou moins de probabilité de succès dont vous pourrez vous flatter.

XLII.

COBENZL AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 27 avril 1798.

En conformité des ordres réitérés que j'ai reçus de la cour je n'ai pas manqué de proposer aux plénipotentiaires français qui se trouvaient à Rastadt, de nous céder la possession des îles vénitiennes du Levant, en leur offrant, pour obtenir ce point, d'aller jusqu'au dernier terme de modération relativement à tout ce que nous assure le dernier traité; mais avec des gens, qui ne remplissent pas même ce qu'ils ont promis de la manière la plus solennelle, comment aurait-on pu se flatter d'obtenir ce qui leur a déjà été accordé, et qu'ils savent bien que nous ne sommes pas en état de leur enlever, n'ayant aucune force maritime à notre disposition! Treilhard et Bonnier ont rejeté ma proposition avec une brutalité, qui a donné lieu à la scène la plus vive, et ils m'ont déclaré qu'ils se croiraient repréhensibles aux yeux de leur gouvernement, s'ils osaient prendre sur eux de lui rendre compte d'une demande pareille, sans ajouter en même temps qu'ils y avaient répondu sur le champ par le refus le plus absolu.

De tous les sacrifices auxquels l'empire des circonstances a obligé S. M., celui des îles vénitiennes du Levant entre les mains des Français a été le plus douloureux, et les conséquences funestes qui en résultent ne lui ont nullement échappé. Si la guerre recommence, cet objet doit fixer l'attention toute particulière de tous ceux qui peuvent contribuer à son succès. En envoyant une escadre dans la Méditerranée et en se concertant avec nous, l'Angleterre pourrait aisément reprendre ces îles sur les Français, qui n'y ont point de moyens de défense bien considérables. Nous nous flattons que dans ce cas

S. M. Impériale de toutes les Russies voudra bien contribuer par ses démarches à Londres, à engager le cabinet britannique à s'occuper essentiellement des mesures à prendre pour cet objet.

J'ai l'honneur d'être etc.

XLIII.

COBENZL AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 27 avril 1798.

Nous ne pouvons pas encore avoir des nouvelles de la sensation qu'aura produite tant à Rastadt qu'à Paris l'incartade de Bernadotte, dont les dépêches du 14 vous ont informé. Nous devons nous préparer à tout. Si sa conduite avait pour objet de nous chercher querelle, si tel était le projet du gouvernement français, et que les individus qui le dirigent trouvent leur intérêt particulier à recommencer la guerre, elle aurait toujours été inévitable, quelque chose que nous eussions pu faire; en cas contraire, se ne sera pas l'aventure de Bernadotte qui la fera naître. Nous n'avons donné à l'ambassadeur de France aucun sujet de plainte tant soit peut fondée; le gouvernement a fait tout ce qui dépendait de lui pour prévenir et arrêter les désordres provoquées par l'ambassadeur. On lui a promis toute la satisfaction qu'il pourrait exiger, s'il laissait seulement le temps de faire des recherches sur ce qui s'était passé; on a eu pour lui jusqu'au dernier moment tous les égards possibles. Après cela S. M. ne peut qu'attendre avec tranquillité, quel sera le résultat d'un événement que toute la prudence humaine n'aurait pas pu éviter.

J'ai l'honneur d'être etc.

XLIV.

COBENZL AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 27 avril 1798.

D'après ce que Mr. le comte Panin a bien voulu confier à Mr. le prince de Reuss, nous nous étions flattés, qu'il pouvait y avoir quelque changement favorable dans la façon de penser du comte Haugwitz. Le ministre de S. M. Impériale de toutes les Russies à Berlin croyait en avoir des preuves assez fondées de savoir que, pour n'en pas perdre l'habitude, le comte Haugwitz voulait à présent borner son astuce seulement à tromper les Français. Mais les nouvelles que nous venons de recevoir de Mr. le comte de Lehrbach nous ont malheureusement désabusés à cet égard, en nous apprenant ce que c'était que cette astuce envers les Français. Il consiste à les persuader, que la négociation à Berlin n'a pour objet que de nous empêcher de rien acquérir de la Bavière; que c'est pour cela que la Prusse y fait intervenir S. M. Impériale de toutes les Russies comme garant de la paix de Teschen, et qu'il ne tient qu'à la république française de prendre part à cette négociation. Au lieu d'en imposer aux Français, d'arrêter leur insatiable avidité sur l'objet que peut avoir le concert avec le roi de Prusse, ce prince ne cherche qu'à ménager les ennemis de l'ordre social, à leur persuader qu'il peut nous en imposer à nous, qu'il dispose de la Russie, et que moyennant cela il débarrassera même la France de l'engagement qu'elle a contracté envers nous par le traité de Campo Formio relativement à nos acquisitions en Allemagne. En un mot, le roi de Prusse, qui par là peut-être veut se ménager de nouveaux avantages, fait tout le contraire de ce qu'il faudrait pour arrêter la France et sauver l'Empire.

Dans la très vicieuse interprétation que la cour de Berlin donne à l'entremise de celle de Pétersbourg, outre

les engagements de S. M. Impériale envers nous relativement à la Bavière, qui à la vérité ne lui sont pas connus, le comte de Haugwitz oublie, que par la convention de Pétersbourg du 12/23 janvier 1793 le roi lui-même est engagé envers la Russie à nous procurer cette acquisition.

Que peut-on espérer du cabinet de Potsdam, lorsqu'on le sait dans de telles dispositions? Tout ira de mal en pire, si par sa prépondérance et l'énergie de ses représentations S. M. Impériale de toutes les Russies ne parvient pas à les changer très promptement. Voilà, Mr. le comte, ce que vous ne pouvez trop représenter au ministère de cet auguste souverain et ce qui n'échappera pas à sa perspicacité.

J'ai l'honneur d'être etc.

XLV.

COBENZL AN BESBORODKO.

Vienne, ce 27 avril 1798.

Mon prince! Le séjour que par ordre de S. M. j'ai dû faire à Rastadt m'a privé pendant longtemps de la satisfaction de m'entretenir avec Votre Altesse. Je manquais d'occasion sûre pour lui écrire directement, et en envoyant mes lettres par Vienne, outre que le détour qu'elles auraient fait aurait été très considérable, elle ne pouvaient contenir que ce que Mr. le comte de Dietrichstein était chargé de lui communiquer.

Je profite avec bien de l'empressement du premier moment de mon arrivée à Vienne pour reprendre avec vous, mon prince, une correspondance, à laquelle j'attache le plus grand prix. Les cinq mois que j'ai passés à Rastadt sont bien les plus cruels de toute ma vie; j'avais à faire aux gens les plus intraitables qu'il soit possible de rencontrer, et dont la brutalité, le défaut d'éducation

et les intentions les plus pernicieuses se manifestent en toute occasion.

L'empereur votre maître nous a conseillé la paix; nous avons fait les plus grands efforts, les plus grands sacrifices pour y parvenir, mais nous n'éprouvons que trop, qu'avec un gouvernement tel que celui sous lequel gémit la France tout est personnel et rien n'est solide. C'est avec Bonaparte et non avec la république française qu'on dirait que nous avons contracté, et du moment, où son retour à Rastadt est devenu douteux et son crédit chancelant, il a été impossible de déterminer les Français à exécuter celles des stipulations du traité qui ne l'étaient pas encore.

Daignez, mon prince, en croire celui, qui a vu de près ces profonds et dangereux scélérats, et qui n'a malheureusement eu depuis neuf mois que trop à faire avec eux: tout est perdu, et l'Europe entière éprouvera le sort de l'Italie et de la Suisse, si les deux cours impériales, par les mesures les mieux combinées, ne se hâtent pas d'arrêter le torrent, en faisant rentrer ces forcenés dans l'intérieur de leur antre.

Si la paix de Campo Formio avait été exécutée, si celle de Rastadt approchait de sa conclusion, je serais déjà à Pétersbourg, principalement occupé aux arrangements relatifs au voyage des archiducs et à ce qui doit s'en suivre, dont le succès tient bien fortement à coeur à mon auguste maître. Vous voyez, mon prince, que dans ce moment-ci nous sommes vis-à-vis des Français sur le qui-vive entre la paix et la guerre. Dans le cas, où il serait encore possible d'éviter une nouvelle rupture, l'intention de S. M. serait, que ses augustes frères fassent encore cet été le voyage de Pétersbourg, d'après ce que vous avez bien voulu me mander le 6/17 septembre de l'année passée de l'assentiment qu'y donnait S. M.

l'empereur de toutes les Russies. Mais comme vous sentirez vous-même, que leur présence, surtout celle de Son Altesse Royale monseigneur l'archiduc Charles, est indispensable pour le commandement des armées, ce serait au plus tard à la fin de la campagne et à l'hiver prochain, que serait remis la visite qu'ils auront le bonheur de rendre à S. M. Impériale, si la défense de l'État les empêchait de jouir plus tôt d'un avantage, dont l'empereur mon maître désire vivement d'accélérer l'époque. Je suis assez heureux, pour que mon auguste souverain me destine à reprendre mes fonctions à Pétersbourg vers le temps, où LL. AA. RR. pourront s'y rendre, et qu'il daigne me charger de tout ce qui tient au projet d'une union si chère à son coeur et si analogue aux sentiments qu'il a voués à son intime allié. D'après le contenu de ma lettre à Votre Altesse du 30 août de l'année passée et de la réponse qu'elle m'a adressée, la négociation sera bien facile, et le bonheur d'y servir d'instrument pourra seul me dédommager de tout ce que j'ai souffert à Udine et à Rastadt. En attendant le moment heureux, où je viendrai réclamer moi-même la continuation de l'amitié que j'ai toujours éprouvée de votre part, permettez-moi, mon prince, de vous réitérer ici l'assurance de la haute considération et de l'inviolable attachement, avec lesquels j'ai l'honneur d'être etc.

P. S. J'ose vous prier, mon prince, si vous en trouvez l'occasion, de porter aux pieds de S. M. Impériale de toutes les Russies l'expression de mon respectueux dévouement.

XLVI.

COBENZL AN KURAKIN.

Vienne, ce 27 avril 1798.

Mon prince! Je suis bien heureux de pouvoir enfin reprendre avec V. E. une correspondance qui m'est si

précieuse, et que mon séjour de Rastadt avait interrompue. Les communications dont a été chargé Mr. le comte de Dietrichstein vous ont mis à même d'apprécier tout ce que j'ai souffert, et combien ma position a été cruelle. Je ne vous fatiguerai pas en répétant ce que contiennent les pièces qui vont être mises sous vos yeux. Je n'y ajouterai qu'un mot qui n'est nullement exagéré: c'est que nous sommes tous perdus sans exception, si les deux cours impériales ne prennent pas de concert et dans leur sagesse les mesures les plus solides pour arrêter le torrent, plus impétueux encore depuis la paix que pendant la guerre.

Quittons pour un moment un sujet aussi odieux, pour passer à celui qui tient si vivement à coeur à notre auguste maître, celui de l'union projetée entre un de nos archiducs et madame la grande duchesse Alexandre. Je serais déjà à Pétersbourg principalement occupé de tout ce qui a rapport au voyage de LL. AA. RR., si l'on pouvait compter sur la solidité du traité de Campo Formio, et si celui de Rastadt approchait de sa conclusion. Mais les procédés inouïs des Français, leurs prétentions toujours plus alarmantes en Empire, l'envahissement de l'Italie, l'aventure de Bernadotte, — tout cela rend la durée de la paix très précaire, et jusqu'à ce qu'on sache, à quoi s'en tenir là-dessus, la présence des deux archiducs, et particulièrement de l'archiduc Charles, est indispensable pour les dispositions militaires. L'empereur mon maître n'en désire pas moins bien vivement d'accélérer le moment, où ses augustes frères pourront avoir le bonheur de faire la connaissance personnelle de son intime allié. Il propose en conséquence, que ce soit l'été que leur voyage à Pétersbourg ait lieu, dans le cas où il n'y aurait point de guerre, — et que ce voyage soit remis à la fin de la campagne, et tout au plus tard à l'hiver, si l'on ne peut éviter une nouvelle rupture. C'est à la même époque que S. M.

veut que je reprenne mes fonctions à Pétersbourg. Elle me destine à traiter en son nom de ce qui aura rapport à la formation des liens qui lui sont si chers, comme tout ce qui peut resserrer encore plus étroitement son union indissoluble avec S. M. Impériale de toutes les Russies. Jugez, mon prince, de mon bonheur de me retrouver dans un pays, auquel j'ai tant de motifs d'être attaché, et de m'y retrouver chargé d'une pareille commission.

J'y réclamerai avec bien de l'empressement la continuation de l'amitié que vous m'avez toujours témoignée, et que j'ose dire que je mérite par les sentiments de haute considération et d'inviolable attachement, avec lesquels j'ai l'honneur d'être etc.

XLVII.

THUGUT AN TALLEYRAND.

Vienne, ce 5 mai 1798.

Au citoyen Talleyrand, ministre des relations extérieures de la république française.

Citoyen ministre! La lettre que vous m'avez fait l'honneur de m'écrire le 6 floréal a été mise sous les yeux de l'empereur. S. M. y a vu avec surprise, que le directoire exécutif ait paru disposé à penser que les fâcheux événements, qui ont eu lieu à Vienne dans la nuit du 13 au 14 avril, aient été l'effet prémédité des manoeuvres de quelques malveillants ou de quelque cour ennemi de la France, pendant que tout prouve, que les désordres survenus à cette époque n'ont été que le résultat imprévu d'une effervescence populaire, occasionnée par une démarche du citoyen Bernadotte, à laquelle il était impossible de s'attendre, d'autant que cet ambassadeur n'était entré avec le gouvernement autrichien dans aucune communication préalable à ce sujet; que d'ailleurs il n'a

pu ignorer, que la démarche qu'il faisait était absolument contraire à l'usage observé dans cette capitale par tous les ambassadeurs et ministres des puissances étrangères, et que de plus même aucun ambassadeur ou ministre de la république dans les pays amis de la France, quoiqu'y résidant déjà depuis plusieurs années, ne s'était porté jusqu'ici à une semblable innovation.

Quoiqu'il en soit, l'empereur a ressenti la plus vive satisfaction de l'assurance des dispositions du directoire exécutif, à faire disparaître le plus tôt possible tous les nuages d'aigreur ou de discorde qui pourraient s'élever entre les deux puissances, et S. M. regarde le choix fait dans cette vue du citoyen Bonaparte comme un nouveau témoignage de la loyauté des sentiments du gouvernement français. Pour donner de son côté une marque non équivoque de son empressement, l'empereur vient d'ordonner à Mr. le comte de Cobenzl de se rendre sans le moindre délai à Rastadt, quoique ce ministre se trouve actuellement chargé de la direction des affaires étrangères, depuis que S. M. sur mes instances réitérées a daigné agréer ma démission de ce département.

L'empereur se livre avec plaisir à la flatteuse espérance, que des conférences et des explications amicales entre deux négociateurs, investis l'un et l'autre de l'entière confiance de leurs gouvernements, et qui ont déjà constaté à Campo Formio d'une manière si honorable leur attachement aux principes d'une sincère et solide amitié entre les deux puissances, effaceront bientôt jusqu'à la moindre trace de mésintelligence ou de méfiance, et qu'en aplanissant en général toutes les difficultés d'après les règles de la justice et d'une convenance réciproque et d'après la lettre et l'esprit des stipulations mutuellement contractées, leurs soins réunis contribueront efficacement à assurer le prompt et parfait retour de la tranquillité

sur le continent, que l'intérêt de l'humanité souffrante depuis si longtemps réclame, et dont S. M. cherche avec tant de loyauté à accélérer l'heureux instant par l'exécution la plus scrupuleuse de tous ses engagements.

Recevez, je vous prie, citoyen ministre, l'assurance de ma haute considération.

XLVIII.

COBENZL AN BONAPARTE.

Vienne, ce 5 mai 1798.

Au citoyen Bonaparte, membre de l'institut national, général en chef de l'armée d'Angleterre.

La lettre que vous m'avez adressée le 26 avril (6 floréal), m'a été remise le 2 mai*). Il m'a été d'autant plus facile de satisfaire à ce que vous désiriez de moi, citoyen général, en faisant connaître directement à l'empereur le contenu de cette lettre, que S. M. avait daigné me confier depuis peu la direction de son département des affaires étrangères.

L'empereur est tout aussi éloigné que le gouvernement français de recommencer une guerre, qui sans doute ne serait terminée que par la ruine de l'une ou l'autre des deux puissances. Il souhaite ardemment la continuation de la paix. La modération, avec laquelle il a agi en toute occasion, et sa scrupuleuse exactitude à satisfaire à toutes les stipulations du traité de Campo Formio en sont des preuves incontestables.

Pour en donner une marque bien convaincante et pour n'avoir pas à se reprocher de jamais rien négliger de ce qui pouvait servir au maintien de la tranquillité, sur la nouvelle de votre prochaine arrivée à Rastadt, S. M. m'a ordonné de m'y rendre également, quoique les fonctions de ma place actuelle m'attachassent à sa per-

*) Bonaparte's Brief: Siehe Corresp. inéd. de Nap. I. B. IV. S. 84.

sonne. Je suivrai de près le courrier qui vous apporte cette lettre.

Je crois comme vous, citoyen général, qu'il nous sera facile de concilier les intérêts de deux puissances qui n'en auront jamais aucun à chercher à se nuire, lorsqu'elles suivront les loix de la justice, d'une saine politique, et qu'elles consulteront les convenances de leurs positions respectives.

Je me félicite d'être à même de pouvoir traîter encore avec vous d'objets aussi importants pour le bien de l'humanité et vous réitérer en même temps personnellement les assurances de la haute estime et de la considération distinguée que vous m'avez inspirées.

XLIX.

THUGUT AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 7 juillet 1798.

Vous avez dû prévoir, que le contenu de la dépêche que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser le 5 mai ferait éprouver une très vive satisfaction à S. M.

Malheureusement notre joie a été bientôt sensiblement diminuée par les communications qu'a faites ici Mr. le comte Rasumowsky en vertu des ordres reçus par le même courrier. Ces communications ne se rapportaient qu'à des promesses infiniment vagues, sans articuler aucune détermination prise pour nous fournir de secours effectifs, et les réponses que Mr. le comte de Rasumowsky a faites à mes différentes questions paraissent renfermer plutôt l'insinuation de nous occuper de préférence à accélérer la conclusion de notre paix aux meilleures conditions possibles.

Mr. le chevalier Eden, à qui Mr. le chevalier Whitworth avait transmis en même temps les plus grandes espérances, a été aussi étonné et consterné que moi, de les voir si visiblement contredites par l'extrême et froide réserve du langage de Mr. le comte de Rasumowsky.

En y ajoutant la conduite du prince de Repnin à Berlin, aussi affligeante pour nous que pour les intérêts du bien général, en considérant que d'un autre côté il ne s'est pas fait aucun mouvement parmi les troupes russes dans les ci-devant provinces polonaises, qui eût pu donner le moindre indice d'un rassemblement prochain de quelque corps destiné à notre secours, nous avons dû naturellement penser, Mr. le comte, que les dispositions de la cour de Pétersbourg en notre faveur n'étaient pas encore à beaucoup près aussi décidées, que l'on aurait dû s'en flatter d'après la manière dont s'en est expliqué envers vous le ministère de Russie.

Quoiqu'il en soit, nous sentons bien, qu'à la cour, où vous résidez, il ne nous reste d'autre partie à prendre qu'à faire bon visage à mauvais jeu: des plaintes et des reproches ne feraient probablement qu'un effet désavantageux pour nous. S. M. ne peut donc, Mr. le comte, que s'en rapporter à votre zèle et à votre dextérité connue, de saisir toutes les occasions propices pour échauffer et activer ce qu'il pourrait exister à Pétersbourg de bonne volonté pour nous, en y employant les expressions les plus convenables de la confiance intime de S. M. dans les sentiments de son auguste allié, ainsi que l'assurance de la profonde reconnaissance, qu'elle conservera dans tous les temps de l'appui généreux et efficace que S. M. Impériale de toutes les Russies dans cette crise aussi importante pour l'Autriche que pour l'intérêt général de l'Europe, voudra bien lui accorder.

J'ai l'honneur d'être etc.

L.

THUGUT AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 7 juillet 1798.

En conséquence de la confiance illimitée, qu'en toute occasion nous nous empressons de prouver à notre intime

alliée, la cour impériale de Pétersbourg, S. M. m'a ordonné de vous transmettre ici les différentes pièces qui ont précédé et amené l'ouverture des conférences de Seltz. Vous y trouverez également jointes des copies axactes et littérales de toutes les notes qui jusqu'ici ont été échangées entre Mr. le comte de Cobenzl et l'exdirecteur François de Neufchâteau.

Il est sans doute superflu de vous observer, Mr. le comte, qu'en donnant communication de ces pièces aux ministres de S. M. Impériale de toutes les Russies vous serez dans le cas de leur demander le plus strict secret.

La lecture de ces divers papiers vous fera connaître Mr. le comte, que la fermeté de Mr. le comte de Cobenzl a engagé les Français à se relâcher sur une grande partie de leurs insolentes prétentions relativement à l'affaire de Bernadotte à Vienne; mais qu'ils s'obstinent à repousser nos justes réclamations contre le bouleversement de Rome et le nouvel ordre établi par la violence en Suisse depuis la paix et en contravention évidente à l'esprit du traité de Campo Formio.

Les choses en sont au point que selon toute vraisemblance nous serons incessamment dans le cas, ou de nous résigner à laisser subsister le status quo actuel en Italie et en Suisse, ou d'en venir à une nouvelle rupture avec la France.

Il est manifeste que, si l'Italie reste sur le pied, où elle est dans ce moment, toute cette vaste et belle contrée, et particulièrement dans ses parties méridionales, est totalement livrée à la domination arbitraire et illimitée des Français; en augmentant de jour en jour le nombre des partisans qu'ils ont déjà en Toscane et dans le royaume des deux Siciles, ils détruiront sans efforts ces faibles gouvernements, avant même que l'avis de cette entreprise puisse arriver à Vienne; pendant que d'un

autre côté rien ne saurait les empêcher de se rendre maîtres de toute la Turquie et d'étendre par là indéfiniment les ravages d'une désorganisation générale.

Si les Français continuent de posséder la Suisse, outre le formidable surcroît de forces que leurs armées tireront d'une nation guerrière et valeureuse, la révolution du cercle de Souabe d'abord, et de toute l'Allemagne par la suite, est inévitable; l'esprit de vertige et d'innovation qui se répand de plus en plus dans tout l'Empire, et que le gouvernement français, malgré les déclarations dérisoires de son directoire, prend tant de soin d'alimenter et de propager par les manoeuvres les plus perfides, ne peut laisser le moindre doute sur la catastrophe prochaine dont l'Allemagne est menacée, et sa ruine sera bientôt suivie du bouleversement de toute l'Europe.

Nous ne parlerons pas ici des vastes projets d'iniquité et d'horreur qu'annonce l'expédition gigantesque de Bonaparte, et dont déjà le premier résultat, selon différentes lettres d'Italie, aurait été l'envahissement de l'île de Malte, — nous ne nous étendrons pas non plus sur les effrayants progrès de la révolte en Irlande qui coutera encore des torrents de sang, supposé même que l'Angleterre parvienne à l'éteindre.

L'empereur a la plus forte répugnance à sanctionner par sa paix une situation aussi désastreuse des affaires en Europe; la confiance sans bornes que S. M. met dans la haute sagesse de son intime allié l'engage à prier S. M. Impériale de toutes les Russies de vouloir bien l'aider de ses lumières dans l'importante résolution à prendre, et de lui faire part avec amitié et franchise de son opinion éclairée sur le parti à adopter dans une conjoncture aussi difficile et désolante.

Si le sentiment de S. M. Impériale de toutes les Russies est conforme à l'avis, vers lequel penche S. M.,

celui de la nécessité d'affronter plutôt courageusement les dangers d'une nouvelle rupture que de souscrire à un état des choses, qui selon notre manière de voir devrait sous peu entraîner la destruction de tous les gouvernements légitimes, S. M. se trouvera plus que jamais dans le cas d'invoquer l'appui magnanime, l'assistance et le concours les plus efficaces de son fidèle allié, pour soutenir avec quelque succès la nouvelle lutte, à laquelle l'Autriche se trouvera exposée pour la défense de la grande cause générale.

En attendant qu'un concert ultérieur puisse avoir lieu entre les alliés sur les moyens plus étendus, par lesquels il plaira sans doute à S. M. Impériale de toutes les Russies de coopérer au salut de l'Europe, S. M. se borne à réclamer auprès de son auguste allié les secours stipulés par le traité d'alliance entre les deux Empires, qui fixent le nombre des troupes à fournir à 12 mille hommes d'infanterie et à 2 mille de cavalerie; mais comme la force de notre armée en cavalerie est d'ailleurs proportionellement supérieure à celle de notre infanterie, nous désirerions infiniment, qu'à la place de 2 mille hommes de cavalerie l'on voulût bien nous donner 4 mille hommes d'infanterie, en substituant ainsi deux fantassins à un cavalier d'après le mode d'évaluation usité. Le corps, ainsi porté à 16 mille hommes d'infanterie, sera employé à l'armée d'Allemagne, dont S. M. destine le commandement à S. A. R. l'archiduc Charles, et il sera, conformément aux traités, pourvu à son approvisionnement dès le moment qu'il entrera dans les provinces autrichiennes.

Les précieuses assurances de l'amitié de S. M. Impériale de toutes les Russies et l'union étroite et intime des intérêts respectifs des deux Empires ne permettent point à S. M. de douter du succès de ses instances,

fondées d'ailleurs sur les traités et des engagements formels, dont le religieux accomplissement n'est pas une des moindres vertus qui ornent l'âme élevée de l'empereur Paul Ier.

La facilité et la promptitude magnanimes, avec lesquelles la Russie a consenti en dernier lieu à fournir le contingent stipulé par son alliance avec l'Angleterre, nous présentent un nouveau motif de certitude pour l'accueil qu'éprouvera notre demande. Au surplus, vu la distance des lieux et l'urgence des circonstances, S. M. vous recommande, Mr. le comte, d'accélérer par les sollicitations les plus pressantes les dispositions nécessaires, pour que les troupes soient mises en marche le plus tôt possible, en m'informant en même temps de la direction qui leur sera donnée, afin que l'on puisse prendre en conséquence les arrangements requis pour leur subsistance dans les États de S. M.

J'ai l'honneur d'être etc.

LI.

THUGUT AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 7 juillet 1798.

Par ma correspondance avec Mr. le prince de Reuss, dont j'ai l'honneur de vous transmettre ci-joint les différentes pièces, vous verrez, Mr. le comte, la déplorable marche de notre négociation à Berlin et les artifices sans nombre que le cabinet de Potsdam emploie, pour contrarier l'intention bienfaisante de S. M. Impériale de toutes les Russies, de faire concourir la Prusse de manière ou d'autre au salut de l'Allemagne et au bien de la cause générale.

Nous ne sommes pas surpris que la cour de Berlin fasse usage de toutes les manoeuvres les plus astucieuses de sa politique, afin de déjouer les efforts qu'on ferait

pour la détacher de son coupable système de collusion secrète avec la France, et jamais nous n'avons cru qu'on pouvait s'attendre à autre chose des principes connus de Mr. le comte de Haugwitz; mais ce qui doit sans doute causer à S. M. le plus grand étonnement et la plus vive peine, c'est de voir Mr. le maréchal prince de Repnin disposé à justifier en quelque sorte les vues iniques du cabinet de Berlin et à les appuyer contre nous de son suffrage.

La moindre attention que le ministère éclairé de Pétersbourg voudra bien donner au projet d'acte éventuel, le convaincra bientôt, que son adoption rendrait notre situation infiniment pire qu'elle n'était avant le commencement de la négociation actuelle. L'on demande que nous commencions avant tout par des concessions, auxquelles l'on s'efforce de plus à attacher des formes entièrement incompatibles avec la gloire de l'empereur et avec ses devoirs constitutionnels, dans l'intention d'aliéner à S. M. le petit nombre de partisans fidèles que sa loyauté lui a conservé encore jusqu'ici en Allemagne: et pour prix de tant d'exigeances inadmissibles l'on ne nous offre en faveur de l'Empire et de la cause commune que des promesses vagues et évidemment illusoires.

Quoiqu'il en soit, S. M. ne démentira point l'engagement pris en invoquant la médiation de S. M. Impériale de toutes les Russies: celui de soumettre à son équité et à sa sagesse la décision des difficultés qui s'éleveraient; mais il n'y a qu'une sentence arbitrale formelle et clairement énoncée qui pût tranquilliser nos inquiétudes sur les suites fâcheuses qu'une triste expérience nous fait craindre dans l'avenir des intentions toujours plus qu'équivoques de la cour de Berlin.

D'après ce qui s'est passé jusqu'ici, et d'après la perversité connue du cabinet de Potsdam, nous sommes

intimement convaincus, que la négociation entamée avec la Prusse ne saurait jamais conduire à aucun résultat favorable; mais si cependant la cour impériale de Pétersbourg jugeait dans sa sagesse que la continuation en pût encore être utile, pour embarrasser peut-être d'autant le ministère prussien dans ses vues de prédilection pour la France et le retenir d'une liaison encore plus étroite avec la république, nous pensons que Berlin serait de tous les endroits le moins propre à suivre ultérieurement les discussions.

Outre qu'une longue présence à Berlin d'un personnage aussi considérable que l'est Mr. le maréchal prince de Repnin — consommant vainement le temps auprès du ministère prussien dans des tentatives de conversion infructueuses — serait infailliblement regardée par le directoire de Paris comme un véritable triomphe. il est dailleurs indubitable qu'avec les intelligences et les moyens d'espionnage infinis, qu'a l'abbé Sieyes à Berlin, il ne saurait manquer d'y être journellement instruit de toutes les démarches des ministres alliés, et par conséquent d'autant plus à même de faire agir toute la tourbe de ses coopérateurs pour en déjouer les effets.

Nous pensons donc qu'il serait infiniment désirable, que la négociation pût être transportée à Pétersbourg; S. M. Impériale de toutes les Russies ayant été formellement requise d'intervenir comme médiateur et comme arbitre, il semblerait de toute convenance que, lorsque les difficultés se multiplient, les objets en fussent discutés dans sa capitale et sous ses yeux: indépendamment que, vu la suite d'événements importants qu'annonce ultérieurement la crise actuelle de l'Europe, il paraîtrait du plus grand avantage, qu'il s'établît à Pétersbourg une sorte d'assemblée permanente de ministres munis des pleinpouvoirs des cours les plus intéressées aux affaires générales, pour

y aviser, loin des explorations françaises et sous l'influence de la haute sagesse de S. M. l'empereur de toutes les Russies, aux partis que les circonstances exigéraient d'adopter.

S. M. souhaite, Mr. le comte, d'être informée, le plus tôt que faire se pourra, du résultat des conférences que vous aurez avec le ministère de Pétersbourg sur cet intéressant objet.

J'ai l'honneur d'être etc.

LII.

COBENZL AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 17 juillet 1798.

Mr. le comte! Les dépêches qui vous ont été adressées en date du 7 juillet par Mr. le baron de Thugut, et la communication dont vous avez été chargé de tous les détails de ma négociation avec l'ex-directeur François de Neufchâteau, ont dû faire présager dès lors à S. M. Impériale de toutes les Russies la prochaine rupture des conférences de Seltz.

Arrivé à Vienne le 13 matin, le premier ordre que j'ai reçu de S. M. a été de continuer à vous informer sans délai de tout ce qui s'est passé à cet égard, afin que vous puissiez en faire part à la manière accoutumée à l'intime allié de notre auguste maître.

Vous avez reçu, Mr. le comte, par le dernier courrier la note verbale qui m'avait été remise par François de Neufchâteau et la réponse que j'y ai faite. Il m'avait annoncé un courrier qu'il attendait le 19 du mois passé et qui devait, me disait-il, lui apporter des ordres importans. Ce courrier n'est pas venu. Vous verrez par la copie ci-jointe de ma dépêche l'aveu que l'ex-directeur m'a fait lui-même de la versatilité des déterminations du directoire. Il n'en est qu'une, dans laquelle la république

française est inébranlable: celle de bouleverser successivement tous les gouvernements réguliers.

Enfin le 26 juin le plénipotentiaire extraordinaire de la république française me remit le mémoire ci-joint en copie, qui n'est en grande partie que la répétition de ce que contenait déjà son insinuation verbale. J'ai dû par conséquent revenir aussi sur ce que j'y avais déjà répondu dans le nouveau mémoire que j'ai remis le 28 juin.

Quoique François de Neufchâteau, pour me forcer à condescendre à ses propositions, m'avait déjà annoncé à différentes reprises, qu'un nouveau refus de ma part entraînerait la rupture instantanée des conférences et la reprise des hostilités, il se contenta cependant d'envoyer encore mon mémoire au directoire et d'attendre qu'il en reçût des instructions ultérieures, ce qui annonçait l'intention de gagner du temps.

Ce fut dans cet intervalle que le télégraphe établi entre Paris et Strassbourg nous donna la douloureuse et étonnante nouvelle de la prise de Malte; elle a pu déterminer le gouvernement français à accélérer le rappel de François de Neufchâteau.

Ce négociateur me remit le 5 juillet la note ci-jointe en copie, à laquelle je répondis le lendemain de la manière également annexée ici. François de Neufchâteau mit fin à la négociation au moyen de sa nouvelle et dernière note, à laquelle je fis sur le champ la réponse ci-jointe. Il ne parla plus du tout de recommencer la guerre et se borna à la déclaration, que la république ne nous enverrait plus de ministre, jusqu'à ce qu'elle ait obtenu la réparation qu'elle nous demandait. Vous concevez aisément, Mr. le comte, que S. M. ne désire nullement la présence de ces fomentateurs révolutionnaires à sa cour et dans ses États. À mon retour à Rastadt les plénipotentiaires Bonnier et

Jean de Bry me firent de nouvelles protestations des sentiments pacifiques de leur gouvernement, en sorte que tout s'est passé sans aigreur. François de Neufchâteau a quitté Seltz le 8 de ce mois en prenant le chemin de Mayence, de Luxembourg et de Bruxelles pour retourner à Paris. Il est destiné au ministère de l'intérieur. Je ne me suis mis en route que le 10, pour constater d'autant plus que la rupture venait absolument de sa part.

S. M. désire, Mr. le comte, que vous vouliez bien remettre au ministère de S. M. Impériale de toutes les Russies des copies de toutes les pièces citées ci-dessus. Cet auguste souverain verra par leur contenu la fermeté, avec laquelle nous nous sommes refusés à toute proposition humiliante, le langage énergique qui a été employé pour détourner les Français de leur funestes desseins contre Naples et la Toscane, et enfin les tentatives que nous avons faites pour opérer des changements utiles à la bonne cause tant en Italie qu'en Suisse.

En réfléchissant avec attention sur notre position actuelle, on verra qu'elle est peu différente de celle, où nous aurions été après la signature de tout acte quelconque qui n'aurait pas eu pour suite immédiate l'évacuation de l'Italie et de la Suisse par les troupes françaises, ou ajouté à nos moyens de défense en nous assurant quelque acquisition utile au-delà de l'Adige. Les traités n'empêcheront jamais la république française de nous attaquer. Ce n'est que la multiplicité d'objets qui occupent les Français dans ce moment-ci et dispersent leurs forces, l'impossibilité pour eux de quitter les pays où ils se trouvent, sans que les peuples opprimés par leur joug ne renversent l'ouvrage de la contrainte, — ce n'est, dis-je, que de tels obstacles qui font que les hostilités n'ont pas encore été commencées par la France; mais nous devons nous y attendre de sa part, aussitôt qu'elle croira le pouvoir avec avantage.

Petite ou grande puissance, il n'en est aucune, à laquelle elle ne destine le même sort.

Il est démontré par ce qui vient de se passer, que toutes les voies de la négociation sont insuffissantes pour apporter du changement à l'état actuel de l'Italie et de la Suisse. La force seule peut prévenir les dangers incalculables qui en résultent et pour la monarchie autrichienne et pour toute l'Europe. Ils vous ont été détaillés dans la dépêche de Mr. le baron de Thugut du 7 juillet et sont trop évidents pour échapper à la haute pénétration et aux lumières de S. M. Impériale de toutes les Russies et de son ministère. Notre auguste maître est prêt à tout risquer pour le salut général, mais il est évident que, sans l'appui de ses alliés, ses efforts seraient insuffisants et n'aboutiraient qu'à accélérer la ruine de sa monarchie. Vous sentez d'après cela, Mr. le comte, avec quelle impatience on attend ici vos réponses aux dernières ouvertures dont vous avez été chargé.

L'empereur de Russie étant dans ce moment-ci l'arbitre des destins de l'Europe, ses déterminations devant régler toutes nos mesures, S. M. I. et R. Apostolique s'est décidée à accélérer l'époque de mon retour en Russie, en me munissant des pouvoirs les plus étendus, afin d'être à même de conclure définitivement sur tout ce que dans sa sagesse S. M. Impériale de toutes les Russies jugera adapté au bien général. Je dois me mettre en route peu de temps après le départ du présent courrier, et vous jugez aisément, Mr. le comte, de ma satisfaction de pouvoir réclamer personnellement la continuation des bontés, dont cet auguste souverain a daigné me combler pendant tant d'années. Puissé-je être assez heureux à sa cour, pour y servir d'instrument au salut de l'Europe dont la gloire semble lui être réservée.

J'ai l'honneur d'être etc.

LIII.

COBENZL AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 17 juillet 1798.

L'un des objets qui m'avait été le plus particulièrement recommandé par S. M., et qui lui tenait infiniment à coeur, c'était de tirer le pape de l'espèce de captivité, où il est tenu par les Français. C'est aussi un des premiers que j'ai entamés avec François de Neufchâteau. Plus conciliant lors de nos premières conférences il m'avait fait entendre, que la république française ne s'opposerait pas à ce que le Saint Père se choisisse un asile partout où bon lui semblerait et y exerce ses droits spirituels. Il est évidant avec cela, que cette adhésion de la France à ce que nous demandions était subordonnée à l'arrangement final de tous les points en discussion avec l'Autriche. J'ai rappelé à différentes reprises, et notamment encore au moment de quitter le plénipotentiaire français, la réponse qu'il m'avait faite à cet égard. Il me la répéta de nouveau, en ajoutant cependant que le directoire insisterait à ce que Pie VI. ne fût pas établi en Italie, mais que par exemple il pourrait habiter l'Espagne qui, surtout par rapport au climat, devrait lui convenir de préférence. J'observai qu'il faudrait le laisser choisir à son gré; François de Neufchâteau répondit que, s'il le demandait lui-même, et en exceptant l'Italie, cela serait possible; qu'au reste à son retour à Paris il prendrait à cet égard les ordres du directoire.

De pareilles données sont sans doute bien vagues et peu rassurantes de la part de gens pour qui les traités les plus sacrés ne sont pas obligatoires; il serait cependant bien important de faire rendre la liberté au chef de l'église romaine. Outre le respect et l'intérêt qu'inspirent ses vertus, son éminente dignité et ses malheurs, sa présence pourrait dans le cas d'une rupture produire un

effet très utile sur l'esprit des peuples. Mais c'est ce que les Français sentent aussi bien que nous et ce qui leur fait préférer, que le pape finisse ses jours soit en Espagne, soit à Cagliari, où les nouvelles publiques affirment toujours qu'on veut le conduire.

J'ai l'honneur d'être etc.

LIV.

COBENZL AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 17 juillet 1798.

Non content de la perfidie, avec laquelle ils ont conçu et exécuté leur entreprise sur Malte, les Français viennent encore d'exercer leur déloyauté sur le roi de Sardaigne. Ce malheureux prince ayant réclamé la médiation du gouvernement français pour mettre fin à sa guerre avec les républiques voisines, il lui a été imposé comme condition sine qua non, de recevoir garnison française au château et dans la ville de Turin, et nous venons d'apprendre que les troupes de la république y sont effectivement entrées. Voilà donc encore un souverain détrôné et un État monarchique démocratisé; car on peut regarder comme tel celui dont les Français sont en possesion. Quel sera donc le terme, où s'arrêteront ces projets destructifs? et quel autre moyen peut-il exister de s'en garantir que la réunion des quatre principales puissances de l'Europe?

J'ai l'honneur d'être etc.

LV.

COBENZL AN DIETRICHSTEIN.

Vienne, ce 17 juillet 1798.

Nous venons de recevoir une lettre de Venise qui donne comme une nouvelle assurée, que la ville et le territoire de Raguse ont été occupés par un corps de troupes cisalpines et françaises envoyées d'Ancone. La nouvelle de la prise de Malte ne s'est malheureusement

que trop confirmée. Vous en aurez vu des détails dans les feuilles publiques: elles portent que Bonaparte a assuré au grand-maître une principauté en Allemagne; c'est ainsi que les Français disposent du bien d'autrui et s'attachent surtout à anéantir l'Empire germanique. Au moment où j'écris nous n'avons encore aucune certitude, si l'admiral Nelson à son arrivée dans les eaux de Malte y a trouvé encore Bonaparte avec son convoi en totalité ou en partie.

LVI.

COBENZL AN BESBORODKO.

Vienne, ce 17 juillet 1798.

Mon prince! C'est pendant mon triste séjour de Rastadt et de Seltz, que j'ai reçu la lettre que votre Altesse a bien voulu m'adresser le 2/13 mai. J'y ai reconnu avec la plus vive sensibilité la continuation des sentiments d'amitié, dont vous m'avez honoré de tout temps et qui me sont si précieux. J'éprouve la plus grande joie à pouvoir vous annoncer, que je ne tarderai pas à venir les réclamer en personne. Mon auguste maître a cru, qu'à l'époque, où S. M. Impériale de toutes les Russies va plus que jamais être l'arbitre des destins de l'Europe, ma présence dans le poste qu'il a daigné me conserver auprès d'elle était plus important même que la direction intérimale de son département des affaires étrangères, qu'il m'avait confiée. J'ai ordre de me tenir prêt à partir peu de temps après le présent courrier; je serai muni des pouvoirs les plus étendus pour arrêter définitivement et prendre les engagements les plus solennels sur tout ce que S. M. Impériale de toutes les Russies croira utile au salut général. Si les ministres de Prusse et d'Angleterre pouvaient avoir une semblable autorisation, les déterminations les plus importantes pourraient être arrêtées aussi promptement que l'exige

l'urgence des circonstances. Faut-il sanctionner l'anéantissement du saint siége apostolique, la prise de Malte, l'asservissement de la Cisalpine et de la Suisse? Faut-il laisser le temps aux Français de consolider leurs affreux projets et d'ajouter encore à leurs énormes moyens? Ou ne vaut-il pas mieux profiter de la disposition actuelle de tant de peuples qui souffrent impatiemment le despotisme français, pour annuller un ordre de chose dont l'existence est incompatible avec la sûreté de l'Europe? Telle est la grande question, sur laquelle l'empereur votre maître va prononcer. S. M. I. et R. Apostolique est prête à tout, elle employera volontiers les plus grands efforts contre ces perfides innovateurs; mais ses moyens ne suffisent pas, il lui faut des secours, et elle n'attend que d'en être assurée pour rentrer en lice avec courage.

Nous avons à présent avec les Français l'expérience de la guerre et de la paix. Les malheurs de la coalition sont venus du peu d'harmonie de ceux qui la composaient, de leurs défiances réciproques et de la collision des intérêts. L'empereur de toutes les Russies peut obvier à tous ces inconvénients et par son exemple et par sa prépondérance. Quant à la paix nous n'avons que trop éprouvé, combien peu les Français tiennent ce qu'ils promettent par la non-exécution des préliminaires de Leoben et du traité de Campo Formio. C'est depuis la paix que le pape a été détruit, que l'Italie et la Suisse sont devenues des provinces françaises, et que Malte a été envahie; que ne met-on pas en oeuvre pour réduire au même état les parties de l'Allemagne qui avoisinent la France? La voie de la négociation est insuffisante pour remédier à de si grands maux: c'est ce que je viens d'éprouver à Seltz; mais en même temps l'apparence seule d'une coalition fait trembler les Français; c'est la nouvelle de la négociation de Berlin, et surtout l'intervention de la cour de

Russie qui d'abord les avaient disposés à s'entendre avec nous sur l'accomplissement de leurs engagements; mais, mieux instruits depuis sur les vrais sentiments de la Prusse, ils ne se sont plus crus obligés à aucun sacrifice.

Que ne devions-nous pas attendre de cette intervention de votre auguste maître dans la négociation de Berlin, le roi pour sa personne n'étant pas mal disposé, et ses ministres sentant la déférence, à laquelle ils ne peuvent se refuser envers la Russie! Je dois vous l'avancer, mon prince, avec la franchise, à laquelle vous m'avez accoutumé: nous n'avons pas trouvé dans le prince Repnin l'appui que nous devions raisonnablement en espérer. Personne plus que moi ne rend justice à sa loyauté, à la pureté de ses principes; mais il s'est laissé entraîner par le comte de Haugwitz; c'est ainsi qu'il a pu nous proposer de renoncer à tout dédommagement en Allemagne et de sanctionner pourtant les usurpations de la Prusse en Franconie qui forment déjà pour elle une acquisition importante, et dont le voisinage est très alarmant pour nous. Et que veut-on nous assurer en retour? Une promesse vague, toujours facile à éluder, de bons offices pour la neutralité de l'Empire, et, en cas de refus de la France, la perspective d'aviser seulement alors aux moyens de préserver l'Allemagne d'une destruction totale, — et cela de la part d'une cour que les engagements les plus sacrés n'ont pu retenir d'abandonner déjà une fois la cause commune, en favorisant même sous main les Français contre nous! Mon prince, j'en appelle à vos lumières, à votre équité: pouvons nous trouver la moindre sûreté dans un pareil engagement?

Je n'ai pas manqué de rendre compte à mon auguste maître de ce que votre altesse a bien voulu me marquer au sujet du voyage des archiducs en Russie: S. M. est tout à fait d'accord, que l'hiver prochain est l'époque la plus convenable,

pour que LL. AA. RR. jouissent de la vive satisfaction de faire la connaissance personnelle de l'intime allié de leur auguste frère et préparer ainsi les heureux et étroits liens, que mon maître désire si vivement d'ajouter encore à tous ceux qui l'unissent déjà à S. M. Impériale de toutes les Russies. Je devancerai par conséquent de quelques mois l'arrivée des archiducs et me tiens très heureux, d'être d'autant plus tôt à même de présenter mes hommages respectueux à S. M. Impériale et de jouir de la satisfaction de retrouver dans V. A. le digne et respectable ministre, auquel j'ai voué depuis tant d'années le plus inaltérable attachement. Permettez-moi, mon prince, de vous en réitérer ici l'assurance, ainsi que de la haute considération, avec laquelle j'ai l'honneur d'être etc.

LVII.

COBENZL AN KURAKIN.

Vienne, ce 17 juillet 1798.

Mon prince! Il me serait difficile d'exprimer à V. A. la vive satisfaction que m'a fait éprouver la lettre qu'elle a bien voulu m'adresser le 2/13 de mai, et qui m'est parvenue à Rastadt. Les principes qui y sont détaillés avec tant de sagesse sont les seuls qui peuvent encore sauver l'Europe d'une destruction générale, et bien dignes d'un ministre aussi éclairé que vous, mon prince. Les nombreuses et perfides entreprises des Français depuis la paix n'ont que trop prouvé ce que l'on peut attendre avec eux des traités les plus solennels: l'expérience de ma négociation à Seltz a ajouté à celle que l'on avait déjà sur leur manière d'agir. Malheureusement ce qui se passe à Berlin ne répond nullement à nos communs désirs, et en attendant les dangers de l'Allemagne, ceux de l'Italie et de l'Europe entière deviennent de jour en jour plus éminents. C'est à votre auguste maître qu'il est réservé d'en arrêter le cours, c'est à lui à en assurer le remède

par son exemple et sa prépondérance. S. M. I. et R. Apostolique est déterminée aux plus grands efforts, pourvu qu'elle puisse compter sur les secours de ses alliés. L'urgence des circonstances a déterminé S. M. à hâter mon retour à Pétersbourg. J'ai ordre de me tenir prêt à partir peu de temps après le présent courrier; j'arriverai muni des pouvoirs les plus amples pour conclure sur tout ce que S. M. Impériale de toutes les Russies croira utile au salut général. Cette commission a paru à mon maître plus importante encore que la direction intérimale de son département des affaires étrangères, qu'il avait daigné me confier. Je devancerai ainsi de quelques mois les sérénissimes archiducs, S. M. étant entièrement d'accord avec S. M. Impériale de toutes les Russies, que leur voyage soit remis à l'hiver. Je ne tarderai donc pas, mon prince, à traiter avec vous des plus grands intérêts qui aient jamais pu occuper nos cours, ainsi qu'à réclamer l'amitié que vous avez bien voulu me témoigner depuis tant d'années, heureux de pouvoir vous réitérer personnellement l'hommage de la considération distinguée, avec laquelle j'ai l'honneur d'être etc.

LVIII.

INSTRUCTION FÜR COBENZL.

(Cobenzl's eigener Entwurf.) Vienne, ce 24 juillet 1798.

L'issue des dernières négociations avec la république française a suffissamment prouvé l'impossibilité d'obtenir de sa part, soit le redressement de tout ce qu'elle a commis en Italie et dans la Suisse, soit des arrangements de convenance, au moyen desquels, ces innovations devenant moins dangereuses pour la monarchie autrichienne, il aurait été possible que S. M. les laisse subsister. En même temps le directoire cherche à éviter pour le moment une rupture avec l'Autriche: il veut gagner du temps, laisser passer celui où la multiplicité de ses entreprises

absorbe ses moyens, où le mécontentement des peuples qui gémissent en Suisse et en Italie sous son despotisme, ne lui permet pas d'en retirer ses forces, sans craindre de voir son ouvrage renversé; mais une fois l'asservissement des Romains, des Cisalpins, des Suisses consolidé, une fois que la totalité des projets de Bonaparte aura eu le même succès que la prise de Malte, il n'est pas douteux que la monarchie autrichienne doit s'attendre à une levée de bouclier bien plus dangereuse pour elle que la guerre qui aurait lieu dans le moment présent.

Il resterait donc à examiner, si, malgré le désir de S. M. d'assurer à ses peuples les avantages inappréciables de la paix, malgré le besoin qu'a la monarchie de se remettre après une si terrible lutte, ce ne serait cependant pas s'exposer à une destruction presque inévitable, que d'attendre l'attaque des Français à l'époque, où ils s'en croiront le plus en état, et si, certain de ne pouvoir éviter la guerre, il ne vaudrat pas mieux les prévenir, lorsque l'on peut compter sur quelques chances de plus en faveur de la monarchie.

Mais enfin de pouvoir s'engager dans une nouvelle guerre avec quelque probabilité de succès, il est essentiellement nécessaire de savoir, à quoi s'en tenir sur ce qu'on a à attendre des cours de Dresde, de Berlin et de Pétersbourg. Tel est l'objet essentiel du nouveau voyage que doit entreprendre le comte de Cobenzl, tels sont les différents points de la présente instruction.

Son retour à son poste d'ambassadeur à la cour impériale de Russie lui fournit une occasion naturelle de se présenter à l'électeur de Saxe et au roi de Prusse. De ces deux princes le premier a généralement la réputation d'un caractère loyal. Il désire sans doute la conservation de la constitution germanique et de sauver l'Allemagne, d'autant qu'il n'a aucun intérêt à former des

voeux contraires; mais il est faible, il craint de se compromettre et prendra difficilement un parti prononcé en faveur de la bonne cause, tant que le roi de Prusse n'entrera pas en lice. Il serait cependant d'autant plus important de s'assurer de lui, qu'outre la réputation des troupes Saxonnes l'exemple de l'électeur serait d'un très-grand poids pour les autres États de l'Empire.

Pour flatter la vanité de ce prince, le comte Cobenzl commencera par lui exposer l'état des choses; il le priera au nom de l'empereur de s'ouvrir à lui en toute franchise sur les moyens d'y apporter remède; il rappellera les efforts de S. M. pour la défense de la commune patrie; il lui demandera, si l'on peut consentir à l'établissement des Français sur la rive droite du Rhin? si cette position serait combinable avec la sûreté de l'Allemagne? Et la réponse à cette question étant aisée à prévoir, il consultera l'électeur sur les moyens d'empêcher l'exécution de ces desseins pernicieux! Ils ne peuvent être que de deux espèces:

1. Fermeté inébranlable de la part de la députation au congrès de Rastadt, à se refuser à toute cession sur la rive droite du Rhin.

2. Promesse de l'électeur de fournir des secours efficaces en cas d'une reprise d'hostilités en Allemagne.

Ces secours devraient être aussi considérables que possible dans une guerre, dont dépend le salut du corps germanique en général et de chacun de ses membres en particulier; et ce serait les reduire bien au-dessous de ce qu'exige l'importance de l'objet, que de les borner au seul contingent saxon. La mauvaise volonté de la cour de Berlin, son apathie à toute épreuve ne devraient nullement empêcher la Saxe d'adopter un système différent. Si le roi de Prusse, méconnaissant le danger commun, auquel il est peut-être plus exposé que tout autre, veut aller au-

devant de sa destruction, si, guidé par de mauvais conseils, il est sourd à toutes les représentations, à toutes les avances qui lui ont été faites pour une réunion sincère, — est-ce un motif pour les autres princes de renoncer à toute idée de défense, de se livrer à la merci des Français et d'attendre de la convenance du directoire exécutif le moment d'être anéantis à leur tour? Il conviendra de bien détailler à l'électeur de Saxe les circonstances de la négociation de Berlin, et ce qui l'a amenée, — de lui prouver par là, que les propositions d'un commun désintéressement sont venues de la part de S. M.; que la Prusse n'a jamais eu d'autre objet que celui de mettre obstacle aux dédommagements que le cabinet de Potsdam soupçonnait la cour de Vienne de s'être stipulés en Empire; qu'il craint les Français et manque du nerf nécessaire pour arrêter leurs progrès; mais que cette même faiblesse et la prépondérance de la Russie l'empêchent également de s'unir à la France et le tiennent par conséquent dans une nullité parfaite; que dès lors l'électeur n'a rien à redouter en cédant aux voeux des deux cours impériales, en s'opposant avec fermeté à toute acquisition de la France sur la rive droite du Rhin, en se prononçant en faveur d'une neutralité parfaite pour l'Empire dans le cas d'une nouvelle guerre entre l'Autriche et la France, objet essentiel des voeux de S. M., et en fournissant des secours puissants et effectifs pour le cas, où le refus de la France rendrait cette neutralité impossible.

Il est encore un autre point, sur lequel il convient de consulter l'électeur et son ministre de confiance. Il serait possible que, malgré tous nos efforts, la pluralité de la députation se détermine à céder à la France quelque partie, ou bien la totalité de ce qu'elle demande sur la rive droite. Il s'agit d'examiner le parti à prendre dans ce cas, et quels seraient les moyens de s'assurer de la

durée d'une paix pareille pendant la guerre d'Italie Voilà sur quoi il est intéressant de faire expliquer l'électeur.

D'après le plus ou moins de bonnes dispositions que le comte Cobenzl trouvera à ce prince, le plus ou moins d'utilité qu'il croira pouvoir en tirer, il lui sera libre de confier verbalement à S. A. E. quelques particularités de la négociation de Seltz; elles lui fourniront le moyen de faire apprécier le zèle de S. M. pour le salut général et la manière dont elle s'est employée et est disposée à s'employer encore pour remédier à tout ce que la France a détruit depuis le traité de Campo Formio, ainsi qu'au funeste exemple qu'elle nous a donné de ce que c'est que l'état de paix avec elle. La loyauté de l'électeur ne permet pas de craindre, qu'il fasse mauvais usage de ce qui lui sera confié à cet égard, et peut-être sa piété connue lui fera-t-elle prendre un intérêt plus particulier au sort du chef de l'église catholique, ainsi qu'à ce qui a été tenté et pourrait être fait encore pour le sauver.

Il en est de même des articles secrets du traité de Campo Formio. Sans en donner communication le comte Cobenzl jugera, s'il pourra être utile d'en faire connaître verbalement quelques stipulations à l'électeur, auquel cas il conviendra de présenter celles qui assuraient des acquisitions en Allemagne à S. M., comme n'ayant jamais été acceptées par elle que pour se prémunir d'autant plus contre tout agrandissement de la Prusse. Il était sans doute impossible de compter sur la garantie de la France et sur son opposition à cet égard, de se flatter que ce serait le directoire qui empêcherait la Prusse de coopérer à la destruction de la constitution germanique. Mais l'auguste chef de l'Empire, loin de vouloir accroître le malheur de ses coétats, a toujours été résolu de renoncer à tout dédommagement en Allemagne, si la cour de Berlin en faisait autant.

Un objet, sur lequel il serait également de la plus haute importance de s'entendre avec l'électeur, c'est celui des indemnités pour ceux qui essuient des pertes sur la rive gauche du Rhin. Il est évident que, la Prusse et la France étant d'accord ensemble sur ce point, surtout dans le cas où la guerre recommencerait avec l'Autriche seule, ces indemnités seront réglées de la manière la plus défavorable pour les intérêts de S. M.; que tout serait réparti en faveur des protestants et au détriment des princes ecclésiastiques; que par conséquent l'autorité et l'influence du chef de l'Empire deviendraient presque nulles. Il serait donc bien utile de prouver à l'électeur, que ce principe d'indemnités est en lui-même de la plus grande injustice; que dans aucune guerre il n'est encore arrivé, que ceux qui en sont les malheureuses victimes, se dédommagent aux dépens des princes qu'un heureux hasard a épargnés; que les altérations qui en résulteraient dans les propriétés auraient pour suite le bouleversement de la constitution germanique, et par conséquent qu'il serait infiniment préférable de stipuler, que chacun reste en possession de ce qu'il a, et que les pertes ne concernent que ceux que la fatalité a placés à portée de l'ennemi. S. M. en donne elle-même l'exemple, en souscrivant pour elle à des sacrifices si considérables. Au moins, si l'on ne peut se dispenser entièrement d'indemniser ceux qui n'ont aucune autre ressource, il faudrait proposer que tout ce bornât à des rétributions pécuniaires à répartir entre les princes ecclésiastiques, qui seraient alors tous conservés. Le comte Cobenzl employera ses efforts, pour amener l'électeur et son ministère à ce principe si analogue aux convenances de S. M.

Il consultera également S. A. E. sur les moyens de sauver Ehrenbreitstein, sur le parti qu'il y aurait à

prendre, si les Français attaquaient de vive force cette forteresse, ainsi qu'on pourrait le supposer d'après les notions qu'on a qu'ils y conduisent leur grand parc d'artillerie. Déjà le refus de laisser passer les vivres nécessaires à la place, conformément à ce qui avait été stipulé par l'armistice, et la demande d'en raser les fortifications sont autant de contraventions au traité de Campo Formio. L'attaquer de vive force ce serait déclarer la guerre à l'Empire. Dès lors il faut que l'Empire se défende: S. M. ne lui refusera pas ses puissants secours. Mais les princes et États doivent considérer, qu'ils sont encore bien plus intéressés que l'Autriche à empêcher les Français de s'établir sur la rive droite du Rhin, ce qui leur en assurerait le passage à volonté. La cour de Vienne aura toujours des ressources pour se défendre, et même pour se procurer des équivalents: système qui répugne sans doute au coeur de S. M., et auquel elle n'aurait recours qu'à la dernière extrémité. C'est donc aux principaux des membres du corps germanique, et particulièrement à l'électeur de Saxe, à éclairer les autres. Ses qualités éminentes lui donnent les plus grands droits à leur confiance. C'est à lui à leur persuader de profiter et de seconder les intentions de leur auguste chef pour les défendre. Ces réflexions peuvent être soumises à l'électeur, mais cependant toujours avec l'air de lui demander son avis.

Les articles concernant Ehrenbreitstein et les indemnités doivent également être mis en délibération à Berlin et à Pétersbourg. C'est surtout l'empereur de Russie qu'il serait utile de persuader à cet égard, d'autant que son opinion ne laisserait pas d'avoir de l'influence en Empire.

Tel sera l'objet des négociations du comte Cobenzl à la cour de Dresde. La lettre ci-jointe (Beilage A.*) de S. M.

*) Siehe Seite 217.

lui facilitera les moyens d'entrer en matière avec l'électeur. Le ministre des affaires étrangères comte de Loss jouissant de très-peu de crédit, il ne sera nécessaire de s'adresser à lui que pour autant que l'exige la décence et la place qu'il occupe. C'est particulièrement le baron de Gutschmidt qu'il est important de ménager, à cause de son crédit sur l'électeur. Le comte Cobenzl n'épargnera rien pour amener ce ministre aux principes ci-dessus détaillés et qui sont sans contredit d'une convenance réciproque.

Quant à la cour de Berlin, les nouvelles arrivées par le dernier courrier ne laissent plus aucun doute sur ce que l'on peut en attendre: il est impossible d'en espérer aucun secours efficace, et l'on doit regarder dès-à-présent la négociation comme rompue. Mais en même temps l'intérêt de S. M. exige de dissimuler encore cette opinion; il faut avoir l'air de faire une dernière tentative, afin de mettre d'autant plus les Prussiens dans leur tort et augmenter le mécontentement des Russes à leur égard. D'un côté il convient d'éviter toute sollicitation assez pressante, pour que la cour de Berlin puisse croire, qu'on ne peut pas se passer d'elle, et de l'autre il serait également nuisible de lui laisser soupçonner, que notre parti est déjà décidément pris, ce dont elle ne manquerait pas de prévenir les Français. Telle est la marche difficile que doit suivre le comte Cobenzl pendant son séjour à Berlin. Le concert le plus intime avec les ministres russes doit, comme de raison, faire le premier objet de ses soins. Il présentera la lettre ci-jointe (Beilage B.*) de S. M. au roi de Prusse. Sans doute que, si elle pouvait lui procurer des audiences assez heureuses pour éclairer ce jeune prince sur ses vrais intérêts et le mettre en garde contre la perversité du comte Haugwitz, il ne faudrait pas en laisser échapper l'occasion; mais c'est sur quoi il

*) Siehe Seite 218.

ne peut plus rester d'espoir, et tout projet d'entraîner la cour de Berlin dans une guerre contre la France devenant inexécutable, il vaut mieux y renoncer dès à présent, pour ne s'occuper que des moyens de s'assurer de sa part une neutralité plus exacte que par le passé.

Pour obtenir ce but, il faudra que le comte Cobenzl profite de son court séjour à Berlin, pour faire valoir les justes motifs qui empêchent S. M. de se prêter aux demandes prussiennes. Il prouvera, combien de la part de l'Autriche il a été apporté de facilité à la négociation, combien tout ce sur quoi elle insiste est fondé sur la justice la plus scrupuleuse. Il réclamera à cet égard l'appui des ministres médiateurs, et si, comme il n'est que trop à prévoir, il ne peut pas parvenir à persuader ceux du roi, sans rompre les conférences, il rappellera que l'on était convenu d'avance de s'en rapporter à l'arbitrage de S. M. Impériale de toutes les Russies, en observant que, les cours de Vienne et de Berlin ne pouvant malheureusement pas parvenir à s'arranger, il ne restait plus qu'à en rendre compte au souverain médiateur et à attendre sa décision, à laquelle S. M. Impériale et Royale était résolue d'avance à se conformer.

Il est à prévoir que l'on témoignera au comte Cobenzl beaucoup de curiosité, pour savoir ce qui a fait l'objet des négociations de Seltz. En annonçant aux ministres de Russie, que tout à cet égard a été communiqué dans le plus grand détail à leur maître, il pourra leur dire en général, aussi bien qu'à ceux de Prusse, que ce dont il y avait été essentiellement traité, outre l'injuste demande d'une satisfaction pour l'aventure de Bernadotte, c'était les changements opérés par les Français, relativement au pape et à l'ancien gouvernement de la Suisse, ainsi que la dépendance absolue, dans laquelle ces pays aussi bien que la Cisalpine étaient tenus par le directoire;

que l'empereur avait chargé son plénipotentiaire de représenter à celui de la république française, que cet état des choses était absolument incompatible avec la sûreté de sa monarchie, avec celle du roi de Naples et du grand duc de Toscane; que dans sa position actuelle le voisinage de la Suisse était de la conséquence la plus dangereuse pour ses États héréditaires allemands et pour tout l'Empire; que, l'indépendance de la Cisalpine étant formellement stipulée dans le traité de Campo Formio, le pouvoir absolu qu'y exerçait la France y devenait une contravention manifeste; que le directoire n'avait voulu entendre à aucun redressement sur tous ces points; qu'il s'était également refusé à désavouer la conduite de son ambassadeur, lorsque, contre tout droit et usage, il avait arboré à son hôtel le drapeau tricolore; que, le gouvernement français n'en ayant pas moins insisté sur une satisfaction préalable, à laquelle S. M. ne pouvait absolument pas consentir, on s'était séparé sans rien conclure. Le comte Cobenzl en prendra occasion de demander tant aux ministres russes qu'aux prussiens, quel était leur avis, s'il fallait laisser subsister un ordre de choses si dangereux pour toute l'Europe, et dans le cas contraire, quels seraient les moyens d'y remédier.

Quelque peu de probabilité qu'il y ait, à ce que le plénipotentiaire extraordinaire de S. M. soit dans le cas de faire usage d'un pleinpouvoir à Berlin et d'y signer quelque convention, on a cru cependant devoir à tout hasard lui en donner un ci-joint. (Beilage C.*)

Après avoir exécuté les ordres de S. M. à Berlin, le comte Cobenzl s'empressera de se rendre à Pétersbourg. C'est à cette cour que se concentrent dans ce moment-ci les négociations les plus essentielles, et auxquelles il donnera la plus sérieuse attention. Il n'épargnera

*) Siehe Seite 219.

aucun moyen pour persuader Paul Ier de l'éminence du danger général que partage sans contredit la Russie, pour augmenter son ressentiment contre les Français, contre les Prussiens, et le déterminer à exécuter lui-même ce à quoi il n'a pas pu porter ces derniers. Plusieurs motifs se réunissent dans ce moment-ci, qui pourraient faire présager des dispositions favorables de la part du souverain de la Russie, si son caractère personnel permettait jamais de compter sur quelque chose de conséquent. Son amour propre doit être blessé du peu de succès de son intervention à Berlin. Ce que les Français ont exécuté contre Rome, contre Malte, contre la cour de Turin, attaque directement tout ce à quoi il a marqué le plus grand intérêt. C'est surtout en ménageant sa vanité, en ayant l'air de le consulter, de suivre son avis, de ne faire que ce qu'il désire, qu'on l'entraînera plus aisément dans des mesures de vigueur. Il faudrait, pour réussir, avoir l'air, non pas de le solliciter, mais de donner les mains à ce qu'il propose lui-même. Si l'empereur de Russie consent de transporter à Pétersbourg le siége de la négociation, on pourra faire valoir comme une nouvelle marque de déférence de n'avoir pas voulu la rompre à Berlin malgré l'avis du prince Repnin. En renonçant à l'espoir de rendre la Prusse active contre la France, on se bornera à insister sur sa stricte neutralité, garantie par la Russie. On proposera en conséquence le projet de convention ci-joint, qui pourrait être signé soit à Pétersbourg, soit à Berlin. On représentera que toutes les promesses d'un ministère dirigé par un comte Haugwitz sont illusoires et ne peuvent donner de sûreté suffisante; qu'en conséquence il est impossible à S. M. de rien entreprendre contre les Français, si l'empereur de Russie n'entretient pas pendant toute la guerre sur les frontières de la Prusse un corps de quatre vingt mille hommes, prêt à agir

contre cette puissance au premier ordre, et servant ainsi à lui en imposer assez fortement pour lui faire tenir ses engagements. Cet armement est un des objets, sur lesquels le comte Cobenzl doit insister avec le plus de force, puisque c'est en cela que consiste la sûreté de l'Autriche dans tous les événements qui peuvent survenir.

La Prusse ne fournissant aucun secours, il est évident que S. M. ne pourrait soutenir la guerre contre les Français à la fois en Italie et en Allemagne sans l'assistance effective de la cour impériale de Russie. L'Autriche est d'autant plus autorisée à la réclamer, qu'elle est fondée à cet égard sur les traités les plus solennels, et que ces secours ne peuvent jamais être onéreux à Paul Ier, qui n'a à payer que la solde des troupes, tandis que tout ce qu'il leur faudra de vivres et de fourage est en vertu du traité à la charge de la cour de Vienne. Peut-on seulement comparer la modique dépense, qui en résultera pour l'Empire russe, avec les dangers, qui résultent de tout ce que font les Français? Un corps de vingt à vingt cinq mille Russes, ou tout au moins la prestation du secours stipulé par le traité d'alliance, et qui dans aucun cas ne peut être refusé, n'est rien pour une aussi grande puissance, quand il s'agit surtout de repousser le seul ennemi à craindre pour elle, et auquel il ne faudrait que quelques succès de plus pour approcher des frontières de l'Empire russe. Le comte Cobenzl continuera de proposer à cet égard que, pour ce qui serait envoyé en Allemagne, on substitue deux mille hommes d'infanterie pour chaque mille hommes de cavalerie. Si la guerre se borne à l'Italie, et que l'Empire germanique puisse garder sa neutralité, les troupes russes contribueraient essentiellement à la lui assurer. Si la guerre se fait aussi en Allemagne, elles pourront être bien utilement employées conjointement avec

celles de S. M. Mais il est évident que, dans un moment comme celui-ci, abandonner l'Autriche à ses seules forces, ce serait imiter l'apathie du roi de Prusse, ce serait donner gain de cause à l'insatiable rapacité du directoire, ce serait souscrire à sa propre destruction. Vingt mille Russes en Empire et quatre vingt mille sur les frontières de la Prusse assurent la conservation de tous les gouvernements réguliers. Refuser ces secours ce serait sanctionner l'anarchie générale de l'Europe et renvoyer le retour de l'ordre aux générations futures.

D'après les liaisons de la Russie avec l'Angleterre il est possible, que Paul I[er] appuie la prétention du ministère britannique pour la satisfaction de la trop fameuse convention des 1.600,000 livres sterlings. Il sera par conséquent essentiel, que dans ce cas le comte Cobenzl explique à ce prince et à son ministère les motifs des délais de cette ratification; qu'il insiste à ce que l'Angleterre se prononce enfin catégoriquement sur les secours pécuniaires qu'elle veut donner à S. M., en faisant espérer que dans les arrangements, qu'on prendrait à cet égard, on pourrait aussi faire entrer la susdite ratification, — mais en prouvant, que ce serait se sacrifier à pure perte que de se laisser entraîner à la guerre sans être assuré des secours de ses alliés. Cet objet ne devra cependant être traité avec la cour de Russie que dans le cas, où elle serait la première à l'entamer. Il convient d'ailleurs beaucoup plus à S. M. de terminer directement avec l'Angleterre tout ce qui a rapport à des secours pécuniaires, pour ne pas donner à la Russie l'envie de les partager. Si cependant, conformément aux voeux de S. M., les ministres d'Angleterre et de Prusse à Pétersbourg étaient revêtus des mêmes pouvoirs qu'y apporte le comte Cobenzl, on pourrait y régler tout à la fois plusieurs des objets d'une importance majeure. Ces pou-

voirs se trouvent ci-joints, de même que les lettres de S. M. pour l'empereur et l'impératrice de Russie (Beilage D und E*), que le comte Cobenzl aura soin de leur remettre dès sa première audience.

Il sera utile de pressentir aussi Paul Ier sur le cas possible de la vacance du saint siége. Il existe des notions certaines, que les Français se proposent dans ce cas de faire élire quelque scélérat à Rome, auquel ils donneraient le titre d'évêque, en lui arrogeant une partie du pouvoir des papes dans la chrétienneté et en forçant les Cisalpins, les Liguriens, le roi de Sardaigne, s'il existe encore, et peut-être l'Espagne, à le reconnaître. Pour prévenir ce pernicieux projet et pour éviter le schisme, que surtout dans la circonstance présente il est de la plus grande importance d'empêcher, le seul moyen est, aussitôt que le Saint Père actuel aurait fermé les yeux, de procéder le plus promptement possible à l'élection de son successeur, en observant toutes les formes canoniques et en rassemblant pour cela le plus grand nombre des cardinaux qui ont quitté l'État de l'église, d'après la faculté que Pie VI doit leur avoir donnée de procéder à cette élection hors de la ville de Rome. C'est à accélérer cette mesure que S. M. mettra tous ses soins. Il serait essentiel de s'assurer d'avance de l'adhésion de l'empereur de Russie; ce monarque y est d'autant plus intéressé, qu'une partie considérable de ses sujets professe la religion catholique. Cet objet doit cependant être traité avec les ménagements nécessaires, pour qu'il ne vienne pas en tête à Paul Ier de vouloir faire l'élection d'un pape dans son Empire.

Telles sont les seules directions générales, qui peuvent être données dans ce moment-ci au comte Cobenzl. Il aura à régler sa conduite d'après la disposition, où il trouvera le

*) Siehe Seite 223 und 225.

souverain, auquel il est accrédité, et cherchera à en tirer tout le parti possible pour le service de son auguste maître.

LIX. (Beilage A.)

FRANZ II. AN DEN KURFÜRSTEN VON SACHSEN.

Vienne, ce 23 juillet 1798.

Mr. mon frère et cousin! Je connais les sentiments de V. A. Sérénissime Electorale, son attachement à notre commune patrie. Ne pouvant douter qu'elle partage ma sollicitude pour préserver l'Allemagne de la destruction dont elle est menacée, je m'adresse à elle avec la confiance qu'inspire d'ailleurs sa loyauté et ses qualités personnelles.

L'urgence des circonstances m'a déterminé à faire retourner en Russie mon ambassadeur, le comte Louis de Cobenzl, intérimalement chargé par moi de la direction de mon département des affaires étrangères. Je lui ai prescrit de prendre la route de Dresde, afin qu'il puisse se présenter à V. A. Sérénissime Électorale, concerter avec elle et avec ses ministres les mesures les plus propres à remplir notre but commun. Le comte de Cobenzl jouit de ma confiance la plus illimitée et connaît à fond toutes mes intentions, ayant été employé dans les négociations les plus importantes. Je prie V. A. Sérénissime Électorale de l'accueillir avec bonté, de lui accorder l'accès auprès de sa personne et d'ajouter pleine croyance à tout ce qu'il aura l'honneur de lui dire en mon nom.

Après avoir employé tous les efforts qui pouvaient dépendre de moi, pour préserver l'Allemagne de toute perte territoriale quelconque, et n'avoir cédé à cet égard qu'à la dernière extrémité, mes voeux les plus ardents ne tendent qu'à rendre ses pertes aussi peu considérables que possible, à ne jamais souffrir que la république française puisse s'établir sur aucun des points de la rive droite du Rhin, et à conserver intacte la constitution de

l'Empire. Je sais que V. A. Sérénissime Électorale partage ma façon de penser sur la sainteté de ces devoirs, et par conséquent je ne puis mieux m'adresser qu'au prince qui pendant tout son règne a professé les sentiments dont je fais gloire de ne jamais m'écarter. Je la prie d'agréer en même temps les assurances du prix infini que je mets à son amitié et de croire à la vérité des sentiments particuliers d'estime, de confiance et d'attachement, avec lesquels je serai toute ma vie etc.

LX. (Beilage B.)

FRANZ II. AN FRIEDRICH WILHELM III.

Vienne, ce 23 juillet 1798.

Mr. mon frère! Plus je désirais ardemment de voir arriver à une heureuse et prompte conclusion la négociation importante entamée à Berlin, plus j'ai été peiné de recevoir par les ministres de S. M. Impériale de toutes les Russies, notre allié commun, les observations de ceux de V. M. sur le projet de convention éventuelle. Le contenu de cette pièce devrait me faire renoncer à tout espoir, de voir V. M. intervenir aux moyens de sauver l'Allemagne. Une pareille détermination serait trop contraire à ce qu'annoncent les éminentes qualités de V. M. et, je puis le dire, à son véritable intérêt, pour que je croie pouvoir me dispenser de tenter encore un dernier effort. Je me suis déterminé en conséquence à prescrire à mon ambassadeur à la cour impériale de Russie, le comte Louis de Cobenzl, qui se rend à son poste, de prendre la route de Berlin, afin qu'il puisse se présenter à V. M. Employé dans les négociations les plus importantes, intérimalement chargé de la direction de mon département des affaires étrangères, muni des pouvoirs les plus étendus, ce ministre jouit de ma confiance illimitée. Je prie V. M. de lui accorder l'accès auprès de sa personne et d'ajouter croyance à tout ce qu'il lui dira en

mon nom. La parfaite connaissance qu'il a de toutes mes intentions pourra rendre sa présence utile pendant le temps qu'il s'arrêtera à Berlin. Il sait, combien je suis sincèrement attaché à V. M., combien je désire d'écarter et de prévenir tout ce qui pourrait occasionner une diversité d'opinion entre nous; mais sur quoi puis-je compter, si V. M. commence par déclarer, que dans aucun cas elle n'outrepassera jamais les bornes de son système de neutralité envers la France, lequel s'astreint à la défense du nord de l'Allemagne? La république française pourra donc tout demander, tout entreprendre, sans éprouver aucune opposition de sa part! Il est évident qu'une pareille détermination rendrait le concert projeté entre nous impossible, puisqu'elle détruirait ce qui doit en résulter de plus essentiel. Je veux encore me flatter, que le successeur du grand Frédéric ne persistera pas dans une pareille résolution, d'autant plus que de mon côté je ne lui laisserai jamais rien désirer de ce qui pourra consolider le seul système analogue à nos vrais intérêts. Je suis bien éloigné de vouloir entraîner V. M. dans une nouvelle guerre; je désire beaucoup de n'y être pas obligé moi-même, partageant sincèrement ses sentiments pacifiques; mais il est cependant un terme, au-delà duquel il n'est pas possible de demeurer dans l'indifférence sans compromettre sa sûreté. Je la prie d'agréer l'assurance de la considération très distinguée, avec laquelle je ne cesserai d'être etc.

LXI. (Beilage C.)

PROJET D'ARTICLES OU D'ACTE ÉVENTUEL.

S. M. I. et R. Apostolique et S. M. Prussienne étant intimement convaincues, que le salut de l'Empire germanique ne peut s'opérer que par une union sincère entre elles et par le sacrifice généreux de toutes vues personnelles d'agrandissement ou d'indemnités aux dépens

de leurs coétats, leurs dites Majestés, après s'être communiqué leurs vues mutuelles, sont convenues des articles suivants:

Article 1.

Il ne sera formé aucune prétention de la part de S. M. l'empereur, roi d'Hongrie et de Bohème, ni de la part de S. M. le roi de Prusse, à la charge du corps germanique, tant à titre d'indemnité de leurs pertes que pour quelconque autre motif, soit que la paix de l'Empire puisse être conclue au congrès de Rastadt ou, ce qu'à Dieu ne plaise, qu'elle dût être renvoyée à une époque plus reculée.

Article 2.

S. M. l'empereur roi d'Hongrie et de Bohème et S. M. Prussienne désirant également, que les malheurs de l'Empire n'entraînent que le moins d'altération possible dans les possessions territoriales, il est convenu qu'ils emploieront leurs efforts à la paix de l'Empire, pour effectuer que les princes et États qui devront supporter des pertes sur la rive gauche du Rhin n'en soient indemnisés que par des moyens pécuniaires dont seront chargés les États ecclésiastiques de la rive droite, lesquels, moyennant cet arrangement, seront tous conservés sans exception.

Article 2.

(Ou bien, in casu pessimo:)

S. M. l'empereur roi d'Hongrie et de Bohème et S. M. le roi de Prusse réuniront leurs efforts, pour que les princes lésés par le démembrement de la rive gauche du Rhin, et nommément les trois électeurs ecclésiastiques, obtiennent des dédommagements équitables; ces dédommagements seront réglés d'après le principe, que le désintéressement magnanime de LL. MM. Impériale et Prussienne doit engager chacun des parties lésées à la plus

grande modération dans leurs prétentions, et que la proportion entre les indemnités à adjuger à chacun doit être en raison respective des pertes qu'il a essuyées. Le prince Stathoudre de Hollande et le duc de Modène seront compris dans le nombre des princes à dédommager, et les concessions qu'on leur accordera seront fixées entre les parties contractantes sous la médiation de S. M. Impériale de toutes les Russies.

Article 3.

Dans le cas d'une reprise d'hostilité entre S. M. l'empereur roi et la république française, S. M. I. et R. Apostolique donnera son accession comme chef et coétat de l'Empire à la pacification germanique, et elle continuera d'employer tous ses soins et ses efforts conjointement avec S. M. Prusienne pour l'amener à une prompte et heureuse issue.

Article 4.

Si cependant, dans le cas présupposé d'une reprise d'armes entre l'Autriche et la France, celle-ci refusait à donner suite à la négociation de paix avec l'Empire germanique, S. M. le roi de Prusse s'engage d'employer ses bons offices auprès de la république française, pour la déterminer à reconnaître et respecter la neutralité de l'Empire ou à conclure un armistice ou une trève à long terme, pendant lesquels le cours du Rhin serait la ligne de démarcation entre les armées respectives, et dans le cas où — la république française refusant de donner les mains à ce dernier arrangement — la guerre avec l'Empire germanique deviendrait inévitable, S. M. Prussienne s'engage à assurer le repos du nord de l'Allemagne au moyen de la ligne de démarcation, laquelle sera spécifiée à la fin de la présente convention, et à ne jamais permettre aux troupes françaises de passer par aucun des pays compris dans la dite ligne de démarcation. S. M.

Prussienne promet en même temps, loin d'entraver les opérations des armées de S. M. l'empereur, de les favoriser autant que possible, et particulièrement de joindre ses soins à ceux de sa dite Majesté Impériale, pour engager les différents États germaniques, nommément la Saxe et les autres princes les plus puissants, à ne pas abandonner dans une pareille extrémité la patrie commune, mais d'accourir généralement à sa défense, en fournissant au moins leurs contingents respectifs conformément à la constitution et aux loix de l'Empire.

Article 5.

L'empereur roi accordera son consentement en sa qualité de chef de l'Empire à la suppression de tous les procès, qui ont été élevés devant les tribunaux de l'Empire au sujet des affaires entre S. M. Prussienne et ses coétats en Franconie, supposé que cette suppression soit agréée par la diète de l'Empire à la pluralité des suffrages, et S. M. I. et R. Apostolique, en sa qualité de roi de Bohème et d'archiduc d'Autriche, s'engage à employer tous ses soins auprès de ses coétats de l'Empire, pour que ces procès soient supprimés à la satisfaction de S. M. Prussienne.

Article 6.

S. M. l'empereur roi accorde pareillement, en sa qualité de chef de l'Empire, la concession du privilége de non appellando à S. M. Prussienne pour les principautés d'Anspach et de Bayreuth, et les actes en seront expédiés dans les formes requises et légales.

Article 7.

Ce présent acte ayant été conclu et signé sous la médiation de S. M. l'empereur de Russie, les hautes parties contractantes sont convenues de requérir sans délai dans les formes usitées sa susdite Majesté Impériale

de toutes les Russies, pour qu'elle veuille bien accorder en même temps sa garantie à toutes les stipulations y contenues.

XLII. (Beilage D.)

FRANZ II. AN PAUL I.

Vienne, ce 23 juillet 1798.

Mr. mon frère! À l'époque, où V. M. Impériale est l'arbitre de toutes mes déterminations, où le sort de l'Europe est entre ses mains, j'ai cru ne pouvoir différer de faire retourner auprès d'elle mon ambassadeur à sa cour, le comte de Cobenzl. La direction intérimale, dont je l'ai chargé, de mon département des affaires étrangères, ma confiance illimitée en lui et la connaissance qu'il a de mes intentions et des intérêts de ma monarchie, sont autant de motifs qui dans un moment comme celui-ci m'ont paru rendre sa présence d'autant plus nécessaire à Pétersbourg. Puisqu'il connaît tous mes sentiments, il sait mieux que personne, jusqu'où va mon tendre et inviolable attachement pour V. M. Impériale, ma confiance sans bornes dans son amitié. C'est d'elle que j'attends les conseils qui me décideront dans la circonstance la plus importante de mon règne.

Au moment, où le comte de Cobenzl allait partir, je reçois les observations de la cour de Berlin sur le projet éventuel qui lui a été présenté par les ministres de V. M. J'y trouve avec la plus vive douleur, outre les prétentions les plus injustes et qui détruisent, jusqu'à l'apparence de parité dans les conditions, la déclaration formelle: que dans aucun cas le roi n'abandonnera son système envers la république française, en sorte que les destructeurs de l'ordre social pourront tout demander, tout entreprendre, sans que la cour de Berlin veuille jamais s'y opposer, même avec les plus modiques efforts. La puissante intervention de V. M. Impériale, de l'auguste souverain dont

la sagesse et la prévoyance apprécient si bien les dangers communs, n'aura donc abouti qu'à un refus absolu, à l'aveu positif d'une apathie à toute épreuve, que l'on pouvait soupçonner, mais dont on n'avait pas encore la certitude d'une manière aussi prononcée.

Ne voulant négliger aucun des moyens qui pourrait conduire à éclairer le roi de Prusse sur ses vrais intérêts, j'ai donné ordre au comte Cobenzl de prendre la route de Berlin en se rendant à Pétersbourg, de s'y concerter avec les ministres de V. M. et de tenter encore conjointement avec eux un dernier effort auprès de ce monarque. Mon ambassadeur aura l'honneur d'informer lui-même V. M. Impériale du résultat de cette tentative, dont j'avoue que l'on peut difficilement espérer un grand effet.

Mais parce que la cour de Berlin, par un aveuglément inexplicable, va elle même au-devant de sa ruine, qu'elle méconnaît ce qui seul peut encore la sauver, faut-il donc, en l'imitant, souscrire à une destruction générale? Faut-il que les Français restent maîtres de Malte, de l'Italie, de la Suisse et des deux rives du Rhin, outre ce que la flotte de Bonaparte va peut-être encore leur asservir? qu'ils républicanisent les États du roi de Sardaigne, dont la capital est déjà entre leurs mains? qu'encouragés par l'impunité, par les dangers qu'ils courent à faire entrer leurs troupes dans leurs foyers, ils finissent par subjuguer tous les États, en les attaquant l'un après l'autre? qu'on assure leurs succès, en leur laissant le temps de consolider leur ouvrage? en négligeant de profiter du moment, où leurs forces sont éparses et les peuples révoltés partout contre leur tyrannie? Telles sont les importantes questions dont la solution est soumise à V. M. Impériale; je m'en rapporte à ce qu'elle jugera être de l'intérêt commun. Mon ambassadeur est chargé

de me transmettre ses réponses que j'attends avec une impatience proportionnée à l'importance de l'objet. Je n'ajouterai plus ici que l'assurance de la sincère amitié et de la haute considération, avec lesquelles je suis etc.

LXIII. (Beilage E.)

FRANZ II. AN DIE KAISERIN VON RUSSLAND.

Vienne, ce 23 juillet 1798.

Madame ma très chère soeur! L'importance des circonstances du moment m'ayant déterminé à faire repartir pour Pétersbourg mon ambassadeur, le comte de Cobenzl, je profite avec empressement de cette occasion, pour renouveler à V. M. Impériale l'assurance du tendre et inviolable attachement dont je suis pénétré pour elle. Je sais, Madame, combien vous avez daigné prendre part à mes peines, lorsque l'ennemi avait pénétré jusqu'au coeur de mes États; l'intérêt que vous m'avez marqué à cette occasion a droit à ma plus vive reconnaissance. Le danger n'est pas passé: toutes les entreprises des Français annoncent trop évidemment le projet de bouleverser successivement ce qui reste de gouvernement régulier, pour qu'on puisse se faire illusion à cet égard, — et il ne serait plus temps de les arrêter, si on leur laissait celui de consolider ce qu'ils ont déjà fait. Intimément convaincu de cette vérité, je suis prêt à renouveler mes efforts et à employer tous les moyens que la providence a mis entre mes mains, pour peu que par les secours de mes alliés je sois à même de concevoir l'espoir d'un heureux succès.

Je conçois le bonheur des dignes frères de V. M. Impériale, les princes Ferdinand et Alexandre de Württemberg, de se trouver auprès d'elle; les sentiments que je leur ai voués me font partager leur satisfaction. Je prie V. M. Impériale d'être bien persuadée, que je ne laisserai jamais échapper aucune occasion de leur prouver mon attachement.

Agréez, Madame, l'assurance de la vive amitié et de la tendresse fraternelle, avec lesquelles je suis pour la vie etc.

LXIV.

THUGUT AN COBENZL.

Vienne, ce 28 juillet 1798.

Quoique je ne doute point que V. E. n'ait été informée, dès son arrivée à Dresde et à Berlin, du contenu de la dernière note des plénipotentiaires français à Rastadt en date du 1er messidor, je n'ai pas moins cru devoir lui transmettre les copies ci-jointes des dépêches de Mr. le comte de Lehrbach qui en rendent compte d'une manière détaillée.

Quoique les Français n'apportent jusqu'ici que des adoucissements bien peu essentiels à l'exagération de leurs demandes précédentes, il n'en est pas moins important de prévoir le cas, où la majorité de la députation de l'Empire, intimidée et séduite par les artifices des Français et du parti prussien, opinerait pour la démolition d'Ehrenbreitstein, pour la cession de Castel, enfin pour une paix aux conditions quelconques exigées par le directoire de Paris.

Dans cette hypothèse il devient sans doute plus que jamais urgent de s'occuper et de convenir des moyens les plus efficaces à employer pour assurer l'exécution du traité qui rétablirait la paix entre l'Empire et la France, sans quoi il n'est que trop certain que, sous prétexte d'attaquer les États de S. M., en cas d'une rupture avec nous, les Français, sans égard aux avantages obtenus par la pacification germanique, n'en viendraient pas moins inonder, dévaster et révolutionner l'Allemagne.

Il semble que la mesure la plus utile à prendre en pareil cas serait le rassemblement immédiat d'une armée de l'Empire, composée des contingents de tous les États

germaniques sans exception: aucun ne pouvant, pour s'en dispenser, alléguer des conventions antérieurement conclues d'une prétendue neutralité, puisqu'il ne s'agira pas d'aucune vue hostile contre la France, mais uniquement d'une armée d'observation, chargée d'appuyer et de maintenir ce qui aurait été stipulé dans le traité concernant la neutralité de l'Allemagne dans la supposition d'une reprise d'armes entre l'Autriche et la France.

La nécessité de régler d'avance entre les cours prépondérantes de l'Allemagne l'article des indemnités méritera également la plus haute considération, parce qu'il est indubitable, qu'autrement dans les derniers moments, où la pusillanimité dirigerait toutes les délibérations de la députation de Rastadt, les Français et la faction prussienne parviendraient aisément à anéantir la constitution par un renversement total de toutes les propriétés dans l'Empire.

Pour tous ceux chez qui des motifs d'avidité n'ont pas éteint tout sentiment patriotique il est incontestablement de la plus grande évidence, que le système d'agrandir les princes laïques dans l'Empire est de tous le plus destructif pour l'Allemagne et le plus dangereux par ses suites pour tout le reste de l'Europe. Si quelque chose peut arrêter désormais le torrent des projets dévastateurs des Français, surtout en Allemagne, c'est l'opposition des grandes puissances, dont les efforts ne puissent point être gênés par la malveillance d'autres États moins considérables; or, si l'on supposait l'Empire partagé entre quelques princes laïques, chacun ayant une certaine consistance, il est aisé à prévoir, et quelques exemples ne l'ont déjà que trop prouvé dans le cours de la guerre présente, que l'illusion de quelque avantage momentané et l'envie irréfléchie de jouer un rôle entraîneraient facilement et dans toutes les occasions plusieurs d'entre eux, à seconder inconsidérément et sans aucun retour sur l'avenir les vues des

Français, à entraver, à paralyser l'énergie que les grandes puissances déployeraient encore pour le salut commun et à devenir ainsi eux-mêmes l'instrument de la perte de l'Empire et de l'Europe.

S. M. s'en rapporte avec confiance au zèle et à la dextérité si souvent éprouvés de V. E., de faire valoir, surtout auprès des plénipotentiaires russes, toutes les considérations que l'importance de l'objet et du moment présente en foule. J'ose prier V. E. de vouloir bien donner communication à Mr. le prince de Reuss des dépêches de Mr. le comte de Lehrbach.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXV.

THUGUT AN COBENZL.

Vienne, ce 19 août 1798.

Je ne doute point que le retour de V. E. à Pétersbourg n'y ait précédé l'arrivée du courrier que je fais partir aujourd'hui; l'empereur apprendra avec intérêt et plaisir, monsieur le comte, que votre santé n'ait point souffert malgré les nouvelles fatigues de ce voyage.

J'ai soumis à S. M. toutes les dépêches que V. E. m'a fait l'honneur de m'adresser de Dresde et de Berlin; quoique les efforts de votre zèle n'aient pas produit auprès de ces deux cours les résultats, auxquels nous aurions pu nous attendre, si la honteuse dépendance de la Saxe et la perversité de la Prusse ne nous eussent été d'avance connues, l'empereur n'en a pas moins rendu justice et donné la plus entière approbation à toute la conduite de V. E., marquée au coin de cette sagesse et de cette sagacité dont vous avez déjà fourni tant de preuves dans les occasions les plus importantes, et qui ont à si juste titre acquis à V. E. toute la confiance de S. M.

Supposé qu'il fût jugé convenable de donner encore suite en manière quelconque à la négociation avec la

Prusse, il semble que les points, sur lesquels il pourrait être le plus essentiel d'insister, seraient les suivants:

1⁰ Une promesse solennelle de la plus stricte neutralité à observer de la part de la cour de Berlin; une assurance positive de s'abstenir de toute nouvelle liaison avec la France, de tout ce qui indiquerait la moindre partialité en sa faveur.

2⁰ Un engagement bien formel et clairement énoncé, de faire cause commune avec les deux cours impériales en tout ce qui concerne les affaires de Pologne et de coopérer loyalement avec elles à y garantir la tranquillité et défendre les possessions respectives; quoiqu'au fond il paraisse difficile d'imaginer que les Français puissent jamais parvenir à exécuter dans ce pays-là les projets sinistres, que leur perfidie et leur acharnement infernal à bouleverser l'Europe sont capables d'enfanter.

3⁰ Une détermination précise et distincte de la ligne de démarcation prussienne, pour qu'en connaissant d'une façon non équivoque les différentes contrées que l'on peut censer d'y être comprises, aucun autre État germanique ne puisse être détourné de la prestation de son contingent constitutionnel à l'armée de l'Empire.

4⁰ Il serait sans doute très désirable qu'en conséquence de la déclaration, faite par Mr. le comte de Haugwitz, d'une parfaite uniformité des sentiments de S. M. Prussienne, l'on pût convenir dès à présent entre les deux cours par un accord solide et sous la garantie de la Russie, qu'à quelque époque que la paix de l'Allemagne vienne à avoir lieu, l'on n'admettra point le système des sécularisations et des dédommagements d'une partie des États de l'Empire par des acquisitions territoriales aux dépens de leurs coétats; mais que tout au plus il serait adjugé aux principaux perdants des compensations pécuniaires modérées, dont le clergé immédiat de l'Empire

serait chargé, et dont la quotité et le montant seraient réglés et déterminés par la diète de l'Empire sans l'influence et l'intervention de la France.

Pour fixer plus particulièrement son opinion sur ces différents objets, S. M. attend l'arrivée prochaine de Mr. le maréchal prince de Repnin, — ce plénipotentiaire étant muni des pouvoirs les plus amples et connaissant dans toute leur étendue les vues et les intentions de S. M. Impériale de toutes les Russies, auxquelles S. M. est disposée à déférer dans toutes les occasions avec la confiance la plus entière.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXVI.

THUGUT AN COBENZL

Vienne, ce 19 août 1798.

Quoique S. M., dans sa lettre autographe, se soit empressée de témoigner elle-même à son auguste allié les vifs sentiments de joie et de gratitude que lui ont inspirés les dernières résolutions prises à Pétersbourg, V. E. ne saurait faire usage de termes trop expressifs pour faire connaître de son côté les transports d'allégresse et d'admiration qu'ont excités ici les déclarations faites par Mr. le comte de Rasumowsky relativement à la marche immédiate de 16.000 hommes d'infanterie, composant le contingent de l'alliance, indépendamment des forces considérables que S. M. Impériale de toutes les Russies destine encore par la suite au soutien de la cause générale. Jamais l'Autriche reconnaissante ne perdra le souvenir des grandes et nobles preuves de loyauté qu'elle reçoit en ce moment de sa fidèle alliée, la Russie. L'assurance du puissant appui de Paul I. va relever, nous l'espérons, le courage de l'Europe abattue par les désastres passés, et ce souverain magnanime, qui par ses grandes vertus s'est déjà acquis tant de droits à la vénération

publique, va y joindre encore la gloire d'avoir été l'égide et le sauveur de tous les gouvernements légitimes.

En attendant, il est dans ce moment pour nous de la plus haute importance que la marche du contingent de 16.000 hommes soit accélérée au possible. C'est d'abord l'unique moyen de faire cesser enfin l'illusion perfide que la cour de Berlin, malgré les déclarations faites par Mr. le maréchal de Repnin et Mr. le comte de Panin, continue d'entretenir auprès du gouvernement français et parmi ses adhérents en Allemagne: „que jamais la Russie ne réaliserait des mesures efficaces et actives en faveur de l'Autriche." Il est ensuite à considérer qu'il faudra à peu près trois mois encore, avant que les troupes russes puissent de nos frontières s'approcher de l'ennemi et entrer sur le territoire de l'Empire; qu'il est aussi très possible qu'à la première nouvelle positive de leur mise en mouvement l'armée française reprenne les hostilités et fasse les plus grands efforts pour obtenir quelque avantage décisif, dont par la suite l'on aurait bien de la peine à réparer l'inconvénient.

L'on attend donc ici avec impatience l'arrivée de Mr. le maréchal prince de Repnin pour discuter et régler plus particulièrement ces objets; du reste toutes les dispositions sont déjà faites dès à présent, pour qu'en Gallicie, et par suite en Moravie et en Bohème, l'approvisionnement du corps russe n'éprouve aucune difficulté.

Une autre circonstance qui rend le complétement des forces destinées à agir contre les Français et par conséquent la plus prompte marche des troupes russes très pressants, c'est qu'outre le danger prochain du bouleversement du pays des Grisons, auquel nous ne saurions consentir, les différends entre la cour de Naples et le gouvernement français sont parvenus au point, qu'une explosion d'hostilités de ce côté-là paraît tout près d'écla-

ter: le ton d'une insolence insupportable, dont les agents français se servent depuis quelque temps à Naples et qui ressemble assez à celui qu'ils se permettent en Piemont, n'indique que trop les intentions du directoire pour une nouvelle rupture, et l'admission de l'escadre anglaise dans les ports de la Sicile ne peut guère manquer d'y fournir le prétexte.

À de certains égards le moment actuel ne semblerait nullement défavorable pour la reprise des armes; une violente insurrection vient de se manifester dans la plupart des lieux des ci-devant États du Pape qui avoisinent les frontières napolitaines; il règne dans la Cisalpine et dans les autres nouvelles républiques d'Italie beaucoup de mécontentement et de confusion, et la majorité des Suisses ne paraît qu'attendre le recommencement des hostilités, pour faire les plus grands efforts à sécouer le joug de ses oppresseurs.

Mais deux considérations du plus grand poids ont engagé jusqu'ici S. M. à ne rien précipiter.

V. E. sent d'abord elle-même la haute importance dont il est pour nous, de priver le directoire de l'avantage immense qu'il tirerait pour sa force et sa consistance dans l'intérieur de la France, s'il pouvait avec quelque apparence de raison rejeter sur nous l'odieux d'une nouvelle rupture et nous induire perfidement à une reprise d'armes prématurée qui ne fût pas évidemment motivée sur l'intolérable injustice de ses propres procédés.

D'un autre côté, plus S. M. est décidée à mettre d'énergie et de constance dans la nouvelle lutte qui s'ouvrira, plus il est de sa sagesse de chercher à s'assurer d'avance des moyens de la soutenir avec succès: or, outre l'éloignement encore très considérable des secours russes, l'Angleterre, sous des prétextes frivoles connus à V. E. et dont l'incongruité manifeste est pour nous très inquié-

tante, a différé jusqu'à présent de procéder à l'arrangement à concerter préalablement avec elle sur l'indivisibilité des deux puissances à la paix future, sur l'entretien d'une escadre permanente dans la Méditerranée et particulièrement aussi sur les subsides et facilités pécuniaires dont nous avons un besoin indispensable; les réponses, que nous comptons recevoir sous quelques jours de Londres, nous informeront de l'effet que pourraient avoir produit les nouvelles représentations très instantes que nous avons faites sur ces divers objets.

Au surplus, V. E. sera étonnée d'apprendre que nous sommes jusqu'à l'heure qu'il est dans une ignorance parfaite sur l'expédition de Bonaparte; pendant plusieurs jours toutes les lettres d'Italie étaient remplies de la nouvelle d'une défaite totale de l'escadre française; aujourd'hui nous sommes instruits par des avis authentiques de Naples, que l'amiral Nelson est revenu le 19 juillet à Syracuse, après avoir visité les côtes de l'Égypte et parcouru une grande partie des mers ottomanes, sans avoir découvert la moindre trace de Bonaparte ni de son convoi. On doit regarder comme un fait vraiment unique dans l'histoire la disparition subite d'une escadre de plus de trois cents voiles, en y comprenant le nombre énorme de ses transports. Mr. Nelson ayant reçu d'Angleterre un renfort d'un vaisseau de 64 canons et de 8 frégates, et les vaisseaux de ligne portugais déjà arrivés à Livourne devant également s'y joindre, cet amiral se proposait de se remettre en mer vers la fin de juillet pour continuer ses recherches.

D'autres lettres portent qu'on aurait vu l'escadre de Bonaparte vers Biserte sur les côtes de l'Afrique, et l'on craint à Naples que les Français pourraient bien revenir de là se jeter sur l'Italie ou sur la côte occidentale de la Sicile.

Quoiqu'il en soit, la destination permanente d'une escadre d'une force suffisante pour protéger la Méditerranée et l'Adriatique étant évidemment une des choses les plus indispensables pour faire la guerre avec succès, nous espérons que la Russie, vu le généreux intérêt qu'elle prend à la cause générale, voudra bien s'unir à nous pour obtenir de la cour de Londres une promesse positive à ce sujet. Je prie V. E. de s'entendre avec Mr. le duc Serracapriola, qui sera de son côté dans le cas de faire des représentations à Pétersbourg sur ce point important. S'il faut reprendre les armes, il est sans doute de la nécessité la plus urgente de se concerter préalablement et d'une manière solide sur tous les objets; des équivoques et le peu d'accord dans les mesures ont fait jusqu'ici tous les malheurs des coalisés; la retraite aussi inopinée que peu réfléchie de l'escadre anglaise de la Méditerranée en 1796 a été seule la cause principale de la perte de toute l'Italie.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXVII.

THUGUT AN COBENZL.

Vienne, ce 30 septembre 1798.

J'ai l'honneur de transmettre ici à V. E. copie d'une dépêche de moi à Mr. le prince de Reuss,*) relative à des ouvertures faites ici par Mr. le comte de Keller et à la réponse qui va y être donnée d'ordre de S. M.; nous espérons que cette réponse obtiendra le suffrage de la cour de Pétersbourg, notre intime alliée, et qu'elle envisagera sous le même point de vue que nous cette nouvelle manoeuvre prussienne, qui ne tendait pas à moins qu'à nous engager à consolider l'anarchie actuelle de l'Italie et de la Suisse, à y assurer à jamais au directoire des moyens infaillibles de révolutionner le reste de l'Europe,

*) Siehe die nächstfolgende Depesche LXVIII.

à nous priver enfin de toute espérance d'étendre nos acquisitions en Italie en compensation quelconque de nos énormes sacrifices, et le tout sous le prétexte de sauver les territoires de Kehl et de Castel à l'Empire, qui lui-même n'a jamais voulu se défendre, qui par sa lâche désunion a été cause de toutes nos pertes, et en faveur duquel la Prusse refuse de son côté de faire le moindre effort.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXVIII.

THUGUT AN REUSS.

Vienne, ce 27 septembre 1798.

Mr. le comte de Keller, en conséquence des ordres de sa cour, vient de faire l'ouverture suivante:

Que Sieyes avait, il y a quelque temps, déclaré à Berlin, que le directoire français désirerait de concerter avec S. M. Prussienne et les autres membres principaux du corps germanique les mesures les plus propres pour rétablir la paix continentale, et que, si la Prusse se refusait à cette offre, la France se verrait dans le cas de s'entendre séparément avec l'Autriche, au moyen de quoi le congrès de Rastadt deviendrait un objet accessoire et entièrement subordonné aux arrangements que le directoire prendrait avec l'empereur; que par ordre du roi il avait été répondu à Sieyes, qu'aucun motif quelconque n'entraînerait jamais la cour de Berlin au-delà des limites du système d'une stricte neutralité, adopté par S. M. Prussienne; mais que le roi était disposé à employer ses bons offices pour l'aplanissement des difficultés relatives au traité de Campo Formio et qui pourraient exister encore entre l'Autriche et la France, — S. M. Prussienne étant persuadée que, pourvu que le directoire se désistât de ses prétentions sur des parties quelconques de la rive droite du Rhin, S. M. Impériale ne demande-

rait du côté de l'Italie aucune extension au-delà des frontières fixées par le traité de Campo Formio et se contenterait de quelques stipulations rassurantes relativement à la Suisse et à l'existence de Naples et de la Toscane.

D'après les ordres dont l'empereur a daigné me munir je ferai connaître incessamment à Mr. le comte de Keller, que S. M., regardant la communication qui venait de lui être faite comme un témoignage de la confiance et de l'amitié du roi, elle ne pouvait qu'y être infiniment sensible; que S. M. croyait ne pouvoir mieux répondre aux sentiments du roi qu'en lui renouvelant l'assurance du soin constant qu'elle apporterait de son côté dans tous les temps à cultiver et consolider les liens de l'harmonie parfaite et de l'amitié étroite qui l'unissent à S. M. Prussienne; que, quant à la pacification de l'Empire, objet d'un égal intérêt pour les deux cours, S. M. continuerait avec plaisir à examiner et combiner avec S. M. Prussienne, sous la médiation de S. M. l'empereur de toutes les Russies, tous les moyens propres à accélérer et à faciliter cet ouvrage salutaire; que les sacrifices énormes que l'empereur depuis le commencement de la guerre avait faits pour la défense de l'Empire, et la conduite du ministre d'Autriche à Rastadt étaient de sûrs garants de la sollicitude de S. M. pour ses coétats et de la continuation de ses efforts pour leur procurer une paix acceptable; mais qu'il était évident que les autres difficultés qui subsistent ou subsisteraient entre l'Autriche et la France étaient des objets totalement distincts de la pacification de l'Empire; que nommément des mesures qu'en tout cas il pourrait être nécessaire d'adopter en Italie, se rapportant exclusivement à la tranquillité des provinces italiennes de S. M., à la sûreté de la Toscane, Secundo

Géniture de sa maison, à celle du roi de Naples, allié de S. M., et de plus les arrangements à prendre de ce côté-là ne pouvant, par la distance des lieux et la nature des choses, présenter à la Prusse aucun intérêt et moins encore aucun motif de jalousie, il était naturel pour S. M. de craindre les délais qui résultent toujours inévitablement dans les négociations d'une intervention étrangère, intervention qui d'ailleurs, dans le cas particulier dont il est question, ne remplirait nullement le but que la loyauté de S. M. Prussienne sans doute se propose, vu que, pour peu que le directoire de Paris veuille donner accès aux réclamations de la justice et de la bonne foi, l'on ne doit avoir nulle peine à convenir entre les deux puissances de termes conciliatoires, et si au contraire le directoire français s'obstinait à suivre son système de provocation des autres gouvernements et ses projets d'une désorganisation progressivement générale, il est aisé de juger du peu d'effet que produiront toujours sur lui de bons offices par l'indécente indifférence marquée pour tous ceux employés jusqu'ici à Rastadt en faveur de l'Empire.

S. M. vous charge, mon prince, de vous expliquer dans ce même sens vis-à-vis de Mr. le comte de Haugwitz. Elle désire que V. A. concerte avec Mr. le comte de Panin la manière la plus convenable de ne pas laisser ignorer notre ferme détermination à ne jamais permettre, que la cour de Berlin prenne aucune part à nos discussions avec la France autres que celles qui concerneraient l'Empire, sans cependant nous écarter du ton de modération et de ménagement que la cour de Pétersbourg, notre intime alliée, nous conseille de conserver vis-à-vis de la Prusse.

L'intention de S. M. est aussi que V. A., pour procéder vis-à-vis de Mr. de Haugwitz à l'explication prescrite, saisisse la première occasion d'une conférence qui lui sera commune avec Mr. le comte de Panin, S. M. étant irré-

vocablement déterminée à éviter toute discussion d'affaires avec la Prusse sans l'intervention de la Russie.

Du reste il est superflu d'observer ici tout ce qu'a de révoltant et d'odieux la démarche faite par le canal de Mr. de Keller, qui évidemment n'a eu d'autre but que de tenter à reproduire sous une autre forme la prétention déjà formellement rejetée dans les conférences précédentes, tant par nous-mêmes que par les plénipotentiaires médiateurs, — celle, de borner nos acquisitions en Italie strictement aux frontières désignées dans le traité de Campo Formio, frontières dont un examen plus mûr nous a démontré l'insoutenable incongruité, et auxquelles surtout les événements survenus depuis rendent indispensable d'apporter des changements.

Que penser d'ailleurs d'une cour qui veille avec tant d'attention, avec une si tendre sollicitude sur la conservation des nouvelles républiques en Italie? qui s'épuise en tentatives pour empêcher que la masse démocratique n'y reçoive aucune altération ni diminution? qui paraît y envisager avec effroi la possibilité de la destruction de l'anarchie, le retour de la religion et d'un meilleur ordre des choses? Comment concilier des vues, aussi dignes de mépris et diamétralement opposées à l'intérêt général, avec ces inquiétudes hypocrites que l'on affecte quelque fois à Berlin vis-à-vis des deux cours impériales sur les projets des Français et les progrès de leurs fureurs dévastatrices?

Il n'échappera pas non plus à V. A., que les insinuations du comte de Keller se refèrent à une démarche de Sieyes, faite il y a déjà environ six semaines par le canal de Mr. de Zastrow, et sur laquelle il nous était parvenu quelques notions par d'autres voies; le temps considérable qu'on a laissé écouler, avant de faire une ouverture aussi tardive qu'infidèle, indique assez la duplicité

et la mauvaise foi, ainsi que le parti qu'on avait pris sans doute, d'attendre préalablement le résultat de ce qui à la suite des offices de Sieyes peut avoir été négocié avec le directoire par Sandoz, sur quoi il serait bien essentiel de se procurer quelques éclaircissements.

En m'acquittant avec un vif plaisir de l'ordre de S. M. de vous renouveler, mon prince, les témoignages de la satisfaction qu'elle ne cesse d'éprouver de votre zèle pour son service, j'ai l'honneur d'être etc.

LXIX.

THUGUT AN COBENZL.

(En chiffre.) Vienne, ce 23 octobre 1798.

J'ai l'honneur de faire part à V. E. de l'extrait ci-dessous d'une pièce secrète*) qui fait connaître clairement: 1⁰ qu'un des principaux motifs qui ont fait agréer et accueillir à Berlin l'idée d'une neutralité pour l'Empire a été toujours l'espérance, que l'exécution de ce projet servirait à embarrasser les deux cours impériales et finirait par tourner à leur désavantage. Le colloque de Mr. de Goertz avec Roberjot prouve en même temps 2⁰, que malgré les assurances hypocrites du comte de Haugwitz les Prussiens n'ont nullement discontinué leurs manigances secrètes avec les Français pour nuire aux intérêts des alliés. Je suis bien sûr que V. E. ne manquera pas de faire de ces notions l'usage le plus convenable pour dessiller de plus en plus les yeux au ministère de Pétersbourg sur la duplicité prussienne et pour le prémunir contre les effets de l'aveuglement actuel du comte de Panin, devenu tout à coup, je ne sais comment, l'apologiste du comte de Haugwitz et ne cessant d'exalter sa loyauté présente et presque sa bonhommie.

. . . . Insertion de la pièce. . . . .

J'ai l'honneur d'être etc.

---

*) Das geheime Schriftstück fehlt.

LXX.

THUGUT AN COBENZL.

Vienne, ce 11 novembre 1798.

Je profite aujourd'hui d'un courrier de Mr. le comte de Rasumowsky pour accuser la réception des dépêches de V. E. en date du 14 du mois passé et qui me sont parvenues, voie de Berlin, par Mr. le prince de Reuss.

Les copies ci-jointes de la correspondance qui, depuis le départ de mon dernier courrier pour Pétersbourg, a eu lieu entre Mr. le prince de Reuss et moi, feront connaître à V. E. la suite ultérieure de nos relations avec le cabinet de Berlin, et dont vous voudrez bien, Mr. le comte, informer confidentiellement le ministère de S. M. Impériale de toutes les Russies.

En suivant avec quelque attention le fil de la conduite de la Prusse, il serait difficile de se dissimuler son opiniâtre persévérance dans les intentions les plus équivoques. Quelque fertile que soit d'ailleurs Mr. le comte de Haugwitz en chicanes et subtilités pour embrouiller et traîner les affaires, on le voit dans ce moment ne pas dédaigner même les prétextes les plus absurdes, tels que celui de l'inquiétude que le roi son maître pourrait avoir, d'être troublé par nous dans l'expédition qu'il se déterminerait en tout cas d'entreprendre du côté de la Hollande, — prétexte qu'on ne peut regarder que comme une vraie dérision, vu la situation générale des circonstances, indépendamment de l'exposition faite en différentes occasions de notre façon de penser aussi amicale que généreuse à cet égard, et dont V. E. a elle-même en dernier lieu renouvelé les assurances à son passage à Berlin.

Le fait est: que le cabinet de Berlin, au lieu d'avoir jusqu'ici aucune disposition sincère de se déclarer contre la France, ne s'occupe qu'à éloigner la possibilité d'y être

entraîné par les circonstances; que sous ce point de vue les apparences de la formation prochaine d'une nouvelle coalition, plus formidable pour la France que ne l'a été l'ancienne, font le tourment de la vie de Mr. le comte de Haugwitz; que trop faible, trop pusillanime pour laisser apercevoir de la part de la Prusse une opposition ouverte à cette coalition, il croit plus sûr d'en retarder au moins les arrangements définitifs par des feintes démonstrations de quelques demi-velléités d'y accéder; se flattant que le désir de vérifier ces espérances illusoires suspendra le concert final entre les alliés; que la détermination relative aux secours pécuniaires à accorder aux deux cours impériales sera d'autant reculée en Angleterre par la présomption d'être dans le cas d'en accorder aussi à la Prusse; que les alliés, dans l'incertitude, seront hors d'état de fixer un plan stable et précis pour les opérations à entreprendre, et qu'enfin il résultera de tout cela une perte de temps considérable, qui pourrait amener encore quelque chance favorable à la France.

Persuadés que c'est là le véritable système actuel de la cour de Berlin, nous sommes confirmés dans cette opinion par les avis authentiques qui nous sont parvenus sur les odieux artifices que Mr. le comte de Haugwitz emploie en même temps auprès des Turcs pour les détourner, s'il en était temps encore, des liaisons étroites qu'ils paraissaient prêts à former avec la Russie et l'Angleterre, en inspirant à la Porte de la méfiance contre ces deux puissances et en cherchant à la disposer à une réconciliation avec le directoire.

Au fond nous ne saurions nous empêcher de penser qu'il est encore en quelque sorte problématique, si l'association à la coalition d'une cour comme celle de Berlin, que l'on sait bien résolue d'avance à entraver plutôt par toutes sortes de manoeuvres, qu'à seconder dans les

occasions des progrès trop décisifs des alliés contre la France, sera plus avantageuse aux intérêts des confédérés que l'inaction de la même cour, à laquelle la prépondérance de S. M. Impériale de toutes les Russies saura bien la contraindre: dans tous les cas, si malgré cette considération l'on croyait utile de s'assurer d'une coopération quelconque de la Prusse, la voie la plus immanquable pour atteindre ce but sera toujours de déployer les moyens d'énergie les plus grands possibles contre la France, parce que l'on peut encore prévoir avec certitude, que, dès que la cour de Berlin verrait pencher la balance manifestement en faveur des alliés, elle s'empresserait elle-même d'offrir à la coalition l'hommage de sa bonne volonté, au moins apparente.

S. M. désire que V. E. fasse de ces réflexions l'usage convenable auprès du ministère de S. M. Impériale de toutes les Russies.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXXI.

THUGUT AN COBENZL.

(En chiffre.) Vienne, ce 11 novembre 1798.

J'ai l'honneur de vous communiquer ci-dessous l'extrait de la dernière dépêche de Berlin au ministre du roi à Constantinople, laquelle dévoile toute la turpitude du cabinet de Potsdam et prouve clairement, que pour le moment le principal objet de toutes les manoeuvres et de tous les efforts de la Prusse est d'empêcher ou de retarder au moins l'union tant redoutée à Berlin des puissances bien pensantes. C'est ainsi que, pendant qu'on présente de temps en temps au comte de Panin le leurre de la possibilité d'une coopération prussienne, afin de tenir en suspens la formation définitive des plans et concerts entre les puissances disposées à se coaliser, le même cabinet de Berlin cherche d'un autre côté à retenir la Porte de se livrer aux cours bien intentionnées, en excitant la méfiance

ordinaire des Turcs par les insinuations les plus perfides, telle que celle d'un complot existant, pour assurer à la Russie l'acquisition de l'île de Candie aux dépens de l'Empire ottoman; l'on y ajoute la réflexion insidieuse sur le peu de profit que la Porte retirerait de la présente guerre; l'on exalte la générosité de la conduite du directoire à l'égard de l'ambassadeur Turc à Paris, et ce sont évidemment autant d'arguments qu'on indique à Knobelsdorff de faire valoir, pour ralentir au moins l'ardeur des Turcs ou, s'il est possible, les ramener à des voies de reconciliation avec la France. Il est remis à la prudence consommée de V. E., de faire de cette pièce intéressante l'usage qu'elle jugera le plus utile. Si vous croyez que la communication en puisse porter un coup décisif, et que vous estimiez par conséquent à propos de permettre au prince Besborodko dans la plus étroite intimité d'en prendre lecture, V. E. sentira aisément la nécessité de s'assurer préalablement, par un engagement inviolable et par la promesse la plus solennelle, contre tout danger de voir compromettre en manière quelconque notre secret que les circonstances du temps vont nous rendre désormais de plus en plus précieux.

. . . . Insertion de la pièce secrète*) . . . .

P. S. Il est prétendu dans une pièce secrète officielle de Londres, que la cour de Pétersbourg y aurait fait part confidentiellement de la conclusion d'un traité d'alliance avec la Porte, dans lequel il aurait été stipulé un subside annuel de huit millions de piastres à payer par les Turcs à la Russie, et dont une partie serait fournie d'avance etc. V. E. parviendra sans doute à vérifier la réalité de cet avis, lequel, s'il était fondé, prouverait que l'on ne répond pas entièrement à Pétersbourg à cette confiance sans réserve que nous mettons dans nos com-

*) Das geheime Schriftstück fehlt.

munications avec notre intime allié; si vous croyez, Mr. le comte, que la multiplication du chiffre dans mon expédition d'aujourd'hui, observée dans la perlustration à Pétersbourg, pourrait y produire un mauvais effet, je me flatte qu'il sera aisé à V. E. d'y obvier, en insinuant sans affectation, que nous en usons de même par nos propres courriers pour les choses essentielles, parce qu'il est impossible de prévoir tous les accidents de la route qui pourraient livrer entre des mains étrangères des secrets également intéressants pour les deux cours.

LXXII.

THUGUT AN COBENZL.

Vienne, ce 11 novembre 1798.

Quelles que soient les apparences favorables qu'offrent pour les succès d'une nouvelle coalition le concours imprévu de différentes circonstances, les embarras et les revers actuels du directoire, et surtout les grands et généreux efforts que S. M. Impériale de toutes les Russies s'est décidée à déployer pour la cause commune, — il n'en est pas moins toujours à craindre, qu'à l'exemple de ce qui est arrivé au temps de la première coalition, l'égoïsme de quelques-unes des cours confédérées et la divergence entre les vues et projets respectifs ne fassent évanouir encore les plus flatteuses espérances.

La cour de Naples, entre autres, au lieu de se contenter de l'avantage précieux, de voir son existence garantie par l'appui des grandes puissances, induite par de mauvais conseils, semble dès à présent adopter une marche, propre à entraîner de grands inconvénients et à compromettre les plus importants intérêts par des vues inconsidérées d'une convenance isolée.

V. E. connaît notre traité conclu avec Naples au mois de mai dernier, d'abord rendu strictement defensif en conséquence de la demande expresse de S. M. Sicilienne,

et auquel S. M., d'après de nouvelles instances du roi son beau-père, a bien voulu faire ajouter par la suite un article portant que, si les États de S. M. Sicilienne étaient attaqués par les Français, en haine des secours fournis à l'escadre anglaise de l'amiral Nelson, S. M. regarderait une telle agression comme faisant partie des cas prévus dans les stipulations du traité.

Peu de temps après la cour de Naples nous annonça, qu'elle était dans l'intention de négocier une convention avec l'Angleterre, dans laquelle cependant le roi, pour éviter toute collision avec les engagements contractés dans son traité du mois de mai, se réserverait expressément la faculté de pouvoir faire sa paix conjointement avec l'Empereur, dès que les intérêts communs des deux cours paraîtraient l'exiger.

Tranquilles sur la bonne foi de cette assurance, nous poussâmes notre désir de complaire à la cour de Naples jusqu'à recommander à Mr. le comte de Starhemberg de favoriser par ses représentations les démarches du marquis de Circello, lorsque nous apprîmes inopinément, que le plénipotentiaire Napolitain allait consentir vis-à-vis du ministère de St. James à un article, dans lequel il serait statué que le roi des deux Siciles dans aucun cas ne ferait sa paix sans le concours de l'Angleterre.

Ainsi S. M., ayant promis de ne poser les armes, en cas de guerre, que conjointement avec la cour de Naples, celle-ci prenant le même engagement avec la cour de Londres, laquelle, de son côté, a contracté ou va contracter la même obligation vis-à-vis de la Porte, il en résulterait que nous nous trouverions, par le fait et sans aucun accord direct de notre part avec l'Angleterre et la Porte, dans la nécessité, au cas d'une nouvelle rupture, de continuer la guerre aussi longtemps qu'il plairait aux Turcs et à la cour de Londres.

L'empereur, loin de répugner à prendre avec ses alliés l'engagement de ne pas faire de paix séparée, serait certainement le premier à proposer une pareille promesse réciproque; mais S. M. doit désirer que cet article, comme de raison, soit réglé dans un concert commun entre les différents membres de la coalition, et il ne peut pas entrer dans ses vues, que la cour de Naples s'arroge le droit de nous imposer par surprise vis-à-vis d'autres puissances des obligations, auxquelles S. M. n'a pas directement consenti.

Ce qui ne nous a pas causé moins d'étonnement, c'est la découverte que nous avons faite par des voies non suspectes, que le marquis de Circello avait été muni d'instructions secrètes, pour chercher à faire garantir par l'Angleterre au roi de Naples la possession de Corfou et des autres îles ex-vénitiennes, étant autorisé d'offrir en tout cas l'île de Malte à la cour de Londres; certes, la cour de Naples ne pouvant méconnaître l'intérêt que S. M. doit prendre nécessairement au sort futur des îles ex-vénitiennes, ni ignorer non plus la protection hautement déclarée de S. M. Impériale de toutes les Russies en faveur du rétablissement de l'ordre de Malte, l'on n'aurait guère dû prévoir, qu'elle s'imaginerait autorisée à disposer de ces possessions secrètement et sans en avoir prévenu même les deux cours Impériales.

Heureusement l'Angleterre, reconnaissant l'inconvenance et le peu de solidité à transiger sur de pareils objets avec la cour de Naples, non seulement a évité d'entrer en discussion sur le sort futur de Malte et des îles ex-vénitiennes, mais renvoyé même à Londres la négociation ultérieure et la signature du traité proposé.

Mais si la sagesse du cabinet de St. James mérite à cet égard quelques éloges, il n'en persiste pas moins d'un autre côté avec une obstination vraiment odieuse

dans ses efforts de nous entraîner, prématurément et avant aucune convention préalable avec nous, dans une rupture ouverte avec la France, pour nous mettre totalement dans sa dépendance.

C'est en conséquence des démarches faites dans ce sens par le chevalier Hamilton à Naples, que S. M. Sicilienne vient de faire annoncer ici, qu'ayant appris par ses lettres de Paris la détermination du directoire à attaquer ses États, elle s'était décidée à ne pas différer de commencer elle-même les hostilités et à marcher vers Rome, bien persuadée, que S. M., reconnaissant l'existence évidente du casus foederis, appuyerait son entreprise de toutes ses forces.

Je n'ai pas besoin de vous dire, Mr. le comte, combien S. M. a dû être surprise et peinée en même temps d'une déclaration aussi singulière. Quant à la question du casus foederis, il suffit de renvoyer à la lecture de notre traité, mais je laisse à penser à V. E. les cris qui s'élèveraient en Allemagne, lorsque la reprise subite des hostilités en Italie amènerait nécessairement, et avant le temps, la rupture du congrès de Rastadt, dont il est de notre intérêt de ne pas faire retomber l'odieux sur nous: d'ailleurs nous ne sommes pas convenus encore de nos faits avec la cour de Londres; le corps auxiliaire que S. M. Impériale de toutes les Russies nous accorde a franchi à peine les frontières de la Galicie; si la saison peut être avantageuse pour les opérations dans la partie méridionale de l'Italie, une campagne d'hiver, gratuitement provoquée, causerait partout ailleurs immanquablement la ruine de notre armée et la mettrait hors d'état d'agir avec vigueur, lorsque le vrai moment en sera arrivé.

Il est une autre circonstance qui mérite la plus mûre considération: il est notoire que le directoire désire ardemment la guerre, mais comme la nation y répugne

fortement, les conseils, malgré leur lâche dévouement aux gouvernants, n'ont pu parvenir encore, ni à procurer au directoire les fonds nécessaires, ni à réaliser le recrutement ordonné; la politique des alliés semble donc devoir tendre à forcer les gouvernants à une rupture, dont toute l'iniquité puisse leur être imputée, et dans laquelle par conséquent les premiers revers peuvent leur devenir funestes; mais une levée de bouclier inconsidérée des alliés, une agression de leur part, qui ne sera pas préalablement justifiée par des motifs urgents et incontestables, popularisera la guerre en France, facilitera au directoire les moyens d'obtenir tout ce qu'il pourra souhaiter en argent et en hommes, le tirera de ses embarras actuels, relèvera tout à coup son crédit et sa puissance si fort déchus, et sera en effet le plus grand service qu'il fût possible de lui rendre.

En communiquant ces réflexions au roi de Naples, S. M. s'est crue dans le cas d'y ajouter la déclaration, qu'elle remplirait dans tous les temps avec la plus scrupuleuse exactitude toutes les stipulations, convenues pour le cas, où les possessions de S. M. Sicilienne fussent hostilement attaquées; mais que pour le moment les circonstances, où elle se trouvait, ne lui permettaient point d'aller au-delà, ni de coopérer avec le roi à une agression volontaire et prématurée, dont elle devait plus tôt prier S. M. Sicilienne de bien peser d'avance tous les dangers et tous les inconvénients.

S. M. désire, qu'en faisant part de ces faits au ministère de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, V. E. y joigne toutes les représentations et instances nécessaires, pour que la cour impériale de Pétersbourg veuille bien réunir ses soins aux nôtres, afin de détourner celle de Naples, pour le présent et dans l'avenir, de toute démarche inconsidérée pouvant compromettre sa propre existence et

préjudicier infiniment aux intérêts communs de la coalition. — En attendant que j'aie l'honneur, Mr. le comte, de vous entretenir sur divers autres objets par un courrier, que je dépêcherai infailliblement à V. E. sous quatre ou cinq jours, j'ai l'honneur d'être etc.

LXXIII.

THUGUT AN COBENZL.

Vienne, ce 26 novembre 1798.

J'ai l'honneur d'envoyer ci-joint à V. E. copie d'une dépêche de Mr. le prince de Reuss avec celle d'une lettre que m'a adressée Mr. le comte de Panin, et que je viens de recevoir en même temps par un exprès de Berlin.

Mr. le comte de Panin ne pouvant pas être mis dans la confidence des diverses notions secrètes, que j'ai communiquées à V. E. sur les manoeuvres du cabinet de Potsdam, sa propre loyauté et son désir de fortifier la coalition par la coopération prussienne peuvent sans doute le rendre plus accessible aux illusions, dans lesquelles le comte de Haugwitz croit devoir entretenir les deux cours impériales.

Mais il n'est pas moins vrai, qu'indépendamment même des avis secrets qui nous sont parvenus, la simple analyse de la conduite prussienne doit suffire pour dévoiler le peu de loyauté dans les démonstrations de bonne volonté, dont la cour de Berlin fait parade, et nommément à l'égard du principal article de la dépêche de Mr. le prince de Reuss: celui d'une neutralité pour l'Empire en cas de reprise des hostilités entre l'Autriche et le gouvernement français.

En jetant un coup d'oeil sur l'état actuel des choses, il serait présumable que les Français pourraient répugner fortement à consentir à une neutralité pour l'Empire: leurs troupes occupent une étendue de pays non indifférente, des positions avantageuses en deçà du Rhin que dans la

supposition d'une neutralité elles seraient obligées d'évacuer; la forteresse d'Ehrenbreitstein est près de tomber entre leurs mains, réduite par la famine, malgré les représentations affectées et les bons offices de la Prusse, toujours inefficaces, lorsqu'on ne laisse au directoire point de doute, que dans aucun cas ils ne seront appuyés par la force. La possession d'Ehrenbreitstein offrant aux Français de nouvelles facilités pour éloigner la guerre de leurs frontières, pour établir et soutenir en Allemagne le théâtre de leurs dévastations et de leurs brigandages, il serait difficile d'imaginer que, sans des considérations majeures, ils pussent être disposés à rénoncer à des avantages aussi précieux pour l'entretien de leurs troupes et pour subvenir par le pillage au peu de moyens de leurs finances.

Or, nous demandons à tout homme impartial, si, lorsqu'il s'agit d'un projet d'une exécution aussi peu aisée que le paraît être la neutralité de l'Allemagne, la cour de Berlin, en la supposant de bonne foi, n'aurait pas dû se prêter à notre invitation, de commencer d'abord par convenir des moyens à employer, pour mettre le directoire dans le cas d'adopter la proposition qui lui serait faite, avant d'entrer dans aucune des discussions accessoires, toutes parfaitement inutiles, aussi longtemps que l'on n'aura examiné et concerté le mode de réaliser l'objet dont tout le reste doit dépendre.

Au lieu de se rendre à la justesse de cette réflexion, Mr. le comte de Haugwitz cherche à amuser le tapis par des questions pour le moins oiseuses; par des doutes sur l'étendue que nous serions dans l'intention de donner à la neutralité du sud de l'Allemagne; par la demande qu'on fixe d'avance et avec précision tous les points, par lesquels la ligne de démarcation passerait, et qu'on détermine surtout dès à présent la position, peut-être même le quartier général de l'armée que nous rassemblerions dans

les parties du sud pour le soutien de cette neutralité germanique, qu'il n'y a jusqu'ici encore aucune apparence de voir réellement exister.

Si la raison pouvait quelque chose contre les écarts prémédités de Mr. le comte de Haugwitz, nous pourrions nous flatter, que la réponse que Mr. le prince de Reuss va lui donner incessamment d'ordre de S. M. lèverait bientôt tous ses scrupules au moyen de l'assurance: „Que nous n'entendons rien innover à l'étendue de la neutralité pour le nord de l'Allemagne, où la cour de Berlin pourrait s'en tenir à la démarcation établie par elle-même et observée jusqu'ici; que, quant à la neutralité appelée du sud, et dont la maison d'Autriche se chargerait plus particulièrement de maintenir l'observation, nous croyions, que tout ce qui appartient à l'Empire en deçà du Rhin et n'a pas joui jusqu'ici de la garantie de la ligne de démarcation prussienne, devait être censé compris dans la neutralité du sud; que nous pensions, que ce principe, et l'indication du cours du Rhin pour ligne de séparation entre les troupes respectives, à commencer depuis le point vis-à-vis d'Huningue, auraient pu servir de base générale entre les deux cours; que, les deux cours une fois d'accord sur les moyens dont il conviendrait de faire usage, pour faire adopter aux Français de façon ou d'autre le projet d'une neutralité pour l'Empire, des militaires de confiance, joints aux plénipotentiaires des deux cours à Rastadt, les auraient aidés dans la détermination plus particulière de tous les points, par lesquels la ligne de démarcation du sud passerait; et qu'enfin les généraux qui auraient été destinés au commandement des deux armées d'observation pour le sud et le nord, se seraient entendus entre eux sur la répartition la plus avantageuse de leurs troupes, pour être réciproquement en mesure de s'appuyer en cas d'événement.“

„Mais que le principal et le plus urgent était toujours, que les deux cours statuassent préalablement entre elles sur la marche à tenir, pour obliger les Français d'accéder au projet d'une neutralité pour l'Empire; que selon notre avis la proposition en devrait être faite en commun par les plénipotentiaires respectifs autrichiens et prussiens à Rastadt, dès que le congrès paraîtrait menacé de rupture, et que, si les Français affectaient d'accueillir avec dédain ou froideur une pareille ouverture, les ministres des deux cours devraient être autorisés d'avance à déclarer en commun, que leurs souverains respectifs ne sauraient souffrir que l'Empire, malgré les sacrifices immenses offerts pour obtenir la paix, malgré le désir manifesté de garder la neutralité jusqu'à l'entière pacification du continent, soit de nouveau exposé aux horreurs d'une dévastation générale; qu'ainsi les deux souverains étaient déterminés à défendre au besoin leurs coétats et leur commune patrie de toutes leurs forces et de tous leurs moyens etc.; qu'il était évident que, si la cour de Berlin n'était point préalablement décidée à appuyer la proposition de la neutralité avec toute l'énergie requise, cette proposition ne saurait guère avoir de succès, à moins qu'on ne se soumît à acheter le consentement des Français par des conditions onéreuses et préjudiciables à l'Allemagne et à l'Autriche; que nous renoncerions par conséquent, en ce cas-là, à toute tentative pour la neutralité germanique, dont S. M. n'avait principalement adopté l'idée que par amour pour ses coétats, mais qu'elle abandonnait sans peine, dès qu'elle prévoyait que cette idée ne saurait plus désormais qu'être nuisible à l'intérêt général."

Il est temps sans doute à tous égards de s'expliquer envers la Prusse de manière à réduire les conférences de Berlin à ce que pour le moment elles doivent être: „Un commerce de protestations réciproquement amicales, laissant

toujours une voie ouverte à une reprise de négociations plus actives, lorsque les circonstances en amèneraient l'époque.“ Continuer à se traîner dans des divagations, pour la plupart dangereuses, ce serait prêter volontairement le flanc à Mr. de Haugwitz, dont toutes les vues, jusqu'ici encore, ne tendent qu'à entraver le concert et les opérations des alliés et à faciliter et préparer à la France des moyens pour résister à leurs efforts.

Sans revenir ici sur les notions secrètes, que j'ai eu l'honneur de fournir à V. E. en d'autres occasions, l'examen seul de la conduite du comte de Haugwitz dans l'affaire actuelle de la neutralité renouvelle la conviction de sa persévérance dans une marche des plus insidieuses. Cet objet, traité d'abord avec indifférence par la Prusse, est remis aujourd'hui sur le tapis au moment de la nouvelle du mouvement effectif des troupes russes, dans l'espérance de leur fermer, sous le prétexte de neutralité, l'entrée dans l'Empire. L'on prévoit d'ailleurs à Berlin que, malgré les raisons détaillées ci-dessus dans ma dépêche, qui jusqu'à présent auraient probablement fait répugner le directoire au projet de neutralité pour l'Empire, il pourrait, vu le changement survenu dans différentes circonstances, exister tel cas encore, où cette même neutralité deviendrait très désirable pour la France: et en effet, si la résistance, que rencontre dans une grande partie des départements français la levée décrétée de 200 mille hommes, continue à faire obstacle au recrutement des armées du directoire, il pourrait sans doute devenir avantageux pour lui de rétrécir l'étendue du théâtre de sa guerre, et surtout de faire en sorte qu'une bonne ligne de neutralité lui laisse les mains libres pour étouffer l'insurrection de la Belgique, qui fait journellement des progrès, et pour subjuguer entièrement les esprits en Suisse; et V. E. remarquera que les éclaircissements ultérieurs

que le comte de Haugwitz demande avec tant d'empressement, ne regardent principalement que la ligne de démarcation à adopter depuis le point vis-à-vis de Huningue, le long des frontières de la Suisse, afin de s'instruire par nos réponses, s'il existe de notre part quelque projet d'opération contre les Français dans cette partie-là? ou si la ligne de neutralité, mettant à couvert la plaine de la Suisse pour tous les cas, bornerait la possibilité de nos attaques au seul côté des montagnes?

Ainsi, tandis que la prudence exige de nous reserver encore, autant que possible, la liberté de prendre tel parti qu'il conviendra d'après le développement ultérieur des circonstances, Mr. le comte de Haugwitz ne cherche qu'à nous entraîner d'avance dans des espèces d'engagements qui puissent assurer à sa cour le droit de proposer la neutralité de l'Empire, lorsqu'on ne saurait plus douter à Berlin que les Français ne dussent s'empresser à l'accepter comme un bienfait, pendant que d'un autre côté la Prusse n'aurait contracté aucune obligation pour soutenir le projet de neutralité avec l'efficace requise, au cas que le directoire ne trouvât pas de la convenance de ses propres intérêts d'y adhérer.

L'analyse de chaque pas du comte de Haugwitz présentant toujours les mêmes résultats, V. E. ne saurait trop insister à ce qu'il soit adressé à Mr. le comte de Panin des instructions propres à modifier et à ralentir l'activité des négociations de Berlin, dont chaque conférence n'est pour Mr. de Haugwitz qu'une nouvelle occasion pour tendre des piéges aux deux cours impériales et pour se préparer matière à des cavillations futures. Quiconque réfléchira avec quelque attention sur la politique de la Prusse et sur le caractère de son ministre, n'aura pas de peine à se persuader, que le meilleur parti à prendre c'est de presser la formation d'un noyau solide de coalition entre

quelques-unes des puissances bien intentionnées, d'inviter ensuite la Prusse dans les formes les plus amicales à y accéder, en terminant ainsi une bonne fois ses éternelles vacillations, si préjudiciables à l'intérêt général, et en la mettant dans le cas de se prononcer assez clairement, pour ne laisser désormais aucun doute sur ses véritables sentiments.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXXIV.

THUGUT AN COBENZL.

Vienne, ce 26 novembre 1798.

Le comte de Haugwitz ayant pris le parti de nier sans façon d'avoir jamais fait entendre à V. E. et à Mr. le prince de Repnin, que le roi pourrait être disposé à adopter l'idée de dédommagements pécuniaires, l'on a depuis repris à Berlin le projet désastreux des indemnités territoriales, c'est-à-dire d'un bouleversement total dans les propriétés de l'Empire, et l'on s'y occupe avec activité des moyens d'en assurer l'exécution par le concours de la France.

À cet effet l'on a ameuté les divers princes séculiers qui visent à la dépouille de leurs coétats, et qui, animés par la Prusse, ne cessent de s'agiter, tant à Paris par leurs émissaires, que par leurs ministres auprès des plénipotentiaires français à Rastadt, et c'est par une suite de ces intrigues que les plénipotentiaires du directoire ont pressenti dans leur dernière note la députation de l'Empire: „Que l'affaire des indemnités et des sécularisations serait incessamment mise sur le tapis au congrès."

V. E. connaît la ferme résolution de S. M., de s'opposer, autant que possible et en toute manière, à ce funeste projet de dédommagements territoriaux, projet souverainement injuste, contraire à tous les exemples des paix précédentes, imaginé uniquement dans ce temps malheu-

reux par les ennemis du repos public, comme le plus sûr moyen de fomenter chez les peuples de l'Allemagne les idées et doctrines révolutionnaires et de préparer les esprits aux plus dangereuses explosions par un déplacement presque général dans les possessions légitimes.

Si l'impérieuse nécessité du moment nous a forcés d'admettre dans le traité de Campo Formio quelque article, qui paraîtrait favorable aux indemnités territoriales, les violations multipliées par les Français des stipulations les plus essentielles en ont depuis longtemps détruit la valeur, et Mr. le comte de Lehrbach est déjà instruit de répondre dans toutes les occasions, où les circonstances l'exigeraient, que, le directoire ayant enfreint le traité de Campo Formio dans presque toutes ses parties, nous ne saurions plus lui accorder le droit d'en invoquer des articles isolés à son avantage, ni permettre qu'aucune des stipulations de Campo Formio soit alléguée contre nous, le traité ne pouvant plus être censé nous lier, que lorsque de nouveaux arrangements à la satisfaction réciproque auraient complètement réparé toutes les contraventions que le directoire s'y est permises etc.

Il est révoltant de voir la cour de Berlin, en revenant sans cesse sur la prétendue convenance des indemnités territoriales, mettre toujours avec affectation en première ligne les dédommagements du duc de Modène, pour faire accroire que notre persistance à procurer au duc des compensations aux dépens de l'Empire concourait à justifier ce plan désastreux, pendant que S. M. a fait déclarer expressément et à différentes reprises, qu'elle renoncerait sans peine à toute demande d'indemnité aux frais de l'Empire en faveur du duc de Modène et se chargerait d'y suppléer par elle-même, pourvu que cet exemple de générosité fût suivi et pût sauver l'Allemagne de la subversion dont elle est menacée.

D'un untre côté l'acharnement, avec lequel l'on soutient à Berlin la prétention de procurer à la maison d'Orange un dédommagement dans l'Empire, est d'autant plus inouï que le prince Stathouder, par un sentiment de loyauté respectable, a fait connaître en termes exprès, qu'il regardait lui-même des acquisitions en Allemagne aux dépens d'un tiers comme injustes, et qu'il n'y aspirait nullement.

Nous sommes loin de blâmer l'intérêt que S. M. Prussienne peut prendre à une famille étroitement alliée de sa maison; mais pourquoi ne pas témoigner cet intérêt d'une manière digne d'une grande puissance? Au lieu de vouloir adjuger au Stathouder la dépouille de ses faibles coétats, pourquoi la cour de Berlin n'adopte-t-elle point le parti généreux, de rétablir la famille d'Orange dans les prérogatives du Stathouderat qu'elle lui a solennellement garanties? Pourquoi ne pas profiter des avantages qu'offre dans ce moment l'insurrection belgique, que le moindre mouvement des troupes prussiennes sur le bas Rhin ferait partager à la Hollande, pendant que la ligne de neutralité du nord, dont on a si souvent vanté l'utilité même pour la cause commune, ne sert qu'à assurer au directoire toute facilité pour subjuguer et écraser à loisir les mécontents, sans avoir aucune tentative du dehors en leur faveur à craindre.

Parmi les autres adhérents de la Prusse que cette cour est intentionnée d'agrandir par la destruction des États restés fidèles à l'Empereur et à l'Empire, le duc des Deux-Ponts est compté au premier rang, et les titres qui lui ont acquis des droits à une protection décidée sont sa haine hautement déclarée contre l'Autriche et les efforts infatigables qu'il a déployés pendant la guerre, pour jeter la désunion et la zizanie parmi les membres du corps germanique, pour paralyser le zèle des bien intentionnés et pour seconder les entreprises

des Français: c'est lui qui par son ministre Salabert a livré Mannheim aux Français en 1795; actuellement son ministre Kaesar à Munic est l'espion, le coopérateur fidèle et l'intermédiaire du citoyen Alquier avec les États bavarois et autres mécontents, pour les soulever contre l'autorité souveraine et pour entraver l'électeur dans toutes les preuves de bonne volonté, que de temps à autre il ne semble pas éloigné de fournir à la cause commune. L'agrandissement d'un prince du caractère du duc des Deux-Ponts, aveuglément dévoué à la Prusse également et à la France, est donc regardé par le cabinet de Berlin comme un objet essentiel de sa politique, et il nous est revenu par des voies sûres, que l'on se dispose à faire aussi des démarches à Pétersbourg, pour tenter d'intéresser la générosité de la Russie aux prétendus désastres de la maison Palatine et la rendre ainsi favorable aux vues d'acquisitions du duc des Deux-Ponts.

Je n'ai pas besoin d'appeler l'attention de V. E. sur la nécessité indispensable, où nous sommes, de nous opposer de tous nos moyens au projet de procurer un accroissement de forces à un prince, devant sous peu devenir notre voisin immédiat qui déjà par la succession qui va lui échoir obtiendra une consistance considérable, et dont la turbulence et les liaisons intimes avec tous les ennemis de l'Autriche ne nous exciteront d'ailleurs que trop d'embarras.

Les deux cours impériales étant parfaitement d'accord sur ce qui concerne les intérêts de l'Autriche à l'égard de la Bavière, nous nous flattons que V. E. parviendra sans peine à déjouer d'avance toutes les démarches qui pourraient être faites à Pétersbourg à l'appui du duc des Deux-Ponts, et que le ministère éclairé de S. M. Impériale de toutes les Russies se bornera probablement à exhorter la maison Palatine, de presser l'évacuation par les Français

des possessions importantes qui lui appartiennent sur la rive droite du Rhin, et de se féliciter surtout de ce qu'au milieu de tant de malheurs que l'Empire a éprouvés l'intégrité de la Bavière à été conservée.

Quoiqu'il en soit, l'empereur m'a ordonné de recommander cet objet particulièrement aux soins de V. E.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXXV.

THUGUT AN COBENZL.

Vienne, ce 26 novembre 1798.

Le corps auxiliaire chemine lentement. Les troupes russes que pendant la dernière guerre de Turquie nous étions accoutumés de présenter aux nôtres comme un modèle d'activité infatigable et d'endurcissement aux souffrances, ne parlent aujourd'hui, d'après leur chef au moins, que de „Rasttag“ et de points de repos pour reprendre haleine, quoique les marches dont on est convenu pour elles soient moins longues même et moins fatigantes que celles que nos troupes font dans les temps ordinaires; nous espérons cependant, que vers la fin du mois prochain elles seront rendues dans le voisinage de Krems et de St. Pölten, où LL. MM. se proposent de les aller voir; il faudra de là bien deux mois encore, avant qu'elles n'arrivent en présence de l'ennemi, et si la guerre a lieu, la reprise des hostilités pourrait bien avoir précédé cette époque.

Lorsqu'il n'est question que de deux mois, pour que les troupes russes puissent de Krems joindre l'ennemi, V. E. aura senti aisément, qu'on n'a plus compté sur leur destination à une expédition en Suisse; en effet, après mûre réflexion, l'idée de les employer à une telle entreprise semble entièrement inadmissible. Ne formant qu'un corps d'environ 18 mille combattants effectifs, elles traînent après elles plus d'onze mille chevaux que l'on ne saurait

guère penser à conduire en Suisse, où, dans la plus grande partie du pays, l'on ne trouve pas de fourages; d'ailleurs les Cosaques à qui l'on a la plus grande peine de faire observer l'ordre et la discipline pendant leur passage même dans les États de S. M., ne connaissent plus de frein, selon l'aveu de leurs propres officiers, aussitôt qu'ils ont mis le pied dans un pays où ils trouvent des ennemis à combattre; en considérant le caractère des Suisses, je laisse à juger à V. E., quelle sensation produirait auprès d'eux l'apparition de pareils hôtes dont les excès, au grand scandale de l'Europe les engageraient bientôt à se réunir aux Français et à tourner leurs armes contre leurs prétendus libérateurs. Je crois donc que S. M. est dans l'intention d'assigner au corps auxiliaire son poste dans la grande armée d'Allemagne; cette destination coupera court en même temps aux inquiétudes que le prince Ferdinand a témoignées, qu'en cas de quelque échec nous ne soyons accusés à Pétersbourg d'avoir aventuré le corps auxiliaire seul et sans un soutien suffisant dans des entreprises hasardeuses, pendant que, placées dans la grande armée sous le commandement immédiat de l'archiduc, les troupes russes ne feront que partager les mêmes fatigues et les mêmes dangers avec les troupes de S. M. D'ailleurs l'incroyable opiniâtreté, avec laquelle les Anglais refusent de fournir aux Suisses, avant que la guerre ne recommence, les secours qu'ils demandent pour préparer d'avance leurs moyens d'insurrection, et d'un autre côté le grand changement que les Français paraissent méditer dans leurs plans d'opération du côté de l'Italie, rendent jusqu'ici fort problématique, si le projet d'une expédition en Suisse, tel au moins qu'il avait été d'abord conçu, d'après les idées principalement de Mr. le maréchal de Repnin, puisse être réalisé? J'ai cru devoir faire part à V. E. de ces circonstances qui pourront la diriger dans le langage à tenir

pour préparer les esprits à Pétersbourg, où pour le reste, je me flatte, l'on ne pourra qu'être content des rapports de Mr. de Rosenberg, concernant les soins qu'on emploie ici partout, pour subvenir aux besoins du corps sous ses ordres.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXXVI.

THUGUT AN COBENZL.

(En chiffre.) Vienne, ce 26 novembre 1798.

J'ai cru que V. E. lirait avec intérêt la pièce secrète ci-dessous; de la manière dont Sieyes parle du traité de Bâle, il semble que ce traité a dû renfermer des stipulations qui, malgré les apparentes communications à Pétersbourg et ailleurs, n'ont jamais été connues. V. E. y observera surtout, combien la duplicité et la pusillanimité de la conduite du cabinet de Berlin l'a rendu méprisable même aux yeux des Français, en faisant perdre au comte de Haugwitz la confiance de tout le monde, excepté notre bon comte de Panin. La fin de la lettre de Sieyes fournit une nouvelle preuve, que ses principes et ceux de son ami Jean de Brie sont le terrorisme, puisque le terme d'élasticité républicaine dans la bouche de ces furieux démagogues n'est autre chose que le système de la terreur et du despotisme le plus absolu.

. . . . Insertion de la pièce secrète*) . . . .

J'ai l'honneur d'être etc.

LXXVII.

THUGUT AN COBENZL.

Vienne, ce 28 décembre 1798.

Mr. le comte de Rasumowsky m'ayant averti qu'il ferait partir un courrier pour Pétersbourg pendant son séjour à Brünn, je lui transmets cette lettre, afin que par son canal elle puisse parvenir à V. E.

---

*) Das geheime Schriftstück fehlt.

L'empereur se proposant d'écrire à S. M. Impériale de toutes les Russies immédiatement après son retour de Brünn, où LL. MM. sont allées visiter les braves guerriers que l'auguste allié de l'Autriche a bien voulu destiner au soutien de la cause commune, je me servirai de cette occasion pour m'étendre plus en détail sur différents objets.

En accusant aujourd'hui à V. E. la réception des dépêches qu'elle m'a fait l'honneur de m'adresser par son courrier du 11, je me bornerai principalement à vous faire connaître, Mr. le comte, l'entière approbation dont S. M. a honoré votre conduite dans la négociation avec le chevalier Whitworth, en me référant au surplus à ce que j'ai eu l'honneur de vous mander par ma dépêche du 26 du mois dernier, et à ce que je pourrai avoir l'honneur d'y ajouter encore par le prochain courrier.

L'empereur a été particulièrement sensible d'apprendre la manière loyale, avec laquelle Mr. le chancelier prince de Besborodko et Mr. de Kotschubey se sont employés dans cette occurrence à l'appui de nos intérêts, et le zèle de ces ministres fournit à S. M. un nouveau motif de gratitude envers S. M. Impériale de toutes les Russies.

Au surplus, les inquiétudes que nous avions conçues depuis quelque temps de l'effervescence qui se manifestait dans les projets à Naples et des résultats funestes qu'une levée inconsidérée de bouclier de ce côté-là amènerait peut-être ne se sont déjà que trop vérifiées.

Les Anglais qui dans ce moment ne s'occupent qu'à provoquer partout des explosions prématurées, sans se mettre en peine des conséquences, avaient déjà si fort échauffé les esprits à Naples, que l'amiral Nelson à son arrivée n'a pas eu beaucoup de peine à décider le roi, à faire entrer le 24 passé ses troupes sur le territoire romain et à occuper en même temps Livourne par 5 ou 6 mille hommes, que lord Nelson y a conduits lui-même.

La première suite de ces expéditions aventurées a été, que les Français, en comprenant perfidement le roi de Sardaigne dans leur déclaration de guerre contre la cour de Naples, ont déjà détrôné ce roi, en l'obligeant de signer la honteuse capitulation dont V. E. trouvera ci-joint copie. Tout le Piémont a été envahi en peu de jours, et selon nos derniers avis authentiques, il est déjà républicanisé et soumis à un gouvernement provisoire démocratique.

La conduite que le directoire de Paris a tenue depuis quelque temps envers le roi de Sardaigne ne manifestait que trop la grande envie qu'il avait de révolutionner ses États: cependant, pour ne pas s'attirer de la part de sa propre nation le reproche d'avoir fourni aux puissances un motif de recommencer la guerre, il n'avait jamais osé l'entreprendre, avant qu'une agression étrangère ne lui eût procuré la force de tout tenter, en faisant valoir les prétextes de convenance et de propre sûreté.

Il est à observer aussi que, vu la publicité que la cour de Naples avait donnée à ses desseins guerriers, au point, qu'avant l'événement même lord Grenville en avait déjà parlé en plein parlement à Londres, les généraux français se sont trouvés munis d'avance d'instructions éventuelles du directoire et attendaient par conséquent avec impatience, que quelque mouvement irréfléchi du côté de Naples les autorisât à les exécuter, ce qui est clairement prouvé par la circonstance que, quoique la guerre contre les rois de Naples et de Sardaigne n'eût été résolue à Paris par les deux conseils, que le 7 et le 8 de ce mois, le 10 toute l'affaire du Piemont a déjà été consommée.

Prévoyant que les vues traîtreuses du directoire sur le Piémont ne manqueraient pas de se manifester au premier coup de fusil tiré en Italie, nous nous occupions

depuis l'occupation des Grisons du plan qui, selon toute vraisemblance, en devait prévenir et déjouer l'effet, mais que la précipitation de la cour de Naples vient de déranger.

Les avantages que la possession solide du Piemont procure à l'ennemi sont incalculables: outre les richesses du pays et indépendamment de quinze ou seize mille hommes de bonnes troupes et bien organisées qui, au lieu de donner comme jusqu'ici aux Français de l'inquiétude sur leurs derrières, vont combattre désormais sous leurs étentards; le Piemont rempli d'excellentes forteresses leur assure une retraite sûre et inexpugnable, et toute une campagne, même heureuse, ne saurait désormais réparer les maux qu'un moment d'imprévoyance a produits.

Quant aux opérations de l'armée napolitaine, forte de 40 mille hommes dans les provinces romaines, nous n'en sommes instruits que très imparfaitement, vu que le cours de toutes les postes a été arrêté par les Français; nous savons seulement que les troupes napolitaines sont entrées le 27 dans la ville de Rome, évacuée par les Français en jetant une garnison dans le château St. Ange; qu'il y a eu deux affaires à Terni et vers Fermo, dont les Français s'attribuent avec exagération l'avantage, mais qui au fond ne semblent pas avoir été décisives, — et qu'en général le soin que les Français prennent d'intercepter toutes les nouvelles paraît faire présumer, que les événements ne leur sont pas jusqu'ici infiniment favorables.

Il faut espérer que l'armée napolitaine, composée de bonnes troupes, à ce que le général Mack assure, saura se soutenir par elle-même, pendant quelque temps au moins, et sans des revers marquants qui entraîneraient également la dévastation totale de la Toscane; cependant la conduite de la cour de Naples restera toujours inexplicable; en déférant aux conseils les plus pressants, donnés par S. M. à S. M. Sicilienne, et en modérant une

impatience inconsidérée, des mesures étaient prises, pour qu'après que nos préparatifs auraient été achevés, et dans une saison qui eût permis d'agir à nos troupes, enterrées actuellement dans les neiges du Tirol, des Grisons etc., une attaque simultanée sur différents points rendît les succès en Italie à peu près immanquables. Quoiqu'il en soit, et quoique les derniers événements aient rendu la guerre désormais de beaucoup plus difficile et douteuse, ils n'apporteront aucun changement aux sentiments qui ont animé jusqu'ici S. M.; mais il est affligeant d'avoir à craindre, que le peu d'ensemble dans les projets et les vues ne rende encore inutiles les efforts d'une seconde coalition, malgré la prépondérance considérable des moyens des alliés sur un ennemi dont leur divergence seule fait la force.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXXVIII.

FRANZ II. AN PAUL I.

(Thugut's Entwurf.) Vienne, ce 6 janvier 1799.

Mr. mon frère! C'est en revenant de Brünn, où j'ai vu et admiré les troupes que V. M. Impériale a destinées à mon secours et à la défense de la bonne cause, qui je m'empresse de lui en témoigner de nouveau ma reconnaissance. La réputation de la valeur des troupes russes a rempli depuis longtemps l'Europe, mais tous ceux, qui les ont vues précédemment, mes sujets et les vôtres, s'étonnent, comment en deux années de règne seulement V. M. Impériale a pu les porter au plus haut dégré de perfection connue, en leur donnant cet ordre, cet ensemble et cette précision qu'elles se font gloire de devoir à V. M. Impériale, et dont votre Empire également et la grande cause générale vont avoir à se féliciter. Un frère, que je chéris et qui ambitionne d'obtenir l'approbation de V. M. Impériale, partira incessamment et sera

l'interprète de mes sentiments et de ma gratitude auprès de mon plus intime allié, dont la loyauté et la puissance font mon principal appui, dont la sagesse me guidera dans les circonstances difficiles du temps, dont je sais apprécier l'amitié, et auquel je désire de m'attacher par tous les liens qui pourront resserrer notre union. Les devoirs de la place de l'archiduc mon frère, encore plus importants dans ce moment-ci, l'auraient empêché de s'éloigner pour toute autre raison: ils l'empêcheront de s'arrêter à St. Pétersbourg aussi longtemps qu'il l'aurait désiré, — heureux, si le suffrage de V. M. Impériale lui donnait des titres à aspirer dans des temps plus tranquilles à faire un plus long séjour auprès d'un monarque qui fixe les regards de l'Europe, ainsi qu'il en fixera les destinées. Je renouvèle à cette occasion à V. M. Impériale les assurances etc.

LXXIX.

THUGUT AN COBENZL.

Vienne, ce 10 janvier 1799.

Il y a déjà quelque temps que j'ai eu l'honneur de donner connaissance à V. E. de certaines conférences de Mr. le comte de Görtz avec les plénipotentiaires français à Rastadt, dans lesquelles le ministre Prussien, faisant des insinuations concernant le projet éventuel d'une neutralité pour l'Empire, fondait ses ouvertures sur l'avantage d'empêcher l'entrée des troupes russes dans l'Empire.

À mesure que le corps auxiliaire s'avançait dans l'intérieur des États de S. M., les partisans de la Prusse ont commencé à s'agiter et à annoncer de plus en plus leur desseins d'opposition; le duc des Deux-Ponts, par son influence et le nombre prépondérant de ses adhérents, excitait la fermentation en Bavière au point que la cour de Munic faisait déjà connaître son intention de protester formellement contre le passage des troupes russes. Le

landgrave de Hesse, comme nous en avons été informés par des voies sûres, s'était avancé jusqu'à promettre à l'agent français Rewbel que, si le corps auxiliaire s'approchait jamais de son pays, il ferait tirer un cordon pour interdire à tout uniforme russe l'entrée sur son territoire.

Les choses en étaient là, lorsqu'un courrier de Rastadt nous apporta avant-hier les deux notes françaises dont copie se trouve ci-joint.

Quant à la note adressée à la députation de l'Empire, il n'est pas douteux que les intrigues et les sollicitations de tous ces chercheurs d'indemnités n'y aient beaucoup contribué; j'ai déjà instruit ailleurs V. E. de la formation d'une ligue, dont plusieurs princes laïques, par un oubli déloyal de tous leurs devoirs et de tous les intérêts majeurs de l'Allemagne, s'occupent pour se joindre aux Français, afin d'obliger l'Empire à se soumettre à toutes les lois, même les plus humiliantes et les plus désastreuses du directoire et pour s'opposer ainsi au renouvellement d'une guerre, dont les succès, en rendant à l'Empire ses provinces perdues, dérangeraient leur plan déshonorant de s'enrichir sous prétexte de dédommagements par la dépouille de leurs coétats.

Ce qui arrive aujourd'hui prouve clairement, combien le principe injuste des indemnités et des sécularisations, établi par la Prusse dans son traité de Bâle, devait un jour devenir funeste à l'Empire; nous n'avons jamais cessé de représenter les conséquences fatales que la moindre connivence à cet égard entraînerait, et l'événement ne constate que trop, combien il eût été désirable, que l'on s'en fût tenu invariablement au projet d'indemnités pécuniaires, proposé par V. E. à Berlin et adopté alors, à ce qu'elle m'a fait l'honneur de me mander; et que surtout les espérances que Mr. le comte de Panin a laissé entrevoir à Berlin, de nous voir accéder à un plan

d'indemnités territoriales, espérances répandues par la Prusse avec grand soin dans toute l'Allemagne, n'eussent pas enflammé de plus en plus la cupidité de tous les fauteurs de la désorganisation générale.

Pour ce qui regarde la note remise par les plénipotentiaires français à Mr. le comte de Lehrbach, il serait sans doute superflu d'observer à V. E., que la déclaration française ne nous offre aucun motif pour ralentir la marche du corps auxiliaire qui, devant arriver ces jours-ci à St. Pölten, continuera de s'acheminer de là vers l'Inn avec toute la célérité que la saison et la crainte de Mr. de Rosenberg, de trop fatiguer les troupes, pourront permettre.

En attendant la note, adressée par les Français à la députation germanique de Rastadt, va être portée incessament à la diète de l'Empire à Ratisbonne, où pourtant, au moins d'après le style et la pratique ordinaires, les ministres, composant la diète, ne pourront voter qu'après avoir demandé le temps nécessaire pour recevoir les instructions de leurs cours respectives.

Il est bien urgent de prendre dans l'intervalle toutes les mesures possibles, pour empêcher que la malveillance des ennemis secrets et ouverts de la bonne cause n'arrache à la diète de Ratisbonne des conclusions qui blessent la dignité des deux cours impériales et embarrassent de plus en plus dans l'avenir les vues et les efforts des coalisés.

Nous ne doutons pas en conséquence, que S. M. Impériale de toutes les Russies ne fasse dans sa sagesse munir au plus tôt possible ses ministres à Berlin et à Dresde des ordres nécessaires, pour porter ces deux cours à faire tenir dans cette occasion par leurs ministres respectifs à la diète de Ratisbonne un langage énergique et tel que l'exigent les égards dûs à la grandeur de

l'empereur Paul I[er], et les bonnes dispositions dont la Prusse dans ce moment-ci, aussi bien que la Saxe, assurent d'être animées pour le bien de l'Allemagne et pour les intérêts de la cause générale.

L'électorat d'Hannovre a une influence et un crédit non indifférents dans les affaires de l'Empire; son suffrage sans doute devrait être décidé par les rapports de l'Angleterre avec les deux cours impériales; mais la conduite de la régence d'Hannovre a toujours été si fantasque, et la malveillance personnelle de Mr. d'Ompteda à Ratisbonne si notoire, que l'on ne pourra trop presser Mr. le chevalier Whitworth d'envoyer un courrier exprès à Londres, sans quoi il ne serait nullement impossible que le roi de la Grande-Bretagne qui, en sa qualité de roi, offre des subsides pour faire marcher des troupes russes au secours de l'Allemagne, en sa qualité d'électeur ne conclût à leur en refuser l'entrée.

Il faut espérer que l'électeur de Mayence sentira, combien il serait absurde qu'il votât contre l'admission des troupes du garant de la paix de Westphalie, après avoir lui-même réclamé formellement et par différentes voies l'intervention de S. M. Impériale de toutes les Russies.

Le duc de Wurttemberg et le margrave de Bade se trouvant malheureusement au nombre des plus ardents partisans de la paix et du système destructeur des sécularisations, il sera indispensable, que la cour impériale de Pétersbourg leur fasse connaître ses intentions de la manière la plus propre à prévenir tout écart possible de leur part.

Il serait infiniment à souhaiter, que la cour impériale de Pétersbourg voulût bien donner l'ordre à un de ses ministres en Allemagne de se rendre à Ratisbonne pendant les délibérations de la diète sur cet objet, afin d'y

imposer par sa présence aux détracteurs de la bonne cause et réunir ses soins à ceux des ministres autrichiens, pour déjouer les intrigues dangereuses de l'agent français Bacher et de ses perfides adhérents, dont le nombre dans l'Empire s'accroit de jour en jour.

Mais la mesure de toutes la plus importante, la plus efficace et la seule propre à sauver l'Empire, sera l'accélération de l'envoi du corps de 60 mille hommes que l'Allemagne ose attendre encore de la magnanimité de S. M. Impériale de toutes les Russies; la révolution du Piémont et l'explosion inopinée de la cour de Naples ont beaucoup empiré la situation des affaires et mis la bonne cause dans le besoin le plus pressant d'une augmentation de forces pour combattre l'ennemi avec succès. Le malheureux projet d'accorder des agrandissements, pour prix de leur collusion avec l'ennemi, à ceux qui ont favorisé la cause de la France, a fait fermenter toutes les têtes en Allemagne de la façon la plus périlleuse il n'est presque aucun de ces petits princes germaniques, qui ne cherche à capter la bienveillance du directoire par les moyens les plus avilisants. Ils dirigent, ils appuient la marche des plénipotentiaires républicains à Rastadt par les intrigues les plus abjectes; toujours disposés à appeler les Français à l'appui de leurs prétentions iniques, ils faciliteront et seconderont leurs progrès dans l'Empire, sans réfléchir qu'ils seront engloutis eux-mêmes dans le torrent révolutionnaire qui inondera leur patrie, et qui, s'y renforçant par de nouvelles ressources immenses, renversera immanquablement tout ce qu'y reste encore de trônes et de gouvernements légitimes.

L'on peut se flatter, que l'annonce même de la marche immédiate d'une armée russe de 60 mille hommes fera l'effet le plus salutaire dans l'Empire, en y intimidant et réprimant la mauvaise volonté des malintentionnés; d'un

autre côté il paraît impossible, que l'Angleterre ne se hâte de terminer au plus tôt l'affaire des subsides pour la Russie; et c'est d'ailleurs une chose à convenir entre les deux cours impériales, que leurs troupes, en entrant sur le territoire de l'Empire, y devront vivre aux frais des États qu'elles défendent.

Je ne dois pas laisser ignorer à V. E., qu'ayant conféré ces jours derniers, par ordre de S. M., avec Mr. le comte de Rasumowsky sur l'accomplissement de la stipulation expresse de l'article 8ème du traité de l'alliance, concernant la demande à faire en commun pour le passage des troupes auxiliaires dans un État tiers, cet ambassadeur m'a déclaré ne pouvoir se prêter à aucune démarche à cet égard, vu qu'il n'était muni d'aucun pouvoir ni instruction de sa cour relative à de pareils objets. S. M., à qui j'ai rendu compte de cette réponse, désire que V. E. fasse les plus vives instances, pour que l'ambassadeur de S. M. Impériale de toutes les Russies soit pourvu, le plus tôt que faire se pourra, de toutes les autorisations requises et des instructions les plus détaillées. Dans la crise actuelle des affaires, et surtout lorsque la reprise formelle des armes aura lieu, il s'élève et s'élèvera sans cesse des incidents et des difficultés, sur lesquels il est nécessaire de prendre un parti, sans que la distance des lieux permette de nous concerter avec le ministère même de Pétersbourg; nous ne pouvons donc que souhaiter vivement, que Mr. le comte de Rasumowsky soit mis à même de nous faire connaître dans l'occurence les sentiments de son auguste maître, pour seconder le voeu bien sincère de S. M., de ne jamais se trouver, même involontairement, en contradiction avec les vues de son intime allié.

S. M. recommande à V. E. de faire les représentations les plus instantes sur tous ces importants objets; le temps presse, la saison d'agir s'approche, et l'éloigne-

ment des lieux entraîne d'ailleurs inévitablement de grands retards. S. M. attendra avec impatience le compte que V. E. lui rendra du résultat de ses démarches.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXXX.

THUGUT AN COBENZL.

Vienne, ce 10 janvier 1799.

J'ai déjà eu l'honneur de prévenir V. E. par ma dépêche du 28 dernier, que l'empereur a donné les plus grands éloges à la sagacité et à la sagesse, avec lesquelles ses convenances et ses intérêts ont été ménagés par V. E. dans la négociation avec Mr. le chevalier Whitworth, relativement à l'ouverture d'un nouvel emprunt à Londres et à l'aplanissement de nos différends pécuniaires, subsistants jusqu'ici avec l'Angleterre.

S. M. vous autorise donc, Mr. le comte, supposé que les réponses de Londres soient conformes à notre attente, de signer en son nom la convention projetée, ensemble avec l'article séparé et l'autre article secret et séparé, tels qu'ils ont été éventuellement arrêtés à Pétersbourg avec l'intervention des ministres de S. M. Impériale de toutes les Russies.

S. M. cependant m'a ordonné d'appeler l'attention de V. E. sur la nécessité de prévenir, qu'il ne résulte de nouvelles difficultés entre nous et l'Angleterre par une diversité d'opinion sur la manière dont l'article 2ème de la convention projetée doit être exécuté.

La convention de Mr. le comte de Starhemberg du mois de mai 1797 ne contient pas seulement la stipulation, que les avances que l'on nous avait faites d'une somme de 1620 mille livres sterling seraient remboursées au moyen d'un emprunt pour notre compte en Angleterre, mais elle détermine de plus le mode de l'emprunt et le taux des intérêts, auxquels il devrait être levé.

Or, ces arrangements étaient pour nous si exorbitamment lésifs à tous égards, que c'est de là qu'est provenue une des grandes difficultés de la ratification de ce qui avait été signé par Mr. le comte de Starhemberg, — attendu qu'outre la réalité du préjudice énorme que nos finances en auraient éprouvé la publicité des conditions inouïes, auxquelles l'emprunt aurait été acheté, devait annoncer à toute l'Europe un délabrement et une détresse dans nos affaires pécuniaires dont une banqueroute totale et prochaine ne pouvait qu'être la suite inévitable.

Supposé donc, que l'urgence d'en finir une bonne fois avec l'Angleterre nous obligeât de fournir la ratification formelle de la convention du moi de mai 1797, l'on ne saurait se passer de constater au moins, qu'il est sous-entendu que la convention signée par Mr. le comte de Starhemberg ne doit avoir d'autre valeur effective que celle de la confirmation du principe, que les avances faites par l'Angleterre doivent être remboursées au moyen d'un emprunt pour notre compte à Londres, et que, quant aux conditions de la levée, il ne pouvait plus être question de la méthode indiquée à l'époque de mai 1797, mais que, l'emprunt de 1620 mille livres dont il s'agissait alors devant être englobé dans le nouvel emprunt de 3600 mille livres sterling, toute cette somme devait être levée au même taux d'intérêt et aux conditions telles que les désigne l'article 2ème de la convention négociée par V. E.

En m'ordonnant de vous présenter ces observations, S. M. s'en remet entièrement à vos lumières du mode à employer pour écarter toute crainte de quelque nouvel équivoque, soit par quelque changement à l'article 2ème de la convention projetée, soit par quelque supplément ou, en tout cas, par quelque note ministerielle explicative et qui éclaircisse suffisamment le véritable sens des stipulations.

S. M. a beaucoup applaudi à la dextérité déployée par V. E., pour faire passer dans l'article 3ème la promesse de l'avance de 600 mille livres sterling que nous avions desirée, et sur laquelle nous devons désormais insister d'autant plus irrévocablement, qu'à mesure que les besoins de nos finances se développent de jour en jour, ce secours nous devient plus que jamais indispensable.

Quant à l'objet de l'article séparé et secret, ma dépêche du 26 novembre vous a déjà fait connaître, Mr. le comte, l'étendue de pouvoir que S. M. vous accorde à cet égard, pour le cas où la cour de Londres témoignerait une répugnance invincible à prendre l'engagement qui y est proposé.

La chancellerie n'a pas pu procéder encore à l'expédition éventuelle des ratifications, comme V. E. a paru le souhaiter, d'abord parce qu'il n'est peut-être pas infiniment probable, que la convention projetée soit adoptée à Londres textuellement et sans aucun changement quelconque, mais surtout aussi parce que la nouvelle convention suppose la ratification de celle de l'année 1797, et que cette dernière se trouve actuellement à Pétersbourg entre les mains de V. E., au nombre des autres pièces originales que je lui ai communiquées par mon courrier du 26 novembre et desquelles j'attends le retour.

D'ailleurs, si la convention venait à être adoptée à Londres dans son entier et telle qu'elle a été rédigée dans les conférences de Pétersbourg, il est clair que, conclue avec l'intervention de la Russie et ayant été signée par les plénipotentiaires respectifs d'après un ordre exprès, donné par leurs cours en pleine connaissance de cause, elle acquerrait par là un assez grand dégré de solidité, pour qu'un retard momentané dans l'échange des ratifications puisse paraître assez indifférent.

Il reste encore à aviser au cas, où l'Angleterre contre toute attente, se refusant à tout sentiment juste et raisonnable, s'opiniâtrait à des exigeances incompatibles avec les instructions dont S. M. a muni V. E.; dans une telle hypothèse la résolution de S. M. serait de déclarer franchement à l'Angleterre que, la rupture entre nous et le gouvernement français venant à avoir lieu, nous nous regarderions sans doute liés avec la cour de Londres par l'intérêt commun, qu'ont deux puissances qui combattent le même ennemi; que par conséquent nous nous prêterions volontiers dans les occasions à nous concerter avec elle sur les moyens d'appuyer et faciliter nos opérations respectives, mais en conservant les mains libres sur tout le reste et sans pouvoir contracter aucune obligation concernant la durée de la guerre ou la paix future. Mais il faudrait en même temps demander de la manière la plus pressante, que le ministère britannique, mettant enfin un terme à ses vaines chicanes, ne différât plus à consommer son arrangement particulier avec la cour de Pétersbourg pour la marche des 60 mille hommes que l'empereur de Russie offre généreusement à l'appui de la bonne cause. S'il faut faire la guerre, il faut agir de toutes parts avec la plus grande énergie possible et en y employant une masse de forces, propre à en décider le succès dès le commencement; si l'on se conduisait d'après d'autres principes, la défaite successive des alliés serait immanquable, et la destruction de tous les gouvernements légitimes encore existants en serait une conséquence infaillible. Depuis l'explosion irréfléchie de la cour de Naples qui a amené la révolution du Piémont, qui a réveillé l'énergie en quelque sorte endormie du directoire et provoqué l'activité incroyable, avec laquelle il travaille actuellement à profiter de l'hiver pour compléter tous ses préparatifs, avant que la saison des opérations en

Allemagne et dans le nord de l'Italie soit arrivée, les secours d'un autre corps considérable de troupes russes sont plus que jamais indispensables. L'accroissement très important des forces françaises en Italie par l'anéantissement du roi de Sardaigne et par les pertes isolées, auxquelles les Napolitains se sont inconsidérément exposés, nous mettent dans la nécessité d'y augmenter considérablement de notre côté le nombre de nos troupes; d'une autre part la malheureuse question des indemnités et des sécularisations va bouleverser l'Allemagne, comme nous l'avions prévu depuis longtemps: l'avidité des princes séculiers, allumé par cet appât, y travaille avec ardeur à la formation d'une ligue, prête à faire usage de tous les moyens quelconques, pour livrer l'Empire, par la paix la plus ignominieuse, au directoire français, afin d'assouvir leur cupidité effrénée aux dépens de leurs coétats; le duc des Deux-Ponts, le landgrave de Hesse-Cassel et autres partisans de la Prusse sont à la tête et les premiers mobiles de cette coalition déshonorante, et sans une intervention très efficace de la Russie une guerre intestine va incessamment dévaster et soumettre au joug du directoire l'Allemagne, révolutionnée par une aveugle cooperation de ses propres membres.

Une vérité incontestable et que S. M. vous exhorte, Mr. le comte, de représenter sans cesse avec la plus grande insistance, c'est la nécessité du concert le plus intime et de l'union la plus indissoluble entre les deux cours impériales; une telle union peut seule procurer aux deux cours cette préponderance dans la coalition, dont elles auront un si grand besoin pour réprimer d'une part les écarts de l'égoïsme de l'Angleterre et maintenir en même temps parmi les alliés cette unité des vues et des sentiments qui peut seule assurer les succès. La moindre discordance entre les deux cours impériales mettra l'une

et l'autre à la merci de l'Angleterre, à laquelle leur parfait accord fera toujours la loi; la désunion se glissera bientôt parmi les alliés secondaires, dont les saillies irréfléchies, telles que l'agression de Naples, dérangeront les plans les mieux combinés; et quoique l'histoire ne fournisse guère d'exemple de la réunion d'une masse de forces aussi considérable que sera celle des puissances coalisées, tous les efforts n'en échoueront pas moins indubitablement par le manque d'ensemble contre une poignée de brigands qui n'ont déjà que trop prouvé à l'Europe étonnée l'avantage inappréciable que donne un centre d'impulsion unique et une constante uniformité dans les démarches et les projets.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXXXI.

THUGUT AN COBENZL.

Vienne, ce 24 janvier 1799.

J'ai mis sous les yeux de S. M. les différentes dépêches que V. E. m'a fait l'honneur de m'adresser le 4 de ce mois.

Mr. le comte de Rasumowsky ayant reçu quelque jours auparavant un courrier de sa cour, cet ambassadeur insista vivement, au nom de son auguste maître, sur la nécessité d'une prompte reprise des armes de la part de S. M., nommément aussi pour appuyer l'expédition des Napolitains dans les États de Rome; Mr. le comte Rasumowsky alla jusqu'à laisser entrevoir, que l'on croirait pouvoir supposer, que S. M. n'était pas aussi pénétrée qu'elle devait l'être des dangers qui menacent l'Europe et de l'urgence, de mettre enfin un terme aux attentats inouïs et toujours progressifs de l'ennemi de tous les trônes; que l'on penserait plutôt que les préparatifs militaires de S. M. n'avaient eu pour objet que de se

procurer des conditions meilleures au moyen d'un arrangement particulier avec le directoire français etc.

Ayant rendu compte à l'empereur de mes conférences avec Mr. le comte de Rasumowsky, S. M. m'ordonna de lui faire connaître, combien elle serait peinée de voir suspecter la loyauté de ses sentiments, surtout de la part d'un allié intime, auquel de bonne foi et avec la confiance la plus illimitée elle avait toujours fait communiquer jusqu'à la moindre de ses affaires. Je fus chargé de réitérer à Mr. le comte de Rasumowsky l'assurance positive, déjà donnée à Pétersbourg par V. E., que depuis les conférences de Seltz il n'a jamais existé aucune négociation pacifique quelconque entre nous et la France, que toutes les ouvertures qui nous sont parvenues à ce sujet par des voies indirectes ont été constamment repoussées, sans y donner jamais la moindre suite, et que tout ce qui avait été débité dans le public du prétendu envoi de courriers entre Vienne et Paris, de je ne sais quels pourparlers mystérieux, de projets d'accommodement proposés de part et d'autre, n'étaient qu'autant de fables destituées de tout fondement, répandues à dessein par le directoire de Paris et par la cour de Berlin dans des vues connues et pour jeter la désunion et la méfiance entre les cours bien pensantes; qu'au cas même, où la France eût fourni des preuves plausibles, pour croire à la sincérité de ses intentions pacifiques, S. M. depuis longtemps était déterminée à n'accéder à aucun arrangement qui ne fût fondé sur des bases tranquillisantes pour l'Europe, telles que l'évacuation entière de l'Italie et de la Suisse par les troupes françaises, la destruction de toutes les nouvelles républiques depuis la paix de Campo Formio, l'exclusion de toute influence du directoire français dans les affaires de l'Empire etc., — sur des conditions telles enfin que S. M. était bien certaine, qu'elles auraient

obtenu l'entière et pleine approbation de son auguste allié, en égard à la situation désavantageuse, où pendant longtemps les affaires générales se sont trouvées; mais que, les attentats atroces du directoire de Paris, multipliés de jour en jour, n'ayant que trop prouvé l'incorrigible perversité de ses projets iniques, d'une autre part la rupture formelle entre la Porte et le directoire étant survenue, — mais préférablement à tout, depuis que la résolution magnanime de S. M. Impériale de toutes les Russies, de soutenir la bonne cause de toute sa puissance, eût donné une base solide aux espérances de chances favorables dans une nouvelle guerre, S. M. a de son côté abandonné totalement toute idée d'accommodement avec le gouvernement français et s'est intimement convaincue de la nécessité également et de la convenance de tenter de nouveau la voie des armes, pour venger l'honneur des trônes et réprimer enfin l'arrogante turbulence de l'ennemi de la sûreté générale.

En éclaircissant ainsi la conduite que nous avons tenue, j'en ai déduit en résultat la conséquence, qu'au fond les sentiments de S. M. étaient parfaitement conformes aux conseils éclairés et aux propres dispositions de S. M. Impériale de toutes les Russies, et pour qu'il ne puisse rester à cet égard aucun doute, j'ai eu ordre de déclarer officiellement à Mr. le comte de Rasumowsky: „Que S. M. était fermement décidée à reprendre les armes et à recommencer les hostilités, aussitôt que la saison le permettrait, et qu'on serait convenu entre les alliés d'un concert plus positif pour l'ensemble des opérations, sans lequel il est impossible d'en espérer aucun succès.“

En confiant ainsi à son intime allié le secret de ses déterminations désormais invariables, S. M. ose demander à l'amitié de S. M. Impériale de toutes les Russies, de vouloir bien en réserver la connaissance à elle seule,

exclusivement de toute autre cour, jusqu'à ce que le moment de donner un libre essor à ses généreux desseins sera arrivé.

Indépendamment de ce que nous ne sommes pas dans le cas de contracter aucun engagement envers l'Angleterre, aussi longtemps qu'elle s'obstinera, malgré l'urgence et la gravité des circonstances, à vouloir nous faire acheter à des conditions inadmissibles les secours pécuniaires que nous sommes en droit d'en attendre, l'indiscrétion et l'égoïsme du ministère britannique doivent d'autant plus nous effrayer, que nous avons vu encore en dernier lieu Lord Grenville annoncer d'avance en plein parlament l'explosion prochaine de la cour de Naples, probablement pour ne plus laisser de choix au roi sur l'entreprise, dont on lui avait arraché la promesse, et dont l'exécution prématurée vient de mettre ce malheureux prince à deux doigts de sa ruine, en causant un tort incalculable à l'ensemble des affaires de toutes les puissances bien intentionnées.

Nous ne saurions assez insister sur une vérité incontestable, celle que, si l'on veut, comme de raison, s'assurer d'une probabilité de succès dans les nouveaux efforts à déployer contre le directoire français, le seul moyen d'y parvenir c'est de le laisser aussi longtemps que possible, dans l'incertitude de nos dernières résolutions. En effet, dans un moment, où la saison dans les parties qui doivent être le théâtre de nos opérations rend toute entreprise sérieuse physiquement impossible, pourquoi avertir l'ennemi d'avance des coups que l'on se propose de lui porter? Ne serait-ce pas l'exciter à redoubler de zèle pour achever ses préparatifs et pour électriser les esprits en France, dont la répugnance pour le renouvellement de la guerre, jusqu'à la levée de bouclier de la cour de Naples au moins, a constamment

très gêné le directoire dans le rassemblement de ses moyens?

C'est d'après ce principe que nous nous sommes conduits jusqu'ici vis-à-vis du directoire, et que nous croirons de même devoir nous régler jusqu'au commencement effectif des hostilités, en évitant avec soin les piéges pacifiques qu'on nous tendrait encore, en tenant d'un autre côté dans les affaires de l'Empire la marche la plus propre, pour convaincre le corps germanique de l'impossibilité d'en venir à aucune conclusion définitive à Rastadt, et de préparer ainsi dès à présent et d'amener au plus tôt d'elle-même la séparation et la rupture du congrés, — le tout cependant sans fournir, autant que possible, avant le temps au directoire une entière certitude sur le parti ferme et décisif que S. M. dans sa sagesse a déjà adopté.

Pour ce qui regarde l'époque de la reprise réelle des hostilités, il ne peut y avoir nul doute, qu'accablés du poids énorme de la dépense excessive de l'entretien de tant de troupes, nous ne désirons nous-mêmes bien vivement d'en pouvoir désormais accélérer le moment; mais l'on daignera considérer à Pétersbourg, que tout le sort de la guerre dépend presque toujours d'un commencement des opérations bien combiné, que dans l'incertitude encore actuelle des choses il est impossible de bien fixer nos idées, et qu'une agression précipitée et isolée de notre part, sans plan déterminé et sans être secondés par l'assistance et les efforts de nos alliés, ne ferait que donner jeu gagné à l'ennemi.

L'on voudra bien aussi ne pas perdre de vue, que de toutes les puissances alliées l'Autriche est celle qui par sa situation géographique est exposée aux plus grands dangers; c'est sur nous que pèseront toujours les contrecoups de tous les revers de la coalition; les trois royaumes

de l'Angleterre, par la supériorité non contestée de sa marine, et l'Empire de Russie par sa distance et par la prépondérance de ses forces encore intactes, sont à l'abri de toute atteinte de l'ennemi. Si malgré les pertes énormes que nous avons souffertes, épuisés déjà par cinq ou six campagnes des plus ruineuses, nous sommes déterminés à rentrer en lice, il est naturel, il est du devoir de la prudence, que nous cherchions à prendre toutes les mesures possibles, pour affaiblir au moins les nouveaux risques que nous allons courir, et S. M. connaît trop l'équité également et magnanimité de l'âme élevée de l'empereur Paul I[er], pour qu'elle puisse douter que S. M. Impériale de toutes les Russies ne se porte volontiers à l'aider de tous les différents moyens de sa puissance dans l'exécution de l'entreprise, à laquelle elle s'est déterminée pour le bien général et par déférence pour les conseils éclairés de son intime allié.

En conséquence S. M. se flatte avec confiance, que S. M. Impériale de toutes les Russies voudra bien s'interposer de la manière la plus efficace pour la prompte conclusion de notre arrangement pécuniaire avec l'Angleterre, dans le sens de la convention projetée à Pétersbourg sous ses auspices, et en engageant le ministère britannique de se désister de ses prétentions injustes et orgueilleuses, auxquelles jamais S. M. ne saurait accéder, sans déroger à sa dignité et se mettre dans la dépendance absolue de la Grande-Bretagne. La pénurie de nos finances est extrême, et si l'Angleterre se refusait opiniâtrement à des secours pécuniaires, que l'on peut regarder avec raison comme un contingent dû de sa part à la masse commune des moyens à employer contre l'ennemi, nous ne saurions nullement répondre du terme des nouveaux efforts, auxquels nous sommes prêts à nous livrer.

L'on reconnaîtra aussi aisément à Pétersbourg, qu'il est de toute nécessité qu'avant tout nous soyons instruits du résultat de la négociation importante confiée à Mr. le comte de Panin, et qui doit enfin décider péremptoirement la question de la coopération ou de l'inactivité de la cour de Berlin; il est évident que ces deux hypothèses différentes exigent aussi des plans de conduite différents pour la guerre d'Allemagne.

Mais ce qui pour le succès des nouveaux efforts des alliés est le plus indispensable, c'est que le corps de 50 mille hommes que S. M. l'empereur Paul Ier, en vertu d'un traité, récemment signé d'après les confidences faites ici par Mr. le chevalier Eden, accorde à l'Angleterre, soit au plus tôt mis à même, d'agir en même temps que nous reprendrons les hostilités. S'il existe espérance fondée de réduire un ennemi, plein de confiance dans les avantages déjà obtenus, c'est par une agression vigoureuse, faite de toutes parts et au même moment et avec sa manière de faire la guerre; il est indubitable que l'on entrerait dans ses propres vues, en s'exposant par des attaques partielles à des revers successifs. D'ailleurs d'après les dispositions des esprits et les malheureux progrès des doctrines démagogiques dans l'Empire, il y a, nous pouvons l'assurer, les plus graves motifs de craindre, qu'à moins d'un concours loyal et déclaré de la Prusse, ou à moins qu'une armée considérable des troupes russes n'ait déjà paru sur les frontières de l'Allemagne pour reprimer l'effervescence des malveillants toute explosion de notre part serait le signal d'une guerre intestine, de laquelle les Français profiteraient pour désorganiser irréparablement l'Empire, en étendant de là tout au plus loin l'embrasement révolutionnaire, dont dans ces temps malheureux, et vu la grande multitude des adhérents ouverts ou cachés des nouveaux principes,

disséminés par toute l'Europe, il serait impossible de calculer les effrayantes suites.

L'intention de l'empereur est, Mr. le comte, que vous fassiez sur ces divers points, que d'ordre de S. M. je viens d'indiquer à votre zèle, toutes les représentations que la gravité et l'urgence de la conjoncture demandent. Nous sommes décidés à courir tous les risques, mais sans l'assistance la plus prompte, la plus puissante et la plus efficace de nos alliés nous serions inutilement victime de notre bonne volonté. Je reviendrai incessamment sur ces objets par un de mes courriers, qui en deux ou trois jours va suivre celui de Mr. le comte de Rasumowsky.

V. E. trouvera dans une autre de mes dépêches d'aujourd'hui ce qui est relatif à la malheureuse affaire de Naples.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXXXII.

THUGUT AN COBENZL.

Vienne, ce 24 janvier 1799.

Parmi les différents points, traités ici par Mr. le comte de Rasumowsky depuis l'arrivée du dernier courrier de sa cour, cet ambassadeur a déclaré aussi, que S. M. Impériale de toutes les Russies pensait dans sa sagesse, que la continuation des négociations de Rastadt ne pouvait qu'être nuisible aux vrais intérêts de la cause commune, et qu'il conviendrait de procéder au plus tôt à la rupture du congrès qui y était assemblé.

S. M., depuis quelque temps déjà, est pleinement d'accord avec cet avis éclairé de son auguste allié, et quoiqu'elle ne fût pas autorisée par la constitution de l'Empire ni par les circonstances, d'intimer à volonté la dissolution du congrès, l'on a dû sans doute s'apercevoir à Pétersbourg, que toutes nos démarches depuis quelque temps tendaient constamment à amener peu à peu par des

voies indirectes le même résultat, ou à paralyser au moins, en attendant un concert plus positif entre les cours, l'activité d'une négociation qui ne servait qu'à conduire l'Allemagne à sa ruine, en multipliant de jour en jour les concessions les plus humiliantes et les plus propres à entraver les vues qui animent encore pour le salut de l'Europe les puissances bien intentionnées.

C'est ainsi que nous avons proposé en dernier lieu, que la députation de l'Empire ait à s'abstenir de tout pourparler ultérieur avec les plénipotentiaires du directoire, avant que les troupes françaises n'aient entièrement évacué la rive droite du Rhin; et ce fut en prévoyant que cette proposition, si elle était adoptée, interromprait sur le champ tout le cours du congrès, attendu que l'orgueil du directoire ne se prêterait jamais à la demande qui lui serait faite.

C'est par la même raison que nous avons cru ne devoir plus donner de suite à la négociation que le ministère prussien pressait à Berlin, sur un plan d'indemnités et le projet d'une prétendue neutralité pour l'Empire, parce qu'il était devenu évident que l'effet des discussions à Berlin sur une répartition des dédommagements était, d'exciter de plus en plus les princes avides de la dépouille de leurs coétats à accélérer et à consommer la paix germanique par les conditions les plus pernicieuses, afin de jouir au plus tôt du bénéfice de sécularisations, et que d'une autre part le projet d'une neutralité pour l'Empire ne convenait plus à la situation des choses, depuis les secours plus considérables promis par la magnanimité de l'Empereur Paul I qui permettaient de donner désormais plus d'étendue aux opérations contre l'ennemi, — perspective que nous avions découvert que Mr. le comte de Haugwitz travaillait à écarter, en mettant obstacle par la neutralité à l'entrée des armées russes en Allemagne.

Au surplus, pour constater de la manière la plus positive nos véritables sentiments concernant le congrès germanique, j'ai par ordre de l'empereur dès ma première conférence avec Mr. le comte de Rasumowsky averti Mr. le prince de Reuss, que S. M. adhérait entièrement aux motifs suggérés par la sagesse de son auguste allié, pour mettre fin aux négociations aussi humiliantes qu'infructueuses de Rastadt; qu'en conséquence nous n'hésitérions nullement de nous expliquer dans ce sens à tous les États de l'Empire, sur lesquels nous avions quelque influence, pour les déterminer à la rupture du congrès, et qu'ainsi il ne tenait plus qu'à obtenir de la Prusse par l'intervention de Mr. le comte de Panin, qu'en tenant loyalement le même langage aux princes et membres germaniques qui lui sont particulièrement attachés, elle fasse usage de son pouvoir sur eux, pour les décider à se joindre à nous, afin de remplir les vues salutaires de S. M. l'empereur de Russie.

L'opinion que Mr. le comte de Panin manifeste d'un changement marquant et favorable, survenu dans les sentiments de la Prusse, donne lieu d'espérer, que le cabinet de Potsdam aura pour les conseils de la cour impériale de Pétersbourg la même déférence que celle dont nous nous empressons de faire preuve; d'ailleurs le concours de la Prusse en cette occasion est indispensable, car c'est de la réunion et de la majorité des suffrages des États germaniques que dépend la dissolution légale du congrès.

Les bruits répandus avec affectation par les ministres prussiens de la conclusion prochaine à Berlin d'un plan général d'indemnités et de sécularisations a si fort échauffé la cupidité de la plus grande partie des princes séculiers, qu'actuellement ils ne craignent rien tant que le renouvellement d'une guerre, dont les chances pourraient les faire rentrer dans leurs anciennes possessions et leur

ôteraient le prétexte et l'espérance de se dédommager avec usure de leurs pertes, par la dépouille de leurs coétats; l'égarement est au point que, comme j'ai déjà eu l'honneur d'en prévenir V. E. dans une de mes dernières dépêches, il ne s'agit pas de moins que d'une association formelle entre différents princes, pour se joindre ouvertement aux Français, afin de forcer l'Empire à la paix et à l'exécution des démembrements projetés.

Dans cette disposition des esprits il est indubitable que, si nous tentions de prononcer de notre autorité privée la rupture du congrès de Rastadt sans une adhésion quelconque de la Prusse qui contînt l'effervescence de ses nombreux partisans, et sans des déclarations énergiques des ministres de la cour de Pétersbourg en Allemagne, qui pûssent en imposer aux malveillants, l'effet immédiat de notre tentative serait une scission dans l'Empire; que nombre de princes séculiers, qui depuis la paix de Bâle n'ont cessé de se bercer de projets de sécularisation et d'un bouleversement des propriétés général, se joindraient ouvertement aux Français; que la guerre intestine éclaterait et livrait l'Empire irrésistiblement au directoire, avant que les secours que nous osons attendre encore de la magnanimité de S. M. Impériale de toutes les Russies, puissent arriver.

Il est donc plus que jamais nécessaire, que V. E. sollicite avec la plus vive instance le prompt envoi d'instructions adressées à tous les ministres de S. M. Impériale de toutes les Russies résidants en Allemagne, pour y déployer en faveur de la bonne cause une activité propre à dissiper l'opinion erronée que les Français, appuyés par tous les malveillants et même, jusqu'à ces derniers temps au moins, par les Prussiens, n'ont que trop réussi à répandre et à accréditer dans tout l'Empire: que la Russie ne prendrait jamais une part sérieuse et efficace à la conservation de l'Allemagne.

Il n'y a plus un moment à perdre pour rectifier les esprits et remédier au désordre toujours croissant dans l'Empire; ce que j'avais craint dans une de mes dernières dépêches est déjà arrivé en partie, c'est-à-dire que dès la première mention qui a été faite à Ratisbonne de la note française, concernant le passage des troupes russes en Allemagne, le ministre d'Hannovre Ompteda n'a pas manqué d'opiner que les ministres de la diète, sans perdre le temps à demander les instructions de leurs cours, émettent un voeu conforme aux désirs du directoire. Les ministres de Wurttemberg et de Bade et celui de Bavière, entièrement dépendant du duc des Deux-Ponts, ont manifesté leur approbation de l'avis de Mr. d'Ompteda.

S'il est fâcheux de voir les cours de Wurttemberg et de Bade en toute occasion les plus empressées à favoriser les vues quelconques du directoire de Paris; si l'expérience seule peut rendre croyable, que S. M. Britannique s'efforce elle-même sans cesse de déjouer, en sa qualité d'électeur, l'effet des généreux efforts qu'en sa qualité de roi elle fait pour la cause commune, ce qu'il y a sans doute encore de plus affligeant, c'est qu'au milieu d'une aussi inconcevable discordance les maux de l'Allemagne deviennent de plus en plus incurables.

Au total, V. E. est autorisée à renouveler dans toutes les occasions l'assurance la plus positive, que S. M. est décidée à déployer loyalement tous ses moyens pour remplir les vues grandes et salutaires de son allié intime et défendre l'Europe contre un ennemi féroce, travaillant avec acharnement à la subversion générale de tous les gouvernements légitimes; mais l'empereur Paul Ier est trop juste, trop magnanime, pour méconnaître que nous sommes dans le cas de réclamer le concours le plus prompt et l'assistance la plus efficace de nos alliés, pour nous aider

à supporter un fardeau, qui sans cela surpasserait de beaucoup nos forces.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXXXIII.

THUGUT AN COBENZL.

Vienne, ce 31 janvier 1799.

Par mes dernières dépêches en date du 24 l'empereur vous a autorisé, Mr. le comte, de faire connaître, sous la réserve du secret, la résolution prise par S. M. de reprendre sous peu les armes et de faire, d'accord avec son intime allié, de nouveaux efforts pour réprimer les insolents attentats d'un gouvernement monstrueux qui ne vise pas à moins qu'à l'oppression et à la spoliation générale et au bouleversement total de l'ordre qui jusqu'ici a existé en Europe.

S. M. persistant irrévocablement dans cette détermination, il ne lui reste qu'à désirer que ses alliés veuillent bien par leurs secours prompts et efficaces la mettre à même de donner essor à sa bonne volonté avec espérance de succès.

Le coup, que la malheureuse précipitation de la cour de Naples a porté à la bonne cause, est sans contredit des plus funestes; malgré cela, si l'on considère la grande supériorité de forces des cours qui formeront la grande association, l'on peut se flatter avec confiance, qu'au moyen d'un usage bien combiné de tant de ressources la nouvelle lutte qui va s'engager parviendra encore à rétablir l'honneur des trônes et à sauver l'Europe.

Il n'est pas douteux qu'un concours franc et loyal de la cour de Berlin ajouterait encore à la certitude du succès; cependant une plus longue tergiversation de la Prusse, qui arrêterait davantage la combinaison définitive des mesures des alliés, serait incontestablement plus nuisible que son inactivité et sa neutralité une bonne fois

clairement prononcées, et qui au fond ne formeront jamais un obstacle majeur à l'exécution de la grande entreprise du reste des coalisés.

La chose de toutes la plus importante c'est, d'accélérer avec le soin le plus infatigable toutes les dispositions préalables, pour que les forces des alliés puissent à peu près en même temps entrer en action contre l'ennemi, s'appuyer dans leurs opérations réciproquement par des diversions utiles et faire simultanément de toutes parts les plus vigoureux efforts. Les grandes fautes commises pendant la première coalition et une expérience assez chèrement achetée dans cinq ou six campagnes nous ont démontré invinciblement, qu'il n'existe pas d'autre manière de terrasser un ennemi devenu de plus en plus formidable par l'accroissement de ressources que lui procurent ses envahissements. Rien ne serait plus dangereux que de se porter à des agressions prématurées et isolées, — méthode qui, en exposant les puissances à essuyer des revers successifs, l'une après l'autre, les conduirait bientôt toutes à leur ruine, d'autant qu'on peut prévoir avec certitude que les premiers avantages marquants que les Français obtiendraient sur la nouvelle confédération, — en exaltant de plus en plus les têtes fanatiques des partisans des doctrines révolutionnaires, dont non seulement la Pologne et les provinces de l'Empire, mais généralement tous les États sont aujourd'hui remplis, — feraient bientôt éclater de toutes parts des troubles qui jeteraient l'Europe en combustion et entraîneraient la subversion de tous les gouvernements actuels.

En conséquence de ces importantes considérations l'intervention de S. M. est, que V. E. insiste par les représentations les plus pressantes à ce que le corps de 50 mille hommes que la générosité de l'empereur Paul Ier destine à être employés sur le bas Rhin et à une expé-

dition contre la Hollande, soit mis en mouvement le plus tôt possible, afin que sa prochaine apparition sur les frontières de l'Empire nous mette à même de commencer les opérations vers les parties du haut Rhin et d'agir de notre côté avec la plus grande énergie; car nous ne saurions trop le répéter, — et le grand intérêt que nous avons, de suivre sur les lieux les dispositions des esprits et la situation des choses en Allemagne, devrait assurer quelque croyance à notre assertion, — qu'aussi longtemps qu'un corps d'armée considérable de troupes russes arrivées sur les frontières de l'Empire n'en imposera pas aux malveillants et comprimera leurs projets perfides, le renouvellement de la guerre en Allemagne sera toujours sujet à des chances infiniment périlleuses.

Du reste, quoique nous croyons toujours utile de prolonger encore l'incertitude du directoire sur nos véritables résolutions secrètes, — autant que la dignité de S. M. et sa ferme détermination d'y conformer le langage à tenir dans le cours des affaires actuelles à Ratisbonne et à Rastadt le permettront, — il est fort douteux, que depuis l'éveil donné au directoire par l'explosion inattendue de la cour de Naples nous puissions y réussir, et les Français d'ailleurs ont trop prouvé depuis le commencement de la guerre, combien ils sentaient que leur salut dépendait de prévenir la réunion des forces des alliés et de les combattre séparément, pour qu'il ne soit très probable, qu'ils adopteront le parti de recommencer les hostilités et de se porter aux plus grands efforts, avant que le nouveau corps d'armée russe puisse atteindre les frontières de l'Empire.

Les troupes composant l'armée d'Allemagne sous les ordres de Mr. l'archiduc Charles étant au nombre de 120 mille hommes combattants effectifs, nous osons nous flatter que dans le cas supposé, S. A R. se trouvera

en mesure de faire tête aux attaques des Français, jusqu'à ce que la diversion puissante à attendre de l'arrivée du corps d'armée russe, en partageant l'attention et les forces de l'ennemi, facilite les progrès communs des opérations plus décisives; mais nous devons renouveler ici la remarque, que dans l'Empire il ne s'agit pas seulement d'opposer une résistance efficace aux efforts des Français, mais surtout de prévenir les effets, peut-être même plus dangereux, de l'égarement de leurs nombreux partisans et adhérents que la certitude de la marche d'une armée russe et de son apparition sur le territoire de l'Empire peut seule arrêter.

Après avoir examiné les mesures suffisantes pour se tranquilliser du côté de l'Allemagne, il est sans doute de la plus haute importance de s'occuper des moyens propres à assurer les succès de la bonne cause en Italie.

Malheureusement la position des affaires dans ce pays-là a empiré de la manière la plus affligeante par la levée de bouclier de la cour de Naples. À l'indolence qui y régnait chez les Français et dans les républiques qui leur sont affiliées cette explosion prématurée a fait succéder rapidement l'activité la plus étonnante, afin de profiter du bénéfice actuel de la saison pour achever les préparatifs les plus formidables. Le révolutionnement du Piemont et l'occupation simultanée de toutes ses forteresses est un des malheurs les plus déplorables; la république de Lucques qui vient d'être démocratisée, la Toscane que les Anglais et les Napolitains, par l'invasion également et par leur fuite de Livourne, ont entièrement mise à la merci des Français, — les progrès sur le territoire même de S. M. Sicilienne, et qu'il est à craindre de voir s'étendre jusqu'à la capitale, concourent à fournir à l'ennemi des secours très abondants, tant pécuniaires que de toute autre espèce, et si dans la campagne prochaine la pri-

vation d'une combinaison régulière des opérations avec les troupes napolitaines, telles qu'elles se sont montrées, n'est pas un inconvénient décisif, la défaveur jetée sur la bonne cause en Italie par leurs inconcevables défaites et par les événements sans exemple, qu'on a vu naître dans la courte intervalle d'environ trois semaines, depuis l'entrée du roi à Rome jusqu'à la retraite de la famille royale de sa capitale; le découragement de tous les bien-pensants, l'électrisation des têtes démocratiques, plus ardentes encore en Italie que dans d'autres pays etc. etc. sont autant de maux bien plus difficiles à réparer.

Malgré toutes ces contrariétés nous ne renonçons nullement, ni à l'intention, ni à l'espoir de délivrer l'Italie du joug de l'ennemi et d'y ramener un ordre des choses plus favorable. Quels que puissent être les progrès des Français dans les parties méridionales, nous osons nous flatter que, dès que la saison permettra d'ouvrir les opérations dans la partie du nord, les succès des différentes attaques vigoureuses que nous y préparons forcera bientôt l'ennemi à abandonner ses conquêtes et à revenir sur ses pas, de crainte de se voir coupé de ses communications avec la France, — au moyen de quoi il sera aisé à S. M. Sicilienne de rentrer dans ses possessions perdues, d'autant que dans aucun cas il ne serait possible de supposer que le roi voulût faire évacuer entièrement ses provinces continentales, ni que l'armée napolitaine, encore très supérieure en nombre à celle de l'ennemi qui lui est opposée, ne trouvât dans l'intérieur d'un pays, en grande partie presque inaccessible, des positions où elle puisse se tenir à portée de profiter sur le champ des premiers événements favorables.

Mais l'entreprise infortunée de la cour de Naples ayant à peu près doublé la force de l'ennemi en Italie, tant par les renforts considérables qui s'y transportent de

toutes parts de l'intérieur de la France et de la Suisse, que par l'activité incroyable donnée à toutes ses autres ressources, une augmentation à peu près proportionnée des troupes que nous y avions destinées nous est également indispensable; S. M. en conséquence a déjà ordonné la marche de 11 a 12 mille hommes d'infanterie, mais qui forment le seul et unique reste de nos troupes encore disponibles.

En considérant l'intérêt magnanime que S. M. Impériale de toutes les Russies veut bien prendre au sort de l'Italie, intérêt prouvé par l'intention généreuse qu'elle a manifestée d'envoyer même un secours en troupes au roi des deux Siciles, S. M. est disposée à se flatter, que son auguste allié ne désapprouvera pas, que pour le bien des affaires communes il soit fait quelque changement dans la destination du corps auxiliaire, et qu'au lieu de poursuivre sa marche vers le Rhin, il soit acheminé vers l'Italie.

Ce corps ayant été arrêté quelques jours entre Krems et St. Pölten, parce que les glaces avaient rompu le pont sur le Danube, et Mr. le général de Rosenberg ayant vivement représenté que, vu la rigueur extrême de la saison, il était impossible de continuer la marche avant une certaine intervalle de repos, sans être exposé à de très grandes pertes en hommes et en chevaux, les justes égards pour la conservation d'aussi braves troupes, dont la coopération efficace à nos efforts va fournir à S. M. un nouveau gage de la précieuse amitié de son intime allié, ont fait déférer sans balancer à la demande de Mr. le général de Rosenberg, de sorte que le corps auxiliaire est pour le moment cantonné dans les environs de St. Pölten, où tous les arrangements sont pris pour ses subsistances et pour fournir pendant quelque temps à tous ses besoins.

Il est à observer que de cette façon le corps auxiliaire se trouve à peu près dans un point central entre l'armée d'Allemagne et celle d'Italie, et à quelques égards même plus rapproché de la dernière; que la position que le corps occupe actuellement est très propre à intriguer beaucoup les ennemis par l'incertitude de la direction ultérieure de ce corps et par celle des points, où il peut leur convenir de se renforcer de leur côté de préférence.

En attendant, Mr. le comte de Rasumowsky ayant fait connaître ici l'intention de son auguste maître d'envoyer un corps de neuf a dix mille hommes au secours du roi des deux Siciles, S. M. m'a chargé d'assurer cet ambassadeur de nos dispositions les plus empressées à faciliter par tous les moyens possibles la marche de ces troupes, dès que l'endroit précis de leur entrée sur le territoire de S. M. serait connu. L'annonce faite par Mr. le comte de Rasumowsky porte jusqu'ici simplement, que ce corps passerait par diverses provinces de l'Empire Ottoman, pour se diriger ensuite vers la Dalmatie et sur Zara; mais selon nos notions sur les pays qu'il aurait à traverser nous devrions craindre, que cette marche ne fût sujette à beaucoup d'obstacles et de difficultés, outre les chemins presque impraticables en Dalmatie et la nécessité de préparer de longue main les moyens de subsistance dans une province, où nous avons beaucoup de peine à approvisionner le peu de troupes que nous y entretenons.

D'ailleurs il est peut-être présumable, que la fâcheuse tournure que la guerre de Naples a prise pourrait occasionner quelque changement dans la direction du corps commandé par Mr. le général de Hermann, quoique, vu l'interception presque générale des communications, nous ne sachions qu'imparfaitement ce qui se passe du côté de Naples; toute fois les avis que nous en recevons s'accordent tous à donner une idée si affligeante de la

désorganisation totale de l'armée et du désordre des affaires dans ce pays-là que, quelle que soit la valeur connue des troupes russes, il n'en est pas peut-être moins douteux, qu'un corps de 10 mille hommes, fondu par les fatigues d'une marche des plus longues et des plus pénibles, puisse sur les lieux mêmes produire des effets décisifs, et nous nous croyons plus que jamais fondés à croire, que ce n'est que par la réunion d'une masse de forces la plus considérable et par des attaques les plus énergiques et bien combinées dans la partie du nord, que le salut du midi de l'Italie peut s'opérer désormais.

Dans cette persuasion S. M. pense qu'au fond l'accomplissement des intentions magnanimes de l'empereur Paul Ier en faveur du roi des deux Siciles, ainsi que l'intérêt du bien général, ne sauraient que gagner à la résolution que S. M. impériale de toutes les Russies prendrait dans sa sagesse, de faire diriger la marche du corps de Mr. le général de Hermann vers l'armée de S. M. en Italie, où il se joindrait au corps auxiliaire accordé à l'Autriche, qui en acquerrait d'autant plus de consistance, pour concourir conjointement avec l'armée de S. M. à la grande entreprise de l'expulsion des Français de l'Italie.

Nous supposons que le corps du général de Hermann sera détaché de l'armée du Dniester, de sorte, qu'aussitôt que notre proposition aurait obtenu l'approbation de S. M. l'Empereur de Russie, et que le point par lequel le corps entrerait en Galicie serait connu, l'on ferait sur le champ toutes les dispositions nécessaires, pour qu'il soit approvisionné sur le même pied que le corps d'armée auxiliaire sous les ordres de Mr. le général de Rosenberg; l'on pourrait ensuite l'acheminer par la Hongrie, ce qui abrègerait sa marche et mettrait par conséquent ce nouveau corps d'autant plus tôt à même de participer aux opérations entamées.

Au surplus, S. M. a prévenu Mr. l'archiduc Palatin de Hongrie, que son intention est de confier à ses soins le commandement suprême de toutes ses forces en Italie; les qualités éminentes de S. A. R. et son zèle connu pour le bien du service de son auguste frère ne laissent aucun doute, que sa présence et sa valeur à la tête d'une masse aussi nombreuse qu'imposante de guerriers alliés ne produise les plus heureux effets.

Il serait dans les voeux de S. M., que S. M. Impériale de toutes les Russies voulût bien permettre à Mr. le maréchal de Suworow d'accompagner Mr. l'archiduc à l'armée, pour l'y assister de ses conseils et de son expérience. Si S. M. forme ce désir, c'est qu'indépendamment de la grande réputation militaire que Mr. le maréchal de Suworow s'est acquise, il connaît parfaitement l'armée autrichienne et les règles de son service, et que d'un autre côté pendant la guerre de Turquie il a inspiré à nos troupes qui lui ont dû une grande partie de leurs succès, et aux différents généraux qui ont servi sous ses ordres, une confiance sans bornes, sentiment qui, surtout dans la guerre actuelle contre les Français, peut promettre les plus grands avantages.

En vous faisant connaître ses différentes vues, S. M. s'en remet, Mr. le comte, à votre sagesse des démarches que vous jugerez nécessaire de faire en conséquence; elle recommande surtout à V. E. de presser et de transmettre sans délai les résolutions qui auront été prises à Pétersbourg. Les distances sont immenses, le temps s'écoule, et sans s'être bien concerté et entendu sur toutes choses, l'on ne saurait se flatter d'atteindre le grand but que se proposent les deux intimes alliés.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXXXIV.

THUGUT AN COBENZL.

Vienne, ce 13 février 1799.

Je profite d'une occasion que l'obligeance de Mr. le comte de Rasumowsky vient de m'offrir, pour avoir l'honneur de prévenir V. E. brièvement de quelques objets, sur lesquels je pourrai revenir avec plus de détail par un courrier que je suis prêt à vous dépêcher immédiatement, dès que j'aurai reçu les derniers ordres de S. M. et ses lettres pour monseigneur l'archiduc palatin.

Les plénipotentiaires français à Rastadt ont remis à Mr. le comte de Lehrbach une note, dans laquelle ils osent insister sur le renvoi du corps auxiliaire russe des États de S. M., déclarant que le retard d'une réponse satisfaisante à ce sujet au delà du terme de 15 jours serait regardé par leur gouvernement comme un acte d'hostilité; les mêmes plénipotentiaires français ont adressé à la députation de Rastadt une note, pour presser la réponse de la diète de Ratisbonne aux protestations éventuelles du directoire contre l'entrée des troupes de S. M. Impériale de toutes les Russies sur le territoire de l'Empire.

Pour ce qui nous regarde plus particulièrement, S. M. a ordonné que, pour mieux faire connaître, combien elle était peu disposée à déférer aux insolentes demandes du directoire, monseigneur l'archiduc Charles fasse avancer dès à présent son armée dans le cercle de Souabe et de Franconie, sauf à donner à la note française, en son temps et lorsqu'il sera jugé à propos, une réponse convenable à la dignité de S. M.

En même temps l'empereur se flatte d'obtenir le suffrage de son auguste allié, en faisant continuer au corps auxiliaire sa marche, aussitôt qu'il aura été physique-

ment possible de le réunir à St. Pölten, attendu que tous les soins pris pour rétablir les communications entre les deux rives du Danube ont jusqu'ici échoué.

D'après les ordres de S. M., une partie de l'armée de monseigneur l'archiduc Charles aurait dû passer le Lech aujourd'hui; malheureusement, vu l'étrange rigueur de la saison, et dont de temps immémorial il n'y a pas eu d'exemple en Allemagne, il est impossible de compter avec certitude sur quelque chose. Plus de quarante mille hommes, qui de la Bohème et des parties de l'Autriche voisines de la Bavière se trouvent en marche pour joindre l'armée de S. A. R., sont arrêtés à chaque pas par les obstacles que leur opposent les neiges, les ponts rompus et les rivières débordées.

Quant à la réponse à faire par la diète de Ratisbonne aux notes françaises, nous travaillons sans relâche à réunir les différentes cours dans les bons principes, nous avons fait à cet effet les offices les plus pressants tant à Berlin qu'à Dresde et à Hannovre; la faction française s'agite de son côté: l'électeur de Mayence, Württemberg et Bade sont ceux qui jusqu'ici se sont le plus hautement prononcés en faveur des intentions du directoire. Je ne puis à cette occasion que me rapporter à ce que j'ai eu l'honneur de mander à V. E. dans mes dépêches précédentes sur l'urgence d'une prompte et énergique intervention de la cour impériale de Pétersbourg, pour prévenir des scissions ouvertes en Allemagne et l'entier bouleversement de l'Empire.

En attendant, S. M. espère avec confiance de rencontrer la haute approbation de son auguste allié, en faisant diriger la marche du corps auxiliaire vers l'Italie, vu le fâcheux changement qui de ce côté-là est survenu dans les circonstances par les funestes suites de l'explosion imprévue de la cour de Naples.

Nous continuons de manquer de nouvelles directes et officielles de Naples, postérieures au 13 décembre de l'année dernière. Nous apprenons que Mr. le marquis Del Gallo que le roi, à son embarquement pour la Sicile, a dépêché à Vienne, se trouve depuis un temps considérable sur la côte de Barletta et de Brindisi, arrêté par les vents et par les corsaires; l'on dit qu'il a écrit à Corfou à Mr. l'amiral Outschakow, pour le prier de lui accorder une frégate pour son passage à Trieste.

Ce qui par des voies indirectes est parvenu à notre connaissance sur les tristes événements de la guerre napolitaine se réduit aux faits suivants. Les avantages obtenus par le général Mack, dont j'ai fait mention dans ma dernière dépêche, se sont confirmés, les Français ayant été repoussés avec une perte non indifférente dans diverses attaques tentées le 6, le 7 et le 8 janvier contre Capoue et le camp retranché. Après ces succès nous avons d'autant plus de peine à nous expliquer les motifs, par lesquels des pourparlers ont été entamés le 10 avec le général français, et qui ont abouti le 11 à la conclusion d'une suspension d'hostilités sous les conditions les plus humiliantes, et dont V. E. trouvera copie ci-joint. Le peuple de Naples, par un mouvement d'indignation, à ce qu'on assure, d'une convention aussi ignominieuse, s'est mis en insurrection; il désarma les troupes qui se trouvaient dans la ville, massacra beaucoup de prétendus Français ou Jacobins, s'empara des arsenaux et de tous les forts etc. Le vice-roi a eu beaucoup de peine à se soustraire à la fureur de la multitude par la fuite; le peuple élut le prince Moliterno, fils du duc de Marsico-Nuovo, pour son chef et lui a adjoint les princes de Cuto et de Rocca-Romana; l'on dit que les insurgés persistent dans l'obéissance envers le roi et déclarent n'avoir d'autre dessein que de défendre leur patrie; l'on prétend qu'une

masse armée de plus de 60 mille hommes est marchée contre les Français et que ces derniers, toujours en petit nombre, pour se concentrer, ont abandonné les environs de Naples, ainsi que Benevent et plusieurs autres endroits qu'ils avaient déjà occupés en vertu de l'armistice; l'on ajoute que le duc de Salandra a pris le commandement du reste peu considérable de l'armée, fondue par la désertion et désorganisée; qu'il s'est retiré dans l'intérieur du pays; que le général Mack était tombé entre les mains de l'ennemi etc.

Nous attendons avec la plus grande impatience des éclaircissements ultérieurs sur le véritable état des choses, l'obscurité actuelle étant d'autant plus désolante, qu'elle exclut toute possibilité de combiner les mesures à prendre, pour entretenir en tout cas le courage et l'espoir des bien-intentionnés dans cette partie de l'Italie.

V. E. aura déjà été informée avant l'arrivée de ma dépêche, que le ministère de St. James s'est refusé obstinément à l'approbation de la convention pécuniaire, rédigée à Pétersbourg avec l'intervention des ministres de S. M. Impériale de toutes les Russies. Quoique S. M. ne puisse être que très sensible à de pareils procédés de la part de l'Angleterre, il n'en résultera point de changement dans les résolutions que les intérêts du bien général l'ont engagée d'adopter, sur quoi je me rapporte en attendant à ma dépêche du 10 du mois passé; mais S. M. recommande à V. E. d'accélérer par les plus vives instances une prompte solution sur les divers objets contenus dans mes dernières dépêches; le printemps s'approche, et il est impossible de fixer solidement les idées sur les opérations de la campagne prochaine, avant de connaître avec quelque précision les moyens que les alliés seront dans le cas de faire agir contre l'ennemi.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXXXV.

THUGUT AN COBENZL.

Vienne, ce 27 février 1799.

Après les instructions pressantes que l'on nous a assuré positivement avoir été données à Mr. le comte de Panin, pour exiger sans plus de délai du cabinet de Potsdam une réponse catégorique quelconque, nous ne devions pas nous attendre à la tournure que les affaires paraissent de nouveau avoir prise à Berlin.

En supposant, comme nous le devons, que les communications que l'on nous a faites sur le langage prescrit à Mr. le comte de Panin ont été franches, nous ne pouvons qu'apercevoir avec douleur, que l'ancien ascendant de l'astuce de Mr. le comte de Haugwitz sur la facile crédulité de Mr. le comte de Panin a réussi à égarer encore le ministre Russe, en le traînant de piége en piége et en lui faisant perdre de vue l'extrême urgence, dont il est pour le bien de la cause générale, de constater une bonne fois d'une manière claire et explicite les véritables sentiments de la cour de Berlin.

D'abord l'on a persuadé Mr. de Panin de l'utilité d'attendre le duc de Brunswick qui, soit dit en passant, est bien de tous les hommes le moins propre à pousser à des résolutions vigoureuses, et qui, comme il nous est connu par d'autres voies, abuse cruellement de la bonhommie de Mr. le comte de Panin; puis l'on a cru devoir suspendre les démarches ultérieures jusqu'à l'arrivée de Mr. Thomas Grenville. Dans l'intervalle il est arrivé une chose qui paraîtrait incroyable, si elle n'était pas vraie: Mr. le comte de Rasumowsky, par ordre de sa cour, a fait ici, de la manière la plus insistante, la demande de la rupture du congrès de Rastadt; cette demande, qui au fond se conciliait parfaitement avec nos propres principes, n'a point souffert de difficulté de notre part, et

l'ordre de S. M. pour réclamer le concours indispensable de la Prusse a été expédié sur le champ à feu Mr. le prince de Reuss; cet ordre a été renouvelé depuis. Mr. le comte de Panin, requis par le ministre de S. M. d'appuyer ses représentations, a prétexté le défaut d'instruction positive, en ajoutant que sa propre négociation ne comportait point encore une proposition de cette nature à Berlin. Je laisse à V. E. les inductions décourageantes à tirer d'une pareille conduite. Les deux copies ci-jointes des derniers rapports du chargé d'affaires Hudelist mettront V. E. au fait de l'état des choses depuis la mort de Mr. le prince de Reuss. Mr. le comte de Panin se flatte, que les réponses qu'il attend de la cour de Berlin pourraient bien n'être pas entièrement mauvaises; mais ce qui est spécialement remarquable, c'est le sens étrange qu'il attribue à la déclaration prussienne à Ratisbonne, concernant la marche des troupes russes, — véritable mystification, à laquelle il serait inutile de s'arrêter ici, puisqu'il suffira à V. E. de la lecture du contenu littéral de cette déclaration prussienne, annexée à une de mes dépêches allemandes d'aujourd'hui. La conduite que la cour de Berlin tient actuellement se trouve, par conjecture anticipée, depuis longtemps consignée dans mes dépêches précédentes; le but de sa politique est et a toujours été d'éviter toute réponse décisive, d'amuser les alliés par des espérances illusoires, et par conséquent de retarder leurs concerts définitifs et les effets de leur union. Serait-il possible que l'on voulût s'en laisser imposer encore par des ruses aussi palpables et des subtilités aussi clairement prévues?

Ne voudra-t-on donc jamais prendre en considération le cruel embarras, où nous devons nous trouver au point de reprendre les hostilités en Allemagne, sans avoir aucune

base certaine pour le plan de nos opérations et le système de notre conduite, — base que le résultat définitif de l'éternelle négociation de Berlin peut seul nous fournir?

Dans ce moment toutes les démarches de la cour de Berlin, toutes ses manigances secrètes auprès de ses adhérents en Allemagne tendent à remettre sur le tapis le projet d'une neutralité pour l'Empire, ou d'une extension de la ligne de démarcation prussienne; et on est déjà parvenu par toutes sortes de menaces et de promesses, d'égarer l'électeur de Mayence au point qu'il a adressé une lettre au roi de Prusse, pour avoir l'air de lui proposer des idées de ce genre.

Si cette question est mise prochainement en délibération et, comme il est à prévoir, appuyée par la majorité des États pusillanimes de l'Empire, nous devons nous trouver dans la plus grande perplexité; — car il est pour nous de toute impossibilité de prendre raisonnablement et à moins de choisir au hasard un parti pour ou contre dans l'obscurité présente et avant de savoir au moins, si nous devons compter ou non sur l'arrivée en Allemagne du corps de 45 mille hommes sous les ordres de Mr. le prince Galitzin.

Si nous ne devons pas espérer le secours de cette armée en Allemagne, la neutralité d'une grande partie de l'Empire, l'extension même de la ligne de démarcation prussienne pourraient nous être utiles, vu qu'en nous donnant les moyens de concentrer nos forces, nous pourrons pousser nos opérations avec plus d'énergie vers le haut Rhin et du côté de la Suisse, indépendamment de ce que nous risquons par une opposition isolée, de provoquer imprudemment les partisans de la Prusse à consommer leur projet de ligue contre nous avec la France.

Mais d'un autre côté la neutralité de l'Empire exclurait désormais toute entrée des troupes russes en

en Allemagne, une plus grande extension de la ligne de démarcation prussienne, en ôtant aux habitants de la Belgique jusqu'à l'espérance du moindre secours du dehors, rive à jamais leurs chaînes et les livre à la merci des Français, de sorte qu'en adoptant des neutralités ou une extension de la ligne de démarcation prussienne, le dérangement de tous les projets des alliés en serait une suite immanquable, au cas que l'armée de Mr. le prince Galitzin fût destinée à être employée en Allemagne.

S. M. s'assure que V. E. donnera à ces divers objets toute l'attention que leur gravité et leur importance exigent. Au moment du recommencement de la guerre il est temps que les incertitudes finissent; exposés par notre situation géographique, seuls parmi les alliés, aux grands dangers de n'avoir aucun point fixe pour la direction de notre conduite, il est naturel que nous sentions vivement les inconvénients et les désagréments d'une pareille situation qui, prolongée, peut causer notre entière ruine. Nous ne nous plaindrons point, si la Prusse persiste dans son système d'une parfaite neutralité et inactivité; il suffit qu'elle se prononce peremptoirement, qu'on sache une bonne fois à quoi s'en tenir à son égard, pour s'en régler en conséquence. S. M. désire, vu l'urgence des circonstances, que V. E. me transmette au plus tôt et avec détail le résultat des démarches les plus pressantes que vous ferez auprès du ministère de St. Pétersbourg.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXXXVI.

THUGUT AN COBENZL.

Vienne, ce 22 mars 1799.

En continuation de ce que j'ai eu l'honneur de mander à V. E. sur les négociations à Berlin par mes dépêches du 27 février et du 10 de ce mois, j'ai l'honneur de lui

transmettre aujourd'hui copie de deux rapports de Mr. Hudelist, ainsi que copie de la réponse officielle donnée par le cabinet de Potsdam aux propositions de Mr. le comte de Panin, quoique je ne doute point que cette dernière pièce ne soit déjà parvenue à votre connaissance par la voie du ministère impérial de Pétersbourg.

Je joins ici également copie de ce qui a été écrit à Mr. le comte de Dietrichstein en conséquence du rapport de Mr. Hudelist en date du 7 de ce mois.

Au total l'on ne saurait se défendre de la plus grande surprise, en comparant la conduite de Mr. le comte de Panin avec les instructions dont on a assuré à V. E. qu'il avait été muni.

Tout ce que nous avions prédit depuis longtemps à Pétersbourg de la marche que tiendrait le cabinet de Potsdam, s'est exactement vérifié. À moins de vouloir se faire illusion volontairement, l'on ne peut plus douter que, sans avoir jamais eu aucune disposition sincère à accéder à la coalition, pour le moment au moins, la Prusse n'a eu pour but que d'amuser les alliés par des demi-espérances, afin de retarder, d'arrêter leur concert définitif, de gagner du temps pour embrouiller les affaires dans l'Empire, d'y mûrir les complots projetés entre plusieurs États en réclamation d'une paix quelconque, de donner enfin à l'ennemi le loisir de prévenir, par la reprise des hostilités, tout ensemble de mesures entre les alliés et de nous surprendre en notre particulier dans l'état le plus embarrassant d'incertitude, tant à l'égard des opérations militaires que relativement à notre conduite générale dans l'Empire.

Mr. le comte de Rasumowsky avait insisté ici au nom de sa cour de la manière la plus peremptoire sur la dissolution du congrès de Rastadt, comme un préalable de notre reprise des armes contre les Français; et — Mr. le comte de Panin, pour faciliter au cabinet de Potsdam le

moyen d'éluder cette proposition, a déclaré qu'à son avis la rupture des négociations de Rastadt ne devait avoir lieu qu'après le recommencement effectif des hostilités entre nous et la France. La réponse de Mr. le comte de Finkenstein renvoyait clairement la cessation du congrès de Rastadt à l'établissement d'une neutralité pour le sud de l'Empire; et — Mr. le comte de Panin remerciait le ministre prussien d'une réponse aussi bienveillante, pendant que la neutralité indiquée exclut évidemment l'entrée des troupes russes sur le territoire de l'Empire, et qu'on est à Pétersbourg en négociation formelle pour faire marcher 45 mille hommes en Allemagne.

Le suffrage de Brandenbourg à la diète de Ratisbonne s'expliquait moins obscurément encore sur la vue d'une neutralité pour l'Empire, puisqu'il faisait entendre sans ambiguïté qu'on refuserait aux troupes russes l'entrée sur le territoire germanique, si les Français voulaient de leur côté retirer leurs troupes de la rive droite du Rhin; et — Mr. le comte de Panin a paru admirer cette déclaration comme un chef d'oeuvre des bonnes intentions de la Prusse pour la coalition, et Mr. de Bühler s'en témoigna en conséquence de son côté assez satisfait à Ratisbonne.

Enfin l'on a annoncé à Petersbourg que l'ordre le plus positif avait été donné à Mr. le comte de Panin, d'exiger du cabinet de Potsdam une réponse *précise* et *catégorique*, de n'en admettre aucune qui fût *évasive*, *dilatoire* et propre à prolonger l'incertitude qui a subsisté depuis si longtemps. Les ministres de Berlin insinuent que dans l'avenir, selon les circonstances, et si par exemple les Français attaquaient les premiers la ligne de démarcation prussienne, il pourrait arriver que la Prusse agît réellement contre le directoire, pourvu qu'elle fût bien assurée d'avance de l'assistance de l'Angleterre également et de la Russie, c'est-à-dire, pourvu que l'Angleterre

dans l'attente d'un événement peu probable, veuille salarier l'armée du roi, et que la Russie veuille conniver dans l'intervalle aux manoeuvres souterraines de la cour de Berlin et à ses vues d'acquisition dans l'Empire; et — Mr. le comte de Panin, trop heureux de fournir une nouvelle preuve de facilité et crédulité, prie Mr. le comte de Haugwitz de vouloir bien donner quelque éclaircissement plus précis sur la possibilité du cas prochain ou éloigné de quelque démarche active de la Prusse contre le directoire, *afin que les négociations à Berlin puissent être continuées*.

Il est à remarquer que Mr. le comte de Panin a consigné formellement cette nouvelle demande dans une note dont je n'ai pas pu encore me procurer copie jusqu'à présent.

Les contradictions entre la conduite réelle de Mr. le comte de Panin à Berlin et celle qu'on prétend à Pétersbourg lui avoir été prescrite, sont si inexplicables, il est si difficile à comprendre qu'un ministre russe, connaissant la juste sévérité de son maître, voulût en provoquer le ressentiment par une contravention aussi inexcusable à ses ordres, qu'il en résulte nécessairement quelque doute relativement à la fidélité des communications qui nous ont été faites sur les instructions prétenduement envoyées à Berlin.

Un pareil soupçon peut se fortifier en considérant que, quoique l'on n'ait pas hésité d'employer vis-à-vis de nous un langage presque menaçant, pour nous porter à recommencer la guerre — quoique, soit dit en passant, nous y fussions depuis longtemps décidés d'avance — cependant, lorsqu'il s'agit d'appuyer la bonne cause dans l'Empire contre la clique prussienne, les ministres russes, malgré l'énergie promise à Pétersbourg, ne cessent d'observer les ménagements les plus soigneux. C'est ainsi que Mr. le baron Bühler a vu à Ratisbonne avec un grand sang froid

la majorité à peu près déjà des États de l'Empire voter plus ou moins ouvertement contre l'entrée des troupes russes sur le territoire germanique, pendant que tout l'encouragement donné aux bien pensants s'est réduit à la communication d'un rescrit de Pétersbourg, adressé à Mr. Struve, et qui portait que S. M. Impériale de toutes les Russies conservait ses anciens sentiments de bienveillance et d'intérêt pour l'Empire d'Allemagne, insinuation que Mr. Struve a déclaré même n'être pas autorisé à donner par écrit, quelque vague et peu rassurante qu'au fond elle pût paraître, et quoique l'on pût prévoir aisément le parti que les malveillants tireraient d'un semblable refus.

Quoiqu'il en soit, il ne saurait échapper à V. E., qu'il est pour nous de la plus haute importance et de la plus urgente nécessité de nous procurer des lumières sur la véritable cause de l'étonnant contraste qui se manifeste entre le langage du ministère de Pétersbourg et la conduite de Mr. le comte de Panin et des autres ministres russes en Allemagne. Si, comme nous désirons nous en persuader, il n'y a pas de jeu ni d'arrière-pensée de la part du cabinet de Pétersbourg, il est indispensable de faire usage des représentations les plus énergiques, pour réveiller une bonne fois l'attention du ministère impérial de Russie sur le tort que nous cause et a déjà causé cette bizarre opiniâtreté de Mr. le comte de Panin, à entasser conférence sur conférence, dans l'espérance de justifier encore ses étranges visions sur la loyauté de la cour de Berlin et sur les bonnes intentions de Mr. le comte de Haugwitz, pendant que le cabinet de Potsdam profite dans l'intervalle du sommeil, dans lequel il entretient les alliés par des espérances illusoires, pour consolider en Allemagne une ligue opposée à l'Autriche et à la bonne cause, afin d'y entraver toutes nos opérations et de nous

faire perdre tous les fruits de nos efforts, même en cas de succès. Il est donc temps, plus que jamais, de faire cesser cet état funeste d'incertitude et ces fatales négociations de Berlin, sans s'obstiner à courir plus longtemps après des phantômes, tel que l'est pour le moment la coopération sincère et active de la Prusse. Le parti le plus convenable aux intérêts de la cause commune, c'est de mettre fin une bonne fois aux tentatives infructueuses, en se prévalant des protestations de bonne volonté, si multipliées par Mr. le comte de Haugwitz, pour en exiger une déclaration ministerielle que sa cour, „en continuant à maintenir et à défendre sa ligne de démarcation actuelle, observera pour le reste la plus stricte et la plus scrupuleuse neutralité, et que, loin d'accorder le moindre appui à quiconque chercherait à croiser les opérations et les vues des alliés, la Prusse les favoriserait de tout son pouvoir." etc.

D'un autre côté, le cours de la guerre devant amener tous les jours des occasions, où l'union des démarches des ministres des deux cours impériales dans l'Empire deviendra nécessaire, V. E. ne saurait trop insister sur l'indispensable nécessité, de munir Mr. le comte de Rasumowsky des instructions et pouvoirs requis pour donner aux ministres de S. M. Impériale de Russie, sans perte de temps, toutes les directions que les circonstances exigeront. Ayant une fois pris notre parti, nous sommes bien décidés à courir tous les risques, à faire franchement usage de tous nos moyens pour le soutien de la cause commune; mais il est juste que l'on nous soutienne avec le même zèle, car c'est sur nous que pèsent les dangers des chances de la guerre, ainsi que les graves inconvénients qui résultent de l'incohérence et du décousu des mesures entre les alliés, — vérité que dans l'éloignement l'on semble trop souvent perdre de vue.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXXXVII.

THUGUT AN COLLOREDO.

Ce 5 mai 1799.*)

Je me rendrai aux pieds de S. M. mardi prochain à l'heure qu'elle a daigné me prescrire. C'est un événement à tous égards funeste que celui de Rastadt, qui donnera au Directoire et à tous les malveillants un beau prétexte pour déclamer contre nous et pour nous imputer les horreurs les plus extravagantes: car, après tout, il paraît que c'est par nos hussards qu'ont été massacrés les députés français que tout l'Empire avait reconnus et avec lesquels l'on avait traité depuis si long temps. Je ne conçois pas en général, comment l'archiduc a pu prendre sur lui d'occuper Rastadt et de troubler les députés qui y étaient rassemblés encore, à moins que d'avoir eu quelque ordre de S. M. qui m'est inconnu. La chose, c'est-à-dire l'occupation de Rastadt en elle-même, était à beaucoup d'égards en contradiction avec le reste de notre conduite, et c'est encore un des beaux coups de Fasbender. Quoiqu'il en soit, il sera important que l'examen de ce qui s'y est passé soit traité avec publicité et d'une manière authentique, pour nous justifier aux yeux de toute l'Europe par une punition éclatante de ceux qui seront jugés coupables; il faudra donc prévenir son Altesse Royale qu'elle se borne à faire arrêter et emprisonner tous ceux, sur lesquels pourrait tomber le moindre soupçon de fait ou de négligence, sans rien prononcer à leur égard, parce que leur procès doit être instruit dans toutes les formes et avec toute la publicité requises. Peut-être S. M.

---

*) Von dem Herausgeber bereits vorgelegt in der Sitzung der philosophischen Classe der kaiserl. Akademie der Wissenschaften am 28. April 1869, und abgedruckt im XLII. Band des von der kaiserl. Akademie herausgegebenen Archivs für Kunde öster. Geschichtsquellen.

pourrait commettre cette affaire à Lehrbach. Je prie V. E. d'agréer l'hommage de mon respecteux attachement.

Thugut.

LXXXVIII.

THUGUT AN COBENZL.

Vienne, ce 8 mai 1799.

Le délabrement de ma santé et l'extrême accumulation du travail dans les circonstances actuelles ont retardé jusqu'ici l'expédition d'un courrier que je me proposais de dépêcher à V. E., mais qui va immanquablement partir sous peu de jours.

Je profite aujourd'hui d'une occasion offerte par Mr. le comte de Rasumowsky, pour instruire V. E. au plus tôt des brillants progrès des armes alliées en Italie.

L'armée de S. M. ayant obligé l'ennemi à repasser successivement l'Oglio et l'Adda, le général Moreau qui avait succédé au général Scherer dans le commandement, s'était mis en devoir de défendre la dernière rivière avec la plus grande opiniâtreté; Mr. le maréchal de Souworow Rimnisky ayant de son côté résolu d'en forcer le passage, il en résulta dans la journée du 27 plusieurs combats aussi vifs que meurtriers qui furent terminés par l'entière défaite de l'ennemi; Mr. le maréchal est entré à Milan le 28 au milieu des démonstrations les plus touchantes de la joie de ses habitants.

V. E. verra ce qui est relatif à ces événements, avec plus de détail, dans la relation imprimée que j'ai l'honneur de joindre ici.

Le château de Milan, qui avec une garnison de 12 à 15 cents hommes tenait encore, aura été probablement bientôt contraint de se rendre; les restes du corps, commandé par Moreau, paraissent être tombés dans une dissolution totale, sans moyen de se réunir de sitôt; mais il

semble se former un autre corps dans les environs de Parme et de Reggio, composé de toutes les troupes que l'ennemi retire en toute hâte de Naples, de Rome, de Gènes, de la Toscane etc., ce qui ne peut que nous confirmer dans l'espérance, qu'à la continuation des succès vers l'ouest et le nord l'ennemi sera bientôt obligé d'évacuer de lui-même tout le midi de l'Italie.

Il s'agira probablement pour le présent de consolider nos progrès par la prise des forteresses propres à rassurer nos positions et à nous maintenir dans les avantages conquis, d'autant plus que, selon tous les avis, tout ce qu'il y a de troupes françaises dans le midi de la France va arriver pour former une nouvelle armée au milieu des forteresses du Piémont, — et que chez nous la consommation d'hommes journalière est très grande et difficile à remplacer sur le champ, et que, d'un autre côté, le corps de Mr. le général de Herman, commandé actuellement par Mr. le comte de Schembeck, malgré tous les efforts pour en accélérer la marche, ne pourra guère arriver en Italie avant la mi-juillet.

Du côté du Tirol Mr. le général de Bellegarde a tenté une entreprise vers les Grisons et, après des combats multipliés dans les montagnes, était parvenu jusqu'au 3 de ce mois, à chasser l'ennemi de toute la basse Engadine; Mr. de Bellegarde continuait à pousser sa pointe, et nous pourrions regarder le pays des Grisons comme reconquis, sans la sorte d'inquiétude que nous donne le retard des nouvelles des opérations du général Hotze qui du Vorarlberg par les gorges de Luciensteig devait pénétrer vers Coire.

Le congrès de Rastadt est dissous: mais il s'est passé à cette occasion un événement assez fâcheux: les ministres français étant partis la nuit, ils sont tombés dans une patrouille de nos hussards, et une rixe s'étant élevée, Bon-

nier et Roberjot ont été tués, Debry a été blessé; nous ignorons encore les véritables détails de cet accident, mais nous espérons que les recherches exactes qui ont été ordonnées sans délai, prouveront bientôt que ce malheur ne peut être attribué qu'à la propre faute des plénipotentiaires français, malgré les clameurs et les calomnies auxquelles l'on peut s'attendre de la part du directoire.

J'ai l'honneur d'être etc.

ANHANG.

LXXXIX.

NACHTRAG ZUR PUNCTATION FÜR DEN FÜRSTEN VON REUSS. *)

Wien, den 24. April 1798.

Als die Punctation zum Unterricht und Anweisung Ew. etc. bereits entworfen war, ist das verehrliche Schreiben Ew. etc. vom 19. d. eingelangt, das allsogleich S. M. vorgelegt worden ist, und dessen Inhalt durchaus, was Hochdero Aeusserungen und vorläufige Einleitungen betrifft, den vollkommenen Beifall erhalten hat.

In Ansehung dessen, was Ew. etc. von den Gesinnungen und vorläufig berührten Anträgen des königlich preussischen Hofes theils eröffnet, theils durch die nicht genug anzurühmenden Bemühungen des russisch kaiserlichen Ministers, Herrn Grafen von Panin, entdeckt worden ist, ist nöthig befunden worden, noch folgende Bemerkungen zu Hochdero Direction nachzutragen.

1mo. War in Hinsicht auf die schreckliche Lage der Dinge im Reich und daraus für den Ruhestand von ganz Europa zu besorgenden eben so schrecklichen Folgen, aus den Aeusserungen des königlich preussischen Ministeriums schmerzlich zu vernehmen, dass der königlich preussische Hof aus so unstatthaften als wirklich ganz unbegreiflichen Ursachen nicht nur zögert, sondern so anhaltend auszuweichen sucht, sich mit uns vor Allem über den wichtigsten und gemeinnützigsten Punkt, — nämlich über die zu ergreifenden Massregeln, die schon so weit vorbereiteten

*) Siehe Seite 21. Punctatio loco Instructionis.

Vorschritte und Unternehmungen der Franzosen auf dem rechten Rheinufer durch gemeinschaftliche schleunige Vorkehrungen zu verhindern, — von nun an gleich zu vereinigen, und noch so hartnäckig darauf bestehen will, hierüber dann erst mit uns näher einzugehen, wenn man über das, was eigentlich nur das Privatinteresse beider Höfe betrifft, einverstanden sein würde. Ew. etc. ermangeln nicht, dieser für das Allgemeine so verderblichen Verzögerung wegen vorzustellen: Se. k. k. Majestät seien in der gegründeten Ueberzeugung, mit aller Gerechtigkeit erwarten zu sollen, dass aus Allem dem, was Allerhöchstdieselben von Allerhöchstdero Gesinnungen und Grundsätzen in Ansehung der Vereinigung über das beiderseitige Interesse beider Höfe theils dem König unmittelbar, theils durch Ew. etc. so bestimmt haben eröffnen lassen, wohl nicht ein gegründeter Schein eines Misstrauens in unseren Absichten statthaben könne, sondern dass man vielmehr von uns nicht nur eine ganz beispiellose Mässigung in unseren Forderungen, sondern auch die grösstmögliche Rücksicht für das Interesse des königlich preussischen Hofes — hiemit die Vereinigung hierüber beinahe, und so viel dies von uns abhange, — als unfehlbar voraussetzen konnte. Ew. etc. wollen daher auf eine einleuchtende Art zu bedenken geben, ob nicht Alles das, was noch der Gegenstand der besonderen Differentien beider Höfe sein kann und in den Unterhandlungen nun ganz erörtert werden soll, nicht als eine unbedeutende Kleinigkeit in Vergleichung mit der — schnelle Abhilfe dringend fordernden Gefahr des gesammten Reichs zu betrachten sein wolle, und ob daher beide Höfe vor sich, vor dem Reich, dessen schützende Mitstände sie sind, und vor ganz Europa es würden verantworten können, wenn wegen ihres im Grunde unwesentlichen besonderen Interesses die augenblickliche Gelegenheit versäumt würde, das deutsche

Reich vor weiterem Unglück sicher zu stellen; folglich den Franzosen Zeit gelassen würde, auf dem rechten Ufer so festen Fuss zu fassen und ihre Herrschaft und Revolutionssystem so auszubreiten, dass diesen Fortschritten gegen das Reich kaum mehr mit den äussersten Massnehmungen Schranken gesetzt werden könnten, und sohin die beiden Höfe für ihre eigene Erhaltung schon das Aeusserste anwenden müssten.

2do. Der neue königlich preussische Antrag, den Statthalter von Holland mit dem einzigen, aber noch beträchtlichen Rest der kurtrierischen Besitzungen, nämlich mit den fünf Aemtern auf der rechten Seite des Rheins zu entschädigen, müsste allen Reichsständen sehr unangenehm auffallen; auch wäre dieser Antrag mit vielen Schwierigkeiten, besonders aber mit der grossen Inconvenienz verbunden, dass sodann für Kurtrier eine neue Entschädigung aufgesucht werden müsste, wodurch dann das an und für sich sehr schwere — und wegen seiner zum Theil schon angenommenen, in sich unverkennbar ungerechten Basis, in den Augen der Welt gehässig auffallende Indemnitätsgeschäft, anstatt simplificirt noch mehr verwickelt und vor der öffentlichen Meinung, auf welche die Souveräne nun besondere Rücksicht nehmen müssen, nur noch gehässiger erscheinen müsste. Ganz unzulässig und eine von uns in keinem Falle einzugehende Proposition würde aber sein, wenn man preussischer Seits auch noch darauf bestehen wollte, dass auch alle auf diesen fünf Aemtern haftenden Schulden auf das Hochstift Würzburg übertragen werden sollen. Nicht nur wäre es eine offenbare Ungerechtigkeit und hätte das Gepräge einer gewaltsamen Parteilichkeit, wenn man zu Gunsten eines Prinzen, der an das Reich Nichts zu fordern hat, und der für einen ausser dem Reich erlittenen Verlust mit Reichslanden entschädigt wird, auch noch eben die ihm einge-

räumten Reichslande von Schulden befreien und solche auf andere Reichslande übertragen wollte, die verhältnissmässig mit den nämlichen, grösstentheils von Reichskriegen herrührenden Lasten beladen sind. Durch diese Handlung würden beide Höfe allerdings die Franzosen selbst veranlassen, auf ihrer Forderung, alle Schulden des linken deutschen Rheinufers auf das rechte hinüber zu wälzen, fest zu bestehen, und solche in den Augen der Welt rechtfertigen, indem Niemand sonderbar finden könnte, dass ein Conquerant dasjenige fordert, was dem Reich von seinen eigenen Mitständen zu blosser Vergünstigung eines in seiner vorigen Eigenschaft fremden Fürsten aufgebürdet wird.

Nach Allem dem, was Ew. etc. hiemit von den Allerhöchsten Gesinnungen eröffnet worden ist, wollen Hochderoselben Ihre Bearbeitungen bei den nun gleich vorzunehmenden Unterhandlungen nach Hochdero tiefen Einsichten und reinstem Eifer für das Allerhöchste Interesse abmessen und im Wesentlichen die grösstmögliche Uebereinstimmung mit uns bei dem preussischen Hofe zu bewirken sich bearbeiten.

Da jedoch eine wahre — aus der äusserst gefährlichen Lage nicht nur des Reiches, sondern der übrigen Weltumstände entstehende Angelegenheit für uns und für alle auf ihre Erhaltung bedachten Staaten sein muss, das Rastädter Friedensgeschäft zum schleunigsten Abschluss zu befördern, und zu diesem Ende, und um ein wichtigeres Einverständniss mit Preussen einzuleiten, eine noch mehrere Nachgiebigkeit in Ansehung der uns selbst betreffenden Forderungen unumgänglich bei diesen Unterhandlungen nöthig werden könnte, so dienet Ew. etc. zur vorläufigen Wissenschaft, dass Hochderoselben diesfalls und wenn sonst in den übrigen Punkten unserer Propositionen Preussen willfährig, bestimmt und redlich

sich bezeigt als unser Ultimatum am Ende proponiren und darauf abschliessen könnten: dass Preussen Hildesheim, — der Prinz von Oranien die fünf kurtrierischen Aemter, jedoch gegen Uebernahme der darauf haftenden Schulden, — der Herzog von Modena und die Frau Erzherzogin Beatrix, für den Verlust ihrer so beträchtlichen Reichslehen in Italien, das Bisthum Salzburg (wo möglich mit Inbegriff von Berchtoldsgaden) auf die schon bemerkte Art zur Entschädigung erhalten; so dass der Herr Herzog von Modena und seine natürliche Erbin sohin freie Disposition haben sollen, nach eigener Convenienz wegen Abtretung dieses Landes mit dem Kaiser als Chef des österreichischen Hauses gegen ein vollkommen angemessenes Aequivalent in Vorderösterreich sich einzuverstehen. Hingegen wollen Se. k. k. Majestät Sich noch Ihrer Seits weiter entschliessen, mit dem unbeträchtlichen Bisthum Passau, mit den in seiner Art der tyrolischen Landschaft ohnehin einverleibten sehr armen Bisthümern Trient und Brixen und mit der zur Grenze von Tyrol nöthigen Freysingischen Herrschaft Werdenfels, im äussersten Fall auch mit Passau und Werdenfels allein, sich zu begnügen und solche als einen Ersatz für die Grafschaft Falkenstein und das in mehrerem Betracht für Vorderösterreich wichtige Frickthal gelten zu lassen; wobei wir jedoch annehmen, dass die Aufhebung der Lieferungsforderungen keinem Anstand unterliegen werde, da im äussersten Falle man preussischer Seits wohl vorsehen kann, dass, ohne diesfalls etwas Besonderes zu stipuliren, wir uns dieser Forderungen durch ganz gerechte Gegenforderungen und den allerdings in so einem Falle statthabenden Compensationsweg entledigen könnten.

Aber auch über dieses Ultimatum zu entscheiden, haben Se. k. k. Majestät in dem unbegrenzten Vertrauen, welches Allerhöchst dieselben in allen Ihren Angelegen-

heiten und allgemeinen Vorfallenheiten auf Ihren engsten Alliirten, den kaiserlich russischen Hof, setzen, des Kaisers von Russland Majestät in dem zu Hochdero und des Herrn Grafen von Panin vertraulicher Wissenschaft angebogenen Schreiben unbedingt anheimgestellt. Se. Majestät sind begründet, nach der lebhaften Ueberzeugung, welche Allerhöchst dieselben von der gerechten, billigen Denkensart und der freundschaftlichen Besorgniss für das österreichische Interesse von Seite des Kaisers haben, für sicher anzunehmen, dass Se. russisch k. Majestät unsern gemeinnützigen Absichten und Anträgen vollkommenen Beifall schenken, unsere Forderungen nicht nur billig und mässig, sondern in Hinsicht auf unsere so grossen Aufopferungen, besonders in Vergleichung mit dem preussischen Benehmen, nur gar zu mässig — und unsere Nachgiebigkeit zu gross finden dürften, daher wir dann sicher erwarten können, der kaiserlich russische Minister werde uns bei diesen Unterhandlungen nachdrücklichst zu unterstützen den Auftrag erhalten.

Ob man nun übrigens schon preussischer Seits in den letzten Aeusserungen von Einverleibung der Reichsstadt Nürnberg und von Anerkennung der verschiedentlich in Franken via facti von Seite Preussens in Besitz genommenen vielen Ortschaften keine Anregung Ew. etc. gemacht hat, auch der Antrag, Nürnberg mit den preussischen Fürstenthümern einzuverleiben, gegen den von Preussen selbst aufgestellten Grundsatz, dass die Besitzungen der weltlichen Reichsstände unberührt bleiben sollen, streiten würde, so ist doch zu erwarten, dass bei Eröffnung der Unterhandlungen, und bevor man noch unser ganz natürlich bis zum Schlusse geheim zu haltendes Ultimatum wissen wird, die preussischen Minister mit dieser Forderung auftreten werden, und auf diesen Fall dienet Ew. etc. zur Leitung, dass Hochdero-

selben den Antrag wegen Nürnberg, ohne in viele Discussionen einzugehen, als eine nach der Lage dieser Reichsstadt unthunliche Sache darzustellen und ganz abzulehnen, in Ansehung der Anerkennung des bereits ergriffenen Besitzes aber zu äussern hätten: so viel Oesterreich betreffe, habe diesfalls, und ungeachtet der heftigsten Reclamationen der fränkischen Reichsstände, Se. k. k. Majestät bisher alle thunliche Schonung eintreten lassen, in politischer Hinsicht dagegen keine Bewegungen gemacht, sondern die Sache zur gütlichen Uebereinkunft oder Entscheidung der obersten Gerichtsstellen im Reich ausgestellt sein lassen. Der königlich preussische Hof denke zu billig, um Sr. k. k. Majestät als Reichsmitstand zuzumuthen, dass Allerhöchstdieselben in dieser Eigenschaft durch Anerkennung eines in rechtlicher Frage begriffenen Besitzstandes den oberstgerichtlichen Entscheidungen vorgreifen und hiemit sich in den möglichen Fall setzen sollen, mit Sich selbst in einer Sache dieser Art vor dem Reich im Widerspruch zu erscheinen. Alles, was Seine Majestät aber diesfalls zusichern könnten, bestünde darin, dass Se. k. k. Majestät gern sehen und beförderlich Alles beitragen wollten, dass diese Sache auf gütlichen Wegen oder auch allenfalls durch schiedsrichterliche Entscheidung, wozu Se. k. k. Majestät die zwei mit Preussen in freundschaftlichem gutem Vernehmen stehenden Kurfürsten von Hannover und Kursachsen in Vorschlag bringen wollen, beigelegt und entschieden werde, und dass sohin Seine Majestät den auf diesem Weg für Preussen nach unparteiischem Ausspruch zu erwartenden Vortheil Seiner königlich preussischen Majestät herzlich gönnen würden.

XC.

BEMERKUNGEN ÜBER EINEN ENTSCHÄDIGUNGSPLAN.

Die allgemeinen Grundsätze, nach welchen der kaiserlich königliche Hof die Indemnisationen auf Un-

kosten der Reichsstände gern vermieden, oder aber best möglichst vermindert hätte, sind in der Instruction für den Fürsten von Reuss vom 24. April 1798 enthalten, und liegt hievon die Abschrift bei.

Dermal scheint es, wir müssen bei Erörterung dieses Punktes von der Voraussetzung ausgehen, dass in den Unterhandlungen zu Berlin wenigstens erwirket worden:

1° dass Preussen auf Entschädigungen, nach dem Beispiel Sr. k. k. Majestät, oder ganz renoncirt, oder doch über den dermaligen Status quo in Franken, worinnen sich dieser Hof auch ohne unsere und des Reichs Einwilligung facto behaupten könnte, Nichts weiters fordert und wegen Oranien mässig ist;

2° zugleich aber einwillige, dass die Entschädigung nur nach der Hälfte oder höchstens nach zwei Drittheilen des mässig angeschlagenen reellen Verlustes ausgemessen werde.

Dies vorausgesetzt, könnte man sich bei der Ausmaass der Entschädigungen etwa an folgende Grundsätze halten:

a) Obschon wir in Ansehung der Art zu indemnisiren mit Frankreich Nichts anders festgesetzt haben, als dass die (im 12. Artikel séparé benannten) Reichsstände „obtiendront des indemnités convenables, qui seront réglées d'un commun accord avec la république“, so ist doch die Reichs-Deputation hierüber in die von Frankreich vorgeschlagene Basis der Entschädigungen durch Säcularisationen, und zwar im unbestimmten weiten Sinne eingegangen, so dass wir nun uns an solche zu halten nicht werden umhin können.

b) Weil aber diese Basis einmal festgesetzt ist, und Preussen wiederholt erklärt hat, dass an weltlichen Besitzungen Nichts soll alterirt werden, so hätten auch wir keine Besitzveränderung zuzugeben; besonders aber wollen

wichtige commerz-politische und staatsrechtliche Betrachtungen nöthig machen, dass keine Reichsstädte eximirt, den reichsständischen Besitzungen einverleibet, und diese dadurch ihre Territorien zu schliessen, zu arrondiren, und sohin dem deutschen Handel Zwang anzulegen die Gelegenheit erhalten.

c) Nach der Absicht, die Säcularisationen so wenig als möglich lästig, nachtheilig und für die Reichs-Constitution und die Verhältnisse der Katholischen gegen die Protestanten verderblich zu machen, wäre folgende, von unten aufsteigende Gradation zu beobachten: 1⁰ Wo ein Reichsstand durch Säcularisation der Mediat-Klöster und Collegiat-Stifter in seinem Territorial-Bezirk, nämlich durch Klöster, die nicht Reichsstände sind, sondern unter reichsständischer Landeshoheit stehen, entschädiget werden kann, hätte man sich auf solche zu beschränken. Bayern könnte durch Einziehung seiner Klöster sich eine sichere jährliche Revenu von wenigstens 600.000 fl. verschaffen und würde dadurch noch in seiner Landes-Administration von sehr lästigen Contradictoren befreit, welche bei Decretirung der ausserordentlichen Steuern dem Landesherrn die meisten Umstände machen können, besonders in einem Lande, wo das Volk ganz von der Geistlichkeit abhängt. Die Einwendung, dass dieses gegen die Landesverfassung und beschworne Landes-Constitution sein würde, kann keine Rücksicht verdienen; die besondere Constitution eines Landes kann nicht heiliger und unverletzbarer sein als jene des Reichs; was die Einwilligung der Reichsstände in die Säcularisations-Basis bewirkt hat, muss die Reichsstände auch über Rücksichten auf besondere Landesverfassungen hinaussetzen. Die politische Inconvenienz aber, dass durch 600.000 fl. Einkünfte aus dem Lande und Aufhebung einer grossen Hinderniss in der Landesverwaltung Bayern um die Hälfte mächtiger, hiermit

gegen den nächsten Nachbar wo nicht unternehmender, doch trotziger gemacht werden könnte, scheint nicht so schwer zu heben, wenn diese innere Machtvergrösserung bei Ausmaass weiterer Landeserweiterung in gehörigen Anschlag gebracht wird. Wenn man das Vermögen des sämmtlichen Kirchenguts in Anschlag bringt, so würde sich zeigen, dass der Betrag der Klöster und Collegiat-Stifter wenigstens den dritten Theil des Ganzen ausmacht. Es ist allerdings zu bedauern, dass die Unthätigkeit, Sorglosigkeit, Uneinigkeit oder unzeitiges Misstrauen der geistlichen Reichsstände noch zur Stunde, wo doch die Säcularisationen als Basis der Entschädigungen von der Reichs-Deputation seit zwei Monaten eingegangen sind, gehindert haben, einen „état raisonné“ der geistlichen Güter zu geben und über einen Entschädigungsplan übereinzukommen, der stantibus his der Erhaltung des katholischen Reichstheiles am angemessensten wäre, und welcher dem k. k. Hofe zum sicheren Maassstab in seinen diesfälligen redlichen Bearbeitungen zum Besten der Kirche und des Reichs dienen könnte. So aber findet sich der kaiserliche Hof nicht nur über sichere Daten und Verhältnisse in grosser Verlegenheit, sondern in der unangenehmen Lage, am Ende über Manches, was man erst nachhin erinnern wird, mit Vorwürfen beladen zu werden. Wie im Krieg, so bei den Friedensunterhandlungen laden die Reichsstände Alles auf den kaiserlichen Hof. 2⁰ wo durch Mediat-Klöster und Collegiatstifter eine Entschädigung schicklich und angemessen nicht geleistet werden kann, wären Reichsprälaturen vor den Bisthümern zu säcularisiren; und dann 3⁰ nicht leicht ein Bisthum zum Vortheil eines weltlichen Standes zu säcularisiren, was zur Gründung der geistlichen Kurfürstenthümer vortheilhaft gelegen ist.

d) Nebst dem, dass kein Reichsstand ganz zu indemnisiren wäre, so ist auch bei mächtigeren, Oesterreich abgeneigten Reichsständen die Arrondirung so viel möglich zu verhindern, wo solche immer in Militär- oder Commerz-Hinsicht schädlich werden könnte.

e) Eine Folge dieses Grundsatzes wäre dann, dass Kurpfalz, Zweibrücken und Oranien nicht an den Grenzen der k. k. Staaten, weder an der Seite von Böhmen, noch Tyrols, entschädigt werden können, worüber Se. k. k. Majestät gegen den Hof von Russland sich bereits ganz bestimmt und entschlossen erklärt haben.

f) Um das Verhältniss zwischen katholischen und protestantischen Reichsständen nicht zu verletzen, sollen in keinem Falle geistliche Reichsstände in Absicht auf ihre politische Existenz ganz vernichtet werden, sondern ihre Kreis- und Reichsverhältnisse, nämlich ihre Viril- oder Curiat-Stimmen, sollen anderen Erz- und Hochstiftern einverleibet werden.

g) Entschädigungen können zwar sogleich zugewiesen werden, die Einkünfte aber nur nach und nach zuwachsen, in dem Maass als pensionirte Bischöfe, Prälaten Canonici und Ordensgeistliche absterben; diese Pensionen wären nicht nur hinlänglich, sondern anständig auszumessen.

h) In die Classe der zu pensionirenden Geistlichen fallen Alle, die auf dem linken Rheinufer ihre Besitzungen verlieren, und für deren anständigen Unterhalt Frankreich nicht sorgen will; daher nebst Säcularisationen auch noch ein temporarischer Pensionsfond auf die Einkünfte der bleibenden geistlichen Besitzungen zu gründen sein dürfte.

i) Matricular-Beiträge zu ordentlichen und ausserordentlichen Reichs-Anlagen, sowie die Reichs-Contingente, commerzielle und andere herkömmliche Reichs-

prestationen werden von denjenigen übernommen, welche geistliche Besitzungen erhalten.

k) Da die Reichs-Ritterschaft keine eigentliche Reichsstandschaft hat, und auch zur Indemnisation durch Säcularisationen weder vom Reich noch Frankreich angetragen ist, sondern mit Modificationen ihre eigentlichen Güter zur Disposition zurückerhalten soll, so hat dies zur Folge, dass die Reichsstände, in Ansehung ihrer reichsritterschaftlichen Besitzungen auf dem linken Rheinufer, in die nämliche Classe gehören, und daher diese von der Summe des Verlustes ihres wirklichen Reichslandes abzuziehen kämen.

l) Gleichwie Frankreich und Preussen bei der Entschädigung die Reichsstände ihrer Partie begünstigen, so wäre auch von Seite des kaiserlichen Hofes auf gutgesinnte Reichsstände der möglichste Bedacht zu nehmen.

Nach diesen Grundsätzen wären dann die Pläne über die Art der Indemnisationsleistung zu beurtheilen, wobei die Landkarten zum einzigen sicheren Leitfaden dienen können, weil über den Werth der individuellen Verluste, noch weniger aber über den Umfang der Indemnisationsmasse genaue Daten vorhanden sind.

In der Anlage *) sind die Besitzungen, welche in verschiedenen Kreisen die Reichsstände verlieren und an Frankreich abtreten müssen, so genau als möglich verzeichnet, und anbei auch der Ertrag derselben immer in so billigem Maasse, dass noch etwas abgeschlagen werden kann, beigesetzt.

Unter den verlierenden Reichsständen werden eigentlich nebst Oranien nur fünfzehn Reichsstände von Frankreich namentlich ausgedrückt, und von Preussen werden einige davon in besonderen Schutz genommen, deren

*) Beilage A. S. 363.

Entschädigung daher, um aus der Sache zu kommen, mit beiden Mächten einverständlich regulirt werden muss. Diese fünfzehn Reichsstände sind nach dem XII. Article séparé de Campo Formio folgende:

Kurmainz, Kurtrier, Kurköln, Kurpfalz, Herzog von Württemberg, Markgraf von Baden, Herzog von Zweibrücken, Landgraf von Hessen-Cassel, Landgraf von Hessen-Darmstadt, Fürst von Nassau-Saarbrücken, von Salm-Kyburg, von Löwenstein, von Wertheim, von Wied-Runkel und der Graf von Leyen.

Kurmainz dürfte für den Verlust der Stadt Mainz, der Aemter Nieder-Ohlen und Bingen und der Unterämter Algesheim und Neubamberg durch Säcularisation und Einverleibung der Güter von den zwei reichen Mediatklöstern in seinem Gebiet, Erbach und Seligenstadt, hinlänglich entschädiget sein. Sollte aber Kurmainz zur Entschädigung von Hessen-Cassel das Amt Amönenburg oder Fritzlar abtreten, so könnte dasselbe durch weitere Säcularisation seiner Mediatklöster Arnspurg, Ilmenstadt, Petersberg, der vier Mannsklöster und zwei Frauenklöster im Eichsfeld einen mehr als angemessenen Ersatz erhalten.

Trier könnte allerdings nach dem Sinn der Instruction an den Fürsten von Reuss vom 24. April d. J., und eben so

Kurköln entschädiget werden. Wären aber diese Anträge nicht durchzusetzen, so könnte für Kurtrier auf eine Entschädigung in Schwaben durch das Bisthum Augsburg und Constanz, die Probstei Ellwangen, das Stift Kempten, zwei schicklich gelegene Reichsabteien und durch Einverleibung aller in diesen Territorien gelegener Mediatklöster und Collegiatstifter angetragen, und somit das Kurfürstenthum Trier nach Schwaben übertragen werden. Da der bisherige Erzbischof eigentlich

keine erzbischöfliche Diöcese hatte, nachdem Metz, Toul, Verdun, Nancy von diesem Erzbisthum abgerissen worden sind, so könnte er auch wohl ohne Suffragane bleiben, die bischöflichen Functionen durch General-Vicäre besorgen lassen; auch würde Kurmainz keinen Anstand nehmen, über die dem neuen Kurfürstenthum einverleibten Bisthümer die Metropolitanrechte abzutreten. Hiebei wäre anzumerken, dass der Kurtrierische Minister, Baron Duminique, vertraulich eröffnet hat, dass, wenn Kurtrier Besitzungen in Schwaben an der Grenze von Tyrol zugewiesen würden, der Kurfürst sich allenfalls in der Stille reserviren wollte, solche nachhin gegen die Markgrafschaft Burgau auszutauschen, welches in manchem Betrachte sehr vortheilhaft wäre, und könnte sohin durch das Augsburgische Allgäu und das Stift Kempten Tyrol sehr vortheilhaft arrondirt werden. Um aber in der Folge allen Einwendungen wegen Veräusserung integrirender Theile der Kurlande vorzubeugen, wäre nöthig, mit Preussen im Allgemeinen übereinzukommen, dass innerhalb einer gewissen Zeitfrist jedem durch Säcularisationen entschädigten Reichsstande freistehen soll, seine neu erhaltenen Besitzungen gegen andere, besser gelegene auszutauschen. Gleichermaassen, wenn es nicht angehen sollte, das Kurfürstenthum Köln nach der angeführten Instruction auf das Deutschmeisterthum zu gründen, so könnte solches auch auf das dem Kurfürsten von Köln verbleibende Herzogthum Westphalen radicirt, und diesem das Bisthum Münster nebst Paderborn einverleibt werden; würde auch die Freiheit, Mediatklöster und Collegiat-Stifter zu säcularisiren, hiemit verbunden, so wäre ein ganz beträchtliches geistliches Kurfürstenthum in Westphalen fundirt. — In Ansehung

Kurpfalz dürfte es vermuthlich nach dem gegenwärtigen Stand der Sachen von allen unseren Anträgen

in der Instruction an den Fürsten zu Reuss abkommen. In diesem Falle dürfte nach den obangeführten Grundsätzen Kurpfalz durch die Bisthümer Regensburg und Eichstädt, Freisingen (mit Ausnahme der für Oesterreich durchaus nöthigen Herrschaft Werdenfels, wofür doch Oesterreich Bayern einen ganz angemessenen Ersatz zu leisten hätte), dann durch das Stift St. Emmeran in Regensburg, und sodann durch die Freiheit, seine reichen Prälaturen zu säcularisiren, sehr angemessen entschädigt sein.

Zweibrücken könnte den Ueberrest von Worms nebst dem Bisthum Speyer, oder an deren Statt die Reichsprälaturen in Schwaben, nämlich Kaisersheim, Marchthal, Elchingen erhalten. Für den

Herzog von Württemberg wären wegen eines Verlustes von höchstens 40.000 fl. Einkünften die Abteien Zwiefalten, Nerisheim und Rothmünster, die auf ein Einkommen von 60.000 fl. gar leicht gebracht werden können, eine solche Entschädigung, die wir an dem russischen Hof allerdings als grosse Rücksicht und Begünstigung geltend machen dürften. Für

Baden dürfte das Strassburgische Oberamt Oberkirch, welches zwar in dem württembergischen Separatfrieden mit Frankreich zugesichert worden ist, oder aber auch das Amt Ettenheim, hinlängliche Entschädigung sein; da aber in seinem Gebiet zwei landsässige Klöster sind, nämlich das reiche Mannskloster Schwarzach und das Frauenkloster Frauenals, welche beide wohl ein Einkommen von 40.000 fl. geben könnten, so wäre diese Entschädigung wohl vorzuziehen, und blieben dann Oberkirch und Ettenheim zur weiteren Disposition.

Hessen-Cassel könnte das Kurmainzische Amt Amönenburg oder das Amt Fritzlar zur Entschädigung gegeben werden; durch das Eine und das Andere wäre der Landgraf reichlich entschädigt.

Der Landgraf von Hessen-Darmstadt verdient allerdings eine besondere Rücksicht, und ist ihm auch der Allerhöchste Schutz wiederholt zugesichert worden. Die Hälfte des Bisthums Fulda könnte daher zu seiner Entschädigung befriedigend sein, die andere Hälfte aber mit der Residenz Fulda dem Fürstbischof verbleiben, oder zu einer anderen Entschädigung verwendet werden. Das ganze Hochstift kann im Ertrag auf 35.000 fl. geschätzt werden.

Nassau-Saarbrücken verliert allerdings sehr viel, auch verdienen die nassauischen Häuser überhaupt etwas Rücksicht; der vorige Fürst von Nassau-Saarbrücken war zwar ein bekannter Anhänger der französischen Partei; nach seinem Tod ist nun aber seine Succession auf den gutgesinnten Fürsten von Nassau-Weilburg gefallen; demungeachtet dürfte eine Prälatur in Schwaben von etwa 30.000 fl. jährlichem Ertrag um so mehr grosse Entschädigung sein, als diese nassauische Linie noch grosse Erbschaften erwarten, und durch die unbefugte Entschädigung des Fürsten von Nassau-Oranien im Reiche das Nassauische Haus eine ansehnliche Existenz im Reiche erhält.

Für den Fürst von Salm-Kyburg dürfte eine Reichsabtei in Schwaben, etwa von 40.000 fl. im Ertrag, ebenfalls zur hinlänglichen Entschädigung dienen.

Für den Fürsten von Löwenstein würde die Probstei Odenheim erklecklich sein.

Dem Fürsten von Wertheim aber könnte das nahe bei Wertheim gelegene, wohl dotirte Augustinerkloster Triefelstein um so mehr zur Entschädigung gegeben werden, als seine Absichten dahin gehen, und das Kloster mit ihm ohnehin in ewige Processe verwickelt ist und gequält wird.

Dem Grafen v. Leyen könnte sodann die Reichsprälatur Gengenbach zur Entschädigung angewiesen werden.

Wenn nun auch diese Entschädigungen auf Unkosten des geistlichen Standes geleistet werden, so bleibt allerdings noch eine grosse Masse der geistlichen Mediat- und Immediat-Güter, die aber dennoch kaum hinreichen würden, wenn alle in der Liste der Verlierenden stehenden Reichsstände entschädigt werden müssten. Es wird also bei diesen verlierenden Fürsten und Grafen, wo nicht eine Auswahl getroffen, doch ein anderer, mit der beabsichtigten Erhaltung der geistlichen Reichsstände vereinbarlicher Entschädigungsweg ergriffen werden müssen, wodurch die mit Frankreich festgesetzte Säcularisations-Basis einigermaassen modificirt würde.

Der Unterschied unter den zu Entschädigenden wäre in politischer Hinsicht blos nach dem Interesse zu bestimmen, den eine oder die andere der grossen pacificirenden Mächte an der Erhaltung des einen oder anderen Reichsstandes nimmt. Gleichwie nun Frankreich bei den Entschädigungen einigen Reichsständen einen Vorzug eingeräumt, und Preussen auch jene von seiner Partei unterstützt, so scheint es allerdings sowohl das politische als Religions-Interesse zu erfordern, dass auch der k. k. Hof gutgesinnten Reichsständen, österreichischen oder im Oesterreichischen begüterten Familien vorzüglich seinen Schutz angedeihen lasse.

Diesemnach verdienten unter den wirklichen Reichsgrafen in der westphälischen Grafen-Curie eine besondere Rücksicht: Der Graf von Sternberg wegen seines Verlustes von Blankenheim und Manderscheid, der Graf von Plettenberg wegen Wittem, der Graf von Sinzendorf wegen Reineck, der Graf von Metternich wegen Winneburg und Beilstein, der Graf von Salm wegen Dick und Reifferscheid, der Graf Aspermont wegen Rekheim, der

Fürst de Ligne wegen Faguole. Ob man im Oberrheinischen Kreise den Grafen von Leiningen Gundersblum, in Rücksicht seines Einflusses an dem Kurpfälzischen Hof, besonders unterstützen will, hängt von höherem Ermessen ab.

Im schwäbischen Kreise hätten unter den auf dem linken Rheinufer verlierenden Grafen einen Anspruch auf die Allerhöchste Unterstützung das von jeher gut gesinnte Haus Oettingen, wegen seines Verlustes von Dachstul; dann die Grafen von Sickingen, welche beinahe im Ganzen 60.000 fl. Einkünfte verlieren und daher zu einer Entschädigung mit geistlichen Gütern besonders noch in Antrag gebracht werden könnten; und dürfte dies durch Säcularisirung einiger Abteien in Schwaben, welche zusammen nach ihrer dermaligen Verfassung etwa 160.000 fl. ertragen, im beschränkten Maass zu erwirken nicht unmöglich sein. Auch wäre hiebei zu bemerken, dass die Familie Dalberg, welche zwar nur Rittergüter verliert, wegen des künftigen Kurfürsten von Maynz eine besondere Rücksicht zu verdienen scheint. Der Coadjutor würde dadurch sehr an den Allerhöchsten Hof attachirt; auch wird es viel sein, wenn Preussen nicht selbst in der nämlichen Absicht auf diesen Gedanken verfällt. Wäre jedoch dies nicht durchzusetzen, oder fände man nicht angemessen, dadurch die Säcularisationen zu vermehren, so fielen diese Reichsstände in die Classe derjenigen, für welche, wenn sie nicht in die kläglichsten Umstände versetzt werden sollen, ein besonderer Indemnisationsfond zu creiren sein dürfte.

Dieser Fond könnte allenfalls auf folgende Art errichtet werden: Man käme überein, die Reichsstände, geistliche und weltliche, für das auf der linken Seite verlorene Allodium mit 2, höchstens $2^1/_2$ %, für lehenseinträgliche Rechte aber mit 6 von Hundert zu indemnisiren,

das ist: für 2½ % Allodial-Einkünfte und 6 % Lehenseinkünfte würden hundert Gulden Capital ausgeworfen, und dies Capital im Ganzen auf die geistlichen Immediat-Güter in allen Reichskreisen angewiesen, jedoch mit dem, dass jeder geistliche Reichsstand auch die in seinem Gebiete gelegenen geistlichen Stifter und geistlichen Gemeinden ins Mitleiden ziehen und einen billigen, verhältnissmässigen Antheil des Indemnisations-Capitals auf sie übertragen könnten. Von diesem Capital hätten die geistlichen Reichsstände den von Frankreich ihrer Besitzungen beraubten geistlichen Reichsständen im Durchschnitt 3 % jährliche Pension auf Lebenszeit zu entrichten; mit der Bedingniss, dass sie von der ganzen jährlichen Summe zum nöthigsten Unterhalt ihrer Domherrn und der Geistlichen ihres Klosters etwa 1½ % bestimmen, indem diese auf den Genuss der geistlichen Güter so grosses Recht als die Bischöfe und Prälaten selbst haben, und diese mit Billigkeit sich nicht beklagen können, wenn die Hälfte der Einkünfte für sie bestimmt wird, indessen ihre Chorbrüder zusammen sich von der anderen Hälfte unterhalten müssen.

Den weltlichen Reichsständen müsste das betreffende Capital aus dem Indemnisationsfond in leidentlichen, für die geistlichen Reichsstände nicht zu drückenden Fristen herausbezahlt werden, woraus die Entschädigten Rittergüter oder auch andere Güter zu erkaufen und sich hierüber auszuweisen hätten, welche sodann von kaiserlicher Majestät, jedoch mit Einwilligung des Landesherrn, wenn solche Güter mediat und landsässig sind, in den Reichsverband aufgenommen werden könnten. Bis aber für die weltlichen Reichsstände zu solchen Ankäufen sich eine Gelegenheit ergibt, wäre das jeden Einzelnen betreffende Indemnisations-Capital von dem geistlichen Reichsstand, dem sie zugewiesen sind, nur mit 4 % im Ganzen

zu verzinsen. Jedoch könnte allen einzelnen zu indemnisirenden Reichsständen die Freiheit gelassen werden, anstatt der auf mehrere, und wenigstens auf 15 Jahre zu setzenden Fristenzahlung, sich mit einer auf einmal zu zahlenden Summe abzufinden, oder anstatt des Capitals ein liegendes Gut sich abtreten zu lassen, wenn dies beiden Theilen conveniren sollte.

Die Ausführung dieses Planes ist aber ein so langwieriges, so vielen Erörterungen unterworfenes Geschäft, dass solches nothwendig an die Reichsversammlung müsste verwiesen und dort von einer eigens niedergesetzten Commission behandelt und auseinander gesetzt werden.

Unter denjenigen, welche aus dem Beweggrund des Mitleidens eine Allerhöchste Unterstützung verdienen dürften, wäre hier nachträglich auch die Ritterfamilie Kerpen in Erinnerung zu bringen und anbei anzumerken, dass die Niederrheinischen Häuser Salm, Wied-Runkel, Sternberg, Metternich, Kerpen durch Mediatstifter in Paderborn und Hildesheim, — die Oberrheinischen Familien aber: Nassau-Saarbrücken, Leyen, Sickingen, Löwenstein, Dalberg durch Mediatstifter und Klöster im Würzburgischen, Bambergischen und Schwaben könnten entschädigt werden, ohne dass dies für die betreffenden Reichsstände sehr lästig sein würde.

XCI. (Beilage A.)

ÉTATS DE L'EMPIRE

qui perdent leurs possessions territoriales par la cession de la rive gauche.

États ecclésiastiques.

A. Du cercle de Westphalie.

L'évêché de Liége, l'abbaye de Stablo et Malmedi, celle de Thorn, de Corneli-Munster et de Burcheid.

B. Du cercle électoral.

1°. De l'électorat de Mayence: la ville de ce nom, les baillages de Nieder-Ohlen et Bingen, et les sous-baillages d'Algesheim et Neu-Bamberg.

2°. De l'électorat de Trèves: tout le haut archevêché, et du bas archevêché les baillages de Coblence, Munster, Maienfeld, Maien, Ober-Wesel et Boppart.

3°. De celui de Cologne: le haut archevêché hors les baillages d'Altenwied, Linz et Königswinter, enfin tout le bas archevêché, à Kaiserswerth et Duiz près. Le baillage de Coblence de l'ordre teutonique.

C. Du cercle du haut Rhin.

L'évêché de Bâle, celui de Spire, aux cinq baillages de Bruchsal, Philippsbourg, Mingolsheim, Weibstatt et Neuhaus près; celui de Worms, hors les baillages de Northeim et Lampertheim; l'abbaye de Prüm et la seigneurie d'Oberstein à l'électeur de Trèves; enfin l'ordre de Malte pour ses possessions sur la rive gauche.

Les États séculiers.

A. Du cercle de Westphalie.

Princes.

1°. Des États du roi de Prusse: sa part du duché de Gueldre, une partie de celui de Clèves et la principauté de Moeurs, le tout portant un revenu d'à peu près . . . . 600.000 fl.

2°. L'électeur palatin le duché de Juliers en revenus de . . . . 500.000 fl.

Comtes du banc de Westphalie.

Le comte de Sternberg pour Blankenheim et Manderscheid, celui de la Marck pour Saffenbourg et Schleiden, de Loevenstein pour Wirnebourg, de Toering pour Gronsfeld, de Plettenberg pour Witten, de Quad pour Wickrad, de Nesselrode pour Reichenstein et Mechernich, de Sinzendorf pour Reineck, de Metternich pour Winne-

bourg et Beilstein, de Bassenheim pour Ollbrucken, d'Ostein pour Milendouk, de Schaesberg pour Kerpen et Lomersum, de Salm pour Dick et Reifferscheid, d'Aspermont pour Rekheim; le prince de Ligne pour Faguole et celui de Brezenheim, ce qui peut-être évalué en revenus ensemble au moins à . . . . 300.000 fl.

B. Du cercle électoral.

1°. L'électeur palatin: les baillages de Bacharach, Oppenheim, Alzei, Neustadt et celui de Germersheim pour la très petite partie à gauche de la Queich.

2°. Le duc d'Arenberg: la principauté de ce nom, pouvant être évaluée en revenus à . . . . 50.000 fl.

C. Du cercle du haut Rhin.

Princes.

1°. La maison palatine pour les duchés de Simern, Lautern, Veldenz et Deux-Ponts; et on peut évaluer les revenus des possessions de cette maison dans les trois cercles, non compris ce qui est en Alsace, à 2.000.000 fl.

2°. Le landgrave de Hesse-Cassel et celui de Rheinfels sur la rive gauche, tout au plus à . . 60.000 fl.

3°. Le landgrave de Hesse-Darmstadt la part de Hanau-Lichtenberg évaluée à . . . . . 150.000 fl.

4°. Le margrave de Baden la principauté de Sponheim, la seigneurie de Grevenstein et le baillage de Roth, estimés annuellement à . . . . 130.000 fl.

5°. La maison d'Autriche le comté de Falkenstein, rapportant . . . . 80.000 fl.

6°. Le prince de Salm la principauté de ce nom estimée à peu-près à . . . . 60.000 fl.

Comtes du banc de Wetteravie.

1°. La maison de Nassau pour Saarbruck, Ottweiler, Saarwerden et Kirchheim, évalués d'un revenu à peu près de . . . . 400.000 fl.

2°· La maison de Linange

a) le prince de Linange . . . 150.000 fl.

b) le comte de Heidesheim . . 15.000 fl·

c) celui de Gundersblum . . . 30.000 fl.

3°· Le comté de Grünstadt aux comtes de Westerbourg . . . . 40.000 fl.

4°· Les comtés de Grumbach, Dhaun, Greweiler et Kybourg aux Rhingraves à . . . . 80.000 fl.

5°· Du prince de Wied le comte de Créange à 20.000 fl.

6°· Du prince d'Ysenbourg la seigneurie d'Alten-Baumberg et celle de Reipolzkirchen, y compris la part de Hildesheim, à . . . . 20.000 fl.

7°· Le prince de Wittgenstein-Berlenbourg, pour la seigneurie de Neuhembsbach à . . . . . 15.000 fl.

8°· Le comte de Solms-Assenheim pour la terre de Scharffenstein en commun avec les héritiers de Linange-Heidesheim à . . . . 6.000 fl.

D. Du cercle de Souabe.

Prince.

Le duc de Wurttemberg pour la part de Montbéliard, située entre l'Alsace, la Lorraine, la Franche Comté et l'évêché de Bâle, appartient à aucun cercle; une partie seulement est partie immédiate de l'Empire, et cette partie a donné au duc séance et voix à la diète. Dans la rigueur ce ne serait strictement que pour cette partie, que le duc pourrait être en droit de demander une indemnité dans l'Empire. Le revenu peut être évalué tout au plus à 40.000 fl.

ce pays peu fertile n'ayant que douze lieues de long et dix dans sa plus grande largeur.

Comtes du banc de Souabe.

1°· La maison d'Oettingen pour Dachstoul, revenus 20.000 fl.

2°. Les comtes de la Leyen pour Bliescastel et dépendances, ainsi que Burweiler rapportant . 50.000 fl.

3°. Les comtes de Sickingen a) pour Landstoul, Schallodenbach et dépendances . . . . . . 50.000 fl. b) pour le comté de Wartenberg, la part du comté de ce nom y comprise, à . . . . 20.000 fl.

E. Cercle de Franconie.

Banc des comtes.

Le prince de Loewenstein pour la seigneurie de Scharffeneck, y compris la part du comte de Sickingen 16.000 fl.

XCII.

ENTWURF DER STAATSKANZLEI.

(Ohne Datum.)

S. M. Prussienne ayant généreusement consenti de renoncer pour elle, d'après l'exemple de l'empereur, à toute indemnité quelconque dans l'Empire et de modérer autant que possible celles qui seront accordées aux États lésés, il conviendrait peut-être d'établir comme principes généraux:

A. Les indemnisations seront effectuées par le moyen des sécularisations.

B. On commencera, lorsqu'il s'agit d'indemniser un État de l'Empire lésé, par la sécularisation des couvents qui ne sont point eux-mêmes des États de l'Empire et des églises collégiales situées dans son territoire; et ce n'est que dans le cas où cette mesure serait insuffisante, que l'on viendra à la sécularisation des prélatures et des évêchés.

C. Aucun État de l'Empire ne pourra aspirer à une indemnité plénière.

D. Celui qui aura reçu à titre d'indemnité une possession ecclésiastique sécularisée, pourra l'échanger dans un temps fixe contre une autre quelconque selon sa plus grande convenance.

E. La voix virile ou curiale qu'un État ecclésiastique supprimé aura exercée à la diète ou dans l'assemblée du cercle sera conservée et transférée à quelque archevêché ou évêché convenable.

F. Les indemnités seront sur le champ assignées à chacun qui en doit recevoir, mais à condition pourtant que le nouveau possesseur n'en tirera point les revenus qu'à mesure du décès des évêques, abbés, tréfonciers ou religieux qui recevront des pensions, moyennant lesquelles il soit pourvu à ce qu'exige la décence.

G. Tous les ecclésiastiques qui perdent leurs possessions sur la rive gauche du Rhin, sans que la France se soit chargée de leur entretien, sont qualifiés à recevoir des pensions: à quel effet on avisera aux moyens de créer un fonds temporaire à la charge des États et communautés ecclésiastiques qui auront été conservées.

H. La prestation du contingent, l'acquit des impositions ordinaires et extraordinaires inhérentes à une possession ecclésiastique qui aura été sécularisée resteront à charge du nouveau possesseur.

I. La noblesse immédiate n'étant point proprement un État de l'Empire et devant ailleurs sous certaines restrictions être remise dans la possession des ses biens: ceux des États qui possédaient quelque chose sur la rive gauche du Rhin comme nobles immédiats ne pourront point comprendre une telle possession au nombre de leurs pertes, ni espérer d'en obtenir une indemnité.

K. Au défaut d'une connaissance plus exacte de toutes les pertes individuelles et de la masse des indemnités, on s'en tiendra aux cartes géographiques, pour accélérer l'ouvrage salutaire dont il s'agit.

Les États de l'Empire lésés, qualifiés de préference à recevoir des indemnités, si l'on n'y comprend point ni le duc de Modène ni la maison d'Orange, sont les suivants:

L'électeur de Mayence, qui pourrait être dédommagé de la perte de sa résidence et des baillages de Nieder-Ohlen et Bingen et des sous-baillages d'Algesheim et de Neu-Bamberg, par la sécularisation des deux couvents d'Erbach et de Seligenstadt, situés dans son territoire, et qui seraient incorporés à l'électorat. Si l'électeur outre cela devait céder à titre d'indemnité au landgrave de Hesse-Cassel le baillage d'Amoenenbourg ou celui de Fritzlar, on pourrait l'en dédommager par l'ultérieure sécularisation des couvents d'Arnspurg, d'Ilmenstadt, de Pétersberg et des six couvents dans l'Eichsfeld.

L'électeur de Trèves serait indemnisé de la perte de son électorat par les évêchés de Wurzbourg et Bamberg, après le décès des deux évêques actuels. Ou bien, si jamais S. M. Prussienne aimait mieux de transférer cet électorat en Souabe, on pourrait le composer des évêchés d'Augsbourg et de Constance, de la prévôté d'Ellwangen et l'abbaye de Kempten réunies, en y ajoutant la sécularisation de tous les couvents médiats et églises collégiales enclavées dans ces différents territoires.

L'électeur de Cologne, lequel outre son électorat perd les plus considérables ballages de l'ordre teutonique sur le bas Rhin en Alsace et en Bourgogne, aurait une espèce de dédommagement, si les possessions réunies du grand-maître teutonique et de l'évêché de Munster étaient élevées au rang d'un électorat: moyennant quoi, outre l'existence de l'électeur, on assurerait en même temps celle de l'ordre teutonique, sans faire du tort à personne, si ce n'est peut-être à l'électeur actuel qui resterait de cette façon sans dédommagement pour les revenus de son ancien électorat. Ou bien, si S. M. Prussienne n'y était pas disposée, pourrait-on former le nouvel électorat par la réunion du duché de Westphalie

et des évêchés de Munster et Paderborn, avec permission pour l'électeur, de séculariser les couvents médiats et les églises collégiales y enclavées.

La maison Palatine serait fort convenablement indemnisée, si elle obtenait les évêchés de Ratisbonne, d'Eichstädt et de Frisingue, avec l'abbaye de St. Emmeran à Ratisbonne et la permission de séculariser les riches prélatures enclavées dans son territoire, lesquelles seules lui donneraient un revenu net de six cent mille florins par an, sans parler de la gêne dont l'administration intérieure serait délivrée par cette mesure. L'Autriche y ajouterait en ce cas la seule clause que, pour faciliter les communications intérieures en Tyrol, elle attacherait un grand intérêt à pouvoir échanger la Seigneurie de Werdenfels (qui fait partie de l'évêché de Frisingue) contre un équivalent qu'elle s'obligerait d'en donner à l'électeur.

Le duc de Deux-Ponts obtiendrait, outre l'évêché de Spire, ce qui reste encore de l'évêché de Worms, ou bien au lieu de cela les prélatures de Kaisersheim, de Marchthal, et d'Elchingen en Souabe.

Le duc de Wurttemberg recevrait, à titre d'indemnité pour la principauté de Montbéliard, les abbayes de Zwiefalten, de Nerisheim et Rothmunster.

Le margrave de Bade pourrait être dédommagé par le baillage d'Oberkirch, ou bien celui d'Ettenheim; mais il est probable, qu'il préfèrera de l'être par la sécularisation des couvents de Schwarzach et de Frauenals, situés dans son territoire.

Le landgrave de Hesse-Cassel devrait être jugé amplement dédommagé de sa perte par la cession que lui ferait l'électeur de Mayence du baillage d'Amoenenbourg ou bien par celui de Fritzlar.

Le landgrave de Hesse-Darmstadt aurait à titre d'indemnité la moitié de l'évêché de Fulde, l'autre

moitié avec la ville de ce nom restant au prince évêque, ou pouvant servir à une autre indemnité.

Le prince de Nassau-Saarbruck aurait d'autant plus une indemnité proportionnée à sa perte, si on lui donnait une prélature sécularisée en Souabe, que sa maison doit s'enrichir ailleurs par plusieurs héritages qui lui reviennent.

Le prince de Salm-Kybourg aurait une abbaye en Souabe.

Le prince de Löwenstein la prévôté d'Odenheim.

Le prince de Wertheim le couvent de Triefelstein de l'ordre des Augustins.

Le prince de Wied-Runkel une abbaye médiate dans le pays de Paderborn ou celui de Hildesheim.

Le comte de Leyen la prélature de Gengenbach.

La masse de toutes les possessions ecclésiastiques existant en Allemagne suffirait à peine, si l'on voulait indemniser indistinctement tous les autres États de l'Empire qui réclament, ce qui paraît rendre indispensable d'en faire un triage, en y qualifiant ceux seulement d'entre eux qui seront particulièrement protégés pour cet effet de l'une ou l'autre des grandes puissances transigeantes.

L'empereur s'intéresserait sous ce rapport en faveur du comte de Sternberg qui perd Blankenheim et Manderscheid, du comte de Plettenberg qui perd Wittem, du comte de Sinzendorf qui perd Reineck, du comte de Metternich qui perd Winnebourg et Beilstein, du comte Salm qui perd Dick et Reifferscheid, du comte Aspermont qui perd Rekheim, du prince de Ligne qui perd Faguole, de la maison d'Oettingen qui perd Dachstoul, des comtes de Sickingen lesquels ensemble perdent bien un revenu

annuel de soixante mille florins, des comtes de Leiningen-Goundersblum et de la famille de Kerpen. Aussi serait-on d'avis que la famille de Dalberg, quoique ses pertes consistent en possessions de noblesse immédiate, mériterait des égards.

On proposerait d'indemniser les maisons de Salm, Sternberg, Metternich et Kerpen par quelques abbayes médiates dans les évêchés de Paderborn et Hildesheim, et les familles de Nassau-Saarbruck, Leyen, Sickingen, Löwenstein et Dalberg par d'autres abbayes et couvents dans les évêchés de Wurzbourg, Bamberg et en Souabe, faute de quoi tous ces différents États de l'Empire et familles se trouveront dans la situation la plus déplorable, à moins qu'on ne veuille pas agréer l'autre projet, de pourvoir à leur entretien par une caisse d'indemnisation générale, laquelle serait créée à la charge des États et communautés ecclésiastiques qui auront été conservées, et dont le détail serait soumis préalablement à l'examen et à l'approbation de la diète.

XCIII.

SUPPLEMENT ZUR INSTRUCTION DES GRAFEN COBENZL ddo. Wien den 24. Juli 1798.*)

Si le comte Cobenzl pouvait à son passage par Dresde déterminer l'électeur à consentir à un emprunt pour la cour impériale et royale, et si la proposition peut en être faite sans produire un mauvais effet, il employera tous ses efforts pour y réussir.

Arrivé à Pétersbourg, il serait bon de tâcher d'obtenir que le comte d'Antraigues reçût un ordre positif de retourner en Russie, afin d'être débarrassé de la présence de cet intrigant dans les États héreditaires de S. M. l'Empereur.

---

*) Siehe Seite 219.

XCIV.

OBSERVATIONS SUR LE PROJET D'ARTICLES OU D'ACTE ÉVENTUEL.

(Eigenhändiger Entwurf Thuguts, ohne Datum.*)

S. M. I. et R. Apostolique et S. M. Prussienne étant intimement convaincues, que le salut de l'Empire germanique ne peut s'opérer que par une union sincère entre elles et par le sacrifice généreux de toutes vues personnelles d'agrandissement ou d'indemnités aux dépens de leurs coétats, leurs dites Majestés, après s'être communiqué leurs vues mutuelles, sont convenues des articles suivants:

Ad Article 1.**)

Il est évident que la cour de Vienne ne saurait adopter la fin de cet article depuis les mots: et les possessions actuelles des deux hautes parties contractantes en Allemagne seront maintenues dans le status quo actuel. Au moyen de cette tournure nous nous trouverions avoir garanti, dès l'article 1, le status quo actuel prussien en Franconie, et l'article 3 deviendrait par conséquent totalement inutile; il ne serait ni de la justice ni de la loyauté de l'empereur de préjuger, moins encore de prendre, d'entrée de jeu, l'engagement de soutenir le status quo en Franconie,

*) Siehe Cobenzl's „Projet d'articles ou d'acte éventuel" auf Seite 219. Die in den Anmerkungen correspondirenden Artikel wurden von dem preussischen Ministerium nach Cobenzl's Abreise als Gegenentwurf in der Berliner Conferenz vorgetragen und von Thugut, wie aus dem Text ersichtlich, commentirt.

**) Article 1. Il ne sera formé aucune prétention de la part de S. M. l'empereur roi d'Hongrie et de Bohème, ni de la part de S. M. le roi de Prusse à la charge du corps germanique, soit à titre d'indemnités de leurs pertes, soit autrement, et les possessions actuelles des deux hautes parties contractantes en Allemagne seront maintenues dans le status quo actuel.

lequel est contesté encore devant les tribunaux constitutionnels de l'Empire par plusieurs des coétats de S. M. Prussienne, dont les réclamations, comme l'on ne saurait en disconvenir, sont appuyées au moins sur les titres plausibles d'une très ancienne possession.

Ad Article 2.*)

La cour de Vienne doit proposer, que cet article soit rédigé de la manière suivante:

„S. M. l'empereur, roi de Hongrie et de Bohème, et S. M. le roi de Prusse réuniront leurs efforts, pour que les princes lésés par le démembrement de la rive gauche du Rhin, et nommément les trois électeurs ecclésiastiques, obtiennent des dédommagements équitables; ces dédommagements seront réglés d'après le principe que le désintéressement magnanime de LL. MM. Impériale et Prussienne doit engager chacune des parties lésées à la plus grande modération dans leurs prétentions, et que la proportion entre les indemnités à adjuger à chacun doit être en raison respective des pertes qu'il a essuyées. Le prince Stathoudre de Hollande et le duc de Modène seront compris dans le nombre des princes à dédommager, et les concessions qu'on leur accordera seront fixées entre les parties contractantes sous la médiation de S. M. Impériale de toutes les Russies.“

Nous nous flattons que la cour de Berlin ne saurait faire aucune difficulté d'adopter cette rédaction; nous

*) Article 2. Les deux cours réuniront leurs soins et leurs efforts, pour que les princes, lésés par le démembrement de la rive gauche du Rhin, soient dédommagés selon la règle de la justice. Le prince Stathoudre de Hollande et le duc de Modène seront compris dans le nombre des princes à dédommager, et il est convenu de part et d'autre, que les concessions qu'on leur accordera seront fixées par un acte formel entre les parties contractantes.

avons toujours représenté, et le ministère prussien en est convenu lui-même, que les demandes en indemnité des États germaniques sur la rive gauche du Rhin doivent être modérées et restreintes, sans quoi toutes les possessions de leurs coétats sur la rive droite y suffiraient à peine. Et où serait la justice de sacrifier arbitrairement la plus grande partie des propriétaires sur la rive droite à l'avidité de ceux de la rive gauche, dont beaucoup d'ailleurs, n'ayant fait des pertes que par des cessions volontaires faites à l'ennemi et en se refusant à remplir leurs devoirs constitutionnels, ont contribué par conséquent plus ou moins à réduire l'Allemagne à l'extrémité, dans laquelle elle se trouve aujourd'hui? Il est à tous égards de la justice la plus manifeste, que chacun des États germaniques se résigne à supporter généreusement sa part dans un malheur commun à tous, au lieu d'en vouloir par prépotence rejeter tout le fardeau sur ses coétats. Un bouleversement entier de l'Allemagne, une permutation générale des propriétés ne pourraient qu'assurer le succès des projets de ceux qui guettent l'occasion d'une insurrection générale pour la révolutionner, et qui, tout en travaillant avec acharnement à faire passer le projet d'un changement total dans les propriétés, ne s'en servent pas moins sous main pour amener une explosion prochaine, en excitant de plus en plus le mécontentement des peuples et en les encourageant à ne pas souffrir, qu'on dispose d'eux à volonté et qu'on décide de leur sort sans aucun égard à leurs propres convenances: — insinuations dont l'effet sans doute n'aurait pas été fort à redouter dont des temps plus heureux, mais dont l'extrême danger ne pourrait échapper à ceux qui suivent les progrès journaliers de la contagion des doctrines nouvelles, dont la plus grande partie des provinces Allemandes n'est déjà que trop infectée.

L'on ne peut rien objecter de la part de la Prusse à la mention expresse à faire dans l'article 2 des trois électeurs ecclésiastiques; leur dédommagement, proportionné à ceux que recevront leurs autres coétats sur la rive gauche du Rhin en raison de leurs pertes respectives, a toujours été une des bases de tous les pourparlers entre les deux cours de Vienne et de Berlin, et est une demande de laquelle S. M. ne pourrait jamais se désister.

Pour le surplus, comme S. M. Impériale de toutes les Russies a bien voulu agréer la réquisition des deux cours, d'intervenir comme arbitre dans les difficultés qui surviendraient entre elles par suite de leurs prétentions d'indemnité aux dépens de l'Empire, la fixation des dédommagements du duc de Modène et du prince d'Orange, laquelle, à cause de leur proche parenté, fait partie des propres intérêts de S. M. l'empereur roi et de S. M. le roi de Prusse, ne peut également avoir lieu que sous la médiation de la cour impériale de Pétersbourg.

Ad Article 3.*)

Quoique les différentes parties du cercle de Franconie, dont la cour de Berlin a pris possession dans ces derniers temps, ne soient nullement, comme on le prétend, un objet indifférent ou de peu d'importance, S. M. néanmoins, en considération de l'appui efficace que S. M. Prussienne s'engagera d'accorder à la cause de l'Empire, ne s'opposera pas à ce que la cour de Berlin conserve

*) **Article 3. S. M. I. et R. Apostolique accorde de sa part son consentement, en sa qualité de chef et coétat de l'Empire, à la suppression de tous les procès qui ont été élevés devant les tribunaux de l'Empire au sujet des affaires en Franconie de S. M. Prussienne, et s'engage de la manière la plus formelle d'employer tous ses soins aux États de l'Empire, pour que ces procès soient totalement supprimés à l'entière satisfaction de S. M. le roi de Prusse.**

son status quo actuel en Franconie; mais l'empereur insistera irrévocablement, que pour cet effet l'on adopte quelque voie légale qui mette S. M. à l'abri de tout reproche de la part du corps germanique; car, après avoir fait tant de sacrifices pour prouver sa loyauté dans l'accomplissement de tous ses devoirs constitutionnels envers l'Empire, S. M. est bien décidée à ne jamais consentir à rien qui pourrait fournir à ses détracteurs l'occasion d'entacher sa gloire; il faudrait donc rédiger l'article 3 comme suit:

„L'empereur roi accordera son consentement, en sa qualité de chef de l'Empire, à la suppression de tous les procès qui ont été élevés devant les tribunaux de l'Empire au sujet des affaires entre S. M. Prussienne et ses coétats en Franconie, supposé que cette suppression soit agréée par la diète de l'Empire à la pluralité des suffrages, et S. M. I. et R. Apostolique, en sa qualité de roi de Bohème et d'archiduc d'Autriche, s'engage à employer tous ses soins auprès de ses coétats de l'Empire, pour que ces procès soient supprimés à la satisfaction de S. M. Prussienne".

Ad Article 4.*)

S. M. est disposée à adopter cet article; nous demandons seulement, que les mots „sans retard" soient retranchés. S. M. ne manque, ni ne manquera jamais à aucune de ses promesses, et elle est surtout bien loin de toute idée de tergiversation dans l'exécution d'un engagement, qu'elle aura pris sous l'intervention et la médiation de S. M. Impériale de toutes les Russies; mais si l'em-

*) Article 4. S. M. l'empereur roi accorde pareillement, en sa qualité de chef de l'Empire, la concession du privilége de non appellando à S. M. Prussienne pour les principautés d'Anspach et Bayreuth, et les actes en seront expédiés sans retard dans les formes requises et légales.

pereur est dans le cas de se prêter à des concessions en faveur de la cour de Berlin, c'est sans doute en vue de l'obligation que S. M. Prussienne contractera de son côté de coopérer efficacement au soutien des intérêts de l'Empire: il est donc juste, que S. M. Prussienne commence par faire au moins, en exécution de cette promesse, quelque démarche vis-à-vis de la France, et alors l'expédition du privilége de non appellando ne souffrira pas le moindre délai. En général, S. M. ne pourrait qu'éprouver une vraie peine, si la cour de Berlin s'attachait à renforcer en toute occasion, par la recherche des expressions, les obligations que l'Autriche consent à s'imposer, en affectant par là une défiance, à laquelle la conduite constante de S. M. ôte jusqu'au moindre prétexte.

Ad Article 5.*)

Lorsque les choses en sont venues au point que le moindre retard peut entraîner les conséquences les plus funestes, et que l'Empire est éminemment menacé de devenir le théâtre de nouvelles scènes de dévastation et d'horreur, dont la France ne saurait être détournée que par la seule persuasion de l'opposition énergique et réunie, qu'elle rencontrerait de la part des deux cours de Vienne et de Berlin, l'on ne pourrait concevoir, qu'on voulût renvoyer, jusqu'à la ratification de l'acte proposé, les démarches à faire en commun par les ministres des deux puissances à Rastadt, d'autant que les cours sont déjà

*) Article 5. Immédiatement après la ratification du présent acte les deux cours feront remettre au congrès de Rastadt, par leurs plénipotentiaires respectifs, une déclaration officielle et uniforme, à l'effet de manifester leur opposition ferme et constante à toutes prétentions quelconques de la république française sur la rive droite du Rhin, et leur résolution irrévocable de la soutenir par toutes les mesures que les circonstances pourraient exiger. Elles employeront de même tous les soins possibles, pour que les troupes françaises soient retirées de la rive droite le plus tôt que faire se peut.

à peu près d'accord, ou pour le moins infiniment rapprochées sur tous les points qui les regardent particulièrement, et que d'un autre côté nous sommes bien convaincus, qu'indépendamment des concessions que l'on exige de l'Autriche S. M. Prussienne trouvera toujours dans la magnanimité de ses sentiments et dans son patriotisme constitutionnel des motifs plus que suffisants, pour ne pas hésiter de coopérer au salut de l'Empire dans une crise, où la moindre perte de temps peut entraîner sa ruine totale. Nous sommes donc dans le cas d'insister que dès-à-présent, et sans le moindre délai ultérieur, les ministres des deux puissances à Rastadt soient autorisés à concerter et faire en commun les déclarations les plus énergiques, pour manifester la résolution invariable de leurs cours, de ne pas consentir à aucune acquisition ni prétention quelconque de la république française sur la rive droite du Rhin etc. etc.; ne doutant point des dispositions favorables de S. M. Prussienne en faveur de la patrie commune, exposée aux perils les plus pressants, S. M. a déjà muni d'avance ses plénipotentiaires à Rastadt des ordres relatifs à cet objet.

Ad Article 6.*)

Nous pouvons en tout cas adopter cet article, tel qu'il se trouve rédigé dans le projet d'acte éventuel.

Ad Article 7.**)

Une promesse uniquement bornée à de bons offices, lorsqu'il s'agit d'empêcher les projets funestes d'un ennemi

*) Article 6. Dans le cas d'une reprise d'hostilités entre S. M. l'empereur roi et la république française, S. M. I. et R. Apostolique donnera son accession comme chef et coétat de l'Empire à la pacification germanique, et elle continuera d'employer tous ses soins et ses efforts conjointement avec S. M. Prussienne pour l'amener à une prompte et heureuse issue.

**) Article 7. Si cependant, dans le cas présupposé d'une reprise d'armes entre l'Autriche et la France, celle-ci se refusait à

acharné à la destruction totale de l'Allemagne et par suite de toute l'Europe, serait sans doute bien peu tranquillisante: nous sommes en conséquence fondés à demander, que l'article 7 soit rédigé comme suit:

Si cependant, dans le cas présupposé d'une reprise d'armes entre l'Autriche et la France, celle-ci se refusait à la conclusion de la paix avec l'Empire germanique sous des conditions acceptables, S. M. le roi de Prusse s'engage d'employer non seulement ses bons offices, mais, s'il le faut, tous les moyens en son pouvoir, pour déterminer la république française à reconnaître et respecter la neutralité de l'Empire, ou à conclure un armistice ou une trève à long terme, pendant lesquels le cours du Rhin sera la ligne de démarcation entre les armées respectives.

Quant à la fin de l'article, à commencer des mots „dans l'un et l'autre cas", elle a indispensablement besoin d'une plus ample explication, pour que S. M. puisse y accéder. L'expérience du passé ne prouve que trop que la pusillanimité pourrait momentanément entraîner quelquefois la majorité des suffrages des États de l'Empire à des stipulations évidemment inconstitutionnelles, et qu'aucune considération ne porterait jamais S. M. à sanctionner en sa qualité de chef de l'Empire, aussi peu qu'on ne saurait attendre d'elle, qu'elle voulût consolider par son accession d'autres arrangements qui seraient mis en avant,

---

donner suite à la négociation de paix avec l'Empire germanique, S. M. le roi de Prusse s'engage d'employer ses bons offices auprès de la république française pour la déterminer à reconnaître et respecter la neutralité de l'Empire, ou à conclure un armistice ou une trève à long terme, pendant lesquels le cours du Rhin serait la ligne de démarcation entre les armées respectives. Dans l'un ou l'autre cas S. M. I. et R. Apostolique s'engage de donner son suffrage à toutes les résolutions prises par la majorité des États de l'Empire.

en opposition manifeste avec les intérêts essentiels de sa monarchie. Fermement résolue de remplir réligieusement toutes les obligations qu'elle contractera, il est naturel que l'Autriche demande à connaître avant tout le véritable sens qu'on attache aux promesses que l'on exige d'elle, et la stipulation, telle qu'elle est proposée, serait trop vague, trop obscure et trop susceptible de toutes sortes d'interprétations, pour que l'on ne dût craindre qu'elle n'ouvrît un champ vaste à de nouvelles contestations capables de troubler et de refroidir une union, dont il est d'une si haute importance d'écarter tout sujet de discussion et de méfiance. Nous ne pouvons donc qu'insister sur la suppression de la fin de l'article 7, et cette suppression peut d'autant moins être sujette à des inconvéniens, que, l'empereur roi ayant proposé lui-même le premier l'idée d'une neutralité pour toute l'Allemagne en deçà du Rhin, ou une trève ou armistice à long terme, l'on ne saurait imaginer que S. M. pût en aucune manière détruire elle-même l'effet d'une mesure qu'elle aurait désirée, à moins qu'il ne fût question de donner son consentement à des choses qui se trouveraient en contradiction ouverte avec la constitution ou avec les intérêts majeurs de sa propre monarchie.

Ad Article 8.*)

La situation déplorable, dans laquelle se trouve l'Allemagne, est actuellement telle que, lorsque les Français auront complété leurs préparatifs, et qu'ils jugeront le moment venu pour reprendre les hostilités, rien ne saurait

*) Article 8. Au cas enfin que les négociations actuelles à Rastadt fussent rompues et la guerre contre l'Empire rallumée par la France, les deux hauts contractants aviseront dans un pareil malheur aux moyens qui leur paraîtront les plus propres pour préserver l'Allemagne, leur commune patrie, d'une destruction totale et presque inévitable dont elle serait menacée.

les empêcher de pénétrer, d'entrée de jeu, jusque dans le coeur de l'Empire; d'abord les richesses de Francfort fourniront aux premiers frais de la campagne; le cercle de Souabe, une grande partie de celui de Franconie, tous les environs du Rhin seront révolutionnés en peu de jours, à moins que l'on n'y oppose sans le moindre délai les moyens les plus efficaces. Nous nous en rapportons donc avec confiance aux lumières des plénipotentiaires de S. M. Impériale de toutes les Russies, si dans un pareil état des choses il conviendrait de renvoyer à une époque, où le mal serait déjà sans remède, à délibérer entre les deux cours sur les mesures propres à préserver la patrie commune d'une destruction totale. Nous croyons indispensable que l'article 8 soit rédigé dans le sens à peu près suivant:

La prudence exigeant de prévoir tous les cas possibles, les deux hauts contractants se concerteront dès à présent, avec l'intervention de S. M. Impériale de toutes les Russies, sur les moyens les plus actifs et les plus énergiques dont il sera nécessaire de faire usage, pour préserver l'Allemagne d'une destruction totale et presque inévitable dont elle serait menacée, dans la supposition que la France, en se refusant aux offres de paix, de neutralité ou d'armistice à long terme, recommençât les hostilités contre l'Empire. S. M. Prussienne promet pour le cas, où cette supposition viendrait malheureusement à se réaliser, de joindre ses soins à ceux de S. M. Impériale, pour engager les différents États germaniques, nommément la Saxe et les autres princes les plus puissants, à ne pas abandonner dans une pareille extrémité la patrie commune, mais d'accourir généreusement à sa défense, en fournissant au moins leurs contingents respectifs, conformément à la constitution et aux loix de l'Empire. Il est bien manifeste qu'aucune trans-

action antérieure ne saurait dispenser les États de l'Allemagne de cette obligation, puisque nous devons supposer qu'aucun des traités faits entre les princes germaniques et la France n'ait accordé à la république le droit de prétendre à des possessions et des établissements sur la rive droite du Rhin, ou d'envahir tout l'Empire en cas de refus de sa part. D'ailleurs, l'empereur roi serait dans une semblable extrémité d'autant plus fondé à réclamer le concours constitutionnel de tous les princes germaniques, que depuis le commencement de cette guerre désastreuse jusqu'ici, il n'a existé aucun moment, où S. M. n'ait employé elle-même pour la défense de l'Empire, non seulement le nombre de troupes prescrit par les loix, mais un nombre triple et au-delà de son contingent constitutionnel.

Lorsque les médiateurs plénipotentiaires de S. M. Impériale de toutes les Russies, après avoir pesé dans leur sagesse les observations qu'on vient d'exposer, en auront reconnu la justesse, il nous restera à insister invariablement à ce qu'il soit ajouté au projet d'acte un dernier article de la teneur à peu près suivante:

Ce présent acte ayant été conclu et signé sous la médiation de S. M. l'empereur de Russie, les hautes parties contractantes sont convenues de requérir sans délai, dans les formes usitées, Sa susdite M. Impériale de toutes les Russies, pour qu'elle veuille bien accorder en même temps sa garantie à toutes les stipulations y contenues.

XCV.

PROJET DE DECLARATION.

(Eigenhändiger Entwurf Thugut's.) (Ohne Datum.)

S. M. I. et R. Apostolique et S. M. le roi de Prusse ont donné en toute occasion les preuves les plus convaincantes de leurs sentiments pacifiques, et particulièrement de leur intention d'entretenir la bonne harmonie avec la république française. En conséquence elles ont travaillé

de tout leur pouvoir à accélérer l'heureuse issue des négociations du congrès de Rastadt et la conclusion de la paix entre l'Empire germanique et la dite république. Quelque douloureux que fût le sacrifice de tous les pays situés sur la rive gauche du Rhin et la perte qui en résulte pour l'Allemagne, au moins l'établissement d'une frontière bien prononcée et pouvant servir à la défense mutuelle présentait-elle la perspective d'un retour de tranquillité d'autant mieux consolidée. C'est sous ce point de vue que les premières propositions en ont été faites par les plénipotentiaires de la république française au congrès de Rastadt; ce sont les motifs qu'ils ont allégués pour appuyer leur demande.

On ne devait jamais s'attendre d'après cela que le directoire exécutif pût former des prétentions sur aucun point de la rive droite. Si le Rhin doit former à l'avenir une barrière entre les deux États, l'Empire germanique, en consentant à des pertes territoriales aussi considérables, a au moins le droit de partager les avantages d'une frontière bien établie dont la république française jouirait seule; dès qu'elle resterait en possession d'un point quelconque de ceux, sur lesquelles elle insiste, l'Allemagne serait entièrement privée de tout moyen de défense, et la France aurait la facilité de porter ses forces à volonté jusqu'au coeur de l'Empire germanique d'une manière entièrement incompatible avec la sûreté de tous les États qui la composent, sans exception. La démolition des fortifications d'Ehrenbreitstein achèverait de leur ôter tout moyen de disputer même l'entrée de leur territoire, et si pareille demande pouvait être admise, on serait sans doute autorisé à y mettre pour condition expresse la démolition des fortifications de Mayence.

En chargeant les pays qui restent sur la rive droite du Rhin d'acquitter les dettes de ceux de la rive gauche,

ce serait achever leur ruine totale; il n'existe aucun exemple qu'un territoire ait changé de domination, sans que le nouvel acquéreur en ait pris sur lui les charges; c'est ce qui entr'autres a été stipulé dans plusieurs des traités conclus avec la république française.

S. M. I. et R. Apostolique et S. M. le roi de Prusse s'étaient flattées, que les justes représentations de la députation de l'Empire auraient engagé le directoire exécutif à se désister de ses demandes sur des points quelconques de la rive droite du Rhin, sur la démolition des fortifications d'Ehrenbreitstein et sur le transport des dettes des pays situés sur la rive gauche de ce fleuve.

L'effet n'ayant malheureusement pas répondu à leur attente, leurs dites Majestés sont obligées de déclarer ici de la manière la plus positive, qu'elles regardent ces demandes comme entièrement incompatibles, non seulement avec la sûreté de l'Empire germanique, mais encore avec la sûreté des monarchies autrichienne et prussienne; qu'en conséquence elles se trouveraient dans la nécessité de devoir s'y opposer par tous les moyens que la providence a mis entre leurs mains, si le gouvernement français voulait y insister irrévocablement.

S. M. I. et R. Apostolique et S. M. Prussienne aiment encore à se flatter, que la république française ne persistera pas dans des prétentions contraires à la bonne harmonie, que leurs dites Majestés désirent si vivement de voir solidement établie. Les soussignés invitent en conséquence les citoyens ministres plénipotentiaires à prendre en sérieuse déliberation les modifications proposées dans la note du . . . . . . et qui sont inséparables de la cession des pays situés sur la rive gauche du Rhin.

C'est ce qu'en vertu des ordres formels de leurs augustes maîtres les soussignés ont l'honneur de déclarer

aux citoyens ministres plénipotentiaires de la république française, en leur réitérant en même temps l'assurance de leur haute considération.

XCVI.

REUSS AN THUGUT.

Berlin, ce 24 juillet 1798.

C'est par ce rapport que je m'empresse d'avoir l'honneur d'adresser à V. E. le récit de ce qui s'est passé à la conférence d'hier, à laquelle nous avions été invités de la part du ministère de Berlin, comme j'ai eu l'honneur de le mander à V. E. dans ma précédente.

M'étant rendu chez MM. les plénipotentiaires de Russie la veille, pour me concerter avec eux, ils me firent lecture d'une pièce *) que MM. d'Alvensleben et de Haugwitz leur avaient adressée en réponse à l'exposé que le prince Repnin et le comte Panin leur avaient remis, lorqu'ils avaient été assemblés la dernière fois sans moi, pour répliquer à leurs observations sur le projet d'acte éventuel, et dont ils m'accordaient une copie, pour avoir l'honneur de la transmettre ci-jointe à V. E.

Cette pièce, quoique conçue dans des termes qui permettraient d'espérer quelque changement favorable dans les principes de ce cabinet, renferme malgré cela trop de sujets offrant ample matière à des réflexions importantes, pour qu'en récapitulant tout le cours de la négociation et toutes les déviations de cette cour du chemin droit et les variations dans sa marche, je n'aie très fort recommandé à l'attention de MM. les plénipotentiaires russes tous les motifs différents et malveillants qui paraissent avoir encore dicté cet écrit: ce qui nous fit convenir entre nous d'avance de la manière, de laquelle nous réfuterions le contenu de cette pièce, et évi-

*) Siehe Beilage, Seite 368.

terions les piéges que l'on semblait vouloir nous tendre. Et ce fut d'après ce plan, qu'ayant déclaré après un long et très fatigant début aux ministres prussiens: 1⁰ que l'omission du premier article (ne pouvant renfermer que des vues cachées) était un obstacle aussi invincible à la procédure ultérieure de la négociation que l'addition proposée dans la note antérieure à laquelle S. M. l'empereur ne pouvait jamais consentir, ni ne consentirait jamais; 2⁰. que S. M. ne se désisterait de même jamais du point essentiel, que les électeurs ecclésiastiques soient compris dans le nombre des princes lésés à dédommager d'après le principe adopté en faveur des princes séculiers. Ce fut, dis-je, après cette déclaration motivée sur les instructions aussi éclairées, dont V. E. a daigné me munir, et fermes de notre part, que MM. d'Alvensleben et de Haugwitz proposèrent de reprendre en déliberation le premier article, en demandant des nouveaux ordres au roi à ce sujet, et répliquèrent relativement à celui qui regarde les électeurs ecclésiastiques, de manière à laisser entrevoir qu'ils cèderaient à cet égard, tâchant de m'engager à articuler ce que S. M. l'empereur destinait à la maison de Modène? Mais comme un des motifs qui ont engagé le cabinet de Berlin à conférer avec nous, me semble être d'avoir voulu approfondir nos vues, pour en abuser plutôt que pour s'y conformer, j'ai cru devoir éluder cette question, en disant que, quand nous aurions arrêté les principes indispensables auparavant, nous conviendrions facilement du reste de l'arrangement. Le comte Haugwitz proposa là-dessus de s'occuper d'abord de cet objet, comme ayant été regardé comme le principal du concert entre les deux cours. Mais après que j'avais prouvé, en rappelant tous mes offices, que le rétablissement de la paix et la conservation de la constitution germanique et des propriétés des États de l'Empire avait toujours été le

premier but de cette négociation, dont l'arrangement des dédommagements ne devait être considéré que comme une conséquence, il modifia sa proposition à ce qu'il serait favorable à la confection de cet ouvrage de s'occuper en attendant, à faire le tableau des possessions ecclésiastiques, sur lesquelles on devrait faire le calcul de ce qui serait le partage des États de l'Empire lésés, et que, si les deux cours se communiquaient leurs idées sur cet objet, chacune d'après ses principes, on tomberait facilement d'accord, — à quoi j'ai répliqué que, quant à moi, je ne pouvais qu'en faire mon rapport à ma cour et prendre leur projet ad referendum, mais que je répétais, que ma cour ne se désistera point de la mention positive des électeurs ecclésiastiques dans ce projet, comme du duc de Modène. Quoique leur réponse relativement au premier objet fait toujours présumer de l'objection de leur part, il y a cependant lieu à croire, que l'on ne veut que marchander et qu'on cèdera à la fin. Mais la réplique, que les ministres prussiens ont faite relativement au dédommagement du duc de Modène, ne me laisse aucune doute que l'on insistera ici sur une parité materielle entre les dédommagements à accorder à la maison de Modène et celle d'Orange, sans entendre raison sur le droit autant plus fondé du duc de Modène que celui du prince d'Orange, et la malheureuse expérience de la malveillante jalousie de cette cour ne semble faire craindre que trop, que l'on ne voudra même étendre cette parité encore au privilége de pouvoir échanger avec le prince d'Orange ce qui lui tombera en partage, quand cet article parviendra à leur connaissance.

Comme les ministres prussiens se sont permis, non seulement dans leur note, mais aussi dans le cours de la conférence, des expressions trop claires pour ne pas être comprises, lorsque je l'avais ramenée à l'objet d'obtenir

une résolution de convenir avec ma cour du langage en commun à tenir vis-à-vis des ministres français à Rastadt, pour accélérer la paix et assurer la tranquillité de l'Allemagne, le prince Repnin d'abord les réléva, comme nous en étions convenus, en démontrant l'injustice et le peu de fond que portaient avec eux ces doutes, et combien ils devaient être sensibles à S. M. l'empereur, d'autant plus qu'il savait de science certaine, que les conférences à Selz qui leur causaient tant d'injustes inquiétudes n'avaient eu pour objet que des sujets tout à fait étrangers à l'Allemagne et aux négociations d'ici. Mais non-obstant les affirmations de ma part et les représentations les mieux fondées, combien le danger augmentait tous les jours par les progrès menaçants des entreprises de la France, et que notre résistance devenait tous les jours plus urgente, comme le fond du langage à tenir restait toujours le même, ces messieurs répétaient toujours, que l'incertitude de ce que pouvait amener la rupture de la négociation de Selz et des résolutions qu'elle pourrait faire prendre à S. M. l'empereur, retenait le roi dans l'embarras, „quel langage il aurait à tenir vis-à-vis des Français, ou pour la paix ou pour la neutralité de l'Empire“; que cependant les ministres du roi avaient déclaré aux ministres français sans détour son opposition à toutes les vues de la France au-delà du Rhin, sans être secondés en cela par ceux de notre cour, et qu'ils avaient l'ordre d'y insister toujours; et ce ne fut qu'après que j'avais observé „que l'intention de ma cour était, qu'il fallait un langage en commun que les ministres respectifs à Rastadt auraient à concerter entre eux d'après les ordres de leurs cours selon les principes trop clairement énoncés de la part de la mienne“, que nous apprîmes enfin qu'un tel ordre n'avait pas encore été donné, et que Mr. de Haugwitz répéta que, si nous rentrions en guerre, le lan-

gage ne pourrait pas être égal, et que ce n'était que pour cette raison que le roi désirait de connaître la situation actuelle entre S. M. l'empereur et la France. J'interrompis cette tirade fastidieuse, en disant que la preuve d'une intention aussi sincère qu'était celle de S. M. l'empereur de venir au secours de l'Empire serait, si S. M. Prussienne envoyait des instructions suffisantes à ses ministres, pour les deux cas sur lesquels nous nous étions expliqués en détail, avec ordre de se concerter avec les ministres de l'empereur dans l'un et l'autre cas, comme je pouvais positivement assurer que S. M. l'empereur avait fait, pour tenir ensuite un langage en commun ou selon les circonstances; et ce fut enfin par là que j'ai réussi à extorquer une promesse officielle que je me fis répéter, qu'il serait envoyé à Rastadt des ordres: „de concerter un office avec les ministres de l'empereur que ces ministres respectifs enverraient ensuite à leurs cours pour y être sanctionnés et mis en exécution"; et quoique je représentais le danger, auquel ce rétard pourrait exposer, je ne pus en obtenir d'avantage.

Il nous restait à recevoir l'explication au sujet de la réflexion faite de la part de cette cour sur la neutralité de l'Empire dans le cas d'une reprise des hostilités entre la maison d'Autriche et la France. Sans oser fatiguer V. E. en rapportant tout ce qui s'est dit et redit à ce sujet, je crois devoir me borner à soumettre à ses lumières le précis de l'énoncé des ministres de cette cour qui consiste dans ce qu'elle ayant fait l'expérience du peu de fonds qu'il y avait à faire sur les stipulations du gouvernement français, — si elles ne sont pas soutenues par des mesures qui les font respecter, — croyait que la neutralité demandée pour l'Empire devrait être garantie et défendue. Mais comme le roi se trouvait hors d'état de pouvoir défendre cette garantie sur toute l'étendue du

cours du Rhin, il ne pourrait prendre cette garantie sur lui seul, et qu'il croyait pouvoir proposer à S. M. l'empereur de convenir avec lui, que ce soit S. M. Impériale qui dirigerait comme chef et coétat d'Empire la défense de cette ligne de neutralité, comprenant le sud de l'Empire, en y faisant contribuer les États y compris par leurs contingents et leurs moyens, comme le roi avait fait jusqu'ici dans le nord, — de façon que LL. MM. Impériale et Prussienne partageraient dorénavant la garantie et la défense de la neutralité d'Allemagne. Les ministres prussiens y ajoutèrent une seconde observation: „qu'il serait possible que le gouvernement français fît la prétention, que, dans le cas d'une reprise d'hostilités contre la maison d'Autriche, la Bohème et l'Autriche, faisant parties de l'Empire et étant à couvert par la neutralité, ne contribuassent pas non plus aux frais de la guerre, et que dans ce cas le roi devait demander à S. M. l'empereur la communication de ses intentions, quel parti il y aurait à prendre, et comment la ligne de neutralité devrait être tracée alors pour donner à l'ennemi le moins de prise, parce que le roi attachait le plus grand prix à pouvoir rendre un service réel à S. M. l'empereur et à l'Empire;" et on me pria instamment de soumettre ces observations à ma cour. J'avouerai à V. E. que je n'ai pas trop compris ces distinctions, lesquelles je soumets à sa sagesse plus éclairée.

Au reste, je ne peux que convenir que le ton des ministres prussiens pendant cette conférence, qu'ils ont demandé à être regardée comme confidentielle, était plus décent, plus adouci même que celui des précédentes. Des circonstances quelconques qui nous sont inconnues, auraient-elles produit un changement favorable dans l'esprit de ce cabinet? Ou n'était-ce qu'un masque pour se mettre à couvert contre l'accusation méritée de créer sans cesse

des nouveaux obstacles à la confection du concert, dans Dieu sait quel dessein coupable? Voilà sur quoi je n'hasarde pas encore de jugement, mais, dans les deux cas, j'ai cru ne pas devoir tarder d'en soumettre le rapport à la sagesse de V. E.

Lorsque nous étions sur le point de nous séparer, Mr. le prince Repnin proposa de faire connaître confidentiellement, et sans que cela puisse tirer à conséquence, aux ministres prussiens les observations éclairées que V. E. a faites sur l'acte éventuel, pour prouver les dispositions conciliatrices de la cour de Vienne, et dont on n'avait pas fait usage, puisque les observations remises de cette cour et écrites dans un sens très opposé, qui avaient croisé les premières, pourraient fort bien engager la cour de Vienne de les retirer. Les ministres prussiens ayant désiré d'en être informés, et moi ne pouvant guère m'y opposer sans faire une scène, quoique le prince m'avait engagé lui-même auparavant à les conserver jusqu'à nouvel ordre, le prince tira de sa poche la note qu'il avait prise de cette pièce, lorsque je lui avais communiqué le contenu avec toute la circonspection que me prescrivait la prudence, et en fit la lecture qui parut confondre MM. d'Alvensleben et de Haugwitz et qu'ils laissèrent sans réplique. Mais rien n'égala mon étonnement et mon chagrin, lorsque, sans que j'aie pu le prévenir, il consentit à leur demande d'en prendre copie. Il m'en a témoigné ses regrets par la suite, lorsque je lui en fis mes plaintes, et s'excusa sur ce que cette pièce ne contenait rien qui ne fît le plus grand honneur à ma cour.

P. S. Les ministres prussiens paraissent être persuadés qu'ils agiraient contre l'intérêt de leur maître, s'ils se prêtaient à des mesures qui tôt ou tard pourraient l'entraîner à une nouvelle guerre contre la France:

Parce que l'expérience du passé a suffisamment fait voir, que ce n'est point par la guerre qu'on peut espérer d'humilier cette puissance.

Que, s'il était possible de la bouleverser, tous les souverains n'y ont point le même intérêt.

Que certaines cours ne parlent de guerre, que pour en parvenir d'autant plus sûrement à leurs fins particuliers.

Que l'Angleterre et la Russie ont de l'intérêt à la provoquer, parce qu'ils n'y courent point les mêmes chances et ne peuvent qu'y gagner.

Qu'il est presque impossible d'établir entre les souverains cette confiance qui seule pourrait produire quelque heureux résultat.

Que le désordre dans les finances est une des principales causes des révolutions, et que c'est par la paix seule que la Prusse peut espérer d'en maintenir l'équilibre.

Que la domination dans les provinces nouvellement acquises de la Pologne qui font un tiers de la monarchie prussienne, n'est point encore assez affermie, pour ne pas craindre une diversion puissante en cas de guerre.

Qu'un système de neutralité parfaite est le seul conforme à la crise actuelle, surtout durant la lutte entre la puissance prépondérante et sa rivale.

Que la victoire aura toujours coûté assez cher au vainqueur, pour ne pas être en état de chercher d'abord une nouvelle querelle.

Que la Prusse, moyennant une sage administration intérieure, en aura d'autant plus de moyens à sa disposition pour se faire respecter.

Qu'il n'est ni l'intention, ni de l'intérêt de la France, de révolutionner indistinctement tous les gouvernements de l'Europe, mais que la Prusse risquerait de l'être par la guerre.

Que le maintien de la paix assure à la Prusse un commerce avantageux et est par là le garant le plus sûr de l'affection des sujets qui serait extrêmement affaiblie par des nouveaux impôts.

Que ce même système pacifique lui a valu à peu près les avantages que la France retire des républiques de sa création, au nombre desquels celui d'être devenue le centre d'une association de plusieurs petits États qui ont le même besoin, qui régardent l'existence de la Prusse comme essentiellement liée avec la leur propre, et qui dans la totalité ne laissent pas de former une masse respectable, laquelle, commandée par un dictateur, vaudra bien une coalition quelconque qui mettrait le triple des forces en campagne.

Que ces États associés contribuent à l'entretien d'une partie de l'armée prussienne, que la crainte les rend dociles à la voix du chef, et qu'en les y accoutumant peu à peu la Prusse en retirera infiniment plus d'avantage qu'elle ne pourrait espérer d'une alliance quelconque.

Que la Prusse n'aura rien à craindre pour ce système concerté avec la France, tant qu'elle se tiendra dans les bornes de la ligne de démarcation, mais qu'elle risquerait ouvertement d'en perdre tous les avantages, si elle voulait l'étendre plus loin.

Que la conservation de l'Empire, dont d'ailleurs dans la situation actuelle des choses l'Autriche retirerait infiniment plus de profit que la Prusse, ne doit point être un motif pour quitter la neutralité.

Que l'esprit du temps, le voeu même de plusieurs États est contraire à la conservation de l'actuel ordre des choses en Allemagne.

Que depuis le traité de Bâle la Prusse s'est vue également respectée et recherchée de tous les partis et

parvenue à un degré de considération en Europe qu'elle n'aurait point acquise sur le champ de bataille.

XCVII. (Beilage.)

DAS PREUSSISCHE MINISTERIUM AN DAS RUSSISCHE.

Ohne Datum. (16.—22. Juli 1798.)

Les ministres du roi n'ont pu se dispenser de mettre sous les yeux de S. M. la réponse que messieurs les plénipotentiaires de S. M. l'empereur de Russie leur ont remise dans la conférence du 16 juillet sur les observations, auxquelles a donné lieu le projet de convention eventuelle dressé par Mr. le prince de Repnin.

Le roi serait fâché de voir naître le doute, que l'addition proposée pour l'article 1er pourrait avoir été dictée par des motifs de défiance et de jalousie. Il est loin de nourrir une façon de penser si opposée à son caractère et si peu compatible avec le désir qui l'anime, d'amener entre sa cour et celle de Vienne le système d'une harmonie réciproque et parfaite. Il n'a pas encore renoncé à l'espoir d'établir et de consolider cet heureux accord, et il se flattait d'y parvenir d'autant plus sûrement, en donnant à S. M. l'empereur des Romains l'exemple de la plus grande franchise et en lui en demandant le retour. Il leur importait donc de part et d'autre de fixer avec une entière précision le sens des stipulations, dont ils voulaient convenir, et d'entrer pour cet effet dans des explications claires et nettes. Si la cour de Vienne n'est pas dans le cas d'agréer celles que les ministres de Prusse ont été chargés de proposer dans leurs dernières observations, la faute en est certainement aux circonstances, et le roi est très disposé à en respecter la raison sans vouloir l'approfondir. S. M. n'en est pas moins persuadée cependant, qu'on se serait entendu beaucoup plus aisément, si on avait pu éclaircir quelques doutes qui sub-

sistent encore, et dès lors vraisemblablement telle et telle précaution, qui dans le moment présent peut paraître nécessaire, serait devenue inutile. Mais faute de pouvoir en venir à ces éclaircissements tout de suite, ne vaudrait-il pas mieux de laisser provisoirement de côté les objets énoncés dans l'article 1er, d'en reprendre la discussion, après que le temps y aura répandu un plus grand jour, et de s'occuper en attendant de l'arrangement des indemnités revenant aux princes de l'Empire lésés par la cession de la rive gauche du Rhin, — arrangement qui selon les intentions des deux cours a fait proprement le but principal et primitif de la négociation actuelle?

Le roi est prêt à traiter cette matière compliquée avec S. M. Impériale, et il ne demande pas mieux que d'y apporter toutes les facilités qui dépendent de lui. Il a cru s'apercevoir dans la réponse de messieurs les plénipotentiaires russes, que la cour de Vienne semble toujours attacher un grand prix au projet de procurer à la maison de Modène une indemnité en Allemagne. Quelque puisse être la différence d'opinion de S. M. sur cette proposition, elle tâchera pourtant de se rapprocher autant que possible des idées de S. M. l'empereur des Romains, et elle l'invite de s'en expliquer plus particulièrement. Si la cour de Vienne veut réellement établir un principe de parité entre la maison qu'elle protège et la maison d'Orange-Nassau, — s'il s'agit de faire éprouver à l'une et à l'autre au même degré les effets de la complaisance que les deux cours transigeantes sont à même de se témoigner réciproquement dans cette occasion, le roi ne la laissera pas échapper pour donner à S. M. Impériale une preuve de plus de son amitié et de sa bonne volonté; mais il suppose aussi, qu'après avoir déféré encore en ceci aux voeux de la cour de Vienne, celle-ci ne cherchera pas à multiplier inutilement le nombre des sécularisations, et que, n'ayant

pas d'autre parité à offrir à la Prusse, elle n'insistera pas non plus sur les dédommagements, dont il a été question en passant dans une des conférences précédentes pour les électeurs ecclésiastiques.

Il reste encore une réflexion à faire, ou plutôt à répéter, sur la neutralité que la cour de Vienne voudrait assurer à l'Empire germanique dans le cas fâcheux où il éclaterait une nouvelle rupture entre l'Autriche et la France, sans que la pacification de l'Allemagne ait été amenée à une heureuse issue.

Messieurs les plénipotentiaires russes ont déjà reçu des ministres du roi la promesse: „que S. M. consent à employer ses bons offices et ses soins pour y disposer le gouvernement de la république française“, et rien ne serait oublié sans doute pour amener un résultat aussi intéressant. Mais si le roi, en suivant l'impulsion de sa loyauté, indique dès à présent aux deux cours impériales la mesure des efforts qu'il est capable de consacrer à ses coétats, il est impossible qu'on lui sache mauvais gré de cette franchise.

Pour être efficace, la neutralité qu'on a en vue doit être garantie, et la Prusse est hors d'état de se charger seule de cette garantie dans toute son étendue. En la bornant à la partie septentrionale que sa position géographique lui permet de défendre mieux que le reste, elle couvre plus que la moitié de l'Allemagne, et ce n'est pas un léger fardeau qu'elle s'impose. Serait-ce trop prétendre ensuite que d'inviter la cour de Vienne à pourvoir à la sûreté de l'autre moitié, qui est la plus à sa portée, et d'employer pour cet effet les moyens qui sont à sa disposition? Ce partage est dans l'ordre naturel des choses, et à cet égard encore il ne s'agirait que de bien s'entendre, pour s'assurer mutuellement la reconnaissance des États de l'Empire et leur rendre les services les plus réels.

C.

COBENZL AN COLLOREDO.

Ce 4 octobre 1804.

Rien de ce qui concerne le malheureux événement qui a mis fin aux jours des ministres français qui étaient à Rastadt, et surtout de ce qui pourrait y donner de la publicité n'est indifférent. Il m'est revenu d'assez bonne source que les officiers de l'état major, chargés de rédiger les mémoires militaires de la dernière guerre, ont en mains des papiers qui les mettent à même de connaître avec détail tout ce qui a donné lieu à ce triste événement. On ajoute même qu'il y a parmi ces papiers un billet de Thugut qui l'implique là-dessus; — cette dernière circonstance me paraît une invention calomnieuse de la malveillance; mais enfin, des papiers qui apprennent ce que c'est que cette malheureuse affaire ne doivent pas être connus de tant de gens, et il serait possible et nécessaire de les soustraire des autres actes destinés aux mémoires en question. J'ai cru devoir rendre compte à V. E. de ce qui m'est parvenu à cet égard.

Cobenzl.

Druckfehler.

S. XXV Z. 2 v. o. muss der Satz — erwähnten sie nebenbei — zwischen zwei Beistriche kommen.

S. XXXIV Z. 12 u. 13 v. o. statt: „schritt Frankreich durch die Besetzung der Thäler von Moutier und St. Imiers als angeblich dem Baseler Erzbisthum zugehörig etc.“ lies: „schritt Frankreich zur Thätlichkeit, indem es die Thäler von Moutier und St. Imiers, als angeblich dem Baseler Erzbisthum zugehörig, besetzte.“

S. XLVII Z. 2 v. o. statt: Nicht lies: nicht.

S. LXXIV Z. 13 v. u. statt: flelen lies: fielen.

S. LXXV Z. 13 u. 14 v. o. statt: „in der eitlen Hoffnung, mit Befriedigung die weltliche Regierung des Papstes umgestürzt“ lies: „mit Befriedigung die weltliche Regierung des Papstes in der eitlen Hoffnung umgestürzt“.

S. LXXVI Z. 1 v. o. statt: „Franzosen, allein“ lies: „Franzosen, aber“.

S. LXXXII Z. 8 v. u. vor „eigenhändige“ Beistrich weg.

S. LXXXIV Z. 3 v. o. nach „neuerrichtete“ Beistrich.

S. XCIII Z. 10 v. u. Beistrich weg.

Im Urkundentheil:

S. 21 fehlt die Stückzahl IV, und sind die folgenden Documente bis S. 59 danach zu ändern.

S. 90 statt Stückzahl XI lies: XIII u. s. f. immer eine Zahl mehr.

S. 120, 121 und 122 Carton.

S. 136 statt: 17, lies: 27 Februar.

S. 149 Z. 10 v. u. statt: „minister“ lies: „ministre“.

S. 362 am Ende der Z. 17 v. o. ein Doppelpunkt.

S. 368 Z. 4 v. o. (Ueberschrift) statt: „Das preussische Ministerium etc.“ lies: „Preussische Erklärung“.

INHALTS-VERZEICHNISS.

II. Abtheilung.

Urkunden in französischer Sprache.

Anhang.

REGISTER.

C.

D.

E.

F.

G.

H.

I.

J.

K.

L.

M.

N.

O.

P.

Q.

R.

T.

U.

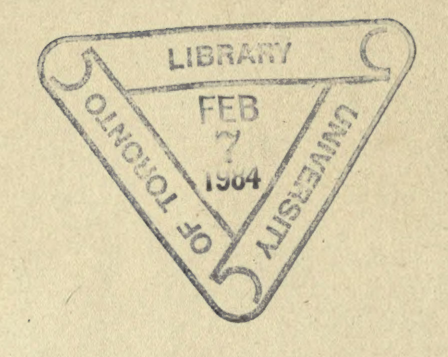
V.

W.

Y.

Z.

Druck von Adolf Holzhausen in Wien
k. k. Universitäts-Buchdruckerei.


LIBRARY
FEB
7
1984
UNIVERSITY
OF TORONTO

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

